UNIVERSITÄT AUGSBURG
Universitätsbibliothek

OPEN ACCESS
OPUS AUGSBURG

Oppositionspolitik: Wolfgang Abendroth und die Entstehung der Neuen Linken (1950-1968)

Richard Heigl

Angaben zur Veröffentlichung / Publication details:

Heigl, Richard. 2007. "Oppositionspolitik: Wolfgang Abendroth und die Entstehung der Neuen Linken (1950-1968)." Augsburg: Universität Augsburg.

Nutzungsbedingungen / Terms of use:

licgercopyright

Dieses Dokument wird unter folgenden Bedingungen zur Verfügung gestellt: / This document is made available under these conditions:
Deutsches Urheberrecht
Weitere Informationen finden Sie unter: / For more information see:
https://www.uni-augsburg.de/de/organisation/bibliothek/publizieren-zitieren-archivieren/publiz/

Oppositionspolitik

Wolfgang Abendroth und die Entstehung der Neuen Linken (1950-1968)

Dissertation zur Erlangung des Grads eines Doktors der Philosophie
an der philologisch-historischen Fakultät der Universität Augsburg

vorgelegt von Richard Heigl

aus
Regensburg

2006

(aktualisierte Fassung April 2007)

1. Gutachter: Prof. Dr. Andreas Wirsching

2. Gutachter: Prof. Dr. Wolfgang Weber

Tag der mündlichen Prüfung: 27. Juli 2006

Meiner Familie, allen voran meinen Eltern.

Die vorliegende Arbeit wurde an der Philosophisch-historischen Fakultät der Universität Augsburg als Dissertationsschrift angenommen. Für die Publikation wurde sie nur geringfügig verändert. Das Literaturverzeichnis wurde aktualisiert, Hinweise von Andreas Wirsching, Wolfgang Weber und Lisa Abendroth wurden eingearbeitet.

Danksagung

Diese Studie behandelt das wissenschaftliche und politische Wirken des Juristen und Politologen Wolfgang Abendroth. Für diese Arbeit habe ich von vielen Seiten wertvolle Unterstützung erfahren. Ich bedanke mich für Ratschläge und Hilfe bei meinen Gutachtern Andreas Wirsching und Wolfgang Weber sowie bei meinem Vertrauensdozenten Klaus Weber; außerdem bei meinen Gesprächspartnern Lisa Abendroth, Hans Manfred Bock, Eberhard Dähne, Frank Deppe, Georg Fülberth, Wolfgang Hecker, Kurt Lenk, Rainer Rilling und Gerhard Schäfer.

Weiter tausend Dank für Kritik und Korrekturlesen an Anja Ebersbach, Christine Kramel, Sabine Schalm, Rudolf Neumaier, Markus Glaser, Andreas Diers und Matthias Köpf.

Wertvolle Hilfe bekam ich von den Mitarbeitern in Archiven und Bibliotheken. Sie haben mich bei der Materialsuche unterstützt haben; dank schulde vor allem den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des IISG Amsterdam, aber auch Uwe Bredehorn (Universitätsbibliothek Marburg), Jochen Stollberg (Horkheimer-Archiv), den Mitarbeitern des Adorno-Archivs in Frankfurt, Siegward Lönnendonker (APO-Archiv) und Christine Bobzien (Archiv der sozialen Demokratie). Nicht zuletzt bedanke ich mich bei Friedrich Martin Balzer, ohne dessen Vorarbeiten diese Studie nicht vorliegen würde.

Außerdem danke ich der Rosa-Luxemburg-Stiftung, die diese Arbeit gefördert hat.

Regensburg, den 21. Juni 2007 Richard Heigl

Inhaltsverzeichnis

Danksagung ***4***

Inhaltsverzeichnis ***5***

Verzeichnis der Abkürzungen ***7***

I. Einleitung ***8***

A. Problemstellung *8*
B. Zum Forschungsstand *10*
C. These, Methodik und Aufbau der Arbeit *22*

II. Neue Linke: Begriffsbestimmung und Interpretationsrahmen ***26***

A. Zum Begriff der Neuen Linken *26*
B. Die 1968er-Bewegungen: Beschleunigter globaler Lernprozess und Protestverdichtung *34*
C. Die Rolle der politischen Intellektuellen *44*

III. Auf dem Weg zum politischen Pädagogen: Historische Erfahrungen un politische Sozialisation Abendroths (1906-1951) ***48***

A. Elternhaus und revolutionäre Arbeiter(jugend)bewegung *48*
B. Jura-Studium, Politik und Marxismus *59*
C. Widerstand und die Vorbereitungen auf eine Zeit nach Hitler *75*
D. Die Jahre im sowjetischen Sektor: Berufliche Sicherung *82*

IV. »Radikaldemokratischer« Sozialismus im Atomzeitalter: Abendroths Alternativen zwischen Restauration und Stalinisierung (1950-1961) ***85***

A. Abendroth und die linkssozialistische Subkultur in Gewerkschaften und Sozialdemokratie *86*
B. Arbeiterbewegung und demokratische Verfassung *127*
C. Das Problem des Stalinismus *140*

V. Die Entstehung der Neuen Linken (1952-1963) ***159***

A. Kampf um die Köpfe in den 1950ern *159*
B. Der Parteiausschluss der Linkssozialisten *174*
C. Stabilisierung der sozialistischen Opposition *190*

VI. Gegenhegemonie: Die Bewegung gegen die Notstandsgesetze und die Diskussion um die Rolle des Parlaments (1958-1969) ***210***

A. Zur Bedeutung der Notstandsgesetze *210*
B. Abendroths Engagement seit Ende der 1950er Jahre *213*
C. Gegen-Hegemoniebildung *232*
D. Parteigründung oder »Stabilisierendes Zentrum« *250*
E. »Parlamentarische Aktion« 1969 ..... *265*

VII. »Marburger« und »Frankfurter« Schule ***279***

A. Kooperationen für eine demokratische Wissenschafts- und Bildungspolitik *279*
B. Reformmarxismus und Kritische Theorie *291*
C. »Marburger Schule« *310*

VIII. Herausforderung durch die antiautoritäre Linke (1965-1970) ***328***

A. Provokation als Politik *328*
B. Grenzen der Gewalt *344*
C. Vietnam und Internationalismus *361*

IX. Zusammenfassende Schlussbetrachtungen 377

A. Wissenschaftliche Politik als Aufgabe 377
B. Alte und Neue Linke 380
C. Auf dem Weg zum politischen Pädagogen und wissenschaftlichen Politiker 382
D. Marxistisches Denken zwischen Restauration und Stalinisierung 384
E. Die Entwicklung der Neuen Linken 387
F. Organisation kollektiver Lernprozesse: Die Bewegung gegen die Notstandsgesetze 390
G. Der Marburger Reformmarxismus und die Frankfurter Kritische Theorie 393
H. Die Herausforderungen durch die antiautoritäre Neue Linke 398

Quellenverzeichnis 406

Literaturverzeichnis 409

Schriften von Wolfgang Abendroth 409
Sekundärliteratur 415

Verzeichnis der Abkürzungen

ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
AdsD	Archiv der sozialen Demokratie, Bonn
ADS	Arbeitsgemeinschaft demokratischer Sozialisten
AgF	Arbeitsgemeinschaft für Gewerkschaftsfragen
APO	Außerparlamentarische Opposition
ASO	Arbeitsgemeinschaft sozialistische Opposition, Marburg
AStA	Allgemeiner Studentenausschuss
BVerfGG	Bundesverfassungsgerichtsgesetz
DFU	Deutsche Friedensunion
DVPW	Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie deutsche Jugend
FSJ	Freie Sozialistische Jugend
FVSS	Freie Vereinigung Sozialistischer Studenten
GG	Grundgesetz
HKWM	Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus
HU	Humanistische Union
HSU	Humanistische Studentenunion
IfZ	Institut für Zeitgeschichte, München
IfS	Institut für Sozialforschung, Frankfurt
ISK	Internationaler Sozialistischer Kampfbund
IwP	Institut für Wissenschaftliche Politik, Marburg
IISG	Internationales Institut für Sozialgeschichte, Amsterdam
KAP bzw. KAPD	Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands
KfA bzw. KfAD	Kampagne für Abrüstung (ab 1968 Kampagne für Abrüstung und Demokratie)
KPD(O) bzw. KPO	Kommunistische Partei Deutschlands (Opposition)
LSD	Liberaler Studentenbund Deutschlands
MHA	Max Horkheimer Archiv der Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt
ÖTV	Gewerkschaft öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
RGO	Revolutionäre Gewerkschaftsopposition
RCDS	Ring christlich-demokratischer Studenten
SDS	Sozialistischer Deutscher Studentenbund
SHB	Sozialistischer Hochschulbund
TWAA	Theodor W. Adorno Archiv, Frankfurt
VDS	Verband Deutscher Studentenschaften
VUS	Vereinigung Unabhängiger Sozialisten
WISO	Wiso - Korrespondenz für Wirtschaft und Sozialwissenschaft.
WRV	Weimarer Reichsverfassung

I. Einleitung

A. Problemstellung

Das Jahr 1968 war der Höhepunkt einer weltweiten politischen Mobilisierung unterschiedlicher demokratischer Bewegungen, die in zahlreichen Revolten endete. Durch diese Gruppen hatte die klassische Arbeiterbewegung und ihre Organisationswelt die Hegemonie im außerparlamentarischen Raum verloren. Ende der 1950er Jahre hatte eine Neue Linke die Frage nach den Perspektiven einer gesellschaftlichen Transformation neu gestellt. Gegenüber den hierarchischen und zentralistischen Organisationsformen in Staat und Gesellschaft wurden vielfach radikaldemokratische Konzepte und das Verhältnis von Autonomie und Organisation diskutiert. Viele Erkenntnisse, politische Handlungsmuster und das Geschichtsbild jener Jahre prägen die außerparlamentarische Politik und Kultur bis heute.

Die globale Epochenwende von 1968 verlief aber sehr unterschiedlich. Die Entwicklung in Deutschland wird im kollektiven Gedächtnis weitgehend mit der antiautoritären Neuen Linken und ihren Symbolfiguren Rudi Dutschke und Fritz Teufel identifiziert. Als ihre Stichwortgeber gelten vor allem Vertreter der so genannten »Kritischen Theorie« um das Frankfurter Institut für Sozialforschung: Theodor W. Adorno, Jürgen Habermas, Max Horkheimer und Herbert Marcuse. Entsprechend konzentrierte sich die bisherige historische Forschung auf die antiautoritäre Strömung, ihre Revolte von 1967/68 und auf die von ihr durchgesetzten politisch-kulturellen Neuerungen. Dadurch war der Blick auf die linkssozialistische Strömung verstellt. Diese formierte sich in den 1950er Jahren und prägte bis Mitte der 1960er Jahre Politik und Theorie der außerparlamentarischen Opposition maßgeblich. Entsprechend muss man von zwei Generationen politischer Intellektueller in einer linkssozialistischen und einer antiautoritären Neuen Linken ausgehen. Mit der Ausbildung der antiautoritären Strömung Mitte der 1960er Jahre verloren die Linkssozialisten ihre Definitionsmacht in der außerparlamentarischen Opposition.

Der Begriff Linkssozialismus ist nach 1945 ein Sammelbegriff für eine sehr heterogene Gruppe sozialistischer und marxistischer Aktivisten, die bis 1961 den linken Flügel der SPD bildeten.[1] In den 1960er Jahren hatten sich die linkssozialistischen Initiativen zu einem Netzwerk entwickelt, in dem verschiedene Generationen sozialistischer Intellektueller zusammenwirkten.

---

[1] Vgl. zum Begriff Linkssozialismus das Vorwort in: Franzke, Michael/Rempe, Uwe (Hg. 1998): Linkssozialismus. Texte zur Theorie und Praxis zwischen Stalinismus und Sozialreformismus, Leipzig.

Die ältere Generation war in der Zwischenkriegszeit und während des Faschismus sozialisiert worden. Sie kam aus den kleinen dissidenten Gruppen, die sich in der Weimarer Republik zwischen den beiden Massenparteien SPD und KPD gebildet hatten. Im Wesentlichen waren dies die Splittergruppen KPO, SAP, ISK und die Gruppe *Neu Beginnen.* Für die Nachkriegsgeneration erfüllten Vertreter dieser Gruppen wie der Politologe Wolfgang Abendroth, der Sozialphilosoph Leo Kofler oder der Publizist Fritz Lamm eine wichtige kulturelle Brückenfunktion. Sie eröffneten Zugänge zur bis dahin verdrängten Kultur der revolutionären Arbeiterbewegung, boten praktische und theoretische Hilfe, vermittelten zwischen »alter« Arbeiterbewegung und der Neuen Linken.

Gerade Wolfgang Abendroth spielte bei der Formierung der Neuen Linken eine bedeutende Rolle. Als »politischer Professor« wurde er zum wichtigsten Berater der linkssozialistischen Studenten im SDS und in den 1960er Jahren zu einer Symbolgestalt der außerparlamentarischen Opposition. Abendroth verhielt sich als Vertreter einer älteren Generation gegenüber der Neuen Linken kritisch-solidarisch. Abendroth gestaltete sein Leben lang im engen Kontakt mit politischen Aktivisten und Intellektuellen sozialistische Tagespolitik und wirkte auch aktiv beim Aufbau der Neuen Linken mit. Die linkssozialistische Ausrichtung des SDS vor und nach dem Ausschluss aus der SPD ist unmittelbar auf die Präsenz von Wolfgang Abendroth und anderen politischen Intellektuellen seiner Generation wie Fritz Lamm oder Leo Kofler zurückzuführen. Mit Wolfgang Abendroth begegnete den kritisch gewordenen Jugendlichen ein radikaldemokratischer Marxist, der viele in der Periode des Kalten Krieges geltende Denkweisen in Frage stellte. So ist sein Einfluss mit dem der Redakteure der Zeitschrift *New Reasoner,* Edward und Dorothy Thompson, John Saville und Alasdair McIntyre auf die Entwicklung der britischen New Left vergleichbar.[2]

Letztlich ist die Entstehung und Weiterentwicklung der Neuen Linken in Deutschland ohne Kenntnis ihres linkssozialistischen Flügels und seiner Mentoren nicht erklärbar. Die Vertreter des linkssozialistischen Flügels prägten als eingreifende Wissenschaftler die drei tragenden Bewegungen der späteren APO maßgeblich: die Ostermärsche, die Anti-Notstands-Bewegung und die Studentenbewegung. Die Existenz des linkssozialistischen Flügels war unverzichtbare Voraussetzung für die Ausbildung der außerparlamentarischen Opposition und hatte einen erheblichen Anteil an der »Intellektuellen Gründung der Bundesrepublik« (Albrecht u. a.). Damit wurde der Grund-

[2] Vgl. Hall, Stuart (2000): Cultural Studies. Ein politisches Theorieprojekt (=Ausgewählte Schriften 3, hg. v. Nora Räthzel), Hamburg, 24; Chun, Lin (1996): Wortgewitter. Die britische Linke nach 1945, Hamburg.

stein für eine gewerkschaftsorientierte politische Strömung gelegt, die sich bis heute innerhalb der deutschen Linken erhalten hat.

Die linkssozialistischen Konzepte wurden von der Forschung bislang kaum oder nur verkürzt wahrgenommen. Sie diskutierten die klassischen Probleme der Arbeiterbewegung: Politische Ökonomie, Staat und Recht, Gewerkschafts- und Parteitheorie, Faschismus- und Demokratietheorie. Vom Blickwinkel unorthodoxer wissenschaftlicher Marxisten aus blieben ihre Untersuchungen und ihre Politik auf die organisierte Arbeiterbewegung hin orientiert. Ihre leisere und kontinuierliche Arbeit konnte sich in der Wahrnehmung der Öffentlichkeit und der Forschung nicht gegen die grelle und spektakuläre antiautoritäre Kulturrevolution behaupten. Betrachtet man aber beide Hauptströmungen der Neuen Linken, so werden nicht ihre Pluralität und ihr theoretischer Reichtum sichtbar, sondern es öffnet sich auch ein weites und spannungsreiches Panorama theoretischer Arbeit und praktischer Oppositionspolitik, das es zu untersuchen gilt.

B. Zum Forschungsstand

Keine Überblicks-darstellung

Die Literatur zur Neuen Linken, zu APO und zur Epochenwende von 1968 ist zunächst kaum zu überblicken. Beschränkt man sich auf die im engeren Sinne wissenschaftliche Literatur, wurde die Bewegung in den 1970er Jahren aus soziologischer und politologischer Sicht besprochen.[3] Seit zehn Jahren erschienen vermehrt historiographische Studien. Doch hat Christoph Jünke jüngst noch einmal deutlich gemacht, dass es »ein klassisch zu nennendes Werk über das, was damals eigentlich geschah, oder wie man es historisch einzuschätzen hat« nicht gibt.[4]

1. Soziologische und politologische Untersuchungen in den 1970er Jahren

Erste Bestands-aufnahmen

Die ersten wissenschaftlichen Studien waren im Wesentlichen politik- und ereignisgeschichtliche Darstellungen. Ihre Autoren, die vielfach selbst aus dem Umfeld der Neuen Linken kamen, lieferten wertvolle Bestandsaufnahmen für die Aufarbeitung der Ereignisse um 1968. Die Pluralität der Lin-

---

3 Als Überblick über die verschiedenen Erklärungsmodelle nach wie vor grundlegend: Otto, Karl A. (1989): APO. Die außerparlamentarische Opposition in Quellen und Dokumenten (1960-1970), Köln, 9-46.

4 Jünke, Christoph (2001): Den Ursprung historisieren? Ein Literaturbericht zum 30. Jubiläum der Revolte von 1968, in: 1999, 2/2001, 162. Vgl. auch den Literaturbericht von Kraushaar, Wolfgang (2000): 1968 als Mythos, Chiffre und Zäsur, Hamburg, 253-347.

ken war in den Arbeiten Anfang der 1970er Jahre noch wesentlich stärker präsent als in der nachfolgenden Forschung. Während beispielsweise Nikolaus Ryschkowsky als einer der ersten das zeitgenössische Spektrum der westdeutschen Linken auffächerte, lieferte Josef Oelinger aus eher konservativer Sicht mit seiner Analyse des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) einen brauchbaren Überblick über politische Ideen und Strömungen jener Jahre.[5] Allerdings wurde von Oelinger die von ihm eingeforderte Differenzierung der Strömungen nicht immer durchgehalten. So maß auch er die Neue Linke bereits an deren antiautoritärem Flügel und sah ihre theoretische Wurzel in der Kritischen Theorie.[6] Zum zehnten Jahrestag und mit Blick auf die linke Kultur in den 1970ern, ihren Aufspaltungstendenzen, aber auch mit Blick auf den linken Terrorismus entstanden in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre frühe Standardwerke und Quellensammlungen, die sich zunehmend mit dem SDS und der antiautoritären Studentenbewegung beschäftigten.[7] Mit den Arbeiten von Karl A. Otto zur Ostermarschbewegung und Maren Krohn über die Notstandsgesetze wurden nun nach der Studentenbewegung auch die beiden anderen großen Bewegungen der APO erstmals zum Gegenstand einer umfassenden historiographischen Erörterung.[8]

---

5 Vgl. Ryschkowsky, Nikolaus J. (1968): Die linke Linke, München/Wien; Oelinger, Josef (1969): Die neue Linke und der SDS. Die politische Theorie der revolutionären Opposition, Köln.

6 Dasselbe kann für die Studie von Langguth gelten, die sich hier inhaltlich und zeitlich anschließt: Langguth, Gerd (1976): Die Protestbewegung in der Bundesrepublik Deutschland 1968-1976, Köln.

7 Materialsammlung über die Ereignisse in Berlin: Lönnendonker, Siegward/Fichter, Tilman (1973-1983): Freie Universität Berlin 1948-1973 – Hochschule im Umbruch, Teil I – IV, unter Mitarbeit von Claus Rietzschel, Berlin 1973-75; zusammen mit Jochen Staadt: Teil V, Berlin 1983; Peter Jahn/Annemarie Kleinert/Jochen Staadt: Teil VI. Wolff, Frank/Windhaus, Eberhard (Hg. 1977): Studentenbewegung 1967. Protokolle und Materialien, Frankfurt. Die Entfremdung von SPD und SDS unter dem Aspekt organisationssoziologischer Differenzen untersuchte Briem, Jürgen (1976): Der SDS. Die Geschichte des bedeutendsten Studentenverbandes der BRD seit 1945, Frankfurt; Bauß, Gerhard (1977): Die Studentenbewegung der sechziger Jahre in der Bundesrepublik und Westberlin, Köln. Aus dem Blickwinkel zweier Berliner SDS-Mitglieder: Fichter, Tilman/ Lönnendonker, Siegward (1977): Kleine Geschichte des SDS. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund von 1946 bis zur Selbstauflösung, Berlin. Fichter und Lönnendonker legten mit »Macht und Ohnmacht der Studenten. Kleine Geschichte des SDS«, Hamburg 1998 eine überarbeitete Fassung vor.

8 Otto, Karl A. (1977): Vom Ostermarsch zur APO. Geschichte der außerparlamentarischen Opposition in der Bundesrepublik 1960-1970, Frankfurt/New York; Krohn, Maren (1981): Die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um die Notstandsgesetze, Köln.

Soziologische Arbeiten

Die Soziologie interpretierte die Epochenwende von 1968 erstmals mit international vergleichenden Studien.[9] Die unter anderem jugendspezifische Ursachen und ideengeschichtliche Zusammenhänge diskutierten. Daneben wurden vielfach die Überfüllung der Hochschulen, eine Krise der Demokratie beziehungsweise des Demokratieverständnisses, die zu dieser Zeit kursierenden marxistischen und anarchistischen Theorien als Triebfedern der Massenproteste genannt.[10] Oelinger warnte aber schon damals davor, die »unruhige Jugend« ausschließlich oder auch nur vorherrschend unter dem Gesichtspunkt des Generationenkonflikts zu sehen. Er stellte weiter fest, eine Erklärung durch eine »kommunistisch-sozialistische Fernlenkung« könne nicht zufrieden stellen.[11] Die Revolte sei nicht ohne Berücksichtigung der tatsächlichen Verhältnisse in Gesellschaft und Staat zu verstehen. Doch die Transformationsprozesse des so genannten »Spätkapitalismus« behandelten diese Studien nur oberflächlich.

Modernisierungstheorem

Der Anspruch, die soziale und historische Dimension der 1968er-Bewegungen zu erfassen, endete in der Soziologie oft in der theoretischen Beschränkung auf ein Modernisierungstheorem, das sich als gängiges Erklärungsmuster etablieren konnte. Je nach den gesellschaftspolitischen Zielvorstellungen der Interpreten gaben die außerparlamentarische Opposition und die Neue Linke entweder notwendige politische Impulse oder waren Ausdruck eines nicht verarbeiteten Modernisierungsprozesses. So bescheinigte Josef Oelinger dem SDS ein Problembewusstsein in der Öffentlichkeit geweckt zu haben, kritisierte aber auch die vom SDS »angeführte« neue Linke als »extreme, gegen die gegebene freiheitlich-demokratische und parlamentarische Grundordnung« gerichtete Bewegung mit einem totalitären Gesellschaftsbild.[12] Andere deuteten die Proteste in erster Linie als Ausdruck von Anpassungsschwierigkeiten und einer archaisch-vorindustriellen

---

9 Ahlberg, René (1972): Ursachen der Revolte. Analyse des studentischen Protestes, Stuttgart/ Berlin/Köln/Mainz; Allerbeck, Klaus R. (1973): Soziologie radikaler Studentenbewegungen: Eine vergleichende Untersuchung in der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten, München 1973; eine der wenigen ostdeutschen Arbeiten: Calzavara, Maria u. a. (Autorenkollektiv) (1978): Demokratische Studentenbewegung in den USA, der BRD, Frankreich und Großbritannien: Stand und Probleme, Berlin (Ost).

10 Vgl. etwa die Ausführungen von Langguth 1976, 32ff. Eine bemerkenswerte sozialhistorische Erklärung der Studentenbewegung aus eher marxistischer Sicht lieferte der Jurist Gerhard Stuby (1970): Disziplinierung der Wissenschaft. Zur Rechtmäßigkeit studentischer Kampfmaßnahmen Mit einem Nachwort von Reiner Geulen, Frankfurt.

11 Vgl. Oelinger 1969, 9f.

12 Oelinger 1969, 205f.

Denkweise, als Verweigerungshaltung gegenüber Veränderungen und antimoderne Affekte.[13] Solche Sichtweisen finden sich auch heute noch. So meinte jüngst der Kulturhistoriker Hermann Glaser, die Protestbewegung habe in radikaler, dogmatischer Einseitigkeit den Modernitätsfortschritt der 1950er Jahre verneint.[14] Interpretationen, wie wir sie bei exemplarisch bei Oelinger und Glaser finden, sprechen den Akteuren letztlich ihren Subjektcharakter ab. Ihre systemoppositionellen Emanzipationsbestrebungen werden entweder für die aktuell geltende Gesellschaftsordnung instrumentalisiert oder generell kriminalisiert. Gegen dieses »Urteil der bürgerlichen Öffentlichkeit« wurde schon Anfang der 1970er Jahre beispielsweise durch Uta Stolle Einspruch erhoben.[15] Doch blieben diese Interventionen Randerscheinungen.

Impulse der Politikwissenschaft

Von der Politikwissenschaft gingen wertvolle Impulse zur Interpretation der Neuen Linken aus.[16] Hans Manfred Bock lieferte einen wichtigen Beitrag zur Historisierung und Differenzierung linker Theorie und Politik. Er rekonstruierte das historische Selbstverständnis und die Traditionslinien des linken Radikalismus. Weiter verwies Hans Karl Rupp in seiner Studie zur Bewegung gegen die Atombewaffnung auf die außerparlamentarische Opposition in den 1950er Jahren, der »Ära Adenauer«, und gab damit einen ersten Anstoß zur Erforschung des Zusammenhanges der zeitlich versetzten außerparlamentarischen Mobilisierungsprozesse der frühen Bundesrepublik.

Begriff des sozialen Lernens

Vor allem Karl A. Otto eröffnete Perspektiven, um den Zusammenhang der unterschiedlichen Proteste zu begreifen, ohne evolutorischen und kausal vereinfachenden Modellen zu verfallen. Ausgehend von der Ostermarsch-Bewegung beschrieb Otto die außerparlamentarische Opposition als selbstorganisierten, kollektiven, politischen Lernprozess, unabhängig von etablierten Organisationen der Arbeiterbewegung und in scharfer Frontstellung gegen autoritäre Herrschaftsstrukturen des »Establishments«.[17] Die Formierung

---

13 Unter vielen: Ahlberg 1972.

14 Vgl. Glaser, Hermann (1999): Deutsche Kultur. 1945-2000, Berlin, 394.

15 Stolle, Uta (1970): Die Ursachen der Studentenbewegung im Urteil bürgerlicher Öffentlichkeit, in: Das Argument 58 (1970), 375-394.

16 Zu nennen wäre: Rupp, Hans Karl (1970): Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer: Der Kampf gegen die Atombewaffnung in den fünfziger Jahren. Eine Studie zur innenpolitischen Entwicklung der BRD, Köln; Bock, Hans Manfred (1976): Geschichte des linken Radikalismus in Deutschland. Ein Versuch, Frankfurt; Otto 1977 und 1989.

17 Vgl. Otto 1977, 24. Das Beispiel Ostermarsch zeigt: Aus zunächst ethisch-pazifistisch motivierten Ostermarsch-Demonstrationen entstand eine permanente Kampagne für Abrüstung, die sich schließlich zu einer gesellschaftskritisch begründeten Kampagne für Demokratie und Abrüstung radikalisierte (vgl. Otto 1977, 9). E-

der außerparlamentarischen Opposition und damit auch der Neuen Linken führte er auf die gesellschaftlichen Widersprüche selbst zurück. Die APO-Aktionen hätten sich zu einem autonomen und strukturell gefestigten Handlungszusammenhang stabilisiert, der politisch-strategisch ausgerichtet war, ohne sich sofort auf Parteien zu beziehen. Dieses sei sowohl durch Veränderungen des politischen Systems in der Bundesrepublik, unter anderem durch das Fehlen einer Systemopposition im Bundestag, als Folgewirkung des »Kalten Krieges« als auch durch die strukturellen Widersprüche des sozioökonomischen Systems gefördert worden.[18]

2. Historisierungswelle seit Mitte der 1990er Jahre

Rückläufige Forschung in den 1980ern

Mit Beginn der 1980er Jahre ging das wissenschaftliche Interesse an den politischen Bewegungen von 1968 schlagartig zurück. Das Auftreten von Frauen- und Ökologiebewegung, Spontis, Kulturlinken und zahlreichen Alternativprojekten kennzeichnete neue gesellschaftliche Konfliktlinien und lenkten das wissenschaftliche Interesse auf Protest- und Lebensformen rund um die »Neuen Sozialen Bewegungen«. Die wenigen Arbeiten zur Neuen Linken beschritten jedoch teilweise methodisch neue Wege. Tilman Fichter wandte als erster das Generationenmodell Karl Mannheims auf den SDS an.[19] Von da an etablierte sich das Generationenmodell als weiteres wichtiges Erklärungsmuster der 68er-Bewegungen. Lothar Rolke gab wertvolle theoretische Anstöße zu einer analytischen Sozialgeschichte der Protestbewegungen – auch er fasste Protestbewegungen in erster Linie als Lernprozesse auf.[20] Aus sozialdemokratischem Blickwinkel rekonstruierte Michael Schneider den politischen Verlauf der Notstandsgesetze und verteidigte mit Verweis auf realpolitische Handlungsspielräume die Politik von Vorständen in Gewerk-

---

benso Buro, Andreas (1977): Die Entstehung der Ostermarsch-Bewegung als Beispiel für die Entfaltung von Massenlernprozessen, in: Friedensanalysen 4 (1977), 50-78.

18 Vgl. Otto 1977, 10 und 26ff; Otto (1989, 13) beschreibt die APO als »tendenziell gleichgerichtete Reaktionen auf politisch-thematische Reduktionen innerhalb des parlamentarischen Systems, auf strukturelle Defizite der innerparteilichen Demokratie (speziell der SPD) und auf eine alternativlose Enge des Parteienfeldes insbesondere seit Bildung der großen Koalition [...]«.

19 Fichter, Tilman (1988): SDS und SPD. Parteilichkeit jenseits der Partei, Opladen (aufbauend auf dem Generationenmodell Karl Mannheims). So u. a. auch Lönnendonker (Hg.) 1998, 6.

20 Rolke, Lothar (1987): Protestbewegungen in der Bundesrepublik. Eine analytische Sozialgeschichte des politischen Widerspruchs, Opladen.

schaften und SPD gegenüber der Kritik von linkspolitischen Wissenschaftlern wie Maren Krohn.[21]

Historisierungswelle

Mitte der 1990er Jahre wurde die 1968er-Bewegung schließlich zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft. Die zahlreichen geschichtswissenschaftlichen Arbeiten können als Teile einer umfassenden Historisierungswelle betrachtet werden, die sich unter anderem in Chroniken, Dokumentationen und Archivführern niederschlug.[22] Die politik- und ereignisgeschichtliche Forschung wurde zum Teil vertieft.[23] Aber vor allem die Theoretisierung der 1968er-Bewegungen erhielt neue Impulse, weil zahlreiche historische Analysen auf soziologische Ansätze der Sozialbewegungsforschung zurückgriffen. Gestützt auf die Theorien von Friedhelm Neidhard und Dieter Rucht wurden soziale Bewegungen als ein »auf gewis-

---

[21] Schneider, Michael (1986): Demokratie in Gefahr? Der Konflikt um die Notstandsgesetze, Bonn.

[22] Z. B. Kraushaar, Wolfgang (1998a): 1968. Das Jahr, das alles verändert hat, München/Zürich. Den Stand zu Beginn 2000 dokumentiert Becker, Thomas P./Schröder, Ute (Hg. 2000): Die Studentenproteste der 60er Jahre. Archivführer – Chronik – Bibliographie, Köln/Weimar/Berlin; noch unbearbeitete Bestände der kaum bearbeiteten grauen Literatur finden sich bei Hüttner, Bernd (2003): Archive von unten. Bibliotheken und Archive der neuen sozialen Bewegungen und ihre Bestände, Neu Ulm. Hilfreiche Dokumentationen sind: Lönnendonker, Siegward (Hg. 1998): Linksintellektueller Aufbruch zwischen »Kulturrevolution« und »kultureller Zerstörung«. Der SDS in der Nachkriegsgeschichte (1946-1969). Dokumentation eines Symposiums. Opladen/Wiesbaden; Kraushaar, Wolfgang (1996): Die Protest-Chronik 1949-1959. Eine illustrierte Geschichte von Bewegung, Widerstand und Utopie, 4 Bde., Frankfurt; mit Schwerpunkt auf der antiautoritären Neuen Linken: Schulenburg, Lutz (Hg. 1998): Das Leben ändern, die Welt verändern! 1968 – Dokumente und Berichte, Hamburg.

[23] Lönnendonker, Siegward/Rabehl, Bernd/Staadt, Jochen (2002): Die antiautoritäre Revolte. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund nach der Trennung von der SPD, Bd.1: 1960-1967, Wiesbaden. Nach wie vor anregend sind die früheren Arbeiten des heute neorechten Bernd Rabehl: Rabehl, Bernd/Fuhrmann, Frank-Uwe/Koll, Reiner/Lönnendonker, Siegward/Manrique, Matthias/ Schroeder, Klaus (1986): Die Provokationselite. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund und die sozialen Bewegungen in den 50er und 60er Jahren. Vorläufige Ergebnisse, Berlin; Rabehl, Bernd (1999): APO und ihre Anstöße – zu Umwelt- und Friedensbewegung, in: Geiger, Helmut/Roether, Armin (Hg.): Dutschke und Bloch, Zivilgesellschaft damals und heute, Mössingen-Talheim. Aus sozialdemokratischer Sicht und mit Schwerpunkt auf der föderalen Struktur des SDS und dessen außenpolitischen Themen: Albrecht, Willy (1994): Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS). Vom parteikonformen Studentenverband zum Repräsentanten der Neuen Linken, Bonn; zur Entwicklung des SHB: ders. (1992): »Unter den Talaren…«. Studentenbewegung und Sozialdemokratie bis 1968, in: Dieter Dowe (Hg.): Partei und soziale Bewegung. Kritische Beiträge zur Entwicklung der SPD seit 1945, Bonn, 59-80.

se Dauer gestelltes und durch kollektive Identität abgestütztes Handlungssystem mobilisierter Netzwerke von Gruppen und Organisationen« verstanden, welche »sozialen Wandel mittels öffentlicher Proteste herbeiführen, verhindern oder rückgängig machen«.[24] Neidhard und Rucht beschrieben damit allerdings nur sehr allgemein soziale Bewegungen und unterschieden kaum ihre qualitativen Unterschiede. Die Attraktivität dieser Ansätze rührte daher, dass mit ihnen ein theoretisches Gerüst für politisch sehr unterschiedlich motivierte Bewegungen zur Verfügung gestellt wurde: für Arbeiter- und Studentenbewegung, für Dekolonisations- und Bürgerrechtsbewegung, für Bewegungen innerhalb und außerhalb Europas.

Globale Dimension

Gleichzeitig fand ab der zweiten Hälfte der 1990er Jahre – im Zeichen der so genannten Globalisierung – vor allem die internationale Dimension der 1968er-Bewegung stärkere Beachtung. Beate Fietze schlug vor, »1968« als Symbol der »ersten globalen Generation« zu interpretieren.[25] Sie stellte die These auf, dass das Zustandekommen und die Synchronisierung der weltweiten Studentenunruhen erst erklärbar wird, wenn man die globalisierungstheoretische Perspektive Edward Tiryakians, Immanuel Wallersteins und Eric Hobsbawms mit Karl Mannheims Konzept der historischen Generation kombiniert. Wallerstein sah den Zusammenhang zwischen den einzelnen Bewegungen in der von kapitalistischen Verhältnissen geprägten Weltgesellschaft; diese ideologische und kulturelle Realität des Weltsystems sei aktualisiert, aber durch diese Ereignisse auch endgültig verändert worden. Deswegen interpretierte Wallerstein »1968« als Revolution »im« Weltsystem und als eine Revolution »des« Weltsystems.[26] Gerade mit den Arbeiten von Ingrid Gilcher-Holtey wurde historiographisch der nationale Kontext verlassen.[27] Sie näherten sich den 1968er-Protestbewegungen und der Neuen Linken mit systematisch vergleichenden Untersuchungen. Weitere kompara-

---

[24] Zit. n. Jünke 2001, 181f.; Vgl. Rucht, Dieter (1994): Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich, Frankfurt/New York.

[25] Fietze, Beate (1997): 1968 als Symbol der ersten globalen Generation, in: Berliner Journal für Soziologie, 7. Jg., 365-386.

[26] Wallerstein, Immanuel (1997): 1968: eine Revolution im Weltsystem, in: Etienne, François u. a. (Hg.): 1968 – ein europäisches Jahr? Leipzig, 19-36.

[27] Gilcher-Holtey, Ingrid (Hg. 1998): 1968. Vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft, Göttingen, 7. Vgl. weitere Arbeiten der Autorin: dies. (1995): »Die Phantasie an die Macht«. Mai 68 in Frankreich, Frankfurt; dies. (2001): Die 68er-Bewegung: Deutschland-Westeuropa-USA, München. Etzemüller, Thomas (2005): 1968 – Ein Riss in der Geschichte? Gesellschaftlicher Umbruch und 68er-Bewegungen in Westdeutschland und Schweden, Konstanz.

tive Studien erweiterten die Kenntnisse über internationale Wechselwirkungen und Bezugnahmen.[28]

Interaktionen verschiedener Trägergruppen

So erfuhren in den letzten zehn Jahren andere Trägergruppen und (Welt-)Regionen stärkere Berücksichtigung. Regionalstudien widmeten sich peripheren Brennpunkten.[29] Marica Tolomelli thematisierte mit ihrer vergleichenden Studie über die Gewerkschaften und die Studentenbewegung die bislang kaum beachtete Interaktion zwischen diesen beiden Gruppen. Der Zusammenhang zwischen Kritischer Theorie und Neuer Linker wurde nun intensiver erforscht.[30] Dabei wurde die Bedeutung der Frankfurter Schule für die Bildung der Neuen Linken Ende der 1990er relativiert.[31] Eigenständigkeit und Wirkung etwa der »Marburger Schule« um Wolfgang Abendroth, Werner Hofmann und Heinz Maus wurden zumindest angesprochen und auch andere linke Strömungen oder politische Intellektuelle wie Leo Kofler oder Ernst Bloch fanden wieder Beachtung.[32] Dennoch blieben auch

---

[28] Juchler, Ingo (1996): Die Studentenbewegungen in den Vereinigten Staaten und in der Bundesrepublik Deutschland der sechziger Jahre. Eine Untersuchung hinsichtlich ihrer Beeinflussung durch Befreiungsbewegungen und -theorien aus der Dritten Welt, Berlin; Kimmel, Michael (1998): Studentenbewegungen der sechziger Jahre: Frankreich, Bundesrepublik und USA im Vergleich, Wien; Tolomelli, Marica (2001): »Repressiv getrennt« oder »organisch verbündet«. Studenten und Arbeiter 1968 in der Bundesrepublik Deutschland und in Italien, Opladen; mit einem ideengeschichtlichen Ansatz: Schmidtke, Michael (2003): Der Aufbruch der jungen Intelligenz. Die 68er Jahre in der Bundesrepublik und den USA, Frankfurt/New York.

[29] Z. B. Kozicki, Norbert (1993): Aufbruch im Revier: 1968 und die Folgen, Essen; Strogies, Lothar (1996): Die Außerparlamentarische Opposition in Nürnberg und Erlangen, Erlangen/Jena; Bauer, Walter (Hg. 1998): 1968: Die APO in Nürnberg. Texte der APO-Presse und Pressenachrichten von und über die APO in Nürnberg, Nürnberg; Teppe, Karl (Hg. 1998): Der gesellschaftsgeschichtliche Ort der ´68er´-Bewegung, Westfälische Forschungen. Zeitschrift des Westfälischen Instituts für Regionalgeschichte des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe, 48 (1998).

[30] Einführend: Gilcher-Holtey, Ingrid (1998): Kritische Theorie und Neue Linke, in: dies. (Hg.), 168-187; eine umfassende Dokumentation liegt vor mit Kraushaar, Wolfgang (Hg. 1998): Frankfurter Schule und Studentenbewegung. Von der Flaschenpost zum Molotowcocktail, 3 Bde., Hamburg.

[31] Z. B. Albrecht, Clemens/Behrmann, Günther/Bock, Michael/Homann, Harald/Tenbruck, Friedrich (Hg. 1999): Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik. Eine Wirkungsgeschichte der Frankfurter Schule, Frankfurt/New York, 333f.

[32] Z. B.: Demirović, Alex (1999a): Spannungsreiche Nähe. Zum Verhältnis von Frankfurter Schule und Leo Kofler, in: Leo-Kofler-Gesellschaft (Hg.): Mitteilungen 3 (1999), 34-45; Claas, Herbert/ Hofmann-Götting, Joachim/Käpernick, Ralf/Limbers, Jan (Hg. 1999): Werner Hofmann. Gesellschaftslehre in praktischer Absicht, Marburg; Schäfer, Gerhard (2006): Das Marburger Dreigestirn: Wolfgang Abendroth – Heinz Maus – Werner Hofmann. Zur Vorgeschichte kritischer Gesellschaftswissenschaft in Marburg, in: Stephan Moebius/Gerhard Schäfer (Hg.): Soziologie als Ge-

in diesen Studien konzeptionelle Differenzen in den außerparlamentarischen Bewegungen und in der Neuen Linken unscharf. Die Neue Linke wurde in der Tendenz weiter mit dem prominenteren antiautoritären Flügel gleichgesetzt oder an ihm gemessen.[33]

Modernisierungstheorem

In den neueren Publikationen lassen sich zwei große historiographische Tendenzen ausmachen: das Modernisierungstheorem und das Totalitarismustheorem. Die sozialhistorisch und komparativ arbeitende linksliberale Geschichtsschreibung betonte weiter die Bedeutung der 1968er-Bewegung für den Modernisierungsprozess der Bundesrepublik. In Verteidigung des sozial-liberalen Projekts opponierte diese Geschichtsschreibung auch gegen neokonservative Geschichtsbilder und ihre traditionellen Werten. Doch die Probleme des Modernisierungstheorems blieben bestehen: Die Geschichte der Epochenwende von 1968 ist tendenziell die eines nicht-steuerbaren Modernisierungsprozesses. Weiterhin wird die kulturelle Liberalisierung und demokratische Öffnung nach 1968 in die Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik eingeordnet, während die anhaltenden gesellschaftlichen Widersprüche und sozialen Kämpfe ausgeblendet bleiben. Auch die systemoppositionellen Emanzipationsansprüche sind somit Vergangenheit. Die Protestbewegungen der 1950er und 1960er Jahre erscheinen dabei als Katalysatoren eines längst fälligen Entwicklungsschritts, deren Ausgangspunkt ein tief greifender Strukturbruch im letzten Drittel der 1950er Jahre gewesen sei.[34] Wieder ist in dieser Sicht jeder soziale Protest Teil eines Prozesses, der das politische System zu Kompromissen und Lernprozessen zwingt, um es zu erhalten. Ebenso bleibt problematisch, dass in diesem Deutungsmodell letztlich die Zusammenhänge zwischen kultureller Entwicklung, politischer Herrschaft und sozialer Ungleichheit erkenntnistheoretisch nicht hergestellt werden.[35]

Totalitarismustheorem

Geschichtspolitisch wirkungsvoll war die zweite Gruppe an Publikationen, mit denen in den 1990er Jahren die traditionellen Themen Gewalt und Terrorismus in der Linken aufgegriffen und mit einem totalitarismustheo-

---

sellschaftskritik. Wider den Verlust einer aktuellen Tradition, Hamburg, 44-70.

33 Z. B. bei Schmidtke 2003 oder Tolomelli 2001.

34 Z. B. Glaser 1999, 390. Zu den Forschung über die Modernisierung in den 1950er Jahren vgl.: Schildt, Axel (1993): Nachkriegszeit. Möglichkeiten und Probleme einer Periodisierung der westdeutschen Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg und ihrer Einordnung in die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts, in: GWU, 44. Jg., 567-584; Schildt, Axel/Sywottek, Arnold (Hg. 1993): Modernisierung und Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre, Bonn; Herbert, Ulrich (2002): Liberalisierung als Lernprozeß. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte – eine Skizze, in: ders. (Hg.): Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945-1980, Göttingen, 7-52.

35 Z. B. Etzemüller 2005.

retischen Ansatz erklärt wurden. Oft sachlich falsch wurden direkte Verbindungslinien von Theoretikern wie Adorno, Marcuse, Bloch oder Abendroth zum Terror der RAF gezogen.[36] Diese Argumentationslinie sieht die Ursache für Militanz in der APO und in der Neuen Linken in erster Linie in der Rezeption neomarxistischer Ideologien und radikaler politischer Utopien, wobei die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen unberücksichtigt bleiben. Der problematische Zusammenhang zwischen Studentenrevolte, Gewalt und Terrorismus war so Gegenstand des politischen Schlagabtauschs und Thema zahlreicher Polemiken. Vor allem das Gewaltverständnis Rudi Dutschkes war in den letzten Jahren Gegenstand öffentlicher Diskussion.[37] Ende der 1990er Jahre wurde auch eine innerlinke Diskussion zum Thema Gewalt in den 1968er-Bewegungen angeregt.[38] Neu an aktuellen der medialen Bearbeitung der 1960er Jahre und des Terrorismus der ***Roten Armee Fraktion*** ist allerdings die Anwendung des Totalitarismustheorems durch Wissenschaftler, die sich früher dem Umfeld der Bewegung zurechneten.[39] Die vorliegenden historiographischen Arbeiten über die Rolle und die Ursachen von Gewalt in der 1968er-Bewegung fallen allerdings wegen ihrer Personalisierung und Psychologisierung hinter den allgemeinen Kenntnisstand zurück und bleiben auf Grund ihrer Eindimensionalität eher unbefriedigend.

---

[36] Fels, Gerhard (1998): Der Aufruhr der 68er. Zu den geistigen Grundlagen der Studentenbewegung und der RAF, Bonn 1998.

[37] Langguth, Gerd (2001): Mythos ´68. Die Gewaltphilosophie von Rudi Dutschke. Ursachen und Folgen der Studentenbewegung, München. Langguths Schrift hat den Vorteil, dass sie die unterschiedlichen Gruppen, in die sich die Neuen Linken nach 1968 zersplitterten, kartographisch aufführt.

[38] Vgl. Lönnendonker (Hg.) 1998.

[39] Einige nichtwissenschaftliche Polemiken sind: Scheuch, Erwin K. (Hg. 1968): Wiedertäufer der Wohlstandsgesellschaft. Eine kritische Untersuchung der »Neuen Linken« und ihrer Dogmen, 2. Aufl., Köln; Schrenck-Notzing, Caspar von (1968): Zukunftsmacher. Die neue Linke in Deutschland und ihre Herkunft, Stuttgart; Krämer-Badoni, Rudolf (1970): Anarchismus. Geschichte und Gegenwart einer Utopie, Wien; Lübbe, Hermann (1978): Endstation Terror: Rückblick auf lange Märsche, Stuttgart; Voigt, Lothar (1991): Aktivismus und moralischer Rigorismus: Die politische Romantik der 68er Bewegung, Wiesbaden. Dem Totalitarismustheorem verpflichtet sind: Kraushaar, Wolfgang (2001): Linke Geisterfahrer – Denkanstöße für eine antitotalitäre Linke, Frankfurt; Koenen, Gerd (2001): Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967 – 1977, Köln. Vgl. Kraushaar, Wolfgang/Wieland, Karin/ Reemtsma, Jan Philip (2005): Rudi Dutschke, Andreas Baader und die RAF, Hamburg; Kraushaar, Wolfgang (2005): Die Bombe im Jüdischen Gemeindehaus, Hamburg.

3. Aufgaben und Probleme der historischen Forschung heute

Neuer Interpretationsrahmen

Auch wenn das Bild über die Epochenwende von 1968 differenzierter geworden ist, stellen sich der historischen Forschung noch zahlreiche Aufgaben. So wartet mit der Erklärung des Zusammenhangs der zeitversetzten und im jeweiligen Kontext sehr unterschiedlichen Bewegungen eine neue und noch zu leistende konzeptionelle Herausforderung auf die Geschichtswissenschaft. Es bedarf eines Interpretationsrahmens, um die weltweiten Erschütterungen in Gesellschaften mit sehr unterschiedlichen Ordnungs- und Steuerungsmodellen sowie mit Rücksicht auf die jeweiligen historischen und soziokulturellen Hintergründe zu interpretieren. Globale Modelle wie die Weltsystemtheorie Wallersteins wurden kaum weiterverfolgt. Der Zusammenhang von Allgemeinem und Besonderem, Makro- und Mikrogeschichte wird nicht artikuliert.

Gruppierungen und Konzepte

Ebenso sind die Entwicklungen und Beiträge zahlreicher sozialer Gruppen, wie beispielsweise die Schüler- und Lehrlingsbewegung, noch historiographisch aufzuarbeiten. Rudi Dutschke betonte in einem bekannten Fernsehgespräch von 1978, dass die Jungarbeiter einen großen Teil der Protestteilnehmer von 1968 stellten.[40] Sie seien nur weniger wahrgenommen worden, da sie keine prominenten Sprecher hatten. Wie eingangs schon erwähnt, fehlen vor allem Studien zur sozialistischen Linken im Allgemeinen und zur linkssozialistischen Neuen Linken im Besonderen. Karljo Kreters Studie über die Zeitschrift *Funken* ist bislang eine der wenigen Ausnahmen.[41] Dasselbe gilt für zahlreiche politische und kulturelle Kleingruppen wie den *Sozialistischen Bund* und für Zeitschriften wie die *Sozialistische Politik, Das Argument, konkret* oder das *Kursbuch*. Weiter ist noch zu linksbürgerlichen und linkskirchlichen Intellektuellen Forschungsarbeit zu leisten.[42] Der Themenkomplex Nationalismus, Antisemitismus und Antiamerikanismus in diesen Gruppen ist bisher nur ansatzweise bearbeitet sowie der Beginn der

---

40 1968 – Das Jahr des Aufstands. Sendung aus der Reihe *Club 2* vom 13.6.1978, Gäste: Rudi Dutschke, Daniel Cohn-Bendit, Matthias Walden, Kurt Sontheimer. Gastgeber: Günther Nenning.

41 Kreter, Karljo (1986): Sozialisten in der Adenauer-Zeit. Die Zeitschrift »Funken«. Von der heimatlosen Linken zur innerparteilichen Opposition in der SPD, Hamburg.

42 Kritisches Denken verkörperten zunächst zahlreiche Schriftsteller wie Rolf Hochhuth, Erich Fried, Erich Kuby, der Personenkreis um die von Hans Werner Richter initiierte Gruppe 47, die linkskatholische Zeitschrift *werkhefte* (München) oder die protestantischen Zeitschriften *Stimme der Gemeinde* (Frankfurt; Pastor Herbert Mochalski) und *Junge Kirche* (Dortmund; Helmuth Gollwitzer, Pastor Martin Niemöller, Dr. Heinz Kloppenburg).

Frauenbewegung historiographisch kaum behandelt ist.[43] Auch wären die Interaktionen der Gruppen noch intensiver zu erforschen.[44]

Biographische Forschung

In der biographischen Forschung bleiben große Lücken zu schließen. Bislang gibt es über führende politische Intellektuelle der Neuen Linken – mit Ausnahme Rudi Dutschkes – kaum Arbeiten.[45] Über das Verhältnis der älteren Generation zur jüngeren Neuen Linken ist noch erstaunlich wenig bekannt. Zu den Theoretikern der Frankfurter Schule liegen diverse Arbeiten vor und vereinzelt auch zu Ernst Bloch.[46] Christoph Jünke legte vor kurzem eine Arbeit zu Leo Kofler vor, die dessen Wirken als Vermittler zwischen der »alten« und der Neuen Linken untersucht.[47] Doch viele sozialistische Mentoren der Neuen Linken wie Willy Huhn, Erich Gerlach, Peter von Oertzen, Helmut Ridder, Viktor Agartz, Fritz Opel, Helmut Gollwitzer und Heinz-Joachim Heydorn sind bisher so gut wie nicht wahrgenommen worden;[48] die Rolle der Frauen ist kaum untersucht. Es fehlen biographische Monografien, die sich auf die systematische und differenzierte Auswertung der – veröffentlichten und unveröffentlichten – Quellen stützen, und Konzepte wie Lebenslauf der behandelten Personen in ihren historischen Kontext stellen.

Abendroth

Speziell zu Wolfgang Abendroth erschienen unmittelbar nach dessen Tod 1985 eine Reihe von kleineren Artikeln und 1993 eine Diplomarbeit von Wolfram Burkhardt.[49] Der 1998 erhobene Vorwurf einer informellen SED-Mitarbeit Abendroths wurde entkräftet.[50] Für die Wissenschaft ergiebiger sind die im Rahmen des 50-jährigen Jubiläums der Marburger Politikwissenschaft erschienenen Beiträge zum wissenschaftlichen und politischen Wirken

---

43 Eine Ausnahme ist Ludwig, Andrea (1995): Neue oder deutsche Linke. Nation und Nationalismus im Denken von Linken und Grünen, Opladen.

44 Ausnahmen sind neben Tolomelli (2001): Küsel, Gudrun (1978): APO und Gewerkschaften. Von der Kooperation zum Bruch, Berlin; Oetjen, Hinrich (1989): APO, Gewerkschaften und Intellektuelle, in: Bremes, Hans-Erich/Schumacher, Maria (Hg.): Mit der Vergangenheit in die Zukunft. Felder gewerkschaftlicher Politik seit 1945, Münster, 51-68.

45 Vgl. Miermeister, Jürgen (1986); Rudi Dutschke, Reinbek; zuletzt: Karl, Michaela (2003) Rudi Dutschke. Revolutionär ohne Revolution, Frankfurt.

46 Miermeister, Jürgen (1996): Ernst Bloch, Rudi Dutschke, Hamburg.

47 Jünke, Christoph (2007): Sozialistisches Strandgut. Leo Kofler – Leben und Werk (1907-1995), Hamburg.

48 Jüngst erschien: Benz, Michael (2007): Der unbequeme Streiter Fritz Lamm. Jude Linkssozialist Emigrant 1911-1977. Eine politische Biographie, Essen.

49 Burkhardt, Wolfram (1993): Das politische und wissenschaftliche Wirken Wolfgang Abendroths von 1966 bis 1972, Diplomarbeit, Marburg. Vgl. die Artikel in Redaktion Sozialismus (Hg. 1985): W. Abendroth, Sonderheft, Hamburg.

50 Siehe dazu unten Kap. VI, D, 1.

Abendroths in Marburg.[51] Andreas Diers hat 2006 eine rechtshistorische Teil-Biographie zu Abendroth vorgelegt.[52] Eine politische Gesamtbiographie steht noch aus, wobei mit dem von Balzer, Bock und Schöler herausgegebenen Bibliographie- und Aufsatzband eine wichtige Grundlage für weitere Arbeiten gelegt wurde.[53] Außerdem erschienen 2006 im Rahmen der Feierlichkeiten des 100. Geburtstages zahlreiche Beiträge sowie der erste Band der Gesammelten Schriften Abendroths.[54]

C. These, Methodik und Aufbau der Arbeit

Ziel und Thesen

Die vorliegende Studie liefert einen Beitrag zur Historisierung der linkssozialistischen Strömung der frühen Bundesrepublik zur Ergänzung der Entstehungsgeschichte der 1968er-Bewegungen. Dazu sollen Abendroths politische Theorie und Praxis rekonstruiert und sein Verhältnis zur westdeutschen Neuen Linken historisch-kritisch nachgezeichnet werden. Der Marburger Jurist und Politologe ist eine Schlüsselfigur für die Erforschung der linkssozialistischen Strömung und der Neuen Linken. Dabei wird die These vertreten, dass die Neue Linke aus den gesellschaftlichen Verhältnissen und den ungelösten demokratiepolitischen Problemen in den 1950er Jahren entstand, aber auch als Ergebnis langfristiger Politik linkssozialistischer Intellektueller betrachtet werden kann. Diese linkssozialistische (Neue) Linke verfügte über eine kohärente Gesellschaftsanalyse und einen Ansatz gesellschaftlichen Lernens, der von der frühen Neuen Linken aufgegriffen wurde.

---

51 Hecker, Wolfgang/Klein, Joachim/Rupp, Hans Karl (Hg. 2001/2003): Politik und Wissenschaft. 50 Jahre Politikwissenschaft in Marburg, 2 Bde., Hamburg/London.

52 Diers, Andreas (2006): Arbeiterbewegung – Demokratie – Staat, Wolfgang Abendroth. Leben und Werk 1906 bis 1948, Hamburg.

53 Balzer, Friedrich-Martin/Bock, Hans Manfred/Schöler, Uli (Hg. 2001): Wolfgang Abendroth. Wissenschaftlicher Politiker. Bio-bibliographische Beiträge, Opladen. Hilfreich ist ebenso: Balzer, Friedrich-Martin (Hg. 2001): Wolfgang Abendroth. Für Einsteiger und Fortgeschrittene. Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie. Gesamtbibliographie der Veröffentlichungen, CD-ROM, Bonn.

54 Hervorzuheben seien nur: Abendroth-Gruppe (2006): Gibt es eine »Abendroth-Schule?«, in: Das Argument 266 (2006), 355-364; Peter, Lothar (2007): Marburger und Frankfurter Schule im Vergleich, in: Das Argument 269, 98-111; Schäfer 2006; Tjaden, Karl Hermann/Peter, Lothar (2006) »Frankfurter Schule« Wolfgang Abendroth heute – kann man von ihm noch was lernen?, in: Sozialismus 6/2006, 33-39; Urban, Hans-Jürgen/Buckmiller, Michael/Deppe, Frank (Hg. 2006): »Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie«. Zur Aktualität von Wolfgang Abendroth, Hamburg; Abendroth, Wolfgang (zit. GS) (2006); Gesammelte Schriften, Bd. 1: 1926-1948, hg. v. Michael Buckmiller, Joachim Perels und Uli Schöler, Hannover. Hier sei auch auf die Einleitung hingewiesen.

Theoretische Bezugspunkte der Studie

Interpretatorische Bezugspunkte der Studie sind die theoretischen Arbeiten von Leo Kofler und Antonio Gramsci. Die dialektische Sozialtheorie von Leo Kofler gründet auf einem spezifischen Subjekt-Objekt-Verständnis:

> In seinem Tun »produziert« das menschliche Individuum (das Subjekt) Handlungen und Gegenstände, die sich in seiner Gesamtheit zu einem geordneten System verdichten (Objekt), das seinerseits dem Menschen als etwas Selbständiges (wiederum als Subjekt) gegenübertritt.[55]

Damit bietet sie eine erkenntnistheoretische Grundlage, um das Verhältnis einer individuellen Biographie und der sie umgebenden gesellschaftlichen Bedingungen zu bestimmen. Weiter dienen Antonio Gramscis Überlegung über Hegemoniebildung und seine Theorie über politische Intellektuelle als Hintergrund für diese Arbeit. Gramsci legte eine Staatstheorie vor, die unter dem Begriff der Zivilgesellschaft auch das politische Feld politischer Intellektueller beschreibt.[56] Die Gesellschaftstheorie beider Autoren kann auch als Referenz für Abendroths Weltanschauung herangezogen werden, da ihr Denken dem Abendrothschen verwandt ist.

Quellen

Die Studie stützt sich auf die sehr umfangreiche Publikationstätigkeit Abendroths: auf seine Monographien aber auch auf die weit verstreuten Aufsätze in Zeitschriften und Sammelbänden. Als Quellenbasis stand weiter der umfangreiche Nachlass Abendroths im *Internationalen Institut für Sozialgeschichte* in Amsterdam zur Verfügung. Hier konnten die private und berufliche Korrespondenz, dokumentierte Interviews sowie Vorträge und Vorlesungen Abendroths ausgewertet werden. Für das Thema waren nicht zuletzt die Briefwechsel zwischen Abendroth, Fritz Lamm und Heinrich Brandler ergiebig. Parallel wurden die Aktenbestände des *APO-Archivs* Berlin, des *Adorno-Archivs* und des *Horkheimer-Archivs* in Frankfurt und der *Universitätsbibliothek Marburg* eingesehen. Ergänzend wurden Akten der Bundesvorstände der IG-Metall und der SPD im *Archiv der sozialen Demokratie* herangezogen. Wichtige Hinweise gaben mir die Zeitzeugen Lisa Abendroth, Georg Fülberth, Frank Deppe, Wolfgang Hecker, Hans Manfred Bock, Eberhard Dähne, Gerd Schäfer und Kurt Lenk in persönlichen Gesprächen.

Anwendung der Theorie

Die Auswertung der theoretischen Schriften allein kann den Charakter der linkssozialistischen Strömung nur sehr begrenzt erfassen. Während sich die »Frankfurter Schule« auf die theoretische Ausarbeitung konzentrierte, wurde

---

55 Kofler, Leo (2000a): Die Gesellschaftsauffassung des Historischen Materialismus, in: ders.: Zur Kritik bürgerlicher Freiheit. Ausgewählte politisch-philosophische Texte eines marxistischen Einzelgängers, hg. v. Christoph Jünke, Hamburg, 84.

56 Als ersten Überblick zu Gramscis Konzept vgl. Votsos, Theo (2001): Der Begriff der Zivilgesellschaft bei Antonio Gramsci, Hamburg/Berlin.

die Gesellschaftstheorie der Linkssozialisten unmittelbar im Kontext politischer und sozialer Bewegungen formuliert. Diese Praxis verschaffte umgekehrt dieser Theorie wiederum Geltung und setzte sie durch. Hatte Demirović für die Vertreter der »Frankfurter Schule« formuliert, dass deren Gesellschaftstheorie nur im Zusammenhang mit den sie vertretenden Intellektuellen zu begreifen ist, so das auch für linkssozialistische Intellektuelle wie Abendroth.[57] Allerdings bedeutet das, dass Abendroths politische Praxis Wesentliches über seine politische Theorie zum Ausdruck bringt, und er seine Theorie in einer außergewöhnlichen Konsequenz in politisches Handeln übersetzte. Insofern muss beides, Theoriearbeit und tagespolitisches Engagement, in seiner Wechselwirkung gesehen werden.

Autobiographische Aussagen Abendroths

Geschichtswissenschaftliche Probleme bereiten die frühen Jahre im Leben Abendroths. Sie sind weitgehend nur durch persönliche Erinnerungen überliefert. Und damit müssen die Aussagen hinsichtlich der Gewichtungen, Auslassungen, Zusätze, Idealisierungen oder Projektionen geprüft werden, die sich aus großer zeitlicher Distanz aber auch aus der grundsätzlichen Problematik einer autobiographischen Darstellung ergeben. Ein autobiographischer Rückblick werden Kontinuitätslinien und Brüche so betont, dass sie gegenwärtige Aussageabsicht begründen und unterstützen. Quellenkritisch ist diesem Problem zu begegnen, indem die Intention Abendroths und seine dialektisch-kritische Denkweise berücksichtigt werden. Die Erinnerungen Abendroths waren kein Selbstzweck, sondern bemühten sich um die Vermittlung verallgemeinerbarer Erkenntnisse, das Aufdecken von Widersprüchen und die Analyse von Fehlern. Seine subjektive und zeitgebundene Sichtweise sollte keineswegs kaschiert werden. Die Grenzen der Verallgemeinerung subjektiver Erfahrung waren ihm zwar bewusst, er versuchte aber, anhand seiner politischen Biographie, beispielhaft allgemeine Zusammenhänge deutlich zu machen.[58] Seine Erinnerungen sind daher als bewusste Eingriffe in laufende Debatten der Linken zu verstehen. Abendroth hob individuelle Erfahrungen hervor, um damit Strukturen und Prinzipien gesellschaftlicher Transformationen plastisch zu machen. Er sah sich dabei als einen politischen Intellektuellen, der von Kindheit an in der revolutionären Arbeiterbewegung sozialisiert wurde. In seinen historischen und autobiographischen Texten wählte er bewusst diese Position, um Einblicke in die Vorgänge »innerhalb« der Arbeiterbewegung zu geben. Diese Selbstzensur be-

---

57 Vgl. Demirović, Alex (1999): Der nonkonformistische Intellektuelle. Die Entwicklung der Kritischen Theorie zur Frankfurter Schule, Frankfurt, 14.

58 Vgl. Abendroth, Wolfgang (1976): Ein Leben in der Arbeiterbewegung, Gespräche aufgezeichnet und herausgegeben von Barbara Dietrich und Joachim Perels, Frankfurt, 111.

deutet auch, dass das private Leben Abendroths ausgeblendet blieb. Die Verarbeitung von rein privaten Erlebnissen war auch im privaten Familienkreis kein Diskussionsthema.[59] Selbst im autobiographisch angelegten Gesprächsband *Ein Leben in der Arbeiterbewegung* (1976) wird die private Person stets zu Gunsten der politischen Geschehnisse in den Hintergrund gerückt.

Aufbau der Studie

Die Studie bearbeitet das Problemfeld in zeitlich aufeinander aufbauenden Fallstudien. Zunächst wird in Kapitel Zwei der Interpretationsrahmen und das zugrunde liegende Verständnis von politischen Intellektuellen erläutert. Hier werden vor allem Überlegungen zum internationalen Zusammenhang oppositioneller Bewegungen in den 1950er und 1960er Jahren ausgebreitet. Kapitel Drei wendet sich der politischen Sozialisation des jungen Abendroth zu. Die weiteren Kapitel behandeln die Haltung Abendroths zu den unterschiedlichen linken politischen Traditionen der frühen Bundesrepublik. Hier beginnt Kapitel Vier mit seinen Darlegungen zur gesellschaftlichen Funktion einer organisierten, systemoppositionellen Arbeiterbewegung, die er angesichts des »neuen Reformismus« in Sozialdemokratie und Gewerkschaften entwickelt. Das Kapitel legt den Schwerpunkt auf Abendroths theoretisches Erbe, das von der Neuen Linken Ende der 1950er Jahre übernommen wurde. Kapitel Fünf beschäftigt sich mit Abendroths Rolle bei der Formierung der linkssozialistischen Neuen Linken. In Kapitel Sechs wird Abendroths Vernetzungspolitik anhand der Kampagne gegen die Notstandsgesetze dargestellt. Diese politische Bewegung ist wohl als wichtigstes politisches Projekt Abendroths in den 1960er Jahren zu betrachten. Eine Besonderheit der Bewegung gegen die Notstandsgesetze ist auch, dass man diese als relativ konsequente Umsetzung linkssozialistischer Politik und Theorie sehen kann. In Kapitel Sieben werden Gemeinsamkeiten und Differenzen mit der Frankfurter Schule näher beleuchtet. Kapitel Acht wendet sich schließlich dem Verhältnis Abendroths zum libertär-anarchistisch orientierten »linken Radikalismus« der antiautoritären Bewegung zu. Das Schlusskapitel konzentriert die Themen der vorangehenden Kapitel noch einmal auf die Person Abendroths.

---

[59] So unter anderem Lisa Abendroth (Interview). Lisa Abendroth teilt im Interview mit, dass der autobiographische Gesprächsband (Abendroth 1976) lange bearbeitet worden sei und dabei die persönlichen Aspekte herausgefallen seien.

II. Neue Linke: Begriffsbestimmung und Interpretationsrahmen

Vorab bleibt noch der Begriff Neue Linke zu klären. Weiter soll erläutert werden, welcher Interpretationsrahmen der Arbeit zu Grunde liegt und wie die gesellschaftliche Rolle politischer Intellektueller verstanden wird.

A. Zum Begriff der Neuen Linken

Ein neue linke Bewegung

Die Neue Linke wurde zum Kampfbegriff und zur Sammelbezeichnung für sozialistische und vor allem marxistische Gruppen, die Ende der 1950er Jahre in den hochindustrialisierten Demokratien Europas und Nordamerikas auftraten. Die Bezeichnung lässt sich auf Claude Bourdet, den Gründer und Herausgeber der Zeitschrift *France Observateur*, zurückführen, der sie 1956 zum ersten Mal formulierte.[60] Der Begriff Neue Linke wurde von der britischen New Left übernommen und dann in der Bundesrepublik Deutschland als Leitidee vom damals linkssozialistisch orientierten *Sozialistischen Deutschen Studentenbund* (SDS) und dem *Sozialistischen Bund* (SB) nach ihrem Ausschluss aus der SPD 1961 verwandt.

Mit dem Ausdruck »Neue« Linke war die programmatische Forderung nach einer politisch-intellektuellen Sammlungsbewegung verbunden. Junge Intellektuelle der Nachkriegsgeneration griffen die Bezeichnung über nationale Grenzen hinweg als identitätsstiftende Selbstzuschreibung auf, um sich von der Politik und Gesellschaftsauffassung der »alten« Linken abzuheben. »Der Begriff«, so Jürgen Seifert 1963, »bedeutet [...] eine Abgrenzung gegen den ›orthodoxen Marxismus‹, wie er durch den Stalinismus einerseits, den ›Kautskyanismus‹ andererseits geprägt worden ist.«[61] Als Gegenbewegung zu den Disziplinierungsversuchen durch die politische Gesellschaft (»Staat«) und Zivilgesellschaft (z. B. Partei) kann man die Neue Linke als unorthodoxe und nonkonformistische innerlinke Reformbewegung bezeichnen.

Diese »unorthodoxe« Neue Linke wandte sich jedoch keineswegs vom Marxismus ab, sondern aktualisierte ihn als innerlinke Reformbewegung mit dem Ziel eines demokratischen und humanistischen Sozialismus auf der Grundlage eines wissenschaftlichen Marxismus. Marica Tolomelli beschreibt daher die Neue Linke als

---

60 Vgl. Chun 1996, 12, Fußnote 1.

61 Seifert, Jürgen (1963): Die Neue Linke. Abgrenzung und Selbstanalyse, in: Frankfurter Hefte, 1/1963, 30.

> theoretische Debatte, welche die Gesellschaftsanalyse, Transformationsstrategie, Aktionsstrategie und Organisationskonzeption der traditionellen Parteien der Linken in Frage stellte und neue Emanzipationsentwürfe entfaltete, die bedingt durch die verschiedenen nationalen Rahmenbedingungen, jeweils unterschiedliche Prägungen erhielten und unterschiedliche Akzente setzte.[62]

Schon früh vermutete Seifert, dass sich der Begriff Neue Linke durchsetzen konnte, weil

> die Neue Linke nicht organisatorisch bestimmt ist und daher die Möglichkeit bietet, über verfestigte Schranken hinweg eine Erneuerungsbewegung von Kräften innerhalb und außerhalb der SPD, von Gewerkschaftern und Intellektuellen unter einem Namen zusammenzufassen.[63]

Nach dem Auftreten der Neuen Linken konnte marxistisches Denken nicht mehr mit der politischen Theorie einer kommunistischen oder sozialdemokratischen Partei gleichgesetzt werden.

Strömungen in Westdeutschland

Die zwei wichtigsten Gruppierungen innerhalb der westdeutschen Neuen Linken waren die linkssozialistische (»traditionalistische«) und die antiautoritäre Strömung.[64] Beide teilten die radikale Kritik an der marktwirtschaftlich konzipierten, industriellen Welt, opponierten gegen das »Establishment«, entwickelten unterschiedliche Gesellschaftsanalysen, divergierende Ziele und Strategien zu ihrer Durchsetzung.[65]

Verlust der Deutungshoheit

Durch die Mobilisierung der Protestbewegungen von 1968 verloren die linkssozialistischen Trägergruppen die Deutungshoheit innerhalb der Neuen Linken, die sie seit Beginn der 1960er Jahre behauptet hatten. Das »antiautoritäre Lager« (Dutschke) konnte als Teil einer weltumspannenden Welle von Jugendrebellionen der anschließenden Revolte ihren unverkennbaren Stempel aufdrücken. Das bedeutete aber nicht, dass die linkssozialistische Neue Linke stagnierte. Sie wurde lediglich von der antiautoritären Mobilisation marginalisiert und entwickelte sich weiter, indem zum Teil die Fragestellungen der antiautoritären Neuen Linken aufgegriffen und verarbeitet wurden.

---

62 Tolomelli, Marica (1998): 1968. Formen der Interaktion zwischen Studenten- und Arbeiterbewegung in Italien und der Bundesrepublik, in: Gilcher-Holtey (Hg.), 83.

63 Seifert 1963, 30.

64 Vgl. Richter, Pavel A. (1998): Die Außerparlamentarische Opposition in der Bundesrepublik Deutschland 1966 bis 1968, in: Gilcher-Holtey, Ingrid (Hg.), 41.

65 Vgl. Richter 1998, 41.

In Westdeutschland hatten vor allem die Bildung der Großen Koalition Ende 1966 und die tödlichen Schüsse auf den Studenten Benno Ohnesorg am 2. Juni 1967 starke mobilisierende Wirkung. Nun schlossen sich massenhaft kurzfristig politisierte Studierende dem SDS an oder sympathisierten mit ihm.[66] Sozialgeschichtlich setzten sich die »Juni-Gefallenen« (Rabehl) in erster Linie aus Jugendlichen der Nachkriegsgeneration zusammen, die mit geringen politisch-theoretischen Vorkenntnissen und Erfahrungen in dieser Aufbruchssituation agierten. Durch jene Mobilisierung veränderten sich in der Bundesrepublik Deutschland wie in den USA die soziale Zusammensetzung und der Charakter der Linken.

Periodisierung

Die Geschichte der westdeutschen Neuen Linken lässt sich daher in mehrere Phasen unterteilen, die mit verschiedenen politischen Generationen in Verbindung zu bringen sind. Hier wäre als erste Phase die der linkssozialistischen Generation der Neuen Linken zu nennen, die 1955/1956 in Erscheinung trat und zwischen 1957 und 1965 in der Ostermarschbewegung, in der Bewegung gegen die Notstandsgesetze und im SDS die Definitionshoheit errang.[67] Die zweite Phase, von 1965 bis 1968, war vom Aufkommen der antiautoritären Neuen Linken und der Massenmobilisierung gekennzeichnet. Es folgte ab 1968 eine letzte Etappe der Demobilisierung und Ausdifferenzierung der politischen Bewegungen. Als Ende dieser Phase könnte man die Bildung der sozial-liberalen Bundesregierung 1972 oder die Gründung der Partei der Grünen 1979 ansehen, als mit der Gründung einer Partei links von der SPD systemoppositionelle Politik zumindest zeitweise wieder ein parlamentarisches Sprachrohr fand.

Krise des Marxismus

Die Reformbestrebungen der Neuen Linken waren auch Ausdruck einer Krise[68] des Marxismus. Der Aufbruchsoptimismus der Linken unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg war zerstört. Seit Beginn der 1950er Jahre befanden sich Sozialisten und Marxisten gerade in Westdeutschland durch die Konfrontation des Kalten Kriegs und die antikommunistische »Gegen- und Integrationsideologie« (Schildt) in der politischen Isolation.[69] Aber nicht weniger bedeutsam waren die sozioökonomischen und kulturellen Umbrüche der Nachkriegszeit, in der sich die industrielle Arbeiterklasse in den

---

66 Fülberth, Georg (1991): Leitfaden durch die Geschichte der Bundesrepublik, 3. Aufl., Köln, 63.

67 Eine weitere Unterteilung ergab sich im Jahr 1961, mit dem Ausschluss des SDS und der Linkssozialisten aus der SPD.

68 Der Begriff Krise kennzeichnet hier die Wahrnehmung beschleunigter Transformationsprozesse. Bisherige Handlungsorientierungen und Begründungszusammenhänge werden als unzureichend und überholt wahrgenommen.

69 Vgl. als Überblick zur Situation des Sozialismus nach 1945 auch Grebing, Helga (1993): Der Sozialismus, in: Schildt/Sywottek (Hg.) 1993, 646-658.

entwickelten Industriestaaten rapide veränderte. Die traditionellen, systemoppositionellen Milieus lösten sich auf und wurden weitgehend in der neuen Gesellschaftsformation integriert. Die Auffassung des Soziologen Helmut Schelsky, die westdeutsche Gesellschaft sei eine klassenlose, »nivellierte Mittelstandsgesellschaft«, entsprach in den 1950er Jahren durchaus einer weit verbreiteten Selbstsicht – oder auch einem Wunschbild. In jedem Fall hatte die klassische Arbeiterbewegung ihren exklusiven Status als Avantgarde demokratischer Systemopposition eingebüßt. Als Träger der Emanzipationsbewegung waren in den hochindustrialisierten westlichen Gesellschaften nur noch wenige Intellektuelle übrig geblieben. Und auch die auf Partei- und Gewerkschaftsbürokratien beruhenden Transformationsstrategien in der klassischen Arbeiterbewegung waren für die junge Generation fragwürdig geworden. Nun wurde debattiert, ob nicht Intellektuelle und Randgruppen die Impulsgeber der spätkapitalistischen Gesellschaft seien, und ob mit dem Anstieg des Akademikeranteils an der Gesamtbevölkerung eine neue, revolutionäre Klasse entstanden sei. Charakteristisch für diese Diskussion war die Aufforderung des amerikanischen Soziologen C. Wright Mills in seinem Brief an die New Left, den viktorianischen Marxismus zu vergessen: »[…] we´ve got to study these new generations of intellectuals around the world as real live agencies of historic change.«[70] Ebenso musste mit dem Auftreten nationaler Befreiungsbewegungen und dekolonisierter Staaten das Verhältnis von Zentrum und Peripherie für eine Revolutionstheorie neu definiert werden.

Internationalität

Der Aufbruch der Neuen Linken und der 1968er-Bewegungen wurde somit auch zum Beginn einer neuen internationalistischen Bewegung.[71] Das Ausmaß der wechselseitigen internationalen Bezugnahmen für die eigene oppositionelle Politik hatte 1968 eine neue Qualität erreicht. Die Neue Linke trug damit den transnationalen Entwicklungen, dem Kalten Krieg mit seiner »amerikanischen« Hegemonie, der Verschiebung der Systemkonfrontation in die so genannte Dritte Welt und den Dekolonisationsbewegungen Rechnung. Durch internationale Kontakte entwickelten die Aktivisten jener Jahre ein Selbstverständnis, das über die jeweiligen nationalen Grenzen hinauswies. Die Begriffe »Neue Linke«, »New Left« oder »Nouvelle Gauche« standen aber nicht für eine einheitliche Bewegung, sondern waren Ausdruck eines segmentierten, internationalen Politisierungsprozesses, von sich gegenseitig

---

70 Mills, C. Wright (1960): Letter to the New Left, in: New Left Review, No. 5, September-October 1960, zit. n.: Internet http://www.marxists.org/subject/humanism/mills-c-wright/letter-new-left.htm, (Stand: 24. 10. 2004)

71 Vgl. Hierlmeier, Josef (2004): Internationalistische Bewegung, in: HKWM, Bd. 6/II, 1437-1445.

inspirierenden politischen Arbeits- und Diskussionszusammenhängen. Die Neue Linke trat nur in den Metropolen der westlichen Industriegesellschaften auf. Beispielsweise entwickelte sich in den USA innerhalb der liberalen Bürgerrechtsbewegung eine studentische Linke gegen die Rassentrennung und verband sich mit den Protestbewegungen gegen den Vietnamkrieg. In Großbritannien und Frankreich konstituierte sich bewusst eine kritische Linke als New Left beziehungsweise Nouvelle Gauche. Einen Sonderfall bildete die Linke in Italien, da sich hier keine Strömung explizit als Neue Linke verstand.[72]

Marxismus in der Nachkriegsgesellschaft

Nach 1945 ging es also um das Projekt eines neuen, radikaldemokratischen Marxismus des Atomzeitalters. Die sozialistische Tradition sollte erneuert werden, indem ihre humanistischen, utopischen und revolutionären Elemente bekräftigt wurden.[73] Um eine spezifische Theorie-Praxis-Konstellation auszubilden, wollten große Teile der Neuen Linken mit der orthodoxen politischen Sprache und dem konventionellen Rahmen von Politik brechen. In den 1960er Jahren wurde dann die kritische Auseinandersetzung mit dem Rüstungskapitalismus um die Frage nach den sozialistischen Perspektiven im fordistischen Wohlfahrtsstaat erweitert. Auf die veränderten Rahmenbedingungen war aus marxistischer Sicht zu reagieren, um wieder Perspektiven und Handlungsspielräume zu gewinnen. Oder, wie es Mills 1960 an die New Left formulierte: »In brief, fact and idea are isolated, so the real questions are not even raised, analysis of the meanings of fact not even begun.«[74]

In der Geschichte der kritischen Gesellschaftstheorie kam und kommt es immer wieder zu Bestandsaufnahmen, Reformulierungen und Erweiterungen. Wolfgang Fritz Haug erläutert für die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts:

> […] dann musste der Marxismus in der Ära des Fordismus unvermeidlich »fordistische« Charaktere annehmen, alles Zuwiderlaufende marginalisierend, zurückdrängend oder gar unterdrückend: in seiner Auffassung der Arbeiterklasse und der Klassenkämpfe, von Produktion und Konsumtion, von körperlicher und geistiger Arbeit, von Massen und Führung und Intellektuellen, von politischen Subjekten und politischer Repräsentation oder Interessenvertretung, von Individuum und Gesellschaft, sogar von Frauen und Männern, von Geschlechterverhältnissen, von Wirklichkeit und Imaginärem usw. Alle diesbezüglichen Vorstellungen konnten nicht anders geprägt sein als durch die Bedingungen, auf die sie zu antworten hatten.[75]

---

72 Vgl. Tolomelli 2001, 84.

73 Ralph Samuel 1958, zit. n. Chun 1996, 35.

74 Ebd.

75 Haug, Wolfgang Fritz (2001): Was kommt nach dem fordistischen Marxismus?, in:

Verarbeitung marxistischer Reformideen

Die historische Leistung der Neuen Linken lag in der breiten Aneignung und Neukombination verdrängter oder vergessener Kultur- und Wissensbestände. In kleinen Organisationen, Clubs und Zeitschriften, wie der *New Left Review,* dem *Argument,* dem *Kursbuch* oder in der *neuen kritik* wandte sich die Neue Linke den Dissidenten der klassischen Arbeiterbewegung zu. In einer umfassenden Rezeptionsanstrengung wurden neben den anarchosyndikalistischen und spontaneistischen Linien der Arbeiterbewegung auch die marxistischen Reformer der Zwischenkriegszeit oder die Trikont-Marxismen verarbeitet.[76] Außerdem griff die Neue Linke Anregungen von subkulturellen Bewegungen, von Bürgerrechts- und Befreiungsbewegungen auf. Da sich die politischen Konflikte der 1950er und 1960er Jahre nicht mehr am Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit entwickelten, interessierte sich die Neue Linke zunehmend für die Themen, die in der klassischen sozialistischen Arbeiterbewegung zwar diskutiert worden waren, denen aber in der sozialistischen Oppositionspolitik bislang kaum praktische Bedeutung beigemessen wurde. Nun sollten auch die alltäglichen Lebensverhältnisse politisiert werden. Dies kennzeichnet etwa die Forderung nach Selbstentfaltung (»Das Private ist politisch«) oder die Kritik an Entfremdung und Manipulation durch die Kulturindustrie. Mit diesen Fragestellungen differenzierte die Neue Linke die marxistische Wissenschaft aus und entwickelte sie erheblich weiter.

Generationenkonstellation

In diesem widersprüchlichen, suchenden Lernprozess handelte die westdeutsche Nachkriegsgeneration nicht im luftleeren Raum. Die älteren politischen Intellektuellen waren aktiver Teil des neuen linken Netzwerkes. Sie gaben der Neuen Linken politische Orientierung indem sie tabuisierte Kulturbestände zugänglich machten. So unterschiedliche Persönlichkeiten wie Walter Dirks, Max Horkheimer, Ossip K. Flechtheim, Helmut Gollwitzer, Fritz Lamm und Wolfgang Abendroth repräsentierten dabei selbst die weltanschauliche Politisierung und Polarisierung der Weimarer Jugendbewegung und standen mit vielen anderen für eine unmittelbare Kontinuität zwischen Weimarer Republik und deutscher Nachkriegsgeschichte. Georg Lukács, Theodor W. Adorno, Max Horkheimer, Herbert Marcuse, Henri Lefèbvre, Roger Garaudy, Leo Kofler: Sie und viele weitere gaben Anstöße zur Auseinandersetzung mit den Staatssozialismen, kritisierten von einer marxistischen Position aus den parteioffiziellen Marxismus und die entfremdenden Bedingungen der damals so genannten spätkapitalistischen Gesellschaft. Die

---

ders.: Dreizehn Versuche marxistisches Denken zu erneuern, Berlin, 50.

[76] Vgl. Wolf, Frieder Otto (1996): Antiautoritäre Bewegung, in: HKWM, Bd. 1, 321-326.

Überlagerung politischer Generationen, verschiedener Jahrgänge, mit ihren abweichenden Sozialisationen und politischen Strategien führte auch zu erheblichen Spannungen – Abbildung 1 soll diese Überlagerung in einem stark vereinfachenden Schema verdeutlichen.[77]

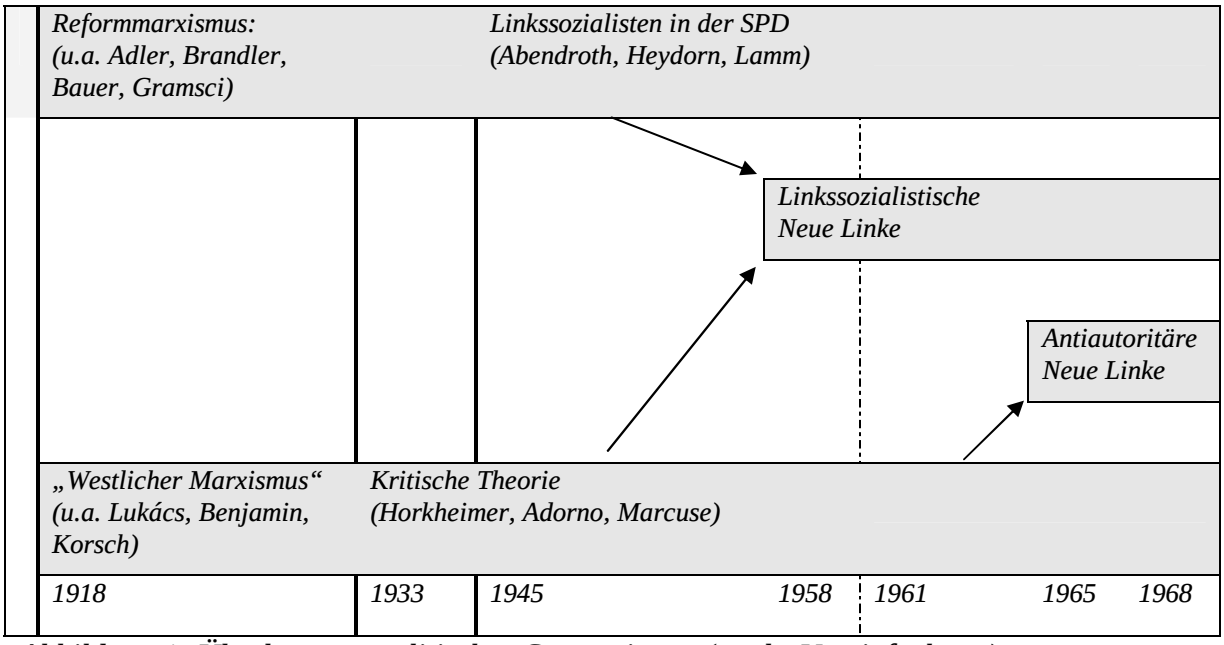

Abbildung 1: Überlappung politischer Generationen (starke Vereinfachung).

Und so trafen ältere und jüngere politische Handlungsstrategien aufeinander, die Geltung beanspruchten, weil die damit angestrebten Ziele und Inhalte zum Teil noch nicht erreicht waren. Wolfgang F. Haug fasst diese Verhältnisse zusammen:

> Das situierte Wissen des Marxismus entspringt den Kräfteverhältnissen und Politikmustern; es speist sich ebenso aus der Wahrnehmung neuer Problematiken, wie, auf andere Weise, aus der antagonistischen Beschwörung und Reklamation des Marxschen Erbes, wodurch rivalisierende Tendenzen ihre Konkurrenz austragen […], sowie aus Kompromissformen, zu denen solche gegensätzlichen Marxanrufungen führen; es ist bedingt durch das Gemisch aus Niederlagen und Teilerfolgen, von den Antworten auf Krisen wie auf das Krisenmanagement der herrschenden Klassen usw.[78]

Neue Linke und außerparlamentarische Opposition

Mit der Neuen Linken veränderte sich nicht nur die Politik im außerparlamentarischen Raum, sondern auch der Aktionsraum selbst. Dieser wurde

[77] Zu den gewählten Begriffen »westlicher Marxismus« und »Reformmarxismus« vergleiche Kap. VII, 1, b.

[78] Haug 2001, 50.

nun neben dem Parlament als eigenständiger politischer Handlungsraum begriffen und dort waren seit den 1950er Jahren mit den großen außerparlamentarischen Bewegungen, den so genannten Single-Purpose-Movements, neue Akteure linker Politik neben der klassischen Arbeiterbewegung entstanden. In diesen wurden neue, auf eine zivilgesellschaftliche Auseinandersetzung zugeschnittene Protestformen entwickelt. Lin Chun berichtet, dass in Großbritannien die New Left und die Kampagne für nukleare Abrüstung (CND) so eng miteinander verbunden waren, dass keine ohne die andere erklärt werden kann; diese Analyse lässt sich auf Westdeutschland übertragen.[79] Ein großer Teil der westdeutschen Neuen Linken ging aus der Anti-Atombewegung hervor.[80] In der Bundesrepublik artikulierte sich die Neue Linke im Rahmen außerparlamentarischer Bewegungen wie den Ostermarsch-, Anti-Notstands- und Studentenbewegungen, die ab 1966 zur APO verschmolzen.[81] Die politischen Intellektuellen der Neuen Linken füllten in der außerparlamentarischen Opposition ein ideologisches Vakuum. Laut Tolomelli stützten die sich herauskristallisierenden Trägergruppen ihre kognitive Identität auf eine Orientierung durch die Neue Linke.[82]

Neue Linke: Konkrete Gruppen

Mit wachsender Bedeutung der Single-Purpose-Bewegungen wurde der Begriff Neue Linke auch synonym für die außerparlamentarische Opposition oder für jene politisch linken Zusammenhänge verwandt, die sich mit dem Wendejahr 1968 außerhalb der Arbeiterbewegung etablierten.[83] Dennoch sollte weiterhin zwischen Neuer Linker, außerparlamentarischer Bewegung und APO begrifflich wie soziologisch unterschieden werden. Die Neuen Linken waren nach eigenem Verständnis marxistisch und sozialistisch orientierte Intellektuelle der Nachkriegsgeneration, die ihre Aktionsstrategie mit einer kritischen Gesellschaftstheorie gegen orthodoxe Denkweisen begründeten. Und sie waren eine überwiegend akademische Teilgruppe der APO. Das politische Spektrum der außerparlamentarischen Opposition war insgesamt breiter, ihre soziale Zusammensetzung vielschichtiger. Otto beschreibt die außerparlamentarische Opposition in Westdeutschland als uneinheitliche

---

79 Vgl. Chun 1996, 36.

80 Vgl. Seifert 1963, 34.

81 Vgl. Richter 1998, 37ff.

82 Vgl. Tolomelli 2001, 78f.

83 Marcuse subsummierte unter dem Begriff Neue Linke Intellektuelle, Gruppen der Bürgerrechtsbewegung und aus der Jugend, besonders aus radikalen Elementen der Jugend, den so genannten Hippies zur Neuen Linken. Vgl. ders. (1967): Das Ende der Utopie, Berlin, 48. Gerd Langguth stellt fest, nach dieser Definition sei »Neue Linke« mit »Protestbewegung«, wie sie sich bis 1970 artikulierte, praktisch identisch Vgl. ders. (1983): Protestbewegung. Entwicklung, Niedergang, Renaissance. Die Neue Linke seit 1968, Köln, 17.

Sammlungsbewegung von linksliberal bis linksradikal.[84] Nach Otto umfasste die APO als informeller Kooperationszusammenhang Gewerkschafter, Pazifisten, linke Sozialdemokraten, illegale Kommunisten, kritische Christen und radikale Liberale, jugendliche Arbeiter und Studenten.[85]

B. Die 1968er-Bewegungen: Beschleunigter globaler Lernprozess und Protestverdichtung

1. Widersprüche in der westlichen Hegemonie

Widersprüche als Ausgangspunkt

»Die Bewegungsform des Lernens ist der Widerspruch«, schreibt Frigga Haug.[86] Lernen beginnt in dieser Sichtweise mit Widerspruchserfahrungen und ist für Haug eine Konfliktverarbeitung: »Es bedeutet das Verlassen einer als sicher aufgefassten Position, einer schon erreichten Handlungsfähigkeit, und damit eine Verunsicherung, um auf einer höheren Stufe neue, erweiterte Handlungsfähigkeit zu erwerben.«[87] Auch die Neue Linke ist, wie die Politisierung und Mobilisation sozialer Bewegungen generell, Folge von Widerspruchs-, Krisen- und Isolationserfahrungen. Entsprechend bildete sich die Neue Linke nicht in Opposition zu stabilen Verhältnissen, sondern auf Grund beschleunigter und scheinbar unkontrollierbarer politischer, sozialer und kultureller Wandlungsprozesse. So verwies Uta Stolle darauf, dass sich die Proteste der westdeutschen Studenten nicht gegen das bestehende Hochschulsystem der 1960er Jahre richteten, sondern gegen die sich zu dieser Zeit durchsetzenden Veränderungen, wie zum Beispiel gegen die zunehmende Fremdbestimmtheit durch die Massenausbildung an den Hochschulen oder die Funktionalisierung von Forschung und Lehre für den spätkapitalistischen Produktionsprozess.[88]

Die gesellschaftlichen Verhältnisse provozierten so Widerspruch.[89] Durch die Konfrontation zwischen dem Auftreten einer Gesellschaft als demokratischer Rechtsstaat einerseits und der Zurückdrängung von Emanzipationsbestrebungen andererseits wurden bis dahin gängige Denkweisen und Hand-

---

84 Vgl. Otto 1989, 13.

85 Ähnlich über die Zusammensetzung der Ostermarschbewegung: Ryschkowsky 1968, 28.

86 Haug, Frigga (2003): Lernverhältnisse. Selbstbewegungen und Selbstblockierungen, Hamburg, 282.

87 Haug, Frigga 2003, 64.

88 Vgl. Stolle 1970, 379.

89 Ahlberg (1972) führt zahlreiche Widerspruchserfahrungen der linksradikalen Studentenschaft auf.

lungsmuster in die Krise geführt.[90] Die politischen Funktionsträger gerieten in eine Legitimationskrise, weil sich das durchsetzende Neue nicht als Lösung, sondern als Weiterführung oder Verschärfung der bisherigen Verhältnisse betrachtet wurde. Dennoch greift es ganz offensichtlich zu kurz, die jeweiligen Widerstandsformen als Strukturkonservativismus oder Protest von Modernisierungsverlierern abzutun. Die individuelle Handlungsfähigkeit wurde entgegen den Versprechungen nicht wirklich erweitert, Emanzipationsansprüche von Teilgruppen wurden weiter zurückgedrängt.

Hegemoniebildung

Die Widerspruchs- und Isolationserfahrungen, die in den 1950er Jahren zur Formierung der westdeutschen Neuen Linken führten, waren Einzelmomente im Rahmen der Bildung eines neuen »geschichtlichen Blocks«, also eines Bündnisses verschiedenster sozialer Gruppen in den westlichen Industrienationen hinweg.[91] Dieser Prozess – eine Hegemoniebildung – wurde in der historischen Fachpublizistik häufig als »Westernisierung«, »Modernisierung« oder »Amerikanisierung« bezeichnet. Die neue gesellschaftliche Hegemonie legitimierte sich durch eine westliche Verteidigungsgemeinschaft gegen die proklamierte kommunistische Bedrohung und durch das Konstrukt gemeinsamer »abendländischer« Werte.

Fordismus

Ökonomisch beruhte diese Hegemoniebildung auf der Durchsetzung des fordistisch-keynesianistischen Produktionstypus und den mit ihm korrespondierenden neuen Arbeits- und Lebensweisen, Ordnungs- und Steuerungsmodellen. Für die Neubestimmung linker Politik hatte dies schon deshalb weit reichende Konsequenzen, weil allein die korporatistische Einbindung der Gewerkschaften völlig neue Dimensionen annahm.

Die Bundesrepublik erlebte in den Nachkriegsjahrzehnten eine historisch bislang ungekannte Produktivitätssteigerung. Sie basierte auf der Durchsetzung des von Henry Ford entwickelten Modells der mechanisierten Massenproduktion und wurde ergänzt von einer wissenschaftlichen Reorganisation von Arbeitsabläufen (Taylorisierung). Die antizyklische Konjunkturpolitik (*deficit spending*) nach Keynes ergänzte das fordistische Modell, indem sie ökonomische Risiken und Wachstumseinbrüche abfederte und durch staatliche Intervention zu einer unerwartet langen ökonomischen Stabilisierungsphase führte.[92]

---

90 Vgl. hierzu Haug, Frigga 2003.

91 Vgl. Gramsci, Gef., Bd. 6, 1326.

92 Vgl. zum Zusammenhang von Hegemonie, Massenkonsum und entwicklungsorientierten Gesellschaftsverträgen: Silver, Beverly J. (2005): Forces of Labor. Arbeiterbewegungen und Globalisierung seit 1870, Berlin/Hamburg, 188ff.

Massenproduktion und Massenkonsum

Massenproduktion (»Automation«) und Massenkonsum setzten andere Arbeits- und Lebensweisen voraus. Erst die Anhebung der Löhne ermöglichte ein auf Massenkonsum basierende Wirtschaftswachstum. Die dazu parallel laufende Einführung sozialer Absicherungen – auch unter konservativen Regierungen – verbesserte die Lebensqualität. Damit wurden Luxusgüter auch für die breite Masse zugänglich. Die kapitalistisch-demokratischen Gesellschaften entwickelten damit eine enorme Integrationskraft und Vitalität.

Die sozioökonomischen Umbrüche organisierten in rasantem Tempo die Alltagskultur großer Bevölkerungsschichten um und hatten tiefgehende Veränderungen in den traditionellen Milieus und Klassenstrukturen zur Folge. Die Verbesserung der Lebensstandards etablierte eine gewisse Konsumkultur mit Freizeit und Massenmedien. Mit der Einführung des *Scientific Management* in der Produktion veränderten sich Arbeitsweise, Qualifikationsstruktur und soziokulturelle Zusammensetzung der Arbeiterschaft. Wissenschaft wurde zentrale Produktivkraft in den Industrieländern.[93] Die Expansion und Öffnung des Bildungs- und Wissenschaftsapparates ermöglichte mehr Schichten den Zugang zur Universität und veränderte so die soziale Zusammensetzung der Akademikerschaft.[94] Die Systemkonfrontation mit dem Ostblock unterstütze die Durchsetzung sozial- und bildungspolitischer Leistungen. Obwohl der beschleunigte gesellschaftliche Umbau der Bevölkerung umgekehrt große Anpassungs- und Lernleistungen abverlangte, zog dies eine allgemeinen breiten Zustimmung zu den neuen gesellschaftlichen Verhältnissen nach sich: zu einem »Konsens« im Sinne Antonio Gramscis.[95]

Gesellschaftlicher Kompromiss

Der Fordismus wurde schon von Ford nicht nur als Produktions- und Akkumulationsmodell betrachtet, sondern erforderte eine entsprechende gesellschaftliche Regulationsweise. Erkennbar repressive Formen auf betrieblicher Ebene traten zwar zurück, aber die Rationalisierung der Produktion legte nahe, den Menschen in umfassender Art und Weise, bis in sein Privatleben hinein, zu erfassen; selbst die Freizeit wurde als Gegenstand der Optimierung der Arbeitsabläufe betrachtet. In den neuen Bereichen wurde nun von den Beschäftigten Identifikation, Eigeninitiative, Selbstorganisation, Flexibilität und Verantwortungsbewusstsein verlangt. Die Gewerkschaften übernahmen dabei auch eine Ordnungsfunktion. Nach Jakob Tanner bildete ein »Dreieckskompromiss zwischen Unternehmern, Gewerkschaften und Staat

---

93 Vgl. Kreibich, Rolf (1986): Die Wissenschaftsgesellschaft. Von Galilei zur High-Tech-Revolution, Frankfurt.

94 Vgl. Friedeburg, Ludwig von (1992): Bildungsreform in Deutschland. Geschichte und gesellschaftlicher Widerspruch, Frankfurt, 336ff.

95 Vgl. Gramsci, Gef., Bd. 7, 1610.

[…] fortan die institutionelle Grundstruktur und damit den Kern dieser ›keynesianisierten‹ Gesellschaftsformation«.[96]

Zwang

Die Neue Linke entwickelte sich in der Erkenntnis, dass auch dieser »Konsens« der Mehrheit in den Worten Gramscis mit Zwang »gepanzert« blieb.[97] Teile der Nachkriegsgeneration erfuhren schnell die engen Grenzen ihrer Gesellschaft, denn der sich entwickelnde geschichtliche Block beruhte, wie jede etablierte Hegemonie, auf der Anerkennung der Vorstellung, dass keine Alternative zur jeweiligen gesellschaftlichen Formation existiert. Candeias erläutert:

> Damit werden gesellschaftliche Gruppen und Diskurse, die sich nicht im Rahmen des hegemonial Akzeptierten bewegen, an den Rand gedrängt, als irrational, weltfremd, nicht-realistisch, gefährlich usw. gebrandmarkt, zum Teil aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit getrieben und damit »entnannt«, ihre Kräfte werden desartikuliert.[98]

Ausgebliebene Emanzipation

Auch bedeutet für Gramsci der Ausbau der Zivilgesellschaft und des »integralen Staates« nicht, dass staatliche Repressionsmaßnahmen überflüssig geworden wären.[99] Theo Votsos verdeutlicht Gramscis Auffassung. Er bezeichnet den Zusammenhang der Sphäre der »politischen« Gesellschaft mit derjenigen der »Zivilgesellschaft« als eine »zweigleisige, sich gegenseitig ergänzende Herrschaftsstrategie«.[100] Der westdeutschen Linken wurden der repressiv-autoritäre Charakter der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft und die in ihr enthaltenen demokratiegefährdenden Potenziale mit einer Reihe von Ereignissen deutlich: durch die Disziplinierungsversuche der SPD gegenüber der parteiinternen Linken, durch die politischen Prozessen gegen Kommunisten und der Wiedereingliederung des politischen Personals des NS-Systems, durch die Wiederbewaffnung und der Militarisierung der Innenpolitik mit den Notstandsgesetzen.[101] Für die abhängig Beschäftigten blieben in der Sozialpartnerschaft reale Mitsprache- und Interventionsmöglichkeiten ebenso aus, wie für Angestellte, Studenten und Schüler im Wissenschafts- und Bildungssystem. Und selbst die für das fordistische Akkumulationsmodell notwendigen sozialen Leistungen mussten häufig mit

---

96 Tanner, Jakob (1999): Fordismus, in: HKWM, Bd. 4, 585.

97 Gramsci, Gef., Bd. 4, 783.

98 Candeias, Mario (2004): Neoliberalismus – Hochtechnologie – Hegemonie. Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise. Eine Kritik, Hamburg, 45.

99 Vgl. Gramsci, Gef., Bd. 4, 783.

100 Vgl. Votsos 2001, 95.

101 Beispielsweise das Vorgehen gegen die FDJ. Vgl. Fichter 1988, 220f.

längeren Arbeitskämpfen erstritten werden. Beispielsweise führte erst ein 16-wöchiger Metallerstreik in Schleswig-Holstein 1956/57 zur Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Die neue gesellschaftliche Formation löste ihre Widersprüche nicht auf, sondern gab ihnen vom sozialistischen Standpunkt aus betrachtet nur eine neue Gestalt.

So nannte beispielsweise das *Sozialistische Büro* in Offenbach 1969 drei Widersprüche für seine Konstituierung: a) den Widerspruch zwischen ideologischem Anspruch des politischen Systems, der Volkssouveränität und der autoritären Realität der politischen und sozialen Institutionen; b) den Widerspruch zwischen dem Gleichheitsgrundsatz und der ungleichen Verteilung sozialer Chancen; c) den Widerspruch zwischen der systematischen, auf Krieg hin tendierenden Vergeudung von Produktivkräften im hochindustrialisierten Rüstungsstaat und der Notlage in der so genanten Dritten Welt.[102] Entscheidend war nun, dass die sich bildende Neue Linke Wiederbewaffnung und Wirtschaftswunder, Antikommunismus und Konsumgesellschaft, Notstandsgesetze und Sozialpartnerschaft nicht mehr als Widersprüche, sondern als funktionales Ganzes verstanden.

Beziehung Politik, Kultur und Ökonomie

Dabei darf das enge Verhältnis von Politik, Ökonomie und Kultur einer neuen Hegemonie keineswegs deterministisch oder ökonomistisch verstanden werden. »Eine bestimmte Form der Ökonomie bedingt eine bestimmte Form der Politik *und* umgekehrt«, betont der Hegemonie-Theoretiker Mario Candeias.[103] Die Durchsetzung eines neuen Akkumulationsregimes und einer entsprechenden Regulationsweise ist nach Candeias Ergebnis sozialer und politisch-ideologischer Kämpfe, die vom Handeln der jeweiligen Akteure bestimmt werden.[104] Dabei formieren sich unterschiedliche soziale Gruppen und Klassenfraktionen in der Auseinandersetzung mit anderen zu »historischen Blöcken«:

> Jede Form von Akkumulation und Regulation erweist sich als umkämpfter Prozess. Dabei sind die unterschiedlichen Interessen und Strategien dem Kampf nicht vorausgesetzt, sondern werden vor dem Hintergrund bestehender geschichtlicher Formen, Regulationsweisen, Individualitäts- bzw. Habitusformen und Alltagspraxen erst in der Auseinandersetzung mit anderen konstituiert. Die Vermittlung und Artikulation dieser verschiedenen Interessen und Strategien verdichtet sich zu *hegemonialen Projekten.*[105]

---

[102] Vgl. Sozialistisches Büro (Hg. 1973): Für eine neue sozialistische Linke. Analysen, Strategien, Modelle, Frankfurt, 9.

[103] Vgl. Candeias 2004, 21.

[104] Candeias 2004, 38.

[105] Candeias 2004, 43. Hervorhebung im Text.

Westliche Hegemonie

Dass es sich letztlich nicht um Zwangsläufigkeiten, sondern um politische Projekte handelte, erkannte auch die Neue Linke.[106] Probleme bereitete dabei die neue Qualität der internationalen Beziehungen. Die Bildung von Hegemonie und Zivilgesellschaften blieb natürlich nicht auf den nationalen Kontext beschränkt, denn jedes Hegemonie-Verhältnis ist nach Gramsci

> notwendig auch ein pädagogisches Verhältnis und manifestiert sich nicht bloß zwischen den verschiedenen Kräften innerhalb einer Nation, sondern auch auf der gesamten internationalen und globalen Ebene, zwischen den Komplexen nationaler und kontinentaler Zivilisationen.[107]

Nun etablierte sich auf der internationalen Ebene ein hegemonialer Block unter der Führung der USA mit neuartigen politischen Formen und Rückwirkungen auf die Oppositionspolitik in den einzelnen Ländern. Die transnationale Hegemoniebildung blieb jedoch in sich widersprüchlich. Die immer umfassenderen internationalen Wirtschaftsbeziehungen erforderten eine Systematisierung und institutionelle Absicherung der Rechtsverhältnisse. So wurden etwa mit der Einrichtung der UNO die Möglichkeiten der friedlichen zwischenstaatlichen Kooperation ausgebaut, die internationale Zivilgesellschaft und das Völkerrecht gestärkt. Gleichzeitig traten der westliche und der östliche Bündnisblock in eine kriegerische Konfrontation, die dieser völkerrechtlichen Entwicklung entgegenwirkte. Der Systemkonflikt mit dem restalinisierten Ostblock verschob sich in die Peripherie. Auch von da aus musste die Bedeutung der dekolonisierten Staaten, die zum ersten Mal auf der so genannten Bandungkonferenz 1955 auftraten und deren Zahl zahlenmäßig rasch anstieg, für die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse neu überdacht werden.

Anti-Stalinismus

Die nonkonformistische unorthodoxe Linke weigerte sich, das geltende Feindbild des Antikommunismus zu übernehmen, sah aber in den stalinisierten Staatssozialismen keine vertretbare Systemalternative. Vielmehr hatten Realität und Ideologie des Stalinismus laut Helga Grebing die »lähmende Fundamentalkrise des Marxismus« erst hervorgerufen.[108] Der Ungarische Aufstand 1956 wirkte auf die westliche Linke ernüchternd und der XX. Parteitag der KPdSU hatten die Verbrechen des Stalinismus in Osteuropa unleugbar gemacht. Die Wirkungen dieser Ereignisse auf die westliche Linke können nicht überschätzt werden: So kam es daraufhin etwa in der britischen

---

[106] Vgl. z. B. Bergmann, Joachim (1967): Konsensus und Konflikt. Zum Verhältnis von Demokratie und industrieller Gesellschaft, in: Das Argument 42, 41-59.

[107] Gramsci, Antonio (1967): Philosophie der Praxis. Eine Auswahl, hg. u. übersetzt von Christian Riechers mit einem Vorwort von Wolfgang Abendroth, Frankfurt, 152.

[108] Grebing 1993, 650.

KP zu einer Austrittswelle. Die Linkssozialisten versuchten den Stalinismus auf marxistischer Basis zu analysieren.

Spezifik in Deutschland

Wie Arno Klönne zeigte, stießen außerparlamentarische Opposition und Neue Linke in der Bundesrepublik auf spezifische Probleme:[109]

- Erstens war mit dem deutschen Faschismus die historische Kontinuität der Arbeiterbewegung unterbrochen. Viele Aktivisten der Arbeiterbewegung waren ermordet worden. Das bedeutete einen weit tieferen Einschnitt, als er beispielsweise in Italien stattfand. An die Tradition vor dem Faschismus ließ sich nicht mehr anknüpfen.
- Zweitens war vor 1933 auf dem Terrain der späteren Bundesrepublik die radikale Variante der Arbeiterbewegung durch die Kommunisten stark vertreten. Doch nach 1945 wurde die KPD rasch zu einer Randfigur der politischen Szene, da sie sich weiterhin in der Abhängigkeit von der Außenpolitik der Staatsozialismen befand.
- Drittens war die Teilung der beiden deutschen Staaten ein Spezifikum. Diese staatlich verfestigte Teilung gestaltete sich als feindliches Gegeneinander der beiden Hauptrichtungen der deutschen Arbeiterbewegung.
- Viertens wurde im Kontext des Kalten Krieges in Westdeutschland jede politische Tätigkeit links von der SPD unter den Verdacht der Staatsfeindlichkeit gestellt.
- Fünftens gab es Versuche des Staats- oder Parteiapparates der DDR, linksoppositionelle Gruppen in Westdeutschland zu beeinflussen oder zu instrumentalisieren. Damit wurde die Eigendynamik der oppositionellen Bewegungen behindert oder zerstört.

2. Ein globaler Lern- und Politisierungsprozess

Lernen und Veränderung

Die Neue Linke eignete sich diese komplexen Verhältnisse in einem globalen Lern- und Politisierungsprozess an. Die dialektische Gesellschaftstheorie versteht Lernen nicht als passives Aufnehmen, sondern verbindet es in einem dialektischen Prozess mit gesellschaftlicher Veränderung. Die dialektische Gesellschaftstheorie sieht die gesellschaftlichen Verhältnisse in

---

[109] Klönne, Arno (2005): Bundesrepublik Deutschland: Außerparlamentarische Opposition und Studentenbewegung in der Bundesrepublik um 1968 in ihrem Verhältnis zur Arbeiterbewegung – Traditionen, Milieus, Mentalitäten? Referat auf der Tagung »1968« und die Arbeiter, Hattingen 2005, Internet: http://www.forum-politische-bildung.de/vanst2005/tgr_prgr/dokumentation.html (Stand: 27. 3. 2005).

ständiger Bewegung. Ausgehend von der Theorie Leo Koflers, verändern oder reproduzieren die Individuen die gesellschaftlichen Verhältnisse permanent, indem sie sich mit der Welt, die sie umgibt, auseinandersetzen. Sie nehmen ihr Handeln im Kopf vorweg, interpretieren die von ihnen veränderten Verhältnisse neu und entscheiden, wie weiter gehandelt werden muss. Auf diese Weise machen, in der Formulierung von Marx, die Umstände die Menschen ebenso sehr, wie die Menschen die Umstände machen.[110] Die Subjekte interagieren miteinander, setzen sich permanent zueinander ins Verhältnis und beeinflussen damit die gesellschaftlichen Verhältnisse, in denen sie sich bewegen. Aufbauend auf ähnlichen Anschauungen und Ziele formieren sie Gruppen und Bündnisse, um ihre Handlungsfähigkeit wiederherzustellen. Das heißt, die Subjekte lernen voneinander oder blockieren gegenseitig ihre Lernprozesse. Dieses konkret-geschichtliche Vermittlungsverhältnis von gesellschaftlicher und individueller Reproduktion hat die kritische Psychologie unter dem Aspekt der Handlungsfähigkeit untersucht: »Sie [die Handlungsfähigkeit, RH] konstituiert sich als Ensemble von Handlungsmöglichkeiten und -behinderungen.«[111]

Wechselwirkungen der Gruppen

Gilt das bisher Ausgeführte für jedes einzelne Subjekt, so sind solche Lernprozesse auch auf die Ebene politischer Bewegungen übertragbar. Zwar bleiben auch hier die einzelnen Menschen die eigentlichen Subjekte, doch formulieren sie Ziele als Gruppe, bilden spezifische Organisationsformen aus, entwickeln gemeinsame Symbole und Denkgebäude, die wiederum von »außen« beobachtet, interpretiert und kritisiert werden. Soziale Bewegungen treten so in eine enge Wechselwirkung. Die Beziehungen müssen hier nicht produktiv und kooperativ verlaufen, sondern sind auch durch ständige Abgrenzungstendenzen und gegenseitige Blockierungen gekennzeichnet. Gleichzeitig werden im Idealfall durch kontroverse Bezugnahmen die eigenen Positionen geschärft.

Innerhalb der Neuen Linken ist die Kontroverse zwischen linkssozialistischen und antiautoritären Studenten nur eines von vielen Beispielen, das zeigt, wie inhaltliche Ausrichtungen miteinander kollidieren, das jeweilige Denken voranbringen, eine wirkliche Auseinandersetzung und langfristige Kooperation aber wiederum abgebremst wird. Wird diese Blockade überwunden, kommt es zu Bündniskonstellationen und Kooperationsverhältnissen, und man kann von einer Formierung sprechen. Die Verhältnisse der Gruppen, Treffen, Reglements oder Absprachen verdichten sich in Institutionen. Große soziale und politische Bewegungen unterscheiden sich

---

[110] Vgl. MEW, Bd. 3, 38.
[111] Candeias 2004, 33.

schließlich von kurzfristig auftretenden Revolten dadurch, dass in ihnen Lern- und Selbstaufklärungsprozesse rationalisiert und organisiert werden.

Ein entscheidender Qualitätswandel auf dem Weg von Alltagsprotest zur politischen Bewegung ist die Bereitschaft zur kollektiven Aneignung öffentlicher Räume; von Häusern, Hochschulen und Betrieben. Ein weiteres Moment des Lernprozesses ist die Einbettung alltagspolitischer Forderungen in allgemeinpolitische, soziale und historische Zielsetzungen, sowie die Einbindung von Gesellschaftstheorie und wissenschaftlichen Analysen. Die Neue Linke aber auch die ältere Generation der Linkssozialisten oder der kritischen Theoretiker suchten nach angemessenen Strategien, Ausdrucks- und Vermittlungsformen, um unter den Bedingungen des neuartigen fordistischen Gesellschaftstypus sozialistische Politik betreiben zu können. Sucht man nach dem internationalen Zusammenhang der 1968er-Bewegungen, so wird man ihn unter anderem im Wandel der Arbeitsgesellschaft und der damit verbundenen Ensembles gesellschaftlicher Verhältnisse finden.

Spezifische Antworten

Der Rüstungs- und Konsumkapitalismus stellte die Menschheit vor neue existenzielle Herausforderungen. Unterschiedliche Strategien wurden ergriffen, um die Handlungsfähigkeit wieder zu erlangen. Jedes Individuum suchte seine spezifische Antwort auf eine Problemlage und orientierte sich an Handlungsmustern anderer. Hippies, sozialistische Intellektuelle, junge Arbeiter oder Künstler antworten entsprechend ihren Kenntnissen und Handlungsoptionen auf den gleichen gesellschaftlichen Wandel und seine Widersprüche, die sie als politisch gemacht und damit als veränderbar erkannt haben. Und so ist Lothar Rolkes These zuzustimmen, wonach mit dem Konzept der außerparlamentarischen Bewegung als kollektiver Lernprozess ein Begriff des sozialen Experimentierens korrespondiert.[112] Dieser kollektive Lernprozess gestaltet sich entsprechend widersprüchlich, mit Verdrängungen, Verleugnungen, Illusionen und Widerspruchseliminierungen.[113].

Permanenter Protest

Die aktuelle Forschung der 1990er Jahre zur Epochenwende von 1968 macht deutlich, dass der 1968er Revolte längerfristige Politisierungsprozesse ihrer Akteure vorausgingen. Viele im kollektiven Gedächtnis kaum bekannte soziale Bewegungen schufen eine Vielzahl kleinerer lokaler Projekte – eine Voraussetzung für die Mobilisierung von 1968. In der Geschichtswissenschaft ist dagegen das Bild der konfliktfreien und unpolitischen Konsumgesellschaften in den 1950er Jahren zwischenzeitlich revidiert.[114] Sie erinnert an die großen politischen Bewegungen gegen die Remilitarisierung und Atombewaffnung, die die politische Landschaft der 1950er

---

[112] Vgl. Rolke 1987, 9f.
[113] Vgl. Haug, Frigga 2003, 65.
[114] Einen wertvollen Überblick für die Bundsrepublik liefert Kraushaar 1996.

prägten geprägt. Bei den Streiks zum Betriebsverfassungsgesetz im Jahr 1952 gingen im Laufe von drei Wochen 1,5 Millionen Menschen auf die Straße. Auch die Bewegung gegen die Wiederbewaffnung Anfang der 1950er Jahre zählte weitaus mehr Beteiligte als die Revolte von 1968.[115] Die Bewegung gegen die Notstandsgesetze ab 1958 übte demokratische Praxis ein und förderte bei vielen ein neues politisches Selbstbewusstsein.

Beispiel wilde Streiks

Neben den großen Protestereignissen müssen daher auch die Widerstandsformen auf der Alltagsebene, etwa in Betrieb oder Universität, berücksichtigt werden, da hier lokal durchaus erfolgreich politische, soziale oder kulturelle Ansprüche geltend gemacht wurden, ohne dass dies große Aufmerksamkeit erlangte. Peter Birke hat hier auf eine interessante parallele Entwicklung zur Neuen Linken innerhalb der Arbeiterschaft aufmerksam gemacht.[116] Auch den wilden Septemberstreiks von 1969 gingen längere Politisierungsprozesse junger Beschäftigter voraus. Zwar war laut Birke die Zahl der registrierten wilden Streiks ebenso rückläufig wie die Streikbereitschaft der Gewerkschaften in jenen Jahrzehnten. Aber viele kleine, niederschwellige Widerstandsaktionen wie beispielsweise Schlafstreiks, die kaum die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit erreichten, hatten nach Birke das politische Selbstbewusstsein der Akteure gefestigt. Birke stellte hier einen Qualitätswechsel fest: Im Unterschied zur Gewerkschaftsführung wurde von den wild Streikenden die betriebliche Rationalität, der Wandel zur Taylorisierung der Arbeit, nicht akzeptiert. Hintergrund ihrer Aktionen war der Wunsch nach mehr Autonomie und anderen Lebensweisen. Und so sah Birke durchaus Keimformen für eine ganz andere Arbeiterbewegung, die zahlreiche Parallelen mit den Themen der antiautoritären Neue Linken aufwies. Insgesamt wurden an den verschiedensten Orten personale Netzwerke aktiviert oder neu gebildet und Freiräume für alternative Diskussionen und politische Bildung geschaffen, die sich mit den Konsequenzen der neuen Produktionsweisen und ihren Steuerungsmodellen beschäftigten.

Protestverdichtung und Radikalisierung

Berücksichtigt man diese Kontinuität politischer und sozialer Widerstandsbewegungen seit den 1950er Jahren, so lässt sich die Epochenwende von 1968 nicht nur als Mobilisierung, sondern als weltweite Protestver-

---

[115] Vgl. Kraushaar 1996, Bd. 1, II.

[116] Vgl. Birke, Peter (2005): »60 Pfennig zu wenig – muss eine Mark«. Wilde Streiks und Gewerkschaften in der Bundesrepublik 1967-1973, Referat auf der Tagung »1968« und die Arbeiter. Ein europäischer Vergleich, DGB Bildungszentrum Hattingen 11.2.-13.2.2005, Internet: http://www.hattingen.dgb-bildungswerk.de/doku/2005TGR/PBirke/PBirke.mp3 (Stand: 15.1.2005). Ein Tagungsband ist in Vorbereitung: Gehrke, Bernd/Horn, Gerd-Rainer (Hg. 2007): 1968 und die Arbeiter, Hamburg.

dichtung und Radikalisierung zu beschreiben, die in den jeweiligen Ländern Ende der 1960er Jahre stattfand. Die Akkumulation der Proteste wurde dann zu sozialen Bewegungen, als mehrere Projekte, mobilisierte Gruppen und Bewegungen gezielt die Kooperation mit anderen sozialen und politischen Akteuren suchten. Die konkreten Konstellationen gestalteten sich hierbei national und regional ganz unterschiedlich. So entwickelten sich beispielsweise in Frankfurt Kooperationen zwischen Gewerkschaftslinken und SDS-Studenten, wohingegen in Berlin eine Verständigung von Studentenbewegung und Gewerkschaften nicht gelang. Während sich in Frankreich und Italien zwischen Arbeiterschaft und Studentenbewegung die Beziehungen intensivierten, konnte in der Bundesrepublik die gegenseitige Entfremdung kaum überwunden werden.

C. Die Rolle der politischen Intellektuellen

1. Intellektuelle und Hegemonie

Gramscis Intellektuellentheorie

Mit den bisherigen Ausführungen ist der Interpretationsrahmen abgesteckt und die Funktion politischer Intellektueller sowie das Verhältnis der verschiedenen Generationen zueinander greifbar. Intellektuelle stehen generell vor der Aufgabe, Veränderungen und Kontinuitäten stets neu wahrzunehmen und zu systematisieren, um die daraus gewonnenen Erkenntnisse der Öffentlichkeit oder sozialen Bewegungen zu vermitteln. In der Intellektuellentheorie Gramscis schafft jeder neue Gesellschaftstyp eine neue Superstruktur, »deren Repräsentanten und Bannerträger (die Intellektuellen) als ebenfalls ›neue‹ Intellektuelle aufgefasst werden müssen, die aus der neuen Situation hervorgegangen und keine Fortsetzung der vorhergehenden Intellektualität sind«.[117] Gramsci sah die Intellektuellen in einem komplexen historischen Prozess. Dieser wird

> verkompliziert durch die Existenz unterschiedlicher typischer Kulturen in den verschiedenen Schichten der neuen gesellschaftlichen Gruppe, von denen einige auf ideologischem Terrain noch tief in der Kultur historischer Situationen stecken, die manchmal noch der jüngst überwundenen vorhergehen.[118]

[117] Gramsci, Gef., Bd. 6, 1403.
[118] Gramsci, Gef., Bd. 6, 1404.

Jede gesellschaftliche Gruppe schafft in der Auseinandersetzung mit anderen eine oder mehrere Schichten »organischer Intellektueller«:[119] Wissenschaftler, Journalisten, Funktionäre, Ingenieure oder Sprecher einer lokalen Protestbewegung. Der Begriff des Intellektuellen wird damit von Gramsci erheblich erweitert. Politische Intellektuelle organisieren gesellschaftliche Lernprozesse, wobei der jeweilige Gesellschaftstypus ständig erneuert und verändert wird.

Aufgaben der Intellektuellen

Die Funktion der Zivilgesellschaft ist für Gramsci die Organisation des »Konsensus«. Mit ihrer Entwicklung im 19. Jahrhundert änderte sich die Technik der Herrschaftsausübung, indem die unmittelbare Repression in den Hintergrund rückte: »Die ›direkte‹ Herrschaft oder das ›Kommando‹ werden zunehmend durch subtilere, auf Erlangung der ›Hegemonie‹ abzielende Herrschaftstechniken ersetzt.«[120] Candeias erläuterte: »Strukturelle Widersprüche werden schließlich in ›ideologischen Formen, worin sich die Menschen dieses Konflikts bewusst werden‹ ausgefochten«.[121] Es handelt sich dabei um einen Kampf um Geltung und um die Überlegenheit des Arguments. Und auch Gramsci verband die Aufgabe von politischen Intellektuellen mit einem »Kampf« im Kulturellen:

> Es gibt daher einen Kampf um die Objektivität (um sich von den partiellen und trügerischen Ideologien zu befreien), und dieser Kampf ist der Kampf um die kulturelle Vereinigung der menschlichen Gattung selbst. Was die Idealisten »Geist« nennen, ist nicht Ausgangspunkt, sondern Ankunftspunkt, das Ensemble der Superstrukturen im Werden, hin zur konkreten und objektiv universellen Vereinigung.[122]

Gramsci argumentierte damit nicht machtpolitisch. Der Kampf um Hegemonie zielt für ihn nicht auf die Ersetzung der Vorherrschaft einer Klasse durch eine andere, sondern letztlich auf die demokratische Aufhebung der Klassengesellschaft insgesamt, indem kollektive Lernprozesse organisiert werden.

2. Zur Rolle der Neuen Linken

Funktion

Gesellschaftliche Bewegung setzt den Abbau von Lernblockaden und Lernbereitschaft gegenüber Impulsen und anderen Erfahrungen sowie deren Ver-

---

[119] Vgl. Gramsci, Gef., Bd. 7, 1502.
[120] Votsos 2001, 95.
[121] Candeias 2004, 21.
[122] Gramsci, Gef., Bd. 6, 1412.

arbeitung voraus. Daraus lässt sich die gesellschaftliche Rolle politischer Intellektueller wie Abendroth oder der Neuen Linken ableiten:

- Sie beschrieben den Zusammenhang zwischen Politik, Kultur und Ökonomie, aber auch zwischen Allgemeinem und Besonderem immer wieder neu, wobei sie das spezifisch lokale Ensemble der Verhältnisse in einen historischen und sozialen Kontext stellten. Dadurch wurden die Einzelerfahrungen zueinander ins Verhältnis gesetzt.
- Sie rezipierten und vermittelten verdrängtes historisches Wissen – beispielsweise des exilierten »anderen Deutschland«.
- Sie vermittelten innerhalb und zwischen den einzelnen Bewegungen, nicht nur auf lokaler und nationaler Ebene durch internationale Kooperationen und Kulturtransfers.
- Sie organisierten und konzipierten Politisierungs- und Lernprozesse durch demokratische Mobilisierung, zeigten Handlungsmöglichkeiten auf und förderten politisches Selbstbewusstsein.

Kritik der politischen Ökonomie

Die Kritik der Neuen Linken setzte bei der politischen, ökonomischen und kulturellen Reproduktion der Gesellschaft an. Politisch opponierte sie gegen Demokratisierungsdefizite und Entdemokratisierungstendenzen, wie sie unter anderem mit der Verschränkung von Wirtschaft und staatlichen Institutionen im Zuge der Etablierung neuer Formen staatlicher Wirtschaftsregulation einhergingen. Dutschke warnte vor einem »Etatismus«, der nicht die Verstaatlichung der Produktionsmittel, »sondern die staatliche Lenkung des Privatkapitalismus«[123] zum Ziel habe. Und auch Abendroth sprach schon in den 1950er Jahren von der Alternative zwischen sozialer Demokratie oder bürokratischem Verwaltungsstaat. Damit handelte es sich um eine grundsätzlichere Kritik an bürgerlicher Demokratie, die von Abendroth wie Dutschke als »formale« Demokratie verstanden wurde. Außerdem richtet sich diese Kritik gegen ein Staatsverständnis, das den Staat zum Subjekt mit Eigeninteressen erhob. Weiter wandte sich die Neue Linke gegen die scheinbare Alternativlosigkeit der weiterhin kapitalistischen, wenn auch gelenkten Wirtschaftsordnung und ihrer Klassengesellschaft.

Kritik der kulturellen Reproduktion

Die Neue Linke thematisierte nicht zuletzt kulturelle Ausschlussmechanismen und entfremdete Lebensweisen. Kultur wurde in den 1960er Jahren wieder als oppositionelle Ausdrucksform entdeckt: Jazzmusik, Beat, Literatur, Theater. »Kunst ist politisch«, »das Private ist politisch«, »Wissen-

[123] Dutschke, Rudi (1968a): Die Widersprüche des Spätkapitalismus, die antiautoritären Studenten und ihr Verhältnis zur Dritten Welt, in: Bergmann/Dutschke/Lefèvre/Rabehl 1968, 54.

schaft ist politisch« waren Leitsätze der antiautoritären Neuen Linken. Selbst Abendroth meinte 1967 über die Gewerkschaften, sie müssten begreifen, dass gewerkschaftlicher Kampf nur möglich ist, »wenn er auch ein kultureller Kampf ist und gelegentlich auch als politischer Kampf für die Erhaltung kultureller Freiheit geführt wird«.[124] Wie Wallerstein zu Recht bemerkte, waren derartige gegenkulturelle Bestrebungen keineswegs neu.[125] Doch wurden Arbeits- und Lebensweisen in bisher ungekannter Form ins Zentrum der Kritik gerückt. Rabehl schrieb, die Revolte sei »nicht staats- oder machtpolitisch« gewesen, sondern »vorpolitisch«.[126] Sie habe alle wesentlichen, fast existentiellen Fragen, von Familie, Erziehung, Sexualität, Kultur und Wissenschaft, Bewusstsein, sinnloser Arbeit, langweiliger Freizeit, Herrschaft aufgeworfen – im Zusammenhang mit den politischen Verhältnissen des eigenen Landes und der ganzen Welt. Die »Empörung gegen ein sinnlos erscheinendes Leben« richtete sich gegen eine »irrationale Herrschaft« (Rabehl).

Abendroth konstatierte 1967, dass sich die Auseinandersetzung um den Fortschritt vom Kampf um Löhne und verkürzte Arbeitszeit hin zum Kampf um die freie, nicht mehr manipulierte Freizeit und die Ausnutzbarkeit der reduzierten Arbeitszeit verlagerten.[127] Auch Ernst Bloch machte die Langeweile der Konsum- und Wohlstandsgesellschaften für die Revolten verantwortlich: eine nicht nur ökonomisch bedingte Unzufriedenheit, eine »Erbitterung gegen alles Unterdrückende, Manipuliertmachende, alles Leben Automatisierende«.[128]

Die Intellektuellen übernahmen hier die Funktion, die Dynamik von Auflösung und Erneuerung der kulturellen Arbeit zu organisieren und anzuleiten, indem kritische Einsichten in Weltauffassung und Philosophie gefördert wurden. Dabei blieben die politischen Intellektuellen Objekt und Subjekt des Lernprozesses.

---

[124] Pinkus, Theo (Hg. 1967): Gespräche mit Georg Lukács. Hans Heinz Holz, Leo Kofler, Wolfgang Abendroth, Hamburg, 67.
[125] Vgl. Wallerstein 1997, 23.
[126] Wolff/Windhaus (Hg.) 1977, 12f.
[127] Vgl. Pinkus (Hg.) 1967, 64.
[128] Bloch, Ernst: Aus einem Forum-Gespräch, in: Bloch, GA, Bd. 11, 397.

III. Auf dem Weg zum politischen Pädagogen. Historische Erfahrungen und politische Sozialisation Abendroths (1906-1951)

Die praxisorientierte Akzentuierung des Abendrothschen Wissenschaftsverständnisses sowie seine praxisphilosophische politischen Pädagogik lässt sich wissenssoziologisch aus seinem Engagement in der Arbeiterbewegung heraus erklären, in der er politisch sozialisiert wurde.

A. Elternhaus und revolutionäre Arbeiter(jugend)bewegung

1. Pädagogik und Sozialdemokratie: Das Elternhaus

Familie mit sozialdemokratischer Tradition

Wolfgang Arnulf Walter Abendroth wurde am 2. Mai 1906 als Kind eines sozialistischen Lehrerehepaars in Elberfeld geboren.[129] Im Jahr 1911 zog die Familie nach Frankfurt am Main. Der Vater Karl August Alfred (geb. 1874), ursprünglich ein Volksschullehrer, entstammte einem pietistisch-protestantischen Elternhaus. Er machte später eine Zusatzausbildung zum Realschullehrer und arbeitete als solcher bis zu seiner Zwangspensionierung 1933 in Frankfurt. Die Mutter Ida Maria Abendroth (geb. Dambach, 1880) fand als Volksschullehrerin Beschäftigung – zu dieser Zeit noch eine ungewöhnliche Tätigkeit für eine Frau. Diese hatte vor allem über die mütterliche Linie Verbindung mit der Sozialdemokratie: Wolfgang Abendroths Großvater, ein selbstständiger Drechslermeister in Elberfeld, war wie auch seine Frau schon vor 1878 sozialdemokratischer Aktivist.[130] Ebenso gehörte Abendroths Großonkel mütterlicherseits der Sozialdemokratie an. Die Abendroths waren also von der Klassenlage her keine Proletarier, gaben aber ihren Kindern eine von sozialistischen Werten geprägte Erziehung.

Politische Kindheit und Jugend

Abendroth wuchs so in einer politisierten Familie auf. Der Beginn des Ersten Weltkriegs und die Bewilligung der Kriegskredite 1914 wurden zu ersten bewussten politischen Erinnerungen des achtjährigen Wolfgang.[131] Dabei zogen sich die Konfliktlinien der zeitgenössischen Arbeiterbewegung quer durch die Familie: Während sich die Eltern bei Kriegsausbruch dem nationalen Druck nicht entziehen konnten, blieben der Großvater und der Großonkel ihren internationalistischen Überzeugungen treu und wurden

[129] Für den familiären Hintergrund und allgemein zur Biographie Abendroths in der Weimarer Zeit vgl. Diers 2006.
[130] Vgl. Abendroth 1976, 12ff.
[131] Vgl. Abendroth 1976, 13.

1917 Mitglieder der USPD. Die Mutter Ida Abendroth schloss sich 1918 ebenfalls der USPD an, während der Vater in der Mehrheitssozialdemokratie blieb. Abendroth zeichnet in der Rückschau das Bild einer konfliktfähigen Familie mit einer »sehr toleranten« Diskussionskultur, in der es bei allen Kontroversen zu keinen ernsthaften Zerwürfnissen gekommen sei.[132]

Bildung und Schulreform-Bewegung

Pädagogik und Wissensaneignung hatte bei den Abendroths einen hohen Stellenwert;[133] neben den Eltern waren auch alle Geschwister des Vaters als Lehrer tätig. Laut Diers waren beide Elternteile Anhänger der Schulreform-Bewegung.[134] Die Familie verfügte über zahlreiche Zeitungs- und Zeitschriften-Abonnements und blieb so über die tagespolitischen Entwicklungen informiert.[135]

Rolle des Großvaters

Wolfgang wie auch seine ein Jahr ältere Schwester Ilse wuchsen in die Arbeiterbewegung hinein. Von klein auf hatte Abendroth Zugang zur Kultur der Arbeiterbewegung, zu ihrem Schulungsapparat und zu ihren Medien. Schon bald nahm der Großvater mütterlicherseits, Andreas Dambach, die Geschwister Abendroth zu Massendemonstrationen, Versammlungen und Kundgebungen mit.[136] Die kritische und gleichzeitig solidarische Haltung Andreas Dambachs gegenüber anderen Strömungen in der Arbeiterbewegung wird für den jungen Abendroth prägend werden. Auch die antizentralistisch-demokratischen Positionen des Großvaters übernimmt der junge Wolfgang Abendroth. Die Skepsis des Großvaters gegenüber bürokratischen Funktionären mündete in der Forderung, nicht *von*, sondern *für* die Arbeiterbewegung zu leben: Es sei immer problematisch, in Spitzenfunktionen aufzusteigen, da dies die eigene Sichtweise verändern könne.[137] Im Rückblick charakterisiert Abendroth die Haltung Andreas Dambachs:

> Diese Einstellung objektiviert gewissermaßen auch die eigene Stellung in der Bewegung, ebenso wie sie kritische Aufarbeitung der eigenen Fehler möglich macht. Das führt zwar zur Identifikation mit der Bewegung, nicht aber notwendig mit jeder politischen Wendung der Spitze. Dies ist eine eigenartige politische, aber gleichzeitig auch eine moralische Position. Gerade

---

[132] Vgl. Abendroth 1976, 22.
[133] Vgl. Abendroth 1976, 13.
[134] Vgl. Diers 2006, 58.
[135] Laut Abendroth (1976, 20) sind die Zeitschriften (Frankfurter Zeitung, Frankfurter Volksstimme, Das Volksrecht, Freiheit, Rote Fahne, Die Republik) für die Kinder des Haushalts zu einem wesentlichen Teil ihrer »Schulung« geworden.
[136] Abendroth 1976, 13 und 20f. Abendroths Mutter war die einzige Tochter von Andreas Dambach.
[137] Vgl. Abendroth 1976, 14.

> für die erste Generation der Arbeiterbewegung ist der persönliche Kampf auch eine Sache der Moral. Er konstituiert eine Gegenmoral gegen die herrschende Gesellschaft.[138]

Diese Bewegungsorientierung wurde auch zu einer Leitidee Abendroths, doch sollte der Einfluss des Großvaters auf seine politische Bildung nicht überbewertet werden.[139] Er akzeptierte Andreas Dambach als politische Autorität und wollte in seinen Erinnerungen an der Figur des Großvaters Prinzipien demonstrieren, die er in seinem späteren Leben bestätigt fand.

Ausgrwenzungs-erfahrung

Ein letzter Aspekt der familiären Prägung ist die frühe Erfahrung eingeschränkter Meinungsfreiheit, von Ausgrenzung und der zeitweiligen Notwendigkeit zu taktieren, um nicht Opfer von politischer Repression zu werden. Da der Schuldienst die Existenz der Familie sicherte, mussten die politisch engagierten Eltern während der Kaiserzeit ihre politischen und antiklerikalen Überzeugungen verbergen. Auch die Geschwister Abendroth hielten sich in der Schule mit Kritik zurück.[140] Am Realgymnasium sah sich Wolfgang Abendroth mit seinen Positionen von den Mitschülern isoliert:

> Das Klima, in dem ich aufgewachsen bin, ist – wenn man so will – ein Klima der Schizophrenie: Man darf nicht alles sagen, was man denkt, oder nur in bestimmten Situationen. Das wird mir von Anfang an beigebracht, es ist von Kindheit an vorgegeben. Ich bin ja erst zwölf, als das Kaiserreich verschwindet. Aber die Kindheitsjahre liegen davor, und sie sind entscheidend. Dadurch habe ich das Prinzip erlernt, den Klassenfeind auf seiner eigenen Ebene anzugreifen, dies genau zu durchdenken und gleichzeitig die Position der Arbeiterbewegung zu bewahren. Das ist durch meine Familiengeschichte vorgegeben.[141]

Ob diese Zusammenhänge dem zwölfjährigen Abendroth tatsächlich schon so bewusst waren, wie seine autobiografische Rückschau suggeriert, kann bezweifelt werden. In jedem Fall ermöglichte der Besuch eines Realgymnasiums ein Studium. Abendroth erhielt so Zugang zu den politisch-kulturellen Handlungsräumen der bürgerlichen Gesellschaft. Wirklich befreiend empfand Abendroth aber vor allem den politischen und militärischen Zu-

---

138 Abendroth 1976, 14.

139 Vgl. Abendroth 1976, 25. Auch Lisa Abendroth (Interview) warnt vor der Überschätzung des Einflusses von Andreas Dambach.

140 Vgl. Abendroth 1976, 16f.

141 Abendroth 1976, 14.

sammenbruch des wilhelminischen Obrigkeitsstaates: »Mit der Revolution hatte ich begonnen, offen zu reden.«[142]

2. Eintritt in die revolutionäre Arbeiterjugendbewegung

a) Aufarbeitung und Schulung marxistischer Theorie

Gescheiterte Revolution

Mit gerade zwölf Jahren erlebte Abendroth die gescheiterte Revolution von 1918, die anschließende Transformationskrise der sozialistischen und kommunistischen Linken sowie die Spaltung der europäischen Arbeiterbewegung. Später bezeichnet Abendroth die Januarkämpfe als persönliches Schlüsselerlebnis.[143] Er erinnert sich an eine Massenkundgebung am 17. 1. 1919, auf der die Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg mitgeteilt wurde:

> Die riesige Wahlkundgebung der MSP in Frankfurt fand in der Festhalle, dem größten Saal in Frankfurt statt. Der Saal war überfüllt. Es sprach Hugo Sinzheimer, als Arbeitsrechtler bekannt, der dann auch Abgeordneter wird. [...] Neben ihm treten noch ein paar Größen der MSP auf. Die Nachricht von der Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs platzt in diese Versammlung. [...] Die MSP-Führung in Frankfurt, die nicht besonders reaktionär ist, sondern schwankt – Karl Kirchner und Sinzheimer gehören zu ihr -, macht sofort ein Flugblatt das in dieser Versammlung verteilt wird, und erweist den Ermordeten ihre Reverenz. Wir sind ungeheuer beeindruckt von dem eisigen Schweigen, das die Versammlung dieser Reverenz entgegenbringt.[144]

Notwendigkeit strategischer Neuorientierung

Abendroths politisches Leben begann früh und zu einer Zeit, in der sozialistische Arbeiterbewegung erkannte, dass sie für den Umbau der Gesellschaft nicht gerüstet war, und der Wandel zum Sozialismus nicht einmal mehrheitlich befürwortet wurde. Wirsching schrieb:

> Die eigentliche Macht war freilich der Mehrheitssozialdemokratie und ihren Führern zugefallen, und in der Arbeiterschaft besaßen sie unbestritten die stärkste Position. Allerdings war die SPD, zumindest auf der Funktionärsebene, im Herbst 1918 keine revolutionäre Partei mehr.[145]

---

142 Abendroth 1976, 23.

143 Marxistischer Studentenbund Spartakus (Hg.) 1986: Intellektuelle in der Arbeiterbewegung. Eine Diskussion mit Wolfgang Abendroth, Hans Brander und Josef Schleifstein. Materialien zur Diskussion über Peter Weiss´ »Ästhetik des Widerstands«, Dortmund, 8.

144 Abendroth 1976, 21.

145 Wirsching, Andreas (2001): Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert, München, 36.

Für den revolutionären Flügel der Arbeiterbewegung, der sich nun in der kommunistischen Bewegung formierte, wurde so das Jahr 1919 in vielfacher Weise zum »Jahr der Enttäuschungen«.[146] Die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft konsolidierte sich trotz des totalen Zusammenbruchs des Obrigkeitsstaates und die gewünschten Reformen, die Demokratisierung von Militär, Verwaltung und Wirtschaft, blieb aus. Rückschläge der deutschen und ungarischen Revolution, die Niederlage der italienischen Betriebsbesetzung und des Schweizer Generalstreiks sowie die begrenzten Erfolge des englischen Transportarbeiterstreiks erforderten neue Wege in der Tagespolitik und eine strategische Neuorientierung.

Eintritt in die revolutionäre Arbeiterjugendbewegung

Zu diesem Zeitpunkt sympathisierten die Geschwister Ilse und Wolfgang Abendroth mit der linksradikalen Jugendorganisation *Freie Sozialistische Jugend* (FSJ), der sie nach dem Kapp-Putsch im Juni 1920 im Alter von 15 und 14 Jahren beitraten.[147] Die FSJ, eine kleine Organisation, hatte sich die geistige und organisatorische Vorbereitung des Entscheidungskampfes zwischen Revolution und Konterrevolution auf die Fahnen geschrieben. Sie war antiparlamentarisch und rätedemokratisch orientiert.[148] Die Vereinigung ging später im *Kommunistischen Jugendverband Deutschlands* (KJVD) auf. Zu diesem Zeitpunkt war sie eine dezidiert parteiunabhängige Organisation, die allerdings stark zur KPD neigte.

Systematische Schulung

Laut Wolfram Burkhard zieht sich die Förderung und Vermittlung von politischem, marxistischem Bewusstsein wie ein roter Faden durch Abendroths Leben und Erinnerung.[149] Abendroths Grundgedanke der systematischen Schulung und Politisierung baut aller Wahrscheinlichkeit nach auf den Schulungszirkeln jener Jahre auf. Die aus der FSJ hervorgegangene *Kommunistische Jugend* verstand sich nicht als aktionistische Kampforganisation, sondern als eine überparteilich orientierte Erziehungsgemeinschaft. Abendroth erläutert die Ziele:

> Wir wollten systematisch Schulungsarbeit betreiben, marxistische Literatur aufarbeiten und verbreiten und auf die anderen proletarischen Jugendorganisationen einwirken – also auf die Sozialistische Proletarier-Jugend (SPJ)

---

146 Wirsching 2001, 39.

147 Vgl. Abendroth 1976, 24. Die Ziele der sehr viel stärkeren KAJ, die Jugendorganisationen der ultralinken KAP, hielt Abendroth damals nach eigenen Angaben für zu utopisch.

148 Zur Programmatik der FSJ vgl. Diers 2006, 104ff. Vgl. auch die Einleitung von Buckmiller, Perels und Schöler in den ersten Band der Gesammelten Schriften Abendroths.

149 Vgl. Burkhardt 1993, 15.

> und die Arbeiterjugend (AJ), die nach dem Zusammenschluß von SPD und rechter USPD dann – ab 1922 – Sozialistische Arbeiterjugend (SAJ) hieß. Wir wollten auf breiter Ebene für marxistisches Denken unter den Jugendlichen werben – darin wurden wir selbst systematisch geschult.[150]

Abendroth entdeckte dabei seine Freude am Unterrichten. In einer kleinen kommunistischen Buchhandlung, die den Jugendlichen als Treffpunkt diente, eigneten diese sich kollektiv Wissen über Marxismus, Geschichte und Literatur an.[151] 1923 verfasste Abendroth »Zur Geschichte des Proletariats« und zum »Historischen Materialismus« erste Manuskripte, die offenbar als Grundlage für kurze Referate gedacht waren.[152]

b) Massenbewegung und Scheitern der Offensivtheorie

Aufschwung der kommunistischen Bewegung

Spontane Massenmobilisierungen waren Abendroth von klein auf vertraut. Er selbst hatte den Aufschwung der Ultralinken und ihre Offensivtheorie mitgetragen. Abschätzig zog Abendroth im Nachhinein Bilanz:

> Ultralinks spontaneistisch ist es, ohne jede strategische Vorüberlegung aus jeder Konfliktsituation heraus auf einen sofortigen totalen revolutionären Erfolg zuzusteuern. Außerparlamentarische Kämpfe gelten als die einzige Aktionsform, Beteiligung an parlamentarischer Tätigkeit wird abgelehnt. In der Gewerkschaftsfrage sieht es ähnlich aus. Weil die freien Gewerkschaften, wenn auch nicht in allen Fällen, so doch in der Gesamttendenz, konsequent die Politik der Arbeitsgemeinschaft betrieben haben, lautet die Parole: Heraus aus den freien Gewerkschaften, Gründung von Arbeiterunionen.[153]

Die ultralinke Strömung war bereits auf dem Gründungsparteitag der KPD 1919 präsent. Hier waren die meisten Delegierten qualifizierte Arbeiter und Intellektuelle, überwiegend aus der jüngeren Generation, die erst durch die Revolution politisiert wurden. Heinrich August Winkler konstatiert, die marxistisch geschulten Führer hätten gegen diese Tendenzen wenig auszurichten vermocht.[154] Die Misserfolge radikalisierten die sozialistische Arbeiterbewegung, von der zunächst die USPD profitierte. Im Oktober 1920 sprach sich auf dem USPD-Parteitag in Halle die Mehrheit – vor allem aus der jüngeren Generation – für den Beitritt zur Komintern und damit zur Übernahme

---

150 Abendroth 1976, 28.
151 Vgl. Abendroth 1976, 28.
152 Vgl. Diers 2006, 109ff.
153 Abendroth 1976, 25.
154 Vgl. Winkler, Heinrich August (1993): Weimar 1918-1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, München, 1993, 55f.

des bolschewistischen Parteityps aus, »weil es das sicherste Mittel schien, den russischen Klassenbrüdern und sich selbst zu helfen«.[155] Nur zwei Monate später schlossen sich der linke Flügel der USPD und die noch kleine KPD zur (V)KPD zusammen und bildeten nun mit 450.000 Mitgliedern (Januar 1921) eine Massenpartei. Auch die relativ unbedeutende Rolle der Jugendorganisation Abendroths, der FSJ, änderte sich mit der Vereinigung der KPD mit der USPD ab Dezember 1920 grundlegend: Die kleine, etwa 20 Mitglieder umfassende Gruppe wuchs in Frankfurt von 1920 bis 1923 zu einer Organisation mit 800 bis 900 Mitgliedern.[156]

Offensivtheorie, Thalheimer und Brandler

Abendroth orientierte sich nun zunehmend an August Thalheimer und Heinrich Brandler, den KPD-Parteivorsitzenden von 1923 bis 1924.[157] Heinrich Thalheimer beeindruckt ihn durch seine politischen Analysen.[158] Brandler, mit dem Abendroth eine bis zu dessen Lebensende reichende Freundschaft verband, förderte dessen Interesse an praktischer Politik.[159] Mit dem Rücktritt der »Levi-Zentrale« im Februar 1921 hatten sich in der KPD diejenigen Kräfte durchgesetzt, die mit August Thalheimer eine »Offensivtheorie« vertraten. Nach dieser Theorie wird das fehlende Klassenbewusstsein allein durch selbstständige Vorstöße der Partei erreicht. Also verfolgte sie die Taktik gezielter Provokationen und sah in der Revolution den einzigen Weg, die Führung in der Arbeiterbewegung zu erhalten und die Massen für sich zu gewinnen. Abendroth betont, sie sei durch die Stimmung der Massen der Parteimitglieder »von unten« durchgesetzt worden.[160] Die große Mehrheit der aktiven Mitglieder in der Partei sei in einen »ähnlich utopischen Rausch« verfallen wie die Mitglieder der rätekommunistischen KAPD.[161]

Scheitern der Märzaktion 1921

Die Offensivtheorie mündete in die Märzaktion von 1921, an der Abendroth als begeisterter Aktivist teilnahm.[162] Sie endete mit einer verheerenden Niederlage der Kommunisten und der Illegalisierung der KPD. Laut Abendroth tappte damals das ZK der KPD in eine Falle, als sie in Verkennung der Situation zum Generalstreik in ganz Deutschland und zu entsprechenden mi-

---

155 Winkler 1993, 148.
156 Vgl. Diers 2006, 95f.
157 Vgl. Abendroth 1976, 69. Vgl. ders. (1971a): Der theoretische Weltkommunismus, in: Hofmann, Werner: Ideengeschichte der sozialen Bewegung des 19. und 20. Jahrhunderts, 4. Aufl., Berlin, 236f.
158 Vgl. Burkhardt 1993, 17.
159 Abendroth 1976, 69.
160 Abendroth 1976, 37.
161 Abendroth 1976, 37.
162 Abendroth 1976, 41.

litärischen Aktionen aufrief. Abendroth streicht das Ergebnis der Selbstüberschätzung und der ultralinken, spontaneistischen Strategie heraus:

> Die Folge dieser Ereignisse ist die völlige Isolierung der Partei. Jede Möglichkeit der Kontaktaufnahme zu anderen Arbeiterparteien und innerhalb der Gewerkschaften ist gestört, es beginnt eine neue Phase unionistischer Illusionen.[163]

Abendroth verwies weiter auf die schweren Mitglieder- und Positionsverluste der KPD. Zahlreiche Mitglieder wurden inhaftiert und einflussreiche Gewerkschafter verließen die Partei wieder. Im November 1921 hatte sie nur noch 150.000 Mitglieder.[164] Das war gerade ein Drittel der Mitgliederzahl, die sie zu Beginn des Jahres 1921 hatte. Viele Streikende hatten mit ihrem Arbeitsplatz auch ihre Einflussmöglichkeiten verloren.

c) Einheitsfrontpolitik

Umdenken der »rechten« Kommunisten

Die Märzaktion zeigte zweierlei: ***Erstens*** führte die Offensivtheorie nicht zu dem erhofften Politisierungs- und Lerneffekt bei der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung. ***Zweitens*** hatte der Frontalangriff auf den Staatsapparat diesen keineswegs ins Wanken gebracht. Wollte man die bürgerliche Gesellschaft überwinden, musste offensichtlich neu und längerfristig angesetzt werden. Auch Brandler hatte noch Anfang 1921 die Offensivtheorie unterstützt. Er änderte jedoch nach dem Ausschluss Paul Levis aus der Partei seine Ansicht. Brandler und Thalheimer wurden nun zu Motoren eines Umdenkens in Teilen der KPD. Da Putschismus und Spontaneismus zu Niederlagen geführt hatten und sich der gewünschte Solidarisierungseffekt nicht einstellte, suchte man nach einer neuen Theorie kollektiven Lernens. Sie sollte Brücken zwischen den gespaltenen Lagern der Arbeiterbewegung bauen und das politische Selbstbewusstsein fördern. Abendroth verdeutlicht im Rückblick die politische Aporie der kommunistischen Bewegung:

> Man muß bedenken, daß die im Revolutionsprozeß geschlagene deutsche Arbeiterbewegung der Jahre 1919-1921, erst recht die des Jahres 1923, sich vor dem Problem sieht, sich vor der Auflösung zu bewahren. Sie hat zunächst keine eindeutige Strategie für diese Rückzugssituation, sondern arbeitet mit spontanen Aktionen, die fehlschlagen. Sie agiert halb putschistisch und glaubt an diesen Ansatz. Diese positive Seite besteht darin, daß sie immerhin ihre Kader durch solche Strategie beisammenhält; auf der anderen

---

[163] Vgl. Abendroth 1976, 39f.
[164] Vgl. Winkler 1993, 154.

> Seite entspricht die Partei [die KPD, RH] – qua Lukács – dieser ideologischen Illusion in ihren Reihen.[165]

Das von Abendroth angesprochene Problem wird Gramsci später metaphorisch als Übergang vom »Bewegungskrieg« zum »Stellungskrieg« beschreiben.[166] Damit meint Gramsci, dass Klassenbewusstsein in den entwickelten Industriegesellschaften nicht *ad hoc* herzustellen, der bürgerliche Staat nicht einfach zu erobern und zu sprengen war. Er musste transformiert werden. Diese Auffassung setzte sich aber erst über die Jahre hinweg und nur bei in Teilen der radikalen Arbeiterbewegung durch. Andreas Diers hat in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass auch Abendroth sehr lange am Konzept der Diktatur des Proletariats in Form eines Rätestaats festhielt.[167] Im Jahr 1929 vertrat er die These, dass die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse ohne gewaltsame und bewaffnete Auseinandersetzung mit der Bourgeoisie und ihrem Staatsapparat unmöglich sei.[168]

Abendroths Transformationsstrategie wird sich jedoch in den folgenden zehn bis fünfzehn Jahren wandeln. Zwar blieb für ihn die Aufhebung des bürgerlichen Staats Ausdruck einer sozialistischen Vergesellschaftung. Doch ließ er die Konzeption der Diktatur des Proletariats in Form eines Rätestaates fallen, da er die Chancen für einen friedlichen Umbau der parlamentarisch-demokratischen Republik nach 1945 anders bewertete.[169] Dieser Wandel resultierte zum einen aus den unterschiedlichen historischen und sozialen Rahmenbedingungen während der Weimarer Republik und der Bundesrepublik. Zum anderen war diese Neubewertung Ergebnis einer Weiterentwicklung der marxistischen Staatstheorie. Die bisherige marxistische Staatsauffassung und die damit verbundene Transformationsstrategie wurden nämlich seit den 1920er Jahren auf dem rechten Flügel der KPD, aber auch auf dem linken Flügel der SPD, umgearbeitet.

Einheitsfrontpolitik

Der gescheiterte Frontalangriff auf den Staat und das fehlende Klassenbewusstsein führte in der KPD um Brandler und Thalheimer zu der Überzeugung, dass die entwickelte bürgerliche Gesellschaft nur mit einer konsequenten Einheitsfrontpolitik umgebaut werden konnte. Sie erforderte die disziplinierte und aktive Mitarbeit in überparteilichen Organisationen. Die reformistisch gestimmte Arbeiterschaft war nicht durch einen Vorstoß »mit-

---

165 Pinkus (Hg.) 1967, 28f.
166 Vgl. Gramsci, Gef., Bd. 4, 873f.
167 Vgl. Diers 2006, 485f.
168 Vgl. Abendroth GS, I, 130: »Thesen zum Thema: ›Friede und Proletariat, bürgerliche und proletarische Jugendbewegung‹ «.
169 Vgl. Diers 2006, 487.

zureißen«, sondern sie sollte Schritt für Schritt selbst die Erfahrung der Grenzen der Reformierbarkeit machen, indem ihr die gesellschaftlichen Widersprüche vor Augen geführt wurden.

Kollektives Lernen durch tagesaktuelle Probleme

Diese Einheitsfrontpolitik knüpfte an konkrete, tagesaktuelle Probleme an. Aus den Tageskämpfen und den daraus gewonnenen Erfahrungen heraus sollten Übergangslosungen formuliert werden und die Kämpfe auf eine neue Ebene führen. Diese Losungen wiesen über die bestehende Gesellschaft hinaus. Der Prozess sollte auf allen Ebenen, also nicht nur »von unten« oder »von oben«, so weit geführt werden, dass die Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft möglich und nötig wurde.[170]

Das Einheitsfrontkonzept ist damit ein praxisorientiertes Lernkonzept, das Alltag, Tagespolitik und langfristige politische Zielsetzung zusammenführt. Theodor Bergmann meint, die im damaligen Jargon »rechten« Kommunisten hätten mit dem Vorschlag der Übergangslosungen dialektisch den Gegensatz zwischen Reform und Revolution sowie die Verständnishürde der reformistisch geführten Arbeitermehrheit überwunden.[171] Er bringt Inhalt und Bedeutung des Konzepts auf den Punkt:

> Einheitsfront ist demnach Teilstück eines dialektischen Entwicklungs- und Lernprozesses, der von der historisch notwendigen Spaltung der Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung ausgeht und der mit einer neuen politischen Einheit auf der höheren Stufe kommunistischer Politik und Vorherrschaft der Kommunisten endet. Diese Stufe wird nicht erreicht durch Befehl oder Druck, sondern freiwillig aus der gemeinsamen Kampferfahrung, in der die Kommunisten ihre politische Überlegenheit beweisen müssen.[172]

Denkt man die Dialektik der Einheitsfrontstrategie zu Ende, dann konnte die radikale Arbeiterbewegung ihre Überlegenheit nur beweisen, wenn sie nicht nur die besseren Argumente hatte, sondern auch die Menschen damit begannen, ihre Verhältnisse demokratisch umzuorganisieren und sich so als Subjekte erfuhren. Im Einheitsfront-Modell fällt den politischen Intellektuellen zwar auch die Aufgabe der anfänglichen Agitation zu, aber sie müssen vor allem die Rahmenbedingungen für einen Selbstaufklärungsprozess schaffen. Alle Versuche, diesen Prozess »von oben« durch Manipulation zu beschleunigen, gefährden letztlich das Gesamtziel. Den politischen Intellektuellen blieb dann nur, die Widersprüche aufzuzeigen.

---

[170] Vgl. Bergmann 2001, 72. Vgl. auch Abendroth 1985b, 162f.

[171] Vgl. Bergmann, Theodor (2001): »Gegen den Strom«. Die Geschichte der KPD (Opposition), Hamburg, 72.

[172] Bergmann 2001, 283f.

Die Einheitsfrontstrategie ist somit langfristig angelegt und abhängig von Erfolgserlebnissen und Vertrauensverhältnissen, die sich aber erst im politischen Prozess ergeben. Abendroth ist ein gutes Beispiel dafür, dass auch die Repräsentanten der Einheitsfrontstrategie ihre theoretischen Überlegungen erst nach eigenen Erfolgserlebnissen plausibel fanden. »Dieses Lernen«, die Verarbeitung der Erfahrungen, den Wandel vom ultralinken Aktivisten hin zu einem konsequenten Vertreter einer Einheitsfrontpolitik beschrieb er als »sehr widerspruchsvollen Prozeß«.[173]

Richtungsstreit

Der Richtungsstreit zwischen ultralinker Offensivtheorie und Einheitsfrontstrategie bestimmte von nun an die Politik der KPD. Auf dem Jenaer Parteitag im August 1921 wurde der Streit offen ausgetragen. Der Umschwung zur Einheitsfrontpolitik ab August 1921 zeitigte bis 1922 Erfolge. Abendroth erinnert sich:

> 1922 findet [...] auf dem Höhepunkt der Einheitsfront-Politik die Demonstration aus Anlaß der Ermordung Rathenaus statt. Es kommt zu riesigen Demonstrationen in den deutschen Großstädten, so auch in Frankfurt. Alle drei Arbeiterparteien rufen hier gemeinsam mit der bürgerlichen Deutschen Demokratischen Partei und dem Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) zu einer Kundgebung auf. Sie war wohl die größte Massendemonstration, an der ich in der Weimarer Zeit teilgenommen habe. In Frankfurt standen die Menschen vom Römerberg bis zum Eisernen Steg, einer der Mainbrücken. Die Mitglieder der drei Arbeiterjugendverbände marschierten gemeinsam, nicht nach Blöcken getrennt.[174]

Ausschluss aus der KPD

Es folgten bis 1933 Fraktionskämpfe und ständige Kurswechsel der KPD zwischen ultralinker und Einheitsfrontpolitik. Als sich 1924 auf dem Frankfurter Parteitag der ultralinke Flügel durchsetzte und Abendroth sich auf die Seite Brandlers und Thalheimers stellte, wurde er aus der KJVD ausgeschlossen. Aus allen Funktionen abgewählt, verlor er den Kontakt zum Jugendverband. Und auch in der Partei war wegen seiner Opposition zur nun führenden Fischer-Maslow-Gruppe jede Aktivität unmöglich. Doch begann in diesem Jahr mit Aufnahme eines Studiums ein neuer Lebensabschnitt und es ergaben sich neue Handlungsfelder.

---

[173] Abendroth 1976, 43.
[174] Abendroth 1976, 43.

B. Jura-Studium, Politik und Marxismus

1. Studium

Funktionales Verhältnis zum Studium

Der akademische Werdegang Abendroths begann mit der Aufnahme des Jura-Studiums an der Universität Frankfurt im Jahre 1924. Seine Entscheidung, Rechtswissenschaften zu studieren, war pragmatischer Natur.[175] Nach Beratungen mit Freunden hatte Abendroth seine ursprüngliche Absicht, ein Biologiestudium aufzunehmen, fallen gelassen. Aus beruflichen und politischen Gründen wählte er die Rechtswissenschaften:

> Nun mußte ich mir überlegen, wo kannst du etwas für die Arbeiterbewegung leisten, der ich ja angehörte, und mit welcher beruflichen Ausbildung kannst du aktives Mitglied der Arbeiterbewegung bleiben, ohne sofort aus einem Beruf herausgeschleudert zu werden? Was die Arbeiterbewegung damals brauchte, gerade in dieser Periode nach dem Staatsstreich gegen die Regierungen in Thüringen und Sachsen, das waren Juristen, die in der Lage waren, die Interessen der Arbeiter zu verteidigen und die Interessen der Angeklagten wahrzunehmen […]. In richterliche Positionen zu kommen, das war auch fast ausgeschlossen. Das wußte ich sehr genau.[176]

Das frühe Frankfurter Institut für Sozialforschung

In Carl Grünberg, dem ersten Direktor des eben erst eröffneten Frankfurter *Instituts für Sozialforschung* (IfS), fand Abendroth an der Universität Frankfurt einen akademischen Lehrer.[177] Der aus Österreich stammende Rechtshistoriker Grünberg war der erste erklärte Marxist auf dem Lehrstuhl einer deutschen Universität – eine Parallele zur Stellung Abendroths in der Nachkriegszeit. Das IfS erlebte in diesen Jahren eine erste Blütezeit. Die Arbeitsschwerpunkte des Instituts lagen zunächst auf den Gebieten Wirtschaftsgeschichte, Geschichte und Kritik der politischen Ökonomie sowie Geschichte des Sozialismus beziehungsweise der Arbeiterbewegung. Nach Wiggershausen herrschte dort für deutsche Verhältnisse eine einmalige Situation: »Marxismus und Geschichte der Arbeiterbewegung konnten nun an der Universi-

---

175 Vgl. Abendroth 1976, 64f.

176 Vgl. WDR (1987): Ein deutsches Schicksal. Wolfgang Abendroth. Ein Film von Manfred Vosz, Tilman Kohlhaase, Rainer Komers, Rolf Neddermann, Herbert Claas, Jutta Schütte-Böhne und Mischa Wurth; Redaktion: Dr. Erhard Klöss, WDR, Sendetermin: 27. September 1987, 20.15 Uhr. [Dauer 45 Min.], [Ms. 17 Seiten.]. Vgl auch die Aussagen zur Studienwahl in: Marxistischer Studentenbund Spartakus (Hg.) 1986, 12.

177 Abendroth 1976, 70. Kurz zuvor bestätigt Abendroth (1976, 67), dass Grünberg eine »wichtige Funktion für unsere theoretische Entwicklung« übernahm.

tät gelehrt und studiert werden, und wer wollte, konnte nun mit Themen aus diesem Bereich promovieren.«[178] Das IfS wurde schnell zum Treffpunkt der unterschiedlichsten dialektischen Theoretiker. Abendroth traf hier unter anderem auf Otto Bauer, Friedrich und Max Adler, Karl Korsch und verschiedene russische Wissenschaftler.[179] Und in diesem intellektuell anregenden Umfeld konnte Abendroth seine Kenntnisse über aktuelle marxistische Entwicklungen schärfen und vertiefen.

Rezeption sozialistischer Theoretiker

Nicht nur als politischer Aktivist, sondern auch als Student suchte er den Austausch mit Vertretern verschiedenster Strömungen wie beispielsweise dem dialektischen Theologen Karl Barth, dem Kantianer Karl Vorländer oder dem Zivilrechtler Max von Rümelin.[180] Abendroth rezipierte unter anderem den Rechtstheoretiker Hans Kelsen, und den Staatsrechtler Hermann Heller, von denen er die Konzeption des demokratischen und sozialen Rechtsstaates übernahm, die später in seine Grundgesetzinterpretation einfloss.[181] Überhaupt berief sich Abendroth nach 1945 in seinen staats- und verfassungsrechtlichen Schriften immer wieder auf Heller, der nach dem Krieg der westdeutschen Öffentlichkeit leichter vermittelbar war. Wissenschaftlich und politisch stand ihm der linke Sozialdemokrat Otto Kirchheimer näher, den Abendroth seit seiner Studienzeit kannte und der sich gegen Ende der Weimarer Republik dem Marxismus zugewandt hatte:[182] »Kirchheimer hatte das Klassenproblem wirklich durchdacht; er war von allen der begabteste und intelligenteste – aber er war eine Ausnahme.«[183] – Zwischen Kirchheimer, Lisa und Wolfgang Abendroth hatte sich nach dem Krieg auch ein freundschaftliches Verhältnis entwickelt.[184]

---

178 Vgl. Wiggershaus, Rolf (1997): Die Frankfurter Schule. Geschichte – Theoretische Entwicklung – Politische Bedeutung, 5. Aufl., Frankfurt, 46.

179 Vgl. Abendroth 1976, 67.

180 Vgl. Abendroth 1976, 71.

181 Vgl. Diers 2006, 149ff.

182 Vgl. zu Heller Abendroth 1976, 71; ders. (1984): Die Funktion des Politikwissenschaftlers und Staatsrechtslehrers Hermann Heller in der Weimarer Republik und in der Bundesrepublik Deutschland, in: Christoph Müller und Ilse Staff (Hg.): Der soziale Rechtsstaat. Gedächtnisschrift für Hermann Heller 1891-1933, Baden-Baden, 213-233.

183 Vgl. Abendroth 1976, 146.

184 So erinnert sich Lisa Abendroth (Interview) an die Besuche Kirchheimers unter anderem in Wilhelmshaven. Die Vermittlungsversuche von Kirchheimer zwischen dessen Lehrer Carl Schmitt und den Abendroths liefen bei Letzteren ins Leere. Laut Lisa Abendroth lehnte es ihr Mann ab, mit Schmitt in der Universität zu diskutieren, was Kirchheimer immer wieder verlangt habe (Schreiben von Lisa Abendroth an den Autor am 24. 10. 2006).

Politische Lehrer

Da sich nur wenige linkspolitische Dozenten an den Hochschulen fanden und Abendroths Interesse der Politik galt, kann es kaum verwundern, dass viele seiner Lehrer im außeruniversitären, politischen Bereich wirkten. Neben Brandler und Thalheimer zählte Abendroth den Mitbegründer der KPD und der KPO Paul Frölich auf Grund seiner historischen Arbeiten über die deutsche Arbeiterbewegung zu den für ihn wichtigen Politikern.[185]

2. Aktualisierung des Marxismus

Westlicher Marxismus

Über diese Lehrer wurde Abendroth mit einem reformmarxistischen Diskurs vertraut, der sich zwischen Parteikommunismus und Sozialdemokratie entwickelt hatte. Wann und wie Abendroth diese Diskussion verarbeitete, lässt sich heute nicht mehr feststellen. Zumindest sind seit 1926 öffentliche Eingriffe Abendroths in die marxistische Theorie-Debatte festzustellen. In der Zeitschrift *Freie Sozialistische Jugend,* dem Verbandsorgan des *Bundes Freier Sozialistischer Jugend*, kritisierte er das Marxismusverständnis des Schriftstellers Hendrik de Man.[186] Weiter moniert er, dass der von dialektischer Methode gereinigte und verfälschte Marxismus der Parteileitung der SPD den Marxismus bei den Massen diskreditiert habe.

Diese Eingriffe Abendroths spiegeln eine umfassendere Verarbeitung der Krise des marxistischen Denkens in der Arbeiterbewegung wider. Dort bildeten sich etwa von der zweiten Hälfte der 1920er Jahre bis in die 1930er Jahre zwei Linien heraus: eine von Merleau-Ponty unter dem Begriff des »Westlichen Marxismus« (z. B. die Kritische Theorie) gefasste Richtung; zum anderen ein nicht weniger »westlicher« Reformmarximus (z. B. Brandlerismus und Linkssozialismus).[187] Bei allen Unterschieden im Einzelnen ist dieser Reformdiskurs von drei Charakteristika gekennzeichnet.

Kritik am deterministischen Geschichtsbild

1. Kritisiert wurde die deterministisch-mechanistische Geschichtsauffassung in der Arbeiterbewegung. Winkler erinnert daran, dass die Sozialdemokraten als Marxisten gelernt hätten, »dass die Geschichte den gesellschaftlichen Fortschritt mit innerer Notwendigkeit hervorbringen werde«.[188] Später, nach der Machtübernahme durch den deutschen Faschismus, formulierte nicht zuletzt Walter Benjamin Kritik an der Fortschrittsideologie:

---

185 Vgl. Abendroth 1976, 69ff. Abendroth (1954b) widmet seine Schrift »Die deutschen Gewerkschaften« seinem »Lehrer und Freund« Paul Frölich.

186 Vgl. Diers 2006, 241ff.

187 Siehe Anderson, Perry (1978): Über den westlichen Marxismus, Frankfurt. Zur Kritik vgl. Haug, Wolfgang Fritz (1978): Westlicher Marxismus? Kritik eines notwendigen Versuchs, die marxistische Theorie zu historisieren, in: Das Argument 110 (1978), 484-502. Vgl. Kap. VII, B, 1.

188 Winkler 1993, 67f.

> Der Konformismus, der von Anfang an in der Sozialdemokratie heimisch gewesen ist, haftet nicht nur an ihrer politischen Taktik, sondern auch an ihren ökonomischen Vorstellungen. Er ist die Ursache des späteren Zusammenbruchs. Es gibt nichts, was die deutsche Arbeiterschaft in dem Grade korrumpiert hat wie die Meinung, sie schwimme mit dem Strom.[189]

Jeder Teleologie und jeder ökonomistisch-mechanistischen Dogmatik wurden nun die Marxschen Schriften gegenübergestellt.

Hegelsche Dialektik

2. Erkenntnistheoretisch stützte sich dieser Reformdiskurs auf die Hegelsche Dialektik, um das Verhältnis zwischen individueller Freiheit und objektiven Zwängen bestimmen zu können. Betont wurden die Bedeutung des freien Willens und die Rolle der systematischen Entwicklung der Produktivkräfte. Ernst Bloch brachte dies auf die Formel von der »geschichtlichen Möglichkeit, mit Freiheit plus Fahrplan«.[190]

Analyse der Bedingungen in den Zentren

3. Neben der geschichtstheoretischen und erkenntnistheoretischen Ebene musste auch, wie schon gezeigt, gesellschaftsanalytisch neu angesetzt werden. Es galt Strategien zu entwickeln, die jeweils den sozialen und politischen Besonderheiten gerecht wurden. Abendroth erläutert die Situation:

> Die Kritik war notwendig, weil die Erfahrungen der russischen Revolution undifferenziert auf die deutschen Verhältnisse übertragen wurden. Sie war aber auch positiv, weil sie der Weiterentwicklung einer revolutionären Strategie für die besonderen Klassenverhältnisse in Deutschland diente.[191]

Gramsci entwickelte in den Gefängnisheften die These, dass im Unterschied zum zaristischen Russland die entwickelten westlichen Gesellschaften über eine funktions- und interventionsfähige Zivilgesellschaft verfügen, die in Krisenzeiten die bestehenden Verhältnisse stabilisierte.[192] Die Existenz einer solchen Zivilgesellschaft erforderte für Gramsci eine andere Politik. Mit diesen und ähnlichen Überlegungen war die Forderung nach einer selbstbestimmten Entwicklung der Arbeiterbewegung in den westlichen Ländern verbunden.

Zwischen den beiden Weltkriegen blieben all diese Ansätze jedoch Randerscheinungen. Auch Abendroth konstatierte später, dass sie auf die Dogma-

---

189 Vgl. Benjamin, Walter (1991): Über den Begriff der Geschichte, in: ders. Gesammelte Schriften, Bd. I, 698f.

190 Vgl. Bloch, Ernst: Experimentum Mundi, in: Bloch, GA, Bd.15, 139ff.

191 Abendroth, Wolfgang (1985a): Vorwort; in: Gegen den Strom. Organ der KPD-Opposition. Vollständiger Nachdruck, Bd. 1, 1928-1929, Hannover, 12.

192 Vgl. Gramsci, Gef., Bd. 4, 873f.

tik des Weltkommunismus im Ganzen keinen erheblichen Einfluss ausgeübt hätten, »gleichgültig, ob sie wie von A[ntonio] Gramsci und G[eorg] Lukács auch in der folgenden Periode Mitglieder der kommunistischen Internationale blieben, oder ob sie wie Karl Korsch aus dem organisierten Weltkommunismus verdrängt wurden«.[193]

3. Politik über Parteigrenzen hinweg

Schwerpunkt: Praktische Politik

Abendroth legte schon während seiner Studentenzeit den Schwerpunkt nicht auf die Theorie, sondern auf die praktische politische Arbeit. Er hob hier den Unterschied zu den Intellektuellen der »Frankfurter Schule« hervor:

> Ich arbeitete vorrangig in der Roten Hilfe, alles andere war zweitrangig. Mit Horkheimer und Adorno hatte ich wenig zu tun, vom Standpunkt der aktiven Arbeiterbewegung her gesehen waren sie immer Außenstehende. [...] Auch Leute wie Walter Benjamin haben mich nur wenig interessiert. Mit ihnen habe ich hin und wieder in einem Café diskutiert, denn es bestand keine Feindschaft zwischen uns; aber meinen Interessen entsprach dieser Kreis nicht. Geschichte und Klassenbewußtsein habe ich eifrig gelesen, wie viele andere, habe es aber überspitzt gefunden und gedacht: Was der Lukács macht, ist Philosophie, und das ist sein Arbeitsbereich.[194]

Vor allem beschäftige Abendroth die Wiedervereinigung der gespaltenen Arbeiterbewegung. Schöler schreibt:

> Wenn [...] von den Wurzeln von Abendroths »Einheitsorientierung« die Rede ist, dann liegen diese weit weniger in einem rein intellektuellen Verständnis von einer »Einheit der Arbeiterklasse« [...], sondern weit ausgeprägter in einer bereits in jungen Jahren eingeübten politischen Praxis über ideologische und Parteigrenzen hinweg.[195]

Rote Hilfe

Von daher trug die Mitgliedschaft Abendroths in der *Roten Hilfe Deutschland* (RHD), in der er seit 1924 mitwirkte, zur Entwicklung seines überparteilichen Politikverständnisses bei. Die RHD war eine klassische überparteiliche Organisation, die als Hilfsorganisation schnell Zuspruch aus den verschiedenen Strömungen fand und sich zu einem Organ der Einheitsfrontpolitik entwickelte. Sie organisierte unter anderem Solidaritätskampagnen für politisch Inhaftierte oder half deren Familien rechtlich und

---

193 Abendroth 1971a, 237.

194 Abendroth 1976, 70.

195 Schöler, Uli (2001): Wolfgang Abendroth – Fragen an einen politischen Lebensweg, in: Balzer/Bock/ Schöler (Hg.), 16f.

materiell. Abendroth engagierte sich hier bei der Vorbereitung der Verteidigung in politischen Prozessen und bei der Schulung von Parteifunktionären für das richtige Verhalten bei Verhaftungen.[196]

Studentische Organisationen

Als Student war Abendroth in der kommunistischen *Roten Studentengruppe* (RSG) organisiert, einer Fraktion der *Freien Vereinigung Sozialistischer Studenten* (FVSS).[197] Die FVSS war im Gegensatz zum sozialdemokratischen *Sozialistischen Deutschen Studentenbund* (SDStB) überparteilich orientiert. Den Kern bildete jedoch die ultralinke *Kommunistische Studentenfraktion* (KoStuFra).[198] Abendroth übernahm in der *Roten Studentengruppe* die Funktion des Kontaktmanns zu anderen linken Gruppen der Jugendbewegung. Er bereitete die antiimperialistischen Konferenzen in Brüssel (1926) und Frankfurt (1928) vor und baute Kontakte zu nationalrevolutionären Bewegungen in den Kolonialgebieten auf.[199] Außerdem bemühte er sich um den Kontakt zu sozialdemokratischen Studenten oder Arbeiterstudenten an der Frankfurter *Akademie der Arbeit.* Später erweiterte die *Rote Studentengruppe* ihren Aktionsbereich über die Universität hinaus und begann 1929 einen *Sozialistischen Schülerbund* aufzubauen.[200] Nach dem Sturz der KPD-Führung Fischer-Maslow 1925 und der Abkehr der KPD vom ultralinken Kurs wurde Abendroth zwischenzeitlich wieder Mitglied der KPD.[201] In den Fraktionskämpfen zählt Abendroth zu den »Rechten«, obwohl die politische Orientierung des 19-Jährigen noch nicht festgelegt war: »In diesen Jahren [1925/26] – so würde ich heute sagen – hatte ich starke ultralinke Neigungen. Obwohl ich organisatorisch auf dem rechten Flügel der KPD stand. Und ich war im Grunde stärker luxemburgianisch als leninistisch orientiert.«[202]

Volksentscheid 1926

Die Kampagne zum Volksentscheid für die »entschädigungslose Enteignung der deutschen Fürsten« von 1926 lieferte Abendroth aber einen Beweis für die Möglichkeiten der Einheitsfrontstrategie. Die Kampagne wird Abendroth später als ein Schlüsselerlebnis präsentieren. Er schildert, wie die KPD die Umverteilungspolitik zu Lasten der Bevölkerungsmehrheit aufgriff:

> Bürgerliche radikaldemokratische Gruppen von Intellektuellen wie die um Weltbühne und Tagebuch forcieren das Problem ebenfalls, es kommt zu Einheitsfront-Angeboten der KPD an die Spitzen von SPD und Gewerk-

196 Vgl. Abendroth 1976, 92ff.
197 Vgl. Abendroth 1976, 65.
198 Vgl. Diers 2006, 156f.
199 Vgl. Abendroth 1976, 70f.
200 Vgl. Abendroth 1976, 68.
201 Vgl. Abendroth 1976, 69.
202 Abendroth 1976, 72.

> schaften, die zunächst rigoros ablehnen. Nun aber geraten die sozialdemokratischen Arbeiter an der Basis in Bewegung und üben massiven Druck auf die Führungsspitze aus. Die KPD hält ihre Angebote aufrecht, macht also eine sehr konsequente Einheitsfront-Politik. Der SPD-Parteivorstand muß schließlich einem gemeinsamen Gesetzentwurf zustimmen.[203]

Abendroth, der sich zu diesem Zeitpunkt an der Universität Tübingen aufhielt, organisierte in der Arbeiterjugendbewegung die Kampagne mit. Das politische Ziel, die Enteignung der Fürsten zu Gunsten von Arbeitslosen, Kleinrentnern und anderen Bedürftigen, scheiterte zwar an dem für die Annahme notwendigen Quorum, dennoch gelang den Massenparteien nicht nur eine breite Mobilisierung und Politisierung, sondern auch zeitweise die Desintegrations- und Spaltungstendenzen in der Arbeiterbewegung aufzuheben.

Religiöses und nationalkonservatives Studententum

Wie jüngst von Andreas Diers entdeckte Quellen belegen, trat Abendroth seit 1926 nicht nur für den Dialog mit religiösen und nationalkonservativen Studenten ein, sondern auch für den Kontakt zu nationalrevolutionären Bewegungen, um sie für die sozialistischen Ziele zu gewinnen. Auch Schöler verweist auf die frühen Texte Abendroths in der Zeitschrift *Freie Sozialistische Jugend.*[204] Laut Schöler zählte Abendroth zwischen 1926 und 1929 zu den aktivsten und interessantesten Autoren dieses Verbandsorgans. Der dazugehörige *Bund Freier Sozialistischer Jugend* sei schon deshalb interessant, weil in dieser Jugendorganisation offenbar gelang, was in der Weimarer Republik eher zu den Ausnahmen gehörte: »Das Zusammenwirken von Personen und Gruppen unter einem Dach trotz unterschiedlicher Sozialisation und politischer Herkunft bzw. ideologischer Orientierung.«[205] Tatsächlich kennzeichnen Abendroths frühe Schriften eine offene Haltung gegenüber allen potenziell progressiven Kräften. Wir finden hier Momente, die für sein politisches Handeln bestimmen werden. So forderte Abendroth 1927 und 1928 in der Jugendverbandszeitschrift, religiös eingestellte Arbeiter nicht durch fanatischen Atheismus abzustoßen und sie damit den Deutschnationalen und dem Zentrum zu überlassen. Das war für ihn schon eine rein machtpolitische Frage, denn

> entscheidende außerparlamentarische Massenaktionen können nicht ohne oder gar gegen den Willen einer starken Minderheit und stellenweise sogar Mehrheit des Proletariats durchgeführt werden. Solange die Bourgeoisie die christlichen Arbeiter gegen ihre eigene Klasse gebrauchen kann, ist der Sieg der Arbeiterklasse unmöglich. Vielleicht liegt hier eine der Wurzeln des Zu-

---

[203] Abendroth 1976, 76.
[204] Vgl. Schöler 2001, 14.
[205] Schöler 2001, 15.

> sammenbruchs der deutschen Revolution. Und dabei sind die proletarischen und proletaroiden Massen des Landes – man denke an die süddeutschen Kleinbauern – noch nicht berücksichtigt und nicht der ständig wachsende Einfluß der Sekten auf die Unter- und Mittelschichten des ganzen Reiches. Es ist nicht möglich, diese Massen von der Religion zu lösen. Ist es möglich, sie von den politischen und »gewerkschaftlichen« Organisationen der Ausbeuterklasse loszureißen und in die Front des proletarischen Klassenkampfes, des Kampfes um den Sozialismus, einzureihen? Das ist eine der wichtigsten Fragen, die wir in der Welle zwischen den Revolutionen zu lösen haben.[206]

Theoretische Fundierung

Wenig später wehrte sich Abendroth gegen den Vorwurf, er würde den Sozialismus verwässern. In einem weiteren Artikel über Religion und Sozialismus schrieb er 1928:

> Solange aber breite Massen der Arbeiterklasse noch in religiösen Formen denken, haben wir keinen Grund, ihnen deshalb zu verbieten, Sozialisten zu werden. Wir haben also allen Anlaß, Gruppen, die unsere Gedanken in den christlichen Proleten gemäße Formen übersetzen, zu fördern.[207]

Abendroths Haltung speist sich nicht nur aus den gewonnenen Erfahrungen der Einheitsfrontpolitik. Sie leitete sich auch aus seiner marxistischen Weltanschauung ab, die er in seinem Alltag bestätigt sah. So wies er in der Religionsfrage darauf hin,

> daß zwischen Unterbau und Überbau, Produktionsverhältnissen und durch die Produktionsverhältnisse erzeugten Ideologien, nicht lediglich ein Kausalverhältnis besteht, sondern lebendige, dialektische, Wechselwirkung. [...] Aber das Klassenbewußtsein unterdrückter Schichten äußert sich seinerseits wieder in religiösen Formen. Man denke an die Essäer, an das Urchristentum, an den Bauernaufstand: Die unterdrückten Schichten suchen den ursprünglichen Sinn der Religion gegen ihre vorhandene Form zu stellen. Auch jetzt ist die Religion keineswegs nur »Opium des Volkes«, ein Mittel, die unterdrückte Klasse an die Herrenschicht zu binden. *Die Religion in den Händen der Herrenschicht ist ein Machtmittel der Reaktion, aber in den Händen der unterdrückten Klasse wird sie zum Hebel der Revolution.*[208]

Mit dieser Position stellte sich Abendroth ganz in die Tradition der marxistischen Klassik: Der Gedanke, die in der Religiosität zum Ausdruck kom-

---

[206] Abendroth, GS, 1, 67.
[207] Abendroth, GS, 1, 68f.
[208] Abendroth, GS, 1, 70.

menden und nicht eingelösten Emanzipationsansprüche aufzugreifen, sie zu rationalisieren und in den Transformationsprozess einzubinden, findet sich schon bei Marx in der »Einleitung in die Hegelsche Rechtsphilosophie«.[209]

Forderung nach wissenschaftlicher Diskussion

Überhaupt wurden für den politischen Pädagogen deeskalierende Vermittlungs- und Diskussionsformen immer wichtiger. Gemeinsame politische Aktionen setzten ein Ernstnehmen des Gegenübers voraus. Abendroths Plädoyer für eine Diskussionskultur in der *Freien Sozialistischen Jugend*, das er 1928 publiziert, weist erstaunliche Parallelen zu Gramscis Gefängnisheften auf, in denen eine »wissenschaftliche Diskussion« gefordert wurde, die nicht als Gerichtsprozess aufgefasst werden dürfe.[210] Gramsci stellte die These auf, dass sich in der wissenschaftlichen Diskussion der am fortgeschrittensten zeige, wer den Standpunkt vertritt, dass der Gegner einen Anspruch auszudrücken vermag, der, wenn auch als untergeordnetes Moment, in die eigene Konstruktion eingegliedert werden kann:

> Die Position und die Gründe des Gegners zu verstehen und realistisch zu bewerten (und manchmal ist der Gegner das gesamte vergangene Denken), bedeutet also, sich aus dem Gefängnis der Ideologien und des im schlechten Sinne blind ideologischen Fanatismus zu befreien, das heißt, sich auf einen ›kritischen‹ Standpunkt zu stellen, den einzig fruchtbaren in der wissenschaftlichen Forschungsweise.[211]

Auch bei dem 22-jährigen Abendroth klingt dieser Gedanke an:

> Denn nichts kann mehr zur Klärung im Bunde beitragen, als scharfes Gegeneinanderstellen der Ansichten, als ernste Diskussion, wenn sie eben wirklich Diskussion ist. […] Wir müssen erst diskutieren lernen im Bund, bevor wir weiterkommen können. Was ist das wichtigste in einer Diskussion? Auf die Argumente des Gegners einzugehen und sie zu widerlegen. Oder, wenn man sie nicht widerlegen kann und für richtig hält, zu zeigen, weshalb sie nicht zu dem vom Gegner gezogenen Schluß berechtigen, sei es, weil der Schluß nicht folgerichtig aus den Argumenten entsteht, sei es, weil es andere, wichtigere Gegenargumente gibt, die den an sich berechtigten Schluß verbieten. Was ist unbedingt in einer Diskussion zu vermeiden? Erstens alles Geschimpfe, also auch der Versuch, ohne Beweise zu haben, anderen Leuten unehrliche Motive zu unterschieben. […] Zweitens die sehr bequeme Methode, auf den Gegner nicht einzugehen und einfach seine traditions- oder gefühlsbestimmte Ansicht völlig unkritisch ihm entgegenzuhalten. Drittens sich irgendeinen Strohmann, eine Karikatur der Ansichten

---

209 Vgl. MEW, Bd. 1, 378f.
210 Vgl. Gramsci 1967, 146f.
211 Gramsci 1967, 146f.

> des Gegners, zu konstruieren, um ihn dann mit Wut und Energie zu bekämpfen und dabei zu behaupten, man bekämpfe den Gegner. Man muß sich schon die Mühe machen, aufmerksam zu lesen, was man widerlegen will, bevor man es widerlegt.[212]

Revolution und Gewalt

Bereits der junge Aktivist Abendroth forderte integrative Politikformen, eine Versachlichung der Auseinandersetzung. Diese Selbstdisziplin hatte wenig mit pazifistischen Überzeugungen zu tun: Vor dem Hintergrund der gewaltsamen Konfrontationen zwischen Arbeiterbewegung, Staatsorganen und faschistischen Gruppen blieb für ihn auch eine militante Verteidigungsbereitschaft aktuell. Abendroth, der in diesen Jahren für den Rätestaat eintrat, verwies dazu 1929 auf die Marxsche Betonung der Doppelfunktion des bürgerlichen Staates:

> Der bürgerliche Staat, sei er seiner *Form* nach demokratisch oder faschistisch, monarchisch oder republikanisch, hat eine doppelte Aufgabe: er muß erstens die bestehende Gesellschaftsordnung, den Kapitalismus, gegen die »destruktiven Elemente«, d. h. gegen die ***Klasse***, die an der ***Beseitigung*** dieser Gesellschaftsordnung interessiert ist, gegen das Proletariat schützen. Insofern ist er »Unterdrückungsinstrument« der Bourgeoisie gegen die Arbeiterschaft. Zweitens muß er die Interessen der eigenen »Wirtschaft« und »Nation« gegen die des Auslandes, gegen die anderen Kapitalistenklassen vertreten. Insofern ist er imperialistisch. Beide Aufgaben sind ohne bewaffnete Macht schlechterdings unlösbar. Verliert der bürgerliche Staat seine Armee und Polizei, so ist er kein ***Staat*** mehr, weil er keine ***Macht*** mehr repräsentiert und seine beiden wichtigsten Funktionen nicht mehr zu erfüllen vermag.[213]

Der »demokratische« Staat sei ebenso ein seinem Inhalt nach »bürgerlicher« Staat, wie der faschistische, aber Abendroth unterschied:

> Das heißt natürlich ***nicht***, Faschismus und Demokratie seien das gleiche Ding und es könne dem Proletariat gleichgültig sein, ob es im Faschismus ausnahmerechtlich gebraten oder in der Demokratie gemeinrechtlich geschmort wird, um ein bekanntes Wort des alten Liebknecht zu variieren. In der »Demokratie«, d. h. dem an die eigenen Rechtsschranken noch gebundenen Bourgeoisiestaat, sind die Kampfbedingungen für die Arbeiterklasse immerhin günstiger, als unter der ***offenen Diktatur*** von Gnaden der Bourgeoisie.[214]

---

[212] Abendroth, GS, 1, 85.
[213] Abendroth, GS, 1, 140.
[214] Abendroth, GS, 1, 140.

Man müsse sich – so Abendroth 1929 – nach Kampfmitteln umsehen, die dem Proletariat zur Verfügung stehen, um die Bourgeoisie und ihr wichtigstes Gewaltmittel, den bestehenden Staatsapparat, zu zerschlagen. Der Generalstreik sei in revolutionären Situationen ganz gewiss eine entscheidende Waffe des Proletariats. Abendroth zog aber zur Abwehr des Faschismus auch den Bürgerkrieg in Betracht:

> Wenn das Proletariat gegen die Waffengewalt der Bourgeoisie seine eigene Waffengewalt setzen muß, um die Möglichkeit und Notwendigkeit der Anwendung von Waffengewalt aufzuheben, dann muß es sich auch für diese Aufgabe und nicht nur für diese Aufgabe des gewerkschaftlichen Kampfes schulen und organisieren, dann muß es Organisationen der *proletarischen Wehrhaftigkeit* schaffen.[215]

Spaltung

Ganz offensichtlich lehnte Abendroth ultralinke Politik, die Entscheidung in der Eskalation zu suchen, zunehmend ab. Und es wird erkennbar, dass sich er sich sehr unabhängig zwischen den beiden Massenparteien SPD und KPD positionierte. Hier war auch ein politisches Vakuum entstanden: Sozialdemokraten und Kommunisten entfernten sich immer weiter voneinander. Im Jahr 1928 war die KPD unter Erwartung einer akut revolutionären Situation zur ultralinken Politik zurückgekehrt.[216] In Vorbereitung auf den Kampf wurde die Partei stalinistisch gleichgeschaltet und die »Rechtsabweichler« in der gesamten Internationalen zur Hauptgefahr der kommunistischen Bewegung erklärt. Der Ausschluss von 6.000 »Rechtsabweichlern«, die am Einheitsfrontkurs festhielten und eine von der Sowjetunion unabhängige Politik forderten, führte im Dezember 1928 zur Gründung der KPO.[217]

4. Kommunistische Partei (Opposition)

Ausschluss des rechten Flügels

Auch Abendroth wurde im Zuge des ultralinken Politikwechsels aus der KPD ausgeschlossen. Er weigerte sich am Ende, der Aufforderung der Bezirksleitung der KPD nachzukommen, sich von Brandler zu distanzieren und eine Bestätigung zu unterschreiben, wonach er auf dem Boden der Partei stehe.[218] In der kurz darauf gegründeten KPD-Opposition (KPO) fanden sich überwiegend erfahrene, marxistisch geschulte, ehrenamtliche Parteiarbeiter und Gewerkschaftsfunktionäre zusammen. Es handelte sich oft um Fachar-

---

[215] Abendroth, GS, 1, 143.
[216] Vgl. Bergmann 2001, 40.
[217] Zum Verhältnis zur Sowjetunion vgl. Bergmann 2001, 76ff.
[218] Vgl. Diers 2006, 222.

beiter mit langjähriger Zugehörigkeit zur Vorkriegssozialdemokratie, zum Spartakusbund, zur KPD oder zu den Gewerkschaften.[219]

Die KPO verstand sich nicht als eigenständige Partei, sondern als eine organisierte Richtung innerhalb der kommunistischen Partei. Die bevorstehende Wirtschaftskrise machte nach Ansicht der KPO einen möglichst breiten außerparlamentarischen Kampf gegen die Machtübernahme durch Hitler notwendig. Die Ultralinken wollten den Alleingang der KPD. Für die KPO täuschten die Wahlerfolge darüber hinweg, dass die KPD realen Einfluss auf den Kern der sozialdemokratischen und gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmerschaft eingebüßt hatte. Die Partei habe sich durch ihre Politik zu einer Partei der Arbeitslosen entwickelt, die durch Streik keinen Druck mehr ausüben konnte. Die »Rechten« setzten sich für eine selbstständige deutsche marxistische Tradition (Luxemburgismus) ein. Gegenüber der ultralinken Politik, die den Austritt aus den Gewerkschaften forderte, war für die KPO der Erhalt der Gewerkschaftseinheit ein zentrales politisches Ziel. Die Ziele und Prinzipien der KPO wurden von Abendroth übernommen und prägten nachhaltig seine Politik. Das galt auch für die dort entwickelten Theorien.

Bonapartismustheorie

Die Gruppe um Thalheimer entwickelte eine erste, durchaus leistungsfähige Faschismustheorie, ein theoretisches Erbe das Abendroth der Neuen Linken vermittelte. Mit Rückgriff auf Marx' Schrift *Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte* (1851/52) und mit Blick auf den italienischen Faschismus analysierte Thalheimer das Phänomen Faschismus klassentheoretisch.[220] Er sah nach dem Ersten Weltkrieg ein Klassenbündnis zwischen Teilen des Proletariats und dem Kleinbürgertum, deren Erhebung mit der Novemberrevolution niedergeschlagen worden sei. Dem Bündnis widerfuhr nun Niederlage auf Niederlage.[221] Die Räterepublik, so Thalheimer 1923, war nicht minder eine Illusion, wie die »soziale Republik« des Jahres 1848 in Frankreich.[222] Das Illusionäre der deutschen Räterepublik seien jedoch nicht wie im Frankreich des Jahres 1848 die ungenügenden wirtschaftlichen Voraussetzungen gewesen. Das wirkliche Hindernis sah Thalheimer in der erreichten Bildungsstufe der Massen.

---

[219] Zur sozialen Zusammensetzung vgl. Bergmann 2001, 64 und Abendroth 1976, 144.

[220] Zum Inhalt der Faschismusanalyse vgl. Bergmann 2001, 68ff und Tjaden, Karl Hermann (1964): Struktur und Funktion der »KPD-Opposition« (KPO). Eine organisationssoziologische Untersuchung zur »Rechts«-Opposition im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik, Meisenheim am Glan, 271ff. Tjaden (1964, 271) schreibt, diese sei im Wesentlichen von August Thalheimer formuliert worden. Bergmann (2001, 70) verweist auf die lange Diskussion innerhalb der KPO und betrachtet die Gesamtanalyse eher als kollektive Leistung der KPO.

[221] Vgl. zum Folgenden Tjaden 1964, 271ff.

[222] Zit. nach Tjaden 1964, 273.

Mit der Kapitulation vor den Repräsentanten des Bürgertums habe sich das Bündnis zwischen proletarischen und bürgerlichen Massen aufgelöst. Gleichzeitig habe sich die Großbourgeoisie erschöpft. Deren Interessenlage zielte auf eine Entdemokratisierung und führte zur schrittweisen Aushöhlung des bürgerlich-parlamentarischen Regimes. Nach Thalheimer versuchte nun das Kleinbürgertum, das eine über den Klassen stehende Führung will, dieses Ziel auf andere Weise zu erreichen:

> Der deutsche Faschismus ist der Versuch des Kleinbürgertums und der ihm verbundenen Schichten der Intelligenz, auf seine, d. h. auf kleinbürgerliche Weise einen Rettungsweg zu versuchen, nachdem der demokratisch-sozialistische Rettungsweg es in die Wüste geführt hat. [...] Wie Louis Bonaparte, so will das Kleinbürgertum den selbständigen, über den Klassen und über dem Staat schwebenden Mittler der Klassen spielen.[223]

Nach der bonapartistischen Faschismustheorie hielt das Kleinbürgertum Ausschau nach einem Retter. Schließlich sei die Bourgeoisie bereit gewesen, ihre politische Herrschaft an die faschistische Partei abzutreten. Durch einen Sprung in Form eines Putsches oder eines Staatsstreichs schlage die Situation in die offene Diktatur um.[224] Das Wesen des Faschismus ist damit als *eine* – nicht die letzte – mögliche Form der bürgerlichen Gesellschaft charakterisiert.[225] Für ein alternatives Klassenbündnis ist nach dieser Theorie die Stärke der Arbeiterbewegung entscheidend.

Schein der wirtschaftlichen Stabilität

Die ständige Krisenanfälligkeit des kapitalistischen Systems gehörte ebenfalls zu den Grundüberzeugungen der KPO. Gegen das sozialdemokratische Vertrauen in die Dauerhaftigkeit der jeweiligen ökonomischen Konjunkturphasen wurde interveniert. Entsprechend warnte auch Abendroth im Jahr 1929 vor Illusionen:[226] Das System der Wirtschaftsdemokraten, das »Hineinwachsen« in den Sozialismus, habe die ruhige, durch Krise und Krieg ungestörte, also undialektisch verlaufende Entwicklung des Kapitalismus selbst zur Voraussetzung. »Solange revisionistische Systeme bestehen, war es daher immer ihre erste Behauptung, jetzt endlich sei die Möglichkeit

---

223 Zit. nach Tjaden 1964, 274.

224 Kritik an der Faschismusanalyse Thalheimers äußert Abendroth (1976, 138f.): Die NSDAP sei nicht aus *eigener* Kraft – wenngleich toleriert von der herrschenden Klasse – zur Macht gelangt, sondern *mit Hilfe* der herrschenden Klasse, die Druck auf die Spitze des Staatsapparates ausübte – zu einem Zeitpunkt, als der Einfluss der NSDAP zurückging.

225 Vgl. Bergmann 2001, 71.

226 Vgl. Abendroth, GS, 1, 131-135.

der Krise und des Krieges endgültig beseitigt.«[227] Der Monopolkapitalismus habe zwar eine neue Phase des Kapitalismus eingeleitet, »aber diese neue Phase des Kapitalismus hat die Krisengefahr und die imperialistischen Tendenzen keineswegs verringert«:[228]

> Konkurrierten früher kleine kapitalistische Einzelfirmen, so ringen jetzt gewaltige Trusts um den Markt, die sich zwar hin und wieder – solange nämlich, als einigermaßen gute Konjunktur allen Profitmöglichkeiten gibt – in Kartellverträgen einigen können, aber bei Verengung des Marktes notwendig in Gegensätze zu einander geraten, die sich vom »Kampf um die Quote« bis zum imperialistischen Krieg steigern.[229]

Auch das Lebensniveau der Arbeiterschaft habe sich verbessert. Aber der relativ hohe Lohn nütze wenig, wenn man in der nächsten Krise wieder in die industrielle Reservearmee zurückgestoßen werde. Dies ist für den jungen Abendroth eine Frage von Krieg und Frieden:

> Ist wirklich ein neuer imperialistischer Krieg nötig, um den Führern des ADGB [Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, RH] zu beweisen, daß nicht nur die vorübergehenden Perioden guter Konjunktur, sondern ebenso die immer wiederkehrenden Krisen und Kriege die wirkliche Gesetzlichkeit des Kapitalismus zeigen?[230]

Hier werden Parallelen zur Diskussion während des »Wirtschaftswunders« nach dem Zweiten Weltkrieg deutlich, in der Abendroth weiter auf die anhaltende Krisenanfälligkeit des »Monopolkapitalismus« hinwies.

Ausbleiben der Einheit

Die KPO machte sich über eine Hitler-Regierung keine Illusionen: Diese würde keine Übergangserscheinung sein, sondern einen neuerlichen Krieg auslösen und die Arbeiterbewegung zerschlagen. Daher setzte die KPO auf ein strategisches Bündnis mit der Sozialdemokratie. Mit der Einheitsfrontpolitik und mit ihrer Gewerkschaftsarbeit hatte sie sich zwar eine theoretische Grundlage und Strategie erarbeitet, die auch systematisch organisiert wurde, aber auch langfristig angelegt war.[231] Abendroth bemühte sich um Vermittlung zwischen den Fronten und erlebte unmittelbar die politischen Konsequenzen des unhaltbaren Sozialfaschismus-Vorwurf gegen die SPD und der

---

[227] Abendroth, GS, 1, 132.
[228] Abendroth, GS, 1, 133.
[229] Abendroth, GS, 1, 133.
[230] Abendroth, GS, 1, 133f.
[231] Bergmann 2001, 32.

Politik der radikalen *Revolutionären Gewerkschaftsopposition* (RGO), die den Einfluss der Kommunisten auf die Gewerkschaften auflöste.[232]

Doch blieben »Rechtsabweichler« und »Versöhnler« wie Abendroth spätestens nach dem so genannten Blutmai von 1929 völlig isoliert. Die Einheitsfrontpolitik konnte lediglich Teilerfolge erreichen – beispielsweise bei der Wahl in Hohenzollern-Sigmaringen.[233] Die längerfristigen Voraussetzungen für eine echte Kooperation von Sozialdemokraten und Kommunisten waren jedoch, wie Wirsching zeigte, aus sozial-, politik- und erfahrungsgeschichtlichen Gründen am Ende der Weimarer Republik denkbar ungünstig.[234] Die Politik der beiden Massenparteien zerstörte jede Aussicht auf Vertrauensbildung. Abendroth wandte sich daher der Gruppe *Neu Beginnen* Walter Loewenheims zu, die versuchte, die Einheitsfront auf konspirativem Weg herbeizuführen.[235] *Neu Beginnen* war eine »zentralistisch aufgebaute Geheimgruppe mit starken Tendenzen zur bürokratischen Lenkung«.[236] In Anlehnung an Lenins Schrift »Was tun?« bemühte sich die Gruppe mittlere Parteiposten zu erlangen, um von dort aus Einheitsfrontpolitik zu gestalten. Politisch konnte *Neu Beginnen* seine Ziele nicht erreichen, war jedoch auf die Bedingungen der Illegalität nach der Machtergreifung 1933 besser vorbereitet als die Mitglieder der großen Parteien. Abendroth distanzierte sich später von dieser Strategie (»ein konspiratives Abenteuer«) und kritisierte sie als Beispiel sektiererischer Kreise, die aus der Isolation heraus entstanden seien.[237]

Kampflose Aufgabe des Staates

Die kampflose Aufgabe des Weimarer Staates erlebte der junge Abendroth als totales Versagen der gespaltenen Arbeiterbewegung. Eine der größten Illusionen der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften sei es gewesen, so Abendroth im Rückblick, sich allein auf das Rechtssystem der Weimarer Republik zu verlassen, ohne dieses mit außerparlamentarischen Massenaktionen zu schützen, oder anders gesagt, sich mit legalen Mitteln gegen das totale Verbot und die Zerschlagung der eigenen Verbände durch den Faschis-

---

[232] Vgl. zur Sozialfaschismus These und zur RGO-Politik: Abendroth 1976, 131ff. Abendroth Kritik an der SPD vgl. ebd., 116f.

[233] Vgl. Abendroth 1976, 114.

[234] Vgl. Wirsching, Andreas (2002): »Hauptfeind Sozialdemokratie« oder »Antifaschistische Aktion«? Die Politik der KPD und Komintern in der Endphase der Weimarer Republik, in: Winkler, Heinrich August (Hg.): Weimar im Widerstreit. Deutung der ersten deutschen Republik im geteilten Deutschland, München, 103-130.

[235] Zur Gruppe »Neu Beginnen« vgl. Kliem, Kurt (1957): Der sozialistische Widerstand gegen das Dritte Reich dargestellt an der Gruppe »Neu Beginnen«, Diss., Marburg; Löwenthal, Richard (1982): Die Widerstandsgruppe »Neu Beginnen«, Berlin.

[236] Kliem 1957, 15.

[237] Abendroth 1976, 126.

mus wehren zu wollen.[238] Auch die KPD lieferte kaum Gründe für ein Zusammengehen. Als 1932 der Putsch gegen die Preußische Regierung kampflos hingenommen wurde, machte sich laut Abendroth Verzweiflung unter den Aktivisten breit.[239] Die Machtübernahme durch die NSDAP hielten sie von nun an nur noch für eine Frage der Zeit. Und tatsächlich verzichteten die Organisationen der Arbeiterbewegung anders als beim Kapp-Putsch 1920 auf eine einheitliche außerparlamentarische Aktion zur Rettung der Weimarer Republik. Abendroth schreibt rückblickend:

> Bekanntlich war der letzte Rest von Möglichkeit, einen demokratischen Rechtsstaat 1933 in Deutschland wiederherzustellen, an jenem 19. April endgültig entfallen, als der Bundesausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Hitlers »Tag der nationalen Einheit« begrüßte […].[240]

[238] Vgl. Abendroth, Wolfgang (1967d): Historische Funktion und Umfang des Widerstandes der Arbeiterbewegung gegen das Dritte Reich, in: Oertzen, Peter von (Hg.): Festschrift für Otto Brenner zum 60. Geburtstag, Frankfurt, 303f.; ders. (1965b): Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung, Frankfurt, 116.

[239] Abendroth 1976, 127ff.

[240] Abendroth, Wolfgang (1972k): Zusätzliche Notstandsermächtigungen? Das Problem der Grundgesetz-Änderung, in: Abendroth 1972, 185f.

C. Widerstand und die Vorbereitungen auf eine Zeit nach Hitler

1. Widerstand

Erhalt der Kader

Unmittelbar nach der Machtergreifung ging Abendroth mit der KPO in den illegalen Widerstand, in Vorbereitung für eine Zeit nach Hitler:

> Meine Perspektive ist langfristig, die der meisten Genossen nicht. Mir ist völlig klar, daß an dem politischen System vorerst nichts geändert werden, daß spontanes Klassenbewußtsein vorläufig nicht erzeugt werden kann, weil der Druck von außen zu stark ist und weil außerdem der konjunkturelle Aufschwung einsetzt. Eine Änderung wird erst in einer völlig neuen Situation, wahrscheinlich erst nach einem Kriege, möglich sein. Mir geht es darum, Kader zur Bildung von Klassenbewußtsein für einen neuen, sehr viel späteren Kampf heranzubilden. Das ist meine Perspektive. Ich teile sie insoweit durchaus mit der Spitze der »Neu Beginnen«-Gruppe ebenso wie mit der Gruppe um Brandler und Thalheimer und deren Repräsentanten.[241]

Die Widerstandsarbeit der KPO setzte sich das Ziel, das faschistische System zu entlarven, Kader zu bilden, die am Wiederaufbau von Klassenbewusstsein in der Arbeiterklasse teilnehmen sollten, und diese Kader mit Informationsmaterial versorgten.[242] Abendroths Beitrag war zunächst von Februar bis Oktober 1933 die Organisation eines illegalen Pressedienstes und illegale Propagandaarbeit. Seine wichtigste Tätigkeit war die Herstellung von Kontakten zwischen den unterschiedlichen Widerstandsgruppen und der Erhalt der Kader.[243]

Entscheidung gegen die Emigration

Die akademische Karriere Abendroths war mit der Machtübernahme durch die NSDAP schlagartig beendet. Zwei Wochen vor der mündlichen Prüfung, die große Arbeit und die Klausur waren schon absolviert, wurde Abendroth der Abschluss des zweiten Staatsexamens als Assessor verwehrt.[244] Auch seine Dissertation über das Betriebsrätegesetz bei dem Arbeitsrechtler Hugo Sinzheimer war Makulatur. Ohne berufsqualifizierenden Abschluss als Volljurist ging Abendroth nach Bern in die Schweiz und pro-

---

241 Abendroth 1976, 153f.

242 Kaestner, Jürgen (Hg. 1984): Gegen den Strom – KPD-Opposition. Ein Kolloquium zur Politik der KPO (1928-1945), Frankfurt, 78.

243 Vgl. Abendroth 1976, 148.

244 Grundlage bildete das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. 4. 1933 zur Gleichschaltung des öffentlichen Dienstes und der Entlassung »nichtarischer« Beamter. Abendroth wurde außerdem am 1. 4. für zwei Tage von der SA festgenommen.

movierte ab 1935 bei Prof. Walther Burckhardt zu einem völkerrechtlichen Thema.[245] Die Möglichkeit der Emigration schlug Abendroth jedoch aus:

> Ich entschied mich also anders. Wovon hätte ich auch leben sollen? Ich hatte die Hoffnung, irgendwo im Reich als Jurist unterzukommen. Denn der wirtschaftliche Aufschwung in Deutschland war jetzt unverkennbar; er wurde durch die Rüstungskonjunktur angekurbelt. Ich wollte von irgendeiner Stelle aus meine politische Arbeit im Reich fortführen, denn ich war der festen Überzeugung, daß die wirklichen Entscheidungen nicht in der Emigration fallen würden. Viele rieten mir, Russisch zu lernen und in den Auswärtigen Dienst einzutreten oder mich in der Schweiz zu habilitieren und von meinem Onkel, der dort lebte, Geld zu nehmen oder nach Holland zu gehen, um dort in einer Bibliothek oder im Institut für Sozialgeschichte zu arbeiten. Alle diese Ratschläge halfen mir nicht, sie widersprachen meiner Auffassung von den Aufgaben, die ich als Funktionär der Arbeiterbewegung hatte.[246]

Volksfront?

Aus der Zeit des Widerstands sind so gut wie keine Quellen überliefert. Zumindest gibt es Anhaltspunkte, dass Abendroth weiterhin Kontakt zu linksbürgerlichen und linkskirchlichen Gruppen hielt. Dies zeigt sich 1935 anlässlich des bekannten Wandels der Komintern auf ihrem VII. Weltkongress zur Volksfrontpolitik. Die KPO lehnte diese Wendung der KPD zur Volksfrontpolitik ab, weil damit auf revolutionäre Ziele verzichtet würde.[247] Abendroth blieb politisch unabhängig und plädierte für die Volksfrontstrategie. »Sie [Brandler/Thalheimer, RH] sind für Einheitsfront, aber nicht für Volksfront, die sie für opportunistisch halten. Sie meinen, daß bürgerliche Demokraten erst dann herangezogen werden sollten, wenn sie sich bewußt auf den proletarischen Klassenstandpunkt gestellt haben«.[248]

---

[245] Das Thema lautete »Die völkerrechtliche Stellung der B- und C-Mandate« (1935, publ. 1936). Die unfertige Dissertation über das Betriebsrätegesetz ist verschollen. Laut Abendroth wurde sie von der GeStaPo bei einer Hausdurchsuchung beschlagnahmt (Schreiben Lisa Abendroth an den Autor vom 24.10.2006).

[246] Abendroth 1976, 168f.

[247] Vgl. Bergmann 2001, 284ff.

[248] Abendroth 1976, 170f.

2. Vom Zuchthaus in das Strafbataillon 999

Inhaftierung und Verurteilung

Wolfgang Abendroth wurde am 22. 2. 1937 im Zuge einer groß angelegten Aktion gegen die KPO in Berlin von der Gestapo verhaftet und im Gefängnis des Reichssicherheitshauptamtes in der Berliner Prinz-Albrecht-Straße schwer misshandelt.[249] Nach Aufenthalten in verschiedenen Gefängnissen erhob das Oberlandesgericht Kassel gegen ihn Anklage wegen Hochverrats.[250] Da die Behörden Abendroths Widerstandsarbeit nur bruchstückhaft rekonstruieren konnten, wurde er am 30. 11. 1937 zu »nur« vier Jahren Zuchthaus verurteilt. Nach seiner Entlassung aus dem Zuchthaus am 30. 5. 1941 entging er nur durch die resolute Intervention seiner Mutter der Einweisung in ein Konzentrationslager.[251] Kurz darauf zog man Abendroth zum Strafbataillon 999 ein und er geriet gegen Ende des Krieges in britische Kriegsgefangenschaft. Diese insgesamt elf Jahre der Internierung bezeichnete er als »verlorene Jahre«.[252]

Strafbataillon 999

In der Zeit zwischen Entlassung und Einzug in das Strafbataillon lernte Wolfgang Abendroth 1942 seine spätere Ehefrau Lisa Hörmeyer kennen. Die überzeugte Pazifistin aus bürgerlichem Haus studierte zu diesem Zeitpunkt Geschichte an der Universität Marburg. Die Einberufung in das Strafbataillon 999 durchkreuzte die Heiratspläne von Lisa Hörmeyer und Wolfgang Abendroth.[253] Das Strafbataillon versammelte die »Wehrunwürdigen« zur »Erziehung« und »Bewährung«.[254] Es setzte sich aus den Gruppen der »Kriminellen« und den »Politischen« zusammen, wobei Letztere nach Hans-Peter Klausch die gesamte Breite des deutschen und österreichischen antifaschistischen Widerstands darstellten.[255] Abendroth wurde zunächst auf den Heuberg auf der Schwäbischen Alb einer Schikane- und Erschöpfungs-

---

249 Die Prügelfolter hinterließ bei Abendroth ein Trauma und eine Sprachstörung, die immer wieder unvermittelt auftreten konnte (Lisa Abendroth, Interview).

250 Im Einzelnen war er inhaftiert im Polizeigefängnis Berlin Alexanderplatz, im Polizeigefängnis Düsseldorf und im Polizeigefängnis Frankfurt.

251 Lisa Abendroth (Interview).

252 Lisa Abendroth (Interview).

253 Zur Geschichte der Strafbataillone 999 liegt eine umfangreiche Arbeit vor: Klausch, Hans-Peter (1987): Die Geschichte der Bewährungsbataillone 999 unter besonderer Berücksichtigung des antifaschistischen Widerstandes, 2 Bde., Köln.

254 Für Abendroth war sein Bataillon zum Verheizen gedacht: Vgl. IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 67, Brief an Erich Piskorz vom 9. 2. 1960. Klausch (1987, 854) kommt davon abweichend in seiner Studie zum Schluss, dass die landläufige Vorstellung, die 999er-Einheiten seien reine »Himmelfahrtskommandos« gewesen, nicht zutreffe.

255 Klausch 1987, 851. Abendroth (1976, 185) weist weiter auf »Ringvereinler« (Homosexuelle), Zuhälter und andere Bagatellekriminelle hin.

ausbildung ausgesetzt, die er mit Verhältnissen im KZ verglich.[256] Er wurde anschließend in Jugoslawien und später in Griechenland als Soldat eingesetzt.

Die politische Arbeit setzte er sowohl im Zuchthaus als auch im Strafbataillon fort. Im Zuchthaus Luckau gelang es mit einfachsten Mitteln, Kaderarbeit und Marxismus-Kurs zu organisieren.[257] »Im Bataillon war sehr rasch wieder eine politische Organisation aufgebaut. Von früheren Partei- oder Fraktionsschranken war dabei selbstverständlich keine Rede mehr. Das blieb so bis zum bitteren Ende.«[258]

Netzwerke

Anders als in der Emigration kam es bei den Widerstandsgruppen während ihrer Internierung oder in dem Strafbataillon zu dauerhaften persönlichen und politischen Kontakten über die politischen Gräben hinweg. Abendroth erinnert sich:

> Ich habe gute Kontakte zu den Politischen, die nunmehr fast alle für die Einheitsfront eintreten. [...] Die Intensität der Kameradschaftlichkeit unter den Politischen, die in der großen Mehrheit Berliner KPD-Mitglieder waren, ist für jemanden, der das nicht selbst erlebt hat, unvorstellbar. Sie beschränkte sich nicht nur auf Genossen.[259]

Lisa Abendroth bestätigt, dass die Solidarität unter den Widerstandskämpfern, vor allen derjenigen, die im Zuchthaus oder im KZ waren, besonders intensiv war.[260] Diese Bündnisse politischer Intellektueller wirkten weit in die frühe Bundesrepublik hinein. So schreibt Bock:

> Die generationenspezifische, aus der Kampf- und Leidenszeit im Dritten Reich resultierende, spontane Solidargemeinschaft, die verbunden war mit Analogien in der aktuellen Situationsanalyse und in den Neuordnungsvorstellungen, war auch die Grundlage für Abendroths enge Verbindung zu führenden Gewerkschaftern wie Willi Bleicher und Otto Brenner von der IG Metall.[261]

Diese Netzwerke engagierten sich unter anderem in der Kampagne gegen die Notstandsgesetze.

---

256 Vgl. IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 714, Manuskript eines Interviews mit Wolfgang Abendroth vom 3. Dezember 1964 über seine Kriegsgefangenschaft, 12f.

257 Zu den Umständen im Zuchthaus Luckau (Niederlausitz) von November 1937 bis Mai 1941 vgl. Diers 2006, 356ff.

258 Abendroth 1976, 186.

259 Abendroth 1976, 176.

260 Lisa Abendroth (Interview).

261 Bock 2001, 224.

Griechischer Widerstand

Auf der Insel Lemnos gelang es Abendroth, Kontakt mit den griechischen Partisanen der kommunistisch geführten E.A.M. (und ihrer Militärorganisation E.L.A.S.) aufzunehmen. Er desertierte 1944 und schloss sich den Partisanen an. Auch dort organisierte Abendroth wieder den Schulbetrieb. Doch schon bald forderte die britische Armee die Auslieferung der deutschen Überläufer. Im Oktober 1944 geriet Wolfgang Abendroth auf Lesbos in britische Kriegsgefangenschaft. Nur wenige Monate später signalisierte der Ausbruch des griechischen Bürgerkriegs das Ende der Koalition der Alliierten.

3. Kriegsgefangenschaft und Wilton Park

Bildungsarbeit in der Kriegsgefangenschaft

Während Gefangenschaft folgte nun eine Odyssee durch verschiedene Kriegsgefangenenlager in Ägypten.[262] Zusammen mit dem Berliner Rechtsanwalt Herbert Komm entwickelte Abendroth juristische und politische Ziele für den Neuaufbau des Staatsapparates und baute in den Lagern einen umfangreichen Bildungsbetrieb auf, um den Neuanfang auch personell gestalten zu können.[263]

> Bald ging es auch darum, die alten »Politischen« – ausnahmslos Genossen, die aus der Arbeiterbewegung kamen und meist Industriearbeiter waren – auf Verwaltungsarbeit vorzubereiten, die im vom Faschismus befreiten Deutschland später zu tun sein würde.[264]

Komm erinnert sich:

> So wurde beispielsweise im Lager 379 ein Schulbetrieb [...] gegründet, der Fächer wie Geschichte, Rechtskunde, Volkswirtschaftslehre, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Grundzüge der Lehren von Hegel und Marx sowie Sprachen (Englisch, Französisch, Russisch und dergl.) umfaßte. Der Schulbetrieb war natürlich freiwillig. Dozenten waren hauptsächlich kriegsgefangene Akademiker, darunter der mit einem enormen Wissen und Gedächtnis ausgestattete Dr. Wolfgang Abendroth [...].[265]

---

[262] Vgl. dazu Diers 2006, 403ff.

[263] IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 714, Manuskript eines Interviews mit Wolfgang Abendroth vom 3. Dezember 1964 über seine Kriegsgefangenschaft, 46ff. Vgl. auch Diers 2006, 404ff.

[264] Abendroth 1976, 190.

[265] IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 153, Erinnerungen von Herbert Komm über seine Kriegsgefangenschaft in Ägypten, o. J., 13. Mit Herbert Komm bestand eine lebenslange Freundschaft. Komm wurde später Präsident des Landessozialgerichts in Berlin.

Lager-universität

Die systematische Schulungsarbeit in der so genannten »Lageruniversität« sollte, offenbar aus den Erfahrungen des Systemwechsels 1918 heraus, »den Staatsapparat des Dritten Reiches und diejenigen, die ihm gedient hatten, [...] ersetzen und dessen stillschweigende Restauration nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges unnötig [...] machen.«[266] Die Lagerleitung blockierte zunächst den Aufbau einer Lageruniversität mit demokratisch-sozialistischer Ausrichtung.[267] Erst nach dem 8. 5. 1945 verbessert sich die Unterstützung.

Wilton Park

Die »politischen« Gefangenen wurden jedoch nach Aussage von Abendroth auch nach der Kapitulation während des Rücktransports gegenüber anderen Juristen, die Offiziere der Wehrmacht und Mitglieder der NSDAP waren, benachteiligt, da diese vom Headquarter »Middle-East« für den Wiederaufbau in Deutschland als wichtiger erachtet wurden.[268] Abendroth wurde mit großen Widerständen und erst nach Vermittlung durch Richard Löwenthal am 10. 8. 1946 in das südenglische Wilton Park verlegt. Er übernahm hier die Presseabteilung. Für Matthew Sullivan zählt er unter den »Politischen« des ehemaligen Strafbataillons 999, die im Spätsommer 1946 aus Ägypten kamen, zu einer der profiliertesten Persönlichkeiten der Linken.[269] Er habe beträchtlichen Einfluss auf einige der jüngeren Studenten ausgeübt. Abendroth verweist auf die Stellung der sozialistischen und kommunistischen Kriegsgefangenen: »In diesem Lager wurden wir übrigens keineswegs als Lehrer der Demokratie, sondern als Männer, welche die Demokratie ebenso wie die Nazis erst zu lernen hätten, behandelt.«[270]

Entscheidung für Westdeutschland

In Kriegsgefangenschaft fiel auch Abendroths Entscheidung, nicht in die Sowjetische Zone zurückzukehren, obwohl dort seine Eltern lebten, zu denen er eine enge Bindung hatte. Anders als Brecht, Kantorowicz, Kofler und Bloch wollte Abendroth nach seiner Rückkehr nach Deutschland in den Westzonen politisch und wissenschaftlich aktiv werden.[271] Schon vor der

---

[266] Abendroth, Wolfgang (1985c): Der Tag der Kapitulation; in: Filmer, Werner/Schwan, Heribert (Hg.): Mensch, der Krieg ist aus. Zeitzeugen erinnern sich, Düsseldorf und Wien 1985, 15.

[267] Vgl. Abendroth 1985c, 15.

[268] Abendroth 1976, 190.

[269] Vgl. Sullivan, Matthew Barry (1981): Auf der Schwelle zum Frieden. Deutsche Kriegsgefangene in Großbritannien 1944-1948, Wien/Hamburg, 282.

[270] Abendroth 1976, 191. Vgl. auch IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 714, Manuskript eines Interviews mit Wolfgang Abendroth vom 3. Dezember über seine Kriegsgefangenschaft, 69.

[271] Vgl. Abendroth 1976, 199. Die Auffassung von Karl-Heinz Jahnke (1996, 101), Abendroth habe sich nach dem Krieg aus Überzeugung für eine Tätigkeit in Ostdeutschland entschieden, »weil er hier eine Möglichkeit sah, in Übereinstimmung mit seiner antifaschistischen Haltung und sozialistischen Gesinnung tätig zu werden«, ist

Gefangenschaft war es für Abendroth und andere unorthodoxe Linke riskant, über sowjetisches Gebiet zurückkehren,

> [...] weil wir mit der stalinistischen Politik nicht sehr gut standen, in der Vergangenheit in der deutschen Antihitlerkoalition nicht sehr gut gestanden haben, bei mir persönlich, aber auch bei den Österreichern nicht, die aus der österreichischen Sozialdemokratie stammten.[272]

Auch in Wilton Park will Abendroth von den Stalinisten Abstand halten, weil er »vorläufig nicht wieder hinter Stacheldraht und auch nicht zum vollen Schweigen verurteilt« sein möchte.[273] Abendroth wollte sich zunächst »die Dinge von außen ansehen, die sich im Osten tun«.[274]

Eintritt in die SPD

In Westdeutschland boten sich Abendroth mit der SPD größere politische Handlungsmöglichkeiten. Noch in Kriegsgefangenschaft, im Herbst 1946, trat er der Partei bei. Die SPD war 1945 als Zusammenschluss aller nichtstalinistischen Sozialisten von rechts bis links attraktiv geworden.[275] Die Beweggründe Abendroths für den Eintritt in die SPD illustrieren die Hoffnungen der marxistischen Linken in den ersten Nachkriegsjahren:

> Der stalinistische Terror hat mich dazu bewogen. Allerdings blieb ich weiter Anhänger einer Einheitspartei, nur wollte ich sie nicht auf die Sowjetische Besatzungszone allein beschränkt wissen. Hinzu kam, daß viele Mitglieder der sozialdemokratischen Führung in den Westzonen früher nicht Mehrheitssozialdemokraten gewesen waren, sondern aus Splitterparteien (KPO, SAP, ISK) stammten oder sogar KPD-Mitglieder gewesen waren, wie z. B. Herbert Wehner. Ich hatte die Hoffnung, die SPD könnte wieder zu einer sozialistisch-marxistischen Partei werden, zumal sich die alte sozialdemokratische Rechte in der Auseinandersetzung mit dem Dritten Reich disqualifiziert hatte.[276]

---

auf Grund der Quellen nicht aufrecht zu halten.

[272] IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 714, Manuskript eines Interviews mit Wolfgang Abendroth vom 3. 12. 1964 über seine Kriegsgefangenschaft, 35.

[273] IfZ, Nachlass K. O. Paetel, ED 119/5, Wolfgang Abendroth an K. O. Paetel, o. D., zit. nach Bauer, Philip (1999): Wilton Park 1946-48. Eine Bildungseinrichtung für Deutschland zwischen Selbsterziehung und Umerziehung, Magisterarbeit, München, 110.

[274] Ebd.

[275] Vgl. Flechtheim, Ossip K. (Hg.) 1969: Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945, Bd. 7: Innerparteiliche Auseinandersetzungen, Zweiter Teil, Berlin, XV.

[276] Abendroth 1976, 199f.

Ebenso interpretierte Lisa Abendroth den Eintritt ihres Mannes in die SPD als bewusste Distanzierung von der im April 1946 gegründeten SED. Ihr Mann habe die Bildung einer Einheitspartei durch demokratischen Konsens und nicht durch ein Oktroi vertreten.[277] Abendroth bezeichnet seine Hoffnungen, über die SPD eine deutsche sozialistische Gesamtpartei zu entwickeln und dann einen sozialistischen Weg in Europa mitzuerkämpfen, im Nachhinein als illusionär.[278] Er hatte die politische und soziale Dynamik in den westlichen Industriestaaten unterschätzt.

D. Die Jahre im sowjetischen Sektor: Berufliche Sicherung

Nachholen des zweiten Staatsexamens

Trotz seines dezidierten Antistalinismus arbeitete Abendroth von Dezember 1946 bis Dezember 1948 im Sowjetischen Sektor als Jurist und Hochschullehrer, um seine Zukunft ökonomisch abzusichern. Abendroth benötigte für sein berufliches Fortkommen das Zweite Staatsexamen. Da er in Hessen das Referendariat hätte wiederholen müssen, entschied er sich auf Empfehlung des hessischen Justizministers Georg August Zinn, nach Berlin zu gehen, um dort die Prüfung sofort abzulegen. Weihnachten 1946 überschritt das Ehepaar Abendroth – beide hatten nach seiner Rückkehr geheiratet – illegal die Grenze.[279]

Tätigkeit im Sowjetischen Sektor

Da die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) für die Wiederherstellung des Justizwesens und die Neuordnung der Juristenausbildung unbelastete Staatsrechtslehrer benötigte, versuchte sie auch Wolfgang Abendroth zu verpflichten. Im Januar 1947 wurde Abendroth zum »Richter kraft Auftrags« am Landgericht in Potsdam bestellt und trat gleichzeitig in den Dienst des Justizministeriums der Mark Brandenburg.[280] Abendroth arbeitete als leitender Angestellter der Justizausbildungs- und Prüfungsabteilung an Lehrplänen für das Jurastudium und war an der Weiterbildung von Volksrichtern beteiligt; seine Prüfung zum Assessor war an diese Stelle gebunden.[281]

---

277 Abendroth, Lisa (1990): Die Flucht. Warum Wolfgang Abendroth die sowjetische Besatzungszone verließ, in: Sozialismus, 2/1990, 26. Ebenso WDR 1987, 11.

278 Vgl. Marxistischer Studentenbund Spartakus (Hg.) 1986, 24f.

279 Abendroth 1976, 196.

280 Hier halfen Kontakte zur Berliner Justizverwaltung: Eugen Fischer (Leiter der Justizverwaltung der SBZ) und Hilde Benjamin (Leiterin der Personalabteilung, spätere Justizministerin der DDR).

281 Lisa Abendroth (Interview).Vgl. Jahnke, Karl-Heinz (1996): Prof. Dr. Wolfgang Abendroth, in: ders.: Antifaschisten. Unbequeme Zeugen des 20. Jahrhunderts, Bd. 2, Bonn, 101.

Justizreform

Das juristische Wirken Abendroths in Ostdeutschland soll nur angedeutet werden. Im Rahmen der Neuorganisation des Justizwesens verwandte er sich für die Sicherung des Rechtsstaates, für die richterliche Unabhängigkeit und für das Prinzip der Gewaltenteilung in den Landesverfassungen des sowjetischen Sektors.[282] Seiner Auffassung nach sollte der Justizapparat durch Richterwahl und die Beteiligung von Laien an der Rechtspflege demokratisiert werden. Weiter unterstützte er das Vorhaben, soziale Schranken für die Erlangung des Richteramtes beispielsweise durch die Ausbildung von Volksrichtern zu beseitigen. Seine Fachartikel gingen von der Frage aus, wie etwa über die Richterausbildung, Aufhebung der Klassenjustiz und konsequente Durchsetzung des Rechtsstaates die Justiz einen Beitrag zur demokratischen Integration leisten könne.[283] Abendroth forderte die Unabhängigkeit des Justizwesens von der Staatspartei.[284] Er warnte die Politik davor, durch unterschiedliche Rechtsstrukturen eine mögliche Wiedervereinigung zu blockieren.[285]

Professuren

Im Mai 1947 bot sich ihm endlich die Chance, das zweite Staatsexamen nachzuholen, nachdem er sich an der Universität Halle habilitiert hatte.[286] Nach dem Assessorexamen wurde er als Oberjustizrat in der Deutschen Justizverwaltung der Sowjetischen Besatzungszone angestellt. Zum Wintersemester 1947/48 wurde Abendroth Dozent für Rechts- und Staatswissenschaften an der Martin-Luther-Universität Halle. Den Ruf auf einen Lehrstuhl für öffentliches Recht nach Rostock lehnte er ab und folgte im Sommersemester 1948 einem Ruf für eine außerordentliche Völkerrechtsprofessur an die Universität Leipzig.[287] Kurz darauf erhielt er das Angebot für eine ordentliche staatsrechtliche Professorenstelle in Jena. Da der erhoffte Ruf nach Berlin ausblieb und Jena geografisch günstiger für eine mögliche Flucht lag, zogen die Abendroths nach Jena.[288] Im Oktober desselben Jahres 1948 erfolgte dort die Ernennung zum Professor für öffentliches Recht.

Flucht

Das politische Klima hatte sich mit der Verschärfung des Kalten Krieges 1947/48 verschlechtert. Abendroths Mitgliedschaft in der illegalen SPD, seine frühere Mitgliedschaft in der KPO, die Kriegsgefangenschaft im briti-

---

[282] Vgl. Abendroth, GS, 1, 543-562. Die Landesverfassungen Brandenburgs, Mecklenburgs und Sachsens unterstellten die Rechtsprechung der Aufsicht des Landtags, worin Abendroth einen Bruch der Gewaltenteilung erkannte.

[283] Vgl. Bock 2001a, 96ff.

[284] Vgl. Abendroth, GS, 1, 562.

[285] Vgl. Abendroth, GS, 1, 562.

[286] IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 196, Abschrift eines Briefes von Wolfgang Abendroth an den Frankfurter Stadtrat H. Seliger vom 20. Juli 1947.

[287] Vgl. WDR (1987), 11f. und Diers 2006, 446ff.

[288] Lisa Abendroth (Interview).

schen Wilton Park und nicht zuletzt seine Kritik an der Justizreform der SED brachten ihn und seine Frau zunehmend in Gefahr.[289] Daher bemühten sich beide um eine Berufung Wolfgang Abendroths an eine hessische Universität.[290] Während der Dozententätigkeit ihres Mannes in Halle verhandelte Lisa Abendroth um mögliche Stellen in Westdeutschland. Abendroth wandte sich an den niedersächsischen Kultusminister Adolf Grimme, der ihn für die neu zu gründende Hochschule für Arbeit, Politik und Wirtschaft in Wilhelmshaven-Rüstersiel werben wollte. Die Meldung über die Verhaftung eines Kuriers des Ostbüros der SPD am 4. 12. 1948, der Abendroth einmal besucht hatte, wurde schließlich zum Auslöser der Flucht; das Ostbüro der SPD arbeitete mit dem amerikanischen Geheimdienst zusammen. Am 8. 12. 1948 flohen die Abendroths in den Westen. Aus der ursprünglichen Absicht, nach sechs Wochen zurückzukehren, waren zwei Jahre geworden.[291]

Ruf nach Marburg

Nach seiner Flucht erhielt Abendroth zwei Rufe: für eine Professur an der Freien Universität Berlin und an die Hochschule in Wilhelmshaven-Rüstersiel. Aus Sorge um die Sicherheit der Familie drängte ihn seine Frau, den Ruf nach Berlin abzulehnen.[292] Abendroth wurde schließlich kommissarischer Rektor der 1949 gegründeten Hochschule für Arbeit, Politik und Wirtschaft und beteiligt sich am Aufbau der Reformhochschule.[293]

Im Jahr 1951 nahm er den Ruf an den Politologielehrstuhl an der Universität Marburg an. Als Jurist konnte Abendroth vom damaligen hessischen Justizminister und späteren Ministerpräsidenten Georg August Zinn nicht durchgesetzt werden. Von hier aus gestaltete Abendroth in den folgenden zwei Jahrzehnten maßgeblich die außerparlamentarische Oppositionspolitik in der Bundesrepublik. Marburg wurde zu einem Zentrum der linkssozialistischen Neuen Linken. Abendroth gehörte damit zu einer Gruppe unorthodoxer Linker aus dem Sowjetischen Sektors, die bedeutsame Beiträge zur politischen Kultur in der Bundesrepublik leisteten: Leo Kofler, Alfred Kantorowicz, Hans Mayer, Ernst Bloch, Gerhard Zwerenz, Werner Hofmann, aber auch Bernd Rabehl und Rudi Dutschke.

---

289 Vgl. Bergmann 2001, 365ff. Bereits 1947 begannen SED-Organe systematisch sich mit KPO-lern zu beschäftigen. Die ehemaligen Mitglieder der KPO in der DDR waren ab 1950 der Verfolgung ausgesetzt.

290 Lisa Abendroth (Interview) und Abendroth, Lisa 1990.

291 Vgl. Abendroth, Lisa 1990, 26f.

292 Lisa Abendroth (Interview).

293 Charakteristisch für die Hochschule war der relativ hohe Anteil an Studenten aus Arbeiterkreisen sowie ein Propädeutikum zur Erlangung der Hochschulreife für Nichtabiturienten. Im Jahr 1956 wurde sie in »Hochschule für Sozialwissenschaften« umbenannt und 1962 in die Universität Göttingen integriert.

IV. »Radikaldemokratischer« Sozialismus im Atomzeitalter: Abendroths Alternativen zwischen Restauration und Stalinisierung (1950-1961)

Die Neue Linke war Erbin der linkssozialistischen Strömung der 1950er Jahre. In Konfrontation mit dem politischen Gegner, aber auch mit dem sozialpartnerschaftlich-reformistischen Flügel der Sozialdemokratie entwickelte sich ein eigenständiger marxistischer Reformdiskurs. »Anstelle des Festhaltens an einem überlebten Vulgärmarxismus oder der schlichten Übernahme einiger neoliberaler Ideologien sollte ein neuer, radikaldemokratischer Sozialismus im Geiste des Atomzeitalters entwickelt werden«, schrieb Ossip K. Flechtheim 1969.[294] Auch wenn der Begriff »radikaldemokratischer Sozialismus« für Abendroth problematisch ist, da er sich selbst nicht als radikaldemokratisch, sondern als marxistischer Sozialist bezeichnete, kann dieser Ausdruck dennoch als Ausgangspunkt dienen, um Abendroths spezifischen Beiträge in dieser Reformdiskussion zu rekonstruieren. Abendroth verstand Sozialismus als unverkürzte Demokratie und hatte in den 1950er Jahre Ansätze zu einer Partei- und Gewerkschaftstheorie entwickelt und eigenständige Positionen in den außenpolitischen Fragestellungen Wiederbewaffnung, Deutschlandfrage und Umgang mit den stalinistischen Systemen formuliert. Das SDS-Mitglied Urs Müller Plantenberg hob 1961 in der *neuen kritik* vor allem drei Beiträge Wolfgang Abendroths zur Theorie der sozialistischen Linken hervor:[295]

> Abendroths Interpretation des Begriffs des demokratischen und sozialen Rechtsstaates im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und die sich daraus ergebenden Funktionen, Aufgaben und Rechte der Organisationen der westdeutschen Arbeiterschaft.
> Abendroths Analyse der Beziehung zwischen politischer Theorie und politischer Praxis in Geschichte und Gegenwart der deutschen Arbeiterbewegung.
> Die Durchführung seiner theoretischen Analyse und die sich daraus für ihn ergebenden praktischen Folgerungen in seinem Programmentwurf »Aufgabe und Ziele der deutschen Sozialdemokratie«.[296]

---

294 Flechtheim (Hg.) 1969, Bd. 7, XVI.

295 Vgl. Müller-Plantenberg, Urs (1961): Zum Beitrag Wolfgang Abendroths zur Theorie der sozialistischen Linken, in: neue kritik 6 (1961), 3-13.

296 Vgl. Müller-Plantenberg 1961, 4.

Davon ausgehend wird dieses Kapitel die theoretischen Konzepte Abendroths erläutern, die aus den Konflikten der 1950er Jahre in Sozialdemokratie, Gewerkschaften und aus der Auseinandersetzung mit dem Stalinismus entstanden. Einen besonderen Platz nimmt Abendroths Verfassungstheorie ein.

A. Abendroth und die linkssozialistische Subkultur in Gewerkschaften und Sozialdemokratie

1. Sozialdemokratie und Parteipolitik

a) Linkssozialistische Subkultur und »Neuer Reformismus«

SPD als »Operationsbasis«

Nach dem Krieg gab es für die nicht-stalinistische Linke kaum eine Alternative zu einem Engagement in der Sozialdemokratie und vor allem in den Gewerkschaften.[297] Abendroth erklärte allerdings später, er habe die SPD niemals als wirkliche politische Heimat empfunden: »Für mich war die SPD lediglich eine Operationsgrundlage, die ich [...] für zweckmäßig und sinnvoll hielt, weil es eine andere Operationsgrundlage zur Herausbildung breiter und politisch wirksamer Gruppen mit Klassenbewusstsein nicht gab.«[298] Außerdem betrachtete er die SPD als aussichtsreichste politische Basis für eine gesamtdeutsche, demokratische und sozialistische Einheitspartei. Auf diesem Weg konnte die SPD unter Kurt Schumacher zahlreiche Mitglieder der ehemaligen sozialistischen Splittergruppen ISK, SAP, KPO und *Neubeginnen* an sich binden, die überwiegend als »Linkssozialisten« auf dem linken Flügel der SPD und in den Gewerkschaften zusammenfanden.

Kurze sozialistische Renaissance

Die Bedingungen für sozialistische Politik waren in der SPD ungünstig. Die marxistische Theorie war nur oberflächlich, formelhaft und als Teil der Tradition praktiziert worden.[299] Schonauer konstatiert: »Sowohl die Vermittlung von marxistischem Gedankengut bei der Schulung politischer Nachwuchskräfte, wie auch die Diskussion um die aktuelle Rolle des Marxismus fand völlig abgehoben von der konkreten Politik der SPD statt.«[300] Trotzdem

---

297 Vgl. Kreter 1986, 22.

298 Abendroth 1976, 253.

299 Kreter (1986, 23) verweist in diesen Zusammenhang auf die von Paul Frölich in den USA verfasste Broschüre »Zur Krise des Marxismus«. Vgl. weiter zur Marxismusrezeption in der SPD: Pirker, Theo (1965): Die SPD nach Hitler. Die Geschichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1945-1964, München, 91f.

300 Vgl. Schonauer, Karlheinz (1980): Geschichte und Politik der Jungsozialisten in der SPD 1946-1973. Der Wandel der SPD-Jugendorganisation von der braven Parteijugend zur innerparteilichen Opposition, Diss., Berlin, 93.

schien die Überwindung der kapitalistischen Verhältnisse in den ersten Nachkriegsjahren aussichtsreich. Die aufgeschlossene Stimmung für gesellschaftliche Neuordnungspläne spiegelte sich beispielsweise in den Nachkriegszeitschriften *Der Ruf* (Alfred Andersch), *West und Ost* (Alfred Kantorowicz) sowie in den linkskatholischen Zeitschriften *Frankfurter Hefte* (Eugen Kogon und Walter Dirks) und *Ende und Anfang* wider. Die kapitalismuskritischen Zugeständnisse des Aalener Wirtschaftsprogramms der CDU 1947, die Aufnahme der Sozialisierungsartikel in die Landesverfassungen und im Grundsatzprogramm des DGB 1949 entsprachen der Gesamttendenz jener Jahre. »Der Kapitalismus«, so Deppe, »war auch im Massenbewusstsein diskreditiert: er wurde mit Massenarbeitslosigkeit, Armut, Krieg und Faschismus identifiziert«.[301]

»Restauration«

Aber das kurzzeitige Nachkriegsbündnis verschiedenster gesellschaftlicher Gruppen konnte das Projekt einer konsequenten demokratischen Neuordnung Deutschlands nicht durchsetzen und zerbrach. Durch die Politik der Großmächte stagnierten in Osteuropa der Ausbau der politischen Demokratie und des Rechtstaats, während im Westen die Vergesellschaftung zentraler wirtschaftlicher Bereiche abgeblockt wurde. Mit der Formierung der US-geführten Hegemonie, mit Adenauers Politik der »Westbindung«, der antikommunistischen Integrationsideologie aber auch der Restalinisierung in Osteuropa, wurden alle kapitalismuskritischen gesellschaftlichen Strömungen, wie etwa der Linkskatholizismus, an den Rand der politischen Kultur gedrängt, während ab 1950 das politische Personal des NS-Systems wieder in ökonomische, politische und zivilgesellschaftliche Funktionsstellen kam. In seinem bekannten Aufsatz von 1950 beschrieb Walter Dirks das »restaurative«, von »Realpolitik« geprägte Klima als eine

> selbständige Integration, in der die Absicht der Wiederherstellung (aus Angst, Romantik und Interesse) überwiegt, in der viele Elemente der Vergangenheit tatsächlich wiederhergestellt werden, die aber auch einen Teil der neuen Elemente in sich einbauen muss, um überhaupt wirksam und erfolgreich sein zu können.[302]

Diese neuen Elemente, die sich rapide konstituierende Konsumgesellschaft mit ihren wohlfahrtsstaatlichen Elementen, stellten die marxistische Linke vor eine Herausforderung, der die ältere Generation kaum gewachsen war.

---

[301] Deppe, Frank (2000): Die Linke in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 1-2000, Hamburg, 12.

[302] Dirks, Walter (1950): Der restaurative Charakter der Epoche, in: Frankfurter Hefte, 9/1950, 945.

Die Enttäuschung über die Fortdauer des Stalinismus tat das ihrige. Fülberth spricht von einem »schwierigen Übergang« in den 1950er Jahren, den nur wenige Widerstandskämpfer wie der Theologe Martin Niemöller oder Wolfgang Abendroth politisch verarbeitet hätten: »Die Verhaltensweisen der dreißiger und vierziger Jahre stimmten nicht mehr.«[303] Anfang der 1960er Jahre war sozialistisches Denken in der »entideologisierten« westdeutschen Öffentlichkeit fast verschwunden und diskreditiert.[304] Und Wolfgang Abendroth zog 1962 Bilanz:

> Sozialistisches Denken ist in kleine Zirkel zurückgeworfen, die keinerlei größere Einflußmöglichkeiten mehr besitzen und aus der offiziösen Presse und aus den öffentlichen Auseinandersetzungen der Machtträger in der Gesellschaft ausgeschlossen sind.[305]

»Neuer Reformismus«: Wandel der SPD

Nach der Währungsreform 1948 und mit Gründung der Bundesrepublik 1949 zog auch die SPD nach rechts.[306] Die unerwartete Erholung und Stabilisierung der Marktwirtschaft widersprach allen Prognosen einer tiefen wirtschaftlichen Nachkriegskrise.[307] Die jüngere Generation des reformistischen Flügels, die weder Zugang zur Gesellschaftstheorie hatte noch die Widerstandserfahrungen der älteren Linkssozialisten teilte, hielt die soziokulturellen Umbrüche für immer weniger klassenanalytisch beschreibbar. Die schockierenden Wahlniederlagen von 1953 und 1957 provozierten eine grundsätzliche und langjährige parteiinterne Debatte über Politik und Inhalte der SPD. Fritz Erler, Adolf Arndt, Herbert Wehner, Ulrich Lohmar, Heinrich Deist und Carlo Schmid wollten eine Reform an »Haupt und Gliedern«. Carlo Schmid forderte 1953 die Bildung einer Volkspartei und wollte endlich »ideologischen Ballast« abwerfen, um auch andere Wählerschichten jenseits der Arbeiterbewegung zu »erschließen«.[308] Der alte Funktionärskörper sollte abgelöst, die bisherigen Agitations- und Propagandaformen und auch die Sprache verändert werden. Die Partei sollte sich vom Marxismus und ihren sozialistischen Zielen lösen.[309]

---

303 Fülberth, Georg (1985): Schwieriger Übergang, in: Redaktion Sozialismus (Hg.), 29.
304 Allgemein zur Nachkriegszeit vgl. Thränhardt, Dietrich (1996): Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt, 24f. und 35.
305 Abendroth (1972n): Bilanz der sozialistischen Idee in der Bundesrepublik Deutschland, in: Abendroth 1972, 456.
306 Vgl. Flechtheim (Hg.) 1969, Bd. 7, XV.
307 Vgl. Kleßmann, Christoph (1991): Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945-1955, 5. Aufl., Bonn, 236ff.
308 Schonauer 1980, 99.
309 Vgl. Flechtheim (Hg.) 1969, 22ff.

Otto Kirchheimer kritisierte dagegen 1954 die Entwicklung der SPD von einer »Massenintegrationspartei« hin zu einer »Allerweltspartei«.[310] Karlheinz Schonauer hat diesen »neuen Reformismus« als Wandel der SPD von einer »sozialistisch-reformistischen« zu einer »sozialliberal-reformistischen« Partei charakterisiert.[311] Doch den Wandel der SPD allein mit Opportunismus oder Machtkalkül zu erklären, greift zu kurz. Auch die Vorstellungen des Reformismus konnten nicht anders geprägt sein, als durch die Bedingungen, auf die sie zu antworten hatten. So sehr es sich um einen politischen Kurswechsel handelte, war die Politik des »neuen Reformismus« auch eine Antwort auf die sich bildenden westlichen Hegemonieverhältnisse und den fordistisch-keynesianistischen Umbau, den die SPD damit wiederum aktiv mitgestaltete. Das führte unweigerlich zu Flügelkämpfen.

Abendroth als Intellektueller

Nun war Abendroth Anfang der 1950er Jahre ein wichtiger politischer Intellektueller der gesamten Sozialdemokratie. Er fungierte im Beirat der theoretischen Zeitschrift *Die Neue Gesellschaft* und zeitweise als Mitglied der Programmkommission des Parteivorstandes. Sein Sonderstatus ergab sich schon aus dem Umstand, dass er zu den wenigen sozialdemokratischen Staats- und Verfassungsrechtlern gehörte, die es auch theoretisch mit dem politischen Gegner aufnehmen konnten. Noch 1955 verteidigte die hessische SPD-Landtagsfraktion Abendroth gegen Vorwürfe der FDP.[312] Bock hat darauf hingewiesen, dass sich Abendroth auch in seinem vielfältigen beruflichen und politischen Engagement während der 1950er Jahre gegenüber der SPD loyal und kritisch verhielt: ob als Richter am hessischen Verfassungsgerichtshof und am Bremer Staatsgerichtshof, als Vorstandsmitglied der *Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft*, als Dozent an der gewerkschaftsnahen Akademie der Arbeit (Frankfurt) oder bei Fortbildungen von Rechtsreferendaren und Studienräten (Fortbildungskurse Bad Wildungen).[313] Ebenso war er Vorstandsmitglied der konservativen und exklusiven *Vereinigung deutscher Staatsrechtslehrer*. Doch wie sich Jürgen Habermas

---

[310] Zit. n. Schonauer 1980, 97.

[311] Schonauer 1980, 98 übernimmt die Attribute von Kaste, Hermann/Raschke, Joachim (1977): Zur Politik der Volkspartei, in: Wolf-Dieter Narr (Hg.): Auf dem Weg zum Einparteienstaat, Opladen.

[312] Vgl. Hessischer Landtag (Hg. 1955): Drucksachen des Hessischen Landtages. III. Wahlperiode. Abteilung III Stenographische Berichte der Plenarsitzungen, Bd. 1, Nr. 1-19, Wiesbaden, 628-633.

[313] Vgl. Bock, Hans Manfred (2001): Ein unangepasster Marxist im Kalten Krieg. Zur Stellung Wolfgang Abendroths in der Intellektuellengeschichte der Bundesrepublik, in: Balzer/Bock/Schöler (Hg.), 226.

erinnert, sei Abendroth auf der Staatsrechtslehrertagung von 1953 schon nicht mehr tragbar gewesen.[314]

Wieder-aufrüstung

Denn Abendroth engagierte sich auch in der Bewegung gegen die Wiederbewaffnung und beteiligt sich an der kontroversen Debatte mit Beiträgen, Informationsveranstaltungen und Referaten in der ganzen Bundesrepublik. Die Marburger Universität wurde Austragungsort für hochkarätig besetzte Streitgespräche – zum Beispiel mit Eugen Kogon und Gustav Heinemann.[315] Die SPD-Führung, so Abendroth, habe solche Aktionen sabotiert und, soweit sie es ohne allzu große Konflikte mit unteren Organisationseinheiten kann, Druck ausgeübt, um die Massenbewegung abzubremsen.[316] Der Marburger Ordinarius blieb unbequem, kritisierte er doch theoretische und politische Unklarheiten in Partei- und Gewerkschaftsführung, und bemängelte ihre außenpolitische Konzeptionslosigkeit.[317]

Atomare Bewaffnung

So kippte in der Frage der Wiederbewaffnung die Meinung in der SPD-Bundestagsfraktion. Hatte sie noch 1954 Stellung gegen die Wiederbewaffnung bezogen, stimmte die Fraktion 1956 der Wehrverfassung zu. Das Engagement der Partei in der Bewegung gegen die Atomrüstung verlief in den Augen der Linkssozialisten ähnlich enttäuschend.[318] Abendroth sah die Anti-Atombewegung der SPD nicht von einem Klassenstandpunkt aus durchdacht, geplant und geleitet, sondern von der Koalitionsfähigkeit bestimmt.[319] »Zur kämpferischen Agitation gegen den amerikanischen Imperialismus und dessen Bündnis mit den westdeutschen Oberklassen fehlte der SPD der Mut.«[320] Und dies, obwohl die Atomwaffe die Absurdität der kapitalistischen Produktionsweise unmittelbar deutlich mache.[321] Der Ausstieg der

---

[314] Vgl. Habermas, Jürgen (1985): Wolfgang Abendroth in der Bundesrepublik, in: Düsseldorfer Debatte, 12/1985, 57.

[315] Vgl. Abendroth 1976, 217ff; Abendroth, Wolfgang (1955c): Muß Deutschland wiederaufrüsten? Das Problem der Wiederbewaffnung Deutschlands und die Politik der deutschen sozialistischen Bewegung, in: der neue bund, 2/1955, 17-24; Kreisausschuß des DGB (Hg. 1956): Aufrüstung, Aktionsprogramm, allgemeine Wehrpflicht, Was können wir tun? Eine Rede von Prof. Wolfgang Abendroth, München, 24 S.

[316] Vgl. Abendroth 1976, 218. Nach eigenen Angaben erfuhr Abendroth große Unterstützung von Viktor Agartz.

[317] Vgl. z. B. Abendroth (1954a): Sozialistische Außenpolitik in der Bundesrepublik. Eine klare Linie finden, in: Links. Monatsschrift für demokratischen Sozialismus 26 (1954), 8.

[318] Vgl. Rupp 1970, 213ff.

[319] Abendroth 1976, 241f.

[320] Abendroth 1976, 243.

[321] Vgl. Abendroth, Wolfgang (1957): Das Atomwaffenproblem, Londoner Verhandlungen und deutscher Wahlkampf, in: Sozialistische Politik, 8/1957, 1f.; ders. (1958): Die westdeutsche Atombewaffnung. Ein Angriff auf die Demokratie, in: Funken,

SPD aus der Bewegung gegen die Atomrüstung wurde nun zum Beginn für die unabhängige außerparlamentarische Ostermarschbewegung.

Symbolfigur der linkssozialistischen Linken

Und Abendroth wurde in den 1950er Jahren zur Symbolfigur der linkssozialistischen Linken. In zehn Jahren hatte er laut Hans Manfred Bock einen Status erworben, »der mit einer nicht unbedeutenden öffentlichen Deutungsmacht und Initiativfähigkeit verbunden war«.[322] Für Bock war dies auch ein Ergebnis der sozialen Stellung Abendroths: Die Kombination von öffentlichen Interventionschancen als Politikwissenschaftler und Verfassungsrechtler auf der einen Seite und als politischer Vordenker im linken Organisationsbereich der Sozialdemokratie auf der anderen Seite hätten dauerhaft den Intellektuellen-Status Wolfgang Abendroths begründet.[323] Auch die Historikerin Helga Grebing unterstreicht die parteiinterne Rolle Abendroths in den 1950er Jahren. In der SPD habe es nur zwei um Personen zentrierte linkssozialistische Kreise in der SPD mit anhaltender parteiinterner Wirksamkeit gegeben: zum einen der eher rätesozialistische Kreis um Erich Gerlach und Peter von Oertzen, zum anderen der Kreis um Wolfgang Abendroth.[324]

b) Zeitschriften der Subkultur

Seine Wirksamkeit verdankte Abendroth nicht zuletzt seiner umfangreichen tagespolitischen Publikationstätigkeit. Abendroth war in den 1950er Jahren zum gefragten Autor der kritischen Intelligenz geworden. Gerd Rudel schreibt:

> Abendroth ging es also nicht so sehr um die politikwissenschaftliche und verfassungsrechtliche Theoriebildung als solche, sondern eher um eine Erarbeitung von Positionen im politischen Kampf der Ära Adenauer […]. Seine theoretischen Schriften gingen stets aus aktuellen Auseinandersetzungen hervor […], ihr politischer Adressat war – direkt oder indirekt – die SPD […].[325]

Balzer zeigte, dass Abendroths Artikel im Laufe seiner politischen Publikationstätigkeit in mehr als 200 Periodika erschienen.[326] Zahlreiche Artikel

---

6/1958, 81ff.

322 Bock 2001, 227f.

323 Vgl. Bock 2001, 227.

324 Vgl. Grebing 1993, 653.

325 Rudel, Gerd (1981): Die Entwicklung der marxistischen Staatstheorie in der Bundesrepublik, Frankfurt/New York, 36.

326 Vgl. Balzer, Friedrich-Martin (2001): Wolfgang Abendroth. Bibliographisch-biographische Anmerkungen, in: Balzer/Bock/Schöler (Hg.), 329. Vereinzelt: Links.

Abendroths wurden mehrfach ab- und nachgedruckt. Dabei blieben auch die Veröffentlichungen des Professors Abendroth bewegungsorientiert, was sich daran zeigt, dass sich seine Texte vor allem an Aktivisten der linkssozialistischen Strömung und Funktionären in Gewerkschaften und Sozialdemokratie wandten: die *Sozialistische Politik* (1956-1964) (48 Artikel), die gewerkschaftliche Theoriezeitschrift *Gewerkschaftliche Monatshefte* (1950-1979) (23), *Die Andere Zeitung* (1955-1968) (16), *Die Neue Gesellschaft* (1954-1961) (15) und *Funken* (1951-1959) (14), *Gewerkschafter*, Monatsschrift für die Funktionäre der IG Metall (1953-1974) (13), WISO-Korrespondenz für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (1956).[327]

Kristallisationspunkte

Für die linkssozialistische Strömung waren diese Zeitschriften von Beginn an wichtige Kristallisationspunkte. Unmittelbar nach Ende des Krieges waren diese und andere Zeitschriften Ausdruck einer Suche nach Orientierung und Diskussionsforen für die Probleme nach zwölf Jahren Diktatur. In der Ära des Kalten Kriegs wurden sie in den Worten Abendroths zu Organen des Sammelns und Durchhaltens.[328] Zeitschriften wie die *Deutsche Volkszeitung*, die *TAT* oder *Die Andere Zeitung* hatten trotz ihrer kleinen Auflage für Abendroth eine wichtige Vermittlungsfunktion, weil sie »kleine Zellen der Informiertheit und des kritischen Denkens auch auf dem Höhepunkt der Restaurationsperiode erhalten« und dann schließlich wieder in die Studentenrebellion und in die Arbeiterbewegung zurückwirken konnten.[329]

Diese politische Zeitschriftenlandschaft der 1950er und 1960er Jahre ist generell von der Geschichtswissenschaft bislang kaum beachtet worden, obwohl sie eine bedeutende Rolle für die Demokratieentwicklung der Bundesrepublik spielte.[330] Die Attraktivität dieser sozialistischen Zeitschriften in den 1950ern begründete sich darin, dass hier »die etwas andere Arbeiterbewegung« (Jünke) sichtbar wurde, und auch demokratische Organisations-

---

Monatsschrift für demokratischen Sozialismus, Frankfurt (1950er) (2), Der Betriebsrat. Mitteilungen für die Betriebsräte der IG- Chemie-Papier-Keramik (1955) (1), Aufklärung (1). Die Tatsache, dass Artikel namentlich nicht gekennzeichnet sind oder unter Pseudonym erschienen, bereitet bis heute Probleme bei der Identifizierung der Artikel Abendroths.

327 Zählung nach Balzer 2001.

328 Abendroth, Wolfgang (1978f): Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie. Das Problem der Zweckentfremdung einer politischen Partei durch die Anpassungstendenz von Institutionen an vorgegebene Machtverhältnisse, 4. Aufl., Köln, 25.

329 Vgl. Abendroth, Wolfgang (1973): Zur sozialen und politischen Funktion der demokratischen Wochenzeitungen, in: Deutsche Volkszeitung, 10. 5. 1973, 8.

330 Mit wenigen Ausnahmen: Kreter 1986, Oertzen, Peter von (1998): Behelfsbrücken. Linkssozialistische Zeitschriften in der Ära der »Restauration« 1950-1962, in: Buckmiller/Perels (Hg.), 87-100.

modelle für Parteien und Gewerkschaften entwickelt wurden. Dabei behandelten die Zeitschriften schwerpunktmäßig die klassischen Themen der Arbeiterbewegung: Staat, Ökonomie und Partei.

Funken

Abendroth wirkte in diesen Jahren vor allem an vier Zeitschriftenprojekten aktiv mit: dem *Funken*, der *Sozialistischen Politik* (*SoPo*), der WISO und *Die Andere Zeitung* (DAZ). Mit den Herausgebern des Kreises um die Stuttgarter Zeitschrift *Funken*. *Aussprachehefte für internationale Sozialistische Politik* (1950-1959) Erna Blomeyer, Fritz Opel und Fritz Lamm ergab sich ein enger Kontakt; mit Fritz Lamm, dem produktivsten Autor und der Integrationsfigur des *Funken*, stand Abendroth in fortlaufender Korrespondenz.[331] Die Zeitschrift *Funken* begann laut Karljo Kreter als Sammlungsorgan der »heimatlosen Linken« und entwickelte sich zur linken Streit-Schrift in der SPD.[332] Der *Funken* verstand sich als Organ der offenen, kontroversen und selbstkritischen Debatte. Mobilisierung der Parteimitgliedschaft, Politisierung der Gewerkschaftsarbeit und Aktivierung außerparlamentarischer Bewegungen waren nach Kreter Grundforderungen des *Funken*, die dem allgemeinen Trend zur Entpolitisierung und zur politischen Resignation entgegengestellt wurden.[333] Der unabhängige *Funken* erreichte zwischenzeitlich eine Auflage von 2.000 Exemplaren und es entwickelten sich kleine *Funken*-Diskussionszirkel, in denen z. B. Artikel diskutiert wurden.[334] Kreter beschreibt die politische Aktivität der *Funken*-Gruppe:

> So war in Stuttgart Fritz Lamm der unermüdliche Organisator von Diskussionsveranstaltungen. Er trat selbst als Referent auf oder arrangierte mit *Funken*-Autoren (Abendroth, Hiller, Huhn, Kofler, Opel) Vortragsabende. […] Alle diese Kreise wurzelten in ihrem spezifischen lokalen Milieu und waren im Hinblick auf ihre soziale Zusammensetzung – soweit rekonstruierbar – durch zwei Gruppen gekennzeichnet: die ältere Generation, die ihrer politischen Herkunft nach aus verschiedenen Splitterparteien der Weimarer Arbeiterbewegung kam; und eine jüngere Generation, die – um 1930 geboren – in der Gewerkschaftsjugend, im SDS, bei den Jusos, den Kriegsdienstgegnern, den Falken oder in der Naturfreundejugend engagiert waren.[335]

Konzeptionell gelangte der *Funken* über den Anspruch der Sammlung nicht hinaus. In der Redaktion fanden sich kaum jüngere Autoren. Aber er entwi-

---

[331] Vgl. Kreter 1986, 186.
[332] Vgl. Kreter 1986, 18.
[333] Vgl. Kreter 1986, 18.
[334] Vgl. Kreter 1986, 144.
[335] Kreter 1986, 144.

ckelte sich zur theoretischen Streit-Zeitschrift eines zu konstituierenden linken Flügels in der SPD weiter, bis mit Verabschiedung des Godesberger Parteiprogramms eingestanden werden musste, dass die angestrebte Sammlung der Sozialisten in der SPD gescheitert war.

Sozialistische Politik

Zur zweiten führenden Zeitschrift der sozialistischen Linken wurde die Kölner Zeitschrift *Sozialistische Politik* (1954-1966). Sie wurde von linken Sozialdemokraten und Trotzkisten gestaltet und von Georg Jungclas herausgegeben. Die SoPo war im Unterschied zum *Funken* als Richtungsblatt konzipiert. Sie vertrat einen relativ einheitlichen Standpunkt und sah ihre Aufgabe im Aufbau einer linken Fraktion innerhalb der SPD.[336]

In der SoPo arbeiteten mit Peter von Oertzen, Theo Pirker und Siegfried Braun auch junge Autoren in der Redaktion. Ihr produktivster Mitarbeiter war Erich Gerlach, ein an Karl Korsch orientierter Autor, der für den Nachwuchsautor von Oertzen die geistig überragende Figur der SoPo-Redaktion war.[337] Er habe auch dem Denken der jüngeren Redaktionsmitglieder näher gestanden als den traditionelleren Trotzkisten oder Abendroth.

Abendroth arbeitete als einziger sowohl in der Redaktion des *Funken* als auch in der SoPo mit.[338] Häufig fanden die SoPo-Redaktionssitzungen in seiner Privatwohnung statt. Die SoPo hatte Einfluss auf die politische Meinungsbildung der Linken im SDS, bei den *Falken* und bei den Jusos.[339] Allerdings schätzte Abendroth die Bedeutung der SoPo höher ein als des *Funken*.[340] Das unterstreichen auch seine Beiträge. Im *Funken* publizierte Abendroth zum KPD-Verbot und zur Atombewaffnung, vor allem aber zu parteiinternen Themen. Er kommentiert das Parteiprogramm und den Deutschlandplan. Abendroth lieferte sich eine demokratietheoretische Kontroverse mit den SPD-Mitgliedern Ulrich Lohmar und Gerhard Weißer, einem der wichtigsten Theoretiker der SPD, und äußert sich zu den wirtschaftspolitischen Vorstellungen des Leiters des Arbeitsgebietes »Wirtschafts- und Sozialpolitik« des SPD-Parteivorstandes Heinrich Deist.[341] In seinen Artikeln in der SoPo war Abendroths Themenspektrum umfassender. Hier schrieb er auch zu den drängenden rechtspolitischen Fragen, zur Verteidigung des Grundgesetzes, zum Hochverratsprozess gegen Viktor Agartz und zum poli-

---

[336] Vgl. Oertzen 1998, 91; Klönne, Arno (1982): Linkssozialisten in Westdeutschland, in: Baumgarten, Jürgen (Hg.): Linkssozialisten in Europa. Alternativen zu Sozialdemokratie und Kommunistischen Parteien, Hamburg, 162.

[337] Vgl. Oertzen 1998, 90f.

[338] Vgl. Oertzen 1998, 93.

[339] Vgl. Abendroth 1976, 227.

[340] Abendroth 1976, 227.

[341] Vgl. die Bibliographie von Balzer (Hg.) 2001.

tischen Streikrecht. Auch finden sich hier Beiträge Abendroths zum DGB-Grundsatzprogramm und seinen wirtschaftspolitischen Implikationen.

WISO

Die Zeitschrift WISO-Korrespondenz für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (1956-1961) war die linkssozialistische Zeitschrift mit dem höchsten wissenschaftlichen Niveau. Die WISO erreichte zwischenzeitlich eine Auflage von 4.000 Exemplaren.[342] Abendroth schrieb ihr den höchsten politisch-ökonomischen Sachverstand zu.[343] Das an die Gewerkschaftsbewegung gerichtete Blatt wurde von Viktor Agartz herausgegeben. Dieser hatte nach dem Krieg das Wirtschaftswissenschaftlichen Institut des DGB (WWI) geleitet und maßgeblichen Einfluss auf die Strategie- und Theoriedebatten in der SPD und in den Gewerkschaften gewonnen.[344] Der an der Gewerkschaftsbasis sehr populäre Agartz wurde dort als mögliche Schlüsselfigur für eine Sammelbewegung betrachtet. Links von der SPD und jenseits der KPD sollte sie zu einer neuen Partei führen, jedoch innerhalb der Gewerkschaften eine Art oppositionelle Fraktion bilden.[345] Nach dem Sturz Agartz hatte dieser 1955 mit seinen Mitarbeitern Theo Pirker und Walter Horn das WWI verlassen, und fand in der WISO ein neues politisches Betätigungsfeld.[346] Sie wurde jedoch 1957 durch einen Aufsehen erregenden Hochverratsprozess gegen Viktor Agartz politisch diskreditiert.[347]

Die Andere Zeitung

Im Jahr 1955 hatte der ehemalige Chefredakteur der sozialdemokratischen Zeitung *Vorwärts*, Dr. Gerhard Gleißberg, zusammen mit Rudolf Gottschalk in Hamburg *Die Andere Zeitung* gegründet. Gleißberg hatte zuvor seinen Platz beim SPD-Parteiorgan räumen müssen, weil er die Wendung der SPD zur Volkspartei nicht nachvollzogen hatte. Die Gruppe um Viktor Agartz und der WISO sowie Anhänger der Vereinigung unabhängiger Sozialisten (VUS) waren mit der DAZ vielfach politisch und personell verbunden.[348] Die Zeitschrift geriet wie die WISO in den Verdacht, mate-

---

342 Vgl. Posser, Diether (1991): Anwalt im Kalten Krieg. Ein Stück deutscher Geschichte in politischen Prozessen. 1951 – 1968, München, 199 und Treulieb 1982, I, 72.

343 Balzer/Bock/Schöler (Hg.) 2001 ermitteln fünf Artikel Abendroths in der WISO.

344 Vgl. Oertzen 1998.

345 Vgl. Treulieb 1982, I, 73, 90f. und 245.

346 Vgl. Schroeder, Wolfgang (1991): Christliche Sozialpolitik oder Sozialismus. Oswald von Nell-Breuning, Viktor Agartz und der Frankfurter DGB-Kongreß 1954, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 39. Jg., 204ff. Die Rede findet sich in: Weinzen, Hans Willi (Hg. 1986): Wirtschaft- und Steuerpolitik, expansive Lohnpolitik. Mit der Kontroverse Nell-Breuning SJ contra Agartz, Berlin.

347 Zu dem Vorgang vgl. Treulieb 1982.

348 Vgl. Klönne 1982, 163f.

rielle Hilfe aus Ostdeutschland bekommen zu haben. Diesen Vorwurf konnte Gleißberg nicht entkräften. Die DAZ war damit politisch kompromittiert.[349]

Ähnlich erging es der linkssozialistischen Wochenzeitung *Die Andere Zeitung* (1955-1969). Sie unterschied sich von den anderen durch ihre lebendige Art. »Die Andere Zeitung«, so Abendroth, »war unsere beste Zeitschrift; sie hatte auch die größte Verbreitung.«[350] Einen Teil ihres Erfolgs verdankte sie ihrem Kulturteil, der Brücken zur tabuisierten Kultur des Exils und den vom NS-System verfolgten Intellektuellen schlug. Die DAZ publizierte Texte von Heinrich Mann, Kurt Tucholsky, Carl von Ossietzky oder Lion Feuchtwanger. Außerdem konnte die Zeitschrift Autoren wie den Publizisten Heinz Abosch vorweisen. Abendroth publiziert auch hier zu tagespolitischen Themen, zum verfassungsrechtlich geschützten Widerstandsrecht, zu Perspektiven der deutschen Wiedervereinigung, zur KPD, zur Wiederbewaffnung und zu den Notstandsgesetzen, und auch zur Geschichte der Arbeiterbewegung.[351]

Die wirkliche Stärke der linkssozialistischen Linken in den 1950er Jahren ist schwer einzuschätzen. Und es ist mit Ryschkowsky anzunehmen, dass sich in ihren Zeitschriften auch die Probleme und Schwächen der Linkssozialisten nach 1950 spiegelten. Er beschreibt diese ständig prekäre Gegenöffentlichkeit 1968 als

> [...] eine Fülle mittlerer, kleiner und kleinster Kreise und Publikationen, die zusammengenommen zwar ein beachtliches Potential darstellten, deren Macht innerhalb der SPD, der sie fast sämtlich angehörten, jedoch gering war und immer geringer wurde, weil es nie zu einer einheitlichen Plattform oder einem Minimalprogramm dieser Linken kam, sondern, im Gegenteil, die Linke mehr untereinander um Einfluß auf die Gesamtpartei stritt. Hinzu kam, daß die Linke in allen diesen Spielarten noch dogmatischer wurde, nachdem die äußeren Umstände in der Bundesrepublik dem Sozialismus nicht mehr günstig waren.[352]

---

[349] Vgl. Ryschkowsky 1968, 25. Für Treulieb (1982, I, 193) steht fest, dass die Zeitschrift aus der DDR finanziert wurde.

[350] Abendroth 1976, 226.

[351] Vgl. Abendroth 1955a; ders. 1955b; ders. (1956a): Stalinistische Kader-Erziehung, Zu Wolfgang Leonhards Buch (Rezension), in: Die Andere Zeitung, 5/1956, 4; ders. (1966b): Ein Veteran des revolutionären Flügels der deutschen Arbeiterbewegung. Heinrich Brandler wurde fünfundachtzig, in: Die Andere Zeitung, 27/1966, 3; ders. (1968c): Zum 9. November 1918, in: Die Andere Zeitung, 45/1968, 4; ders. (1968b): Der Widerstandskampf der Arbeiterbewegung, SPD, KPD und Gewerkschaften in der Weimarer Republik und im Dritten Reich [=Auszug aus Festschrift Otto Brenner], in: Die Andere Zeitung, 16/1968, 8 u. 10.

[352] Ryschkowsky 1968, 21.

Die genannten Beispiele WISO und DAZ zeigen, dass die Zeitschriftenprojekte Auffangbecken für alle jene »heimatlosen« Sozialisten wurden, die im Verlauf der 1950er Jahre aus den großen Organisationen rausgedrängt oder ausgeschlossen wurden. Mit den linkssozialistischen Zeitschriften wurden wichtige Freiräume für kritisches Denken in den 1950er Jahren gesichert. Sie bildeten die Foren, in denen etwa Rolle und Strategie von Arbeiterbewegung, Partei und Gewerkschaften verhandelt oder der politische und soziale Wandel verarbeitet und analysiert wurden. Beide Beispiele machen aber auch deutlich, dass jede Finanzierung aus dem Ostblock den politischen Tod bedeutete. Für die Glaubwürdigkeit linker Projekte mussten diese unabhängig von jeder Unterstützung durch osteuropäische Systeme sein.[353]

c) Entwicklung einer Parteitheorie

Volkspartei

In den Flügelkämpfen der organisierten Arbeiterbewegung wurden in den 1950er Jahren alternative Partei- und Gewerkschaftstheorien entwickelt. Abendroth profilierte sich als eine der führenden Figuren der Kritiker des Wandels der SPD zur »Volkspartei« und der Verabschiedung des Godesberger Parteiprogramms. Seine Parteitheorie liegt damals wie heute nicht in systematischer Zusammenfassung vor, doch sein Konzept lässt sich anhand seiner Beiträge zu den jeweiligen Bundestagswahlen und zur Programmdiskussion der SPD rekonstruieren.[354] Abendroths Parteivorstellungen sind in fünf Punkten zusammenzufassen.[355]

Partei der Arbeiterklasse

1. Abendroth insistierte darauf, dass die Sozialdemokratie nur die Partei der unterdrückten Klassen und vor allem der abhängig Beschäftigten sein kann. Das Festhalten an der Arbeiterbewegung als sozialer Basis der SPD war für Abendroth nicht einfach Tradition, sondern folgte in erster Linie aus seiner Gesellschaftsanalyse, die ihn in der Überzeugung bestätigte, dass der Modernisierungsschub der 1950er Jahre die antagonistische Klassenstruktur der westdeutschen Gesellschaft nicht beseitigt habe. Natürlich leugnete er nicht die Angleichung von Konsumgewohnheiten und reale soziale Verbesserungen für einen Teil der westdeutschen Beschäftigten. Objektive sozi-

---

[353] IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 71, Brief Abendroth an Johannes Agnoli vom 23. 1. 1962. Darin erkundigte sich Abendroth nach der Finanzierung der Zeitschrift *Opposition und Ziel*, Köln, die ihn um einen Artikel gebeten hatte.

[354] Abendroth, Wolfgang (1972g): Die Chancen der deutschen Sozialdemokratie nach dem 15. September 1957, in: Abendroth 1972, 67-81; ders. (1985d): Einhundert Jahre Sozialdemokratie, in: Abendroth 1985, 13-45.

[355] Zum Parteibegriff vgl. ergänzend die Diskussionen um das *Sozialistische Zentrum* in Kap. VI, D, 3, b

ale Interessensgegensätze waren nach Abendroth aber keineswegs allein eine Frage des Konsumanteils, »sondern vor allem der Verfügungsgewalt über die Kommandohöhen der Gesellschaft.«[356] Abendroth konnte darauf verweisen, dass der Anteil der abhängig Beschäftigten in der Bundesrepublik sogar gestiegen sei: von 70,8% im Jahr 1950 auf 75,4% im Jahr 1956.[357] Und mit Hilfe zeitgenössischer soziologischer Studien – u. a. mit C. Wright Mills Studie »The Power Elite« – ließ sich zeigen, dass auch die Zentralisierung der ökonomischen Verfügungsgewalt in der modernen Gesellschaft weiter fortgeschritten war.[358] Das private Eigentum an den zentralen Produktionsmitteln hatte sich weiter konzentriert. Die in der SPD weit verbreitete Theorie des Soziologen Helmut Schelsky, die hoch-industrielle Massengesellschaft sei unter Aufrechterhaltung der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse dennoch eine »klassenlose Mittelstandsgesellschaft« geworden, hatte deshalb für Abendroth keine Substanz. Vom marxistischen Standpunkt aus konnte das Problem der Klassengesellschaft innerhalb einer bürgerlich-kapitalistischen Ordnung generell nicht beseitigt werden.

Gewinnung der Mittelklassen

Abendroth zog daraus für die Sozialdemokratie entsprechend andere strategische Konsequenzen als die Vertreter des reformistischen Flügels: Verzichtete die SPD auf die politische Mobilisierung der abhängig Beschäftigten, verlor sie »realsoziologisch« das größte Wählerpotenzial. Natürlich betrachtete Abendroth wie die SPD-Spitzenfunktionäre die Gewinnung der bündnisfähigen Mittelschichten, die von C. Wright Mills als »White Collar Workers« beschriebenen Angestelltenschichten und das Kleinbürgertum, als zentrales politisches Ziel.[359] Diese waren aber auf Dauer – gemäß der politischen Analyse und Strategie der KPO – eben nicht durch die Aufgabe sozialistischer Grundsätze zu gewinnen:

> Nur wenn sie [die Sozialdemokratie] immer wieder durch ihr praktisches Handeln die Erfahrung neu entstehen lässt, dass die Gesamtinteressen der Sozialschicht der Arbeitnehmer mit den Interessen der Gesamtgesellschaft an ihrer friedlichen Fortentwicklung zusammenfallen, aber im Gegensatz zu den Sonderinteressen der gegenwärtigen Träger der ökonomischen Macht […], kann sie auf die so genannten Mittelschichten erfolgreich wirken.[360]

---

356 Abendroth 1972g, 71.
357 Abendroth 1972g, 69f.
358 Vgl. Abendroth 1972i.
359 Vgl. u. a. Abendroth, Wolfgang (1970a): Das Problem der sozialen Funktion und der sozialen Voraussetzungen des Faschismus, in: Das Argument 58 (1970), 251-257.
360 Abendroth 1972g, 81

Die Sozialdemokratie versuchte Abendroth davon zu überzeugen, dass die Bereitschaft der Mittelschichten, mit der Arbeiterbewegung ein gesellschaftliches Bündnis einzugehen, von ihrer Entschiedenheit, Stärke, Überzeugungskraft und Verlässlichkeit abhing. Nun aber befürchtete der Marburger Politologe, dass nicht nur die Wählergruppen der bürgerlichen Parteien in Zeiten schwerer Erschütterungen noch schneller zu totalitären Parteien überwechseln, wie nach der großen Krise von 1929, sondern durch die Aufgabe des Anspruchs der SPD eine klassenkämpferische Partei zu sein, auch die Wählergruppen der SPD weniger widerstandsfähiger sein könnten.[361]

2. Als Organ der Arbeiterbewegung konnte die Sozialdemokratie ihre spezifischen politischen und historischen Aufgaben ohne eine sozialistische Zielsetzung nicht erfüllen. Abendroth erinnerte im Vorfeld der Parteiprogrammdebatte die SPD immer wieder an ihre besondere Aufgabe als Partei der Arbeiterklasse:

> Die Sozialdemokratie ist aber nicht nur die Partei, deren besonderes Anliegen die Erhaltung der formalen, bürgerlichen Demokratie sein muß, sondern darüber hinaus ihrem Wesen und ihrer Tradition nach die Partei, die berufen ist, die formale Demokratie in eine soziale umzugestalten und den Übergang von der bürgerlichen Gesellschaft in ihrer spätkapitalistischen Phase zur sozialistischen Gesellschaft möglich zu machen.[362]

Diese Funktion der Sozialdemokratie ergab für Abendroth aus dem Fortbestand der antagonistischen Klassengesellschaft selbst. Dazu hatte er bereits im Vorfeld der Diskussion um das neue Grundsatzprogramm 1956 seine Position klargemacht, dass

> eine politische Partei, die auf dem Boden der bestehenden Gesellschaftsordnung steht, die bestehende wirtschaftlichen Machtverhältnisse grundsätzlich akzeptiert und die politische Ordnung, die sich in der Verfassung ihres Staates niedergeschlagen hat, in ihren Grundzügen anerkennt, [...] keines Parteiprogramms [bedarf].[363]

Oppositionspartei oder Konkurrenzpartei

In einem Diskussionsbeitrag in der sozialdemokratischen Theoriezeitschrift *Die Neue Gesellschaft* warnte daher Abendroth die SPD 1956 vor einer Entwicklung zu einer »Plattformpartei«, die das bestehende System nicht verändern möchte, und sich nur darauf beschränkt, innerhalb dieses beste-

---

[361] Vgl. Abendroth, Wolfgang (1956): Warum Parteiprogramm?, in: Die Neue Gesellschaft, 4/1956, 286.
[362] Abendroth 1956, 287.
[363] Abendroth 1956, 283.

henden Systems von Fall zu Fall Modifikationen durchzuführen, die ihr opportun erscheinen.[364] Sehr deutlich übte Abendroth dabei Kritik an Parteigebilden, in denen ein »Konglomerat aus Berufspolitikern« und Parteibürokratie tonangebend sind, und deren Wahlplattform in Wirklichkeit lediglich der Wille zur Beteiligung an der politischen Macht zusammengehalten wird.[365] Unvermeidlich werde durch die Politik dieser »Politikantengruppen« das Volk der demokratischen Verfassung entfremdet und in der nächsten sozialen Krise das potenzielle Opfer totalitärer Gruppen.[366] Auf dem Spiel stand der einzig ernstzunehmende parteipolitische Organisationsrahmen der demokratischen Opposition:

> Das Dortmunder Aktionsprogramm [1952] – dessen Inhalt im Einzelnen unzulänglich sein mag und dessen Vorbereitung allzu sehr den Spitzengremien anvertraut war – hat zumindest erkennbar gemacht, dass im bestehenden westdeutschen Parteigefüge die Wahrung demokratischer Legitimität und der echten Funktion der politischen Parteien fast ausschließlich zur Sache derjenigen politischen Partei wurde, deren Zielsetzung über die bürgerliche Demokratie hinausweist. So zeigt gerade dieser politische Zusammenhang, dass die Erhaltung der politischen Demokratie, ihre Verteidigung gegen die akute Gefahr ihrer Umwandlung in einen autoritären Staat, der von konkurrierenden Gruppen hintergründiger Interessen dirigiert wird, zu einer zentralen Aufgabe der politischen Partei jener Sozialgruppen geworden ist, die inhaltlich die formale Demokratie über sich hinausführen und ihre Umwandlung in eine soziale Demokratie betreiben müssen.[367]

Den Begriff der sozialen Demokratie übernahm Abendroth offenbar vom Austromarxismus. Hier bezeichnete Max Adler soziale Demokratie als eine, die erst in einer klassenlosen Gesellschaft möglich sei, und die im Unterschied zur bürgerlichen Demokratie durch ihre Klassenlosigkeit das Ziel der Demokratie verwirklichen könne.[368] Der eigentliche Sinn, so Max Adler, sei die solidarische Vergesellschaftung.

Gefahr für die demokratische Entwicklung

Abendroth charakterisierte 1961 den Prozess in der SPD als Entwicklung von einer Oppositionspartei, die systemoppositionell ist, zur Konkurrenzpartei, in der nur Personen ausgetauscht würden.[369] Eine sozialistische Partei

---

[364] Vgl. Abendroth 1956, 283.
[365] Vgl. Abendroth 1956, 283.
[366] Abendroth 1956, 284.
[367] Abendroth 1956, 285.
[368] Vgl. Adler, Max (1998): Politische oder soziale Demokratie?, in: Franzke/Rempe (Hg.) 1998, 49-64.
[369] Vgl. Abendroth, Wolfgang (1972m): Der ausgebliebene Sieg – Die Bundestagswahlen 1961. Analyse des sozialdemokratischen Wahlkampfes, in: Abendroth 1972, 82.

müsse eine über die Tagesprobleme hinausweisende, erkennbare Alternative bieten, sonst steht die demokratische Ordnung selbst auf dem Spiel:

> Verhalten sich die großen politischen Parteien eines Landes längere Zeit hindurch in dieser Weise, so wird der demokratische Gehalt des politischen Systems seinem Zweck entfremdet, dem Volk wirkliche Teilhabe an der politischen Gestaltung des politischen Lebens zu gewährleisten. Unvermeidlich wird dann gleichzeitig das Volk der demokratischen Verfassung entfremdet und in der nächsten sozialen Krise das potentielle Opfer totalitärer Gruppen, die ihm glaubhaft machen können, dass die formale Demokratie es inhaltlich von der politischen Mitgestaltung ausgeschlossen hat.[370]

Lern- und Planungs-organisation

3. Eine sozialistische Partei dient Abendroth der allseitigen Demokratisierung der Gesellschaft und geht gleichzeitig aus diesen Bestrebungen hervor. Sie ist Organisation im Klassenkampf und damit immer auch langfristig operierende Lern- und Planungsorganisation. Kampf fasste Abendroth nicht militärisch, sondern er verstand unter Klassenkampf die Bemühung der sozialen Unterklassen

> immer erneut Kompromisse in Richtung auf Abmilderung der für sie negativsten Konsequenzen des gesellschaftlichen Systems [zu] erzwingen, die dauerhaft angesichts der abstrakt ökonomisch-sozialen Gesetze nur in Form planenden Eingreifens der öffentlichen Gewalt mit dem Mitteln diese in ihrer Wirksamkeit paralysierender staatlicher Gesetze gesichert werden können.[371]

Die damit einhergehenden gesellschaftlichen Auseinandersetzungen werden also immer als kollektive Lernprozesse verstanden, durch die jene Fähigkeiten und Erfahrungen hervorgebracht werden können, die eine andere Gesellschaft überhaupt erst ermöglichen. Dabei ist der selbstständige Kampf unterdrückter Klassen für Abendroth das wichtigste Mittel politischer Bildung.[372] Die Sozialdemokratie sah Abendroth dabei in der Pflicht. Denn:

> Welchen Weg diese Gesellschaft gehen wird, entscheidet die Bewußtseinsbildung und das eigene Handeln jener sozialen Schichten, die die große Ma-

---

370 Abendroth 1956, 284.

371 Abendroth, Wolfgang (1985e): Thesen zum Problem des marxistischen Menschenbildes im wissenschaftlichen Zeitalter, in: Abendroth 1985, 208f.

372 Abendroth, Wolfgang (1978d): Der Entwurf eines Grundsatzprogramms der SPD, in: Lamm 1978, 135.

> jorität seiner Bürger stellen, aber kein sozialhistorischer Mechanismus, auf dessen automatischen Verlauf man vertrauen könnte.[373]

Die Hauptaufgabe der Sozialdemokratie sei daher die demokratische Mobilisierung der anhängigen Arbeiterschaft. Das Bewusstsein oppositioneller Unterklassen könne sich nur »durch die demokratische Erfahrung eigener Aktivität unten, gegen die ständige Überdachung der Gesellschaft im Ganzen, also das Bewusstseins der herrschenden Klassen, konstituieren.«[374]

Daher erinnert Abendroth die Sozialdemokratie 1963 zu ihrem 100. Geburtstag an die Zeit August Bebels:

> Die Politisierung der Arbeitermassen wurde dabei als Bildungsaufgabe verstanden; die Erweckung des Bildungswillens der Unterklassen in einer Klassengesellschaft, die ihr Bildungsmöglichkeiten und zur Bildung erforderliche Freizeit vorenthielt, erschien geradezu als condition sine qua non auch es politischen Kampfes um die Macht und der sozialen Emanzipation.[375]

Wie Schmidt zeigt, war bereits für die Parteiauffassung von Marx und Engels die entschiedene Orientierung auf die innerproletarischen Lernprozesse als Grundlage jedweder Emanzipation der Klasse charakteristisch.[376] Entsprechend sah Abendroth eine sozialistische Partei vor die Aufgabe gestellt, spontanen Protest in ein stabiles Sozialbewusstsein umzuwandeln – systematisch, aber nicht wie es das marxistisch-leninistische Parteimodell vorsah »von oben«.

> Die einzige Chance der deutschen Sozialdemokratie besteht deshalb darin, diese Situation in systematischer und zielbewußter Arbeit zu ändern und das soziale Selbstbewußtsein der größten deutschen Sozialschicht, der Arbeitnehmer, wiederherzustellen. [...] Das herrschende Bewußtsein einer Gesellschaft ist stets das Bewußtsein ihrer herrschenden Klasse, solange ihm nicht

---

373 Abendroth, Wolfgang (1972p): Die soziale Struktur der Bundesrepublik und ihre politischen Entwicklungstendenzen, in: Abendroth 1972, 47.

374 Vgl. Abendroth 1969 in einer Vorlesung: IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 393, Vorlesung Sommersemester 1969: Die Außerparlamentarische Opposition (APO) und ihre Bündnispolitik, Protokoll von Kolloquium und Vorlesung (6. 5. – 20. 6. 1969).

375 Abendroth 1985d, 23.

376 Vgl. Schmidt, Walter (1994): Über Entwicklung und Inhalt des Parteibegriffs von Marx und Engels. Kritisches und Selbstkritisches zu seiner Interpretation, in: Vollgraf, Carl Erich/Sperl, Richard/ Hecker, Rolf (Hg.): Quellen und Grenzen von Marx' Wissenschaftsverständnis, Hamburg, 121.

> die Bewußtseinsbildung anderer Sozialschichten organisiert entgegentreten kann.[377]

Die Arbeiterparteien müssten »Meinungsbildungszentrum und Führungsstab der Arbeitnehmer in ihrem politisch-sozialen Gegensatz zum Finanzkapital« sein.[378]

Systematische Aufklärung statt Manipulation

Nachdem die SPD die Bundestagswahl 1957 verloren hatte, wies Abendroth darauf hin, dass die Arbeitnehmer solange durch beliebige Reklameoffensiven manipulierbar seien, wie ihnen ein selbstständiges und gefestigtes Sozialbewusstsein fehle.[379] Da sozialistische Parteien eine historische Aufklärungsfunktion sich selbst und anderen gegenüber haben, blieben ihr selbst Formen der manipulativen Öffentlichkeitsarbeit verwehrt.

Kritik der Personenwahlkämpfe

Insofern kritisierte Abendroth in aller Schärfe die Wahlkampfstrategien der SPD, die ihre konservativen und liberalen Kontrahenten mit Marketing und Persönlichkeitswahlen zu übertreffen suchten. Die Bundestagwahlen würden zu »Personalplebisziten«, die Parteien zu »personal-plebiszitären Propaganda-Maschinen«.[380] Die Masse der abhängig Arbeitenden könnten eben nur aus praktischen Erfahrungen in gemeinsamen großen Aktionen, nicht aber durch politische Agitation lernen.[381] Abendroth unterschied hier zwischen notwendigen »Volkstribunen« wie Ferdinand Lasalle, August Bebel oder Kurt Schumacher für die Vermittlung politischer Inhalte und entpolitisierten Personenwahlkämpfen, wie die des populären Bürgermeisters von Berlin, Willy Brandt, von 1961.[382] Die Wahl von Persönlichkeiten sei noch kein Programm.[383] Im Jahr 1967 warnte Abendroth erneut davor, die Methoden der Werbewirtschaft kritiklos zu übernehmen:

> Die sozialdemokratischen Parteien sind zu Institutionen abgesunken, die ebenfalls manipulativ über die breiten Massen verfügen wollen und das Stimmenpotential der breiten Massen politisch verwalten. Auch sie versuchen, wie die Konsumgüterindustrie, an das möglichst niedrige geistige Ni-

---

377 Abendroth 1972g, 78.

378 Vgl. Abendroth 1972g, 81.

379 Vgl. Abendroth 1972g, 71. Zum Problem der Manipulation vgl. Kap. VII, B, 2, a.

380 Abendroth, Wolfgang (1966): Das Grundgesetz. Eine Einführung in seine politischen Probleme, Pfullingen, 99.

381 Vgl. Abendroth, Wolfgang (1985h): Die Rolle von Willi Bleicher in der Gewerkschaftsbewegung, in: Abendroth 1985, 139.

382 Abendroth hebt diese drei Politiker verschiedentlich positiv hervor. Z. B. in Abendroth 1978c. Zu Bebel: ders. (1972q): August Bebel. Der Volkstribun in der Aufstiegsperiode der deutschen Arbeiterbewegung in: Abendroth 1972, 393-406.

383 Vgl. Abendroth 1972m, 82.

veau zu appellieren, es dadurch zu stabilisieren, im eigenen Manipulationsinteresse.[384]

Die Ursache dafür sah Abendroth vor allem in der Durchsetzung der Konsumgesellschaft und ihrer Werbewirtschaft selbst. Die »Entartung sozialdemokratischer Parteien«, etwa der deutschen Sozialdemokratie, ergebe sich gar nicht aus einem »bewusstem und unmittelbarem Verrat der Führung«, sondern ganz einfach aus dieser Situation.[385]

Massenintegrationspartei

4. Sozialistische Parteien sind für Abendroth Orte demokratischer Integration. Insofern konzipierte er sie, wie oben schon Otto Kirchheimer, als Massenintegrationspartei. Sein Ideal wäre möglicherweise als radikaldemokratisch-sozialistische Einheitspartei genauer beschrieben. Eine Einheitspartei betrachtete er, wie auch eine Einheitsgewerkschaft, als historischen Fortschritt. Nun hat Abendroth selbst den Begriff »radikaldemokratisch« nicht verwandt. Doch seine Betonung der Selbstbestimmung, sein Widerspruch gegen alle autoritären Organisationsformen, die jedoch die Notwendigkeit einer »Führung« als solche nicht in Frage stellte, rechtfertigen eine Verwendung dieses Ausdrucks.

Die Notwendigkeit einer Massenintegrationspartei ergab sich für ihn aus der gesellschaftlichen Machtfrage. Zwar veränderten sich schon mit kleinen Organisationen die gesellschaftlichen Verhältnisse, doch können Parteien für Abendroth historische Aufgaben nur als integrierende Massenparteien wahrnehmen.[386] In der freien Vereinigung und Kooperation war das Moment gesellschaftlichen Fortschritts selbst zu erkennen. Konkurrenzparteien betrachteten Linkssozialisten wie Abendroth als Übergangsformen. Es konnte zwar die Notwendigkeit entstehen, dass eine Konkurrenzpartei Druck erzeugen musste, um die linken Flügel in den existierenden Massenparteien zu stärken. Aber nur durch ihre Größe würden Parteien zu wirklichen Gegengewichten, die Zugeständnisse erzwingen konnten.

Als Massenpartei entwickelt sie eine Gegenhegemonie und auch eine Gegenkultur, die auch den Alltagsverstand der Menschen anspricht. Allerdings wusste Abendroth auch, dass die Kultur der alten Arbeiterparteien ein für allemal verloren war. Er bedauerte, dass ein großer Teil der technischen Hilfsmittel zu selbstständiger Meinungsbildung, die vor 1933 zur Verfügung standen, nach 1945 völlig entfallen war: »Die eigene Tagespresse der Arbei-

---

384 Pinkus (Hg.) 1967, 67.
385 Pinkus (Hg.) 1967, 67.
386 Vgl. Abendroth 1965b, 52f.

terparteien, ihre selbständigen Sportverbände und kulturellen Organisationen sind nicht wiederherzustellen.«[387]

Innerparteiliche Demokratie

Abendroth dachte sozialistische Parteien wie Gramscis als »kollektive Intellektuelle«. In ihnen sollten die vereinzelten Diskussionen zusammengeführt und den Debatten nicht mehr ausgewichen werden. Verstanden als bewusstseinsbildende Lernorte, in denen die Analyse der gesellschaftlichen Veränderungen zur Grundlage politischen Handelns wird, ist innerparteiliche Demokratie unerlässlich:

> Nur durch ***ständige*** innere Parteidiskussion, die öffentlich geführt wird, kann sie den auf antidemokratischen Führerglauben fixierten deutschen Wählermassen das Beispiel lebendiger Demokratie und gesunden und kritischen Selbstbewusstseins bieten.[388]

Auch sah Abendroth in der Geschlossenheit einer Partei kein Zeichen von Stärke. Er verwies hier auf zeitgenössische und historische Beispiele wie die Situation der zeitgenössischen Labour Party, um zu zeigen, dass innerparteiliche Demokratie die Schlagkraft einer Partei keineswegs lähmen musste.[389] Ganz im Gegenteil: In der ständigen Erhaltung freier demokratischer Auseinandersetzung sah er die Bedingung ihrer Funktionsfähigkeit.[390] Bürokratische und technokratische Tendenzen, die immer dazu neigen würden »im Schein der äußeren Faktizität zu verbleiben, weil sie sich in diesen Fakten täglich zu bewegen haben« würden immer wieder auftreten.[391] Jedoch konnte Abendroth autoritäre Führungsstrukturen nur für kurze Übergangszeiten in historischen Ausnahmesituationen akzeptieren.[392] Er selbst sprach häufig in der Diktion der klassischen Arbeiterbewegung von der »Erziehung« zum Klassenkampf. Erziehung konnte aber für ihn, wollte er den marxschen Erkenntnissen folgen, immer nur Anleitung zur Selbstbestimmung sein. Schmidt fasst diesen Grundgedanken treffend zusammen:

> Wenn Einfluß auf die sich entwickelnde Arbeiterbewegung genommen werden soll, dann war [im Verständnis von Marx und Engels, RH] […] immer von den eigenen Lern- und Organisationsprozessen der Arbeiter aus-

---

387 Abendroth 1972g, 79.
388 Abendroth 1972g, 81.
389 Vgl. Abendroth 1965b, 163.
390 Vgl. Abendroth 1956, 290.
391 Abendroth 1956, 286.
392 Vgl. Abendroth zur Parteigründung durch Ferdinand Lasalle Abendroth 1985d, 15. Zur konspirative Partei Lenins: Abendroth 1965b, 82.

> zugehen, waren diese zu fördern und voranzubringen, jeder Gängelung und Bevormundung aber entschlossen zu begegnen.[393]

Da sich jede Organisation nach Ansicht von Abendroth immer wieder neu formieren und an den gesellschaftlichen Wandel anpassen muss, konnte es für ihn auch kein festes, überzeitliches Parteimodell geben.

Abendroths von Marx geprägtes Parteiverständnis unterschied auch explizit zwischen Partei und politischer Partei.[394] Gelänge die Proletarierklasse durch Klassenkampf zu Klassenbewusstsein, so würde sie zur Partei, also zum Subjekt geschichtlicher Bewegung. Die politische Partei sieht Abendroth dagegen nur als historisch-konkrete Organisationsform. Indem sie die Herrschaft von Klassen über andere Klassen aufheben wollen, verwirklichten die Parteien der Arbeiterbewegung ein gesamtgesellschaftliches Ziel.

Marxistische Analyse

5. Zentrales Moment für Abendroth ist neben einer sozialistischen Zielsetzung die Möglichkeit marxistischer Diskussion. Im Marxismus sah er kein unfehlbares Dogma, sondern eine wissenschaftliche Methode, die er unverzichtbar für eine gesellschaftsverändernde Politik hielt:[395]

> Das Denken von Karl Marx und Friedrich Engels – als geistige Einheit aus der Auflösung des Hegel´schen Systems entstanden – bietet als umfassende Theorie der Gesellschaft und der Geschichte gleichzeitig eine umfassende Theorie der Politik. Sie ist vor allem dadurch von den übrigen Systemen politischer Theorie unterschieden, daß sie die dialektische Einheit von Theorie und Praxis von vornherein herstellt.[396]

Deshalb versuchte Abendroth zum Beispiel 1958 mit einem ausführlichen Artikel im SPD-Theorie-Organ *Die Neue Gesellschaft* die Bedeutung des Marxschen Denkens für die Handlungsfähigkeit der Sozialdemokratie darzulegen.[397] Der Artikel mit Titel »Das Problem der Beziehungen zwischen politischer Theorie und politischer Praxis in Geschichte und Gegenwart der deutschen Arbeiterbewegung« (1956) zeigt die historischen Leistungen dieser Theorie und ihren Nutzen für die sozialdemokratische Arbeiter-

---

393 Schmidt 1994, 123.

394 Vgl. Abendroth, Wolfgang (1967b): Zu den Problemen des Sozialistischen Zentrums und sozialistischer Strategie in der Bundesrepublik, in: Informationen des Sozialistischen Opposition, Extra 3/67, 9 bzw. Kap. VI, D, 3, b. Vgl. zum Parteibegriff von Marx: MEW, Bd. 4, 471 und Schmidt 1994.

395 Vgl. Abendroth 1985d, 30.

396 Abendroth, Wolfgang (1972h): Das Problem der Beziehungen zwischen politischer Theorie und politischer Praxis in Geschichte und Gegenwart der deutschen Arbeiterbewegung, in: Abendroth 1972, 364.

397 Vgl. Abendroth 1972h.

bewegung. Abendroth attackierte darin die bürokratischen Führungsschichten ebenso, wie er versucht, ihre Entwicklung ideologiekritisch zu erklären. Dabei könne es nicht um eine Wiedererweckung einer »marxistischen« Integrationsideologie gehen. Er sah durchaus die Notwendigkeit eines Neubeginns:

> Der Marxismus, seiner Funktion als bloße Integrationsideologie bereits in der Weimarer Periode deutlich entkleidet, hat unter der doppelten Einwirkung der zwölfjährigen nationalsozialistischen Herrschaft und der negativen Erfahrungen der westlichen Arbeiterklasse mit der stalinistischen Entartungsperiode der sowjetischen Herrschaft in der DDR jenen Einfluß verloren, der seine auf inhaltlose Terminologie reduzierte Verwendung in der Periode der Weimarer Republik noch relativ sinnvoll erscheinen ließ.[398]

Der Verzicht auf die marxistische politisch-theoretische Durchdringung hieß für Abendroth, dass die sozialistische Bewegung ihre politische Theorie verliert und somit auf ein Objekt des geschichtlichen Prozesses reduziert wird – der nur die »Anbetung der Fakten des jeweiligen Tages« bleibe. [399]

d) Die Wende: Funken-Kongress und Godesberger Programm

Sammlungsversuche

Die Diskussion um ein neues Parteiprogramm der SPD wurde in den 1950er Jahren ausgesprochen kontrovers geführt, ohne dass sich eine Annäherung zwischen den beiden Parteiflügeln abzeichnete. Die linkssozialistische Linke hatte in dieser Dekade mehrmals versucht, ihre Kräfte zu bündeln. Im Jahr 1955 misslang die Zusammenführung der Zeitschrift *Neues Beginnen* und des Thomas-Münzer-Kreises um Fritz Lamm über die *Funken* an äußeren Bedingungen der Redaktionsarbeit und politisch-ideologischen Meinungsverschiedenheiten der Redaktionen.[400] Ebenso war zu Beginn des Jahres 1956 die Konzeption eines sozialistischen Manifests gescheitert.[401] Dieses Manifest war als Eingriff in die parteiinterne Programmdebatte gedacht, der zugleich zwei Zielgruppen für die Bildung eines linken Flügels mobilisieren sollte: die oppositionell eingestellte mittleren Funktionäre und die Mitglieder der Jugendorganisationen *Falken*, SDS und Jusos. Mit einer Leserversammlung der Zeitschrift *Funken* sollte im Jahr 1958 ein neuer Anlauf genommen werden.

---

398 Vgl. Abendroth 1972h, 389.
399 Vgl. Abendroth 1972h, 385.
400 Vgl. Kreter 1986, 71.
401 Vgl. Kreter 1986, 159.

Funken-Leserversammlung

Bock bezeichnete diese Leserversammlung als bedeutenden Sammlungsversuch der SPD-Linken.[402] Nach der erneuten Wahlniederlage der SPD bei den Bundestagswahlen 1957 und vor dem Parteitag 1958 schien der Zeitpunkt günstig, um über die Vereinigung der Zeitschriften *Sozialistische Politik* und *Funken* den linken Flügel zu stärken. Im November 1957 trafen sich hierzu Fritz Lamm, Fritz Opel, Wolfgang Abendroth, Mitglieder der Redaktion der SoPo und Vertreter des SDS zu einer vorbereitenden Sitzung in Frankfurt.[403] Die SoPo-Redaktion lehnte es jedoch aus taktischen Gründen ab, als Mitinitiatorin der Zusammenkunft öffentlich aufzurufen. Erich Gerlach und Peter von Oertzen vertraten die Auffassung, dass die Linke für eine wirkliche Fraktionsbildung, die das Ergebnis dieser Tagung sein würde, noch zu schwach sei.[404]

Tagung

Die geplante Leserversammlung von SoPo und *Funken* am 9. 2. 1958 in Frankfurt fand letztlich ohne die SoPo statt. Trotz widriger Umstände waren fast zweihundert Teilnehmer der Einladung gefolgt. Um jedem Verdacht der Fraktionierung oder der »Unterwanderung« entgegenzuwirken, waren nur SPD-Parteimitglieder und Vertreter der Presse zur Tagung eingeladen.[405] Aber gerade die ehemaligen Mitglieder der Splittergruppen blieben nach ihren Erfahrungen mit Fraktionsbildungen, Abspaltungen und Parteiausschlüssen vorsichtig. Lamm verzeichnete einen hohen Prozentsatz an jungen Parteimitgliedern, während prominente Parteigenossen »vorsichtig abwartend beiseite« blieben.[406] Es referierten Wolfgang Abendroth und der Vorsitzende der IG Holz Heinz Seeger.[407] Abendroth analysierte den ausgebliebenen Erfolg der SPD und betonte, dass der Sinn dieser Aussprache nicht die Aufteilung der SPD in Gruppen und Fraktionen, sondern die Hebung des Klassenbewusstseins und des Kampfwillens der Partei sei. Das Ergebnis der Tagung war zum einen die Forderung, den Kontakt der linken Genossen durch überregionale Veranstaltung zu festigen.[408] Außerdem sollte durch eine Fusion der einzelnen kleinen Zeitschriften ein auflagenstärkeres und wirkungskräftigeres Blatt eines zu konstituierenden linken Flügels in der SPD entstehen.[409]

---

402 Bock 1976, 187.
403 Vgl. Kreter 1986, 162.
404 Vgl. Kreter 1986, 162, Fußnote 55.
405 Vgl. Lamm, Fritz (1978a): Die Tagung der linken Sozialdemokraten. Betrachtungen zu einem Experiment, in: Lamm 1978, 112 und Kreter 1986, 162.
406 Zit. n. Kreter 1986, 163.
407 Zusammenfassung des Redebeitrags von Abendroth und Seeger bei Lamm 1978a, 113.
408 Vgl. den Bericht zur Tagung in der Zeitschrift *Funken* von Fritz Lamm (1978a).
409 Vgl. Kreter 1986, 169.

Scheitern der Vereinigung

Der Leserversammlung folgten über ein Jahr Diskussionen zwischen den Redaktionen der beiden Zeitschriften unter Beteiligung von Vertretern des SDS und Wolfgang Abendroths.[410] Die Versuche, über zwei weitere Leserversammlungen im Sommer 1958 den linken Flügel zu konstituieren, scheiterten schließlich auch an den unterschiedlichen Positionen unter anderem über die redaktionelle Gestaltung des Blattes.[411] Eine aktionsfähige sozialistische Linke innerhalb der SPD zu schaffen, blieb eine unerfüllte Hoffnung.[412] Zwischenzeitlich hatte sich auf dem Stuttgarter Parteitag der SPD vom 18. bis 24. 5. 1958 der sozialpartnerschaftliche Flügel der Partei durchgesetzt. Auch Herbert Wehner, auf den einige Linkssozialisten ihre Hoffnungen gesetzt hatten, wechselte zum Sozialpartnerschafts-Flügel. Noch vor dem Godesberger Parteitag stellte schließlich das Sammlungsorgan ***Funken*** sein Erscheinen ein. Ihr Herausgeber Fritz Lamm suchte sich ein aussichtsreicheres politisches Feld und widmete sich fortan der Jugendarbeit.[413]

Wendejahr 1958

Das Jahr 1958 wurde so zum eigentlichen Wendejahr der westdeutschen sozialistischen Linken. Am 25. März hatte der Bundestag beschlossen, die Bundeswehr atomar zu bewaffnen, falls es nicht zu einer allgemeinen Abrüstungsvereinbarung komme. Zuvor hatten SPD und Gewerkschaften zunächst unter Beteiligung kirchlicher Kreise und bürgerlicher Intellektueller die Kampagne »Kampf dem Atomtod« initiiert, sich dann aber zurückgezogen. Dies legte 1958 den Grundstein für die Ostermarschbewegung und gab der Bildung der Neuen Linken weitere Anstöße. Ebenfalls wurde die Rede des Bundesinnenministers Schröder zur Einführung von Notstandsgesetzen 1958 zum Auslöser der Anti-Notstandsgesetzbewegung. Im selben Jahr übernahm der linke Flügel des SDS den Bundesvorsitz. Uli Schöler erinnerte daran, dass Abendroths antimilitaristisches Engagement auch im DGB allmählich Anstoß zu erregen begann: »Er ist zwar weiterhin Referent auf vielen gewerkschaftlichen Veranstaltungen, aber es mehren sich die Versuche von oben, dies zu verhindern.«[414] Viele Gewerkschaftsmitglieder hielten gegen Ende der 1950er Jahre nur noch verdeckt Kontakt zu den Abendroths.[415]

---

410 Vgl. Kreter 1986, 170.

411 Lisa Abendroth (Interview); Kreter 1986, 170.

412 Vgl. Oertzen 1998, 95.

413 Vgl. Lamm, Fritz (1978): Sozialistische Linke nach dem Krieg. Auswahl aus der Zeitschrift »funken«. Als Beitrag zu einer kritischen Geschichte der SPD nach 1945. Zur Information über die Entwicklung der sozialistischen Bewegung in der BRD bis 1960, Offenbach, 223.

414 Schöler, Uli (1985): »Rote Blüte im kapitalistischen Sumpf…«. Abendroth, SPD und Presse in der Nachkriegsära, in: spw 29 (1985), 432.

415 Vgl. Halberstadt, Heiner (1985): Orientierungen – auch in schwieriger Zeit; in: Redaktion Sozialismus (Hg.), 4. Auch Lisa Abendroth (Interview).

Gegenentwurf Abendroths

Jedoch führte Abendroth die Diskussion um das Parteiprogramm weiter. Der Programmentwurf, so Abendroth, stelle gegenüber dem reformistischen Programm der SPD vor 1933, dem Heidelberger Programm, einen erheblichen Rückschritt dar.[416] Abendroth würdigte, dass die Sozialdemokratie in ihrem Grundsatzprogramm über ihre heutige Stellung gegenüber dem westdeutschen bürgerlichen Staat und gegenüber dem Prinzip der Demokratie Rechenschaft ablegen wolle, doch tat sie das für Abendroth in einer ahistorischen Art und Weise. Im Programmentwurf sei von der wirklichen geschichtlichen Erfahrung des deutschen Volkes mit dem Verhältnis von Staatsgewalt und Demokratie keine Rede. Stattdessen würden philosophische Spekulationen des Genossen Arndt über das »Wesen« der Demokratie und des Staates angeboten. Abendroth erkannte durchaus die Leistungen von Arndt an, jedoch werde die Frage nach der Klassennatur und Klassenstruktur der Bundesrepublik nur zaghaft angedeutet.[417] Abendroth kritisiert den Verzicht auf jede Klassenanalyse, und sprach von einem widerspruchsvollen Eklektizismus.[418] Ironisierend warf er dem offiziellen Entwurf eine »vielgestaltige Wirtschaftskonfusion« vor. Abendroth entwickelte schließlich einen eigenen Programmentwurf.[419] Da der Abdruck dieses Gegenentwurfs in offiziellen Parteiorganen blockiert wurde, kursierte er vor allem innerhalb der sozialistischen Linken.

Gründe für die Beteiligung an der Diskussion

Abendroth war zwar Mitglied der Programmkommission, vertrat dort aber von Beginn an eine isolierte Minderheitenposition.[420] Nach eigenen Aussagen war sich Abendroth der Aussichtslosigkeit des Alternativentwurfs bewusst: »Viktor Agartz und ich […] waren uns vollkommen darüber im klaren, dass wir die Tendenzwende nicht verhindern konnten.«[421] Vor diesem Hintergrund ist nach den Gründen zu fragen, warum sich Fritz Lamm oder Wolfgang Abendroth bis zur Verabschiedung des Godesberger Grundsatzprogramms so intensiv in der SPD-Programm-Debatte engagierten.

---

416 Abendroth 1978d, 136.

417 Abendroth, Wolfgang (1975f): Arbeiterklasse, Staat und Verfassung, in: Abendroth 1975, 132.

418 Vgl. Abendroth 1978d.

419 Vgl. Abendroth, Wolfgang (1972j): Aufgaben und Ziele der deutschen Sozialdemokratie. Programmentwurf 1959, in: Abendroth 1972, 407-428. Zu den Hintergründen vgl. Brakemeier, Heinz (2006): Abendroths Gegenprogramm. Wie es zum Godesberger Programm und der SDS-Förderergesellschaft kam, in: Urban/Buckmiller/Deppe (Hg.), 175-187.

420 Die untersuchten Aktenbestände im *Archiv der sozialen Demokratie* geben zu dieser Tätigkeit keine Auskunft.

421 Abendroth 1976, 249.

Abendroth war sich seiner Stellung als Autorität der Linken bewusst. Sein Rückzug hätte eine entsprechende Signalwirkung auf die verbliebene sozialistische Linke gehabt. Weiter betrachtete er jedes Programm als Kompromissergebnis. Durch öffentlichen Druck sollte soviel sozialistische Programmatik gerettet werden, wie irgend möglich.

> Die Programmdiskussion wird den sozialistischen Kräften in der Partei die Möglichkeit bieten, die positiven Seiten der beiden letzten Abschnitte des Programms gegen den negativen Inhalt der anderen Teile zu kehren und dadurch dazu beitragen, das endgültig beschlossene Programm zu einem brauchbaren Instrument des sozialistischen Kampfes zu machen. Die Programmdiskussion kann auf diese Weise zu einem Mittel werden, das Selbstbewusstsein innerhalb der westdeutschen Arbeiterklasse zu stärken und von einer Überlagerung durch das bürokratische Denken gewisser Führungsschichten in der Partei zu befreien.[422]

Das hieß, über die Programmdiskussion sollte die sozialistische Linke Orientierung erhalten und gebündelt werden.[423] Die Programmdebatte sollte Restkader der »Alten« aber vor allem Kader der sozialdemokratischen Jugendorganisationen schulen:

> Dies war nach meiner Meinung von ausschlaggebender Bedeutung, da es darum ging, in dieser ökonomisch stabilen Periode des Monopolkapitalismus und der Restaurationsgesellschaft Reste von Klassenbewusstsein zu bewahren und zu stabilisieren, die in und nach der nächsten Krise genutzt werden könnten.[424]

Schwäche des linken Flügels

Ryschkowsky weist auch auf Schwächen des Abendrothschen Entwurfs hin, wenn er kritisiert, dass sich der Entwurf »als zu sehr auf ökonomische Fragen fixiert« erwies.[425] Die Durchsetzung des »neuen Reformismus« ließ sich eben nicht allein durch die politische Großwetterlage beziehungsweise durch eine erfolgreiche oder rücksichtslose Politik der SPD-Parteispitze erklären, sondern war auch Ergebnis der Schwächen und Fehler des parteiinternen linken Flügels. Das Personal, das Ansatzpunkte der revolutionären Arbeiterbewegung im Zeitalter des Massenkonsums neu umreißen konnte, war dünn gestreut, zeigte in den Augen Fritz Lamms aber auch zu wenig Kooperationsfähigkeit:

---

[422] Abendroth 1978d, 136.
[423] Abendroth 1972j, 407ff.
[424] Abendroth 1976, 245.
[425] Ryschkowsky 1968, 26.

> Nicht nur eine Reihe von objektiv ungünstigen Faktoren, sondern auch viele Diskussionen untereinander, die oft den Charakter sektiererischer Rechthaberei annehmen, haben nach 1945 die Herausbildung eines linken Flügels in der Arbeiterbewegung verhindert.[426]

Während sich die sozialistische Linke in der Defensive befand, konnte der reformistische Flügel in der Zwischenzeit erfolgreich den Begriff der Moderne für sich beanspruchen und so den linkssozialistischen Flügel zusätzlich in einer gewissen Defensiv-Position halten. Der Versuch, den linken Flügel mit seinen eigenen Kräften aus einer Defensivposition nicht nur gegen den politischen Gegner, sondern auch noch gegen die antimarxistischen Reformvorhaben in der Sozialdemokratie heraus zu entwickeln, ließ den Akteuren kaum Spielraum für eine Artikulation marxistischer Alternativen. Willy Brandt fühlte sich bei seiner Antrittsrede auf dem Parteitag 1960 bereits sicher genug, allen marxistischen Ansätzen ein faktisches Redeverbot zu erteilen:

> Wenn es da draußen den einen oder anderen gibt, der glaubt, nicht auf der Grundlage des Godesberger Programms mit uns zusammenarbeiten zu können, dann möchte ich herzlich bitten, daraus die Konsequenz zu ziehen und uns in der vor uns liegenden Auseinandersetzung nicht unnötig zu belasten.[427]

Diskussionsverbot

Thränhardt schreibt, das Godesberger Programm habe die Spannung, die seit Ende des 19. Jahrhunderts zwischen der radikalen Programmatik der SPD und ihrer reformistischen Praxis bestanden hatte, beendet: »Die SPD wurde nun auch programmatisch eine reformistische Partei.«[428] Bock und Schöler betonen, dass mit Annahme des Godesberger Programms und Rücknahme des Deutschlandplans 1960 für Abendroth kein Zweifel mehr bestehen konnte, dass seine Hoffnungen, die er mit Eintritt in die Partei hatte, gegenstandslos geworden waren.[429] Für die sozialistische Linke bestand nun in der Partei ein faktische Diskussionsverbot.[430]

Trotzdem blieb die SPD für Linkssozialisten wie Abendroth ein zentraler Ansprechpartner in der politischen Arbeit. Nach seinem Ausschluss aus der SPD 1961 nahm Abendroth auch über die Aufarbeitung der Geschichte der Arbeiterbewegung Einfluss auf die Debatten. Zunächst erschien 1963 in der

---

426 Lamm 1978a, 111.
427 Zit. nach Schonauer 1980, 102.
428 Thränhardt 1996, 117f.
429 Vgl. Bock 2001, 234; Schöler 2001, 28.
430 Vgl. Abendroth 1976, 86 und 250f.

Neuen Rundschau »Einhundert Jahre Sozialdemokratie«, nur ein Jahr später veröffentlichte Abendroth die Broschüre *Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie* (1964).[431] Die handliche Broschüre verbucht Abendroth als Erfolg. »Es gab viele, die das Buch lesen wollten, um den Parteilegenden, die ihnen von der SPD vorgesetzt wurden, entgegentreten zu können.«[432] Zu einem Standardwerk innerhalb der sozialistischen Linken und der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit avanciert jedoch die 1965 bei Suhrkamp erschienene *Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung*.[433] Alle drei Schriften stehen in der Tradition klassischer sozialistischer Publizistik, die leicht verständlich geschrieben immer zugleich als Lehrwerke nutzbar sein sollten. Abendroth vermittelte seine Theorie nicht zuletzt durch Geschichtsschreibung, indem er sie auf den historischen Gegenstand anwandte.[434]

Politische Theorie anhand historischer Darstellung

Mit seiner Geschichtsschreibung gewann Abendroth eine zusätzliche Form für die Vermittlung von Theorie. In der Tradition von Marx, Engels und Franz Mehring illustrierte er seine politische Theorie anhand historischer Darstellung. Dabei hielt seine Geschichtsschreibung den Vertretern des »neuen Reformismus« den Spiegel vor. Die neue Sozialdemokratie verblasste in seiner Darstellung gegenüber ihrer Tradition:

> Die deutsche Sozialdemokratie hatte gezeigt, dass sie durch die Strategie der Organisierung und Schulung von Arbeiterfunktionären, die meist der Schicht der gelernten Arbeiter entstammten, und unter Mithilfe sozialistischer Intellektueller stark genug geworden war, die Regierung zu erheblichen sozialpolitischen Zugeständnissen zu zwingen. Dadurch konnte sie die Lage und den Lebensstandard der Arbeiterklasse insgesamt in Konjunkturen verbessern, in Krisen stabilisieren. Ein solcher Erfolg war nur möglich geworden, weil die Partei einerseits an ihrem Ziel der politischen Demokratie und der sozialistischen Wirtschaftsgesellschaft, der Überführung der wichtigen Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum, festhielt. Andererseits nutzte sie konsequent jede legale Kampfmöglichkeit und hatte gelernt, jeder Versuchung zu sinnlosen Gewalttaten zu widerstehen und das Parlament als Tribüne der politischen Diskussion, politische Wahlen als Gradmesser ihres Einflusses, Wahlkämpfe als Mittel der Propaganda zu verwen-

---

[431] Abendroth 1985d und ders. (1978f): Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie. Das Problem der Zweckentfremdung einer politischen Partei durch die Anpassungstendenz von Institutionen an vorgegebene Machtverhältnisse, 4. aktualisierte und erweiterte Aufl., Köln.

[432] Abendroth 1976, 254.

[433] Abendroth 1965b.

[434] Die Geschichtsschreibung Abendroths wird in Kapitel VII, C, 3 noch einmal Thema sein.

> den. Sie sicherte auf diese Weise den gewerkschaftlichen Organisationen, die im Gegensatz zu den Hirsch-Dunckerschen Gewerksvereinen den Streik als Mittel im Klassenkampf anerkannten, die Möglichkeit legaler Betätigung. 1891 formulierte die Partei diese ihre Konzeption im Erfurter Programm, die konspirative Organisation verwandelte sich in eine Massenpartei.[435]

Kein Verfallsprozess

Abendroths Erinnerung an die große Zeit der Sozialdemokratie will unter anderem deutlich machen, dass sich die deutsche Sozialdemokratie aus der Tradition der europäischen Arbeiterbewegung verabschiedete. Allerdings deutete er die Entwicklung der SPD eben nicht als permanenten Verfalls- oder Anpassungsprozess, sondern zeigt eine wechselvolle Geschichte, dessen wiederkehrendes Auf und Nieder sich auch in der Parteiprogrammatik niederschlug.[436] So ist auch Godesberg für ihn kein Endpunkt. »Der Entwicklungsprozeß kann also noch umgekehrt werden.«[437]

Verarbeitung der Isolation

Die Geschichtsschreibung Abendroths ist auch Teil einer produktiven Verarbeitung seiner realen politischen Isolation seit Ende der 1950er Jahre. Lisa Abendroth bestätigt, dass ihr Mann zu diesem Zeitpunkt nur eine sehr enges politisches Umfeld hatte: »Es gab ein paar Leute, mit denen man reden konnte: Agartz, Lamm, Opel.«[438] Kontakte hielt Abendroth auch zu seinem politischen Lehrer, Heinrich Brandler, den er nach dessen Rückkehr aus dem kubanischen Exil einige Male in Hamburg besuchte.[439] Im Nachlass findet sich eine private Korrespondenz zwischen Brandler und Abendroth mit für Abendroth ungewöhnlich langen Briefen, in denen ausführlich politische und taktische Fragen diskutiert werden. Da sie die politische Situation Abendroths und seine Haltung zur Sozialdemokratie wiedergeben, sollen sie ausführlicher zitiert werden.[440]

Kritik Brandlers

Zunächst kommentierte Brandler Abendroths Schrift »Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie« von 1964 und kritisierte, dass Abendroth die ideologischen Wandlungen der SPD ohne deren objektive Ursachen darstellt.

> Es ist falsch, die Bürokratie für die Passivität der Massen verantwortlich zu machen, umgekehrt, die Passivität der Massen aus politischer Indifferenz

---

435 Abendroth 1965b, 52f.
436 Vgl. Abendroth 1978d.
437 Abendroth 1978f, 76.
438 Lisa Abendroth (Interview)
439 Lisa Abendroth (Interview).
440 IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 28, Brief von Heinrich Brandler vom 14. 7. 1964 sowie Schreiben von Abendroth an Brandler vom 24. 8. 1964.

> oder mangelnder Qualifikation der Werktätigen wird [sic] die Bürokratie notwendig, und Bürokratie und Werktätige beeinflussen sich unter diesen Bedingungen gegenseitig.
> Die Beschränkung auf diese Bedürfnisse sind nicht Ergebnisse eines Verrats am Sozialismus. Weder die Werktätigen noch die Intellektuellen sind in der Periode der lang dauernden Hochkonjunktur des Nachkriegskapitalismus zu sozialistischen Bedürfnissen angelangt. Ihre privaten Möglichkeiten, die ihnen der Kapitalismus in dieser Periode zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse bietet, und im Interesse der kapitalistischen Ausbeutung bieten muss, macht sie diesem Kapitalismus untertan, lässt ihnen den Sozialismus und Marxismus als überholt erscheinen und finden in ihrer Ideologie von der Reform im Rahmen der parlamentarischen Demokratie ihren Ausdruck. Die bürgerlich demokratische Demokratie bildet zur Zeit die Fahne unter der sich die Konterrevolution sammelt. [...] Aber Marx und Engels haben nur die Rolle der Arbeiterklasse als subjektiver Faktor gegen die objektiven Entwicklungstendenzen überschätzt. Besonders Engels, der hoffte, die deutsche Arbeiterklasse werde den Verrat der deutschen Bourgeoisie an den kapitalistischen Prinzipien sühnen, durch praktische Anwendung der sozialistischen Prinzipien. [...] Den revolutionären Aktionen fehlen in Deutschland und Westeuropa die revolutionären Voraussetzungen. Daran wird sich solange nichts ändern, bis das Wirtschaftswunder der kapitalistischen Hochkonjunktur in eine Überproduktionskrise wieder objektiv revolutionäre Verhältnisse erzeugt. [...]
> Auf Einzelheiten Deiner Geschichtsdarstellung einzugehen führt zu nichts. Wenn meine Auffassung richtig ist, dann ist Dein letzter Abschnitt: »Die gegenwärtige Situation« der bedenklichste Deiner Arbeit. Er geht von der Reformfähigkeit der SPD aus, und Du forderst die Arbeiter zu dieser Reformtätigkeit auf, weil die SPD noch bei keinem neuen 3. August 1914 und 17. Mai 1933 angelangt ist. Du meinst, die Partei solle und könne den Entwicklungsprozess doch umkehren.... Bis jetzt hat noch keine Partei irgendwo und irgendwann eine Entwicklung umgekehrt. Sie ist stets von der Entwicklung »umgekehrt« worden.[441]

Brandler betonte die Strukturzwänge der kapitalistischen Gesellschaft. Und Abendroth sah durchaus den sozialen Wandel, wenn er die neue soziale Zusammensetzung innerhalb der SPD nach dem Ausscheiden der älteren Arbeiterfunktionäre feststellt.[442] Abendroth präzisiert vor diesem Hintergrund seine Strategie gegenüber Brandler:

> Mit Deiner Kritik bin ich zum großen Teil einverstanden: wirkliches sozialistisches Bewußtsein der Massen kann nur in Situationen entstehen, in de-

[441] IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 28, Brief von Heinrich Brandler vom 14. 7. 1964.
[442] Vgl. Abendroth 1976, 244.

> nen diesen Massen die Probleme auf den Nägeln brennen. Nur in solchen Situationen ist es möglich, das bürokratische Bewußtsein der zum Sozialismus neigenden Teile der Intelligenz und der Arbeiterbürokratie zu überwinden. Aber in solchen Situationen kommt es darauf an, über theoretisch geschulte Kader zu verfügen, die weiterdenken und dann die Führung übernehmen können. Die Differenz zwischen Februar- und Oktoberrevolution und der Rolle der Partei in beiden Fällen macht diese Lage deutlich: Stellt man sie der deutschen Situation von damals gegenüber, so wird das noch klarer. Insofern ist, wie mir scheint, das Problem bewußter Vorbereitung in einer sozialistischen und einer bürgerlichen (nur demokratischen) Umwälzung objektiv verschieden gestellt. Objektiv wäre nach meiner Meinung 1918 in Mitteleuropa eine sozialistische Transformation durchaus möglich gewesen, wenn diese subjektiven Voraussetzungen gegeben gewesen wären. Wir können nachträglich feststellen, warum sie nicht gegeben gewesen sind. In der Situation selbst besteht aber zunächst eine offene Lage, die man nicht fatalistisch auf das bloße Wirken objektiver Entwicklungstendenzen reduzieren darf. Gewiß werden in der gegenwärtigen Lage die Probleme dadurch kompliziert, daß einerseits die Divergenz zwischen sozialistischen und kapitalistischen Großmächten und Staaten besteht, daß andererseits in den industriell entwickelten spätkapitalistischen Ländern unter dem Druck der Existenz dieser sozialistischen Staaten in einer Periode langandauernder Hochkonjunktur sehr große Konzessionen an die Arbeiterklasse gewährt wurden und ein außerordentlich hoher Lebensstandard entstanden ist; in Deutschland nimmt diese Komplikation durch die ökonomische Überlegenheit der Bundesrepublik gegenüber der DDR (solange sie weiterbesteht; aber sie wird noch lange Jahre anhalten) besonders schwerwiegende Formen an. Nur wird am Grundproblem dadurch nichts geändert. Infolgedessen halte ich es für entscheidend, gleichwohl eine möglichst große (wenn auch insgesamt ohne Zweifel winzige) Gruppe von Intellektuellen und Arbeiterfunktionären an die Fragen der theoretischen Einsicht in den Gesamtprozeß heranzuführen, so weit möglich im Rahmen der Legalität und im Kontakt mit den existenten Arbeiterorganisationen. Auf bloße Spontaneität darf und soll man sich nicht verlassen.
>
> Daß dabei meine Darstellung über die Umkehrbarkeit der Entwicklung der SPD zu optimistisch gefaßt ist, bestreite ich durchaus nicht: aber gibt es nicht nützliche und notwendige Illusionen (als Zwischenstufen einer Entwicklung), an die man anknüpfen sollte?[443]

In diesen Ausführungen zum Umgang mit der SPD zeigt Abendroth sein Grundprinzip, in dialektischen Verhältnissen positive Tendenzen und Erfahrungen bewusst in den Vordergrund zu stellen, um gegenüber pessimisti-

[443] IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 28, Schreiben von Abendroth an Heinrich Brandler vom 24. 8. 1964.

schen Sichtweisen die Verhältnisse wieder in eine Art Schwebezustand zu versetzen und somit Handlungsfähigkeit herzustellen.

2. Gewerkschaften

a) Zur politischen Funktion der Gewerkschaften

Druck durch Gewerkschaften?

In den 1950er Jahren setzte Abendroth seine Hoffnungen auf die Gewerkschaften, die politischen Druck auf die SPD ausüben konnten. Abendroth erläuterte im Rückblick:

> In dieser Zeit des Anpassungsprozesses der SPD an die etwa seit 1953 voll etablierte Restauration konnte man nicht mehr darauf hoffen, dass eine proletarische Opposition in der SPD ohne starke Stütze von außen, also der Gewerkschaften, entstünde, zumal die Industriearbeiter immer mehr aus den in der Partei aktiven Kadern verschwanden.[444]

Doch der Wandel in der Arbeitsgesellschaft veränderte auch die soziale Zusammensetzung und die politische Orientierung der Gewerkschaften. So notiert etwa Beverly Silver, dass mit der Verbreitung der Massenproduktionstechniken in Westeuropa »die Facharbeiter, das Rückgrat der militanten europäischen Arbeiterbewegung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, zunehmend aus der Produktion herausgedrängt und ihre Macht ausgehöhlt« wurden.[445] Allerdings verfingen die Theoreme der Klassenlosigkeit in den Gewerkschaften weit weniger als in der SPD. Generell boten sich in den westdeutschen Nachkriegs-Gewerkschaften für linkssozialistische Politik zwei Anknüpfungspunkte.

1. Programmatisch hatten sich Teile der Gewerkschaften noch nicht von den gesellschaftlichen Neuordnungsvorstellungen der Nachkriegszeit verabschiedet. Der erste Kongress der bayerischen Gewerkschaften in München hatte im Jahr 1947 erklärt, dass die deutschen Gewerkschaften aus dem Zusammenbruch der Weimarer Republik gelernt hätten, dass eine demokratische Staatsverfassung und eine autoritäre Wirtschaftsverfassung unvereinbar seien.[446] Ihre wichtigsten gesellschaftspolitischen Forderungen, Demokratisierung der Wirtschaft durch Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum und planmäßige Lenkung der Wirtschaft, aber auch konse-

---

444 Abendroth 1976, 229.

445 Silver 2005, 200.

446 Weber, Hermann/Mielke, Siegfried (Hg. 1991): Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert, Bd. 7: Gewerkschaften in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft 1945-1949, Köln, 780.

quente Entnazifizierung staatlicher Behörden und der Wirtschaft, waren nicht additive, sondern als zusammenhängende Maßnahmen zu verstehen. Auch in seinen »Wirtschaftspolitischen Grundsätzen«[447] von 1949 hatte der DGB an seinem Programm der Neuordnung festgehalten.[448]

2. Personell bestanden noch jene Netzwerke der »spontanen Solidargemeinschaft« aus politischen Intellektuellen und Aktivisten der Arbeiterbewegung, die durch die gemeinsame Widerstandserfahrung in der NS-Zeit geprägt war. In den Gewerkschaften IG Metall, IG Chemie, IG Druck und Papier fanden sich zahlreiche ehren- und hauptamtliche Funktionäre, die vor 1933 den Zwischengruppen KPO, SAP, ISK oder *Neu Beginnen* angehört hatten oder im Widerstand gegen den Faschismus zusammenfanden. So zum Beispiel Willy Bleicher, Otto Brenner, Fritz Opel, Adolf Kummernuss, Wilhelm Gefeller, Heinz Dürrbeck, Fritz Strothmann oder Walter Fabian.

Gewerkschaftliche Kämpfe

Nun war die gesellschaftliche Rolle der Gewerkschaften mit der Gründung der Bundesrepublik nicht festgelegt worden. Als jedoch die Regierung Adenauer in der ersten Hälfte der 1950er Jahre versuchte, die gewerkschaftlichen Rechtspositionen zu beschneiden, wurde Abendroth als Jurist für die Gewerkschaften aktiv.

Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard verfolgte mit der Neuregelung der Unternehmensverfassung das Ziel, die paritätische Mitbestimmung in der Montanindustrie zu beseitigen. Die Gewerkschaften konnten diesen Versuch durch Mobilisierung und Streikbereitschaft ihrer Mitglieder zurückweisen und das Mitbestimmungsgesetz 1951 sogar als politischen Erfolg verbuchen. Im unmittelbar darauf folgenden Konflikt um das Betriebsverfassungsgesetz von 1950 bis 1952 aber drehte sich das Blatt und die Gewerkschaften erlitten eine entscheidende Niederlage. Das Betriebsverfassungsgesetz sollte bundeseinheitlich die Arbeitsverfassung, die betriebliche Mitbestimmung, die Rechte der Betriebsräte und der Gewerkschaften regeln.[449] Die Gewerkschaften forderten zunächst für den Betriebsrat nicht nur Informations-, Beratungs- und Vorschlagsrechte, sondern gleichberechtigte Mitbestimmungsbefugnisse in sozialen, personellen und wirtschaftlichen Fragen. Außerdem versuchten die Gewerkschaften, das Modell der paritätischen Besetzung der Aufsichtsräte in der Montanindustrie

---

447 Weber/Mielke (Hg.) 1991, 822ff.

448 Vgl. Harrer, Jürgen (1981): Die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung 1945-1949, in: Deppe/ Fülberth/Harrer (Hg.), 318; Deppe, Frank (1981): Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) 1949-1965, in: Deppe/Fülberth/Harrer (Hg.), 324.

449 Die Gewerkschaften hatten sich vor allem auf die Regelungen des Betriebsrätegesetzes von 1920 sowie auf die fortschrittlichen Regelungen in den Länderverfassungen und Landesgesetze gestützt.

auf alle Großunternehmen auszuweiten. Dagegen fiel der Regierungsentwurf hinter den Status quo der in den einzelnen Ländern verabschiedeten Betriebsrätegesetzen zurück. Gegen dieses Betriebsverfassungsgesetz machte der DGB mit Massendemonstrationen mobil. Ein Streik in der Druckindustrie, der berühmte »Zeitungsstreik« im Mai 1952, sollte den Forderungen der Gewerkschaften Nachdruck verleihen. Der Kampf um das Betriebsverfassungsgesetz endete durch eine frühe Demobilisierung mit der Niederlage der Gewerkschaften.

Legalität politischer Streiks?

In der Öffentlichkeit wurde nun diskutiert, ob dieser politische Streik der Gewerkschaften überhaupt legal gewesen sei. Bundeskanzler Adenauer stellte 1950 in einem Schreiben an Böckler die Behauptung auf, dass ein Streik, wie ihn die IG Metall im Rahmen der Montanmitbestimmung plane, in Konflikt mit der staatsrechtlichen Grundordnung geraten könne, weil der Streik das Ziel habe, die Entscheidung der frei gewählten Volksvertretung durch Druck in ihre Richtung zu verändern.[450] Im Konflikt um das Betriebsverfassungsgesetz entbrannte schließlich eine heftige juristische Kontroverse, die auf der einen Seite von Ernst Forsthoff und Hans Carl Nipperdey und auf der anderen Seite von Wolfgang Abendroth geführt wurde.[451] Die Unternehmerseite verklagte den DGB wegen der Arbeitsniederlegung in der Druckindustrie. Ernst Forsthoff sah im politischen Streik generell eine Gefährdung des Staates in der Autonomie seiner Willensbildung.[452] Unternehmer, Regierung und die liberale Presse (*Die Zeit*[453], *Volkswirt*, *Arbeitgeber*) vertraten ebenfalls die Auffassung, der Streik hätte verfassungswidrig Druck auf das Parlament ausgeübt, dem allein im Grundgesetz die politische Willensbildung übertragen worden sei. Zudem sei das Recht des Unternehmers am »eingerichteten Gewerbebetrieb« beeinträchtigt worden.[454]

Abendroth intervenierte mit einem von den Gewerkschaften in Auftrag gegebenem Rechtsgutachten, das den Zeitungsstreik für vereinbar mit dem

---

[450] Vgl. Schneider, Michael (2000): Kleine Geschichte der Gewerkschaften. Ihre Entwicklung in Deutschland von den Anfängen bis heute, 2. Aufl., Bonn, 274 und Abendroth, Wolfgang (1951a): Verfassungsrechtliche Grenzen des Streikrechts, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 2/1951, 57.

[451] Vgl. die Zusammenfassung von Rajewsky, Xenia (1970): Arbeitskampfrecht in der Bundesrepublik, Frankfurt. Einen kurzen Abriss zur Abendroth-Forsthoff-Kontroverse liefert Perels, Joachim (2006): Zur Aktualität der Sozialstaatsinterpretation von Wolfgang Abendroth, in: Urban/Buckmiller/Deppe (Hg.), 101ff.

[452] Vgl. Schneider 2000, 280 und Deppe 1981, 345.

[453] Der Streik ist ungesetzlich, in: Die Zeit, 4/1951, 1.

[454] Auch Hans Carl Nipperdey, der erste Präsident des Bundesarbeitsgerichts, hielt den Demonstrationsstreik zur Unterstützung der Arbeitnehmerforderungen für einen sozial inadäquaten Eingriff in eingerichtete und ausgeübte Gewerbebetriebe.

Grundgesetz erklärte. Abendroth verteidigte mit verfassungsrechtlichen Argumenten das Streikrecht etwa gegen die Auffassungen des Betriebssoziologen Goetz Briefs, in dessen Pluralismusverständnis die Gewerkschaften nur ein Verband unter vielen darstellte. Der Gewerkschaftstheoretiker Briefs argumentierte für die soziale Marktwirtschaft, die der engagierte Katholik als Synthese aus Ordoliberalismus und christlicher Soziallehre verstand. Die Gewerkschaften hätten sich laut Briefs als »Organe der Volkwirtschaft« zu verstehen und ihr politisches Streikrecht sei eine Bedrohung der Demokratie. Mehrere Arbeitsgerichte erklärten den politischen Zeitungsstreik für rechtwidrig und folgten der Argumentation des Gutachters des Bundesverbandes der deutschen Arbeitgeberverbände, Ernst Forsthoff und Alfred Hueck.[455] Dies bedeutete eine Illegalisierung des politischen Streiks durch die Arbeitsgerichte und schränkte erheblich die Aktionsmöglichkeiten der Gewerkschaften ein. Nach dem neuen Betriebsrätegesetz hatten nun die Betriebsräte mit dem Arbeitgeber »im Rahmen der geltenden Tarifverträge vertrauensvoll […] zum Wohl des Betriebes und seiner Arbeitnehmer unter Berücksichtigung des Gemeinwohles« zusammenzuarbeiten.[456]

Gerade die sozialistische Linke wertete dieses Gesetz als großen Rückschlag. Viktor Agartz verurteilte das Gesetz als reaktionär und antigewerkschaftlich.[457] Otto Brenner machte auf den Zusammenhang zwischen dem Sozialpartnerschaftsideal des Betriebsverfassungsgesetzes und der spezifisch nationalsozialistischen Ideologie der »Volks- und Betriebsgemeinschaft« aufmerksam.[458] Und auch Abendroth brachte die demokratiepolitische Bedeutung des Gesetzes auf den Punkt:

> Das Betriebsverfassungsgesetz hat die Mitbestimmungsaufgaben der Arbeitnehmer so weit zurückgedrängt, daß die Untertanenstellung der Arbeitnehmer gegenüber dem Kapital bzw. den Managern nicht ernstlich beeinträchtigt wurde. In den sozial und ökonomisch entscheidenden Problemen ist der Gedanke der Mitbestimmung durch den der bloßen Mitwirkung ersetzt oder sind die Vertretungen der Arbeitnehmer in die Rolle dessen, der sich lediglich informieren darf, zurückverwiesen worden.[459]

---

[455] Forsthoff, Ernst/Hueck, Alfred (1952): Die politischen Streikaktionen des Deutschen Gewerkschaftsbundes anläßlich der parlamentarischen Beratung des Betriebsverfassungsgesetzes in ihrer verfassungs- und zivilrechtlichen Bedeutung. 2 Rechtsgutachten, Köln.

[456] Zit. nach Schneider 2000, 277.

[457] Schneider 2000, 278.

[458] Vgl. Deppe 1981, 341; Schneider 2000, 278.

[459] Abendroth, Wolfgang (1955): Staatsverfassung und Betriebsverfassung, in: Abendroth/Sultan 1955, 108.

Deppe beurteilt die Verabschiedung des Betriebsverfassungsgesetzes als Wende in der innenpolitischen Restauration und hält mit ihr die Periode der Nachkriegsauseinandersetzungen weitgehend abgeschlossen.[460] Damit war zu Beginn der 1950er Jahre ein Rahmen fixiert, der die Handlungsspielräume der Gewerkschaften bis heute empfindlich einengt.

Strategiedebatte

Die innergewerkschaftliche Diskussion über Aufgaben und Ziele der westdeutschen Gewerkschaften war damit erst in Gang gekommen. Seit 1952 hatte sich eine lebhafte innergewerkschaftliche Strategie-Debatte entwickelt.[461] Hier standen sich drei Richtungen gegenüber: a) Die Konzepte des sehr populären »gewerkschaftlichen Radikalismus«, mit seinen Exponenten Viktor Agartz, Max Wönner und Theo Pirker. Peter von Oertzen meint sogar, Pirker und Siegfried Braun hätten eine Theorie der Gewerkschaften entwickelt, die man als deutschen »Operaismus« bezeichnen könnte.[462] Der ›gewerkschaftliche Radikalismus‹ hob unter anderem die Klassenautonomie des gewerkschaftlichen Handelns auch gegenüber den politischen Parteien hervor.[463] b) Die gemäßigte Richtung mit Otto Brenner, Herman Beermann oder Werner Hansen. Diese hielten ein politisches Mandat der Gewerkschaften für legitim, wandten sich aber laut Schroeder gegen ein aktives gewerkschaftliches Engagement bei rein politischen Problemen, da sie hier angesichts der Machtverhältnisse nur Niederlagen erwarteten.[464] c) Ein sich formierender sozialpartnerschaftlichen Flügel mit sozialdemokratischen und christlich-sozial orientierten Gewerkschaftern. Zu dieser Gruppe waren Georg Leber oder Oswald Nell-Breuning zu zählen. Sie verfolgten das Ziel der Beschränkung der Gewerkschaften auf tarifvertraglich regelbare Ziele. Die Gewerkschaften sollten ordnungspolitisch integriert und damit selbst zum ordnungspolitischen Faktor werden.

---

460 Vgl. Deppe 2000, 14. Grundzüge des Gesetzes vgl. Deppe 1981, 340f. und Schneider 2000, 277.

461 Vgl. Schroeder 1991.

462 Oertzen 1998, 98 mit Verweis auf: Siegfried Braun: Arbeiterklasse und Gewerkschaften, in: SoPo 12/1957 und 1-2/1958.

463 Deppe 1981, 361. Nach der Niederlage um das Betriebsverfassungsgesetz im Jahre 1952 verlor der gewerkschaftliche Radikalismus theoretisch und praktisch an Einfluss.

464 Vgl. Schroeder 1991, 184.

Rolle der Gewerkschaften

Es galt also auch für die linkssozialistischen Akteure, ihre Auffassung von der gesellschaftlichen Rolle der Gewerkschaften neu zu formulieren.[465] So entstanden Konzepte, mit denen die spätere linkssozialistische Neue Linke ihre Gewerkschaftsorientierung begründete. Abendroth selbst wandte sich in verschiedenen Beträgen an die gewerkschaftlichen Funktionäre und Betriebsräte.[466] Seine Argumentationslinie stützte sich zunächst auf eine historisch-kritische Analyse, in der entgegen Goetz Briefs Verbandspluralismus die gesellschaftliche und historische Funktion der Gewerkschaften nicht mit Arbeitgeberverbänden gleichzusetzen sei.

> Die Unabhängigkeit und der demokratische Aufbau der Gewerkschaften, ihre Kampfbereitschaft und ihre geistige Unabhängigkeit gegenüber den Ideologien der herrschenden Klassen sind die Vorbedingung der Erhaltung der politischen Demokratie und des Übergangs zur sozialistischen Ordnung.[467]

Die Gewerkschaften begriff Abendroth als entscheidende Garanten des Grundgesetzes. Von ihrer Aktivität hing es für ihn ab, ob die Bundesrepublik halten könne, was sie durch die programmatischen Deklarationen in Art.

---

[465] Vgl. die Beiträge von Viktor Agartz, Theo Pirker, Wolfgang Abendroth und Eugen Kogon in den Gewerkschaftlichen Monatsheften von 1952. Vgl. zur Abendroth'schen Gewerkschaftstheorie: Urban, Hans-Jürgen (2006): Gewerkschaftspolitik als Demokratiepolitik. Der Beitrag der Abendroth'schen Gewerkschaftskonzeption zu einer – leider (!) – nicht stattfindenden Debatte, in: Urban/Buckmiller/Deppe (Hg.), 80-98.

[466] Abendroth, Wolfgang (1951a): Verfassungsrechtliche Grenzen des Streikrechts, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 2/1951, 57-61; ders. (1975a): Zur Funktion der Gewerkschaften in der westdeutschen Demokratie, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 11/1952, 641-648; ders. (1952): Der Kampf um das Streikrecht, in: Der Gewerkschafter, 2/1952, 9ff., ders. (1953): Streikrecht und Demokratie, in: Geist und Tat, 1953, 357-359; ders. (1955e): Streik und Verfassungsrecht in der modernen Demokratie, in: Der Gewerkschafter, 1/1954, 6ff; ders. (1954c): Die Grenzen der Legalität des Streiks, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 19/1954, 634f.; ders. (1954d): Das Recht auf Streikposten und Streikdemonstration, in: Der Gewerkschafter, 6-7/1954, 5ff., ders. (1954e): Der politische Streik und das Recht, in: Hessische Zeitung, Nr. 19, 8. 5. 1954, 3; ders. (1955f): Nochmals: Der politische Streik – wissenschaftliche Diskussion oder politische Treibjagd?, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 5/1954, 258-263; ders. (1954f): Koalitionsfreiheit oder »gesetzliche Regelung der Streikabstimmung«?, in: Metall 16, 18. 8. 1954, 2; ders. (1955): Staatsverfassung und Betriebsverfassung, in: Der Betriebsrat, Mitteilungen für die Betriebsräte der IG- Chemie-Papier-Keramik, 7/1955, 235-240; ders. (1954g): Das Grundgesetz garantiert das Recht auf Streikposten, Notwendige Feststellungen zu einem unhaltbaren Urteil, in: Metall 21, 3. 9. 1954, 1f.

[467] Abendroth 1972j und Abendroth 1955e, 71f.

20 und 28 GG, also der Konzeption des demokratischen und sozialen Rechtsstaates, enthalten sei.[468]

Schulen demokratischer Selbstverwaltung

Abendroth charakterisierte Gewerkschaften und Genossenschaften wie auch die Arbeiterparteien als Orte kollektiven Lernens. Durch den Umfang der gewerkschaftlichen Arbeit und die erhebliche Anzahl an Funktionen, die durch die gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer in ihren Verbänden und im DGB ehrenamtlich wahrgenommen werden müssen, würden sie zu »Schulen demokratischer Selbstverwaltung«.[469] Diese Schule finde ihre Ergänzung in der politischen Bildung durch die Bildungs- und Schulungsarbeit der Gewerkschaften, in denen gelernt würde, Beteiligungsrechte erfolgreich zu handhaben und sinnvoll mitzuwirken, aber auch durch die Jugend- und Kulturarbeit. Damit widersprach er auch der Auffassung Goetz Briefs, die Gewerkschaften würden mit ihren Kämpfen nur kartellartige Interessen verfolgen:[470]

> Gewiß nehmen die Gewerkschaften auch Sonderinteressen ihrer Mitglieder wahr. Aber in diesen Sonderinteressen ist das Gesamtinteresse des Zieles demokratischer Organisation der Gesellschaft und die Ausschaltung privilegierter Machtpositionen, die von der Gesellschaft her das demokratische Gefüge des Staates bedrohen können, notwendig enthalten.[471]

Die Gewerkschaften bündelten Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und müssten sich aus ihrer Situation heraus in die Richtung auf einen demokratischen Integrationsprozess hin bewegen.[472]

> Die Gewerkschaften sind als einheitliche Organisationen der Arbeitnehmer die große Schule ihres solidarischen Verhaltens, in der sich immer wieder – auch gegen vielfältige Bürokratisierungsgefahren – ihre demokratischen Bestrebungen durchsetzen können und werden.[473]

Damit blieb für Abendroth der Kampf gegen Bürokratisierungs- oder Anpassungstendenzen eine ständige Aufgabe, die sich seit Beginn der organisierten Arbeiterbewegung immer wieder neu stellte.

---

[468] Abendroth 1975a

[469] Vgl. Abendroth, Wolfgang (1954b): Die deutschen Gewerkschaften. Weg demokratischer Integration, Heidelberg, 50.

[470] Z. B. Briefs, Götz (1955): Das Gewerkschaftsproblem gestern und heute, Frankfurt, 43.

[471] Abendroth 1975a, 42.

[472] Vgl. Abendroth 1975a, 42.

[473] Abendroth 1972j.

b) Die Legalität des politischen Streiks

Streik als gewaltfreier, demokratischer Arbeitskampf

In der Argumentation für das politische Streikrecht betonte Abendroth, dass Streik und Streikbereitschaft unverzichtbare Elemente zur Herstellung des Kräftegleichgewichts innerhalb des bürgerlich-parlamentarischen Systems darstellten. Im Unterschied zum Sozialpartnerschaftsideal machte er deutlich, dass auf Grund der antagonistischen Klassengesellschaft die Tarifparteien Gegenspieler blieben, die nicht durchgehend gemeinsame Ziele verfolgen könnten, sobald es um gesamtgesellschaftliche Fragen und um die Demokratisierung der Gesamtgesellschaft ging. Die Gewerkschaften könnten ihre Aufgaben nur wahrnehmen, wenn sie bereit und in der Lage seien, ihre Forderungen im Arbeitskampf durchzusetzen: »Ihre Gegenspieler sind auch heute nur auf Grund des Wissens um diese Kampfbereitschaft der Gewerkschaften bereit, auf längere Sicht gewerkschaftliche Forderungen zu berücksichtigen.«[474]

Streik sei letztlich das einzig wirkungsvolle Druckmittel der Arbeiterbewegung. Gegenüber dem Vorwurf, Streik sei Gewalt, machte Abendroth geltend, dass der Streik eine typische Form gewaltlosen, demokratischen Widerstands sei. Streik sei schon seinem Wesen nach demokratisch, weil er niemanden aufgezwungen werden könne. Übereinstimmung zwischen Führern und Geführten müsse sich täglich beweisen. Die Streikenden trügen das große Risiko des Arbeitskampfes und sobald ihr Streikwille abklinge, könne sie keine Macht der Welt dazu zwingen, den Kampf fortzusetzen.[475]

Keine Erpressung des Parlaments

Von einer Erpressung des Parlaments durch Streikaktionen, wie unter anderem Bundeskanzler Adenauer den Zeitungsstreik charakterisierte, konnte für Abendroth keine Rede sein. Die Gestaltung der Wirtschaftsverfassung sei in modernen Massengesellschaften zwar auch Aufgabe des Staates, werde aber durch die realen gesellschaftlichen Kräfte beeinflusst. Die Forderung der Gewerkschaften auf Einführung des Mitbestimmungsrechts stelle keinen Angriff auf die freiheitliche Grundordnung dar:

> Wer die verfassungsrechtliche Ordnung aus sachlichen Gründen und mit dem Ziel kritisiert, sie im Geiste der freiheitlichen Demokratie fortzuentwickeln, missbraucht keineswegs die ihm durch das Grundgesetz verliehenen Grundrechte.[476]

Abendroth folgerte weiter:

---

[474] Abendroth 1954b, 64.
[475] Vgl. Abendroth 1954b, 68f.
[476] Abendroth 1951a, 58 mit Bezug auf den Kommentar zu Art. 18 GG von Mangoldt.

> Insofern hat die aktive Beteiligung der Gewerkschaftsmitglieder am Streikbeschluß und darüber hinaus auch der nichtorganisierten Arbeitnehmer an der Einreichung der Kündigung inhaltlich nicht die Bedeutung einer möglichen Bedrohung der Demokratie, sondern umgekehrt die Bedeutung einer Heranziehung zur demokratischen Entscheidung und der realen Identifizierung von Regierung und Regierten, sofern sie sich inhaltlich auf die Erweiterung demokratischer Rechte, nicht aber auf die Bedrohung der Existenz der demokratischen Ordnung errichtet.[477]

Zudem könne sich die Politik der Gewerkschaften nicht auf lohnpolitische Fragen beschränken, wenn sie den Einfluss auf die öffentliche Gewalt nicht ihren sozialen Gegenspielern allein überlassen will. Abendroth verwies wiederholt auf die massive Einwirkung der »Wirtschaft« auf Parlament und Parteien durch Wahlkampffinanzierung etc.

> Es bleibt unverständlich, weshalb die Geltendmachung der sozialen Macht der Minderheit, die in der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung über den Besitz der Produktionsmittel verfügt, keine »Erpressung« sein soll. Daß derartige Behauptungen nichts mehr mit verfassungsrechtlichen Erwägungen über die Grenzen des Gebrauchs der durch das Grundgesetz gewährten Grundrechte zu tun haben, liegt auf der Hand.[478]

Das lohnpolitische Interesse und die lohnpolitische Funktion als Tarifpartner führten nicht nur zwangsläufig in das Gebiet der sozialpolitischen, sondern auch der wirtschaftspolitischen Auseinandersetzung.[479] Einen unpolitischen Streik konnte es daher für Abendroth grundsätzlich nicht geben. Und da für ihn eine klare begriffliche Trennung von politischem und arbeitsrechtlichem Streik nicht möglich war, stand nicht nur das politische Streikrecht, sondern nun umgekehrt das Streikrecht insgesamt zur Disposition.[480] Uneingeschränktes Streikrecht und die Befugnis zum freien Abschluss der Tarifverträge seien unabdingbar für Erhaltung und Erweiterung des Anteils der Bevölkerungsmehrheit am Sozialprodukt.

> Das Streikrecht ist in der werdenden sozialistischen Gesellschaft der Gleichgewichtsfaktor, der den bürokratischen Tendenzen das Gleichgewicht

---

[477] Abendroth 1951a, 60.
[478] Abendroth 1951a, 61.
[479] Vgl. Abendroth 1954b, 60.
[480] Vgl. dazu Abendroth, Wolfgang (1955f): Der politische Streik, in: Abendroth/Sultan 1955.

> bietet, die aus der alten Gesellschaft noch für lange Jahrzehnte in sie hineinragen werden.[481]

Formen des politischen Streiks

Abendroth schlug vor, zwischen unterschiedlichen Streikformen zu unterscheiden:

- der politische Kampfstreik – meist als Generalstreik – zur Erkämpfung der Demokratie oder zur Verteidigung einer bedrohten demokratischen Verfassung;
- der an den Staat lediglich adressierte, zwecks Ausschaltung des politischen Drucks der sozialen Gegenspieler der Arbeitnehmer gegen diese gerichtete Demonstrationsstreik, um Regierung, Parlament oder Verwaltung auf die Meinungsbildung der Arbeitnehmer nachdrücklich zu verweisen.[482]

Für Theo Pirker war mit dieser Differenzierung wenig gewonnen. Pirker interpretierte das Grundgesetz als grundsätzliche Fixierung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und der bürgerlichen Demokratie:

> Die Kernfrage lautet: Ist ein politischer Streik möglich? Da geht Abendroth ganz spitzfindig auf die verschiedenen Protestaktionen usw. ein, weil er genau gewußt hat, daß dieses Grundgesetz in seiner Gesamtkonstruktion einen politischen Streik als illegal zu erklären vermag.[483]

Dem Inhalt des Grundgesetzes nach, das die politischen Parteien bevorzuge, verletze ein politischer Streik die höchste Souveränität des so verfassten Parlaments. Demgegenüber argumentierte Abendroth, dass trotz der im internationalen Vergleich einmaligen Sonderstellung der Parteien, das Grundgesetz den Mitwirkungsgedanken keineswegs auf diese beschränkt habe.[484] Abendroths Unterscheidung zwischen tarifpolitischen Arbeitskampfstreiks und politischen Demonstrations- und Kampfstreiks hatte offenbar die Funktion, unterschiedliche Qualitäten des Politischen herauszuarbeiten.

---

[481] Abendroth 1972j.

[482] Vgl. Abendroth 1955f, 78; ders. 1954b, 63ff.

[483] Vgl. Pirker, Theo (1988): Gewerkschaften und Verfassung nach 1945, in: Haus der Gewerkschaftsjugend Oberursel (Hg.), 30ff. Vgl. die Stellungnahme Jürgen Seiferts zu Pirker im selben Band (46), der die Handlungsspielräume des Grundgesetzes für sozialistische Politik positiver bewertete. Vgl. Rajewsky 1970, 43f; Pirker 1977.

[484] Vgl. Abendroth, Wolfgang (1972c): Die Berechtigung gewerkschaftlicher Demonstrationen für die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in der Wirtschaft, in: Abendroth 1972, 211.

Bei der Einschätzung des emanzipatorischen Potenzials des westdeutschen Staates, seiner Instanzen und verfassungsrechtlichen Festschreibungen trennten sich die linken Strömungen. Das Grundproblem, das Verhältnis von Arbeiterbewegung, Staat und Verfassung in der Bundesrepublik genauer zu bestimmen, blieb zunächst ungelöst. Die historisch-kritische Analyse von Grundgesetz und Gesellschaft gehört zu den großen Beiträgen Abendroths zur marxistischen Diskussion in den 1950er Jahren und ist für die Politik der linkssozialistischen Neuen Linken – zum Beispiel im Kampf gegen die Notstandsgesetze – von so großer Bedeutung, dass sie hier ausführlich behandelt werden muss.

B. Arbeiterbewegung und demokratische Verfassung

1. Der demokratische und soziale Rechtsstaat des Grundgesetzes

Kampf um das Grundgesetz

Da das Grundgesetz, und vor allem zahlreiche Landesverfassungen in der Zeit nach 1949, zunehmend links von der westdeutschen Verfassungswirklichkeit standen, bargen sie rechtspolitischen Sprengstoff.[485] Eine Gruppe von politisch belasteten Juristen, der Staatsrechtler Ernst Forsthoff, der Verfassungshistoriker Ernst Rudolf Huber, der Volkswirt und Jurist Karl Schiller sowie der Richter und Rechtslehrer Hans Carl Nipperdey hatten es sich zur Aufgabe gemacht, durch Neuinterpretation des Grundgesetzes die Handlungsspielräume der demokratisch-sozialistischen Opposition einzuengen.[486] Entsprechend versuchte die linkssozialistische Strömung gerade in den 1950er Jahren, den Verfassungsnormen Geltung zu verleihen: im Zusammenhang mit der Wiederbewaffnung, bei der nachträglichen Einführung der 5%-Klausel, der Einschränkung des Widerstandsrechts, der schon genannten

---

485 Vgl. Seifert 1988, 47.

486 Forsthoff hatte nach Perels (1975, 10) den Niedergang der Weimarer Republik verfassungstheoretisch gerechtfertigt. Ernst Rudolf Huber, aus der Carl-Schmitt-Schule kommend, seit 1933 Mitglied der NSDAP, galt im 3. Reich als führender Jurist des Öffentlichen Rechts, der maßgeblich die nationalsozialistische Rechtsordnung mitprägte (Vgl. Stolleis, Michael (Hg. 1995): Juristen ein biographisches Lexikon, München, 297f.). Karl Schiller war laut Hochstätter (2006, 23) »aktiv in der Parteistruktur der NSDAP verankert«. Hans Carl Nipperdey war kein Mitglied der NSDAP, sondern hatte vor 1933 der rechtsliberalen DVP angehört. Seine Aktivitäten in der »Akademie für Deutsches Recht«, sein Vorsitz in zwei Ausschüssen zum geplanten »Volksgesetzbuch« und deutlich NS-konforme Passagen einiger seiner Schriften veranlassten jedoch die britische Militärregierung, Nipperdey 1946 aus der Universität Köln zu entlassen. Nipperdey erhielt jedoch bereits 1947 seine Professur zurück (Vgl. Neue Deutsche Biographie, Bd. 19, 280f.).

Verteidigung des Streikrechts oder bei der Auseinandersetzung um die Notstandsgesetze. [487]

Staatsrechtslehrertagung 1953

Eine zentrale verfassungspolitische Diskussion jener Jahre bildete die Frage der Sozialstaatlichkeit des Grundgesetzes. Anlässlich dieser Kontroverse hielt Ernst Forsthoff ein Referat auf der Staatsrechtslehrertagung 1953. Perels erläutert: »Forsthoff hatte die Sozialstaatsklausel auf ein Funktionselement des gesellschaftlichen Status quo reduziert; die Sozialstaatsklausel sanktioniere lediglich die soziale Sicherheit verbürgende Leistungsverwaltung.«[488] Abendroth opponierte mit einem Beitrag, der das Grundgesetz auf Grundlage der historisch-materialistischen Methode interpretierte: eine Rekonstruktion der Absichten der Väter des Grundgesetzes.[489] Von da an formulierte er seine Verfassungsinterpretation immer wieder aus bis hin zu seiner Schrift *Das Grundgesetz* (1966).

Verfassung als historischer Kompromiss

Ihrem Wesen nach beruhte für Abendroth jede Verfassung entweder auf einer eindeutigen politischen Entscheidung oder auf einem Kompromiss mehrerer politischer Kräfte.[490] Verfassungen sind damit keine neutralen Größen, die hermeneutisch aus sich selbst heraus verstanden werden könnten, »sondern [sie sind] stets Produkt und Gegenstand der politischen und sozialen Kämpfe.«[491] In ihrer Ausprägung seien Verfassungen also das Resultat konkreter Machtkonstellationen und politischer Bewusstseinsbildung. »In diesem Sinne«, schreibt Seifert, »kann die Verfassung als Waffenstillstandslinie divergierender politisch-gesellschaftlicher Kräfte bezeichnet werden.«[492] In den Verfassungen seien damit keineswegs widerspruchsfrei verschiedene gesellschaftliche Zielvorstellungen der Kompromisspartner enthalten. Von daher müsse die darin enthaltene Willensbildung historisch-kritisch analysiert werden, wenn Inhalt und politisch-soziale Folgen verstanden werden sollen.[493] Verfassungsnormen sind damit weder überzeitlich noch unveränderbar. Jedoch könne der Normgehalt nur durch eine Verfassungsände-

---

[487] Vgl. Abendroth, Wolfgang (1955a): Bundesverfassungsgericht und Widerstandsrecht, in: Abendroth/ Sultan 1955, 124.

[488] Vgl. Perels 1975, 9.

[489] Zum Begriff des demokratischen und sozialen Rechtstaates vgl.: Abendroth, Wolfgang (1975c): Begriff und Wesen des sozialen Rechtsstaates, in: Abendroth 1975, 64-69; ders. 1954.

[490] Abendroth 1955a, 122.

[491] Abendroth, Wolfgang (1975g): Die Justiz in der Bundesrepublik, in: Abendroth 1975, 154-158.

[492] Seifert, Jürgen (2001): Demokratische Republik und Arbeiterbewegung in der Verfassungstheorie von Wolfgang Abendroth, in: Balzer/Bock/Schöler (Hg.), 74.

[493] Vgl. Abendroth 1966, 13f.

rung verschoben werden.[494] Dagegen war für Abendroth eine nicht verfassungsadäquate soziale Realität – wie sie z. B. in den 1950er Jahren vorlag – keine mögliche Rechtsquelle.

Demokratischer sozialer Rechtsstaat

Ohne Zweifel war der Grundrechtsteil des Grundgesetzes in der aktuellen Ausgestaltung sozialstaatlicher Zielvorstellungen weit hinter der Weimarer Reichsverfassung (WRV) zurückgefallen. Allerdings sah Abendroth anders als Theo Pirker in der Festlegung der Bundesrepublik als »demokratischen und sozialen Bundesstaat« in Art. 20 GG einen historischen Fortschritt. Denn auch in Art. 28 GG würden die Länder, mit ihrer verfassungsmäßigen Ordnung den »Grundsätzen« des »demokratischen und sozialen Rechtsstaates« zu entsprechen, gebunden.[495] Diese Firmierung habe der WRV gefehlt.[496] Und im Unterschied zur Weimarer Verfassung würden durch die Festlegung auf den demokratischen und sozialen Rechtsstaat diese drei Prinzipien dialektisch miteinander verknüpft. Sie unterwerfe alle Gesetze und das Verfassungsrecht der sich daraus ergebenden Auslegungsregeln.

Übergang zum Sozialismus möglich und nahe gelegt

Das bedeutete für Abendroth, dass das Grundgesetz zu Ende gedacht mit der Sozialstaatsklausel die Möglichkeit eröffne, demokratisch nicht legitimierte ökonomische Machtpositionen aufzuheben und den gesellschaftlichen Status quo in Richtung Sozialismus zu überwinden. Im demokratischen und sozialen Rechtstaat garantierten die Grundrechte nicht nur einen Schutzraum, sondern auch politische und soziale Teilhaberechte für jeden Bürger. Das Grundgesetz bekenne sich damit dazu, das überkommene Gedankengut des liberalen Rechtsstaates umzugestalten.

> Das Grundgesetz rechnet vielmehr mit einer langen Periode der Umwandlung der bestehenden Gesellschaftsordnung in diejenige der sozialen Demokratie und hat eben deshalb die *dauernde* verfassungsrechtliche Möglichkeit des »sozialentwährenden Eingriffs« in die Eigentumsordnung eröffnet.[497]

Zur Untermauerung seiner Argumentation rekonstruierte Abendroth die historische Entwicklung der hinsichtlich sozialer Gestaltungsmöglichkeiten we-

---

494 Vgl. Abendroth 1966, 12.

495 Wobei Abendroth an derselben Stelle klar macht, dass der Sozialstaatsgrundsatz nicht nur die Pflicht zur öffentlichen Daseinsvorsorge, sondern auch die demokratischen Teilhabe enthält.

496 Vgl. Abendroth 1954, 279ff.

497 Abendroth 1954, 286. Abendroth (1955) geht sogar davon aus, dass das Grundgesetz dem werdenden Staatsfragment zur Aufgabe gemacht habe, die Willensbildungsformen der Demokratie in rechtstaatlicher Weise auch in das soziale Leben zu übertragen. Die Bundesrepublik habe diese »verfassungsrechtliche Verpflichtung« bisher nicht erfüllt.

sentlich weitergehenden Landesverfassungen, die dem Grundgesetz vorausgingen, aber auch den Verlauf der Diskussionen im Verfassungskonvent von Herrenchiemsee und im Parlamentarischen Rat. Dabei kritisierte er, dass das Grundgesetz durch die Intervention der Besatzungsmächte entstanden und demokratische Bestrebungen entschieden zurückgedrängt worden seien.[498] Die Alliierten hätten die demokratisch-sozialistische Stoßrichtung gebremst. Aus den im Grundrechtsteil festgehaltenen traditionellen liberalen Freiheitsrechten sei aber trotz allem nicht zu folgern, dass das Grundgesetz die bestehende Gesellschaftsordnung und die ihr zugrunde liegende wirtschaftliche Struktur konservativ bestätigen wolle. Vielmehr sei diese Problematik »sachlich noch nicht geregelt und künftiger Gestaltung überlassen.«[499] Folgt man Abendroth, wird mit dem Grundgesetz der Übergang in eine sozialistische Gesellschaft auf der Grundlage des bestehenden Rechtssystems denkbar. Das Grundgesetz stelle dem Souverän frei, die Gesellschaftsordnung in eine »soziale Demokratie« zu überführen.

> Die politische Demokratie kann in den Händen der Arbeitnehmer durch Änderung der Rechtsordnung, durch systematische Übertragung des Prinzips der demokratischen Gleichheit und der demokratischen Willensbildung auf Wirtschaft und Gesellschaft mittels des Gesetzes, zur sozialen Demokratie erweitert werden, in der der Staat seinen Unterdrückungscharakter verliert und sich in die planende gemeinsame Verwaltung des gesellschaftlichen Lebensprozess durch die gleichberechtigten Glieder der Gesellschaft verwandelt.«[500]

Formale bürgerliche Demokratie

Damit ist für Abendroth das Grundgesetz auch nicht mehr einfach Instrument der herrschenden Klassen, wie es später vor allem viele antiautoritäre Linke sahen. Im Gegenteil, diese Interpretation machte die Verteidigung des Grundgesetzes zur Aufgabe der sozialistischen Linken. Die Erhaltung der Errungenschaften der bürgerlichen Revolutionen, ihrer »freiheitlich-demokratischen Grundordnung« wurde nach Gollwitzer »zur Sache derer, die die bürgerliche Gesellschaft in Frage stellen«.[501] Dessen ungeachtet blieb für Abendroth auch die Bundesrepublik weiterhin eine »formale«, bürgerliche Demokratie. Die bürgerliche Staatlichkeit ist für ihn »Diktatur zur Be-

---

498 Vgl. Schöneburg, Karl-Heinz (1987): Wolfgang Abendroth (1906-1985): Kein staats- und rechtstheoretischer Nekrolog, in: Staat und Recht, 7/1987, 575.

499 Abendroth 1951a, 58.

500 Abendroth 1972j, 414.

501 Gollwitzer, Helmut (1975): Über Entwicklung und Aufgaben der Zeitschrift »Argument«. Nachwort zum Argument-Reprint, in: Das Argument, Reprint Nr. 18-21 (=AS 1/2), Berlin, 299.

wahrung bürgerlicher Gesellschaft und des bürgerlichen Eigentums und seiner Machtpositionen nach innen, und Durchführung einer imperialistischen Politik nach außen«.[502] Abendroth hielt daher am Anspruch einer Neuordnung der Eigentumsverhältnisse fest. Der Umgang mit der bürgerlichen Gesellschaft verlangt jedoch Dialektik:

> Die Rechtsordnung ist in jeder klassengespaltenen Gesellschaft gleichzeitig sowohl eines der gewichtigsten Mittel zur Stabilisierung der diese Gesellschaft bestimmenden Machtverhältnisse (und daher ein ständiges Objekt der sozialen Kämpfe zwischen den verschiedenen Klassen) als auch ein Instrument zu ihrer Transformation.[503]

Es gehe nun darum, liberale Ausklammerungsrechte in demokratische Beteiligungsrechte zu verwandeln.[504]

2. Demokratiebegriff

Ausgangspunkte

Die Blaupausen zu Abendroths klassenanalytischer Verfassungstheorie gaben die Staatsrechtler Hermann Heller und Otto Kirchheimer, er orientierte sich aber auch an dem Austromarxisten Max Adler oder an Hans Kelsen.[505] In seinem Demokratieverständnis stützte sich Abendroth auf Samuel Pufendorf und definierte Demokratie – es klang oben schon an – als »ihrem dem Wesen nach gleichberechtigte Teilnahme aller an der Regelung der gemeinsamen Aufgaben, tendenzielle Identität von Regierenden und Regierten.«[506] Demokratisierung ist ihm Teil des geschichtlichen Emanzipationsprozesses, in dem mit Marx die Menschen zu Herren ihrer eigenen Geschichte werden und die Fähigkeit entwickeln, ihre Gesellschaft mit Bewusstsein zu gestalten. Dabei sah er Demokratie eben nicht als ein Absolutes, auf das die Geschichte hinläuft. Sie muss entwickelt werden:

> Demokratie kann heute nur auf dem lebendigen Zusammenwirken sich stets erneuernder und erweiternder, weder privilegierter noch Privilegien erstrebender aktiver Minderheiten beruhen, die sich am öffentlichen Leben aktiv beteiligen und bewusst der Kritik der Massen unterwerfen.[507]

---

502 Zit. n. Schöneburg 1987, 572.
503 Abendroth 1975g, 154.
504 Vgl. Schöneburg 1987, 576f.
505 So u. a. Seifert, Jürgen (1977): Wolfgang Abendroth und die SPD, in: Narr (Hg.), 245.
506 Abendroth, Wolfgang. (1975b): Demokratie als Institution und Aufgabe, in: Abendroth 1975, 26.
507 Abendroth 1954b, 51.

Demokratie ist demnach zunächst Inhalt des Kampfes derjenigen, die Demokratie verwirklichen wollen.[508] Sie bringen diese Zielvorstellung in die Welt und verleihen ihr ihre historisch-konkrete Gestalt. Doch muss sie sich erst als allgemeinverbindliche Norm durchsetzen und beweisen. Zwar konnte es für Abendroth gerade nach der Erfahrung des Faschismus keinen historischen Fortschrittsautomatismus oder keine Gesetzmäßigkeit geben, die eine umfassende Demokratisierung verbürgten, dennoch betrachtete er die Idee der Demokratie bereits als mächtig genug, dass es in der modernen Welt keine andere wirksame Rechtfertigung politischer Herrschaft mehr gab als die demokratische Legitimität.[509]

Notwendigkeit: Übergang zur sozialen Demokratie

Für Abendroth galt es, das Prinzip der demokratischen und sozialen Teilhaberechte auch auf die Produktions- und Zirkulationssphäre zu übertragen. Denn mit Bezug auf Marx begann für Abendroth das Reich der Freiheit erst da, wo das Arbeiten, das durch Not und äußere Zweckmäßigkeit bestimmt war, aufhört.[510] Und entsprechend konnte Freiheit nur darin bestehen, dass die vergesellschafteten Menschen, die assoziierten Produzenten, ihren Stoffwechsel mit der Natur rational regeln, ihn unter ihre gemeinschaftliche Kontrolle bringen, statt von ihm als von einer blinden Macht beherrscht zu werden.[511] Die Menschen verkannten, dass ihre Verhältnisse historisch geworden sind und von Menschen permanent gestaltet und verändert werden.[512] Die bewusste Gestaltung der ökonomischen Prozesse sei somit Ergebnis der Erkenntnis von Gestaltungsspielräumen. Aus diesem Grund forderte er Demokratie nicht nur als politische Verfassung, sondern als Prinzip der gesamten Gesellschaft.[513] Sozialismus ist für Abendroth nichts anderes als die allseitige Verwirklichung des Gedankens der Demokratie, in dem dieser Gedanke aus einem System politischer Spielregeln zum inhaltlichen Prinzip der gesamten Gesellschaft zur »sozialen Demokratie« erweitert wird.[514]

---

508 Vgl. Römer, Peter (2001): Recht und Politik bei dem Marxisten Wolfgang Abendroth, in: Hecker/Klein/Rupp (Hg.), 56.

509 Vgl. Abendroth 1975b, 21.

510 Vgl. Abendroth, Wolfgang (1972i): Ist der Marxismus überholt?, in: Abendroth 1972, 363.

511 Vgl. Abendroth 1972i, 363.

512 Vgl. Abendroth, Wolfgang (1972r): Die Alternativen der Planung: Planung zur Erhaltung des Spätkapitalismus oder Planung in Richtung auf eine klassenlose Gesellschaft? Einige marxistische Bemerkungen zum Problem der Planung, in: Abendroth 1972, 463-493.

513 Vgl. Abendroth 1954, 297.

514 Abendroth 1975b, 32.

Mit Blick auf die unmittelbare Zeitgeschichte machte Abendroth das Ausbleiben dieses Übergangs von der »formalen« zur »sozialen Demokratie« für das Scheitern der Weimarer Republik verantwortlich. Aus den Erfahrungen der Machtübernahme des Faschismus in Italien, Deutschland, Österreich und Spanien verwies er auf die ständige Tendenz der traditionellen Führungsschichten in der modernen Gesellschaft, »durch Umdeutung verfassungsrechtlicher Normen die Entwicklungsmöglichkeiten zur demokratischen Entfaltung der Massen und durch die Massen demokratisch beherrschbarer Staatsorgane einzuschränken oder aufzuheben.«[515]

> Die bloße Tatsache der Existenz einer demokratisierten demokratischen parlamentarischen Verfassung bietet also noch keine Garantie friedlicher Fortentwicklung zu einer demokratischen Gesellschaft, weil niemand gewährleisten kann, dass die privilegierten Schichten die Rechtsordnung respektieren, wenn sie es für aussichtsreich halten, in ihrem Interesse die Rechtsordnung umzudeuten oder zu vernichten.[516]

Die Trennung von politischem und ökonomischem Kommando erzeuge einen Spannungszustand, der im nur formaldemokratisch organisierten Staat nicht aufrechtzuerhalten sei.[517] Man stehe, so schrieb Abendroth 1952, vor einer Entscheidung:

> Der innere Widerspruch des bloß formaldemokratischen Staates in der liberalkapitalistischen Gesellschaft, die ihn erzeugt hat, bleibt deshalb bestehen und kann in der konkreten Lage, die in der gegenwärtigen Periode monopolkapitalistischer Entfaltung der modernen industriellen Massengesellschaft besteht, nur in zwei Richtungen seine Lösung finden: entweder erweitert sich die formale Demokratie der staatlichen Organisation zur sozialen der Gesellschaft und entfaltet dadurch ihr eigenes Wesen; oder aber: die wirtschaftlichen Machtträger der Partialinteressen in der Gesellschaft streifen die demokratische Form der politischen Organisation – des Staates also – ab und begeben sich dabei auch ihrer liberalen Tradition. […] Das Ende der Weimarer Republik hat historisch bewiesen, dass auf lange Sicht in unserer Zeit Demokratie als formale Demokratie nicht mehr möglich ist, und dass mit der formalen Demokratie auch die durch den Liberalismus entwickelten kulturellen Werte verschwinden müssen, wenn es nicht gelingt, durch Umwandlung der formalen Demokratie des Staates in die soziale der Gesellschaft einer positiven Lösung zuzusteuern.

---

515 Abendroth 1975b, 28.
516 Abendroth 1975b, 28.
517 Abendroth 1954, 290.

> Erst im Zeichen dieser theoretischen Überlegung und der geschichtlichen Erfahrung, die durch den Untergang der formal-demokratischen Ordnung in Italien, Deutschland, Österreich und Spanien in der Periode zwischen den Weltkriegen vermittelt werden, gewinnt die politische und die staatsrechtliche Analyse der Stellung der Gewerkschaften im gegenwärtigen Verfassungssystem Westdeutschlands ihren richtigen Ausgangspunkt und Standort.[518]

Diese historische Analyse verlor für Abendroth auch durch die Entwicklung des fordistisch-keynesianistischen Gesellschaftstypus nicht an Gültigkeit.

3. Demokratisierung und Arbeiterbewegung

Klassengleichgewicht herstellen

Für Abendroth umfasste damit der Begriff der demokratischen Ordnung sowohl den verfassungsrechtlichen Rahmen als auch die politisch-sozialen Kräfte, die diesen Rahmen tragen.[519] Verfassungsnormen würden erst zum Schutz, wenn sie auch verteidigt werden. In der Verschiebung von Verfassungspositionen manifestierten sich für ihn auch reale Machtverschiebungen. In der konkreten Situation der 1950er Jahre galt es für Abendroth, das Klassengleichgewicht wiederherzustellen, denn:

> Die Lebensfähigkeit der formal-demokratischen Verfassungsnormen hängt [jedoch] vom Gleichgewicht der Klassenkräfte [ab], das durch die demokratische Reaktionsfähigkeit und das demokratische Selbstbewußtsein der Arbeitnehmer gegenüber dem konzentrierten Kapital und dem Staatsapparat bestimmt wird.[520]

Im Zusammenhang mit den Notstandsgesetzen machte er deutlich, dass es nicht reicht, diese nur in Form demokratischer Debatten zurückzuweisen. Dazu bedarf es auch der Mobilisierung der demokratischen Öffentlichkeit und außerparlamentarischer Kampagnen der Arbeiterorganisationen.[521] Ist zunächst ein Klassengleichgewicht erreicht, bestanden für Abendroth auch Chancen für eine friedliche Transformation der Gesellschaft.

Historische Rolle der Arbeiterbewegung

Kern des demokratischen Gegengewichts blieb für Abendroth die Arbeiterbewegung. Die demokratischen Kräfte des deutschen Volkes, die großen Organisationen der Arbeitnehmer und die Partei der demokratischen Sozia-

---

[518] Abendroth 1975a, 34.
[519] Seifert 2001, 75.
[520] Abendroth, Wolfgang (1960): Nach dem Parteitag in Hannover, in: SoPo 11-12/1960, 1, zit. n. Perels, Joachim (1975): Einleitung, in: Abendroth 1975, 9.
[521] Vgl. Abendroth, Wolfgang (1975e): Von der bürgerlichen Demokratie zur autoritären Diktatur, in: Abendroth 1975, 138.

listen, waren ihm in dieser Lage die einzigen Garanten für die Bewahrung demokratischer Freiheit.[522] Diesen großen Organisationen sei historisch die Trägerschaft der Emanzipationsbewegung zugefallen, da schon früh das demokratische Denken mit der Arbeiterklasse eine neue Trägerin bekam. Die besitzenden Klassen hätten sich von allen demokratischen Vorstellungen bewusst und deutlich getrennt, als die Industrialisierung im modernen industriellen Proletariat eine Klasse entstehen ließ, die nicht nur politische, sondern auch soziale und wirtschaftliche Privilegien jeder Art um ihrer Existenz willen bekämpfen musste.[523] Trotz der Anpassungstendenzen in modernen Großorganisationen im höheren bürokratischen Management und des problematischen Verhaltens während des Dritten Reichs seien »die Arbeitnehmer und die demokratischen Sozialisten [...] – durch ihre soziale Position und ihr politisches Bekenntnis eindeutig gebunden – die geborenen Hüter der Demokratie in der rechtlichen und der realen Verfassung unseres Staates.«[524]

Gewerkschaften als Hüter der Demokratie

Hierbei dachte Abendroth vor allem an die Gewerkschaften. Ihnen sei die demokratische Zielsetzung notwendig immanent, wenn sie ihr eigenes »Wesen« nicht preisgeben wollten.[525] Darauf beruht in Abendroths Denken überhaupt ihre Legitimation. Die Arbeiterklasse muss, um ihre Emanzipationsziele zu erreichen, demokratische und soziale Teilhaberechte erkämpfen. Die Durchsetzung des Einflusses der Gewerkschaften im sozialen und wirtschaftlichen Leben gegenüber ihren Gegenspielern, »ist deshalb zum neuralgischen Punkt des Kampfes um die Demokratisierung der Gesellschaft und ihrer politischen Gestalt geworden.«[526] Überhaupt sei in Deutschland Ende des Ersten Weltkriegs eine Wende in der Gesamtentwicklung eingetreten als die Gewerkschaften eine Schutzfunktion zum Erhalt der politischen Demokratie gegenüber autoritär-faschistischen Umsturzversuchen übernahmen.

> Als im März 1920 [Kapp-Putsch, RH] die Arbeiterklasse den ersten gewaltsamen Versuch der alten Kräfte zum Sturz der politischen Demokratie mit der Waffe des politischen Massenstreiks abwehren konnte, wurde die innere Verbindung von demokratischer politischer Verfassung, Streikrecht und Kampfwillen der Arbeiterklasse besonders deutlich.[527]

---

522 Vgl. Abendroth 1955a.
523 Vgl. Abendroth 1975b, 22.
524 Abendroth 1955a, 122.
525 Vgl. Abendroth 1975a, 42.
526 Abendroth 1975b, 31.
527 Abendroth 1955e, 71.

Tendenzen zum Verfassungsbruch

Die Sozialdemokratie betrachtete diese Bereitschaft zum Klassenkampf zunehmend als antiquiert. Doch auch in Phasen wirtschaftlicher Prosperität ließen sich für Abendroth die unterschiedlichen gesellschaftlichen Interessen auf Dauer nicht vereinen. Die privilegierten Schichten der deutschen industriekapitalistischen Gesellschaft seien nur solange bereit, die äußeren Formen der Demokratie hinzunehmen, wie sie in den Konjunkturperioden auf Zustimmung großer Teile der Wählerschaft zu ihrer Politik rechnen können.[528] Hermann Heller, so Abendroth wieder 1951, sei vor dem Hintergrund der Weimarer Republik zu der Erkenntnis gelangt,

> dass im gegenwärtigen Zeitalter der Massengesellschaft und des Monopolkapitalismus das Auseinanderklaffen von politischer und gesellschaftlich-wirtschaftlicher Macht auf die Dauer nicht bestehen bleiben kann, ohne dass die formal demokratisch organisierte politische Macht durch die reale gesellschaftliche Macht der wirtschaftlichen Machtträger zerstört wird. Nach Hermann Hellers überzeugender Darstellung wird in einer solchen Situation schließlich entweder die demokratische Organisation der politischen Macht durch die Träger der realen wirtschaftlichen Macht beseitigt oder die politische Demokratie gezwungen, ihre Gestaltungsmethode auf die Organisation der Wirtschaft zu übertragen.[529]

Diese latente politische Gefährdung bedrohte für Abendroth die Grundordnung wesentlich mehr als es ein Streik vermochte.

Verfassungsgericht

Geht es für Abendroth um den Bestand des Rechtstaates, die Legalisierung der Emanzipationsinteressen der Arbeiterbewegung und die Verteidigung erreichter Rechtspositionen, so gehört zu seinem klassenanalytischen Ansatz, nicht blind auf das Rechtssystem zu vertrauen, wie es für ihn die Sozialdemokratie 1933 praktizierte hatte, als sie auf die Herstellung eines realen Klassengleichgewichts verzichtete. Und auch das Verfassungsgericht blieb für ihn von der Existenz einer kampfbereiten und –fähigen Demokratiebewegung abhängig:

> Das Verfassungsgericht kann also seine Pflichten, die ihm das Grundgesetz aufbürdet, im Falle einer groben Verfassungsverletzung praktisch nur dann erfüllen, wenn die demokratischen Kräfte in der Bevölkerung ihre Widerstandspflicht kennen und sie sofort betätigen.[530]

---

528 Vgl. Abendroth 1955e.
529 Abendroth 1951a, 58.
530 Abendroth 1955a, 124.

Widerstand und Wandel

Das Verfassungsgericht könne dem Souverän sein Widerstandsrecht auch nicht absprechen.

> Sie [die Verfassung, RH] verpflichtet also die der Verfassung unterworfenen Volksmassen nur solange dazu, den Staatsorganen Gehorsam zu leisten, als diese Grundlagen respektiert werden, die allein die Verfassung legitimieren können. Deshalb ist vom Standpunkt der westdeutschen Arbeitnehmer und der demokratischen Sozialisten aus gesehen diese Unterwerfungspflicht nur solange gegeben, als das Bekenntnis zur demokratischen Einheit des deutschen Volkes (Art. 146 GG) und das Bekenntnis zur progressiven Verwirklichung der sozialen Demokratie (Art. 20 GG) von den Organen des westdeutschen Staatsfragmentes beachtet wird.[531]

Verteidigung und demokratische Ausweitung

Abendroth sah in der Verteidigung des bestehenden Rechtes nur einen ersten Schritt. Letztlich bestand für ihn die Aufgabe darin, »aus der defensiven Verteidigung demokratischer Rechte, zunächst der bürgerlich demokratischen Rechte, in die Offensive des Kampfes gegen die Manipulation überzugehen«.[532] Denn:

> In Wirklichkeit ist ja dieser Kampf um Transformation der Papier-Demokratie, die die bürgerliche Gesellschaft dem Scheine nach gewährt, in eine wirkliche Demokratie, die die demokratischen Rechte für die breiten Masse lebendig macht und die breiten Massen emanzipiert, auch kulturell emanzipiert und dadurch selbstverwaltungsfähig macht, nicht anderes, als der Kampf um die Transformation spätkapitalistischer gesellschaftlicher Formen in sozialistische Verhältnisse.[533]

4. Aufgabe demokratischer Juristen

Gegenkräfte

Folgt man Abendroth, dann hat auch die Bedeutung von Juristinnen und Juristen seit der Weimarer Republik eine historisch neue Qualität erreicht. Der späte Abendroth spricht sogar vom »potentiell gesellschaftstransformatorischen Charakter der Rechtswissenschaft und des Rechtssystems in der neuen globalen Gleichgewichtslage nach 1945«.[534] In der Bundesrepublik habe der Jurist die Aufgabe, die Offenheit des Grundgesetzes zu bewahren, bis

---

[531] Abendroth 1955a, 122.
[532] Pinkus (Hg.) 1967, 84.
[533] Pinkus (Hg.) 1967, 87.
[534] Vgl. Abendroth, Wolfgang (1981): »Die Theorie ist für die Praxis da, weil sie die Praxis anleiten will«. DIALEKTIK im Gespräch mit Wolfgang Abendroth, in: Arbeiterbewegung und Wissenschaftsentwicklung. Wolfgang Abendroth zum 75. Geburtstag, Köln, 153.

der Souverän anders entscheidet, damit die Veränderungen politisch ausgetragen werden können und nicht durch juristische Schranken »unmöglich« gemacht würden.[535]

Parteilichkeit der Juristen

Dies erinnert sehr an die Intellektuellentheorie Gramscis, denn auch der soziale Gegenspieler verfügt für Abendroth über seine organischen Intellektuellen:

> Unter Beihilfe des Juristenstands, der nur in obrigkeitsstaatlichen Bahnen denken konnte (bevor er mit fliegenden Fahnen zum Faschismus überlief), gelang es, Stück für Stück der demokratischen und sozialen Teile des formalen Verfassungsrechts durch Umdeutungskünste wirkungslos zu machen, weil ein großer Teil der Arbeiterklasse in formal-abstrakter »Staatstreue« vergaß, die klassenpolitische Bedeutung dieses Umwandlungsprozesses zu überprüfen und seine – allein wirklich demokratische – außerparlamentarische Macht gegen diese Machtverschiebung, ohne jede Rücksicht auf die Scheinlegalität dieser Angriffe des Staatsapparates auf ihre demokratischen Rechte, zum Schutze der demokratischen Entwicklungsmöglichkeiten innerhalb der Weimarer Republik, einzusetzen.[536]

Wissenschaftler waren für Abendroth dem Streben nach möglichster Objektivität verpflichtet. Dennoch war nicht zu verhindern, dass ihre Aussagen weltanschaulich gebunden blieben.[537] Objektivität war nur zu erreichen, wenn der jeweilige Interpretationsstandpunkt und die implizierten gesellschaftlichen Ordnungsvorstellungen bewusst gemacht werden. Von hier aus war nun auf zivilgesellschaftlicher Ebene der Klassenkampf weiterzuführen.

Linke Kritik

Die Verteidigung von Verfassungspositionen stieß jedoch in der Linken immer wieder auf Unverständnis. Moniert wurde eine immanent juristische Argumentationsweise.[538] Abendroths Vorgehen wurde beispielsweise von Fichter und Lönnendonker als rein »formaljuristische« Strategie abgelehnt.[539] Dabei wurde von Abendroth das Problem der Entpolitisierung durch die fortschreitende Verrechtlichung durchaus wahrgenommen:[540] Verrechtlichung sei vom Standpunkt der jeweils unterdrückten Klassen aus keine Entpolitisierung, wenn um die Einführung von Rechten, ihre Ausweitung

---

535 Vgl. Seifert 2001, 79. »Unmöglich« verstanden als Ergebnis eines Verlusts politischen Gestaltungswillens des Souveräns, der sich in der Verfassung niederschlägt.

536 Abendroth 1975f, 131.

537 Vgl. Abendroth 1954, 299.

538 Vgl. den Überblick bei Perels 1975, 12ff.

539 Z. B. von Fichter/Lönnendonker 1977, 74.

540 Paech, Norman/Stuby, Gerhard (1985): Marxist unter Juristen, in: Redaktion Sozialismus (Hg.), 51.

oder ihre Gültigkeit gestritten werde.[541] Die Kritik der antiautoritären Neuen Linken an der »formaljuristischen« Strategie Abendroths verweist eher auf das Problem, dass die Verfassungstheorie Abendroths von ihr nur teilweise und verkürzt wahrgenommen werden konnte, weil ihr in jeder Hinsicht der Zugang fehlte.

Befriedigung des Klassenkampfs

Paech und Stuby haben darauf aufmerksam gemacht, dass Abendroth Verfassungsrecht, Verfassungsphilosophie und -interpretation als Mittel zur Befriedigung des Klassenkampfs begreift. Der Klassenkampf wird, sofern dies möglich ist, in rechtsförmiger Auseinandersetzung fortgeführt, und auf physische Gewalt verzichtet.[542] Gewalt ist ihm dagegen Ausdruck einer undemokratischen Wirklichkeit: »Die physische Gewaltsamkeit auszuklammern ist in der Normalsituation der Fortbewegung ihres historischen Prozesses die angemessene Weise der Existenz der menschlichen Gesellschaft.«[543]

Atomare Bedrohung

Die Befriedung der Klassenkämpfe durch Verrechtlichung wurde für Abendroth schon durch die internationalen Beziehungen im Atomzeitalter zur Notwendigkeit. Die Blockkonfrontation und die nukleare Bedrohung nötigten besonders zum Verzicht auf jedwede gewaltsame Interventionen und zur Betonung friedlicher Aktionsmöglichkeiten:

> Kommt es zur physischen Gewaltsamkeit, so ist aller Wahrscheinlichkeit nach nicht nur die heutige Zivilisation am Ende, sondern sind wir selbst am Ende. Denn am Ende dieser physischen Gewaltsamkeit steht mit größter Wahrscheinlichkeit der Sieg des Feindes als derjenige von Humanität, Demokratie und Sozialismus. Meine Aufgabe als Jurist ist es, diesen Waffenstillstand durch Interpretation zu festigen und zu erhalten. Meine Funktion als marxistischer Wissenschaftler ist es, in stets aktualisierter Analyse der gesellschaftlichen Machtlage zu zeigen, dass und wie es möglich ist, durch das Bewegen in diesem Waffenstillstand, in dem ich ständig diese Grundkräfte deutlich mache, ihn dazu zu nutzen, dass man ohne physische Gewaltsamkeit durch nichtphysische (aber natürlich auch) Gewalt des Klassenkampfes die Transformation aus der Klassengesellschaft heraus vollziehen kann in Richtung auf eine klassenlose Gesellschaft.[544]

---

[541] Vgl. Diers 2006, 36.

[542] Vgl. Paech/Stuby 1985, 51.

[543] Zit. nach Schöler 2001, 65.

[544] Abendroth, Wolfgang u. a. (1977): Der Kampf um das Grundgesetz, Frankfurt 1977, 191f., zit. n. Paech/Stuby 1985, 51 und Römer, Peter (2001a): Demokratie als inhaltliches Prinzip der gesamten Gesellschaft. Wolfgang Abendroths Beitrag zur Verteidigung demokratischer Positionen in der Bundesrepublik Deutschland, in: Balzer/Bock/Schöler 2001, 65.

Dazu musste aber auch ein Umgang mit den stalinistischen Staatssozialismen gefunden werden.

C. Das Problem des Stalinismus

1. Kritik am Stalinismus

Eingeschränkte Handlungsräume

Mit der immer stärker werdenden Stalinisierung in den osteuropäischen Staatssozialismen waren die politischen Handlungsspielräume der linkssozialistischen Strömung fortlaufend eingeschränkt worden. So war es ein Leichtes, sozialistische Zielsetzungen als Ganzes zu diskreditieren, Aufrüstung und Verschärfung der internationalen Beziehungen zu rechtfertigen. Offen auftretende Marxisten wie Abendroth waren in den 1950er Jahren erheblichen Diffamierungen ausgesetzt.[545] Der Ausschluss aus Diskursen (»geht doch rüber«) und Kriminalisierungen waren an der Tagesordnung. Für die dazugehörigen Familien zog dies erhebliche Belastungen nach sich.[546]

KPD-Verbot

Die Illegalisierung der KPD und die politische Justiz gegen Kommunisten waren Höhepunkte der antisozialistischen Repression.[547] Thränhardt urteilt: »Auch die rigorose Bekämpfung der Kommunistischen Partei und ihr Verbot 1956 hatte mehr mit außen- und innenpolitischem Freund-Feind-Denken zu tun als mit realen Gefahren, die von ihr ausgegangen waren.«[548] Abendroth hatte die blinde Verteidigung der osteuropäischen Systeme durch die KPD stets scharf kritisiert. Das Verbot der KPD zielte für ihn jedoch auf die politische Linke als Ganzes:

> Die Bundesregierung hat durch ihren Gutachter Prof. Bochenski während des KPD-Prozesses unverhüllt dartun lassen, dass sie nicht den Stalinismus, sondern jede Form freiheitlich-demokratischer Kritik an den Grundlagen der kapitalistischen Sozialordnung illegalisieren wollte. Das Schlussplädoyer des Staatssekretärs Ritter von Lex war eindeutig nicht gegen die Organi-

---

545 So beispielsweise in einem Artikel im *Rheinischen Merkur* (Nr. 15, Januar 1956), in dem er als ehemaliges SED-Mitglied bezeichnet wird. Schöler (1985) skizziert die zunehmenden öffentlichen Anfeindungen, denen die Abendroths spätestens seit Mitte der 1950er Jahre aus den Reihen von SPD und Gewerkschaften ausgesetzt waren.

546 Lisa Abendroth (Interview).

547 Vgl. Brünneck, Alexander von (1998): Gegenpositionen zur Politischen Justiz 1951 bis 1968 – Der lange Weg zur Liberalität, in: Buckmiller/Perels (Hg.), 70.

548 Thränhardt 1996, 111.

sationsprinzipien und den organisatorischen Zusammenhalt der stalinistischen Partei, sondern gegen den Marxismus gerichtet.[549]

Initiativausschuss

Eine Reaktion der politischen Linken auf die Rechtsbeugung und politische Instrumentalisierung des Rechtsstaates war der *Initiativausschuß für die Amnestie und der Verteidiger in politischen Strafsachen*, ein lockerer Zusammenschluss von Verteidigern verschiedenster politischer Herkunft, der von dem linkskatholischen Anwalt Walter Ammann 1956 gegründet worden war.[550] Der Ausschuss war laut Brünneck »lange Zeit die einzige Gruppierung in der Bundesrepublik, die auf die politische und rechtliche Problematik der Kommunistenverfolgung hinwies.«[551] Gegen Angriffe auf den Rechtsstaat insgesamt reagierten sie mit juristischer Fachkritik und Öffentlichkeitsarbeit. Auf Tagungen des Ausschusses sprachen unter anderem die Rechtsanwälte Diether Posser, Hermann Rebensburg, Heinrich Hannover sowie die Professoren Helmut Ridder, Werner Hofmann und Wolfgang Abendroth.[552] Der Ausschuss gab wichtige Impulse, um die politische Justiz Ende der 1950er Jahre zurückzudrängen. Abendroth wirkt in diesem Ausschuss als Referent mit und steuerte kleinere Veröffentlichungen bei.[553] Er bemühte sich nach eigenen Angaben, andere demokratisch denkende Professoren, auch wenn sie nicht marxistisch orientiert waren, als Referenten zu gewinnen.[554]

Notwendigkeit einer Stalinismuskritik

Doch dies allein genügte nicht. Gesucht wurden weiter alternative Ansätze für die Gestaltung der internationalen Beziehungen, besonders in der Deutschlandpolitik. Die Linkssozialisten mussten auch differenzierte Antworten auf den Stalinismus entwickeln, wenn sie nicht zwischen den beiden Militärblöcken und ihren grobschlächtigen Integrationsideologien politisch aufgerieben werden wollten. Es galt, die Stalinisierung der staatssozialistischen Systeme zu bewerten und theoretisch zu verarbeiten. »Hat sich der Marxismus«, so die Frage von Ernst Bloch, »nur bis zur Unkenntlichkeit o-

---

549 Abendroth (1982): Der Kampf um die Meinungsfreiheit. Liberale Demokratie oder autoritärer Verwaltungsstaat? in: Treulieb 1982, II, 53. Vgl. Abendroth, Wolfgang (1975d): Zum Verbot der KPD, in: Abendroth 1975, 93-99; ders. (1972d): Das KPD-Verbotsurteil des Bundesverfassungsgerichtes. Ein Beitrag zum Problem der richterlichen Interpretation von Rechtsgrundsätzen der Verfassung im demokratischen Staat, in: Abendroth 1972, 139-174.

550 Vgl. Brünneck 1998, 71f.

551 Brünneck 1998, 71f.

552 Vgl. Brünneck 1998, 71.

553 Vgl. in der Abendroth-Bibliographie von Balzer/Bock/Schöler (Hg.) 2001 die Nummern: 170a, 278a, 348 und 411.

554 Vgl. Abendroth 1976, 235.

der streckenweise bis zur Kenntlichkeit verändert?«[555] Entsprechend erarbeiteten Zeitgenossen Abendroths wie Werner Hofmann, Leo Kofler oder auch Henri Lefèbvre umfassendere Stalinismus-Analysen auf marxistischer Basis.[556] Abendroths Stalinismuskritik findet sich in verstreuten Einzelbeiträgen, und ist mit dieser Grundlage gut rekonstruierbar.

Parteilichkeit

Sucht man nach dem Standpunkt Abendroths zum Stalinismus, so veranschaulicht die Rücktrittserklärung aus dem Jahr 1948, die er nach seiner Flucht aus Ostdeutschland an die Ministerin für Volksbildung des Landes Thüringen richtete, seine Haltung.[557] Darin wandte er sich gegen die Deutschlandpolitik der SED und bemängelte den undemokratischen Ausschluss freier politischer Diskussionsmöglichkeit im politischen Leben der SBZ. Er betonte,

> daß dieses Schreiben keine Ablehnung der Grundgedanken der Oktoberrevolution und des Sozialismus enthält, für die ich stets eingetreten bin und ebenso weiter entschieden eintreten werde […] und dass es mir fern liegt, mich mit der Rechtsauffassung oder Politik irgendeiner Besatzungsmacht zu identifizieren.[558]

Dass ein unabhängiger Sozialist Westdeutschland als Wirkungsort vorzog, enthielt eine Anklage, die auch nicht mehr weiter ausgeführt werden musste. Abendroth hatte seine Position klar definiert: Zwischen den Machblöcken, auf der Grundlage des demokratischen Sozialismus, aber definitiv nicht in einer SBZ, die die Glaubwürdigkeit des Sozialismus ruinierte.

Eigenständige westliche Entwicklung

Abendroth erkannte zwar die historische Bedeutung der Oktoberrevolution und der Sowjetunion an, lehnte aber das Führungsmonopol der Komintern ab. Ganz in der Tradition der KPO forderte er eine plurale, polyzentrische kommunistische Bewegung, in der verschiedenen Arbeiterbewegungen mit anderen Bewegungen in ständigem kritischen und demokratischen Dialog stehen sollten. Die jeweiligen Bewegungen müssten sich aber entsprechend ihrer jeweils vorgefundenen Situation selbstständig entwickeln. Die Übernahme zentralisierter bolschewistischer Parteistrukturen hielt Abendroth dem Entwicklungsniveau des industrialisierten Westens nicht für angemessen. Überhaupt betrachtete Abendroth die Entwicklung in den osteuro-

---

555 Bloch, Ernst: Marx, aufrechter Gang, konkrete Utopie, in: Bloch, GA, Bd. 11, 449.

556 Vgl. Lefèbvre, Henri (1965): Probleme des Marxismus, heute, Frankfurt; Hofmann, Werner (1967): Stalinismus und Antikommunismus. Zur Soziologie des Ost-West-Konflikts, Frankfurt; Kofler, Leo (1970): Stalinismus und Bürokratie. Zwei Aufsätze, Neuwied.

557 Der Brief vom 29. 12. 1948 ist dokumentiert in: Sozialismus, 2/1990, 25.

558 Ebd.

päischen Staatssozialismen vom Standpunkt eines westlichen Marxisten aus, der nach ihren Konsequenzen für die europäische Arbeiterbewegung und ihren eigenen politischen Handlungsspielräumen fragte. Und hier fiel für ihn die historische Bilanz vielfach negativ aus. Die Politik der stalinistischen KPdSU machte er maßgeblich verantwortlich für die Spaltung der westeuropäischen Arbeiterbewegung und auch für den Sieg der faschistischen Gegenrevolution. Die Politik der »brutal barbarisch entarteten Diktatur des Stalinismus« habe das gegenseitige Vertrauen in der Arbeiterbewegung zerstört.[559] Die Übernahme der stalinistischen Herrschaftsformen in Ostdeutschland spiele dem politischen Gegenspieler die Argumente zu:

> Jeder terroristische Akt der Ulbricht-Gruppe wirkt in der Bundesrepublik als Propagandamittel zugunsten der Reaktion und gegen die bescheidensten Anfänge eines wiedererwachenden Klassenbewußtseins unter den Arbeitnehmern, er stärkt auf diese Weise die soziale Grundlage der Herrschaft des Finanzkapitals.[560]

Vor allem die Einschränkung der Meinungsfreiheit und die Entdemokratisierung durch die SED musste jede Entwicklung behindern. Doch totalitarismustheoretische Ansätze griffen für Abendroth zu kurz:

> Die Umwälzung der Gesellschaft in Russland hatte politische Techniken und Herrschaftsformen hervorgebracht, die in vielen Einzelheiten denen des Faschismus entsprachen (oder von diesem übernommen wurden). […] Indes alle diese Maßnahmen bedeuten im Rahmen des stalinistischen Systems etwas anderes. Im Faschismus die Endform der nationalen Entwicklung. Im Stalinismus auch in ihrer irrationalsten Zuspitzung an Rationalität des Ausgangsdenkens, Marxismus und Oktoberrevolution gebunden. Die stalinistische Ideologie musste ihre eigene Realität verleugnen. Sie musste die erbärmliche Lage der Arbeiter beschönigen und den Zwang leugnen. Die Lüge wurde von vielen westeuropäischen Arbeitern geglaubt.[561]

Abendroth legte Wert darauf, die jeweiligen historischen und sozialökonomischen Voraussetzungen der verschiedenen Gesellschaften sowie die politischen Zielsetzungen einer politischen Strömung bei politischen Analysen zu berücksichtigen. Nicht alles was sich ähnlich äußerte, barg gleiche historische Chancen.

---

559 Pinkus (Hg.)1967, 81 und Abendroth 1965b, 137.

560 Abendroth, Wolfgang (1978e): Ein Schritt vorwärts. Der Deutschlandplan der SPD, in: Lamm1978, 207f.

561 Abendroth 1965b, 129f.

Kritische Theorie

In der Einschätzung der Staatssozialismen bestanden Differenzen mit den Vertretern der Kritischen Theorie. Für Adorno war die »Drohung des Ostens, das Vorgebirge Westeuropa in sich hineinzuschlingen«, offensichtlich: »Wer ihr nicht widersteht, macht buchstäblich der Wiederholung des Chamberlainschen appeasement sich schuldig.«[562] Gegen diese Gleichsetzung, wie auch später gegen Marcuses Einschätzung, dass diese Manipulation durch bürokratische Gruppen und durch das ökonomische Management in den kapitalistischen und in den sozialistischen hochindustrialisierten Ländern grundsätzlich identisch bleibe, wandte sich Abendroth vehement.[563] Hinter den Schlagworten Bürokratie, Manipulation und totalitärer Staat verbarg sich für ihn Unterschiedliches. Niemand könne bezweifeln, dass Manipulationstendenzen den gegenwärtigen Stand der sozialistischen Gesellschaften bestimmen, schrieb Abendroth 1968.[564] Die objektiven Interessen der bürokratischen und der »Manager«-Schichten seien aber langfristig gesehen nicht identisch und müssten anders bewertet werden. Es sei kein Problem des Klassenkampfes mehr, weil sich diese Führungsschichten trotz ihrer Vorzugsstellung in der Gesellschaft nicht mit den Interessen des auf Erzielung von Sonderprofiten angewiesenen Monopolkapitals verschmelzen können. Durch die Entwicklung der Volksbildung in den sozialistischen Ländern würden die Bedingungen der Demokratisierung der gesamten Gesellschaft und der Auflösung dieser Schichten erzeugt. Diese Schichten hätten, wie groß die Entfremdung der Führungsgruppen zu manipulativen oder gar terroristischen Methoden auch sei, ganz andere Entwicklungstendenzen gesetzt, als sie in der spätkapitalistischen Gesellschaft entstanden seien.[565] Der späte Abendroth warf dem Horkheimer-Adorno-Kreis vor, die Prozesse, die der Sieg des Faschismus in dem einzigen sozialistischen Land auslöste, nicht verarbeitet zu haben.[566] Das war für Abendroth weder vom Anspruch wissenschaftlicher Differenzierung aus noch für die politische Strategiebildung sinnvoll.

Form der Kritik

Abendroths Verständnis nach musste nun eine Form der Stalinismus-Kritik gefunden werden, die Fehlentwicklungen anprangert, aber gleichzeitig der politischen Gegenseite keine Munition lieferte. Dieses Kritikverständnis

---

562 Adorno, Theodor W.: Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit, in: Adorno, GS, 10.2, 561.

563 Vgl. Abendroth, Wolfgang (1968a): Klassenauseinandersetzungen in der spätkapitalistischen Gesellschaft. Die Rolle der Intelligenz, in: Marxismus in unserer Zeit. Zum 150. Geburtstag von Karl Marx, Marxistische Blätter, 1/1968 (Sonderheft), 118-126.

564 Vgl. Abendroth 1968a.

565 Vgl. Abendroth 1968a, 121f.

566 Vgl. Marxistischer Studentenbund Spartakus (Hg.) 1986, 19f.

wird immer wieder und vor allem in der Auseinandersetzung um Rudolf Bahro und der Kritik Peter von Oertzens an Abendroth im Jahr 1979 deutlich.[567] Peter von Oertzen hatte Abendroth vorgehalten, seine parteikommunistischen Auffassungen seien unvereinbar mit dem Programm des DGB und unvereinbar mit den Grundsätzen der Demokratie, den Zielen des Sozialismus und den Traditionen der freiheitlichen Arbeiterbewegung.[568] Außerdem würde Abendroth die Inhaftierung Rudolf Bahros rechtfertigen.

Grundsätzlich galt für Abendroth, dass die Beurteilung eines jeden Prozesses aus der Situation heraus erfolgen muss, in der sich die Person, die Bewegung oder der Staat befand. Man müsse diese in der Argumentation mitdenken, ansonsten könne man nichts erreichen und niemanden überzeugen.[569] Es gehe schließlich darum, dem Gegenüber zu signalisieren, dass man nicht »mit dem Knüppel« auf ihn losgehen wollte, sondern dass man ihm in dieser Situation hilft und ihn nicht abschreibt.[570] Schreie man gegen ihn an, könne man nichts erreichen. Die Grundlage der Kritik bleibe die Orientierung auf eine demokratische, sozialistische und rechtsstaatliche Gesellschaft, die aber aus der jeweils vorliegenden Situation heraus entwickelt werden müsse. Joachim Perels erklärt, für Abendroth war stets die Unterscheidung zwischen autoritärer Form staatswirtschaftlicher Ordnung und Sozialismus als unverkürzte Demokratie deutlich zu machen.[571] Abendroth wollte die Fehlentwicklungen kritisieren, indem er sie benannte.[572] Im konkreten Fall Rudolf Bahros habe er kritisiert, was in der Rechtsordnung der DDR falsch laufe. Wenn er warne, müsse er das von deren gegenwärtigen Rechtsstandpunkt aus untersuchen und nicht von außerhalb.[573]

Kritik war für Abendroth nur als immanente Kritik sinnvoll. Sie musste von den konkreten Entwicklungsbedingungen ausgehen und sollte nicht von außen ideale Wunschvorstellungen herantragen. Die jeweiligen Entwick-

---

567 Privatarchiv Diers, Abendroth, Vorlesung Geschichte.

568 Vgl. Römer, Norbert (1990): Politik sozialer Partnerschaft, Stellungnahme zur gewerkschaftlichen Sozialismus-Debatte, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 4/1990, 217-226; Flechtheim, Ossip K./Rudzio, Wolfgang/Vilmar, Fritz/Wilke, Manfred (1980): Der Marsch der DKP durch die Institutionen, Sowjetmarxistische. Einflußstrategien und Ideologien, Frankfurt. Vgl. die Entgegnung Abendroth 1978b; Fritsche, Klaus (Bearb. 1979): Solidarität mit Wolfgang Abendroth, Sinn-Edingen.

569 Privatarchiv Diers, Abendroth, Vorlesung Geschichte.

570 Ebd.

571 Perels, Joachim (1985): Marxismus in der Restaurationszeit, in Redaktion Sozialismus (Hg.), 23.

572 Vgl. z. B. Abendroth 1965b, 165f. und Abendroth, Vorlesung Geschichte.

573 Privatarchiv Diers, Abendroth, Vorlesung Geschichte. Vgl. Abendroth, Wolfgang (1978b): Dissidentenprozesse in den sozialistischen Staaten, Protestpropaganda der »westlichen« Staaten und westdeutsche Linke, in: Das Argument 111 (1978), 716ff.

lungsmöglichkeiten hingen für den historischen Materialisten Abendroth auch von den historischen Altlasten einer jeden Gesellschaft ab – mit Marx von den »unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen«.[574] Die Entwicklung einer neuen Gesellschaft sei auch von alten herrschenden Vorstellungen bestimmt. Die neuen Vorstellungen müssen sich, so Abendroth in einer Vorlesung, erst langsam von den alten Denkstrukturen lösen, und diese alten Denkweisen und Vorstellungen wirken auf jede Emanzipationsbewegungen ein.[575] Dies bedeutete, dass die westlichen Arbeiterbewegungen die eigenständige Entwicklung in der Sowjetunion und die Überwindung des Stalinismus nur fördern könnten, westliche Modelle jedoch auf die osteuropäischen Staaten nicht übertragbar sind. »Denn unterdrückte Klassen oder Völker lernen jeweils durch ihre eigene Erfahrung im alltäglichen Kampf mit ihren Unterdrückern, nie durch Theorie allein, so sehr es der Theorie bedarf.«[576]

Operation Mauerdurchlöcherung

Hieraus ergab sich für Abendroth eine politische Handlungsoption für die westdeutsche Linke. Das Durchbrechen des Schweigens, die Aufrechterhaltung der Diskussion zwischen Ost- und Westdeutschland betrachtete er als ständige Aufgabe. Der Teufelskreislauf konnte für ihn nur auf jener Seite durchbrochen werden, »auf der wenigstens rechtlich noch freie Diskussion und rationale Meinungsbildung möglich ist – also durch die Opposition in der Bundesrepublik Deutschland«.[577] Im Jahr 1964 erläutert Abendroth in einer Diskussion im Audimax der Universität Marburg die »Operation Mauerdurchlöcherung«:

> Und wohlgemerkt, das ist ein Beispiel dafür, wie man diskutieren muß: Wenn wir sehen, dass wir uns bei einer Äußerung geirrt haben, sind wir so frei, es zuzugeben. Und dadurch, dass wir so frei sind, es zuzugeben, sollen wir lernen, denen drüben auch die Notwendigkeit des Zugebenkönnens aufzuerlegen durch unser Beispiel.[578]

Vor allem in der Aufarbeitung der eigenen – beziehungsweise der gemeinsamen – Geschichte des Faschismus sieht er einen Beitrag, die Verhältnisse

---

574 MEW, Bd. 8, 115.
575 Privatarchiv Diers, Abendroth, Vorlesung Geschichte.
576 Abendroth, Wolfgang (1974): Zur Rolle des Antikommunismus heute, in: Das Argument 87 (1974), 636.
577 Abendroth 1985d, 44.
578 Balzer, Friedrich-Martin/Hübsch, Reinhard (Hg.1994): »Operation Mauerdurchlöcherung«. Robert Neumann und der deutsch-deutsche Dialog, Bonn, 133.

im anderen Deutschland aufzubrechen und »die drüben zu zwingen, ihre stalinistischen Schlacken zu liquidieren.«[579]

Verweis auf Rolle der westlichen Demokratien

Die andere Handlungsmöglichkeit um den Stalinismus zu bekämpfen, bestand für Abendroth in der Reduzierung des außenpolitischen Drucks auf die Staatssozialismen. Die Stärke in Abendroths Ansatz lag in seinem Verweis auf die Wechselwirkung innerhalb konkurrierender, imperialer Staatensysteme und ihren Bewegungsgesetzen. Damit durchbrach er die Feindbildproduktion, da die Rolle der westlichen Staaten bei der Stärkung des Stalinismus in der Öffentlichkeit der 1950er Jahre völlig ausgeblendet blieb. Entsprechend führte Abendroth die Wiederbelebung der »barbarischen Methoden Stalins« auch auf die feindselige Containment- und Roll-Back-Politik gegen die Sowjetunion zurück.[580] Die »Wendung zur restalinisierenden Verengung« betrachtete er als »eine falsche, überzogene Reaktion auf die wiedererwachende restaurative Aggressivität des amerikanischen Imperialismus«.[581] Wie sich eben schon gezeigt hat, setzte er damit die qualitativen Unterschiede zwischen bürgerlicher Rechtsstaatlichkeit und stalinistischem Unrechtsstaat nicht gleich. Auch sollte die Bedrohung durch den »Osten« nicht einseitig mit einer Bedrohung durch den »Westen« ausgetauscht werden.[582] Aber sofern man die Auflösung des Stalinismus fördern wollte, blieb für ihn die Entlastung des Ostblocks vom außenpolitischen Druck durch die Staaten des Nord-Atlantikvertrages über eine Entspannungspolitik und durch Beendigung der Freund-Feind-Ideologie des Kalten Krieges vordringlich. Und dies bedeutete vor allem im eigenen Land die Demokratisierung voranzutreiben.

> Jeder Machtzuwachs der Adenauer-Gruppe und ihrer politischen Trabanten, jedes Anzeichen weiteren Zerfalles des sozialistischen Bewusstseins in der Gewerkschaftsbewegung und der Sozialdemokratie der Bundesrepublik wirkt in Ostdeutschland als moralische Rechtfertigung der Ulbricht-Maßnahmen und als Hindernis der Entfaltung einer Opposition gegen die Diktatur.[583]

Häufig wurde kritisiert, Abendroth habe mit zunehmendem Alter die Ostblockstaaten politisch gerechtfertigt oder relativiert. So meint zum Beispiel Schöler, der späte Abendroth habe versucht, den Stalinismus aus histori-

---

[579] Balzer/Hübsch (Hg.) 1994, 134.
[580] Vgl. Abendroth 1965b, 156ff.
[581] Abendroth 1976, 204.
[582] Vgl. Balzer/Hübsch (Hg.) 1994, 139f.
[583] Abendroth 1978e, 208.

scher Zwangslage zu erklären.[584] Beispielsweise erinnerte Abendroth immer wieder an die »objektiv notwendige Wirtschaftspolitik« in der Sowjetunion. Auch irritieren Reden wie die von der Ausdehnung »der stalinistisch entfremdeten Herrschaftsformen der Sowjetunion auf das zu deren Anwendung völlig ungeeignete Gebiet östlich der Elbe.«[585] Der Stalinismus kann aber unmöglich für die Sowjetunion »geeignet« gewesen sein. In der Abendrothsche Stalinismuskritik spiegeln sich allgemeine Probleme der westeuropäischen Linken in Bezug auf den Stalinismus: die historische Einordnung des staatssozialistischen Systeme und die Frage nach möglicherweise verpassten historischen Alternativen dazu.

Historische Einordnung

Zunächst belegen zahlreiche Texte aus den 1950er Jahren, dass sich entgegen dem Eindruck von Uli Schöler Abendroths Stalinismuskritik in den 1970er Jahren nicht geändert hat.[586] Abendroth sprach schon damals davon, dass sich die Sowjetunion auf Grund des Standes der Produktivkraftentwicklung und der bedrohlichen Situation für die Sowjetunion zu bestimmten Maßnahmen genötigt sah. Sie habe die gleichen geschichtlichen Aufgaben wie die westlichen Gesellschaften »mit administrativen Zwang und Terror erfüllen müssen«.[587] Da sich diese Erscheinungsformen nicht auf das »Wesen« des Marxismus oder des Sozialismus zurückführen ließen, wollte Abendroth den Stalinismus in seinen sozial-historischen Kontext einordnen, um Ausgangspositionen für eine Analyse zu gewinnen. Der Vorwurf, dass er mit dem Verweis auf die historischen und sozialen Rahmenbedingungen den Stalinismus verharmlose, ist zeitlebens gegen ihn erhoben worden. So wurde ihm beispielsweise 1970 in einem Schreiben der Vorwurf gemacht, auf einer Veranstaltung für den Stalinismus den Ausdruck »Deviationen«, also »abschwächende« und »beschönigende« Worte, gebraucht zu haben. Abendroth antwortete darauf in einem Brief, dass es ihm darum ginge, Funktionen im geschichtlichen Prozess einzuschätzen und entsprechend zu charakterisieren:

> Mit meinem Gewissen und meinem Leben habe ich mich in Sachen Stalin und Stalinismus gewiß nicht auseinanderzusetzen: Ich persönlich habe Stalin und sein System seit seiner Entstehung stets kritisiert und bekämpft, was während des gleichzeitigen Kampfes gegen das Dritte Reich nicht immer einfach war. Aber das hat mich nicht gehindert und hindert mich auch heute nicht, dessen Funktion im geschichtlichen Prozeß einzuschätzen und ent-

---

584 Vgl. Schöler 2001, 25.
585 Abendroth 1972h, 384.
586 Vgl. Schöler 2001, 40. Ein Beispiel unter vielen: Abendroth, Wolfgang (1963a): Aufgaben einer deutschen Linken, in: Krüger, Horst (Hg.): Was ist heute links? Thesen und Theorien zu einer politischen Position, München, 140ff.
587 Vgl. Abendroth 1975b, 25f.

> sprechend zu charakterisieren. Daß vor allem die Periode der stalinistischen Prozesse gegen die anderen Gruppierungen in der damaligen KPdSU und ihre Führer und die zweite Welle mörderischer stalinistischer Prozesse in den kleineren sozialistischen Staaten nach dem Ende des zweiten Weltkrieges Verbrechen waren, steht außer Zweifel. Ich habe mich auch niemals gescheut, sie als solche zu charakterisieren. Aber waren das zum Beispiel (natürlich in modifiziert anderer Weise) die Prozesse Robespierres gegen Danton und Herbert nicht in gleicher Weise? Trotzdem verdanken Sie und ich die Tatsache, daß Demokratie und Menschenrechte bestehen und daß wir also solche Fragen überhaupt diskutieren können, nicht nur dem Jahr 1789, sondern auch der Zwischenphase des Jakobinismus. Er war insofern eine Deviation des demokratischen Revolutionsprozesses und etwas völlig anderes als irrationale terroristische Akte etwa der Periode des Absolutismus oder denn reaktionärer Entwicklungen, etwa des Thermidor. Und ebenso haben die Verbrechen des Stalinismus nichts mit denen des Dritten Reiches zu tun, das vielmehr den Völkermord zu seinem Prinzip erhoben hatte. Es handelt sich hier nicht um Hinunterstilisieren von Verbrechen zu bloßen »Abweichungen«, sondern die Einordnung derartiger Vorgänge in den gesamten Geschichtsverlauf.[588]

Die Parallele zur Französischen Revolution war in der Argumentation der westeuropäischen Marxisten häufig anzutreffen. Wiederum geht es nicht um Relativierung, sondern nur um die Feststellung, dass viele gesellschaftliche Errungenschaften der Gegenwart nicht allein über Emanzipationsbewegungen erreicht wurden. Dieses anzuerkennen ist im Denken Abendroths Voraussetzung für die Möglichkeit einer anderen Entwicklung.

Unvermeidlichkeit

Die politische Konfrontation der 1950er Jahre provozierte Abendroth dazu, diese ausgeblendeten Momente der Geschichte zu betonen. Er, der sich der die Entwicklung des eigenständigen Denkens verschrieben hatte, sprach nun im Zusammenhang mit der Sowjetunion häufig von »Unvermeidlichkeiten«. So habe zum Beispiel ein sozialdemokratisches Parteiprogramm darauf hinzuweisen, dass dort wegen der Unentwickeltheit der russischen Gesellschaft zu der Zeit, als der neue Weg beschritten worden ist, »unvermeidlich« das Moment demokratischer Selbstbestimmung frei handelnder und intellektuell entwickelter Massen ausgeschaltet und unbetont bleiben musste, so dass nichtkapitalistische, nur dem äußeren Schein nach sozialistische Planungs- und Eigentumsformen ihrem eigentlichen Zweck vorerst völlig entfremdet wurden.[589] Abendroth verwies mehrfach auf »psychologisch unver-

---

[588] IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 46, Schreiben an Dr. Hans Jürgen Leeb vom 16. 12. 1970.

[589] Vgl. Abendroth 1956, 290.

meidbare Prozesse«, die er offenbar zunächst einmal zur Kenntnis genommen hat und ernst nehmen will: »Hat man sie aber als psychologisch unvermeidbar begriffen, so kann man sie auch verarbeiten und darüber hinwegkommen.«[590]. Unvermeidlich ist eine Situation eigentlich nur aus der Rückschau. Doch Abendroth bleibt nicht dabei stehen. Die Geschichte wird nicht eingeordnet, sondern ist Ausgangspunkt einer kritischen Analyse. In diese Analyse war für ihn auch einzubeziehen, worauf der Stalinismus antwortete.

> Die barbarische Zurückgebliebenheit der russischen Gesellschaft vor der großen Oktoberrevolution führte dazu, dass die russische Revolution nicht zufällig in der Form des Hochstalinismus eine zwar durchaus vermeidbare, aber eben doch durch objektive Bedingungen bestimmte Phase durchlief, sozusagen bestimmt durch die Notwendigkeit, das Problem der ursprünglichen Akkumulation, der Überwindung des Analphabetismus und der Erziehung zu industrieller Arbeitsdisziplin ohne Kapitalismus zu bewältigen.[591]

Er wollte daher seine Stellungnahmen nicht als Rechtfertigung von negativen Elementen in der UdSSR verstanden wissen, sondern nur als »Negation der Übersteigerung der Kritik an diesen negativen Erscheinungen, die die anderen Seiten des Prozesses übersieht.«[592] Hier kommt auch die Tradition der KPO zum Tragen. Wie Bergmann zeigte, versuchten sie, die innersowjetischen Entwicklungen zu verstehen und zu analysieren. Sie stellte sich dem Anspruch, »in jeder Lage zwischen positiven Leistungen, Notlagen (Sachzwängen) und erkennbaren politischen Fehlern zu unterscheiden.«[593]

Öffentliche und private Äußerungen

Die Frage, inwieweit Abendroth diesem Anspruch gerecht wurde, wäre an anderer Stelle einer genaueren Untersuchung zu unterziehen. Festzuhalten bleibt, dass Abendroth immer auch taktisch argumentierte. Abendroth waren die damit verbundenen Probleme sehr bewusst. Dennoch sah er sich unter den Bedingungen des Kalten Krieges genötigt, das Bild des Staatssozialismus in der Öffentlichkeit positiver darzustellen als im Privaten.[594] Die Taktik zielte darauf ab, Zeit für die internen Aufklärungsprozesses zu gewinnen. Diese taktische Dimension der Abendrothschen Beiträge findet sich, wenn man private Äußerungen hinzuzieht. In einem privaten Schreiben an Erwin Gräff aus Schweden notiert er 1970: »Zur Tschechischen Frage werden wir

---

590 Marxistischer Studentenbund (Hg.) 1986, 19.
591 Pinkus (Hg.) 1967, 89.
592 Kaestner (Hg.) 1984, 98.
593 Bergmann 2001, 311.
594 Anzeichen dafür finden sich nicht nur bei Kampe (2001, 227), der Abendroth auf seine widersprüchliche Haltung hinwies und auch die Haltung zum Roten Terror als Rechtfertigung empfand.

nicht allzu sehr differieren. Nur darf man dabei die Fronten nicht vergessen. Wann werden diese Idioten endlich einmal ihren Stalinismus aufgearbeitet haben?«[595]

Auffälligerweise blieben in seinen Schriften die historischen Alternativen zum Stalinismus nicht eingehend thematisiert. Nun lag der Arbeitsschwerpunkt Abendroths auch nicht in der historischen Analyse der Sowjetunion. Die marxistische Aufarbeitung des Stalinismus übernahmen bereits andere, wie Werner Hofmann oder Leo Kofler. Doch steht er auch beispielhaft für die große Sprachlosigkeit vieler westeuropäischer Marxisten als nach 1945 die Entstalinisierung nicht eintrat.

Vorwärtsweisende Tendenzen im Staatssozialismus

Abendroth konzentrierte sich darauf, die Aufmerksamkeit auf die Entwicklungsmöglichkeiten zu lenken. Zum Aufbrechen der Feindbilder und zur Stärkung friedlicher Entwicklungschancen war es für ihn notwendig, politisch-soziale Veränderungen in der Sowjetunion und in der DDR zur Kenntnis zu nehmen.[596] Anlass zur Hoffnung gab der XX. Parteitag der KPdSU, der für die Geschichte der westeuropäischen Linken, wie auch für die Neue Linke im Besonderen, nicht zu überschätzen ist. Die Linkssozialisten in der BRD sahen sich bestätigt und erwarteten eine Lockerung des Systems. Abendroth begrüßte den Parteitag als »Wende des Stalinismus«.[597] Er sah sich in seiner Einschätzung bestätigt, dass der Stalinismus in einen demokratischen Sozialismus transformiert werden kann. Anzeichen für eine langfristige Überwindung des Stalinismus sah er in der Fortführung der expansiven Bildungspolitik innerhalb der UdSSR. So entartet der Marxismus im Stalinismus auch sei, so sehr sei auch die Ausdehnung der Bildungsmöglichkeiten in dieser Gesellschaft vordringlich. Je weiter sich jedoch die Bildung erstrecke, je weiter die Bildung besitzenden Schichten eines solchen sozialistischen Systems sind, desto unvereinbarer wird mit ihrer Existenz die Aufrechterhaltung der dogmatisch-etatistischen Schranke.«[598] Abendroths Thesen sind an der Stelle miteinander verknüpft, weil die Rüstungsanstrengungen die UdSSR mit ihren Strukturproblemen enorm belasten musste und eine expansive Bildungspolitik blockierte. Abendroths Hoffnungen lagen im Ausbau des Bildungssystems als Voraussetzung für jede Demokratisierung.

Gleichzeitig tendierte seine Betonung der Produktivkraftentwicklung unter der Hand zu einer Gesellschaftstheorie, die Entwicklungsstufen impli-

---

595 IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 43, Brief an Erwin Gräff vom 18. 12. 1970.

596 Vgl. Abendroth, Wolfgang (1972f): Die Wende des Stalinismus, in: Abendroth 1972, 63. Vgl. zur Haltung gegenüber der DDR Kapitel V, C, 1: Rede zur Gründung des *Sozialistischen Bundes* am 6./7. 10. 1962.

597 Abendroth 1972f.

598 Abendroth 1968a, 112.

ziert, die nicht übersprungen werden können. Dieses Problem ist von Abendroth nicht systematisch ausgebreitet worden, obwohl es in der späteren Auseinandersetzung mit dem neuen Internationalismus der antiautoritären Neuen Linken aktuell wurde. Hier kann über Abendroths Vorstellung bislang nur spekuliert werden. Abendroth stieß an die Grenzen dessen, was ein Einzelner leisten konnte. Er beschränke sich auf die Suche nach den Veränderungspotenzialen, die in der aktuellen Situation bedeutsam waren. In diesem Sinne half Abendroths Stalinismuskritik mit, die Kalte-Kriegs-Logik gedanklich zu überwinden.

2. Deutschlandpolitik und Völkerrecht

Wiedervereinigung und Demokratie

Wiederbewaffnung und Wiedervereinigung waren zentrale innenpolitische Themen der Ära Adenauer. Bei der bisher skizzierten Auseinandersetzung mit dem Stalinismus wurden bereits Ansätze zu einer alternativen Deutschlandpolitik sichtbar. Abendroth formulierte in den 1950er Jahren die Wiedervereinigung als politisches Ziel sozialistischer Politik. Dabei sah er die Wiedervereinigung nicht als »nationale« Aufgabe, sondern als Bedingung für die demokratische Selbstbestimmung des Souveräns:

> Der demokratische Grundgedanke des Grundgesetzes kann sich erst im wiedervereinigten Deutschland voll entfalten. Erst wenn die Nation, deren Wille zur politischen Einheit fortbesteht, ohne territoriale Trennung in ihrer Einheit politische Entscheidungen fällen kann, ist sie zu so schwerwiegenden politischen Entscheidungen fähig, wie sie sich in der Bindung an militärisch einseitige Sicherheitssysteme niederschlagen.[599]

Abendroth bewertete die Spaltung Deutschlands als gefährlichste Bedrohung des Weltfriedens, da die Spannungen durch die Einbeziehung in die atomare Rüstungspolitik gesteigert werden:

> Sie ist gleichzeitig das entscheidende Hindernis dafür, dass die deutschen Arbeitnehmer sich zu einheitlichem Handeln im Interesse der Verwirklichung einer demokratischen und sozialistischen Ordnung zusammenfinden.[600]

Hier sah sich Abendroth in Übereinstimmung mit seinen beiden politischen Lehrern Thalheimer und Brandler. Auch diese hielten eine sozialistische Re-

---

[599] Abendroth 1955a, 126.
[600] Abendroth 1978e, 207.

volution unter fremder Besatzung für unmöglich, obwohl das Land dafür überreif sei. Deswegen sei der Rückzug der Besatzungsmächte zu fordern.[601]

Nationalstaat und Internationalismus

Nationalstaat war für Abendroth nicht mehr als ein Ordnungsgefüge, in dem aber demokratische Selbstbestimmung ermöglicht werden muss. Die Durchsetzung der Demokratie als Prinzip einer Gesellschaft veränderte dabei immer auch die internationalen Beziehungen und ist nur im Zusammenhang mit anderen sozialistischen Bewegungen möglich:

> Es gehört zu den ältesten Anliegen jeder sozialistischen Bewegung, die demokratische Einheit der eigenen Nation als ein Ziel anzusehen, das in den proletarischen Internationalismus eingeordnet ist. Sozialistischer Internationalismus war immer mit der energischen Verfechtung der demokratischen Interessen der Nation identisch. Nicht zu unrecht hat Rosa Luxemburg in der Junius-Broschüre darauf hingewiesen, daß die deutsche Sozialdemokratie, als sie 1914 den Sirenengesängen der imperialistischen Kriegstreiber erlag, die im demokratischen Sinne nationalen Interessen Deutschlands nicht verteidigt, sondern preisgegeben hat. Die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands muß deshalb das zentrale Anliegen der deutschen Sozialisten und auch der sozialistischen Internationale bilden.[602]

Dabei spielten Hoffnungen mit hinein, dass sich durch eine Wiedervereinigung die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse in Richtung Sozialismus verschöben. Abendroth meinte, der »restaurative Naturschutzpark« der Bundesrepublik könne nur durch einen demokratischen Gegenstoß der Einschaltung der mitteldeutschen Arbeiter gebrochen werden.[603] Er dachte die Vereinigung allerdings als Prozess, aus dem keines der bestehenden Systeme als Sieger hervorgehen sollte. So machte er beispielsweise nach den Aufständen von 17. Juni 1953 deutlich, dass eine Wiedervereinigung, weder durch ein demokratisch nicht legitimiertes Gebilde, noch durch Ausdehnung der BRD hinnehmbar sei.[604]

Kampf gegen die Wiederbewaffnung

Der Kampf gegen eine neuerliche Rüstungsspirale in Zentraleuropa begann mit der Bewegung gegen die Wiederbewaffnung, der größten politischen Bewegung der frühen Bundesrepublik. Auch in dieser trat Abendroth als politischer Wissenschaftler auf. So wurde im Jahr 1954 ein Jugendkon-

---

601 Vgl. Bergmann 2001, 355. Sie berufen sich dabei auf Engels, die Voraussetzung für einen sozialistischen Internationalismus sei, zunächst einmal »Herr im eigenen Haus« zu sein (vgl. Bergmann 2001, 352).

602 Abendroth 1954a, 6.

603 Abendroth 1954a, 6.

604 Vgl. Abendroth, Wolfgang (1972e): Die gegenwärtige völkerrechtliche Stellung Deutschlands, in: Abendroth 1972, 343. Zum 17. Juni 1953 vgl. auch Abendroth 1965b, 180f.

gress des DGB nach einem Referat von Abendroth zum Startsignal für eine Protestwelle quer durch viele Jugendverbände.[605] Dabei verwies Abendroth auf die Defizite in der sozialdemokratischen Programmatik. Im November 1954 fordert er in einem Artikel in der Frankfurter Zeitschrift *Links* eine sozialistische Außenpolitik jenseits des Antikommunismus.[606] Er sah die Aufgabe der Sozialisten darin, ihre außenpolitische Stellungnahme zum Instrument der Mobilisierung der Massen gegen jede Kriegsgefahr zu machen. Nur dadurch könnten die Sozialisten die Tendenz der gegenwärtigen geschichtlichen Situation, sich in stetig wiederholenden Weltkriegen zu entladen, ausgleichen und die Möglichkeit friedlicher Fortentwicklung zu einer neuen Gesellschaft erhalten.[607] Sozialistische Außenpolitik habe sich auf die Verteidigung des Friedens und auf Ausgleichschancen zwischen den großen Mächten zu konzentrieren – und seien sie noch so kurzfristig – um Zeit zu gewinnen. Er hoffte erstens, dass so die Wahrscheinlichkeit wachse, dass sich die inneren Widersprüche der Sowjetunion entfalten und zu einer demokratischen Auflockerung führen könnten. Zweitens könnten die asiatischen Großmächte zu Ausgleichsfaktoren in der Weltpolitik aufsteigen. Drittens könnten die europäischen Sozialisten Zeit für die Koordination zum Kampf um die soziale Demokratie gewinnen und viertens könnten die Gewerkschaften in den Vereinigten Staaten zum Ansatz sozialistischer Umformung der größten Macht der damaligen Welt werden.[608] Auch wenn die Wiederbewaffnung nicht verhindert wurde, gilt, was Rupp über die spätere Kampagne gegen Atomrüstung 1958 sagt: Sie gab emanzipative Impulse, indem politisch-kritisches Verhalten von bisher »unpolitischen« Schichten eingeübt wurde.[609]

Rechtsnachfolge

Als Jurist beschäftigte Abendroth die Wiedervereinigung auch unter dem Gesichtspunkt des Völkerrechts. Hier verliefen die Diskussionslinien um die Frage der Rechtsnachfolge des Deutschen Reichs, die von der Bundesrepublik beansprucht wurde. Im *Königsteiner Kreis – Vereinigung der Juristen, Volkswirte, Beamte aus der sowjetischen Besatzungszone* fand Abendroth eine Gesprächsrunde, in dem diese verfassungspolitischen und völkerrechtlichen Fragen erörtert wurden.[610] Aber nicht nur das. Der Kreis legte zum

---

605 Vgl. Kraushaar 1996, Bd. 2, 1081f.
606 Vgl. Abendroth 1954a.
607 Vgl. Abendroth 1954a, 5.
608 Vgl. Abendroth 1954a., 5.
609 Vgl. Rupp 1970, 277ff.
610 Zum Königsteiner Kreis vgl. Schröder, Friedrich-Christian (1995): Fünfzig Jahre Königsteiner Kreis, in: Deutschland Archiv, 5/1995, 709ff.

Beispiel 1951 einen Gesetzentwurf zur freien Wahl einer Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung vor.[611]

Abendroths Position in der Frage der Rechtsnachfolge war, dass die Westbindung einen völkerrechtlichen Bruch des Vier-Mächte-Abkommens darstellte. Bereits während seiner Zeit im Potsdamer Justizministerium hatte er betont, dass sich die Vier Mächte durch das Potsdamer Abkommen gegenseitig verbindlich verpflichtet hätten, einen neuen gesamtdeutschen demokratischen Staat zu rekonstituieren.[612] Ebenso wies er anhand des Vier-Mächte-Abkommens den Anspruch der Rechtsnachfolge des Deutschen Reichs durch die Bundesrepublik zurück. Rechtnachfolger seien die Vier Mächte und kein Staatsfragment könne den Anspruch erheben, für Gesamtdeutschland repräsentativ zu sein. Weder die Übertragung der politisch-sozialen Machtverhältnisse der heutigen Bundesrepublik nach Osten noch die Übertragung der Herrschaftsformen der DDR nach Westen wären im Interesse der Demokratie und der deutschen Arbeitnehmer.[613] Die Behauptung der Rechtsnachfolge des Deutschen Reichs durch die Bundesrepublik in Form der Identitätstheorie, mit der begründet wurde, dass die Bundesrepublik auf frühere Grenzen bestehen könne, solange sie diese nicht in einem Friedensvertrag abgetreten habe, bezeichnete er als eine »aggressive, gegen den völkerrechtlichen Status quo gerichtete politische Ideologie.«[614] Sie sei aber keinesfalls eine vertretbare juristische Theorie, und gewiß keine denknotwendige Konsequenz des Grundgesetzes. Gegen diese »scheinjuristischen Theorien und Phantasiebilder« gelte es vorzugehen.[615] Konsequenterweise wandte er sich auch dagegen, das Verbot der Aufnahme diplomatischer Beziehungen verfassungsrechtlich oder mit dem Fehlen einer demokratischen Legitimation zu rechtfertigen.

Thesen zur Wiedervereinigung

Zu Beginn des Jahres 1955 hatte die UdSSR noch einmal ein Wiedervereinigungsangebot gemacht unter der Bedingung, dass die Pariser Verträge nicht ratifiziert würden. Vor dem ersten Gipfeltreffen seit der Potsdamer Konferenz zur Deutschlandfrage in Genf im Juli 1955 legte Abendroth »Thesen zur Wiedervereinigung Deutschlands« vor, die er 1955 in der Zeitschrift *Die Andere Zeitung* publizierte.[616] Hier machte er seine Position noch

---

611 Vgl. Schröder 1995.
612 Vgl. Abendroth 1976, 201f.
613 Vgl. Abendroth, Wolfgang (1955b): Thesen zur Wiedervereinigung Deutschlands, in: Die Andere Zeitung, 10/1955, 5.
614 Abendroth 1966, 53.
615 Vgl. Abendroth, Wolfgang (1965a): Rede zum 8. Mai 1965, in: neue kritik30 (1965), 4.
616 Abendroth 1955b.

einmal deutlich. Er äußerte sich zum ersten Mal konkret zur Zusammenführung der politischen und sozialen Bereiche und skizzierte mögliche Vergesellschaftungsformen.

Neue Lage nach der Wiederbewaffnung

Erst mit der Eingliederung der Bundesrepublik in die NATO und der DDR in den Warschauer Pakt, und der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen BRD und UdSSR war für Abendroth ab 1955 eine völkerrechtlich neue Lage mit zwei souveränen Staaten entstanden. Zu diesen neuen völkerrechtlichen Tatsachenbeständen musste sich jede Oppositionspolitik neu verhalten. Der Tabubruch gegenüber der westdeutschen Öffentlichkeit bestand nun darin, dass Abendroth nicht nur an der Kontaktaufnahme mit dem ostdeutschen System festhielt, sondern nun gegenüber der offiziellen Sprachregelung (»SBZ«) die Souveränität völkerrechtlich begründete. Abendroth interpretierte jedes Leugnen der realen Situation »mittels juristischer Fiktionen« als »ideologische Verhüllung der Aufrüstungsabsichten eines Teils des deutschen Finanzkapitals und der Machttendenzen seiner Hilfstruppen in der politischen und militärischen Bürokratie des Bonner Staates«.[617] Dies musste in seinen Augen zur Verhärtung des Gegensatzes beitragen und jene Kräfte stärken, die die Aufrüstungstendenzen unterstützen.

Deutschlandplan und Mauerbau

Abendroth schlug schließlich im Januar 1956 die Entwicklung eines Stufenplans durch SPD und DGB vor. Mit einem solchen Plan sollten dann Kontakte zur DDR-Regierung geknüpft werden, ohne die Grotewohl-Regierung als demokratisch anzuerkennen.[618] Laut Kreter verfochten Abendroth und Lamm »eine Perspektive, wie sie annäherungsweise später im ›Deutschlandplan‹ der SPD niedergelegt wurde.«[619] Entsprechend begrüßt Abendroth den Deutschlandplan der SPD von 1959, den er als einen »gewaltigen Schritt vorwärts« und als »realpolitisch gut durchdachten Vorschlag« betrachtet.[620] Die Niederlagen der Bemühungen der 1950er Jahre folgten auf den Fuß. Nach Aufgabe des Deutschlandplans in der berühmten Bundestagsrede Herbert Wehners von 1960 und mit dem Mauerbau 1961 zieht Abendroth Bilanz:

> Die Wiedervereinigungsmöglichkeiten sind weitgehend verspielt: die Integration der Bundesrepublik in das ökonomische und militärische System der Westkoalition schließt die Mobilisierung der frischen demokratischen Kraft

---

617 Vgl. Abendroth 1978e, 208.

618 Vgl. Kreter 1986, 149.

619 Kreter 1986, 150. Vgl. Abendroth, Wolfgang (1956b): Nach Genf, in: Funken, 1/1956, lf. Im Nachlass Bergsträsser findet sich ein Vertragsentwurf für die Bildung einer vorläufigen Deutschen Union.

620 Vgl. Abendroth 1978e, 209.

> einer gesamtdeutschen verfassungsgebenden Gewalt auf lange Zeit als Möglichkeit aus.[621]

Brief an Harold Wilson

Doch ließ sich Abendroth auch in den 1960er Jahren in seiner politischen Haltung nicht beirren. Wolfgang Abendroth und Heinz-Joachim Heydorn richteten sich 1963 in einem öffentlichen Brief an den Vorsitzenden der britischen Labourparty und Premierminister Harold Wilson:

> Das Problem der Wiedervereinigung Deutschlands kann erst in einer Zeit gelöst werden, in der die Machtblöcke und ihre Gegensätze in Europa weitgehend aufgelöst worden sind. Um der Illusion über die Wiedervereinigung willen auf Realpolitik zu verzichten, heißt in Wirklichkeit, alle Chancen auf diese Wiedervereinigung zu torpedieren oder die Wiedervereinigung in ein Kriegsziel zu verwandeln.[622]

Rede zum 8.Mai 1965

In seiner Rede zum 8. Mai 1945 meinte Abendroth 1965 man müsse nach 20 Jahren erkennen, dass das, was 20 Jahre Provisorium war, nun ein Definitivum sei.[623] Erst diese Anerkennung schaffe die Möglichkeit zum ernsthaften Gespräch.

> Die Spaltung des deutschen Restvolkes in zwei Staaten ist beklagenswert. Der Verlust der Einheit einer Nation, die in langen Jahrhunderten einer gemeinsamen Geschichte entstanden ist, ist schwer zu ertragen und ist für den Frieden Europas und die friedliche Vermittlung in Europa eine Belastung. Aber dieser Verlust ist eingetreten. Wir müssen dabei sehen, dass keiner dieser beiden Staaten das ganze deutsche Volk ist. Jeder dieser beiden deutschen Staaten sagt die Unwahrheit, wenn er behauptet ganz Deutschland vertreten zu können. So schmerzvoll die Situation ist, in der wir stehen, müssen wir sie doch zuerst sehen und geschichtlich verstehen, um zur Wiederherstellung der Einheit des deutschen Volkes kommen zu können. Nur dann wird es möglich sein, beide Hälften dieser gespaltenen Nation friedlich zu vermitteln, und nur dann wird eine friedlich in sich vermittelte Nati-

---

621 Abendroth, Wolfgang (1961b): Das Ringen um die Verteidigung des Grundgesetzes, in: neue kritik 8 (1961), 17. Später verwies Abendroth auf die ökonomischen Gründe und außenpolitischen Wechselwirkungen des Mauerbaus: Abendroth, Wolfgang (1971): Der 13. August 1961, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 8/1971, 776-780.

622 Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt, Heydorn Archiv, 13.22, Brief Heydorn und Abendroth an Wilson. Abgedruckt in: Informations Dienst, hg. v. Sozialistischen Bund e. V., Nr. 1 (1.4.1963), 2f.

623 Vgl. Abendroth 1965a, 4.

> on imstande sein, zwischen den Blöcken zu vermitteln in denen heute die beiden Teile stehen.[624]

Abendroths deutschlandpolitische Äußerungen und Interventionen führten in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit zu heftigen emotionalen Reaktionen und Angriffen gegen ihn in der Presse.[625] Es waren diese in den 1950er Jahren entwickelten Alternativen, die von einer jungen Generation sozialistischer Intellektueller aufgegriffen wurde, um die ideologischen Schranken der westlichen Gesellschaften zu durchbrechen.

[624] Abendroth 1965a, 4.
[625] Vgl. z. B. Schöler 1985, 434.

V. Die Entstehung der Neuen Linken (1952-1963)

Ab Mitte der 1950er Jahre entstand eine Linke, die sozialistische Politik außerhalb der Organisationswelt der klassischen Arbeiterbewegung neu erfinden musste. Der *Sozialistische Deutsche Studentenbund* (SDS) wurde in diesem Prozess zum Motor eines Politisierungsprozesses, der den Verband mehrmals vor Zerreißproben stellte, bevor er schließlich zur Nahtstelle zwischen den Traditionen der sozialistischen Bewegung und den neuen Protestbewegungen werden konnte.

A. Kampf um die Köpfe in den 1950ern

1. Umgang mit Korporationen

Das Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* bezeichnete Wolfgang Abendroth 1964 als »Spiritus Rector der Sozialisten-Renaissance«.[626] Der »Spiritus Rektor« betrieb einen langfristig angelegten Kampf um die Köpfe. Wie Abendroths Umgang mit dem Korporationswesen zeigt, hatte dieser Kampf um die Köpfe nicht nur die Arbeiterbewegung und die linke Intelligenz als Adressaten.

Politische Grundstimmung

Sozialistische Politik stieß an den westdeutschen Hochschulen der 1950er Jahre auf erhebliche Hindernisse. Das politische Klima an den Universitäten prägte die überwiegend konservativ und national-liberal eingestellte Professorenschaft. Die Allgemeinen Studentenausschüsse setzten sich aus Korporierte und Mitglieder des *Rings Christlich Demokratischer Studenten* (RCDS) zusammen. Sozialdemokratische oder gar sozialistische Akademiker bildeten eine verschwindend kleine Minderheit. Das Versagen der Universitäten im Dritten Reich blieb verdrängt, der Zusammenhang von Gesellschaft und Wissenschaft unartikuliert.[627] Außerdem wurde seit 1949/1950 politisch belastetes Personal aus der NS-Zeit wieder in den Wissenschaftsapparat eingegliedert. So war es kaum verwunderlich, dass dem marxistischen Widerständler und Zuchthäusler Abendroth an der Universität Marburg zum Teil offene Feindschaft entgegen schlug.[628]

---

[626] Vgl. Abendroth, Wolfgang (1964): Neue Linke. Kuh und Klasse [Gesprächsbericht], in: Der Spiegel, 46/1964, 54ff.

[627] Vgl. Fichter 1988, 33ff.

[628] Vgl. Abendroth 1976, 238.

Restauration der Hochschulen

Abendroth kritisierte 1952 in den *Gewerkschaftlichen Monatsheften* die Gefahren, die sich aus den sozialen und politischen Kontinuitäten an den westdeutschen Hochschulen ergaben.[629] Zwischen den obrigkeitsstaatlichen Gegenspielern der Demokratie im Staat und den Vertretern der großen privatwirtschaftlichen Interessen bestehe eine »natürliche Affinität«, die durch historische Erfahrungen belegt sei. Diese »natürliche Affinität« werde deutlich, wenn man bedenke, welche Rolle das Bindeglied der akademischen Bildung spiele und spielen müsse, solange sie ein soziales Privileg bleibt:

> Das längst wieder aufgelebte Verbindungswesen mit seinen Altherrenverbänden, das diese Querverbindungen im Zeichen des Standesdünkels und des Vorurteils gegen die nicht akademisch gebildete Majorität des Volkes institutionalisiert, zeigt deutlich die Gefahren, die hier drohen. Wenn die konkret existente Schicht der Träger dieser Einheit von Justiz, Bürokratie und Hochschulwesen mit ihren im monarchischen Obrigkeitsstaat entstandenen, durch die Feindschaft gegen Weimar und die Anpassung an das Dritte Reich nicht grundsätzlich veränderten Traditionen mit den Inhabern der wirtschaftlichen Macht über deren – wenn auch oft divergierende – Sonderinteressen verhandelt, so glaubt sie zwar jenes Allgemeininteresse zu vertreten, das sie ihre Stellung im Staat zu repräsentieren verpflichtet: Dies ist aber nur dem Schein nach Allgemeininteresse, in der Realität das restaurative soziale Ordnungsbild der Aufrechterhaltung sozialer Privilegien, das sich gegen jede Demokratisierung der Gesellschaft, der Ausdehnung des Gleichheitsgrundsatzes auf die Glieder der Gesellschaft richtet […].[630]

Sozialistische Hochschulgemeinschaft

Ausgehend von diesen Überlegungen gründeten im Jahr 1953 Heinz-Joachim Heydorn, Fritz Lamm und Wolfgang Abendroth zusammen mit den damaligen SDS-Bundesvorsitzenden Ulrich Lohmar und Claus Arndt die *Sozialistische Hochschulgemeinschaft* (SHG). Die SHG verstand sich als Nachfolgerin der gleichnamigen Organisation, die kurz vor 1933 von Gustav Radbruch gegründet und im 3. Reich aufgelöst wurde.[631] Nach Ansicht Lohmars sollte die jetzt neu gegründete SHG den Erfahrungsaustausch zwischen aktiven SDS-Mitgliedern und der älteren Generation – Wissenschaftlern und Praktikern aus dem Hochschulbereich sowie Persönlichkeiten aus Staat, Wirtschaft und Politik – verbessern.[632] Allgemein erhofften sich die

---

629 Vgl. Abendroth 1975a.

630 Abendroth 1975a, 40.

631 Vgl. Briem 1976, 426; Fichter/Lönnendonker 1977, 25; Fichter 1988, 206f. Die neu gegründete SHG zerfiel 1960.

632 Vgl. Albrecht 1994, 172. Neben Abendroth wurden in den Vorstand gewählt: Alfred Nau (Mgl. des Geschäftsführenden Parteivorstands der SPD), Emil Groß (Präsident des Gesamtverbandes der deutschen Zeitungsverleger), Walter Freitag (Vorsitzender

Initiatoren von der SHG ein Instrument im Kampf gegen das Korporationswesen, eine Stärkung der sozialistischen Ideen an den Hochschulen, aber auch Beiträge zur sozialistischen Theorie. Angedacht war weiter, ein fundiertes hochschulpolitisches Konzept für die SPD auszuarbeiten. Eine zentrale Funktion der SHG blieb darüber hinaus, den SDS auf überlokaler Ebene nicht nur ideell, sondern auch materiell zu unterstützen.[633]

Kein Freund-Feind-Verhältnis

Trotz des Anspruchs vor allem das Korporationswesen an den westdeutschen Hochschulen zurückzudrängen, war Abendroths Politik nicht von einem bipolaren Freund-Feind-Verhältnis bestimmt. Wie in seiner eigenen Studienzeit wollte er gegenüber nationalistisch gestimmten Studenten gesprächsbereit bleiben, wenn diese für linke Positionen interessiert werden konnten.[634] Mit diesem Ansatz trat Abendroth auch bei Korporationen auf, um wissenschaftliche Vorträge zu halten.[635] In einem dezidiert freundlich gehaltenen Schreiben bemerkt er 1959 nach einem Vortrag vor Korporierten:

> Die damalige Diskussion mit der Frankonia hat mir große Freude gemacht. Ich bin Ihnen dankbar, daß sie sie vermittelt haben. Die Studenten waren erstaunlich aufgeschlossen und offen. Mit dem allgemeinen Korporationsstudenten-Stil alter Art haben sie offensichtlich nichts zu tun. Es wäre schade, wenn man sie im Stich lassen und auf den Kontakt mit ihnen verzichten wollte. Es lohnt sich bestimmt, mit ihnen in Fühlung zu bleiben und ihnen in ihrer geistigen Weiterentwicklung zu helfen.[636]

Dieser Brief dokumentiert Abendroths grundsätzliches Interesse an den Veränderungspotenzialen im studentischen Verbindungswesen. In der Zeit vom

---

des DGB), Gustav Dahrendorf (Präsident der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumgenossenschaften m. b. H.), Helmuth Schmidt (Leiter des Amtes für Verkehr, Hamburg), Ulrich Lohmar (1. Bundesvorsitzender des SDS). Das ungleiche Verhältnis von hauptamtlichen Funktionären und Mandatsträgern zu Hochschulangestellten dokumentiert die große Nähe der SHG zum Parteiapparat.

633 Vgl. Albrecht 1994, 51 und 170ff. und Briem 1976, 120 und 426.

634 Vgl. Abendroth 1976, 68. Sondierungs- und Diskussionsangebote gegenüber Nationalrevolutionären ohne dabei Klassenkampfpositionen aufzugeben belegt ein Artikel, auf den jüngst Bock aufmerksam gemacht hat: vgl. Abendroth, GS, 1, 145-153. Vgl. Bock, Hans Manfred (2001a): Soziale Demokratie und wissenschaftliche Politik. Zu Wolfgang Abendroths Verständnis der Politikwissenschaft in den fünfziger Jahren, in: Hecker/Klein/Rupp (Hg.), 90.

635 Vgl. IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 26 und 64. Schreiben der Marburger Burschenschaft Rheinfranken vom 24. 2. 1961: Abendroth habe sich bereit erklärt, am 30. 6. 1961 zum Thema »Europäische Integration und Wiedervereinigung Deutschlands« zu sprechen.

636 IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 66, Brief an Hans Lachmund vom 27. 4. 1959.

Ausschluss des SDS aus der SPD 1961 bis zur Mitte der 1960er Jahre schätzte er »kritisch werdende Korporierte« sogar positiver ein als die Mitglieder des 1960 gegründeten SPD-nahen *Sozialistischen Hochschulbundes* (SHB), »die zumindest im ersten Jahr der Existenz ihres Verbandes häufig nichts anderes im Auge hatten als ihre Parteikarriere.«[637]

Vortrag Clausthaler Wingolf zu Marburg

Ein Vortrag Abendroths aus dem Jahr 1961 vor Mitgliedern der christlichen nichtschlagenden Studentenverbindung *Clausthaler Wingolf zu Marburg* ist erhalten geblieben. In dem Vortrag zum Thema »Die Mentalitätsgeschichte akademischer Mittelschichten in der Weimarer Republik« verband Abendroth ganz allgemeine sozialgeschichtliche Aspekte des Korporationsstudententums in der Weimarer Republik mit der Geschichte der gastgebenden Korporation.[638] Abendroth verwies dabei auf die sozialen und politisch-ideologischen Bindungen des Korporationsstudententums in dieser Periode, um

> von einer im Grunde gleichgültigen moralisch-ethischen Bewertung der Fakten zur realen politisch-soziologischen Bewertung der Fakten zu kommen, die keineswegs nun moralische und ethische Komponenten ausschließt, sondern durchaus einschließt, aber dabei durchaus weiß, daß die damals, wie ich Ihnen zeigen werde, durchaus verfehlte Verantwortung der damaligen Korporationsstudenten und auch die Ihres Verbandes durch Komponenten politisch-soziologischer Art mitbestimmt war, die zu durchbrechen wahrscheinlich eine übermenschliche Aufgabe bedeutet hätte.[639]

Abendroth drängte behutsam, aber bestimmt zur historischen Analyse und zur wissenschaftlichen Diskussion gegen einen apolitischen und relativistischen Zeitgeist und im konkreten Fall des *Clausthaler Wingolfs zu Marburg* zur kritischen Bewertung der eigenen Verbandsgeschichte. Abendroth kam dabei in seinem Vortrag der Selbstsicht der Korporierten ausgesprochen weit entgegen und er vermied Vorwürfe und direkte Konfrontationen. Dies nicht, um den Verband von seiner geschichtlichen Verantwortung zu entlasten. Vielmehr lag der Akzent seiner Ausführungen auf der Vermittlung des Zusammenhangs von Ideologiebildung, Gesellschaftsformation und Klassengesellschaft. Wie schon bei der Stalinismusanalyse wollte er die sozialpsychologischen Ursachen erklären, um damit gleichzeitig eine kritische Dis-

---

637 Abendroth 1976, 260.

638 Abendroth, Wolfgang (2001): Zur Mentalitätsgeschichte akademischer Mittelschichten zwischen den Weltkriegen. Korporationen in der Weimarer Republik unter besonderer Berücksichtigung des Wingolf. Vortrag am 13. 12. 1961 vor dem Clausthaler Wingolf zu Marburg, in: Balzer (Hg.) 2001, 407.

639 Abendroth 2001.

tanz zu dieser Vergangenheit herzustellen und Handlungsalternativen in der Gegenwart nahe zu legen.

Mit seinem Vortrag Abendroths beabsichtigte Abendroth ganz offensichtlich die Auflösung der Loyalitätsbeziehung zwischen nationalistischen Professoren und Studentenschaft:

> Ich glaube, der einzige moralische Vorwurf, den wir hier erheben dürfen und erheben müssen, richtet sich höchstens gegen einige, sozusagen Spitzenfiguren der intellektuellen Welt, der man um ihres Anspruchs auf intellektuelle Objektivität willen eben mehr und anderes abverlangen müßte. Der Vorwurf also, den ich gleich sozusagen Ihnen gegenüber hinsichtlich Ihrer eigenen Geschichte zu belegen habe, ist im Grunde gar nicht ein Vorwurf an all die Studenten, die in solche Verirrungen hineingetorkelt sind, sondern viel stärker ein Vorwurf, […] an diejenigen, die sozusagen die Mentalitäten ideologisch verbrämt und überbaut haben, denen diese studentischen Schichten zum Opfer gefallen sind: Ein Vorwurf also viel stärker an die Herren Professoren, als an die Herren Studenten von damals.[640]

Abendroths Redehaltung vermittelte, dass sein Gegenüber in der Lage ist, durch Diskussion seine geschichtliche Situation zu erkennen. Damit stärkte er das Selbstbewusstsein der Studenten gegenüber einem nationalistischen Kadavergehorsam.

Grenzziehung gegenüber Korporationen

Dass Abendroth bei einigen Korporierten in gewissem Ansehen stand, ist auf seine Flucht aus Ostdeutschland, wohl aber auch auf diese Form der Vermittlung politischer und wissenschaftlicher Inhalte zurückzuführen. Wenn Veranstaltungen von Korporationen den Rahmen einer wissenschaftlichen Diskussion verließen und nur mehr repräsentativen Zwecken dienten, zog Abendroth für sich eine politische Grenze. Dies lässt sich zumindest aus einem Brief Abendroths aus dem Jahr 1964 schließen. Darin lehnte er höflich eine Einladung zu einem Vortrag vor einer Studentenverbindung mit der Begründung ab, dass er zwar grundsätzlich bereit sei, in jeder Studentengruppe zu wissenschaftlichen Diskussionen anzuregen und Vorträge zu halten, »[...] aber ich bin grundsätzlich ein Gegner der Wiederherstellung korporativer Formen und deshalb wenig geeignet, einen Festvortrag auf einem Stiftungsfest zu halten.«[641]

---

640 Abendroth 2001, 409.

641 IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 807, Brief an Ahrens, Altherrenverband der Wiss. Vbgg. Markomannia-Halle-Marburg vom 6. 3. 1964.

2. Die Formierung der Linkssozialisten im Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS)

a) Emanzipation des linken SDS-Flügels

Beginn der Arbeit mit dem SDS

Unter den Studierenden wandte sich Abendroth in erster Linie dem sozialdemokratischen SDS zu. In den frühen 1950er Jahren bot Abendroth Marxismuskurse an oder beteiligte sich als (Haupt-)Referent an Veranstaltungen wie der wissenschaftlich-theoretischen Bundestagung des SDS in Speyer im September 1952.[642] Der Verband konnte in diesen Jahren kaum als sozialistische Organisation betrachtet werden. Der SDS war in der Aufbauphase ein weitgehend parteitreuer Studentenverband, der vielen Mitgliedern in erster Linie als Karrieresprungbrett diente.[643]

Präsenz Koflers und Abendroths

Die Regionalgruppen in Frankfurt, Göttingen, Marburg, Berlin und Münster betrachtete Abendroth als Ausnahmen.[644] Laut Jürgen Briem hatten zu Beginn der 1950er Jahre zwei SDS-Gruppen einen präziseren theoretischen Zugriff: die Marburger Gruppe um Abendroth und die Frankfurter Gruppe, die ihre marxistische Grundschulung von Leo Kofler erhielt.[645] Beide Gruppen seien durch eine besondere Kontinuität in der theoretischen Arbeit hervorgestochen. Nach Briem hatten die Gruppen in Tübingen und Stuttgart, die eng mit dem Gewerkschafter Fritz Lamm kooperierten, einen gewissen theoretischen Vorsprung. Die genannten Regionalgruppen wurden zu Zentren der Theoriediskussion im SDS.[646]

In Frankfurt kam der Einfluss des Instituts für Sozialforschung hinzu. Allerdings hat Alex Demirović jüngst auf die große Präsenz Abendroths und Koflers beim Frankfurter SDS der 1950er Jahre hingewiesen.[647] Eine beson-

---

642 Vgl. Abendroth 1976, 217. Laut Briem (1976, 193) hielt Abendroth schon im Winter 1951/1952 für junge Mitglieder des SDS eine »Einführung in den Marxismus« und leitete eine marxistische Arbeitsgruppe für Fortgeschrittene. Zu Speyer vgl. Fichter 1988, 178f.

643 Vgl. dazu differenzierend Fichter 1988, 90ff.

644 Vgl. Abendroth 1976, 239.

645 Vgl. Briem 1976, 193.

646 Vgl. Briem 1976, 193.

647 Vgl. Demirović 1999, 856ff; Fichter 1988. Demirović belegt u. a. folgende Aktivitäten Abendroths beim SDS Frankfurt: »Marxismus heute« (Sommersemester 1955); Rede auf der Kundgebung »Gegen Faschismus für Demokratie« (30. 1. 1957); Vortrag über Soziologie und Verfassungsrecht (9. 12. 1957, angekündigt). Weitere Hinweise bei Fichter (1988, 178 und 207): Hauptreferat Abendroths auf der SDS-Ferientagung in Speyer (1952) über die Einführung von Soziologie- und Politologie-Lehrstühlen; Teilnahme an der Hochschulpolitischen Tagung des SDS (27.7.–1.8.1953). Ebd. weist Demirović folgende Veranstaltungen mit Leo Kofler nach: Arbeitssitzung des SDS (27.4. – 3.5.1952, Kofler kommt als Ersatz für Adorno); Vor-

dere Bedeutung der Kritischen Theorie lasse sich bei den vom SDS organisierten öffentlichen Veranstaltungen nur in Einzelfällen erkennen: »Zu Vorträgen über grundsätzliche Fragen wurde immer wieder versucht, Wolfgang Abendroth und Leo Kofler als Vortragende zu gewinnen.«[648] Der Einfluss der Kritischen Theorie habe sich eher in den halböffentlichen Arbeitskreisen gezeigt. Die Frankfurter Gruppe habe sich thematisch mit der deutschen Frage und verschiedenen Theorien des Sozialismus beschäftigt, insbesondere mit dem Verhältnis zwischen Marxismus, Christentum und ethischem Sozialismus.[649]

Differenzen mit dem Bundesvorstand

Dies kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass Abendroths Einflussmöglichkeiten auf den Gesamtverband bis Mitte der 1950er Jahre begrenzt blieben. So ließ sich auf einer SDS-Tagung auf Burg Ludwigstein im Frühjahr 1952 der Marxismus noch nicht als offizielle Theorie des Verbandes durchsetzen.[650] Die damaligen SDS-Bundesvorsitzenden Ulrich Lohmar und Claus Arndt suchten mehr den Anschluss an den Parteivorstand und hier besonders an Willi Eichler und Alfred Nau.[651] Doch verschoben sich ab Mitte der 1950er Jahre innerhalb des Verbandes die Gewichte zu Gunsten der sozialistischen SDS-Mitglieder. In der Frage der marxistischen Gesellschaftstheorie, in der Aufrüstungsdebatte und in der Deutschlandpolitik ergaben sich zunehmend Differenzen. Zwischen dem Bundesvorstand Lohmar/Arndt und Abendroth kam es 1955 zu einem ernsten Konflikt. Auslöser war die verbandsinterne Kontroverse um die Deutschlandpolitik des SDS, den Umgang mit der ostdeutschen *Freien Demokratischen Jugend* (FDJ) und die Abwehr befürchteter Unterwanderungsversuche des SDS durch FDJ-Mitglieder.[652] Auf der Tagesordnung standen eine Richtungsentscheidung zwischen Antikommunismus und linker Stalinismuskritik, gekoppelt an die Frage nach der verbandsinternen Demokratie. Die Bundesvorsitzenden Lohmar und Arndt

---

träge über marxistische Geschichtsbetrachtung (Sommersemester 1954 und Wintersemester 1954/55); Vortrag über Elite und Menschenbild bei Brecht (Wintersemester 1957/1958, Vortragsreihe Marxismus heute); Vortrag in Frankfurt »Was ist sozialistischer Realismus?« (Sommersemester 1959). Lönnendonker/Rabehl/Staadt (2002, 25) verweisen auf eine Veranstaltung mit Abendroth zum Thema »Die politische Opposition der Arbeiterbewegung im Dritten Reich«, sowie angeblich sehr gut besuchte Veranstaltungen des SDS Marburg mit Abendroth, Kofler und Adorno beim Frankfurter SDS im Wintersemester 1960/1961.

[648] Demirović 1999, 863.

[649] Vgl. Demirović 1999, 863.

[650] Vgl. Albrecht 1994, 259ff. Die Tagung mit 18 Teilnehmern leiteten Kofler und Hansgeorg Bachschmidt.

[651] Vgl. Briem 1976, 129.

[652] Vgl. Fichter 1988, 225ff.

gelang es 1955, mit den »Berliner Beschlüssen« restriktive und zentralistische Richtlinien für den Kontakt des SDS mit ostdeutschen Organisationen ganz im Geist der antikommunistischen Logik des Kalten Kriegs durchzusetzen.[653] Im Anschluss an die Beschlüsse hatte sich nach einer verlorenen Abstimmung in der Frankfurter SDS-Gruppe die bundesvorstandsnahe Minderheit von der Gruppe getrennt. Die übrig gebliebene Mehrheitsgruppe um Werner Thönnessen wurde im weiteren Verlauf von der SDS-Mitgliedschaft suspendiert.

Brief an Fritz Vilmar

Die Frankfurter Thönnessen-Gruppe wehrte sich dagegen, die politische Diskussion zur Deutschlandpolitik von oben mit Ausschlüssen abzuwürgen. Wolfgang Abendroth stellte sich demonstrativ auf ihre Seite und schrieb am 13. 5. 1955 an Fritz Vilmar:

> Es ist aber unter allen Umständen völlig unverantwortlich, unter welchem Vorwand auch immer, eine sozialistische Gruppe zu spalten, und der Hochschulreaktion das Schauspiel eines gegenseitigen Diffamierungskampfes zwischen sozialistischen Studenten zu bieten. Diejenigen Genossen, die der Meinung sind, dass die Mehrheit irrt, haben ja durchaus die Möglichkeit, im ständigen Zusammenwirken mit der Gruppe diese Mehrheit zu überzeugen. Es ist das typische Merkmal stalinistischer Apparat-Manieren, die Diskussion unter sozialistischen Studenten durch autoritative Entscheidungen von oben, durch Ausschlüsse oder durch Abspaltungen zu ersetzen. Ob man derartige Apparat-Manieren mit anti-stalinistischer Ideologie tarnt, bleibt dabei vollkommen gleichgültig.[654]

Werner Thönnessen wandte sich für die Frankfurter Mehrheitsfraktion in einem offenen Schreiben an den SDS-Bundesvorstand. Dieses enthielt eine Resolution seiner Gruppe, die das SED-System unmissverständlich ablehnte.[655] Allerdings dokumentierte Thönnessen die eben zitierte Passage aus Abendroths Brief. Ulrich Lohmar und Claus Arndt reagierten nun ihrerseits mit der Aufforderung an den Parteivorstand der SPD, Abendroth aus der Partei auszuschließen.

Die administrativ-bürokratische Abgrenzungspolitik des Vorstands schuf laut Tilman Fichter eine Atmosphäre, die mittelfristig zur Spaltung führen

---

653 Vgl. Briem 1976, 140. Vgl. die Auseinandersetzung des SDS mit dem FDJ in den 1950er Jahren bei Fichter 1988, 225ff: Der SDS als Gesamtverband sah sich immer wieder mit Versuchen der Vereinnahmung für die Politik Ostdeutschlands konfrontiert. Vgl. zum Vorgang auch Albrecht 1994, 208ff.

654 Zit. n. Briem 1976, 153.

655 Vgl. Briem 1976, 153.

musste.[656] Dem Konflikt zwischen dem Frankfurter SDS und SDS-Bundesvorstand folgten weitere, in denen die Forderung nach mehr verbandsinterner Demokratie, größerer Unabhängigkeit des SDS und nach einem allgemeinpolitischen Mandat erhoben wurde. Die restriktive Haltung von Seiten der SPD entfremdete viele SDS-Mitglieder von der SPD. Dieser Prozess wurde durch die Zustimmung der SPD zur Wehrverfassung, das Verhalten der SPD in der Frage des Algerischen Bürgerkriegs, dem Ausstieg aus der Anti-Atom-Tod-Kampagne und durch die Parteiprogrammdebatte beschleunigt. In der SPD verringerten sich rapide die Diskussionsmöglichkeiten gesellschaftlicher Alternativen und der SDS drohte dieses Schicksal zu teilen.

Tendenzwende: Der SDS als parteiinterne Opposition

In der zweiten Hälfte der 1950er Jahre entstanden neben dem parteivorstandsnahen rechten Flügel zwei linke Gruppen im SDS: zum einen eine linkssozialistische Gruppe um Wolfgang Hindrichs, Jürgen Seifert, Monika Mitscherlich und Günther Kallauch, und zum anderen eine Gruppe um Oswald Hüller und die Zeitschrift *konkret,* die der illegalen KPD nahe stand und aus der DDR finanzielle Unterstützung erhielt.[657] Die beiden sozialistischen Gruppen drängten zur Übernahme des SDS. Für Jürgen Briem verfolgten sie das Ziel, dass der SDS nicht mehr wie bisher als verlängerter Arm des SPD-Vorstands fungieren, sondern als Fraktionierungsinstrument der Linken dienen sollte.[658] Das sollte aber, so Briem weiter, nicht bedeuten, dass man der Verbindung zur Partei weniger Aufmerksamkeit schenkte und die weitere Entwicklung einem Totalkonflikt zusteuern lassen wollte. Der SDS sollte zum Kristallisationspunkt kritischer Sozialisten sowohl innerhalb als auch außerhalb der SPD werden: »Dieses Ziel sollte erreicht werden durch systematisch betriebene Rekonstruktion und Verbreiterung sozialistischer Theorie einerseits und Schaffung praktisch-kritischen Bewusstseins durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit andererseits.«[659]

Abendroths allgemeinpolitischer Arbeitsschwerpunkt lag in dieser Zeitspanne zwischen 1955 und 1958 nicht beim SDS, sondern in der politischen Meinungsbildung in der SPD und der Gewerkschaftsbewegung. Seine Publikationen dokumentieren sein Engagement in der Debatte um die Wiederaufrüstung, in der Deutschlandpolitik, beim KPD-Verbot, beim Hochverratsprozess gegen Viktor Agartz, in der Diskussion um das Parteiprogramm, aber auch bei der Aufarbeitung der Geschichte des Widerstands und der Ge-

656 Vgl. Fichter 1988, 227.

657 Die Zeitschrift *konkret* wurde nach Fichter (1988, 287) zwischen 1955 und 1964 von der SED-nahen Organisation *Nationale Front* finanziert.

658 Vgl. Briem 1976, 303f.

659 Briem 1976, 309.

werkschaftsbewegung. Abendroth hielt weiter Vorträge bei SDS-Hochschulgruppen und nahm zunehmend die Rolle eines informellen Beraters der linkssozialistischen Gruppe ein.[660] Diese konnte schließlich nach einjähriger Vorbereitungszeit zusammen mit der *konkret*-Gruppe um Hüller auf der XIII. Delegiertenkonferenz im Oktober 1958 durchsetzen.[661] Oswald Hüller und Günther Kallauch wurden als Bundesvorsitzende gewählt.

Probleme mit der *konkret*-Gruppe

Mit dem Ausschluss der neostalinistischen *konkret*-Fraktion fiel bald eine weitere wichtige Grundsatzentscheidung für die Neue Linke. Sie wurde im Anschluss an den »Kongreß für Demokratie – gegen Restauration und Militarismus« getroffen, der am 23. und 24. 5. 1959 stattfand.[662] Der Kongress war zum bundesweit beachteten Politikum geworden, da er mit seiner außenpolitischen Resolution den Deutschlandplan der SPD konterkarierte. Wie schon auf dem Berliner Studentenkongress gegen Atomrüstung im Januar 1958 hatte die *konkret*-Gruppe Resolutionsentwürfe für die einzelnen Arbeitsgruppen vorbereitet, die in modifizierter Form vom Abschlussplenum in einer Kampfabstimmung verabschiedet wurden. Schon bei der Vorbereitung dieser Tagung hatte Hüller bewusst an den anderen Bundesvorstandsmitgliedern, den von Frankfurt beeinflussten Günter Kallauch, Monika Mitscherlich und Jürgen Seifert, vorbei gearbeitet. Nach einer späteren Einschätzung Seiferts ging es Hüller »im wesentlichen darum, daß man für die Gründung der Deutschen Friedens-Union einen unabhängigen Studentenverband schaffen wollte.«[663] Anders gesagt war es Hüllers Absicht, die Einflussmöglichkeiten des ostdeutschen Staatssozialismus zu fördern, während die linkssozialistische Gruppe um Kallauch die Anti-Atom-Tod-Kampagne und somit die Oppositionsbewegungen vor Ort stabilisieren wollte.

Verschlechterung des Verhältnisses zur SPD

Das Verhältnis zwischen SPD und SDS hatten sich schon ohne den Kongress zunehmend verschlechtert. Durch die Opposition des SDS bei der Umwandlung der SPD in eine Volkspartei oder seine Kritik an der wehrpolitischen Haltung der Parteiführung. Die jungen Sozialisten überschritten damit den hochschulpolitischen Rahmen des Verbandes und äußerten sich – in Distanz zur Generallinie der Partei – zu allgemeinpolitischen Themen.[664] Die *konkret*-Gruppe spitzte den Konflikt zwischen SPD-Parteivorstand und SDS

---

[660] Das belegt die Korrespondenz. Zum Beispiel IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 67, Schreiben von Wolfgang Hindrichs vom 16. 4. und 4. 8. 1959. IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 68, Dankschreiben der SDS-HSG Münster vom 28. 11. 1959 für einen Vortrag und Schreiben des SDS Hamburg vom 9.10.1959 über einen geplanten Vortrag Abendroths am 11. 12. 1959.

[661] Das durchaus konspirative Unternehmen beschreibt Briem 1976, 296ff.

[662] Vgl. für das Folgende: Demirović 1999, 879ff., Fichter 1988, 274ff.

[663] Zit. n. Briem 1976, 334.

[664] Vgl. Bock 1976, 186. Zu den Konfliktpunkten vgl. Briem 1976, 372.

weiter zu, während der linkssozialistische Flügel die Differenzen mit dem Parteivorstand nicht weiter vertiefen wollte.[665]

Versuche zur Mäßigung

Abendroth, durch die Frankfurter SDS-Hochschulgruppe über die Kongressvorbereitungen informiert, hielt nach dem Einleitungsvortrag Hüllers vor 500 Teilnehmern das Eingangsreferat zum Thema »Restauration und Gefährdung der Demokratie in der Bundesrepublik«. Er versuchte dabei, mäßigend auf die Teilnehmer einzuwirken.[666] Aber im Ergebnis setzten sich in der Abstimmung gegen den Widerstand von Wolfgang Abendroth und Ossip K. Flechtheim die umstrittene Resolution der Arbeitsgruppe II durch, die eine Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht, die Zusammenführung der beiden deutschen Teilstaaten und eine Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze forderte. Laut Heiner Halberstadt dachten viele Kongressteilnehmer in gewissen Bereichen einen Vorstoß gegen eine sterile Parteipolitik machen zu müssen und auch den Antikommunismus mindestens in einigen Punkten zu unterlaufen.[667]

Abendroth hatte mit Verweis auf den aktuellen Deutschlandplan der SPD vergeblich davor gewarnt, diesen Teil der Resolution – der für eine einseitige Abrüstung des Westens eintrat – anzunehmen. »Seine Forderung war ein paralleler Abbau der Streitkräfte in beiden deutschen Teilstaaten, also der Bundeswehr und der ›Nationalen Volksarmee‹.«[668] Betrachtet man Abendroths voraus gegangene Bemühungen um eine eigenständige Außenpolitik der SPD, so ging es ihm auch darum, die ersten eigenständigen außenpolitischen Schritte der SPD in Form des Deutschlandplans nicht zu torpedieren und das Verhältnis zum SPD-Parteivorstand nicht weiter zu belasten.[669]

Ausschluss der *konkret*-Fraktion

Die linkssozialistischen Bundesvorstandsmitglieder verkündeten am 3. 6. 1959 die sofortig Abberufung Oswald Hüllers und des Pressereferenten Gerhard Bessau.[670] Zudem wurde – ein Signal an die SPD – die Mitgliedschaft im SDS mit der Mitarbeit an der Zeitschrift *konkret* für unvereinbar erklärt. Fichter legt nahe, dass damit auch einer erwarteten Abspaltung des

---

[665] Briem (1976, 339) meldet Zweifel an, dass die Verantwortung für den Kongress allein bei Oswald Hüller lag.

[666] Fichter 1988, 275. Nach Lamm (1978b, 214) gab Abendroths zweistündiges Referat den geistigen Rahmen für die Tagung ab. Dort auch eine kurze Zusammenfassung des Referats. Eine bewegende Rede des britischen Labour-Mitglieds Conny Zilliacus hatte laut Fichter die Bemühungen Abendroths konterkariert.

[667] Vgl. Burkhardt 1993, 92.

[668] Fichter 1988, 277.

[669] Zu Abendroths Deutschlandpolitik in den 1950er Jahren vgl. Kap. IV, C, 2.

[670] Vgl. Fichter 1988, 277ff; Demirović 1999, 879ff. Vgl. Dazu auch die nachträglichen Sicht Jürgen Seiferts in: Lönnendonker (Hg.) 1998, 90f.

rechten SDS-Flügels zuvorgekommen werden sollte.[671] Wolfgang Abendroth erfuhr noch am selben Tag von Wolfgang Hindrichs, Monika Mitscherlich, Günter Kallauch, Jürgen Seifert, Horst Steckel von dem Vorgang. Sie wollten mit ihm das weitere Vorgehen diskutieren.[672] Die Korrespondenz im Fall Hüller macht deutlich, dass Abendroth zu dieser Zeit bereits der wichtigste Berater der Linkssozialisten im SDS war. Anders als Fritz Lamm unterstützte Abendroth den Rauswurf der Hüller-Gruppe.[673] In einem Schreiben an den Mitherausgeber der italienischen Zeitschrift *Critica Sociale*, Giuseppe Faravelli, äußerte sich Abendroth 1962 zufrieden darüber, dass sich die SED zweifellos bemüht habe, in einzelnen Gruppen Einfluss zu gewinnen, der SDS sei aber mit diesen stalinistischen Unterwanderungstendenzen rasch fertig geworden sei: »Auf dem Göttinger Kongreß des SDS im Jahre 1960 mussten alle Richtungen aus seiner Leitung ausscheiden, die in der Abwehr dieser stalinistischen Bestrebungen allzu weich gewesen waren.«[674]

Auf der turbulenten SDS-Delegiertenkonferenz 1959 in Göttingen gewann nach Demirović »die undogmatische Linke im SDS die Mehrheit gegenüber einem der SPD verpflichteten rechten und einem radikaleren, dem ›Neo-Stalinismus‹ der *konkret*-Gruppe in die Hände arbeitenden Flügel«.[675] Die Unabhängigkeit von Parteiführungen und von der jeweiligen Außenpolitik der beiden Blocksysteme war von nun an Grundkonsens im SDS und auch der späteren Neuen Linken insgesamt.

Erhalt des freien Diskussionsraumes

Der scheinbare Widerspruch in Abendroths Haltung zwischen dem Ausbremsen der *konkret*-Gruppe und der Forderung, Linksradikale durch Diskussion und Beteiligung zu integrieren, ist erklärungsbedürftig. Die Herstellung und Sicherung eines freien Diskussionsraumes hatte ganz offensichtlich für Abendroth Priorität. Und jeder gezielten Instrumentalisierung und Zerstörung eines sozialistischen Diskussionszusammenhanges war entgegenzutreten. Darauf weist auch eine Grußadresse an den SDS von 1960 hin: Die Aufrechterhaltung der geistigen Freiheit und der Diskussionsbereitschaft in einem studentischen politischen Verband erscheine ihm als die conditio sine qua non sinnvoller politisch-pädagogischer Arbeit an den Universitäten und anderen wissenschaftlichen Hochschulen im Interesse der demokratischen

---

671 Vgl. Fichter 1988, 277ff.

672 Universitätsbibliothek Marburg, Nachlass Bergsträsser, Schreiben an Abendroth vom 3. 6. 1959.

673 Universitätsbibliothek Marburg, Nachlass Bergsträsser, Schreiben an Wolfgang Hindrichs vom 12. 6. 1959. Vgl. Lamm 1978b.

674 IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 72, Schreiben an Giuseppe Faravelli vom 23. 1. 1962.

675 Demirović 1999, 880. Der Kreis um Oswald Hüller schloss sich bald danach der VUS an. Vgl. zur Delegiertenkonferenz in Göttingen: Briem 1976, 358ff.

Erziehung des akademischen Nachwuchses.[676] Diese und ähnliche Textstellen wurden bislang nur als Zurückweisung des Drucks aus der SPD gelesen. Mit Blick auf Abendroths gesamtes Wirken ist eine solche Aussage generell aufzufassen und damit auch gegen Manipulationsversuche von Seiten der SED gerichtet.

b) Abendroth als Vermittler zur SPD

Reaktion der Öffentlichkeit und der SPD

Die verbandsinternen Prozesse wurden von der Öffentlichkeit aufgegriffen und gegen den SDS gewendet. Dies führte den Studentenverband in seine bislang schwerste Krise. Den »Kongress für Demokratie – gegen Restauration und Militarismus« nahmen Kommentatoren der konservativen Tageszeitungen *Frankfurter Allgemeine Zeitung* und *Die Welt* zum Anlass, um der SPD und ihrem Deutschlandplan entgegen zu treten.[677] Nicht weniger feindselig waren die Reaktionen aus der SPD selbst. Der Bundestagsabgeordnete und parlamentarische Fraktionsführer der SPD, Dr. Karl Mommer, griff in einer Rede vor der Bonner SDS-Hochschulgruppe am 27. 5. 1959 die Parteilinke scharf an. Unter anderem in Bezug auf die Frankfurter Kongressbeschlüsse sprach er von einer beachtlichen kommunistischen Infiltration:

> Ich bin der Meinung, die sozialistischen Studenten, die sich nicht als trojanische Esel für Pankow einspannen lassen wollen, sollten sich vom SDS trennen. Es ist notwendig, eine klare Trennungslinie zu ziehen.[678]

Klarheit und Trennung von unzuverlässigen Elementen forderte auch der linke SPD-Bundestagsabgeordnete Peter Blachstein in einem Brief an Abendroth:

> Die Position der Linken wird unhaltbar, wenn es uns nicht gelingt, jene kleine Gruppe von Agenten zu isolieren und aus unserer Organisation raus zu schmeißen. Aber das wird eine schwierige Sache, da die andere Seite natürlich jetzt alles einsetzt, um uns kaputt zu machen.[679]

Vermittlungsversuch

Auch wenn der SDS nach mehr Unabhängigkeit strebte, musste laut Briem ein Bruch mit der SPD unter allen Umständen vermieden werden, um die Kontakt- und Kooperationsmöglichkeiten mit linken Partei- und Gewerk-

---

676 APO-Archiv, SDS-BV 14. – 17. DK 1959-62, Brief Abendroth an Günter Kallauch vom 13. 9. 1960.

677 Vgl. die Pressereaktionen in Briem 1976, 343ff.

678 Fichter 1988, 298.

679 Universitätsbibliothek Marburg, Nachlass Bergsträsser, Schreiben an Abendroth vom 26. 5. und 8. 6. 1959.

schaftskreisen und diversen Jugendorganisationen aufrecht zu erhalten.[680] Außerdem empfanden sich die meisten linkssozialistischen SDS-Mitglieder als Sozialdemokraten: Nicht sie hatten sich von der Sozialdemokratie entfernt, sondern der Parteivorstand distanzierte sich von sozialdemokratischen Grundüberzeugungen.

Unterstützung fand der linkssozialistische SDS-Flügel bei Fritz Lamm, der in einem langen *Funken*-Artikel den genauen Verlauf des Kongresses rekonstruierte und dabei die Absichten der Teilnehmer, ihre vielen demokratischen Diskussionen und das hohe Niveau der Veranstaltung hervorhob.[681] Sozialdemokraten wie Mommer hätten, so Lamm, einfach an dem Kongress teilnehmen sollen, um die jungen Menschen durch Argumente zu überzeugen. Wolfgang Abendroth begann eine Woche nach dem Kongress zwischen SPD-Parteivorstand und SDS zu vermitteln.[682] In einem ausführlichen Brief wandte er sich an die engere Parteiführung – Erich Ollenhauer, Herbert Wehner, Waldemar von Knoeringen und Willi Eichler – in dem er ebenfalls den genauen Hergang des Kongresses schilderte.[683] Nach Ansicht Abendroths sei dem Abstimmungsverhalten keine zu hohe Bedeutung beizumessen. Wie auch Fritz Lamm hob er hervor, dass sich die Teilnehmer von Argumenten überzeugen ließen und verwies auf die unglücklichen Umstände, unter denen die beanstandeten Teile der Resolution zustande gekommen seien. Die relativ lange Resolution der zweiten Arbeitsgruppe enthalte neben drei ungeschickten und auch inhaltlich verfehlten Formulierungen sehr viele richtige Erwägungen.

> Es ist daher durchaus verständlich, daß eine recht große Anzahl der jungen und politisch natürlich nicht übermäßig erfahrenen Genossen für diese Resolution gestimmt haben, obwohl sie sachlich durch meine Gegenargumente durchaus überzeugt worden waren, um zu vermeiden, daß die Konferenz ohne eine Entschließung zu diesem Problemkreis Außenpolitik und Wehrpolitik auseinander ging.[684]

Warnung vor der Isolation der jungen Generation

Abendroth bestritt nicht, dass auf dem Kongress einige Stalinisten oder deren »fellow-travellers«, wie damals das Umfeld genannt wurde, anwesend

---

680 Vgl. Briem 1976, 309.
681 Vgl. Lamm 1978b.
682 Vgl. zu Folgendem: Bundesvorstand des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (Hg.) 1962.
683 Universitätsbibliothek Marburg, Nachlass Bergsträsser, Schreiben vom 30. 5. 1959. Eine Kurzfassung findet sich bei Schöler 2001, 30f. (Er datiert das Schreiben irrtümlich auf den 2. 5.). Vgl. Lamm 1978b.
684 Ebd. Das Stimmenverhältnis lautete nach Fichter (1988, 277) 108:79.

waren. Doch werde dies bei jedem überparteilichen sozialistischen Kongress der Fall sein. Keineswegs seien die überwiegende Mehrheit der Teilnehmer oder die Leitung des Kongresses mehr oder minder bewusste Agenten des Stalinismus gewesen. Eindringlich warnt Abendroth vor den Konsequenzen einer repressiven Politik gegenüber den jungen Sozialisten:

> Würde man gegen diese Genossen mit irgendwelchen organisatorischen Maßnahmen vorgehen, würde man m. E. politisch-pädagogisch gesehen einen unverzeihlichen Fehler machen. Die jungen Genossen können nur durch ihre eigenen Fehler lernen. Erzieht man sie dazu, jeden ihrer Schritte ängstlich darauf abzustimmen, ob er der Führung der Partei und den Intentionen der Verbandsleitung gefällt, so wirkt man – ob man will oder nicht – zu Gunsten jenes Konformismus, der für die politische Demokratie allgemein, für die sozialistische Bewegung im besonderen die größte Gefahr darstellt.[685]

Gerade die besten jungen Genossen, ob nun Studenten oder junge Arbeiter, werden für Abendroth immer wieder eine Periode durchlaufen müssen, in der sie zu scheinradikalen Formulierungen neigen und also auch einmal entsprechende Fehler in ihrem Verhalten nach außen nicht vermeiden können. Abendroth sprach hier auch aus eigener Erfahrung. Der Ausschluss dieser Genossen aus den Organisationen der sozialistischen Bewegung treibe diese unvermeidlich den Stalinisten in die Arme.[686] Solange in der Bundesrepublik Deutschland eine restaurative Situation vorherrschte und auch die politische Haltung der westdeutschen Arbeiterbewegung unklar blieb, war es für Abendroh nachvollziehbar, dass immer wieder Stimmungen unkontrollierter Sympathien für die DDR gerade unter den aktivsten und ihren Möglichkeiten nach kritischen und besten jungen Genossen entstehen. Der SPD blieben trotzdem Handlungsmöglichkeiten:

> Man kann diese Stimmungen [der Sympathie für die DDR, RH] innerhalb der Partei und der übrigen Arbeiterorganisationen jedoch immer wieder durch demokratische Diskussion auflösen und ohne Zweifel die von ihnen ergriffenen Genossen überzeugen, wenn die Partei – wie durch ihren Deutschlandplan – realistische Lösungen anbietet. Ersetzt man die politische Diskussion durch organisatorischen Druck, so stärkt man gerade die Stimmungen erheblich und macht einer großen Anzahl der besten jungen Genossen unmöglich, sich in sachliche Arbeit in der Arbeiterbewegung hineinzufinden.[687]

---

685 Ebd.
686 Ebd.
687 Ebd.

Abendroth forderte damit ein Recht auf Irrtum und bekundete gegen Ende des Briefes noch einmal seine eigene Loyalität gegenüber der SPD: Das alles ändere nichts daran, dass die Partei zum Ausdruck bringen musste, dass sie bestimmte Formulierungen der Resolutionen nicht billige, sie solle aber keine weiteren Schritte unternehmen. Er, Abendroth, habe keinen Zweifel daran, »daß die große Majorität auch derjenigen, die dieser Resolution zugestimmt hatten, sehr bald einsehen wird, daß zu diesen Fragen die Partei richtig gesehen hat.«[688] Abendroths Vermittlungsversuche liefen jedoch ins Leere. Er stand ja selbst unter dem Generalverdacht, bewusst oder unbewusst Organisator einer kommunistischen Infiltration oder einer Parteispaltung zu sein. Der nun beginnende Prozess des Parteiausschlusses betraf längst nicht nur den unkonformen Studentenverband, sondern den linkssozialistischen Flügel in der SPD als Ganzes.

B. Der Parteiausschluss der Linkssozialisten

1. Entfremdungstendenzen

Hinderliche Linke

Die Gründe der SPD-Führung für den Ausschluss des SDS und seiner Mentoren waren vielfältig. Die angestrebte Große Koalition zwischen CDU und SPD spielte hierbei ebenso eine Rolle wie der der Wandel zur Volkspartei, der von den SPD-Vorstandsmitgliedern Herbert Wehner, Fritz Erler und Willy Brandt forciert wurde. Für diese beiden politischen Ziele waren die Linkssozialisten in der Partei hinderlich. Die Ausgrenzung des linken Flügels und vor allem des nach links gewendeten SDS sollte glaubwürdig machen, dass der Wandel zur Volkspartei nicht nur ein vorübergehender taktischer Schachzug sei. Tilman Fichter führt darüber hinaus den Unterschied zwischen einer bürokratisch strukturierten Partei und einem selbstständig operierenden Verband als Grund an. Die »unkontrollierte Parteibürokratie«, deren »Apparatepolitik mittelfristig zu einer Entfremdung zwischen der Sozialdemokratischen Partei und den sozialistischen Studenten führen [musste]« sei Ursache des Zerwürfnisses von SDS und SPD-Parteivorstand.[689]

Antikommunismus

Auch durchdrang die antikommunistische Integrationsideologie des Kalten Kriegs die SPD, wobei Antikommunismus und Antimarxismus Machtkalkül und geglaubte Ideologie zugleich waren.[690] Die SPD-Vorstandsakten

---

688 Ebd.
689 Vgl. Fichter 1988, 27.
690 Vgl. Fichter 1988, 294ff.

im *Archiv der sozialen Demokratie* dokumentieren ein parteiinternes Klima zwischen Denunziation und Verfolgungsgefühl. In einer Dokumentation des damals parteikonformen Sozialistischen Hochschulbundes (SHB) über den SDS von 1963 war zu lesen, dass Hüller und Bessau »als Sündenböcke« geopfert worden seien.[691] Der SDS verschleiere lediglich seine wahre Absicht, die SPD unterwandern und spalten zu wollen.[692] Diese Haltung, die keine differenzierte Analyse und keine kritische Selbstreflexion zuließ, erklärt sich durch das Misstrauen in einer stark polarisierten Gesellschaft, die jedoch auf konkrete Erfahrungen mit dem marxistisch-leninistischen Parteitypus aufbauen konnte.

Zwei Modernisierungsversuche

Die Entfremdung zwischen marxistischen und reformistischen Sozialdemokraten war aber auch Resultat eines enormen Modernisierungsdrucks, der auf der Linken insgesamt lastete. Der reformistische, ethisch begründete Grundwertesozialismus und der radikaldemokratische Marxismus waren zwei Antworten auf die neuen Arbeits- und Lebensweisen in den westlichen Industriestaaten. Beide Strömungen mussten ihre Programmatik deutlich modernisieren, und beide konkurrierten um die Ausdeutung des Begriffs »demokratischer Sozialismus«. Der reformistische Flügel der SPD entwickelte dabei seine Identität durch Abgrenzung von der marxistischen Tradition.

Hegemoniekrise des »neuen Reformismus«

Dieser Prozess kam zwar mit dem Godesberger Programm 1959 zu einem Ende, doch befand sich der »neue Reformismus« auch in den folgenden Jahren in einer Hegemoniekrise. Viele Teilgruppen und Gliederungen der Partei hatten den Wandel der westdeutschen Sozialdemokratie noch nicht nachvollzogen. Der SDS hatte sich über die Jahre zum Zentrum der innerparteilichen Opposition in der SPD entwickelt.[693] Doch der Studentenverband allein bereitete den Reformern keine Sorgen. Michael Schneider schildert die Stimmungslage im Parteivorstand 1961: Im April äußerte Herbert Wehner im Partei-Präsidium die Befürchtung, dass es nach der Bundestagswahl eine »Phalanx in der IG Metall geben wird, die die Liquidation der Beschlüsse von Godesberg fordert.«[694] Ebenso sah Fritz Erler die Gefahr einer Fraktionierung innerhalb der SPD. Für Erler war es kein Zufall »daß Abendroth laufend als Redner innerhalb der IG Metall eingesetzt wird«.[695] Er befürchtete

---

691 AdsD, SPD Parteivorstand – Referat Bildungsarbeit, 0702A (SDS), »Dokumentation zu Entwicklung des SDS« (Herbst 1961 und Mai 1963), hg. v. Sozialistischen Hochschulbund, 6 und 18.

692 Ebd.

693 Vgl. Briem 1976, 296.

694 Zit. n. Schneider 1986, 72.

695 Zit. n. Schneider 1986, 72.

eine Ballung der innerparteilichen Opposition um die IG Metall und den SDS mit Abendroth im Zentrum. Auch Carlo Schmid berichtete, man habe ihn darüber informiert, dass sich um Abendroth und den IG Metall-Vorstand ein Kreis ehemaliger SDS-Leute sammle.[696] Dieser Gruppe wurde sogar unterstellt, sie wolle der SPD absichtlich eine Wahlschlappe beibringen, um nach den Wahlen sagen zu können, die neue Linie sei falsch.[697] Die Marginalisierung und der Ausschluss der parteiinternen Opposition dienten der Absicherung der neuen Gesamtstrategie. Dabei wirkten Produktion von Feindbildern und offene Drohungen gegenüber Oppositionellen nach innen disziplinierend. Es wäre aber unangemessen, diese Haltung lediglich als hysterischen Antikommunismus oder als Machtstreben abzutun, weil dies die politische Sozialisation der Akteure, ihre spezifische Verarbeitung historisch-konkreter Erfahrungen, den Wandel soziokultureller und machtpolitischer Verhältnisse ausblenden würde, auf die sich jede neue Hegemonie stützt.

2. Auf dem Weg zur »Neuen Linken«

Bildung einer Solidargemeinschaft

Die Diskreditierung der Studenten des SDS durch SPD-Parteimitglieder nach 1959, die Spaltungsversuche des Parteivorstands und dessen fehlende Gesprächsbereitschaft beschleunigten die Ausbildung einer Solidargemeinschaft, die ältere und jüngere Linkssozialisten zusammenschloss. Die Reformmarxisten war ihre Niederlage in den Jahren 1958 und 1959 bewusst geworden, sie waren aber nicht bereit, kampflos aufzugeben. Ihre historischen Erfahrungen – man hatte schon ganz andere politische Kurswechsel miterlebt – hatten sie robuster werden lassen. Einen neuerlichen Rauswurf aus einer Partei würde keiner von ihnen einfach so akzeptieren. Diese Haltung prägte die neue Phase zwischen 1959 und 1961, in der sich die älteren Reformmarxisten, allen voran Wolfgang Abendroth, zunehmend vor den SDS stellten.

Spaltung und Zerschlagung des SDS

Zunächst schienen 1959 die Differenzen zwischen Parteivorstand und SDS-Bundesvorstand nach der SDS-Delegiertenkonferenz im selben Jahr beseitigt. Doch Ereignisse wie die Ausstellung »Ungesühnte Nazijustiz« oder die Weigerung des SDS-Bundesvorstands, im Parteiverfahren gegen Hüller auszusagen, lieferten weiteren Zündstoff, da sich der SDS weiterhin unabhängig und allgemeinpolitisch engagierte.[698] Durch denunziatorische Berichte des rechten SDS-Flügels an den SPD-Parteivorstand ver-

[696] Vgl. Schneider 1986, 72.
[697] Vgl. Schneider 1986, 72.
[698] Vgl. Briem 1976, 370ff.; Fichter 1988, 299ff.

schlechterte sich zusätzlich das Verhältnis.[699] Von Mitgliedern des Parteivorstandes war bereits in der ersten Jahreshälfte 1959 die Spaltung und Zerschlagung des SDS als Möglichkeit in Betracht gezogen worden.[700] Am 26. und 27. 5. 1959 wurde noch einmal über die sofortige Gründung konformer sozialdemokratischer Studentengruppen nachgedacht. In dem folgenden Meinungsbildungsprozess setzte sich nun mit Helmut Schmidt und Herbert Wehner jene Gruppe durch, die das Problem SDS durch Spaltung und Ausschluss beseitigen wollten.[701]

Auf die Vermittlungsversuche Abendroths nach dem »Kongreß für Demokratie – gegen Restauration und Militarismus« 1959 hatte sich der SPD-Parteivorstand erst gar nicht eingelassen. Er setzte in seiner Antwort durch Willi Eichler auf Konfrontation mit dem ihm hinderlichen und suspekten Studentenverband.[702] Eichler nahm weder die verbandsinternen Reaktionen zur Kenntnis noch die von Abendroth und anderen vorgelegte Binnendifferenzierung. Er setzte auf eine umfassende Partei-Säuberung. Eichler dankte Abendroth, dass er sich für den politischen Irrtum der Jugend einsetzte. Er, Eichler, sei aber der Meinung, dass diese Jugend, die diesen Kongress vorbereitet und die Resolution zurecht geschoben habe, damit völlig bewusst eine Politik betreibe, die der SPD entgegenstehe und der Sache nach eine kommunistische sei.[703]

> Der Parteivorstand wird sicherlich sich daran machen müssen, die fellow-travellers und die travellers selber ausfindig zu machen und wird dabei wohl auch erkennen müssen, dass sie gerade für die Einberufung und die Resolution des Kongresses verantwortlich waren. Und dann bin ich auch dafür, dass man sie bewegt, den Schauplatz ihrer politischen Tätigkeit zu wechseln, damit wir uns wieder sozialistischer Politik zuwenden können.[704]

Einstellung des *Standpunkts*

In öffentlichen Stellungnahmen denunzierten nun führende Mitglieder der SPD wie Herbert Wehner die sozialistischen Intellektuellen zunehmend als von Pankow ferngesteuerter Verband. Öffentlich erklärte Wehner, im Verband seien »keine anständigen Leute mehr«.[705] Im Februar 1960 beschloss

---

699 Vgl. zum Beispiel die spätere Dokumentation des SHB: »Dokumentation zu Entwicklung des SDS« (Herbst 1961 und Mai 1963): AdsD, SPD Parteivorstand – Referat Bildungsarbeit, 0702A (SDS).

700 Vgl. Albrecht 1994, 323.

701 Vgl. Fichter 1988, 296ff.

702 Universitätsbibliothek Marburg, Nachlass Bergsträsser, Schreiben an Abendroth vom 4. 6. 1959.

703 Ebd.

704 Ebd.

705 So Wehner in einem Interview mit der Studentenzeitung *marburger blätter* vom Juni

der Parteivorstand, auch andere Hochschulgruppen zu unterstützen, die das Godesberger Parteiprogramm anerkannten, und distanzierte sich von der SDS-Zeitschrift *Standpunkt*.[706] Offizieller Anlass dafür war der Abdruck eines Beitrages von Wolfgang Abendroth zum Godesberger Programm. Abendroths Programmentwurf war von den zentralen Parteiorganen gezielt ignoriert worden.[707] In einem Schreiben an die Programmkommission der SPD vom 28.6.1959 hatte nun der Bundesvorstand des SDS Stellung bezogen. Darin wurde der Programmentwurf des »Genossen Abendroth« als ein Ansatz begrüßt, »der Partei ein einheitliches und im eigentlichen Sinn sozialistisches Programm vorzulegen«.[708] Die *Standpunkt*-Redaktion plante, diesen Entwurf abzudrucken – dagegen erhob der SPD-Verleger Groß, in dessen Verlagshaus der *Standpunkt* gedruckt wurde, Einspruch.[709] Der Verleger sprach ganz selbstverständlich dem SDS-Bundesvorstand die inhaltliche Gestaltung seines eigenen Verbandsorgans ab. Im nächsten Heft erschien statt des Programmentwurfs eine Stellungnahme Abendroths über das »Programm der Anpassung und Resignation«.[710] Abendroths Schärfe und Kompromisslosigkeit in diesem Beitrag sorgte in der SPD-Führung für entsprechenden Unmut.[711] In der Folge stellte der SPD-Parteivorstand die finanzielle Unterstützung für die Zeitschrift *Standpunkt* ein und entzog damit dem SDS sein Verbandsorgan.

1960. Vgl. Bundesvorstand des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (Hg. 1962): Dokumentation. Unveröffentlichte Dokumente zum Verhältnis des SDS und der Sozialistischen Förderergesellschaft zum Parteivorstand der SPD aus der Zeit vom 1. 8. 1959 bis zum 30. 1. 1962, Frankfurt, 13. Weiter nennt Wehner vier Steine des Anstoßes: Der Berliner Kongress gegen Atomrüstung, die Frankfurter Tagung »Für Demokratie – Gegen Restauration und Militarismus«, die Karlsruher Ausstellung »Ungesühnte Nazijustiz« und die eigenmächtige Ost-Kontakte. Der SDS-Bundesvorsitzende Günther Kallauch, der auf Grund seines Engagements für die SPD in der SBZ acht Jahre im Zuchthaus verbrachte, quittierte dies mit dem Erwirken einer einstweiligen Verfügung gegen Herbert Wehner.

706 Da die SPD in der Folge ihre Zahlungen einstellte, erschien im Oktober 1959 der letzte *Standpunkt*. Vgl. Fichter 1988, 297. Zur Zeitschrift in dem 1950er Jahren vgl. Fichter/Lönnendonker 1977, 36ff.

707 Der Entwurf erschien schließlich im *Vorwärts*, 34/1959 (21. 8. 1959), 10-21, als Antrag 14 zum Godesberger Parteitag.

708 Vgl. Briem 1976, 293f.

709 Briem 1976, 294.

710 Abendroth, Wolfgang (1959): Programm der Anpassung und der Resignation, in: Standpunkt 3-4/1959, 6ff. Außerdem kritisierte der SPD-Parteivorstand die Besprechung des Buches »Am Beispiel Österreichs« von Joseph Buttinger.

711 Vgl. Briem 1976, 295.

Gründung des SHB

Die Abspaltung der rechten SDS-Gruppen und der Gründung des *Sozialdemokratischen Hochschulbundes* (SHB) als neuen parteikonformen Verband folgten im Mai 1960.[712] Doch der Spaltungsversuch schlug fehl: Über 90 Prozent der Mitglieder blieben dem Verband treu.[713] Im Juli 1960 brach der SPD-Parteivorstand den Kontakt zum SDS ab, ab Oktober sperrte er die Mittelzuweisung. Dies führte auch zur Streichung der Mittel aus dem Bundesjugendplan. Die finanzielle Förderung des Verbandes wie auch die Stipendien wurden eingestellt, die Büroräume gekündigt.

Priorität des SDS?

Abendroth ist 1959 bereits durch seine universitären Verpflichtungen, die Parteiprogrammdebatte und den Beginn der Bewegung gegen die Notstandsgesetze gebunden. Die Konflikte des SDS bedeuten eine zusätzliche Belastung – einen Monat nach dem »Kongress für Demokratie gegen Restauration und Militarismus« hatte er aus völliger Erschöpfung einen körperlichen Zusammenbruch erlitten.[714] Zu Beginn der 1960er Jahre war Abendroth der wichtigste Berater des SDS-Bundsvorstands. Die Korrespondenz bezeugt, dass besonders in taktischen Fragen vor Delegiertenkonferenzen Abendroths Rat gefragt war.[715] Und es scheint, dass auch Abendroth der Entwicklung im SDS zunehmend Priorität beimaß. So sagte er zu Beginn des Jahres 1960 einen Vortrag über den Untergang der Weimarer Republik zu, obwohl er kaum Zeit habe – er hielt den Kontakt zur Frankfurter Gruppe für so wichtig, dass er eine Ausnahme machen wolle.[716]

Problem der Selbstisolation

In einer Grußbotschaft an die XV. Delegiertenkonferenz des SDS von 1960 bekräftigte Abendroth noch einmal die Anerkennung der Sozialdemokratie. Er warnte die Anwesenden davor, den Disziplinierungs- und Isolationsversuchen mit Selbstisolation zu begegnen.[717] Seiner Funktion, die Verbindung zwischen den aufgeschlossensten Teilen der jungen akademischen Generation und der Arbeiterbewegung herzustellen, könne der SDS aber nur gerecht werden,

---

712 Vgl. Fichter 1988, 297.

713 Angaben des SDS-BV in: Bundesvorstand des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (Hg.) 1962, 11.

714 Vgl. IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 68.

715 Z. B. IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 820, Brief von Manfred Liebel an Abendroth vom 10. 8. 1964. APO-Archiv, SDS BV I F intern 1964, Schreiben Liebels an Rüdiger Griepenburg vom 20. 8. 1964 bzgl. Termin bei Abendroth vor der SDS-Delegiertenkonferenz.

716 Vgl. Demirović 1999, 863.

717 APO-Archiv, SDS-BV 14. – 17. DK 1959-62, Brief Abendroth an Günter Kallauch vom 13. 9. 1960.

> wenn er seine Mitglieder dahin führt, in systematischer wissenschaftlicher und theoretischer Auseinandersetzung mit der Tradition und den theoretischen Vorarbeiten der großen Sozialisten gleichzeitig auch die Kraft zu gewinnen, trotz aller Bürokratisierungserscheinungen und Mängel der gegenwärtigen sozialistischen Bewegung deren positiven Gehalt zu erkennen und in ihr aktiv mitzuarbeiten.[718]

Sicherung der Handlungsräume

Politisch wollte Abendroth zunächst seine eigenen Handlungsspielräume sichern. In einem Schreiben vom Februar 1961 distanzierte sich Abendroth auch deutlich von Viktor Agartz:

> So sehr ich anerkenne, daß Ihre Zeitschrift ein außerordentlich hohes Niveau erlangt hat und hält, so sehr steht meiner Mitarbeit der Gesichtspunkt entgegen, daß die Belastung der WISO in der öffentlichen Meinung der Bundesrepublik durch die berühmte Finanzierungsgeschichte vor mehreren Jahren [Anspielung auf den Hochverratsprozess gegen Agartz, RH] noch fortbesteht. Vor allem aber hätte meine Mitarbeit an der WISO zweifellos den Sofortausschluß aus der Partei zur Folge und würde bei der gegenwärtigen Lagerung der Dinge auch meine innergewerkschaftlichen Einflußmöglichkeiten vernichten, die zwar nicht groß, aber an einigen nicht unwesentlichen Punkten doch noch erhalten sind. Innerparteilich bin ich jedoch der Ansicht, daß es völlig unvertretbar wäre, sich aus den Auseinandersetzungen, die nach der Septemberwahl entstehen werden, selbst auszuschalten, obwohl ich deren Bedeutung keineswegs überschätze. Das wichtigste ist für mich das innergewerkschaftliche Motiv.[719]

Abendroth ließ den Kreis um Agartz und auch um Gleißberg fallen, da sie sich durch ihre Angriffe auf die Gewerkschaften völlig isoliert hatten.[720]

Der SDS-Bundesvorstand versuchte indes dem Führungsanspruch der SPD zu entsprechen.[721] Immer wieder gingen von den SDS-Bundesvorsitzenden Initiativen zu einer Klärung der Probleme aus. Die Lösungsangebote des SDS-Bundesvorstandes gipfelten im Vorschlag einer Fusion von SHB und SDS mit dem gleichzeitigen Rücktrittsangebot des Bundesvorstandes.[722] Auch die demonstrative Distanz des SDS zur *Deutschen*

---

[718] Ebd.

[719] IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 60, Brief Abendroth an Viktor Agartz vom 17. 2. 1961.

[720] IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 72, Schreiben an Giuseppe Faravelli vom 23. 1. 1962.

[721] Offenbar war die Haltung innerhalb des Parteivorstands nicht einheitlich. Laut Lönnendonker/Rabehl/Staadt (2002, 6) sei Knoeringen von den anderen Vorstandsmitgliedern (v. a. Brandt, Wehner, Schmidt) über den beschlossenen Ausschluss bewusst im Unklaren gelassen worden.

[722] Brief des Bundesvorstandes des SDS an den Parteivorstand der SPD vom 30. 6.

Friedensunion (DFU) und zur *Vereinigung Unabhängiger Sozialisten* (VUS), die mit der illegalen KPD und der SED in Kontakt standen, änderte nichts. »Die Existenz unseres Verbandes«, so schreibt Michael Schumann im Mai 1961 in der *neuen kritik*, »ist bereits ein Stück Kritik an der derzeitigen Politik der Parteiführung, ebenso seine entschiedene sozialistische Praxis.«[723]

Anhaltende Gerüchte einer neuen Parteibildung

Unzweifelhaft lieferte auch die Linke selbst mit Gerüchten über eine bevorstehende Fraktions- oder Parteigründung Argumente, die einen Parteiausschluss plausibel machten. Im Vorfeld der entscheidenden XVI. Delegiertenkonferenz des SDS im Oktober 1961, die zum Ausschluss des SDS führte, hatte beispielsweise Peter von Oertzen über Heinz Brakemeier und Wolfgang Hindrichs von einem, so wörtlich, »geheimen Plan« Abendroths erfahren, die SPD auf einem Kongress des SDS mit ultimativen Forderungen zu konfrontieren mit der Option, »zur offiziellen Fraktionsbildung in der Partei zu schreiten«.[724] Nicht wenige Linkssozialisten erhofften sich nach den Ereignissen der vergangenen Jahre einen solchen Schritt. Und Abendroth hatte nicht prinzipiell ausgeschlossen, dass die Hilfe einer Konkurrenzorganisation zeitweilig notwendig werden könnte. Von Oertzen erkundigt sich nun bei Abendroth, was er denn tatsächlich plane.[725] Aus Abendroths Antwort geht hervor, dass er dem SDS durch eine vorsichtige Anbindung an die Gewerkschaften politische Reputation und Bündnispartner verschaffen wollte.[726] Er halte es für richtig, wenn sich der SDS-Kongress repräsentative Referenten hole, er denke an [Fritz] Baade und einen führenden Gewerkschafter, ohne jedoch den IG Metall-Vorsitzenden Otto Brenner überfordern zu wollen. Außerdem sollte eine Vorab-Wahlanalyse geleistet werden.

> An mehr habe ich nicht gedacht; was dann daraus wird, muß die Zukunft zeigen, obwohl ich – wie Du weißt – hinsichtlich unseres Vereins [die SPD, RH] recht pessimistisch bin. Übrigens wollte ich unter keinen Umständen referieren, schon um dem Ganzen das Odium eines fraktionistischen Ma-

---

1960, in: Bundesvorstand des Sozialistischen Deutschen Studentenbund (Hg.) 1962, 11f.

723 Vgl. den Bericht Michael Schumanns, in: neue kritik 5 (1961), 4f. zit. n. Bundesvorstand des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (Hg.) 1962, 17.

724 IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 67, Schreiben an Abendroth vom 16. 1. 1961. Um Peter von Oertzen hatte sich 1959 der informelle »Elzer Kreis« gebildet. Ihm gehörten laut Fichter (1988, 283) u. a. an: Hans W. Wedemeyer, Werner Wilkening, Jürgen Seifert, Karl-Heinz Stanzick, Monika Mitscherlich, Reinhard Hoffmann, Wolfgang Hindrichs, Manfred Heckenauer, Diether Sterzel, Wolfgang Sünkel, Peter und Jürgen Kraft, Michael Schumann, Günther Kallauch.

725 IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 67, Schreiben an Abendroth vom 16. 1. 1961.

726 IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 67, Schreiben an Peter v. Oertzen vom 23. 1. 1961.

> növers zu nehmen. Das würde nicht ausschließen, daß ich in der Diskussion auftrete – aber das ist das äußerste der Gefühle. Daß gleichzeitig für einen breiteren Rückhalt gesorgt werden sollte, halte ich allerdings auch für richtig. Eventuelle Vorbesprechungen unter uns halte ich durchaus für richtig – aber dann natürlich auch mit Dir und keinesfalls unter Deinem Ausschluß.[727]

Zurechnung zur Neuen Linken

Die XVI. Delegiertenkonferenz am 6. und 7. 10. 1961 in Frankfurt wurde zum Meilenstein für die Neuorientierung des Verbandes.[728] Zahlreiche Grußbotschaften von Persönlichkeiten und Organisationen zeigten, dass der Verband innerhalb der Linken nicht isoliert war.[729] Der Rechenschaftsbericht des Bundesvorsitzenden Michael Schumann orientierte sich in seiner politischen Analyse in wesentlichen Grundzügen an den Positionen Abendroths.[730] In der Schlusspassage stellte Schumann jedoch – und dies war ein neuer Schritt – den SDS offiziell in den Kontext einer »Neuen Linken«:

> Wir müssen einen Weg finden, die veränderte gesellschaftliche Wirklichkeit in unsere politische Konzeption aufzunehmen, ohne der Illusion einer krisenfesten und harmonischen Entwicklung der bürgerlichen kapitalistischen Gesellschaft zu verfallen. In diesem Sinne fühlen wir uns der Bewegung zugehörig, die in England unter dem Namen »New Left« und in Frankreich als »Nouvelle Gauche« entstanden ist. Diese »Neue Linke«, die sich heute in den westeuropäischen Ländern herausbildet, ist als selbständige Organisation nicht zu bestimmen. Sie ist in den Organisationen der Arbeiterbewegung, unter Akademikern und Studenten zu finden. Es ist deshalb gerechtfertigt, wenn wir sagen, daß auch der SDS zu dieser »neuen Linken« gehört. Wir knüpfen an die große Tradition der sozialistischen Bewegung an und wenden uns gegen dogmatische Formeln, die als verbindliche Theorie der Gesellschaft ausgegeben werden.[731]

Ebenso umriss diese Delegiertenkonferenz – vor allem das dort beschlossene Aktionsprogramm – bereits die ganze Themenbreite der 1968er-Bewegungen: Faschismus-Tabu, Notstandsgesetze, Kritik der Sozialpartnerschaft, autoritäre Tendenzen und Entdemokratisierung, atomare Rüstung,

---

727 Ebd.

728 Vgl. zum Verlauf u. a. Lönnendonker/Rabehl/Staadt 2002, 29ff.

729 Die Liste reicht vom *Verband deutscher Studentenschaften* bis hin zum RCDS, vertreten waren offizielle Vertreter der IG Metall und der IG Chemie, sozialistische Studentenorganisationen aus den europäischen Nachbarländern sowie das Mitglied des Direktoriums der Sozialistischen Partei Italiens Lelio Basso.

730 Vgl. Lönnendonker/Rabehl/Staadt 2002, 30.

731 Zit. n. Bundesvorstand des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (Hg.) 1962, 18.

Wiedervereinigungsillusionen. Sie setzte sich für innerbetriebliche Mitbestimmung, Unterstützung der Befreiungsbewegungen und Hochschuldemokratie ein.

3. Gründung der Sozialistischen Förderergesellschaft

Finanzierung

Zu diesem Zeitpunkt war der SDS bereits seit einem Jahr ohne finanzielle Mittel. Der 1961 neu gewählte SDS-Bundesvorsitzende Eberhard Dähne erinnert sich, dass er den Bundesvorsitz von seiner kleinen Wohnung aus organisierte, wobei er selbst gerade das Nötigste zum Leben hatte.[732] Es gab laut Dähne Angebote aus Ostdeutschland, aber eine Finanzierung durch die SED oder ihr nahe stehende Organisationen kam ebenso wenig in Frage wie die Anlehnung an die DFU oder die VUS. Unabhängig von den inhaltlichen Differenzen, die zwischen den Mitgliedern des SDS und den staatssozialistischen Systemen bestanden hatte die Vergangenheit deutlich gezeigt, dass sich der SDS mit einem solchen Schritt politisch völlig isoliert hätte und von einer Abhängigkeit in eine andere geraten wäre.

Da mit der Zeitschrift *Standpunkt* auch noch das zentrale Diskussionsorgan weggefallen war, sollte nun eine neue Zeitschrift, die *neue kritik*, beide Probleme auf einmal beheben. Sie diente als unabhängiges Diskussionsorgan und als Finanzierungsquelle des SDS. Über Abonnements sollten auch SPD-Mitglieder den SDS fördern können. Zusammen mit Fritz Lamm besuchte Eberhard Dähne der Reihe nach Gewerkschaften, um diese zu Abonnements zu bewegen.[733]

Gründung der SFG

Darüber hinaus gründete eine Gruppe um Wolfgang Abendroth unmittelbar im Anschluss an die XVI. Delegiertenkonferenz des SDS in Frankfurt am Main am 8. 10. 1961 die schon länger geplante *Sozialistische Förderergesellschaft der Freunde, Förderer und ehemaligen Mitglieder des Sozialistischen deutschen Studentenbundes* (SFG), um den SDS weiter politisch zu verankern und finanziell zu fördern.[734] Zahlreiche sozialdemokratische

---

[732] Eberhard Dähne (Interview).

[733] Eberhard Dähne (Interview).

[734] Im Juni 1961 wird von Helga Einsele, Paul Haag und Heinz Brakemeier der Landesverband Hessen der *Sozialistischen Hochschulgemeinschaft* aufgelöst und die Gründung der Förderergemeinschaft angekündigt. Der Gründungsaufruf wurde von Abendroth und Brakemeier unterschrieben. Vgl. Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hg.) 1962: SPD und SDS. Die Vorgänge um den Unvereinbarkeitsbeschluss (= Tatsachen – Argumente 30), Bonn, 13. Abendroth versucht für die Gründung der Förderergesellschaft Hans Matthöfer (IG Metall) als Redner zu gewinnen, um die Verbindung zwischen Studierenden und Gewerkschaft herzustellen: IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 66, Brief Abendroth an Matthöfer vom 27. 7. 1961.

Intellektuelle und einige Professoren schirmten auf diese Weise den SDS politisch und finanziell ab, um ihn in dieser prekären Situation vor der Zerstörung zu bewahren. Laut Heinz Brakemeier waren mit Verabschiedung des Godesberger Programms von einzelnen Linkssozialisten Überlegungen angestellt worden, wie der SDS nach einem Ausschluss gestützt werden könnte.[735] Die Initiative zur SFG ging nach Aussagen Abendroths schließlich vom SDS selbst aus.[736] Auf der Gründungsveranstaltung, an der 260 Personen, überwiegend linke und liberale Professoren, SPD- und Gewerkschaftsfunktionäre, teilnahmen, sprachen neben Wolfgang Abendroth der kritische Bildungstheoretiker Heinz-Joachim Heydorn, Ossip K. Flechtheim und Fritz Lamm. Durch Grußbotschaften von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens wie Alfred Kantorowicz oder das Kurzreferat des IG Metall-Gewerkschafters Erich Söchtig zum Thema »Gewerkschaftspolitik und Hochschule«, erhielt die Gründungsversammlung der Förderergesellschaft einen bunten Charakter.[737] Abendroth selbst vermied es in seinem Vortrag über »Das Ringen um die Verteidigung des Grundgesetzes«, die Differenzen innerhalb der Linken zu thematisieren, und wies statt dessen auf die Bemühungen der Unionsparteien um ein Notstandsgesetz hin, das aus seiner Sicht eine Bedrohung der Verfassung darstellte und in einer gemeinsamen Kampagne bekämpft werden müssten.[738] Schließlich wurde Abendroth zum Vorsitzenden der Förderergesellschaft gewählt. Brakemeier unterstrich die Breite des Unterstützerkreises:

> Ein beratendes Kuratorium dieser Gesellschaft bestand nicht nur aus Linken in der bundesdeutschen Intelligenz an Hochschulen, Verlagen und in der Belletristik (pars pro toto: Helga Einsele, O. Flechtheim, H. Gollwitzer, H. Hannover, H. J. Heydorn, A. Kantorowicz, G. Schonauer, G. Zwerenz). Ihm gehörten auch bekannte Repräsentanten der Linken aus Österreich, Italien, der Schweiz, Frankreich, Belgien, den Niederlanden, Großbritannien und den USA an. Später betrachteten sich auch Georg Lukács und E. Bloch als korrespondierende Mitglieder.[739]

---

735 Vgl. Burkhardt 1993, 63 und Lönnendonker (Hg.) 1998, 84.

736 IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 72, Brief Abendroth an Faravelli vom 23. 1. 1962. Thomas von der Vring sah dagegen die Initiative bei Heinz Brakemeier (mit der unterstellten Absicht einer Parteigründung): APO-Archiv, SDS-BV WS 1962/63, Außerordentliche Mitgliederversammlung des SDS Frankfurt am 21. 1. 1963.

737 Vgl. Albrecht 1994, 417. Söchtig wurde schließlich zweiter Vorsitzender des Bundeskuratoriums der SFG.

738 Vgl. Abendroth 1961b.

739 Brakemeier, Heinz (1985): Wolfgang Abendroth. Ein Beitrag zu seiner politischen Biographie, in: Redaktion Sozialismus (Hg.), 21.

Aufgaben

Die Einrichtung der SFG musste den Fraktionierungsgerüchten neue Nahrung geben. Um jeden Verdacht einer Fraktionierung oder der Illoyalität gegenüber der SPD abzuwenden, wurde in der Satzung explizit festgelegt, dass der Zweck der Gesellschaft auf die Förderung des SDS begrenzt sei und sie keine anderen Aufgaben habe.[740]

Ausschluss

Doch diese Maßnahmen konnten nicht verhindern, dass der SPD-Parteivorstand im November 1961 die Gründung der *Sozialistischen Förderergesellschaft* zum Anlass nahm, einen Schlussstrich zu ziehen und die Mitgliedschaft im SDS und später in der SFG für unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der SPD zu erklären. Nach der verlorenen Bundestagswahl vom 17. 9. 1961 sollte verhindert werden, dass die innerparteiliche Opposition, die sich eine auf eine Legitimationskrise des Vorstandes vorbereitet hatte, doch noch zum Zuge kam. So wurde die Gründung der SFG notwendig für die Sicherung des einzigen sozialistischen Studentenverbandes und lieferte zugleich den Anlass, die älteren Linkssozialisten aus der SPD zu drücken.

Alle Protestschreiben an den Parteivorstand blieben erfolglos.[741] Abendroths Versuche, den Parteivorstand noch einmal auf einer argumentativen Ebene zu erreichen, schlugen fehl.[742] Jürgen Habermas bot an, den Vorsitz in der SFG zu übernehmen, um Abendroth abzuschirmen.[743] Das Frankfurter *Institut für Sozialforschung* hielt sich dagegen zurück. Adorno und Horkheimer weigerten sich, den SDS gegenüber dem SPD-Parteivorstand offiziell in Schutz zu nehmen. Adorno begründete dieses Vorgehen gegenüber Abendroth:

---

740 Vgl. Bundesvorstand des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (Hg.) 1962, 19.

741 Vgl. »Erklärung zur Unvereinbarkeit vom 6. 11. 1961«, gezeichnet von Wolfgang Abendroth, Heinrich Düker, Heinz-Joachim Heydorn, Ossip Flechtheim, Heinz Maus, Georg Wünsch mit Zustimmung von C. Goldschmidt, Alexander Mitscherlich, Helmut Gollwitzer und Gerhard Zwerenz, in: Bundesvorstand des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (Hg.) 1962, 26. IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 20, Schreiben von Heinz Kloppenburg an Ollenhauer vom 15.12.61.

742 Vgl. Bundesvorstand des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (Hg.) 1962. IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 806, Brief Abendroth an den Vorsitzenden der SPD, Erich Ollenhauer, vom 13. 10. 1961. IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 806, Brief Wolfgang Abendroth an den Vorsitzenden der SPD, Erich Ollenhauer, vom 25. 10. 1961 Ebenso wurde ein weiterer Brief Abendroths vom 14. 11. 1961 nicht mehr beantwortet. Offenbar kam es am 2. 11. 1961 noch einmal zu einem Gespräch zwischen Ollenhauer und Abendroth: AdsD, SPD Parteivorstand – Referat Bildungsarbeit, 0702A (SDS), Pressemitteilung der SPD vom 25. 1. 1962.

743 Vgl. Brakemeier 1985, 21.

> Wie sehr ich in der Angelegenheit mit Ihnen und Ihren Freunden mich solidarisch fühle, muß ich Ihnen hoffentlich nicht erst sagen. Aber eine öffentliche Erklärung kann ich aus dem allereinfachsten Grund nicht unterschreiben: ich bin kein Mitglied der SPD, und es ist unmöglich, in einer innerparteilichen Angelegenheit als Arbeiter aufzutreten, ohne daß man dieser Partei selbst angehört. Horkheimer hat das in einem Telefongespräch mit Heydorn auch zum Ausdruck gebracht, und ich bin überzeugt, daß Sie dafür Verständnis haben. Wenn wir mit der Miene der Wohlweisheit von außen her der SPD Ratschläge erteilen wollten, würden wir nicht nur uns lächerlich machen, sondern es wäre auch der Sache nach ein Bumerang. Dagegen wird Horkheimer, nach eingehender Besprechung mit mir und mit meinem vollsten Einverständnis, am Mittwoch einen inoffiziellen Schritt unternehmen, von dem wir uns einiges Versprechen.[744]

Auf welchen inoffiziellen Schritt Adorno anspielt, bleibt unbekannt. Doch letztlich fügte sich Adorno der Institutsdisziplin.

Politischer Schlagabtausch nach der Trennung

Nach der Gründung der Förderergesellschaft und dem Unvereinbarkeitsbeschluss der SPD im November 1961 folgten im ersten Quartal 1962 die Parteiausschlüsse der SFG-Mitglieder Heinz Brakemeier, Fritz Lamm, Prof. Heinz-Joachim Heydorn und Abendroth, begleitet von einem heftigen Schlagabtausch zwischen SDS, SFG und SPD, der den Graben zwischen den Linkssozialisten und der SPD immer weiter aufriss. Und so erschien beispielsweise am 9. 11. 1961 im SPD-Pressedienst ein Artikel von Friedrich Bruno, der sich gegen den SDS und auch gegen Abendroth wandte.[745] Darin werden der Politik des SDS »kommunistische Zersetzungsmethoden« unterstellt. Jürgen Seifert notiert:

> Hilfskräfte des Vorstandes fertigten Anfang der sechziger Jahre eine umfangreiche Dokumentation *Prof. Abendroth und das Godesberger Programm* an; nach Abendroths Ausschluß aus der Partei durften Parteiorgane keine Anzeigen aufnehmen, die auf Publikationen von Abendroth aufmerksam machten; die Europäische Verlagsanstalt blieb nach 1969 auf der von Horst Ehmke, Carlo Schmid und Hans Scharoun herausgegebenen *Festschrift für Adolf Arndt zum 65. Geburtstag* sitzen, weil der Parteivorstand die Abnahme eines größeren Postens unter Hinweis auf einen in der Festschrift enthaltenen Beitrag Abendroths verweigerte.[746]

---

[744] TWAA, Korrespondenz Abendroth, 1/32, Brief Adorno an Abendroth vom 18. 12. 1961.

[745] Vgl. Friedrich, Bruno (1961): Eine grundsätzliche Entscheidung, in: SPD-Pressedienst P/XVI/253 vom 9. 11. 1961; Dähne, Eberhard (1961): Die grundsätzliche Entscheidung des SDS, in: neue kritik 8 (1961).

[746] Seifert 1977, 242. Unveröffentlichtes Dossier: Prof. Abendroth und das Godesberger

Die Streitparteien publizierten Dokumentationen über den Hergang. Anzeigen und Unterlassungsklagen, wie die Klage Abendroths gegen Erich Ollenhauer wegen der von Seiten der SPD erhobenen Behauptungen, blieben nicht aus.[747] Ein Beispiel für die Selbstsicht der SPD-Führung ist ein Brief Friedrich Brunos an Erich Ollenhauer.[748] Friedrich meinte nachweisen zu können, dass sich Abendroth immer mehr vom Selbstverständnis der SPD entfernte und auf den SDS Einfluss nahm, um sich mit dem SDS und der *Sozialistischen Förderergesellschaft* ein die innerparteiliche Demokratie missachtendes Instrument zur Zersetzung der Partei zu schaffen. Am Ende formierte dieser Schlagabtausch beide Lager und stärkte die Linkssozialisten durch die gemeinsame Ausschlusserfahrung. Den Parteiausschluss wertete Abendroth später als politischen Fehler der SPD-Führung, »denn dadurch gewann ich an Rückhalt.«[749]

4. Entscheidung für den SDS

Trotz dieser Vorkommnisse bestärkte Abendroth sein privates und berufliches Umfeld darin, sich weiter in der SPD zu engagieren und nicht auszutreten.[750] In diese Zeit fällt wohl auch ein berühmtes Bonmot Abendroths: »Aus einem solchen Verein tritt man nicht aus, sondern lässt sich rauswerfen.«[751] Kooperationen mit der VUS und der DFU waren für ihn auf Grund ihrer mangelnden Distanz zum SED-Staat und ihrer thematischen Enge indiskutabel. Fichter schreibt:

Programm, hg. v. Parteivorstand der SPD, o. O., o. J. [Bonn 1961],

747 IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 805 (u. a. Klage Abendroths gegen Erich Ollenhauer); Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hg.) 1962; Bundesvorstand des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (Hg.) 1962. AdsD, SPD Parteivorstand – Referat Bildungsarbeit, 0702A (SDS), Dokumentation des SHB (Herbst 1961 und Mai 1963): »Dokumentation zu Entwicklung des SDS« (Ein Versuch, die Ostinfiltration des SDS zu beweisen); AdsD, SPD Parteivorstand, Referat Bildungsarbeit, 0743B: Dossier über Abendroth, das alle Artikel über ihn sammelt. Diverse Protestbriefe u. a. von Flechtheim und Heinemann; AdsD, SPD Parteivorstand – Referat Bildungsarbeit 0702A (SDS), Bundesvorstand des SDS (Hg.): Dokumentation. Dokumente zur Sperrung der Mittel aus dem Bundesjugendplan durch das Bundsministerium des Inneren aus der Zeit vom Sommer 1960 bis Mai 1962, o. J., Frankfurt.

748 AdsD, Parteivorstand, Referat Bildungsarbeit 0743B, Brief Bruno Friedrich an Ollenhauer vom 20. 11. 1961.

749 Abendroth 1976, 255.

750 Vgl. Deppe, Frank (1998): Der SDS bis zum Unvereinbarkeitsbeschluss, Referat, in: Lönnendonker (Hg.), 78. Lisa Abendroth (Interview).

751 Lisa Abendroth (Interview).

> Allen Versuchen einzelner SDSler, die DFU oder die VUS zu unterstützen, trat er damals scharf entgegen. So hatte er z. B. zu Beginn der Gründungskonferenz der Förderergemeinschaft am 8. Oktober 1961 den berliner SDSler Horst Mahler aus dem Saal des Studentenhauses gewiesen, weil Mahler in den Monaten zuvor offen dafür eingetreten war, die VUS zu unterstützen.[752]

Ein kleiner Teil des linken Flügels der SPD entschied sich für eine Strategie des Überwinterns, bis die Verhältnisse für den Sozialismus wieder günstiger würden. Dabei sollte um jeden Preis ein Zerwürfnis mit der SPD vermieden werden, um sich nicht von der Massenbasis zu entfernen.[753]
Abendroth selbst entschied sich für den SDS, obwohl dies mit erheblichen Konsequenzen verbunden war. Für den hessischen Verfassungsgerichtshof und den Bremer Staatsgerichtshof wurde er nicht mehr nominiert. In Bremen wurde 1964 Gustav Heinemann sein Nachfolger.[754]

Aussichtsreichster marxistischer Verband

Für Abendroths Entscheidung sprachen mehrere Gründe. Zunächst sah er im SDS den einzigen legalen sozialistischen Verband in der Bundesrepublik, der eine unorthodoxe marxistische Diskussion förderte.[755] Zweifellos gab es auch andere sozialistische Projekte, aber für den SDS sprach neben seiner Unabhängigkeit, seine pluralistische Struktur, ein Klima intellektueller Offenheit und Neugier.[756] Deppe erinnerte sich:

> Die Organisationsstrukturen des SDS waren überaus locker. Der Bundesvorstand war für die politische Profilierung sowie für den Kontakt zu anderen linken Organisationen und Studentenverbänden zuständig. Die Ortsgruppen führten ein Eigenleben, das – je nach Größe der Gruppe – mehr oder weniger formalisiert war. Die Gruppen entwickelten in der Regel eine eigene politische Kultur, die ihrerseits meist von den »geistigen Vätern« aus

---

752 Fichter 1988, 346.

753 Vgl. Ryschkowsky 1968, 23. Vor allem Trotzkisten um die Zeitschrift *Sozialistische Politik* vertraten die Politik des Überwinterns. Ähnliche verhielt sich der Kreis um die von Professor Peter von Oertzen herausgegebenen *Arbeitshefte*.

754 Als Heinemann, mit dem Abendroth u. a. im Hochverratsprozess gegen Viktor Agartz kooperiert hatte, im Nachhinein erfuhr, wem er im Amt nachgefolgt war, versicherte er Abendroth, wie unangenehm ihm die Situation war: IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 31. Schreiben Gustav Heinemann an Abendroth.

755 Vgl. Burkhardt 1993, 108.

756 Vgl. Fichter 1988, 17. Ryschkowsky nennt als weitere sozialistische Gruppen: *Falken*, Junge Linke (ab 1962, Frankfurt), Initiativausschuß zur Gründung einer sozialistischen Partei (Siegfried Markowski, Bergisch-Gladbach), Internationaler Bund demokratischer Sozialisten (Herbst 1967), Neuer sozialistischer Bund (Dr. Kurt Hiller, Hamburg, seit 1956)

> der sozialistischen oder kommunistischen Arbeiterbewegung und durch Kontakte zu den örtlichen Gewerkschaften geprägt war. So entstand eine pluralistische Struktur theoretischer Arbeit, in der ein breites Spektrum theoretischer und politischer Positionen der Linken vertreten war. Der Rekurs auf Marx (»Kapitalarbeitskreise«) war verbunden mit Bezügen auf Rosa Luxemburg, aber auch zu Lenin und Trotzki. Neben den Werken von Bertolt Brecht wurden freilich vor allem jene Traditionen des marxistischen und sozialistischen Denkens rezipiert, die Perry Anderson 1976 als »Western Marxism« bezeichnet hatte. So ergab sich eine Spannweite von Diskursen, die sich von der Orthodoxie der Klassiker bis zur Psychoanalyse (in den Traditionen von Sigmund Freud und Wilhelm Reich), zur »Frankfurter Schule«, zum Sartre'schen Existenzialismus sowie – etwas später – zu den Theoretikern der antiimperialistischen Befreiungsbewegungen erstreckte.[757]

Damit war der SDS das intellektuell aussichtreichste Projekt für einen sozialistischen und marxistischen Neuanfang. So äußert sich Abendroth gegenüber dem SPD-Parteivorstand:

> Ich habe sie [die Distanzierung der SPD vom SDS, RH] immer für verfehlt gehalten und halte es in meiner Verantwortung als Hochschullehrer für nicht zu verantworten, die wichtigste gesellschaftskritische Kraft an den deutschen Universitäten, den SDS, im Stich zu lassen und dadurch der Gefahr auszusetzen, daß die zum Sozialismus tendierenden Studenten in sektiererische Gedankengänge abgleiten oder von stalinistisch beeinflußten Kräften oder der DFU beeinflußt werden.[758]

Kein Bindung an die SPD

Darüber hinaus war die Bindung Abendroths an die SPD nicht sonderlich eng. In seinem autobiographischen Gesprächsband erklärte er, der Ausschluss aus der SPD habe ihn moralisch nicht getroffen, da er die SPD – anders als die KPO – nicht als seine politische Heimat empfunden habe. Zudem war dies eine Frage der Solidarität. Zumindest schreibt Lisa Abendroth: »Das Leben mit Studenten war sein Leben, die konnte er nicht im Stich lassen.«[759]

Vorbildrolle

Wie schon beim Godesberger Programm berücksichtigte Abendroth auch die mögliche Signalwirkung auf die sozialistische Linke:

---

[757] Deppe, Frank (1998b): Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) – Keimzelle der Bewegung von 1968?, in: Buckmiller/Perels (Hg.) 1998, 125f.

[758] Schreiben Wolfgang Abendroths an den Vorsitzenden der SPD Erich Ollenhauer vom 13. 10. 1961, zit. n. Bundesvorstand des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (Hg.) 1962, 20f.

[759] Lisa Abendroth (Interview).

> Ich hatte mir damals auch sehr genau überlegt, ob ich es riskieren sollte, aus Anlaß der Auseinandersetzung zwischen dem Sozialistischen Deutschen Studentenbund und der SPD von der Partei ausgeschlossen zu werden. Ich kam aber zu dem Ergebnis, daß es wichtiger sei, innerhalb der Arbeiterbewegung für eine freie geistige Entwicklung zum Marxismus zu arbeiten und eine junge marxistisch orientierte Generation von Intellektuellen mitzuformen. Eine andere Entscheidung hätte möglicherweise auf viele entmutigend gewirkt.[760]

Abendroth war sich seiner Vorbildrolle innerhalb der sozialistischen Linken bewusst. Wie schon im Hochverratsprozess gegen Viktor Agartz 1957, stellt er sich gegen jede Kriminalisierung sozialistischer Politik. Ein Nachgeben hätte die Reputation des politischen Pädagogen schwer beschädigt. Nach seiner Ansicht wäre er mit der Kapitulation vor der SPD bei den Studierenden und in der Arbeiterjugend unglaubwürdig geworden.[761] Glaubhaft als Pädagoge könne nur sein, schrieb Abendroth über Walter Fabian, der auch »das, was er lehrt, durch sein Leben unter Beweis gestellt hat«.[762] Daher wollte Abendroth nicht nur auf Alternativen verweisen, sondern sie in seiner Person zeigen. Dies ähnelt auf dem ersten Blick der kommunistischen Strategie der Weimarer Jahre, über eine Einheitsfront von unten die Führung der SPD zu entlarven und ihre Organisation zu zersetzen. Doch war eine Auflösung der SPD von Abendroth nicht beabsichtigt, sondern lediglich die Blamage ihres bürokratischen Autoritarismus.

C. Stabilisierung der sozialistischen Opposition

1. Die Gründung des Sozialistischen Bundes

Neubeginn

Linkssozialisten wie Abendroth blieben auch in der ersten Hälfte der 1960er Jahre für die wissenschaftliche und politische Orientierung der Neuen Linken prägend. Alex Demirović hat darauf hingewiesen, dass Abendroths Einfluss auf die Neue Linke etwa in der SDS-Hochschuldenkschrift *Hochschule und Demokratie* (1961) greifbar wird, die sich ihre Demokratietheorie von Abendroth bezog.[763] Auf der XVIII. Delegiertenkonferenz des SDS im September 1963 hielt Abendroth einen programmatischen Vortrag über »Aufgaben der jungen Intelligenz im Klassenkampf«. Darin forderte er die Linke

---

760 Abendroth 1976, 253f.
761 Vgl. Abendroth 1976, 258.
762 Abendroth, Wolfgang (1985g): Walter Fabian, in: Abendroth 1985, 175.
763 Vgl. Demirović 1999, 904; Paech 2001, 114.

mit Blick auf die Notstandsopposition und die Ostermarsch-Bewegung auf, die demokratische Rechtstaatlichkeit gegen Ansprüche autoritärer Staatsgewalt und friedliche Entwicklungsmöglichkeiten gegen die Logik der Hochrüstung zu schützen.[764] Abendroth hatte eine Orientierungsfunktion für die Neue Linke, doch ein mindestens ebenso wichtiger Beitrag war seine Hilfe bei der Reorganisation der sozialistischen Linken als Ganzes. Seifert sprach für die junge Generation von einem Gefühl der Unsicherheit angesichts der Frage, wie es außerhalb der Partei weitergehen sollte.[765] Die Krise nach dem Parteiausschluss musste persönlich, inhaltlich, aber auch organisatorisch verarbeitet werden. Die Linkssozialisten standen 1961 vor einem völligen Neubeginn, wobei sie mit Rückschlägen erfahrungsgeschichtlich vertraut waren. Für eine langfristig orientierte Aufbauarbeit außerhalb großer Organisationen brachten sie zahlreiche praktische Kenntnisse mit. Abendroths Vernetzungspolitik und seine Moderationsfähigkeiten waren in dieser Phase des Neubeginns besonders wertvoll. Da die bisherige sozialistische Strategie auf den Prüfstand gestellt wurde, verliefen die Diskussionen zwischen 1962 und 1963 durchaus turbulent.

Die SFG als politischer Akteur?

Die älteren SFG-Mitglieder mussten zunächst ihre eigene Rolle definieren. Die SFG war als eine dienstleistende Sponsoren-Organisation gegründet worden. Nach dem Kölner Parteitag der SPD 1962 wurde aber der Ruf nach einer offensiveren Organisation immer lauter. Viele Linkssozialisten sahen sich nach ihrem Parteiausschluss in der SFG isoliert und zu politischer Passivität gezwungen. »Es reizt solche Leute nicht«, schrieb Else Hille im Juli 1962 an Abendroth, »als Mitglied der Förderergesellschaft in dieser rein karitative Aufgaben zu erfüllen, sie verlangen einiges mehr von uns, das zu bieten wir in der Lage sein müssen.«[766] Else Hille wollte eine politisierte SFG, die auch öffentlich zu politischen Grundsatzfragen Position bezog. Die Förderergesellschaft sei, so Heinz Brakemeier an Abendroth, »die einzige unabhängige linke Organisation neben den Gewerkschaften, die nicht kompromittiert ist durch ein taktisches Verschweigen ihrer Kritik an der Diktatur im Ostblock.«[767]. Auch Brakemeier befürwortete den Wandel der SFG zum

---

764 Vgl. Abendroth, Wolfgang (1963b): Die Aufgaben der jungen Intelligenz im Klassenkampf, in: neue kritik 18 (1963), 9-12; IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 72; Hinweis auch bei Demirović 1999, 892.

765 Vgl. Lönnendonker (Hg.) 1998, 82.

766 IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 806, Schreiben von Else Hille an Abendroth vom 3. 7. 1962.

767 IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 71, Schreiben von Heinz Brakemeier im Januar 1962.

politischen Akteur. Er vertrat die Auffassung, dass eine sozialistische Organisation ohne eigene politische Aktionen auf Dauer nicht lebensfähig sei.[768]

Die Forderung von Hille und anderen, die Förderergesellschaft für politische Arbeit zu nutzen bedeutete, dass die SFG ihre ursprüngliche Zielsetzung erweitern musste. Dies würde vom politischen Gegner in der SPD natürlich als weitere Bestätigung verstanden, dass die Linkssozialisten von Anfang an die Spaltung der SPD und eine eigene Parteigründung im Sinn hatten. Auch das Verhältnis zum SDS, der um seine Unabhängigkeit fürchtete, wurde durch diese Überlegungen belastet. Das Stimmungsbild innerhalb der linkssozialistischen Strömung war daher auch nicht einheitlich. Während eine Gruppe, unter anderem um Peter von Oertzen, dafür plädierte, die Fördergesellschaft als solche zu belassen, schlossen etwa Heiner Halberstadt und Heinz Brakemeier eine spätere Parteigründung nicht aus.[769] Fritz Lamm wiederum betrachtete Brakemeiers Intentionen als überdimensioniert und nicht zu verwirklichen.[770] Die Idee, die SFG oder der spätere Sozialistische Bund könnten sich zu einer parteiähnlichen Organisation entwickeln, hielt Lamm für völlig absurd und favorisierte – ähnlich der Konzeption der Zeitschrift *Funken* – eine gezielte Sammlungsarbeit, in der aktiv Mitglieder geworben sowie Namen und Adressen gesammelt werden sollten. Hier bahnte sich im Übrigen ein Dauerkonflikt zwischen Fritz Lamm und Heinz Brakemeier an.[771]

Die Gründung des Sozialistischen Bundes

Die Zukunft der SFG war Gegenstand der 2. Ordentlichen Bundeshauptversammlung der SFG am 6. und 7. 10. 1962 in Frankfurt. Die SFG sollte sich als *Sozialistischer Bund* (SB) neu formieren. In seiner Eröffnungsrede erörterte Abendroth die neue gesellschaftliche Situation nach dem Unvereinbarkeitsbeschluss und Möglichkeiten sozialistischer Politik zusammen mit der Weiterführung sozialistisch theoretischer Diskussion.[772] Hier sah er Per-

---

768 IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 737, Öffentliches Schreiben Brakemeiers (o. J. wahrscheinlich 1963).

769 IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 806, Schreiben von Else Hille an Abendroth vom 3. 7. 1962: Hille äußert die Vermutung, dass die Gruppe um Peter von Oertzen einer Aufgabenerweiterung der SFG ablehnend gegenüberstehen.

770 IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 736, Brief von Lamm an Abendroth vom 9. 6. 63; Nr. 737, Brief von Lamm an Abendroth vom 16. 1. 1962; Nr. 74, Brief von Fritz Lamm vom 1. 11. 1962.

771 Davon zeugt u. a. der Briefwechsel Lamms mit Abendroth: IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 71, Brief an Brakemeier vom 11. 6. 1963; Nr. 74, Brief von Lamm am 30. 6. 1963; Nr. 737, Brief von Lamm vom 16. 3. 1964, sowie Brief Lamms an den Bundesausschuss vom 7. 5. 64.

772 IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 736, Protokoll der 2. Ordentlichen Bundeshauptversammlung der Sozialistischen Förderergesellschaft vom 6./7. Oktober 1962.

spektiven im Kontakt mit der gesamten demokratischen Opposition: mit Vertretern der literarischen Renaissance gesellschaftskritischer und sozialistischer Gedanken, mit oppositionellen Regungen in den Gewerkschaften und den linken und pazifistischen Jugendverbänden sowie mit christlichen oppositionellen Gruppen. Wichtig bleibe aber bei all diesen Versuchen die Verbindung mit der organisierten Arbeiterbewegung und den Massen der Arbeitnehmerschaft, »wo immer diese in Bewegung gerieten.«[773] Abendroth bremste jedoch alle Hoffnungen auf eine Parteigründung und versuchte das Interesse auf bewältigbare Projekte zu lenken:

> Die spezielle Aufgabe des Sozialistischen Bundes scheint mir zu sein, den Vermittler zu spielen zwischen kritischen demokratischen Strömungen in der »freischwebenden Intelligenz« und kritischen – einfach aus der Situation geborenen – Wiederherstellungsbestrebungen des Gedankenguts der Arbeiterbewegung in dieser Arbeiterbewegung selbst. […] Eine praktische Aufgabe, die sich ergibt, ist zu lernen, scharfe sachliche, demokratische Kritik vor allen Dingen an der DDR vorzutragen und dabei gleichzeitig deutlich zu machen, dass es sich hier nicht um das Bestreiten der Existenz auch nur der DDR handelt, sowenig wie um die Diffamierung des gesamten Ostblocks und der im Ostblock zutage tretenden progressiven Entwicklungstendenzen. Das ist eine Aufgabe, die immer außerordentlich schwierig ist, weil sich immer wieder bis in die traditionelle Linke, in die Sozialdemokratische Partei und selbst in die Gewerkschaftsführung hinein Einflüsse des vom Faschismus herkommenden traditionellen Antikommunismus geltend machen.[774]

Im *Sozialistischen Bund* sollten Theorie und Praxis zusammengeführt werden. Denn, so Abendroth weiter, voluntaristische Praxis ohne theoretisches Konzept sei blind und erreiche nichts, aber stetes Theoretisieren sei eine ebensolche Gefahr, wenn es nicht auf die Praxis gerichtet ist.[775] Beide Akzente werde es in der linken Bewegung immer geben, beide Gefahren würden immer existieren. Zur Vermittlung beizutragen sei eine der Aufgaben des *Sozialistischen Bundes*.

Nach einer kontroversen Debatte einigten sich die Anwesenden auf einen Kompromiss. Auf Antrag von Heinz-Joachim Heydorn beschloss die Bundeshauptversammlung die Umbenennung der SFG in *Sozialistischer Bund*.[776] Als Zweck des Bundes wurde festgeschrieben:

---

[773] Ebd.
[774] Zit. n. Ryschkowsky 1968, 34f.
[775] Vgl. Ryschkowsky 1968, 34f.
[776] Vgl. Lönnendonker/Rabehl/Staadt 2002, 56.

> Der Verein versucht, theoretisch und praktisch Voraussetzungen für die Bewegung einer »Neuen Linken in der Bundesrepublik zu schaffen. Er versucht diese Bewegung in jeder Weise zu fördern und dabei zusammen mit anderen freiheitlich-sozialistischen Kräften ein Zentrum für eine neue sozialistische Politik zu bilden.[777]

Die Förderung und Unterstützung des SDS wurde beibehalten.[778] Erster Vorsitzender des *Sozialistischen Bundes* wurde Heinz Brakemeier; in den Geschäftsführenden Vorstand wurden Heinz-Joachim Heydorn, Helga Einsele, Else Hille und Wolfgang Abendroth gewählt. Gleichzeitig wurde die soziale Zusammensetzung des *Sozialistischen Bundes* erweitert, unter »Hinzunahme typischer Arbeiterfunktionäre, wie es sie nur noch in wenigen Exemplaren gibt«, so Abendroth gegenüber dem *Spiegel*.[779] *Der Spiegel* sprach wortwitzig von einer »Abendroth-Front«, in der sich Metallarbeiter, Atomgegner, Ostermarschierer, Altmarxisten, Jungsozialisten und Universitätslehrer eingereiht hätten – unter ihnen Heiner Halberstadt, Georg Jungclass, Paul Wenzke, Prof. Dr. Heinz-Joachim Heydorn, Prof. Dr. Heinrich Düker, Prof. Dr. Ossip Flechtheim.[780]

Parteigründung?

Die in der Literatur verschiedentlich geäußerte Vermutung, die Gruppe um Abendroth, Brakemeier und Heydorn hätte 1962 eine Parteigründung links von der SPD geplant, muss korrigiert werden.[781] Abendroth sah in den 1960er Jahren keine soziale Basis für eine neue Partei. In einem Brief an Wilhelm Alff, damals wissenschaftlicher Mitarbeiter am Münchner Institut für Zeitgeschichte, vom 26. Oktober 1962 wertet Abendroth den inneren Zustand des SB:

> Was die Dinge in der Förderergesellschaft anbetrifft, so gab es keinerlei Stimmungen mehr für sofortige Parteigründung. Die Erweiterung des Satzungszwecks war m. E. durchaus erforderlich, die Umbenennung (Sozialistischer Bund) halte ich nach wie vor nicht für geschickt – aber sie ist nunmal geschehen und wie mir scheint kein Grund für ernsthafte Differenzen. Bei Deiner Analyse des Grundes der Differenzen mit der Gruppe Peter v.

---

[777] IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 736, Satzung des Sozialistischen Bundes e. V. Die Satzung des SB ist auch dokumentiert in: Ryschkowsky 1968, 131ff.

[778] IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 737: Umfang der Förderung des SDS durch den SB 1965/66: 6604 DM.

[779] Zit. n. Abendroth 1964, 55.

[780] Vgl. Abendroth 1964, 55.

[781] Fichter/Lönnendonker (1977, 70) bzw. Lönnendonker/Rabehl/Staadt (2002, 60) vermuteten, dass die Umbenennung der SFG in »Sozialistischer Bund« von Abendroth ausging. Demirović (2000, 885f.) hatte die These übernommen.

> Oertzen-Seiffert bin ich durchaus Deiner Meinung: Kliquenkämpfe unter Intellektuellen sind eine unvermeidliche Mitgift, die man erhält, sobald Geistesarbeiter in einer Gruppe überwiegen.[782]

In einem Schreiben an den State Secretary der *Socialist Party* in Illinois, James A. Kennedy, skizziert Abendroth Anfang 1963 die Situation des *Sozialistischen Bundes*.[783] Abendroth deutet darin den Unterschied zu anderen linkssozialistischen Gruppen wie der VUS oder der DFU an. Zwar seien auch diese aus ähnlichen Anlässen entstanden, »aber teilweise in allzugroße Nähe der Einflüsse der in Deutschland ja illegalen KPD gelangt.«[784]

> Zum Teil sind sie zwar von solchen Einflüssen frei, halten aber die sofortige Gründung einer linkssozialistischen Partei für notwendig, die nach Auffassung des Sozialistischen Bundes höchstens eine Zukunftsaufgabe ist, im Augenblick aber mangels Zustimmung breiter Massen noch nicht möglich erscheint.[785]

Der *Sozialistische Bund*, so Abendroth weiter, lege größten Wert darauf, ständige persönliche Kontakte mit linken Gewerkschaftsführern, aber auch mit linken Intellektuellen wie Ernst Bloch, Leo Bauer oder Wolfgang Leonhard zu unterhalten, die Angst vor organisatorischer Bindung haben, aber noch nicht in den gefühlsmäßigen rechten Antikommunismus abgewandert seien.

2. Generationenkonflikte mit dem SDS

a) Konflikte um neue politische Ausdrucksformen

Generationenübergreifendes Bündnis

Die Allianz zwischen sozialistisch-marxistischen Intellektuellen der Arbeiterbewegung und der jungen sozialistischen Intelligenz im SDS war als Solidarverhältnis ein von beiden Seiten erwünschtes Bündnis, aber auch Ergebnis politischer Zwänge. Im SDS und in der SFG fanden verschiedene linkssozialistische Generationen zusammen. Zwar wurden von außenstehenden Zeitgenossen alle ausgeschlossenen Linkssozialisten zur Neuen Linken gerechnet, doch bestanden zwischen den Gruppen erhebliche sozial- und erfahrungsgeschichtliche Unterschiede. Das Bündnis dieser Generationen war für Abendroth Bedingung für den Neubeginn:

---

[782] IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 71, Brief an Wilhelm Alff vom 26. 10. 1962.
[783] IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 74, Brief an James A. Kennedy, ohne Datum. Datierung fällt wahrscheinlich in das erste Quartal des Jahres 1963.
[784] Ebd.
[785] Ebd.

> Gelingt es den versprengten Intellektuellen, den überlebenden Köpfen der alten Arbeiterbewegung und der kritischen Jugend, die dieses Denken wieder lebendig machen will, ein geistiges Zentrum zu gemeinsamem Denken, zu gemeinsamer Analyse der gesellschaftlichen und politischen Situation der Bundesrepublik zu schaffen, so besteht wenig Grund, daran zu zweifeln, daß die gegenwärtige Ausschaltung sozialistischen Denkens in Deutschland genauso überwindbar sein wird wie seine Ausschaltung zwischen 1933 und 1945.[786]

Zurückweisung der Parteipläne

Die anhaltenden Gerüchte über eine Parteigründung belasteten auch das Verhältnis zwischen SFG und SB. Die SDS-Mitglieder nahmen derartige Pläne reserviert auf. Die Neue Linke bekämpfte Tendenzen der Bürokratisierung und die fortschreitende Identifizierung mit den gegenwärtigen Verhältnissen. Aber im Unterschied zur traditionellen Arbeiterbewegung bedurfte es dazu aus Sicht vieler SDS-Mitglieder nicht einfach einer neuen Partei, um den bestehenden Organisationen lediglich die »wahre« entgegenzusetzen.[787] Im Beschluss der XVII. Delegiertenkonferenz des SDS vom 4. und 5. 10. 1962 bezog der SDS wenige Tage vor der Gründung des *Sozialistischen Bundes* noch einmal Stellung:[788] Eine sozialistische Partei habe unter den gegebenen Umständen keine Aussicht auf Erfolg. Alle in diese Richtung gehenden Anstrengungen würden die augenblickliche Zersplitterung und Ohnmacht der linken Gruppierungen in der Bundesrepublik nicht überwinden, sondern fördern. Die Studentinnen und Studenten im SDS wollten sich organisatorisch erst einmal alle Optionen offen halten.

Abwehr jeder Vereinnahmung

Mit seiner Resolution richtete sich der SDS aber auch gegen jedes Dominanzverhalten, denn das hierarchische Abhängigkeitsverhältnis zwischen SFG und SDS barg erhebliches Konfliktpotenzial. Der SDS war von der SFG bereits finanziell und politisch abhängig. Mit einem Wandel des SB zum politischen Akteur oder gar zur Partei wäre der SDS in eine Situation geraten, die von der linkssozialistischen Kerngruppe verhindert werden sollte: Als Studentenverband im Schatten einer isolierten, linken Splitterpartei zu arbeiten. Deutlich wehrte sich daher der Bundesvorsitzende Sterzel in der *neuen kritik* gegen jede Form der Vereinnahmung und pochte auf die Autonomie des SDS: »Aus dem freundschaftlichen Verhältnis des SDS zum So-

---

[786] Abendroth 1972n, 461f.

[787] Vgl. dazu Schaltenbrand, Jürgen (1962): Einige Anmerkungen zum Begriff der Neuen Linken, in: neue kritik 9, 16ff; Vring, Thomas von der (1962): Neue Linke – Partei – Staat, in: neue kritik 9, 19ff.

[788] Vgl. Sterzel, Diether (1962): Nach der Delegiertenkonferenz, in: neue kritik13 (1962), 6f.

zialistischen Bund kann jedoch in keiner Weise gefolgert werden, dass zwischen beiden Organisationen politische Bindungen bestehen.«[789]

Die Studentinnen und Studenten im SDS hatten einen wissenschaftlich-theoretischen Klärungsbedarf und wollten ihren politischen und beruflichen Weg zwar mit beratender Hilfe der Älteren, aber letztlich selbst finden. Dass zwischen SB und SDS paternalistische Formen bestanden, lässt auch eine Aussage Abendroths vermuten, der im Jahr 1967 in einem Gespräch mit Georg Lukács den *Sozialistischen Bund* als ein Experiment beschrieb, das dem Prinzip der so genannten Alten Herren der Korporationen ähnlich sei.[790] Abendroth versuchte auch hier zwischen den verschiedenen Akteuren zu vermitteln. Wie schwierig das Verhältnis war, illustrierte eine gemeinsame Notstandsveranstaltung am 3. 12. 1962 im Frankfurter Cantate-Saal. Abendroth schrieb am Morgen dieses Tages recht optimistisch an Fritz Lamm:

Irritationen zwischen SDS und SB

> In Bezug auf die Nomenklatur »Neue Linke« (die ich übrigens auch für Quatsch halte, soweit sie nicht agitatorisch einmal nutzbringend sein kann) wird es Dich interessieren, daß das heutige Podiumsgespräch in Frankfurt zum Problem der Notstandsgesetzgebung nicht unter dieser Firma, sondern in einfacher Kombination von SDS, SB und Bruderschaften läuft. [...] Woran man andererseits sieht, wie dringend es ist, daß man sich unter uns nicht am bloßen Quatsch zerstreitet und auch einmal blödsinnige Geschaftelhuberei, die es immer geben wird, schlicht toleriert und diplomatisch ausgleicht.[791]

Die Veranstaltung wurde jedoch vom Frankfurter SDS boykottiert. Zumindest warf der SB dem Frankfurter SDS vor, der Veranstaltung demonstrativ ferngeblieben zu sein und keine Flugblätter verteilt zu haben. In einem gemeinsamen Klärungsgespräch am 7. 12. 1962 rechtfertigten die Vertreter des SDS das mangelnde Engagement mit ihrem Zweifel an der Effektivität einer lediglich demonstrativen Kundgebung.[792] Der SDS sei dort nur Staffage. Bei einem anschließenden Treffen zwischen SB und SDS im Dezember 1962 wurde festgestellt, dass ein Bruch zwischen zu vermeiden sei, aber beide getrennte Wege gehen.

---

789 Vgl. Sterzel 1962, 7.

790 Pinkus (Hg.) 1967, 76.

791 IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 74, Brief an Fritz Lamm vom 3. 12. 1962.

792 APO-Archiv, SDS-BV WS 1962/63, Protokoll der Versammlung des Sozialistischen Bundes am 7. 12. 1962. An dem Treffen nahmen Teil: vom GV des SDS: Eckhard Gauhl, Armin Scheil, Dietlind Eckensberger, Edgar Weick; vom SDS Frankfurt: Thomas von der Vring; Diether Sterzel; vom SB: Helga Einsele, Heinz Brakemeier, Paul Wenske. Protokoll: Dietlind Eckensberger.

Irritationen und Absprachefehler blieben auch in den Jahren danach nicht aus. Trotz einiger Klärungsgespräche wurden die Spannungen zwischen den beiden Organisationen offenbar nie ganz beseitigt.[793] Es kursierten auch Gerüchte, Heydorn und Abendroth seien als Autoren der *neuen kritik* nicht mehr erwünscht.[794] Abendroth blieb aber weiter ein Scharnier zwischen den Gruppen und wurde regelmäßig vom Bundesvorstand des SDS um Gesprächstermine zur Besprechung der Konflikte gebeten. Ursula Schmiederer hielt seitens des SDS den Kontakt zu Abendroth.

Neue Formen sozialistischer Oppositionspolitik?

Schmiederer brachte das tiefer liegende Problem zur Sprache: Ihrer Meinung nach hatte der *Sozialistische Bund* keine längerfristige Perspektive und kein Konzept.[795] Ein Protokoll der außerordentlichen Mitgliederversammlung des SDS Frankfurt Ende Januar 1963 führt plastisch vor Augen, dass die bisherigen politischen Theorien und Handlungsmuster der Linken in die Krise geraten waren.[796] Der Frankfurter Thomas von der Vring hatte auf dieser Sitzung den *Sozialistischen Bund* scharf kritisiert. Mit der traditionellen Theorie und Strategie wäre in der Bundsrepublik keine Politik mehr zu machen. Für von der Vring waren die Aktionen des SB zu sehr auf Wirkung ausgerichtet. Es ginge in erster Linie um »Werbung« und »publicity«, die eine nicht vorhandene Potenz vorspiegelten. Aus Sicht von der Vrings vertrat der SB alte Dogmen, verhielt sich wie eine »Quasi-Partei«, und der »traditionelle Trott« gehe weiter. Man halte an Bekenntnissen fest und betreibe Gesinnungssozialismus. Von der Vring warf dem *Sozialistischen Bund* »Bewusstseinssperren« und eine grundsätzliche »Nicht-Diskutierhaltung« vor. Den radikalen Fragen des SDS – also in erster Linie von der Vrings – träte der SB mit Unverständnis gegenüber. Allerdings sei auch der SDS überfor-

---

793 APO-Archiv, SDS BV I F intern 1964, Briefe Diether Sterzel an Ursula [Schmiederer] vom 10. und 28. 3. 1963: Im März 1963 hatte das eigenmächtige Vorgehen des SDS-Vorsitzenden Diether Sterzel zu weiteren Irritationen geführt. Die Reaktionen im SB sollen durch ein Kontaktgespräch mit Abendroth abgefangen werden; APO-Archiv, SDS-BV 1964 I Teil I A-E: Bundesausschuss-Sitzung in Duisburg zum Verhältnis SDS-SB (16./17. 3. 1963); IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 802, Brief von SDS BV (Liebel/Lessing) am 17. 10. 1963: Klärendes Gespräch zwischen SB und SDS; Nr. 736, Brief von Abendroth an den Bundesausschuss des SB vom 3. 6. 1963: Handlungsmöglichkeiten der Linken und des SB.

794 Ebd.

795 APO-Archiv, SDS BV I F intern 1964, Brief U. Schmiederer an D. Sterzel, Dezember 1962.

796 APO-Archiv, SDS-BV WS 1962/63, Außerordentliche Mitgliederversammlung des SDS Frankfurt am 21. 1. 1963, Protokoll. Aus diesem erschließen sich folgende Teilnehmer: Thomas v. Vring, Edgar Weick, Michael Schumann, Monika Seifert, Jürgen Seifert, Jens Jörg Koch, Hannes Friedrich, Eckard Gauhl, Eberhard Dähne, Ulla [Schmiederer?], Walmot Falkenberg, Gert Schulze, Dietlind Eckensberger.

dert, eine sozialistische Theorie und Strategie zu entwickeln, könne sie aber vorantreiben.

Auch den anderen Beiträgen auf diesem Treffen ist zu entnehmen, dass spätestens ab jetzt Diskussionsbedarf über Organisations- und Vermittlungsformen bestand.[797] Wenn auch nicht alle Teilnehmer von der Vrings Thesen teilten, so wurde doch die Umwandlung des SB in eine politische Kraft und »Quasi-Partei« allgemein als problematisch betrachtet. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer bezweifelten, dass auf diesem Weg eine Plattform geschaffen werden könne, die für ***Falken*** oder Jungsozialisten attraktiv sei. Unklar blieb, wie eine wirksame politische Praxis jenseits von Aufrufen, Demonstrationen und Versammlungen aussehen könnte. Es wurde auch die Frage aufgeworfen, ob man mit der Übernahme der Organisationsformen einer repressiven Gesellschaft nicht selbst repressiv würde.[798]

Die Sitzung brachte ein Unbehagen zu Ausdruck. Zwar wurden nun im SDS überwiegend Theoriediskussionen geführt, aber im Hintergrund stand die Frage nach praktischen politischen Ausdrucksformen, die vor allem einer Intellektuellen- und Jugendbewegung im Rahmen der neuen politischen Rahmenbedingungen gerecht wurden. So stellte sich Thomas von der Vring eine lose organisierte Neue Linke vor, die sich nach Vorbild der Fabian-Society auf theoretische und publizistische Tätigkeiten beschränke.

b) Kritik oder Kritizismus

Von der Vrings Angriffe

Thomas von der Vring verschärfte die Kontroverse zwischen SDS und SB, als er die »alte Linke« im SB mit einem Artikel in der ***neuen kritik*** angriff.[799] Er löste damit eine längere Strategiediskussion aus. Von der Vring suchte die Identität der Neuen Linken durch Abgrenzung von den älteren Linkssozialisten zu bestimmen. In seinem Beitrag »Ein Jahr Neue Linke« stellte von der Vring die Behauptung auf, die alte Linke habe es nicht vermocht, der Rechten theoretische und praktische Alternativen entgegen zu setzen.[800] Sie

---

[797] Kritik an bisherigen Formen findet sich bei Vester, Michael (1963): Falsche Alternativen, in: neue kritik 19/20 (1963); Vring, Thomas v. d. (1964): Probleme einer neuen sozialistischen Strategie, in: neue kritik 21 (1964), 5-15. Die Beiträge finden sich auch in einer Artikelsammlung: Vgl. Sozialistischer Deutscher Studentenbund (Hg. 1971): Die Strategiediskussion des SDS von 1963 – 66, Berlin.

[798] APO-Archiv, SDS-BV WS 1962/63, Außerordentliche Mitgliederversammlung des SDS Frankfurt am 21. 1. 1963, Protokoll.

[799] Vgl. zur gesamten Strategiedebatte: Sozialistischer Deutscher Studentenbund (Hg.) 1971.

[800] Vgl. Vring, Thomas von der (1963): Ein Jahr Neue Linke, in: neue kritik 14 (1963), 13f.

habe die SPD mit leeren Händen verlassen. Von der Vring erhob unter anderem den Vorwurf, dass sich rückblickend der Beginn im Oktober 1961 viel eher als Restauration der alten Linken darstelle als ein Fortschritt hin zu einer neuen.[801] Die Mitglieder der Förderergesellschaft beziehungsweise des *Sozialistischen Bundes* entzögen sich einer kritischen Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit und lehnten fundamentale Zweifel ab. Man sei nicht bereit, grundsätzliche Begriffe der Dogmatik in Frage zu stellen.[802] Organisierte Versuche eine neue Linke zu entfalten, würden von der alten Linken erstickt:[803]

> Die Erfahrungen des vergangenen Jahres besagen also, daß die Arbeit für eine neue Linke nur getrennt von der alten Linken fruchtbar sein kann. [...] Tendenziell handelt es sich hier um ein Generationsproblem, denn es fällt eben jenen Genossen, die lange Jahre einen opferreichen Kampf für die heute gescheiterte Arbeiterbewegung geführt haben, schwer, sich von dem Banne der alten Ideologien zu befreien. Dem widerspricht nicht die Tatsache, daß es auf der einen Seite manche ideologiefreien älteren Genossen gibt, deren Erfahrungen für eine neue Linke äußerst wichtig sind, und daß auf der anderen Seite auch junge Sozialisten emotional an die alten Vorstellungen und Riten fixiert sind.[804]

Koordination der Reaktionen

Von der Vrings Angriffe differenzierten nicht zwischen einzelnen Mitgliedern des SB und berücksichtigten weder den Dissidentenstatus der Linkssozialisten noch ihre bisherigen Leistungen. Else Hille verwahrte sich in einem Schreiben an die Redaktion der *neuen kritik* gegen die erhobenen Behauptungen.[805] Fritz Lamm wandte sich sofort in einem Brief an Abendroth und zeigte Diskussionsbereitschaft.[806] Hinter dem »Frosch-Mäuse-Krieg« zwischen SDS und SB erkenne er den im Grunde wichtigen Angriff auf überholte Vorstellungen.

> Nur wenn wir nach eingehender Diskussion zu bestimmten zeitgemäßen Erkenntnissen kommen, werden wir gemeinsam die geistige Plattform für eine wirklich neue sozialistische Linke erstellen können. [...] Da wir alte Genossen mehr Schwierigkeiten haben werden, liebgewordene Denkschablonen über Bord zu werfen, wird dieser Klärungsprozeß leider oft als eine Genera-

---

801 Vgl. Vring 1963, 14.
802 Vgl. Vring 1963, 15.
803 Vgl. Vring 1963.
804 Ebd.
805 IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 736, Durchschlag Schreiben von Else Hille an die Redaktion der *neuen kritik*.
806 IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 736, Brief von Fritz Lamm am 23. 1. 1963.

> tions-Auseinandersetzung erscheinen. Daher wundert es mich nicht, daß sie – fälschlicherweise – als eine Differenz SDS gegen SB ihren Anfang nimmt. Hoffentlich bleibt sie nicht darauf beschränkt.[807]

Wolfgang Abendroth koordinierte nun die Antworten auf von der Vring. In einem Schreiben an Heinz Brakemeier und Helga Einsele warnt er davor, die Situation, die durch den Aufsatz entstanden sei, zu überschätzen.[808] In den kommenden Ausgaben der *neuen kritik* würden Antworten von Brakemeier und ihm sowie von einigen Studenten erscheinen, die gegen Thomas von der Vring Stellung nähmen. Fritz Lamm werde einen vermittelnden Aufsatz schreiben. Abendroth schrieb an Brakemeier und Einsele:

> Doch von unserer Seite wäre es klug, in den weiteren Antworten, zu denen wir auch Studenten gewinnen müssen, sachliche Klarheit mit dem Verzicht auf allzu große persönliche Schärfe zu verbinden. Wenn das gelingt und wenn vor allem eine gemeinsame Bundesvorstandssitzung von SB und SDS und zu Beginn des kommenden Semesters eine Diskussion der Frankfurter Gruppe, auf der ich referieren möchte, zustande kommt, ist mir um den Ausgang der Debatte nicht bange. Das gegenwärtige Durcheinander der Cliquen im PV [Parteivorstand, RH] der SPD macht es ihm ohnedies unmöglich, diese Auseinandersetzung bei uns zu seinen Gunsten auszunutzen. Auf keinen Fall dürfen wir uns den SDS verprellen und dadurch nach rechts abdrängen. Das ist auch bei finanziellen Entscheidungen zu bedenken. Die möglichst regelmäßige Zahlung von monatlich 500.- zur Finanzierung vor allem der »neuen kritik« sollte sichergestellt bleiben.[809]

Zum Begriff Neue Linke

In der März-Ausgabe der *neuen kritik* griff Wolfgang Abendroth den Ausdruck Neue Linke auf und versuchte ihm eine inhaltliche Bestimmung zu geben.[810] Er verwies auf die Rolle der jungen Generationen in der Geschichte der Arbeiterbewegung. Das Ringen der jeweils jüngeren Kräfte in der Arbeiterbewegung hätte sie immer wieder mit denjenigen bürokratischen Führungsgruppen in Konflikt gebracht, die ihre jeweilige Politik nicht mehr an einer gesamtgesellschaftlichen Perspektive orientieren, sondern nur noch auf aktuelle Tagesaufgaben bezogen. Die Führung der »alten« oder besser »früheren« Linken habe sich dadurch – zunächst noch relativ unbewusst, später bewusst – auch in ihrem Denken den herrschenden Ideologien dieser Gesell-

---

807 Ebd.

808 IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 71, Brief an Heinz Brakemeier und Dr. Helga Einsele vom 15. 3. 1963.

809 Ebd.

810 Abendroth, Wolfgang (1963c): »Alte« und »neue« Linke, in: neue kritik 15 (1963), 8-11.

schaft und den Denkformen der herrschenden Klassen untergeordnet. Nach jedem konkreten Misserfolg seien jeweils die geistigen Positionen ihrer politischen und gesellschaftlichen Gegenspieler akzeptiert worden. In dieser polemischen Wendung gegen die politische Praxis und die theoretische Ahnungslosigkeit bürokratischer Führungsgruppen in SPD und DGB und in Teilen der Leitungen von Industriegewerkschaften habe der Ruf nach einer »neuen« Linken seine konkrete Berechtigung und seinen Sinn. Er sei auch in den anderen hochkapitalistischen Ländern und auch in der nachstalinistischen Welt in der Auseinandersetzung mit unreflektiertem bürokratischem Praktikantentum gerechtfertigt.[811]

Warnung vor Kritizismus

Abendroth warnte jedoch vor pauschalen Urteilen über die Arbeiterbewegung und vor einem Ideologie-Verdacht gegen diejenigen, die jene Methode verträten, die rationale Ideologiekritik erst ermögliche.

> So droht der gegen die Linke innerhalb der »alten Linken«, deren zentrale Funktion es stets war, g e g e n die Trennung von Theorie und Praxis und daher g e g e n die Verwandlung von Theorie in Ideologie anzukämpfen, gerichtete Aspekt sich zum R e s s e n t i m e n t zu steigern und zur unkritischen Übernahme von Denkschemata der Seite zu verleiten, die zu bekämpfen man ausgezogen war: auch der »fundamentale Zweifel« (für welchen wissenschaftlich denkenden Menschen wäre er an sich kein Motiv?) kann zur I d e o l o g i e werden, so daß vor lauter Zweifel der kritischen Kritik an sich selbst zuletzt kein Weg zum Zweifel an der ewigen Realität der bestehenden Gesellschaft, der Ideologie ihrer herrschenden Klassen u n d k e i n W e g z u r P r a x i s mehr bleibt.[812]

Geschichtsanalyse als Ausgangspunkt

Auch die berechtigte Kritik an Fehlentwicklungen in der Geschichte der Arbeiterbewegung durfte für Abendroth nicht dazu führen, die Brücken zur eigenen Vergangenheit abzubrechen. Eine Bewegung, deren Theorie nicht zum Dogma und damit zur Ideologie erstarren soll, konnte sich für ihn nicht ohne stetige kritische Erörterung und Verwertung der eigenen Geschichte entwickeln. Sie müssen dabei lernen, auch ihre eigene Vergangenheit immer wieder zur Diskussion zu stellen, um ihre Erfahrungen verwerten zu können. Dabei müssten auch Dogmatisierungen bei verdienten alten Kadern aufgelöst werden.

> Nur – o h n e diese Kader, ohne die Vermittlung der Geschichte der Bewegung durch sie, sozusagen a u s d e m N i c h t s lernen und schöpfen zu wollen, die besten wirklichen Linken aus der »alten Linken« grundsätzlich

[811] Abendroth 1963c, 9.
[812] Abendroth 1963c, 11.

> zum alten Eisen werfen, das endet unvermeidlich durch Dogmatisierung der »Kritik« in der Preisgabe jeder k o n k r e t e n Kritik.[813]

Damit erteilte Abendroth Monopolansprüchen von SDS und SB eine Absage.

Pluralistische Diskussionskultur

Die Übernahme dieses von Abendroth vermittelten Leitbildes einer pluralistischen marxistischen Diskussionskultur zeigt sich etwa bei Manfred Liebel: Liebel stellte sich in der *neuen kritik* 1963 in die Tradition Rosa Luxemburgs, Leo Trotzkis, August Thalheimers und Ernst Blochs.[814] Die Zukunft gehöre dem sozialistischen Wissenschaftler, der gelernt hätte, mit anderen zu diskutieren und zusammenzuarbeiten. Die Bedeutung des SDS liege darin, dass die junge sozialistische Intelligenz lerne zu kooperieren, um ihre gemeinsame Kritik an der bestehenden Gesellschaft in einer Weise wirksam werden zu lassen, die mit zu einer sozialistischen Veränderung dieser Gesellschaft beitragen kann.[815]

3. Vernetzungen

Einbindung Abendroths in die SDS-Politik

Das *Institut für wissenschaftliche Politik* entwickelte sich spätestens Anfang der 1960er zu einem weiteren wichtigen Knotenpunkt der linkssozialistischen Neuen Linken. Der Kontakt zwischen Abendroth und dem in den 1960er Jahren schnell wachsenden Marburger SDS war eng, wobei der akademische Mittelbau eine Brückenfunktion zwischen SDS und Abendroth einnahm.[816] So erläuterte Frank Deppe in einem Interview:

> Etwas übertrieben formuliert könnte man sagen: mindestens dreimal in der Woche saßen wir mit fünf oder sechs Leuten bei Abendroth im Zimmer und haben mit ihm alle politischen Fragen des Marburger SDS besprochen. Gleichzeitig – und das war wichtig für die Außenbeziehung – sind bei diesen regelmäßigen Institutsgesprächen mit Abendroth alle Fragen besprochen

---

[813] Abendroth 1963c, 11.

[814] Zit. n. Fichter/Lönnendonker 1977, 77. Vgl. Deppe 1998, 70f.

[815] Vgl. Fichter/Lönnendonker 1977, 77.

[816] Vgl. Burkhardt 1993, 105f: Der Marburger SDS war 1967 bis auf 100 Mitglieder angewachsen (Mitglieder 1964: ca:33; 1968: 250) und versuchte über verschiedene Arbeits- und Aktionsgruppen (Vietnam, Hochschule, Notstand, Wirtschaft und Schulung) die politische Arbeit und theoretische Bildung organisatorisch zu bündeln. Burkhardt (1993, 109f) erinnert an die Assistenten Rüdiger Griepenburg, Ursula Schmiederer, bzw. als Assistenten von Heinz Maus Karl-Hermann Tjaden und Eberhard Dähne. Nach einem personellen Umbruch 1965/66 erhielten Kurt Steinhaus, Frank Deppe, Lothar Peter und Karl-Theodor Schuon Hilfskraftstellen. Georg Fülberth kam 1967 als Assistent hinzu.

> worden, die den Sozialistischen Bund, danach das sozialistische Zentrum und die ASO, die Kontakte und sämtliche Entwicklungen im SDS-Bundesvorstand betrafen. Zu diesen Besprechungen kamen öfter Helmut Schauer und Hartmut Dabrowsky aus Frankfurt dazu; immer wenn es um die Vorbereitung einer SDS-Konferenz ging, um Fragen des Bundesvorstands oder die Auseinandersetzungen mit den Berlinern. Immer hat sich das im Grunde genommen im Zimmer von Abendroth im Institut abgespielt. Diese informelle Struktur hat für die Einbeziehung von Wolfgang Abendroth in den gesamten Prozeß der Entwicklung de Marburger SDS und des SDS bundesweit sowie den Übergang des SDS in die APO, die Führungsfunktion, die der SDS in der APO hatte, eine wichtige Rolle gespielt. Die ist nicht zu verstehen, wenn man nicht diese enge Einbindung von Abendroth über das Institut in diesen Gesamtprozeß sieht, also über diese Mittelbau- und Hilfskraftfraktion im Institut.[817]

Im Rahmen der Marburger Soziologie und Politologie entstand ein letztlich offener politischer Diskussions- und Arbeitsprozess, der große Ausstrahlungskraft auf die Außerparlamentarische Opposition entwickelte. Praxisfelder des SDS waren die Ostermarschbewegung, die Gewerkschaften, seine Themen Antiimperialismus und Hochschulpolitik.[818] Abendroth war hier in ein Netzwerk der selbstbewusst werdenden Neuen Linken eingebunden. Diese suchte in Marburg, in Frankfurt und anderswo Anschluss an die internationale marxistische Diskussion.

Internationale Diskussion

Generell wertete Detlev Claußen im Nachhinein den Ausschluss des SDS aus der SPD als sogar außerordentlich produktiven Schritt.[819] Mit Raubdrucken und Übersetzungen von Maurice Dobb, Frantz Fanon, Ernest Mandel, Lelio Basso, Paul Baran und Herbert Marcuse wurde dem intellektuellen Provinzialismus entgegen gewirkt. Bei den jungen SDS-Mitgliedern bestand das Bedürfnis nach einer internationalen Öffnung für die eigene wissenschaftliche und theoretische Weiterentwicklung. Herbert Claas bemerkte einmal über den politischen Kern des Marburger SDS:

> Dass es zufällig an der Universität war, wo man sich befand und kennen lernte, war kein Thema für den SDS. Die SPD war das Thema, sozialisti-

---

817 Zit. n. Burkhardt 1993, 110f.

818 Vgl. Deppe 1998, 72f.

819 FU Berlin (1988): Marxismus und Kritische Theorie. Diskussion mit Frank Deppe und Detlev Claußen (Diskussionsleitung: Klaus Schroeder) vom 11. 5. 1988, Ringvorlesung »1968. Vorgeschichte und Konsequenzen«, FU Berlin, Internet: http://www.glasnost.de/hist/apo/apo883.html (Stand: 28. 4. 2004).

> sche Politik in den Gewerkschaften, die Entwicklung der Blöcke, also die globale Politik, damit beschäftigte man sich.[820]

Internationale Kontakte

Die Attraktivität der Verbindung mit Abendroth lag auch in der Möglichkeit, persönliche Kontakte zu den namhaften politischen Intellektuellen herzustellen. Die Verbindungen, wie sie Abendroth etwa zu Giuseppe Faravelli und Norman Birnbaum, dem Mitbegründer der *New Left Review*, hatte, halfen der linkssozialistischen Neuen Linken, den nationalen Rahmen zu überschreiten. In den frühen 1960er Jahren waren in einigen europäischen Staaten linkssozialistische Zwischenparteien, wie die *Sozialistische Volkspartei Dänemark*, die PSU in Frankreich oder die italienische PSIUP um Lelio Basso entstanden. Diese stießen bei den Intellektuellen der Neuen Linken auf großes Interesse.[821]

Möglicherweise muss die Funktion des SB für die Neue Linke insoweit neu bewertet werden, als über ihn die internationalen Kontakte zur europäischen Linken, vor allem zu den europäischen linkssozialistischen Parteien und zu linken Gewerkschaftern unterhalten wurden. Abendroth schrieb 1962 an James A. Kennedy:

> International gesehen unterhält der SB Beziehungen zur Sozialistischen Partei Italiens, zur PSU in Frankreich und zur Sozialistischen Volkspartei Dänemarks, allerdings auf persönlicher, nicht auf organisatorischer Basis. So arbeite ich in den Publikationen dieser Parteien mit und unterhalte auch Verbindungen zu der Zeitschrift der Linken in der Belgischen Sozialistischen Partei. Wir würden uns freuen, von Ihnen auch künftig Näheres zu hören.[822]

Auch an Kontakten zur PSP in Holland und zur norwegischen SVP war Abendroth interessiert.

Verbindung zu den Gewerkschaften

Der SB sollte auch helfen, die Verbindungen zu den Gewerkschaften zu fördern. In einem Brief an Hein Herbers schildert Abendroth die Situation des SB im Jahre 1965:

> Der Sozialistische Bund ist nach wie vor eine relativ schwache Gruppierung von sozialistischen Intellektuellen und wenigen Veteranen der illegalen Widerstandsbewegung. Masseneinfluß besitzt er nirgends. Dafür pflegt er seine Kontakte mit oppositionellen Gewerkschaftsfunktionären in IG. Metall, IG. Chemie und IG. Druck und Papier und vor allem sein gutes Unterstüt-

---

820 Zit. n. Burkhardt 1993, 108.
821 Vgl. Deppe 2000, 17.
822 IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 74, Brief an James A. Kennedy, ohne Datum.

> zungsverhältnis mit dem Sozialistischen Deutschen Studentenbund, der einzigen linkssozialistischen Organisation, die an ihrem Arbeitsplatz, nämlich den Universitäten, wirklich konsolidierten Einfluß besitzt und jüngst erreichen konnte, daß auch die Studentenorganisation der SPD, der Sozialistische Hochschulbund (SHB) wieder energisch oppositionell wurde. Er hat sich eindeutig gegen die Notstandsgesetzgebung und die Aufrüstungspolitik und für die Teilnahme am Weltjugendtreffen in Algier entschieden und wird also auch wieder, wie vor ihm der SDS, mit der Partei in Konflikt geraten.
> Wegen seiner schwierigen Lage kann der SB sich nicht leisten, zu den Bundestagswahlen eine eindeutige Wahlparole auszugeben, weil er dann seine gewerkschaftlichen Kontakte unnötig gefährden würde. Auch die linken Gewerkschaftler sind auf die Illusion festgelegt, ein Wahlsieg der SPD würde die Lage in Deutschland verändern. Vor den Septemberwahlen kann also der SB offiziell zwar politisch kritisch auftreten, aber darüber hinaus wenig unternehmen. Das hindert nicht, daß einzelne seiner führenden Mitglieder, die andere Arbeitsbereiche haben, für die DFU kandidieren, wie z. B. in Stuttgart Fritz Lamm.[823]

Die guten Verbindungen zwischen linken Gewerkschaftern und SDS-Studenten in Marburg und Frankfurt hatten seit Beginn der 1950er Jahre Tradition. In den 1950er Jahren waren gewerkschaftliche Arbeitsgemeinschaften an den Hochschulen gegründet worden.[824] Viele SDS-Studenten waren auch Mitglieder in der *Arbeitsgemeinschaft für Gewerkschaftsfragen* (AgF), die seit 1957 als gewerkschaftliche Studentengruppe an der Universität existierte und ab 1964/65 gewerkschaftliche Jugendbildungsarbeit betrieb.[825] Auch das Netzwerk ehemaliger Widerstandskämpfer hatte sich in den 1950er Jahren erhalten. So hatte Abendroth weiterhin persönliche Kontakte zu Otto Brenner und in die IG Metall hinein, die er beispielsweise durch wohlwollende Rezensionen pflegte.[826]

Bildungsarbeit

Von besonderer Qualität waren die Kooperationen in der gewerkschaftliche Bildungsarbeit. Seit 1957 entwickelte sich unter Leitung von Oskar Negt ein Arbeitskreis, der sich theoretisch und praktisch mit gewerkschaftlicher Bildungsarbeit beschäftigte.[827] Aus den SDS-Gruppen Marburg, Frankfurt und Göttingen kamen Referenten für die gewerkschaftliche Jugend- und Er-

---

[823] IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 31, Brief Abendroth an Hein Herbers vom 15. 4. 1965.
[824] Vgl. Briem 1976, 89.
[825] Vgl. Burkhardt 1993, 106.
[826] IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 804, Brief an die Redaktion der *neuen kritik* vom 1. 7. 1966. Gemeint war eine Rezension von Otto Brenners Buch *Gewerkschaftliche Dynamik in unserer Zeit* (1966).
[827] Vgl. Tolomelli 2001, 143.

wachsenenbildung und wirkten bei der Entwicklung von Schulungsprogrammen mit.[828] Es gab in Hessen 1962/63 zwei so genannte Teamerkreise, also Studentengruppen, die Bildungsexperimente durchführten und theoretische Grundlagen erarbeiten wollten, nachdem die bisherige Gewerkschaftsjugendarbeit in die Krise geraten war. Die eine Gruppe setzte sich aus Studenten des SDS Frankfurt zusammen. Das zweite Team entstand in Marburg und rekrutiere sich aus dem Umkreis von Wolfgang Abendroth.[829] In Frankfurt entstand aus dieser Arbeit Oskar Negts späteres Grundlagenwerk *Soziologische Phantasie und exemplarisches Lernen. Zur Theorie der Arbeiterbildung* (1971). Auch über gemeinsame publizistische Foren wurde immer wieder nachgedacht.[830] Im Jahr 1962 diskutierten Betriebsräte, junge Gewerkschafter und sozialistische Intellektuelle über eine Verlagsgenossenschaft, die eine neue sozialistische Zeitschrift für die Gewerkschaftsbewegung herausbringen sollte.[831]

Die Zusammenarbeit, die sich schon in der Bewegung gegen die Wiederaufrüstung und in der Kampagne »Kampf dem Atomtod« entwickelt hatte, intensivierte sich ab den 1960er Jahren vor allem durch die Opposition gegen die Notstandsbewegung. Hinrich Oetjen berichtete von gemeinsamen Erfahrungen der *Sozialwissenschaftlichen Vereinigung* und der »Frankfurter Schule«.

> Die Sozialwissenschaftliche Vereinigung, die Erfahrungen aus der Bewegung der workers control in Großbritannien mit der Entwicklung der deutschen Vertrauensleutebewegung in den Gewerkschaften zusammenbringen wollte, gab ihre »Arbeitshefte« heraus, und personell gründete sich die Zusammenarbeit auf Personen wie Peter von Oertzen hier und Oskar Negt und Manfred Teschner von der Frankfurter Schule. Die Kooperation lief überwiegend über die IG Metall in Frankfurt über den Beraterkreis von Otto Brenner oder über die Bildungsabteilung, vertreten durch Hans Matthöfer und Werner Thönnessen. Schwerpunkt waren Forschungsarbeiten, empiri-

---

828 Vgl. Fichter 1988, 223.

829 Vgl. Müller, Jochen (1978): 1967/1968: Das Ende einer erfolgreichen Kooperation, in: Küsel, Gudrun (Hg.): APO und Gewerkschaften. Von der Kooperation zum Bruch, Berlin, 45.

830 Bereits im Juni 1959 regte Wolfgang Hindrichs gegenüber Abendroth die Gründung einer neuen Zeitschrift an, die auch aus der Zusammenlegung mit der Sozialistischen Politik (SoPo) hervorgehen könnte. IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 64, Brief Hindrichs an Abendroth vom 16. 4. und 4. 8. 1959.

831 Laut Fichter (1988, 223) waren daran Peter von Oertzen, Adolf Brock, Wilfried Hille, Wolfgang Abendroth, Siegfried Braun, Willi Boepple, Ossip K. Flechtheim, Erich Gerlach, Johannes Gorlas, Wolfgang Hindrichs, Franz-Josef Humpert, Willi Kuhlmann, Michael Schumann, Heinz Grossmann und Jürgen Seifert beteiligt.

> sche Untersuchungen sowie die Entwicklung von Bildungskonzepten und Lehrmaterial.[832]

Oetjen berichtet weiter, dass die Zusammenarbeit zwischen einem Teil des SDS und der Arbeiterbewegung nach der Unvereinbarkeitserklärung 1961 informell waren, weil der SDS zu diesem Zeitpunkt gesellschaftlich nicht zu vermitteln war:

> Zwischen Gewerkschaften und SDS gab es, unabhängig von Parteiausschlussfragen, weiterhin Kontakt und Kooperation. Vor allem in der IG Metall, die ihren Sitz, wie der SDS, in Frankfurt hat, fanden sich aufgeschlossene Kooperationspartner. Die Jugendabteilung, die Bildungsabteilung und der Stab Otto Brenners kooperierten mit den SDSlern.[833]

Kooperationserfahrungen

Auch in der Bildungsabteilung der IG Chemie-Papier-Keramik in Hannover und der Bezirksleitung dieser Gewerkschaft in Frankfurt gab es Zusammenarbeit mit dem SDS. Diese gewerkschaftliche Bildungsarbeit wirkte auf die Diskussionen im Verband zurück. Das sind die Bündniskonstellationen für ein zentrales gemeinsames Projekt der drei 1968er-Bewegungen: die Opposition gegen die Notstandsgesetze. Die unterschiedlichen Einschätzungen der Arbeiterbewegung in der linkssozialistischen Neuen Linken gegenüber der späteren antiautoritären Linken erklären sich auch aus Kooperationserfahrungen, die sich etwa in Berlin und in der schnell politisierten antiautoritären Revolte nicht entwickelt hatten.

Der SB spielte nach heutigen Kenntnissen in der Vermittlung zwischen Gewerkschaften und Studierenden keine zentrale Rolle. Der SB blieb laut Helmut Schauer weitgehend eine Hilfsorganisation des SDS.[834] Er versuchte, eigene Wege zu gehen, und publizierte 1964 die Thesen »Für eine neue linke Bewegung in der Bundesrepublik und Westeuropa«.[835] Die Schaffung eines gemeinsamen theoretischen Zentrums aus SFG und SDS, das einen Beitrag zu einer neuen wirksamen Praxis der Arbeiterbewegung zu leisten vermocht hätte, wie es der SDS-Bundesvorsitzende Eberhard Dähne 1961

---

[832] Oetjen, Hinrich (1978): Die Zusammenarbeit von Studenten und Gewerkschaftern in der Jugendbildung und in der Notstandsbewegung, in: Küsel, Gudrun (Hg.): APO und Gewerkschaften. Von der Kooperation zum Bruch, Berlin, 29.

[833] Oetjen 1978, 30.

[834] Schauer, Helmut (1965): Einige Kernpunkte der aktuellen Diskussion im SDS, in: neue kritik 33 (1965), 4-12.

[835] Verabschiedet auf der Jahreshauptversammlung des SB vom 18./19. 4. 1964: Thesen zur Diskussion – Für eine neue linke Bewegung in der Bundesrepublik und Westeuropa, in: Für eine neue linke sozialistische Bewegung. hg. v. Sozialistischen Bund, Frankfurt 1964, 34-46. Auszugsweise dokumentiert in: Ryschkowsky 1968, 132ff.

noch als Ziel formulierte, blieb Programm.[836] Dennoch war es dem SDS und dem SB gelungen, sich zu stabilisieren. Und der SDS hatte begonnen, seine politische Isolation nicht zuletzt durch die Bewegung gegen die Notstandsgesetze zu überwinden.

[836] Vgl. dazu den Kommentar von Eberhard Dähne in: neue kritik 8 (1961), 5.

VI. Gegenhegemonie: Die Anti-Notstandsbewegung und die Diskussion um die Rolle des Parlaments (1958-1969)

Die Einführung von Notstandgesetzen war eine zehn Jahre andauernde Auseinandersetzung um das Staats- und Demokratieverständnis der Bundesrepublik Deutschland. Als solches kann diese Bewegung für die Geschichte der zweiten deutschen Republik kaum überschätzt werden, zumal die darin kontrovers diskutierten Grundfragen kaum an Aktualität eingebüßt haben.

Ein zunächst kleiner Kreis von politischen Intellektuellen – Helmut Ridder, Eugen Kogon, Heinrich Hannover, Jürgen Seifert und Wolfgang Abendroth – schob die Anti-Notstands-Bewegung wesentlich mit an und gestalteten durch ihre politischen Analysen und Kommentare die politische Meinungsbildung in jenen Jahren mit. Die Bewegung gegen die Notstandsgesetze ist zudem ein Paradebeispiel für organisierte kollektive Lernprozesse. An ihr lässt sich die Formierung von Hegemonie und Gegenhegemonie, das Werben um Konsens und die zivilgesellschaftliche Austragung politischer und sozialer Kämpfe eingehend beobachten. Um die verschiedenen Gruppen und Einzelpersonen mit ihren unterschiedlichen gesellschaftlichen Zielvorstellungen in einem gemeinsamen politischen Projekt zu bündeln, griffen linkssozialistische Intellektuelle wie Abendroth auf das Konzept der Einheits- und Volksfrontpolitik der 1920er und 1930er Jahre zurück. Sie versuchten durch kontinuierliche politische Arbeit vor allem die gewerkschaftliche und nicht-gewerkschaftliche Opposition durch das gemeinsame politische Projekt zu vereinen. An dessen Ende stand wie so oft die Frage nach angemessenen Organisationsformen, um diese politischen Lernprozesse systematisch weiterführen zu können.

A. Zur Bedeutung der Notstandsgesetze

Regierung

Der Kampf gegen die Notstandsgesetze von 1958 bis 1968 war das wichtigste politische Projekt Wolfgang Abendroths in den 1960er Jahren. Das ergab sich schon aus der Zielsetzung der Notstandsgesetze selbst. Ziel der Notstandsgesetze war eine verfassungsrechtliche Kompetenzverschiebung zu Gunsten der Exekutive in Zeiten eines möglichst weit gefassten »Staatsnotstands«. Alle Entwürfe des Gesetzes über die zehn Jahre lange Auseinandersetzung hinweg legitimierten erhebliche Einschränkungen der im Grundgesetz verankerten Grundrechte im Falle eines »Notstands«. Der Ausnahmezustand sollte für Bundesinnenminister Hermann Höcherl bereits aus-

gerufen werden können, wenn laut nachrichtendienstlichen oder geheimen Quellen ein Angriff auf die Bundesrepublik »drohe«.[837] Die Notstandsgesetze zielten auf eine verfassungsrechtliche Deregulierung, in der das Parlament als Repräsentant des Souveräns weitestgehend abgewertet werden sollte. Außerdem unterstützten sie die Tendenz zur Militarisierung der Innenpolitik.[838] Für Abendroth galt es jede Rückkehr zu einer autoritären Diktatur zu verhindern und den Verfassungskompromiss des Grundgesetzes zu bewahren, der nach seiner Verfassungsinterpretation einen friedlichen Übergang zum Sozialismus offen hielt.

Außenpolitischer Kontext

Außenpolitisch stand die Einführung der Notstandsgesetze im Kontext des Kalten Krieges. Die Möglichkeit einer umfassenden Mobilmachung war Teil der Remilitarisierung und der Strategie »Abschreckung durch Stärke«. Die angespannte Situation des Kalten Krieges – von der Blockade Berlins 1948 über den Korea-Krieg, dem Arbeiteraufstand in der DDR 1953, dem Ungarn-Aufstand bis zur Berlin-Krise 1958/59 – ließen in der Öffentlichkeit die Einführung von Notstandsgesetzen plausibel erscheinen.

Innenpolitischer Kontext

Im Kern ermöglichten die geplanten Gesetze die Überführung der gesamten Wirtschaft in ein wehrwirtschaftliches Planungssystem unter Ausschaltung der Autonomie der Arbeitnehmer – bis hin zum Einsatz der Bundeswehr im Inneren. So setzte sich beispielsweise Georg Flor 1958, ein Regierungsrat des Verteidigungsministeriums, wiederholt für eine »umfassende Vollmacht« und einen Bundeskanzler als »kommissarischen Diktator« ein: Ein künftiges Ausnahmerecht müsse, so Flor, ebenso wie der Notverordnungs-Artikel 48 WRV »für den Staatsnotstand der Diktatur den Weg bereiten. Die Diktatur ist nun einmal die besondere Form der Staatsführung, die aus dem Staatsnotstand entspringt.«[839] Ein solches Ausnahmerecht sollte nach Flors Vorstellungen auch bei schweren inneren Unruhen und Streiks in lebenswichtigen Wirtschaftszweigen gelten. Zahlreiche Befürworter der Gesetze sahen in den Notstandsgesetzen ganz unverhüllt ein Instrumentarium, das sich in sozialen Krisensituationen – vor allem nach dem erwarteten Ende des großen Wirtschaftsaufschwungs – gegen Aufstände von Lohnabhängigen, politische Streiks und die politische Opposition generell richten würde. Bundesinnenminister Schröder kommentierte 1960 eine Rede des IG-Metall-Vorsitzenden Otto Brenner, der darin die Möglichkeit eines politischen

---

[837] Vgl. Krohn 1981, 329.

[838] Genannt sei nur der Bericht »Das Notstandsrecht und die Polizei« in: SZ, 2. 6. 1962, in dem die Ausrüstung der Bereitschaftspolizei mit Granatwerfern aufgedeckt wurde.

[839] Zit. nach: Schneider 1986, 44f. Vgl. Flor, Georg (1954): Fragen des Ausnahme- und Staatsnotrechts, in: Juristische Rundschau, 4/1954, 125-128; ders. (1958): Staatsnotstand und rechtliche Bindung, in: Deutsches Verwaltungsblatt, 5/1958, 149-152.

Streik befürwortete: »Hören Sie sich die Reden des Herrn Brenner an, dann wissen Sie was Notstand ist.«[840]

Der Wille zur Ausübung unmittelbaren Zwangs öffentlicher Gewalt dokumentiert das defizitäre demokratisch-rechtstaatliche Denken großer Teile staatlicher Funktionsträger in jenen Jahren. Die politische Großwetterlage war für die Einführung von Notstandsgesetzen günstig. Die beispiellose ökonomische Aufschwungphase, die Niederlagen der Gewerkschaften im Kampf um die innerbetriebliche Mitbestimmung und das Streikrecht, die Durchsetzung der Wiederbewaffnung und nach der gewonnenen Bundestagswahl 1957 gaben den Regierungsplänen Auftrieb. Nach dem Rückzug des DGB aus der Kampagne »Kampf dem Atomtod« 1958 herrschte innerhalb der Linken eine resignative Stimmung.

SPD und Gewerkschaften

Der Sozialdemokratie, deren Stimmen zur Verfassungsänderung notwendig war, kam in jenen Jahren auf parlamentarischer Ebene eine Schlüsselrolle zu. In der parteiinternen Diskussion wurde jedoch deutlich, dass am rechten Flügel der Sozialdemokratie und auch in Teilen der Gewerkschaften die Hürden für die Verhängung des Ausnahmezustands ausgesprochen niedrig lagen. So konnte für Helmut Schmidt schon die Blockade von Ölimporten einen Notstand nach sich ziehen.[841] Widerstand gegen die Einführung von Notstandsgesetzen durfte also keineswegs vorausgesetzt werden.

Kritik der Opposition

Die Kritik der Notstandsopposition rückte daher vor allem die innenpolitischen Konsequenzen der Gesetze in den Vordergrund. Michael Schneider hob dabei die Arbeiten von Abendroth und Jürgen Seifert hervor, »deren persönliche Bedeutung für die Debatte um die Notstandsgesetze kaum zu überschätzen ist.«[842] Die Notstandsopposition verwies auf die Einschränkung der individuellen und sozialen Grundrechte, die Aushöhlung des Streikrechts durch Zwangsverpflichtungen, die Einschränkungen des Post- und Fernmeldegeheimnisses, die Aufweichung des föderalistischen Prinzips. Außerdem wurde auf die negativen Konsequenzen der Notstandsgesetze auf die Entspannungspolitik, die Erhöhung der psychologischen Kriegsbereitschaft und die Kosten der Notstandsgesetze aufmerksam gemacht.[843] Außenpolitische Zielsetzungen, wie die Vorbereitung auf einen möglichen militärischen Angriff, wurden dort als nachgeschobene Legitimationsversuche

---

[840] Vgl. Oetjen 1978, 37. Der Wortlaut ist von Oetjen übernommen. Dieser verweist noch auf ein Originalzitat: »Dann lesen Sie doch mal die Rede, die der Vorsitzender der IGM vor einigen Tagen gehalten hat, dann wissen Sie, was wir darunter verstehen.«

[841] Vgl. Krohn 1981, 330.

[842] Schneider 1986, 14.

[843] Vgl. Krohn 1981, 331.

verstanden. Die Arbeit von Maren Krohn belegte später, dass auch in den offiziellen Begründungen zunächst innenpolitische Aspekte und erst später außenpolitische Gründe angeführt wurden.[844]

B. Abendroths Engagement seit Ende der 1950er Jahre

1. Kritik der Notstandsgesetze

a) Alliierte Vorbehaltsrechte

Wiedererlangung der Souveränität?

Schon kurz nach der Erklärung des Bundesinnenministers Schröder 1958 Notstandsgesetze einführen zu wollen, begann Abendroth als einer der ersten öffentlich gegen die Notstandspläne Stellung zu beziehen.[845] Die Befürworter der Notstandsgesetze hatten die Notstandsgesetze unter anderem als Voraussetzung für die Wiedererlangung der vollen Souveränitätsrechte der Bundesrepublik dargestellt. Dieses Argument bezog sich auf Art. 5 des Deutschlandvertrages vom 23. 10. 1954, der das Recht der Alliierten auf Schutz enthielt.[846] Aus Sicht der Befürworter von Notstandsgesetzen konnten die darin enthaltenen Vorbehaltsklauseln nur durch eine wirkungsvolle Notstandsgesetzgebung abgelöst werden.

Das Argument des Vorbehaltsrechts war für Abendroth nicht stichhaltig. In der *Sozialistischen Politik* lieferte er 1958 verfassungsrechtliche und verfassungspolitische Gegenargumente. Es sei zwar richtig, dass der Generalvertrag diese Norm enthalte, aber »weder Art. 5 des Generalvertrages noch Art. 143 des Grundgesetzes […] können den Bundestag verpflichten, die Bundesorgane mit derartigen Zusatz-Ermächtigungen auszustatten«.[847] Mit den Grundgesetzänderungen im Zuge der Wiederbewaffnung 1955 seien zudem Regelungen getroffen worden, die auch den Anforderungen des

---

844 Vgl. Krohn 1981, 328ff.

845 Vgl. Schröder, Gerhard (1958): Sicherheit heute. Sind unsere Sicherheitseinrichtungen geeignet, auch schwere Belastungsproben auszuhalten?, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 31. 10. 1958, 2017-2022.

846 Der entscheidende Satz 2 lautete: »Die von den Drei Mächten bisher innegehabten oder ausgeübten Rechte in bezug auf den Schutz der Sicherheit von in der Bundesrepublik stationierten Streitkräften, die zeitweilig von den Drei Mächten beibehalten werden, erlöschen, sobald die zuständigen deutschen Behörden entsprechende Vollmachten durch die deutsche Gesetzgebung erhalten haben und dadurch in Stand gesetzt sind, wirksame Maßnahmen zum Schutz der Sicherheit dieser Streitkräfte zu treffen, einschließlich der Fähigkeit, einer ernstlichen Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu begegnen.«

847 Abendroth 1975e, 137.

Deutschlandvertrags genügten. Verfassungspolitisch gewichtiger war Abendroths Argument, dass, wie dem Bundestag und dem Rechtsausschuss bekannt war, die Alliierten keine Verfassungsänderung, sondern nur ein entsprechendes Gesetz forderten.[848] Laut Michael Schneider hatte der Bundesinnenminister selbst klargemacht, dass die Vorbehaltsrechte nicht der zentrale Punkt der Notstandsgesetze waren.[849]

b) Personelle Kontinuitäten im Staatsapparat

In seiner Argumentation kam Abendroth schnell auf die innenpolitische Zielsetzung der Notstandsgesetze und die antidemokratische Kontinuität im Staatsapparat zu sprechen. Bundesinnenminister Schröder wollte, so Abendroth 1958, ursprünglich die durch ihre personelle Verbindung mit ehemaligen Abwehrorganisationen des Dritten Reiches ausgewiesenen Verfassungsschutzämter des Bundes und der Länder in Staats-Schutzämter umwandeln und mit entsprechenden Funktionen ausgestatten. Der Sturm der öffentlichen Meinung habe ihn nur zu leichten Konzessionen veranlasst.[850]

Sozialisation im Dritten Reich

Daher konnte Abendroth vor den Gefahren, die von diesen Gesetzen angesichts der sozialen Zusammensetzung der Behörden ausgingen, nur warnen. Nach dem Krieg seien nicht nur die »ökonomisch-soziale Herrschaftspositionen« wiederhergestellt worden, sondern man habe beim Aufbau des neuen Staates auch auf einen großen Teil der personellen Kader des vorigen, faschistisch-totalitären Systems zurückgreifen müssen.[851] Vor diesem soziologischen Hintergrund und den Erfahrungen mit der Weimarer Republik erschien ihm die Einführung einer Notstandsgesetzgebung, die dem Notstandsparagraphen der Weimarer Verfassung glich, unverantwortlich:

> Wohin würde es führen, wenn diese gleiche Chance [wie Art. 48 WRV, RH] einer staatlichen Apparatur zugebilligt würde, die zu erheblichen Teilen sowohl im Verwaltungs- und Justizsystem wie in der bewaffneten Macht der Kontinuität nicht nur des wilhelminischen Obrigkeitsstaates, sondern des nationalsozialistischen Dritten Reiches verpflichtet ist?[852]

---

[848] Vgl. Abendroth 1972k, 197. Nach Schneider (1986, 37) war dem Bundestag und dem Rechtsausschuss am 24. 2. 1955 ein entsprechender Bericht von Hans Furler vorgelegt worden.

[849] Vgl. Schneider 1986, 64.

[850] Vgl. Abendroth 1975e, 137.

[851] Vgl. Abendroth 1972k, 182.

[852] Abendroth, Wolfgang (1975h): Vom Notstand zum Notdienst, in: Abendroth 1975, 164.

Abendroth lag es fern, die Weimar Republik und die Bundesrepublik Deutschland gleichsetzen. Er konstatierte durchaus – wie aus seiner Verfassungstheorie hervorgeht – die veränderten Konstellationen der zweiten deutschen Republik, warnte aber mit Blick auf die deutsche Geschichte vor möglichen Einsätze der Armee im Inland. Die personellen Kontinuitäten in Westdeutschland verschärften nur eine grundsätzliche Gefahr für jede Demokratie:

> Ist die Armee wirklich ein neutralisierbarer Faktor innerhalb der gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen, wenn sie im inneren Kampf in Erscheinung tritt? Es geht hier allgemein um die das Problem der Einordnung der Armee in die Gesellschaft auf Grund der konkreten geschichtlichen Lage. Selbst in Ländern, in denen die Armee weit besser in die Gesellschaft eingeordnet zu sein schien und in der Armee weit stärkere weit stärkere demokratische Traditionen vorhanden sind als in Deutschland, ist die Armee durchaus zu einem einseitigen politischen Machtinstrument geworden. [...] Darf man vergessen, welchem politischen System die große Mehrheit der älteren Offiziere vor 1945 gedient hat? Darf man übersehen, daß die Traditionsverbände der Legion Condor auch heute noch tätig sein dürfen?[853]

Schleichender Staatsstreich

Die Gefahren für den demokratischen Rechtsstaat ergaben sich für Abendroth nicht nur aus der politischen Sozialisation der Funktionsträger in Staat und Politik, sondern aus dem Charakter einer bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft selbst. Mit Eugen Kogon war Abendroth der Auffassung, dass in jeder Gesellschaft, die durch die Koexistenz von kapitalistischer Macht in der Wirtschaft und politischer Demokratie bestimmt ist,

> das Bündnis aus politischen und ökonomisch herrschenden Klassen erneut zu schleichenden Staatsstreich drängen wird, wenn die Konformität der öffentlichen Meinung mit den politischen Zielsetzungen dieser Kombination infolge labiler ökonomischer und sozialer Lage gesprengt zu werden droht.[854]

Abendroth argumentierte weiter, dass ein schleichender Staatsstreich die Existenz diktatorischer Möglichkeiten für diesen Staatsapparat in der Verfassungsordnung voraussetze, »die das Grundgesetz einst sehr bewusst nicht gewährt hatte.«[855] Selbst Artikel 48 WRV war nach den Absichten der Nati-

---

[853] Abendroth 1967, 113.

[854] Abendroth, Wolfgang (1963): Nach der Bundestagsdebatte über die Notstandsgesetze, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 3/1963, 199.

[855] Abendroth 1963, 199. Zu Abendroths These, dass sich nach dem Zweiten Weltkrieg

onalversammlung nicht als Mittel gedacht, das normale Verfassungsrecht beiseite zu schieben.[856]

> Alle heutigen Regelungen jedoch, die mit den besten Absichten, alle Mißbrauchsmöglichkeiten für die für die innenpolitische Auseinandersetzung auszuschalten, vorgeschlagen werden, können aber in ihrer objektiven Wirkung ganz andere Ergebnisse bewirken, als ihre Autoren sie vorher gesehen oder gar gewollt haben.[857]

Fortbestehende totalitäre Staatsvorstellungen

Gemessen an seinen historischen Vorläufern sah Abendroth seine schlimmsten Befürchtungen in dem von Bundesinnenminister Schröder vorgelegten Gesetzentwurf des Jahres 1960 bestätigt. In seinen Formulierungen knüpfe dieses Gesetz nicht an das Gesetz des vaterländischen Hilfsdienstes von 1916 an, also an ein Gesetz des monarchischen Obrigkeitsstaates, »sondern fast unverhüllt an jene Verordnungen […], die der nationalsozialistische Staat seit 1938 erlassen hat.«[858] Derartige Gesetze habe es in Deutschland erst im Dritten Reich gegeben, »das auf diese Weise gleichzeitig seine Arbeitnehmer versklaven und seine völkerrechtswidrigen Angriffskriege vorbereiten wollte.«[859] Die Notstandsgesetze Schröders waren für Abendroth 1961 nicht mehr charakteristisch für einen obrigkeitsstaatlichen Verwaltungsstaat, sondern verkörperten eine totalitäre Staatsvorstellung.[860] Ein Jahr zuvor bescheinigte er dem Gesamtentwurf sogar einen »totalitär-faschistischen Charakter«.[861] Selbst wenn die wichtige politische Trägergruppen der zweiten deutschen Republik ihrem Anspruch nach totalitären Gedanken fern standen, unterschätzten oder verdrängten sie für Abendroth, wie schon die Trägergruppen der Weimarer Republik, die anhaltende Vitalität des Faschismus. Sie taten aus seiner Sicht nichts oder zu wenig, um die Helfer des Dritten Reichs konsequent von gesellschaftlichen Funktionsstellen fernzuhalten.

Tendenzen erneuert haben, die zu einer vergleichbaren politischen Lösung drängen – wenn auch nicht unmittelbar zum Faschismus vgl. Abendroth 1970a.

856 Vgl. Abendroth 1967, 111.

857 Abendroth 1967, 112.

858 Abendroth 1975h, 164; vgl. dazu auch die Ausführungen in: Abendroth 1961a, 15ff.

859 Abendroth 1975h, 164.

860 Vgl. Abendroth, Wolfgang (1961a): Notdienstgesetz und freiheitlich-demokratische Grundordnung, in: neue kritik 6 (1961), 13-22.

861 Vgl. Abendroth 1975h, 165.

c) »Lücke« im Grundgesetz

Dagegen hielten nicht nur die Bundesregierung, sondern auch zahlreiche Sozialdemokraten, wie der Verfassungsjurist Adolf Arndt, die bestehenden Regelungen des Grundgesetzes im Verteidigungsfall für unzureichend. Das Bundesinnenministerium vertrat die Ansicht, dass bei einem unvorhergesehenen Notstand die nötigen Ermächtigungen nicht rechtzeitig vorliegen könnten.[862] Die Notstandsgesetze waren in dieser Lesart nur Ergänzungen und füllten eine Lücke.

Aus Sicht Abendroth veränderten diese Ergänzungen des Grundgesetzes die darin enthaltenen Verfassungsnormen jedoch grundlegend. Deshalb war die Einführung auch nicht als verfassungsrechtliche, sondern als eine verfassungspolitische Frage zu diskutieren.

Bestehende Regelungen ausreichend

Verfassungsrechtlich machte Abendroth geltend, dass das Grundgesetz bereits über ein ausreichendes System von Notstandsvorbeugungs- und Notstandsbehebungsmitteln verfüge und für den Verteidigungsfall, innere Unruhen und Naturkatastrophen, hinreichend gerüstet sei.[863] Das Grundgesetz weise hier keine »Lücke« auf. Gerade aus der Wiederbewaffnung im Jahr 1956 – die in diesem Zusammenhang immer wieder angeführt wurde – ließ sich für Abendroth kein weiterer Handlungsbedarf ableiten, da man bereits hier umfassende Regelungen für den Verteidigungsfall getroffen habe.[864]

Bewusster Verzicht

Verfassungspolitisch charakterisierte Abendroth die Notstandsgesetze als ausgesprochen unzeitgemäß, da die Kriegsgefahr in Zentraleuropa durch die Anerkennung des Status Quo gesunken sei. Notstandsregelungen würden jedem Prozess der Entspannung zuwiderlaufen, da sie in Wirklichkeit die Kriegsbereitschaft erhöhten.[865] Abendroth wies nach, dass der parlamentari-

---

862 Vgl. Bundesminister des Innern (Hg. 1961): Das Gesetz für die Stunde der Not. Materialien zur Auseinandersetzung über ein Sicherheitserfordernis, Bonn; Arndt, Adolf (1962): Demokratie: Wertsystem des Rechts, in: Notstandsgesetz – aber wie? Beiträge von Adolf Arndt und Michael Freund, Köln, 43ff; Arndt sah jedoch keine Blankovollmachten für die Regierung im Fall des inneren Notstands vor.

863 Vgl. Abendroth (1972k, 178ff. und 1963, 199) verweist auf die entsprechenden GG-Artikel 9, Abs.2; 18; 21 Abs.2. Ergänzend: § 32 Bundesverfassungsgerichtsgesetz (BVerfGG). Die Kombination von GG Art. 37 und 91 sorge zudem dafür, dass auch aus der föderalen Struktur des Bundesstaates keine wirklichen Gefahren für die demokratische Ordnung entwickelt werden können. In anderen Schriften weist Abendroth darauf hin, dass mit Art. 81 auch der Gesetzgebungsnotstand geregelt sei.

864 Vgl. Abendroth 1963, 199. Durch Kombination der Art. 17a, 59a, 65a und 96a werde auch allen Erfordernissen militärischer Konfliktfälle, also dem ‚äußeren Notstand', Rechnung getragen; damit sei in Wirklichkeit auch die Anforderungen von Art. 5 Abs. 2 des Generalvertrages erfüllt worden. Vgl. ebenso Abendroth 1967, 114; zum Schutz der Alliierten Truppen: Abendroth 1972k, 196f.

865 Vgl. Abendroth 1967, 123.

sche Rat – in einer Zeit in der auch die Gefährdung der inneren Sicherheit in den drei westlichen Besatzungszonen wesentlich aktueller gewesen sei – mit dem Verzicht auf eine Notstandsregelung eine bewusste politische Entscheidung getroffen habe:[866] Nach längerer Debatte war der Entwurf des Verfassungskonvents von Herrenchiemsee in Bezug auf Art. 111 – der Ermächtigungen im Umfang von Art. 48 WRV vorsah – zurückgewiesen worden.[867] Der parlamentarische Rat hatte dabei, so Abendroth, die innenpolitischen und außenpolitischen Gefahren sehr klar vor Augen und abgewogen.

> Damals – in einer Zeit, in der die großen Parteien noch wirklich demokratische Antriebe hatten und in der zudem die bitteren Erfahrungen mit Art. 48 WRV noch nicht verdunkelt waren – wollte der Parlamentarische Rat jede Wiederholungsmöglichkeit für jenen schleichenden Staatsstreich ausschließen, dem die erste deutsche Republik erlegen ist.[868]

Nach Abendroth war der Parlamentarische Rat bei dieser Strukturierung des Grundgesetzes von der Erkenntnis ausgegangen, dass es etwas anderes sei, ob im Verfassungssystem von Staaten, die seit langen Generationen in nicht unterbrochener Kontinuität relativ rechtstaatlich-parlamentarisch funktionieren, Ausnahmemöglichkeiten für den Notstandsfall vorzusehen, oder ob man diese in Deutschland verfassungsrechtlich zulasse.[869] Das bedeutete keine Zustimmung Abendroths zu verfassungsmäßigen Notstandsregelungen unter anderen Bedingungen. Grundsätzlich war er sich mit dem Weimarer Politiker Oskar Cohn (USPD) einig, dass der Ausnahmezustand ein typisches Herrschaftsinstrument des bürokratischen und militärischen Staatsapparates gegen die Demokratie sei, er vermöge aber niemals die demokratischen Grundsätze des Verfassungsrechts zu schützen.[870]

Einbruchsstelle für Missbrauch

Abendroth warnte die SPD, sich auf die Argumentation einzulassen, dass Vorkehrungen für den »äußeren Notstand« getroffen werden müssten. Hier drohe ein Dammbruch: »Wenn man einmal Zugeständnisse macht, dann gibt es hier keine Grenze mehr.«[871] Die Feststellung des äußeren Notstands konnte willkürlich ausgelegt werden. So konnte für Abendroth der drohende Verteidigungsfall immer simuliert werden, wenn die Inhaber der politischen

---

866 Vgl. Schneider 1986, 27: Fritz Bauer sprach von einem »wohlüberlegten Verzicht« und Heinrich Hannover hielt die Lücke ebenso für eine »bewusste verfassungspolitische Entscheidung«.
867 Vgl. Abendroth 1967, 111f.
868 Abendroth 1963, 198.
869 Vgl. Abendroth 1972k, 181.
870 Vgl. Abendroth 1975h, 163.
871 Abendroth 1967, 121.

Macht aus innenpolitischen Gründen Ermächtigungen bräuchten, so dass auf diese Weise eine ständige offene Einbruchstelle für innenpolitischen Missbrauch der an sich formell nur für den äußeren Notstandsfall gedachten Notstandsregelungen entsteht:

> Gibt es dagegen eine wirksame Sicherung oder ist es nicht vielmehr besser, von vornherein auf eine Regelung der so genannten »erhöhten Verteidigungsbereitschaft« zu verzichten, so daß man diese Einbruchstelle voll ausschaltet?[872]

d) Sicherung des Streikrechts

Schwächung der Gewerkschaften

Auf Resonanz stießen die Ridder, Seifert und Abendroth mit ihren Hinweisen auf die Gefährdung des Streikrechts. So sah beispielsweise das Notdienstgesetz die Möglichkeit der Kasernierung und Uniformierung vor und gestand den Notdienstpflichtigen nur noch ein eingeschränktes Streikrecht zu.[873] Abendroth sah dahinter eine Aushöhlung des Zwangsarbeitsverbots, aber auch die Schwächung der Gewerkschaften als Garanten des Grundgesetzes:

> Die Kombination der Möglichkeiten, die der Entwurf des Zivildienstgesetzes bietet, und der Beschränkbarkeit der Art. 5, 8, 9 Abs. 1 und 2 und 12 in den Entwürfen des Gesetzes zur Ergänzung des Grundgesetzes erlaubt ohnedies die Lahmlegung jeder gewerkschaftlichen Tätigkeit und damit die Ausschaltung der einzigen realen Macht, die erforderlichenfalls nach Verkündung des Notstandes in die Maschine des schleichenden Staatsstreiches eingreifen könnte, um die Demokratie wie einst beim Kapp-Putsch durch ihre Aktion zu retten.[874]

Klassenauseinandersetzungen

Die Notstandsopposition konnte auf unzählige Äußerungen verweisen, in denen staatliche Stellen schon einen einfachen Streik als möglichen Anlass für das Inkrafttreten von Notstandsgesetzen für denkbar hielten. So bezeichnete es etwa 1962 der Leiter der Abteilung für Verfassungsrecht im Bundesinnenministerium, Ministerialdirektor Lechner, auf einem Podiumsgespräch an der Kölner Universität für denkbar, »daß der Katastrophenzustand ver-

---

872 Abendroth 1967, 114.

873 Vgl. Abendroth 1961a, 20 und 1967, 122.

874 Abendroth 1963, 200. Im selben Artikel wendet er sich Abendroth gegen das Angebot Höcherls, den »legalen Streik« zuzulassen: Das Streikrecht sei damit zur Disposition dessen gestellt, der die Entscheidungsgewalt besitzt.

kündet würde, wenn durch die Bestreikung lebenswichtiger Betriebe die Versorgung lahm gelegt werde.«[875]

Abendroth erinnerte auch an die Rede des sozialdemokratischen Vizepräsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Rudolf Katz, vom 23. 11. 1959.[876] Darin hatte Katz deutlich gemacht, dass wahrscheinlich in der heutigen Zeit nicht so sehr rein politische, sondern eher die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse den Anlass für einen Notstand bieten. Ein Arbeitskampf vom Ausmaß des amerikanischen Metallarbeiter-Streiks jener Jahre würde zu einem Notstand führen, der Notverordnungen zur Folge haben müsse, »bei denen es hart zugehen wird«.[877] Katz meinte aber, dass im Gegensatz zu Art. 48 WRV eine klare rechtliche Begrenzung bestehe.

Mindest-anforderungen

Abendroth kam Anfang der 1960er Jahre – offenbar unter dem Eindruck, dass die Gesetze schnell verabschiedet werden – der Argumentation entgegen, Notstandsgesetze nicht grundsätzlich auszuschließen, doch waren die Grenzen seiner Kompromissbereitschaft deutlich. Der Grundsatz der Systemwidrigkeit von Notstandsermächtigungen in demokratischen politischen Ordnungen darf für ihn in Extremfällen und zur Überbrückung kurzfristiger Ausnahmesituationen nur unter zwei elementaren Bedingungen durchbrochen werden:

> Einerseits muß gewährleistet bleiben, dass sich der gesetzliche Ausnahmemöglichkeiten keine tendenziell anti- oder nichtdemokratische soziale Gruppe und deren politische Repräsentation – mit entsprechenden Tendenzen der bürokratischen, militärischen und juristischen Exekutivgewalt des Staates verbunden – bemächtigen kann; andererseits muß garantiert sein, dass die demokratischen Massenorganisationen, für deren Mitglieder die Erhaltung der politischen Demokratie notwendig die Voraussetzung ihrer freiheitlichen Existenz und Wirksamkeit ist, als das erforderliche Gegengewicht gegen jede Entfremdung der öffentlichen Gewalt nicht nur vor dem Eingriff durch diese bewahrt, sondern als selbstbewusste und kämpferische

---

875 AdsD, 5/IGMA072315a, »DZ« vom 14. 1. 1962.

876 Vgl. Abendroth 1972k, 186f. (mit Verweis auf einen Zeitungsartikel in der *Welt*). Laut Schneider (1986, 51f) führte Katz weiter aus, dass der innere Notstand bereits im Falle eines Verkehrsstreiks, Generalstreiks und bei Versorgungsschwierigkeiten in den industriellen Zentren gegeben sein könnte. Vgl. dazu auch FAZ, 4. 12. 1959: »Handeln solange schönes Wetter ist«. Katz meint im Gegensatz zu Art. 48 WRV würde schließlich eine klare rechtliche Begrenzung bestehen. »Denn daß es, wenn Notverordnungen kommen, hart zugehen wird, dran habe ich ebenso wenig Zweifel, wie der Referent [Prof. Peter Schneider] sie zu haben scheint.« Vgl. zu ähnlichen Äußerungen von Hans-Constantin Paulssen, Präsidenten der Deutschen Arbeitgeberverbände, im Juni 1962: Schneider 1986, 93.

877 Vgl. Handeln, solange schönes Wetter ist, in: FAZ, 4. 12. 1959.

> Repräsentanten ihrer Sozialschicht aktiv bleiben. Das sind vor allem die Gewerkschaften der Arbeitnehmer, deren Interessenziel es nur sein *kann*, unter Beseitigung sämtlicher Privilegienpositionen die soziale Demokratie, wie unsere Verfassung sie fordert, zu verwirklichen.[878]

Eine ähnliche zumindest formale Sicherung des Streikrechts floss letztlich in die Notstandsgesetze ein.

2. Grenzen der Mobilisation

Hegemonie-kämpfe

Die Bundesregierung verstand die Einführung der Notstandsgesetze als Instrument der psychologischen Mobilmachung. Wichtiger als alle Maßnahmen für die innere und äußere Sicherheit, so Bundesinnenminister Höcherl, sei die psychologische Vorbereitung der Bevölkerung, auch wenn das der moderne Wohlstandsbürger nicht gern höre.[879] Dieser geistigen Mobilisierung einer Wehrgemeinschaft trat nun die die Notstandsopposition entgegen. Abendroth erläuterte 1961 seine Zielvorstellung:

> Sollte es gelingen, größeren Teilen des Volkes im Ringen um die gegenwärtige drohende erneute Änderung des Grundgesetzes wieder bewußt zu machen, dass ihre Loyalität nicht diesem abstrakten Staat, sondern der demokratischen Rechtsordnung gelten muß, die sie, wenn Demokratie, Freiheit und Wohlstand für alle erhalten bleiben oder neu gewonnen werden sollen, gegen jede Bedrohung verteidigen und notfalls im Kampf wiederherstellen müssen, dann würde selbst eine vorübergehende Schlappe für die Demokratie kein allzu großes Unglück bedeuten.[880]

Die Kämpfe gegen die Notstandsgesetze sind für ihn notwendig, um wenigstens die Macht-Balance der Klassen zu erhalten, mit der Perspektive, dass sich nach Annahme der Notstandsgesetze bei den ersten Missbrauchsfällen so starke Gegenkräfte in der Bevölkerung mobilisieren ließen, dass die Rechtsordnung des Grundgesetzes gewahrt bleibt:[881] die Grundkonstellation eines gesellschaftlichen Hegemoniekampfes.

---

878 Abendroth 1972k, 185.
879 Vgl. »Höcherl kündigt ›harte Politik‹ an«, in: FR vom 1. 10. 1962.
880 Abendroth 1972k, 202.
881 Vgl. Abendroth 1963, 201f.

a) Sozialdemokratie und Gewerkschaften

Meinungsbildung in der SPD

Nach der Ankündigung der Einführung durch Bundesinnenminister Schröder 1958 hatte die SPD nach außen eindeutig opponiert.[882] Die Sperrminorität im Bundestag verhalf der SPD in eine gute Ausgangsposition. Allerdings verliefen die parteiinternen Diskussionen weit weniger einheitlich. Bereits 1955 hatten sich Carlo Schmid und Adolf Arndt für eine Grundgesetzänderung ausgesprochen, während Walter Menzel gegen eine verfassungsrechtliche Verankerung von Notstandsgesetzen argumentierte.[883] Im Jahr 1960 wandelte sich die Stimmung in den Führungsgremien der SPD zugunsten einer teilweisen Akzeptanz einer Notstandsregelung und die Haltung der SPD-Führung blieb von da an defensiv und kompromissbereit.[884] Sie verhielt sich mit Blick auf die angestrebte Regierungsbeteiligung demonstrativ staatspolitisch. Für die SPD ergab sich damit ein Spannungsfeld zwischen der nicht zuletzt machtpolitisch motivierten Annäherung an die CDU einerseits, und der Brüskierung wichtiger Teile der Gewerkschaften andererseits. Die Spitzengremien der Partei sprachen sich schließlich nach Vorlage des Entwurfs von Bundesinnenminister Höcherl 1962 für eine verfassungsändernde Notstandsregelung aus, wobei diese Regelung auf den äußeren Notstand beschränkt bleiben sollte.[885] Die Positionen des Kölner Parteitags 1962, die so genannten »7 Kölner Punkte«, blieben die Grundlinien der Parteipolitik. Erst durch die Sensibilisierung der Öffentlichkeit durch die *Spiegel*-Affäre 1962 und durch die anhaltende Kritik in Teilen der Gewerkschaften kam es wieder zu ersten öffentlichen Äußerungen von SPD-Parlamentariern gegen die Notstandsgesetze.

Außenseiterrolle Abendroths

Abendroth konnte in der Frage der Notstandsgesetze nur bis zu seinem Parteiausschluss 1961 innerhalb der Partei wirken. Im *Vorwärts* vom 29. 3. 1961 hatte er die SPD noch davor gewarnt, den leicht überarbeiteten Gesetzentwurf von Bundesinnenminister Höcherl als Beginn eines liberaleren

---

882 Vgl. Schneider 1986, 46ff.

883 Vgl. Schneider 1986, 39f. In derselben Rede hatte laut Schmidt auch schon die wichtigsten Forderungen der Sozialdemokratie formuliert: »Sicherung der Verantwortung des Parlaments, Priorität der Zivilgewalt, Schutz des Streikrechts«.

884 Vgl. Schneider 1986, 68.

885 Zum Höcherl-Entwurf vgl. Schneider 1986, 99ff. Dieser wurde am 31. Oktober 1962 mit einem weiteren Gesetzpaket, den »einfachen« Notstandgesetzen vorgelegt. Als Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung des Grundgesetzes: Wirtschafts-, Ernährungs- und ein Verkehrssicherstellungsgesetz, Aufenthaltsregelungs- Schutzbau- und ein Selbstschutzgesetz, später ein Wassersicherstellungsgesetz. Schon vorher waren bereits Entwürfe eines Zivildienst- und eines Bundesgrenzschutzergänzungsgesetzes vorgelegt worden.

Kurses der neuen Bundesregierung zu verstehen.[886] Nach seinem Parteiausschluss Ende 1961 blieben ihm jedoch alle parteioffziellen Kommunikationsforen verschlossen. Die Linkssozialisten mussten nun versuchen, die innerparteilichen Notstandsgegner bei den Jugendorganisationen (*Falken*, SHB, Jusos) von außen zu erreichen.

Mobilisierung der Gewerkschaften

Der Schwerpunkt der linkssozialistischen Politik lag auch wegen dieser parteiinternen Probleme seit Ende der 1950er Jahre auf die Mobilisierung der Gewerkschaften. Sie repräsentierten den organisierten Teil der außerparlamentarischen Opposition und nur sie allein konnte Streiks organisieren. Außerdem hofften die Linkssozialisten den linken Flügel der SPD über den Druck der Gewerkschaften stärken zu können. Da die Zeit drängte, begann Abendroth rasch in Artikeln und Vorträgen Gewerkschaftsfunktionäre auf die aktuellen Entwicklungen aufmerksam zu machen:

> Gleich nach dem ersten Vorstoß des Innenministers Schröder vom Herbst 1958 referiere ich auf einer Tagung vor hohen und mittleren Funktionären der ÖTV auf der Bundesschule dieses Verbandes in Mosbach. Ich versuche, den Funktionären klarzumachen, daß jeder zum Kampf gegen die Notstandspläne mobilisiert werden müsse und daß es in diesem Kampf keinerlei Konzessionen geben dürfe.[887]

Der »Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes«, den Bundesinnenminister Schröder schließlich 1960 vorlegte, verlieh der Mobilisierung der Gewerkschaften ausgesprochene Dringlichkeit. Auf Initiative von Fritz Opel von Otto Brenner wurde Abendroth am 15. 6. 1960 zur Bundesvorstandssitzung der IG Metall eingeladen.[888] Der Bundesvorstand lehnte daraufhin den Gesetzentwurf grundsätzlich ab. Weiter konnten SPD-Linke Ende Juni 1960 ein Referat Abendroths vor dem DGB-Bundesvorstand vermitteln.[889] Auf der Basis seiner Ausführungen wurde der Notstandsgesetz-Entwurf auch dort als Verstoß gegen das Grundgesetz abgelehnt.

---

[886] Vgl. Abendroth 1972k, 176f.

[887] Abendroth 1976, 266. Vgl. Abendroth, Wolfgang (1959a): Die verfassungsrechtlichen Grundlagen zum Schutz der öffentlichen Sicherheit, in: Hauptvorstand der ÖTV (Hg.): Öffentliche Sicherheit, Vorträge im Rahmen der Arbeitstagung »Woche der Polizei«, veranstaltet von der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr im September/Oktober 1958, Stuttgart 1959, 29-45; ders. (1959b): Obrigkeitsstaat oder soziale Demokratie? »Öffentliche Sicherheit«, Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 6/1959, 343-351.

[888] Vgl. Seifert, Jürgen (1988): Die Auseinandersetzung um die Notstandsgesetze, in: Haus der Gewerkschaftsjugend Oberursel (Hg.), 58.

[889] Vgl. IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 65, Brief Abendroth an Otto Brenner vom 8. 6. 1960. Vgl. Schneider 1986, 65: Abendroth referierte am 24. Juni 1960. Vgl. Krohn

Netzwerke

Die Funktion Abendroths sollte aber auch nicht überbetont werden. Abendroth war Teil eines linkspolitischen Netzwerks, das sich in den Protestbewegungen der 1950er Jahre entwickelt hatte. So machten auch andere SPD-Linke und SDS-Mitglieder die Gewerkschaften wiederholt auf die Bedeutung der Notstandsgesetze aufmerksam. Seifert stellte rückblickend die »Schüler« Abendroths, Fritz Opel und Werner Thönnessen, als Berater des IG Metall-Vorsitzenden Otto Brenner heraus:

> Die haben innerhalb der Gewerkschaftsbewegung die Notstandssache am Kochen gehalten. Ohne die wäre vieles so nicht gelaufen. Denn die Haltung, daß man eine Resolution verabschiedet und meint, man habe seine Schuldigkeit getan, war im DGB zur damaligen Zeit weit verbreitet.[890]

Die Mobilisierung der Gewerkschaften gegen die Notstandsgesetze stützte sich auch auf die informellen und persönlichen Kontakte der Widerstandsgeneration. Abendroth erinnert sich:

> Mein Kontakt zu den kritischen Funktionären in den Gewerkschaften bleibt während der langandauernden Auseinandersetzung um die Notstandsgesetze, auch nach meinem Parteiausschluß erhalten. Ich führe dies darauf zurück, daß in der Gewerkschaftsführung mehr ehemalige Widerstandskämpfer tätig sind als in der Führung der SPD und daß auch ein – leider viel zu kleiner – Teil des Nachwuchses durch sie erzogen worden ist.[891]

Es war die politische Überzeugung der Gewerkschaftsführer Otto Brenner, Adolph Kummernuss (ÖTV) und Wilhelm Gefeller (IG Chemie) alles zu tun, um »ein neues 1933« zu verhindern. Vor allem die IG Metall unter Otto Brenner trieb die Meinungs- und Willensbildung in der Gewerkschaftsbewegung maßgeblich voran.[892] Aber auch in der IG Chemie, Papier, Keramik,

---

1981, 52. Fülberth (Interview) erinnert sich, dass das Referat von Fritz Opel eingefädelt worden ist.

890 Seifert 1988, 59. Nennt als weitere Aktivisten in diesem Zusammenhang: »Benz, Dürrbeck, Radke, Moneta, Kummernuss (ÖTV), Gefeller und Vitt (IG Chemie), Riemer (Holz), Fabian (Gewerkschaftliche Monatshefte), Lutz (Druck und Papier) und Brumlop (erst Quelle, später Gewerkschaftspost der IG Chemie).«

891 Vgl. Abendroth 1976, 267 und 1985h, 150f. Abendroth (1976, 266) verweist auf seine Kontakte zu ÖTV-Vorsitzenden Kummernuss und ehem. Widerstandskämpfer. Burkhardt (1993, 81) nennt weiter in der IG Metall: Otto Brenner, Werner Thönnessen (Berater von Brenner), Benz, Dürrbeck, Radke; IG Chemie: Gefeller, Brumlop (Die Quelle, später Gewerkschaftspost der IG Chemie); Holz: Riemer; Fabian (Gewerkschaftliche Monatshefte); Druck und Papier: Lutz; Vitt; Jakob Moneta, Fritz Opel.

892 Vgl. Schneider 1986, 73.

in der IG Bau, Steine, Erden und der IG Bergbau und Energie, sowie in der Postgewerkschaft, bei der ÖTV, Gewerkschaft Holz, NGG, HBV formierte sich Widerstand gegen Notstandsgesetze.

Innergewerkschaftliche Opponenten

Die besondere Funktion Abendroths lag zum einen in Erarbeitung von Argumentationslinien aus der Sicht eines marxistischen Staatsrechtlers und zum anderen hatte er als Symbolfigur der linkssozialistischen Strömung die Möglichkeit, Themen und Projekte linker Politik mitzubestimmen. Burkhardt meinte, Abendroth sei als Jurist eine informelle Beraterfunktion der Gewerkschaftslinken zugekommen.[893] Und entsprechend versuchten Abendroths Opponenten vom sozialpartnerschaftlichen Flügel seine Handlungsspielräume bei den Gewerkschaften einzuschränken. Dies zeigte sich, als der eben genannte Vortrag Abendroths vor dem DGB-Bundesvorstand 1960 gegen den Widerstand der sozialpartnerschaftlich orientierten DGB-Vorstandsmitglieder Ludwig Rosenberg und Georg Leber erzwungen werden musste.[894] Überhaupt wurde Abendroth von Georg Leber, dem Vorsitzenden der IG Bau, Steine, Erden, von nun an wiederholt in der Öffentlichkeit attackiert. Leber, der die Notstandsgesetze befürwortete, forderte Abendroth 1961 in der Redehaltung des Kalten Krieges auf, klar zu sagen, wo er stehe.[895] Abendroth ließ sich aber auch von Leber nicht in das bipolare Ost-West-Verhältnis zwängen und nutzte solche Gelegenheiten, um das Staats- und Demokratieverständnis Lebers, einem herausragenden Repräsentanten des Sozialpartnerschaftsflügels in Frage zu stellen:

> Georg Leber ist der Ansicht, man müsse »zu dem Staat, in dem wir leben, ohne Wenn und Aber ja sagen«. »Ein Ja zum Staat, das nur bis zu einer möglichen Katastrophe oder Notlage reicht und ihn dann seinem Schicksal überlässt«, reicht seiner Auffassung nach nicht aus. Zweifellos müssen alle Demokraten und die Gewerkschaften eindeutig – und also erst recht in jeder Notlage – zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung ja sagen und sie schützen. Aber gerade diese Überlegung sollte sie davor bewahren, sich dazu verleiten zu lassen, dem Staatsapparat rechtliche Handhaben zu liefern, das Grundrechtssystem – auf dem diese freiheitlich-demokratische Grundordnung beruht – einzuschränken oder aufzuheben. Wird das Ja zur Demokratie und Rechtsstaatlichkeit im Staat, der Wille zur Verteidigung des demokratischen Staats, durch das abstrakte Ja zum jeweiligen »Staat in dem

---

[893] Vgl. Burkhardt 1993, 81.

[894] Vgl. Abendroth 1976, 266.

[895] Vgl. Abendroth, Wolfgang: (1961c): Leber greift Abendroth an (Leserbrief), in: Frankfurter Rundschau, 13. 4. 1961, 2; ders. (1961d): 2. Antwort an Georg Leber (Leserbrief), in: Oberhessische Presse, 15. 4. 1961, 27. Z. T. dokumentiert in: AdsD, SPD Parteivorstand – Referat Bildungsarbeit, 0743B.

> wir leben« ersetzt, so ist die schiefe Ebene erneut betreten, auf der das deutsche Volk schon einmal von der Demokratie zum Unrechtsstaat geglitten ist.[896]

Klima in den Gewerkschaften

Wie schwer der Stand der Notstandsopposition und auch Abendroths in den Gewerkschaften zu Beginn der 1960er Jahre war, verdeutlicht die Korrespondenz Abendroths. So erteilt er Walter Fabian, Chefredakteur der *Gewerkschaftlichen Monatshefte*, im Jahr 1962 den Rat, sich nicht zu weit zu exponieren, damit er seine Stellung bei den Monatsheften nicht gefährde.[897] Und an Heinz Dürrbeck schrieb er 1963 sichtlich verärgert:

> Hast Du übrigens den Aufsatz im Blatt der verrückten Senefelder-Gewerkschaft bekommen und gelesen, der sich über die soziale Struktur der Bundesrepublik ausläßt, den ich geschrieben habe? Die verrückte Veröffentlichungsstelle liegt an dem blöden Zufall, daß wegen Eurer blöden Angst vor dem PV [Parteivorstand, RH] ich Walter Fabian so wenig gefährden durfte, wie Euren Redakteur des Gewerkschafter, weil ja sämtliche Vorstände vor Angst schlottern, wenn mein Name öffentlich genannt wird.[898]

Zeitschriften der Opposition

Überhaupt hatten sich Abendroths Publikationsmöglichkeiten seit seinem Parteiausschluss erheblich verengt, da er in den SPD-Organen nicht mehr publizieren konnte und sich auch die Gewerkschaftsspitzen mit Abendroth nicht belasten wollten.[899] So wich Abendroth auf die neuen Zeitschriftenprojekte der demokratischen Opposition aus.[900] Allerdings hat Tjaden zu Recht darauf hingewiesen, dass sich Abendroth entsprechend seiner Auffassung einer eingreifenden Gesellschaftswissenschaft nicht an die Großen dieser kapitalistischen Welt wenden musste; »der Vortrag bei den Mitkämpfern in der Arbeiterbewegung und bei den Studenten war Arbeit genug.«[901] In den Zeitschriften der nach links gewendeten Intelligenz wurde Abendroth zum

---

[896] Abendroth 1961d.

[897] IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 72, Brief an Walter Fabian.

[898] IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 73, Schreiben an Dürrbeck vom 21. 5. 1963.

[899] Vgl. Abendroth 1976, 228 und 254ff.

[900] Nach der detaillierten Auflistung der Publikationsorgane bei Balzer (2001, 329) ergeben sich ab den 1960er Jahren folgende Publikationsschwerpunkte: *Deutsche Volkszeitung* (1966-1985): 64 Artikel, *die tat* (1965-1983): 38, *Blätter für deutsche und internationale Politik* (1963-1985): 33, *Stimme der Gemeinde* (1962-1973): 30, *Marxistische Blätter* (1968-1983): 13. Beiträge Ende der 1950er und Anfang der 1960er Jahre in Organen des SDS: *Standpunkt*: 1, *neue kritik*: 7.

[901] Tjaden, Karl Hermann (1985): Die Bedeutung der »Wissenschaft von der Politik« Wolfgang Abendroths, in: Düsseldorfer Debatte, 12/1985, 65.

begehrten Autor. Zu ihren wichtigsten Organen zählte er 1962 neben der DAZ und der SoPo die Hamburger *konkret*, die *Pläne* aus Dortmund-Bielefeld, die linkskatholischen *Werkhefte katholischer Laien* aus München, die aus Dortmund kommende linksprotestantische Zeitschrift *Junge Kirche*, die ebenfalls linksprotestantische Darmstädter *Stimme der Gemeinde* und die *Blätter für deutsche und internationale Politik* aus Köln.[902] Die Nennung der linkskirchlichen Zeitschriften ist auffallend. Sie boten der Notstandsopposition publizistischen Freiraum, um ihre Denkansätze erarbeiten zu können. Das eben erst gegründete SDS-Organ *neue kritik* entwickelte sich in diesen Monaten gerade erst zu einem weiteren wichtigen Forum der Studentenbewegung.[903]

Aufgabe der Streikbereitschaft

Durch den Einsatz der linkssozialistischen Intellektuellen stieg das Problembewusstsein in den Gewerkschaften. Auf dem 6. Gewerkschaftstag der IG Metall im Oktober 1960 verabschiedeten die Delegierten einen Antrag, der andere Organisationen der Arbeiterbewegung aufforderte, gemeinsam mit der IG Metall diesen Plänen mit allen gesetzlichen Mittel, einschließlich des Streiks entgegenzutreten; das Mittel des politischen Streiks blieb aber umstritten.[904] Und auch in den Briefen Abendroths gibt es Hinweise, dass er die Beweglichkeit der IG-Metall Vorsitzenden Otto Brenner von Beginn an nicht allzu hoch einschätzte.[905] Nach der Niederlage beim politischen »Zeitungsstreik« 1952 und angesichts der schlechten Informationslage in der breiten Bevölkerung waren die Voraussetzungen für erfolgreiche politische Streiks zudem sehr schlecht. Die IG Metall fürchtete allgemein, in die Isolation und in zu großer Distanz zur SPD zu geraten. Schon 1962 waren innerhalb der IG Metall keine politischen Streikmaßnahmen mehr vorgesehen.[906] Auch der 6. ordentliche Bundeskongress des DGB im Oktober 1962 lehnte

---

902 IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 23, Schreiben Abendroth vom 29. 8. 1962; Vgl. auch Abendroth 1972n, 456.

903 Vgl. zu den Beiträgen Abendroths in der *neuen kritik* Abendroth, Wolfgang (1961e): Notdienstgesetz und freiheitlich-demokratische Grundordnung, in: neue kritik 6 (1961), 13-22; ders. (1961f): Das Ringen um die Verteidigung des Grundgesetzes [Referat auf der Gründungskonferenz der SDS-Förderergesellschaft am 8. 10. 1961, Auszug], in: neue kritik 8 (1961), 6ff.; ders. (1962): Der Kölner Parteitag der SPD, in: neue kritik 12 (1962), 15-18; ders. 1963b; ders. 1963c; ders. 1965a; ders. (1966c): Gewerkschaftliche Theorie und Praxis heute [Rezension zu Otto Brenner: Gewerkschaftliche Dynamik in unserer Zeit, 1966], in: neue Kritik 36/37 (1966), 50-52; ders. (1967e): Ein Leben im Dienste der Arbeiterbewegung. Heinrich Brandler gestorben, in: neue kritik 44 (1967), 3-6.

904 Vgl. bei Krohn 1981, 53.

905 Z. B. IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 20, Brief Abendroth an Heinz Kloppenburg vom 26. 10. 1961.

906 Vgl. Krohn 1981, 68ff.

zwar jede zusätzliche Regelung des Notstandes und Notdienstes ab, der Passus »mit allen gewerkschaftlichen Mittel einschließlich des Streiks« wurde jedoch nicht in die DGB-Entschließung aufgenommen.[907] So kommt Krohn zu dem Urteil:

> Die gewerkschaftliche Politik blieb auf Lohn- und Sozialfragen orientiert, die ordnungspolitischen Vorstellungen des Münchner Programms waren von Teilen der Gewerkschaft bereits aufgegeben und konnten von stärker reformorientierten Kräften nicht mit der Praxis verbunden werden. Eine klassenbewußte Schulung der Mitglieder fand nicht statt. Politische Proteste waren begrenzt auf Appelle.[908]

Angesichts dieser Selbstbeschränkung äußerte der Linkskatholik Walter Dirks mit Verweis auf 1932 auch auf dem ÖTV-Kongress 1961 Bedenken über die Fähigkeit der Gewerkschaften, die Demokratie zu verteidigen.[909] Schneider beklagt aus sozialdemokratischer Sicht die Eindimensionalität einiger Analysen der 1970er Jahre, in denen die Ambivalenz sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Politik zwischen Ordnungsfunktion und Gegenmacht ausgeblendet bleibe.[910] Es fehle in diesen Arbeiten konkrete Hinweise zu Alternativen der gewerkschaftlichen Politik und die Diskussion der Handlungsspielräume sowie der Risiken einer etwaigen bewussten Grenzverletzung. Die vom *Spiegel* im Herbst 1962 erwartete Einigung zwischen Regierung und Opposition über die Notstandsgesetze wurde nach Schneider erst einmal durch den Druck der Gewerkschaften auf die SPD verhindert.[911]

In jedem Fall kennzeichnete der Verzicht auf den politischen Streik als Druckmittel die gewerkschaftliche Notstandspolitik bis zur Verabschiedung.[912] Diese Entscheidung wurde zu einer wichtigen Determinante der außerparlamentarischen Oppositionspolitik. Denn damit bildete sich links der Gewerkschaften ein politisches Vakuum, das nun die nichtgewerkschaftliche radikaldemokratische Notstandsopposition füllte. Mittelfristig trug der grundsätzliche Verzicht auch zum Führungsverlust der Gewerkschaften in der außerparlamentarischen Opposition bei. Die zunehmend passiven und einlenkenden Tendenzen in der Gewerkschaftsspitze veranlassten nun die

---

907 Vgl. Burkhardt 1993, 76.
908 Krohn 1981, 76.
909 Vgl. Krohn 1981, 77.
910 Vgl. Schneider 1986, 16f.
911 Vgl. Schneider 1986, 105. Auch Abendroth (1963, 201) rechnete zu diesem Zeitpunkt mit einer baldigen Verabschiedung leicht abgemilderter Notstandsgesetze.
912 Am 14. 5. 1966 lehnte der 7. Ordentliche Bundeskongress des DGB erneut jede Notstandsgesetzgebung ab.

nicht-gewerkschaftlichen Notstandsgesetzgegner, Druck auf die Parteien und nun auch auf die Gewerkschaften aufrechtzuerhalten.

b) Kritische Intelligenz

Heterogene Bewegung

Die nicht-gewerkschaftliche Notstandsopposition der 1960er Jahre wurde zu einer buntscheckigen außerparlamentarischen Bewegung mit radikaldemokratischen, christlich-humanistischen und linksliberalen Akteuren, die personell an die Bewegungen der 1950 Jahre anknüpfte.

Schrittmacherrolle des SDS

Der SDS nahm in der nicht-gewerkschaftlichen Opposition eine Schlüsselrolle ein. Bereits Ende der 1950er Jahre hatte er als erster die Bedeutung der Notstandsgesetze an den Hochschulen thematisiert. Auf dem umstrittenen Kongress »Für Demokratie – gegen Restauration und Militarismus« im Mai 1959 in Frankfurt hatte der SDS beschlossen, mit allen demokratischen Mitteln den Kampf gegen die Einführung jeglicher Notstandsgesetze zu führen.[913] Von da an sprach sich der SDS auf seinen Delegiertenkonferenzen in seinen Resolutionen wiederholt gegen sie aus.

Der unmittelbare Einfluss Abendroths auf die Meinungsbildung im SDS ist in der Frage der Notstandsgesetze offensichtlich. Abendroth lenkte bei jeder Gelegenheit den Blick auf die Verteidigung des Grundgesetzes: etwa mit Artikeln in der *neuen kritik*.[914] Aber auch in den anderen linkssozialistischen Zeitschriften rückte Abendroth dieses Thema immer wieder in den Mittelpunkt.[915]

Bündnis mit anderen linken Gruppierungen

Abendroth sah in der Kampagne gegen die Notstandsgesetze unmittelbare Kooperationsmöglichkeiten zwischen sozialistischer Studenten und Arbeiterbewegung. Als Netzwerker knüpfte er hierzu ständig Kontakte und beschränkte sich hier nicht nur auf die klassische sozialistische Strömung, sondern suchte in der ganzen demokratischen Opposition, bei den marginalisierten, linksbürgerlichen und linkschristlichen Gruppierungen, Bündnispartner. Bereits in den 1950er Jahren hatten sich mit der Friedens- und Antiatombewegung lockere, informelle Kommunikationszusammenhänge gebildet, zu dem auch ein kritisches konfessionelles Publikum gehörte. Der hessische Kirchenpräsident Martin Niemöller von der Zeitschrift *Stimme der Gemeinde* und Oberkirchenrat Heinz Kloppenburg DD standen mit Abendroth in laufendem Kontakt.[916]

---

913 Vgl. Schneider 1986, 49.
914 Vgl. Abendroth 1961a und 1961b.
915 Vgl. Abendroth 1975e.
916 IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 20, Brief Heinz Kloppenburg an Abendroth vom 4. 10. 1961.

Ringen um die linksbürgerliche Intelligenz

Die Verbindung zwischen linkssozialistischer und linksbürgerlicher Opposition wurde vom sozialpartnerschaftlichen Flügel so gut es ging gestört. Das zeigt exemplarisch ein Streit in der *Humanistischen Union* (HU): Abendroth hatte diese ab 1963 auf deren Bitten hin unterstützt. In einem Brief an den Gründer der HU, den Publizisten Gerhard Szczesny, protestierte der ehemalige SDS-Vorsitzende Ulrich Lohmar, der mit seit Mitte der 1950er Jahre mit Abendroth politische Differenzen ausfocht, gegen die Aufnahme Abendroths in den Beirat der HU.[917] Er, Lohmar, habe Zweifel an der positiven Einstellung Abendroths zur parlamentarischen Demokratie und er drohte damit, seine Mitgliedschaft im Beirat aufzugeben, wenn Abendroth dort aufgenommen werde. Der Vorstand der *Humanistischen Union* trat daraufhin mit der Bitte an Abendroth heran, auf eine Mitgliedschaft im Beirat zu verzichten, was dieser umgehend ablehnte.[918] Die Aussagen von Lohmar seien grob fahrlässig – Abendroth sprach später von »politischer Verleumdung« – und er könne der Bitte nicht entsprechen, da er gleichzeitig Vorstandsmitglied der *Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft* sei. Sein Rückzug könnte den Anschein erwecken, die Behauptungen Lohmars seien irgendwie begründbar. Der Konflikt endete damit, dass zumindest weder Lohmar noch Abendroth Mitglied des Beirats wurden. Abendroth stand jedoch weiterhin als Referent für die HU zur Verfügung.

Öffentliche Appelle an die Gewerkschaften

Das zentrale Problem der Anti-Notstands-Opposition blieb jedoch die Haltung der Gewerkschaften. Die nicht-gewerkschaftliche Notstandsopposition musste ihre Anstrengungen erhöhen, um die Gewerkschaften nicht vollständig als Bündnispartner zu verlieren. Dies wurde in dem von Eugen Kogon und Heinz Maus initiierten Appell von 215 Professoren an den DGB und die Mitgliedsgewerkschaften vom 9. 4. 1965 deutlich.[919] Darin wurden die Gewerkschaften aufgefordert, an den Beschlüssen der Gewerkschaftskongresse festzuhalten.

Dieser Aufruf war in der deutschen Geschichte neuartig, denn erstmals richteten sich Intellektuelle nicht allgemein an die Öffentlichkeit, sondern direkt an die Gewerkschaften. Im Speziellen wurden die gewerkschaftlichen Bundestagsabgeordneten – die ein Drittel der Stimmen ausmachten und rechnerisch die Zweidrittelmehrheit blockieren konnten – aufgefordert, ihre Zustimmung zu den Gesetzen zu verweigern.[920]

---

[917] IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 815, Brief Gerhard Szczesny an Abendroth vom 7. 1.1964.

[918] IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 815, Schreiben von 14.1.1964.

[919] Vgl. Krohn 1981, 319.

[920] Vgl. Krohn 1981, 121. APO-Archiv, SDS BV II Gruppen Teil I 1964/65: 215 Professoren befragen Gewerkschaften, in: Extrablatt Deutsche Volkszeitung (April

Die Unterzeichner spiegelten die politische Breite der außerparlamentarischen Bewegung wider. Zu den Unterzeichnern gehörten neben Abendroth, Ossip K. Flechtheim, Helmut Ridder, Heinz Gollwitzer, Alexander Mitscherlich und René König. Bald schlossen sich dem Appell 433 Professoren und 600 Geistliche an.

Diesem Appell war ein von 1200 Personen unterzeichneter Appell – davon 715 Hochschullehrer – der *Humanistischen Union* an die Mitglieder des Bundestags vorausgegangen.[921] Die Appelle waren Ausdruck einer umfassenden Neuordnung des außerparlamentarischen Raumes, in der jetzt die kritische Intelligenz zunehmend die Initiative und die Definitionshoheit übernahm.

Der stark an Abendroth orientierte SDS-Bundesvorsitzende Helmut Schauer plante, die demokratische Opposition über gezielte Bündnis- und Kongresspolitik zu integrieren. SDS Bundesvorstand und SB veranstalteten gemeinsam eine internationale Diskussionsveranstaltung zum Verhältnis des organisierten Kapitalismus und der Rüstungswirtschaft, die am 6. und 7. 11. 1965 mit Beteiligung Abendroths im Frankfurter Gewerkschaftshaus stattfand. [922]

»Demokratie vor dem Notstand« (1965)

Erste Erfolge konnte man bei Kooperation verschiedener Studentenverbände verzeichnen. Seit Mai 1964 bestand die »Höchster Vereinbarung« zwischen SDS, SHB, dem *Liberalen Studentenbund Deutschland* (LSD), der *Humanistischen Studentenunion* (HSU) und dem *Bundesverband*

1965)

921 Vgl. Burkhardt 1993, 77.

922 Vgl. die Diskussionsbeiträge Abendroths in dem Tagungsband: Neokapitalismus. Rüstungswirtschaft. Westeuropäische Arbeiterbewegung. Protokoll einer Tagung des Sozialistischen Bundes und des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes vom 6. und 7. November 1965 in Frankfurt am Main, Frankfurt 1966. Referenten der Tagung waren: E. März (Wien) – Politischen Ökonomie des heutigen Kapitalismus, Th. Prager (Wien) – Sozialökonomische Funktion der Rüstungswirtschaft, Ernest Mandel (Brüssel), Zustand und Möglichkeiten der westeuropäischen Arbeiterbewegung. Eine weitere Arbeitstagung von SB und SDS zum Thema »Formierte Gesellschaft oder Wirtschaftsdemokratie« fand am 17./18. 6. 1966 im Frankfurter Gewerkschaftshaus statt. Als Referenten traten auf: E. Altvater »Die ökonomische Situation der Bundesrepublik und ihre Perspektiven, Prof. Dr. O. Flechtheim »Die außenpolitische Lage der Bundesrepublik und ihre Perspektiven«, R. Opitz (Publizist) »Die innenpolitischen Tendenzen in der Bundesrepublik – Die formierte Gesellschaft« , V. Foa (Linkssozialist, Präsident des italienischen Gewerkschaftsbundes CGIL) »Die bisherige Praxis und die gewerkschaftlichen Ziele in Westeuropa – Sozialökonomische Strukturreformen« Abendroth »Ansätze und Möglichkeiten sozialistischer Politik in der Bundesrepublik«. Vgl. dazu: IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 740; APO Archiv, ALT; SDS BV VII Verbände 1966 A SB, B Sonstige, C Ostermarsch September.

Deutsch-Israelischer Studentengruppen (BDSI). Diese Gruppierungen veranstalteten am 30. 5. 1965 den Kongress »Demokratie vor dem Notstand« in Bonn. Der Stellenwert des Kongresses bestand laut Burkhardt »in einer öffentlichen Diskussion der geplanten Notstandsverfassung und einer Verbreiterung der Basis für eine Opposition auf Teile der Studentenschaft und der kritischen Intelligenz.«[923] Der Kongress bildete den vorläufigen Höhe- und Schlusspunkt der Protestbewegung, da die SPD den Entwurf des Rechtsausschusses mit Blick auf die bevorstehenden Bundestagswahl und nach den Protesten der Gewerkschaften, nach der innerparteilichen Kritik und der Opposition der SPD-Jugendorganisationen im selben Jahr ablehnte. Um aber auch der CDU entgegenzukommen stimmte die SPD-Bundestagsfraktion der Verabschiedung der so genannten sieben einfachen Notstandsgesetze zu.[924]

C. Gegen-Hegemoniebildung

1. Das Kuratorium und der Kongress »Notstand der Demokratie«

a) Zur Bedeutung des Kuratoriums »Notstand der Demokratie«

Bündelung der Anti-Notstands-Bewegung

Im Sommer 1966 erreichte die Zusammenarbeit der Notstandsopposition mit der Kampagne für Abrüstung (KfA) eine neue Qualität als sie dem Plan des SDS-Bundesvorstands zustimmte, einen bundesweiten Kongress der Notstandsgesetzgegner zu organisieren.[925] Der bundesweite Kongress »Notstand der Demokratie« sollte gezielt die Notstandsopposition bündeln, und dabei auch organisatorisch eine bundesweite Koordinationsstelle schaffen. Außerdem sollte das Kooperations- und Vertrauensverhältnis der Notstandsopposition über das gemeinsame Projekt vertieft werden.

Gründung des Kuratoriums »Notstand der Demokratie«

Im Initiatorenkreis des Kongresses »Notstand der Demokratie« fanden Vertreter aus den drei großen außerparlamentarischen Bewegungen der 1960er Jahre – Heinz Maus (Anti-Notstandsbewegung), Helmut Ridder (Anti-Notstandsbewegung), Gerd Schäfer (Anti-Notstandsbewegung), Jürgen Seifert (Anti-Notstandsbewegung), Alfred Riedel (Verband der Kriegsdienstverweigerer), Helmut Schauer (SDS) und Klaus Vack (Kampagne für Abrüstung) – zusammen. Damit verband auch die Ostermarschbewegung ihre Aktivitäten aktiv mit denen der Notstandsbewegung. Den Trägerkreis des

---

923 Burkhardt 1993, 77.

924 Die einfachen Notstandsgesetze regelten den Schutzbau (Bunkerbau), den Selbstschutz der Bevölkerung und den Einsatz eines Zivilschutzkorps. Die im Gesetzentwurf enthaltenen Verfassungsänderungen wurden abgelehnt.

925 Vgl. Krohn 1981, 190.

Kongresses sollte ein eigenes Kuratorium »Notstand der Demokratie« bilden, das sich am 1. 9. 1966 offiziell konstituierte. Die Initiative und Organisation des Kuratoriums übernahmen Helmut Ridder und Heinz Maus, auf dessen Wunsch Abendroth zur Mitgliedschaft im Kuratorium eingeladen wurde.[926]

Kristallisationspunkt eines gesellschaftlichen Bündnisses

Das Kuratorium hatte nicht nur die Funktion, den Kongress vorzubereiten. Das Kuratorium umfasste 52 Personen – unter ihnen 21 Professoren, 14 Gewerkschafter, fünf evangelische Geistliche und fünf Schriftsteller.[927] Die Zusammensetzung zeigt, dass sich das Kuratorium bemühte, die Gewerkschaften aktiv einzubinden, und einen gemeinsamen institutionellen Rahmen für Vertreter aller außerparlamentarischen Kräfte zu schaffen.

Neben Helmut Ridder und Heinz Maus wurde ab 1966 der Soziologe Werner Hofmann zu weiteren treibenden Kraft unter den Professoren der Notstandsopposition. Unmittelbar nach seiner Berufung nach Marburg 1966 sagte Hofmann Abendroth in der Bewegung gegen die Notstandsgesetze seine Unterstützung zu und organisierte eine Veranstaltungsreihe mit Streitgesprächen an der Marburger Universität.[928] Maren Krohn zeigte unter anderem am Beispiel Hofmanns, dass sich die Argumentation der Notstandsgegner präzisierte.[929] In den Publikationen wurde der Zusammenhang zwischen Notstandsgesetzen, wirtschaftlicher Krise und außenpolitischen Rechtsansprüchen stärker herausgestellt. Hofmann sei intensiv auf den Zusammenhang zwischen Notstandsgesetzen und gesellschaftlichen Machtverhältnissen eingegangen.[930]

Dezentralisierung

Die wachsende Bewegung gegen die Notstandsgesetzesopposition Bewegung differenzierte sich aus und dezentralisierte sich. Damit änderte sich auch die Stellung Abendroths. Ursprünglich einer der wenigen Hauptinitatoren war der Marburger Ordinarius nun Teil eines größeren Netzwerkes, in der die Initiative von verschiedenen Personen und Gruppierungen ausging.

Basisarbeit Abendroths

Die Primärquellen geben über die Tätigkeit Abendroths nur begrenzt Aufschluss, weil gerade in Marburg viele Absprachen direkt und mündlich getroffen wurden. Doch die Korrespondenz belegt, dass Abendroth von 1966 bis 1968 als gefragter Redner von Veranstaltung zu Veranstaltung eilte. Im Jahr 1966 publizierte er sein Buch *Das Grundgesetz. Eine Einführung in*

---

926 IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 740, Brief von Klaus Vack 27. 7. 1966.
927 Vgl. Schneider 1986, 179; Burkhardt 1993, 82.
928 Vgl. Hofmann, Werner/Maus, Heinz (Hg. 1967): Notstandsordnung und Gesellschaft in der Bundesrepublik. Zehn Vorträge, Reinbek.
929 Vgl. Krohn 1981, 180.
930 Vgl. Krohn 1981, 181f.

seine politischen Probleme.[931] Damit stand der Neuen Linken die Verfassungstheorie Abendroths in einer systematischen Darstellung zur Verfügung. Er wirkte in diesen Jahren im Kuratorium und später in dessen Arbeitsausschuss mit. Abendroth hielt vor allem den Kontakt zu linken Gewerkschaftsfunktionären, allen voran zu Otto Brenner und Adolf Kummernuss, aufrecht. Hier bemühte sich Abendroth stets um Ausgleich zwischen Gewerkschaften und Kuratorium, da bereits die Existenz des Kuratoriums neue Probleme aufwarf.

Abhängigkeiten zwischen Gewerkschaften und Kuratorium

Die Gewerkschaften hatten Mitte der 1960er Jahre ihre führende Rolle in der außerparlamentarischen Opposition eingebüßt. Der SDS wurde nach und nach zum Impulsgeber in der gesamten Notstandsopposition. Allerdings standen Gewerkschaften und das sich nun bildende Kuratorium, als Koordinationsstelle der nicht-gewerkschaftlichen Notstandsopposition in einem gegenseitigen Abhängigkeitsverhältnis. Ohne die finanzielle Unterstützung der Gewerkschaften konnte das Kuratorium nicht operieren. Hier engagierten sich im Wesentlichen die IG Metall, die IG Chemie, die Gewerkschaft Holz, HBV, Leder und die IG Druck und Papier, soweit in Teilen die ÖTV.[932] Laut Seifert fiel auch die Entscheidung für die Gründung des Kuratoriums letztlich durch Otto Brenner, da die IG Metall die notwendigen Räume und einen großen Teil der finanziellen Mittel zur Verfügung stellte.[933] Zu stark wollten aber auch die linken Gewerkschaftsspitzen das Kuratorium nicht unterstützen, da man weder den Kontakt zur SPD aufgeben noch die Spaltung der Einheitsgewerkschaft riskieren wollte. Die Tatsache, dass Helmut Schauer für die Arbeit des Sekretärs seine Mitgliedschaft im SDS aufgeben musste, verdeutlichte diese Situation. Das Kuratorium blieb auch politisch abhängig, da nur die Stimmen der gewerkschaftlichen Bundestagsabgeordneten und die Streikdrohung der Gewerkschaften das entscheidende Drohpotenzial darstellten. Umgekehrt brauchten die linken Gewerkschaften die außerparlamentarische Bewegung. Die Teilnehmerzahlen bei Veranstaltungen der regionalen Aktionsausschüsse der Notstandsbewegung übertrafen die der Gewerkschaften bei weitem. Auch die Anzahl der örtlichen Notstandsausschüsse wuchs nun schnell: von 20 bis 30 Ausschüssen Mitte 1966 bis etwa 70 Ende 1966.[934] Deren Arbeit musste bundesweit koordiniert werden.

---

931 Abendroth 1966.

932 Vgl. Oetjen 1978, 36.

933 Vgl. Seifert 1988, 62; IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 747, Abrechnung des Notstandsbüros per 31. 12. 66. Weiter finanzierte sich das Büro durch Beiträge der Kuratoren.

934 Vgl. Schneider 1986, 177.

Bedeutung des Kuratoriums

Jürgen Seifert sah später die Bedeutung des Kuratoriums in der Konstituierung der Zusammenarbeit linker Sozialdemokraten in den Gewerkschaften unabhängig vom DGB. Dies sei seiner Ansicht nach wichtiger gewesen, als das in der Öffentlichkeit gepriesene Bündnis zwischen Wissenschaftlern und Gewerkschaftern.[935] Die Bildung des Kuratoriums war aber auch eine Konsequenz das Ergebnis einer Pluralisierung des außerparlamentarischen Raumes insgesamt. Für die politische und soziale Emanzipation gab es keine einheitliche Strategie mehr und keinen privilegierten Weg. Angesichts dieser Entwicklung stand den Gewerkschaften mit dem Kuratorium ein verlässlicher bundesweiter Ansprechpartner zur Verfügung. Damit war eine Brücke zwischen zwei sehr unterschiedlich arbeitenden Bewegungen geschaffen: dem hierarchisch-bürokratischen Organisationsprinzip der Gewerkschaften und den eher netzwerkartig organisierten Single-Purpose-Movements. In dieses Kuratorium konnten die Gewerkschaften nun ganz offiziell Vertreter entsenden.

Vorausgegangene Kooperationserfahrungen

Dass Studentenbewegung, Ostermarschbewegung und Notstandsopposition hier zusammenfanden, war durchaus ein Ergebnis der kontinuierlichen Zusammenarbeit in den Jahren zuvor. Hier zahlte sich offenbar die oben bereits erwähnte jahrelange Zusammenarbeit zwischen SDS-Mitgliedern und Gewerkschaftern in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit in Hessen und vor allem in Frankfurt aus. Den linkssozialistisch orientierten studentischen Trägergruppen der Neuen Linken und den linkssozialistischen Kernen in den Gewerkschaften kam nach Tolomelli eine entscheidende Brückenfunktion zu.[936]

b) Entwicklungen im Vorfeld des Kongresses

Teilnahme der Gewerkschaften

Das Verhältnis zwischen Kuratorium und Gewerkschaften blieb labil und die Beteiligung am Kongress war im DGB umstritten.[937] Das Kuratorium wurde von Teilen der Gewerkschaftsführung misstrauisch beäugt, da man sich als Gewerkschafter nicht für eine linkssozialistische Parteigründung funktionalisieren lassen wollte. Überhaupt fürchtete man um die Eigenständigkeit der Gewerkschaften, da sie durch die kritische Intelligenz nun unter Druck gerieten. Die Professoren hatten sich am 10. 3. 1966 in einem öffentlichen Brief an den Bundesvorstand des DGB gerichtet, der noch einmal vor einem

---

935 Seifert, Jürgen (1976): Die Linke im Rechtsstaat, Berlin, 252. Zit. nach Oetjen 1978, 36.

936 Vgl. Tolomelli 2001, 175 und 200.

937 Vgl. Schneider 1986, 180f.

Nachgeben in der Notstandsfrage warnte.[938] Von daher knüpfte jetzt auch die IG Metall ihre Teilnahme an Bedingungen, um die Größe des Kongresses zu begrenzen.[939] Schneider vermutet, dass es der Gewerkschaftsführung darum ging, die unberechenbare Bewegung unter Kontrolle zu halten, aber auch Kritik im eigenen Lager abzufangen.[940]

Misstrauen gegenüber dem Staat?

Der sozialpartnerschaftliche Flügel der SPD hielt die Bedrohungsszenarien der Linkssozialisten und der Notstandsopposition generell für übertrieben. Leber beklagte »ein nicht überwundenes tief sitzendes Misstrauen gegenüber dem Staat«.[941] Die Gewerkschaften seien »kein Übungsgelände für politische Partisanen, die in keiner der bestehenden Parteien eine politische Heimat finden können.«[942] Ähnliches hielt der SPD-Abgeordnete und parlamentarische Staatssekretär des Innern, Gerhard Jahn, Abendroth in einem Pro-und-Kontra-Gespräch zum Thema »Notstandsordnung im politischen Kräftespiel« in Marburg vor.[943] Nach Jahn sei ein größeres Maß an Vertrauen zur Demokratie und der Bundesrepublik und zur demokratischen Verfassungsstruktur notwendig, um auf diese Weise die Diskussion in eine etwas weniger durch historische Analogien belastete Atmosphäre zu führen.[944] Dagegen forderte Abendroth eine Differenzierung. Notwendig sei ein Vertrauen zum rechts- und sozialstaatlichen System des Grundgesetzes. Das Vertrauen auf staatliche und nichtstaatliche Institutionen sei dagegen geschichtlich nicht gerechtfertigt und er warnt davor, sich ihnen gegenüber unkritisch zu verhalten: »Gerade das Mißtrauen gegenüber staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen ist die Grundlage einer Verteidigung der Demokratie.«[945]

Formierte Gesellschaft

Zu Misstrauen gab die Bundesregierung auch jede Menge Anlass. Die an der Notstandsverfassung hängende hegemoniale Auseinandersetzung erreichte Mitte der 1960er Jahre eine neue Qualität. Bundeskanzler Erhard skizzierte in einer bemerkenswerten programmatischen Rede auf dem CDU-

---

938 Vgl. Offener Brief vom 8. März 1966 an den Vorstand des DGB und die Vorstände der Einzelgewerkschaften; in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 5/1966, 345-346 und 6/1966, 540-549.

939 IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 741, Brief Hofmann an Ridder, o. D.

940 Vgl. Schneider 1986, 178.

941 Zit. n. Schneider 1986, 168.

942 Zit. n. Schneider 1986, 168.

943 Vgl. Abendroth, Wolfgang (1967): Notstandsverfassung – ein innenpolitisches Machtinstrument? [Gespräch mit Gerhard Jahn], in: Hofmann/Maus (Hg.), 105-124. Gespräche im Rahmen der von Werner Hofmann initiierten Vortragsreihe »›Formierte Gesellschaft‹ und Notstandsgesetzgebung« (Wintersemester 1966/67.)

944 Vgl. Abendroth 1967, 118.

945 Abendroth 1967, 121.

Bundesparteitag 1965 ein klassenloses Vergemeinschaftungsmodell, das er unter dem Begriff der »Formierten Gesellschaft« fasste. Der Interessenpluralismus, so lautete Erhards These, sei ungeeignet, »die private Wirtschaft wirksam und widerspruchslos vorwärts zu bringen«.[946] Erhards Rede kündigte den Beginn eines anderen Regierungsstils an. Die »Formierte Gesellschaft« formiere sich nicht durch autoritären Zwang, sondern aus eigener Kraft, aus eigenem Willen, aus der Erkenntnis und dem wachsenden Bewusstsein der gegenseitigen Abhängigkeit. Erhard meinte, eine solche Gesellschaft könne nur eine demokratische sein, aber sein Konzept reduzierte den Begriff der Demokratie auf die Optimierung der materiellen und ideologischen Reproduktion der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse. Gleichzeitig trieb die Regierung Erhard die Notstandsverfassung und damit die Militarisierung der Innenpolitik weiter. Die Notstandsopposition sah darin einen funktionalen Zusammenhang und versuchte diesen deutlich zu machen.

Zuspitzung der Situation

Zwei weitere Ereignisse hatten im Vorfeld des Kongresses deutlich gemacht, dass die Regierung Erhard im Wesentlichen unverändert an ihren Plänen festhielt und gewillt war, sie mit allen Mitteln durchzusetzen. Über ostdeutsche Geheimdienstquellen erfuhr die Öffentlichkeit, dass die Regierung nach der Verabschiedung der sieben »einfachen« Notstandsgesetze 1965 im Geheimen die so genannten »Schubladengesetze« vorbereitet hatte. Diese nicht vom Bundestag verabschiedeten Ausführungsgesetze zu den im August 1965 verabschiedeten Sicherstellungsgesetzen, waren unter Ausschluss der Öffentlichkeit bereits an Verwaltungsbehörden der Länder und Gemeinden ausgegeben worden. Laut Schneider gestand Lücke ein, »dass man die Gesetzestexte auch wegen ihres brisanten Inhalts nicht veröffentlicht habe, seien doch diejenigen, die die Texte gesehen hätten, ›etwas bleich‹ geworden.«[947] Laut Lücke sollen diese Gesetze aber zum großen Teil auch dann geheim bleiben, wenn der Bundestag eine Notstandsverfassung beschließt. Nur der Notstandsausschuss des Parlaments, der zur Geheimhaltung verpflichtet wäre, würde die Entwürfe zu Gesicht bekommen.[948] Das Parlament sollte also über Gesetze entscheiden, die es nicht kannte.

Zündstoff lieferte auch das »Fallex 66«-Manöver vom 17. bis 19. 10. 1966, in dem der Notstandsfall bereits auf der Grundlage der noch nicht ver-

---

946 Vgl. die Rede von Bundeskanzler Ludwig Erhard auf dem XIII. CDU-Parteitag im März 1965 in Düsseldorf, in: Archiv der Gegenwart 1965, 11776.

947 Schneider 1986,159.

948 IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 740, Extrablatt, hg. v. Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch, Naturfreundejugend, sozialistischer deutscher Studentenbund, Verband der Kriegsdienstverweigerer.

abschiedeten Gesetze geprobt wurde, und ein Ausschuss von 22 Mitgliedern des Bundestags und neun Mitglieder des Bundesrats die Ersetzung der parlamentarischen Volksvertretungen im Kriegsfall simulierte. Dieser »Ausschuss«, ein so genanntes Notparlament, sollte in die Entscheidungen der Exekutive eingebunden werden und der Geheimhaltungspflicht unterliegen, womit die Trennung zwischen Exekutive und Legislative verwischt wurde.

Die Regierung Erhard drängte jetzt zur schnellen Verabschiedung der Gesetze, denn sie betrachtete – auch angesichts der beginnenden Rezession 1966/67 – die Periode des Wohlstandszuwachses für abgeschlossen.[949] Diese und andere Ereignisse gaben der Notstandsopposition neue Impulse, nachdem die Bewegung zwischenzeitlich mit Ermüdungserscheinungen zu kämpfen hatte.

c) Der Kongress

Der Kongress fand schließlich mit 1500 Teilnehmern ein großes Echo.[950] Er wurde von sechs der 16 DGB-Gewerkschaften unterstützt: von der IG Metall, der IG Chemie, Papier, Keramik, der IG Druck und Papier, der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, der Gewerkschaft Leder und der Gewerkschaft Holz.[951] Der DGB Bundesvorstand lehnte die Teilnahme am Kongress ab, wobei sich der DGB Bundesjugendausschuss für den Kongress aussprach. Auch einige DGB-Landesbezirke unterstützten den Kongress.[952]

Zeit für Streik nicht gekommen

Der Kongress »Notstand der Demokratie« hatte einen Doppelcharakter: Zum einen diente er der Erarbeitung einer sachlichen Argumentation und zum anderen als Protestveranstaltung mit einer Großdemonstration. Abendroth bestritt auf dem Kongress zusammen mit Werner Bockelmann, Jürgen Seifert, Peter Riemer und Thomas Ellwein, das Forum V über »Schubladenverordnungen und die Verfassungswidrigkeit von Notstandsregelungen«.[953] Die Regierung, mit ihrem Bundesinnenminister, der der Opposition immer

---

949 Vgl. Krohn 1981, 180.

950 Dokumentation des Kongresses: Schauer, Helmut (1967): Notstand der Demokratie. Referate, Diskussionsbeiträge und Materialien vom Kongreß am 30. Oktober 1966 in Frankfurt am Main, Frankfurt.

951 IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 740, Aufruf zum Kongress vom 30. 10. 1966. (u. a. mit Abendroth, von Aretin, Bloch, Maus, Ridder, Böll, Enzensberger, Walser, Carl Amery, Kästner, Robert Neumann; mit den Vorstandsmitgliedern der IG Metall: Georg Benz, Heinz Dürrbeck, Alois Wöhrle; der IG Chemie: Karl Küpper, Werner Vitt; der Gewerkschaft Holz: Peter Riemer, Kurt Georgi.

952 IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 740. Vgl. Schneider 1986, 179.

953 AdsD, IG Metall (Vorstand), 5/IGMA53480003.

wieder offen drohte, sie zu umgehen, geriet in eine tiefe Legitimationskrise. Dies mobilisierte und radikalisierte die Notstandsopposition. Insofern fragten viele Teilnehmer des Kongresses nach angemessenen Gegenmaßnahmen. In der sehr engagierten Diskussion bewertete Abendroth die Notstandspläne als »Verfassungsverrat«. Dennoch warnte er, wohl in Einschätzung der realen Machtverhältnisse, vor der im Raum schwebenden Frage nach politischen Streiks, die in den im Plenum gesammelten Fragen zum Ausdruck kam:

> Das Volk ist nicht wehrlos. Sie, die Bürger dieser Bundesrepublik, können dadurch, daß sie demonstrieren, daß sie das Grundgesetz ernst nehmen, auch wenn die Parlamentsfraktionen, es nicht mehr ernst nehmen, doch diese Parlamentsfraktionen langsam dahin schieben und zwingen, daß sie das Grundgesetz wieder erst nehmen. Das ist keine Angelegenheit von Petition allein, das ist die Angelegenheit ihres lebendigen Kampfes in immer erneuten Demonstrationen, immer erneuter Propaganda. Glauben sie nicht, daß die Parteien, die ja um ihre Stimmen buhlen, und vor allen Dingen die Partei, die auf die Stimmen der Arbeitnehmer für ihre Existenz angewiesen ist, in der Lage wäre, an diesem ihren Willen vorbeizugehen, wenn sie ihn nur eindeutig genug und immer wieder demonstrieren. Noch ist das neue Ermächtigungsgesetz nicht angenommen, noch ist es Zeit. Das heißt nicht notwendig, etwa dass man zu politischen Streiks greifen müsse oder könne. Wohlgemerkt politische Streiks zur Verteidigung der Demokratie, die sind immer zulässig. Aber sie sind das letzte Mittel und es geht heute nicht um das letzte Mittel, es geht um ihre Aktivität und um ihren Druck.[954]

Fortsetzung der Aufbauarbeit und keine überstürzten Aktionen, die dem politischen Gegner die Argumente zuspielten, das war die von Abendroth vorgeschlagene Linie. Der Kongress endete mit einer überraschend großen Abschlussveranstaltung auf dem Römerberg mit 20.000 Teilnehmern. Jürgen Seifert wertete den Kongress insoweit als Fortschritt, als dort unter dem Schirm Otto Brenners SPD-Linke in den Gewerkschaften eine Zusammenarbeit mit Linken außerhalb der SPD gewagt hätten.[955]

Wachsende Kritik an Abendroths Ansatz

Michael Schneider hat darauf aufmerksam gemacht, dass der Kongress »Höhepunkt und Anfang vom Ende der gewerkschaftlich-intellektuellen Zusammenarbeit in der Protestbewegung gegen die Notstandsgesetze« gewesen sei.[956] Die Positionen der Linkssozialisten stießen auch zunehmend im SDS auf Widerspruch. Der antiautoritäre Flügel kritisierte das Politik- und

---

954 AdsD, IG Metall (Vorstand), 5/IGMA072323.
955 Vgl. Oetjen 1978, 36.
956 Vgl. Schneider 1986, 183.

Staatsverständnis der Linkssozialisten. Der Vorwurf wurde erhoben, Abendroth und seine »Schüler«, allen voran Jürgen Seifert, würden mit der Verteidigung von Verfassungspositionen die Politik »verrechtlichen« und einer idealistischen Auffassung das Wort reden.[957] Der Münchner SDS postulierte 1966, ein bloßer Kampf um Verfassungspositionen sei stets nur Kampf gegen die juristische Kodifizierung bereits weit fortgeschrittener oder abgeschlossener gesellschaftlicher Prozesse, nicht Kampf gegen diese Prozesse selbst. Die Forderung nach Beschränkung der Diktatur der Bourgeoisie mittels parlamentarischer Demokratie habe systemverschleiernden und systemstabilsierenden Charakter.[958]

2. Schlussphase: Von den Hearings zum Sternmarsch

a) Konflikte mit den Gewerkschaften

Große Koalition: Umschlagspunkt

Der Eintritt der SPD in eine Große Koalition mit der CDU/CSU und die Wahl Kurt Kiesingers zum Bundeskanzler am 1.12.1966 wurde in Deutschland zum Auslöser der Massenmobilisierung von 1968 – aus der Sicht Abendroths nicht nur bei den Studentinnen und Studenten:

> Vor allem durch die Große Koalition wird auch innerhalb der SPD die Opposition wieder wachgerüttelt. Für mich zeigte sich dies daran, dass ich – obwohl nun schon seit Jahren ausgeschlossen und von der SPD isoliert – nach der Entscheidung für die Große Koalition zwei Tage und zwei Nächte lang ständig in Marburg angerufen wurde: Jungsozialisten oder sozialdemokratische Gewerkschaftsfunktionäre aus allen Städten fragten an, was angesichts der Tatsache, dass ein ehemaliger Nationalsozialist Bundeskanzler werde, zu tun sei.[959]

Gründung des Arbeitsausschusses

In dieser Situation und nach dem Erfolg des Kongresses im Oktober war es für das Kuratorium schon aus den politischen Notwendigkeiten heraus nahe liegend, die Arbeit über den Kongress hinaus fortzusetzen, um eine bundesweite Koordinationsstelle für die Notstandsopposition bereitzustellen. Auf der Kuratoriumssitzung vom 28. 11. 1966 wurde dazu auf Antrag von Abendroth ein Arbeitsausschuss »Notstand der Demokratie« eingerichtet, dem drei Gewerkschafter, drei Professoren und Mitglieder des öffentlichen Lebens (Kirche und Politik) angehören sollten.[960] In den Arbeitsausschuss

---

[957] Vgl. Abendroth 1981, 156.
[958] Zit. nach Krohn 1981, 185.
[959] Abendroth 1976, 265.
[960] IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 742, Protokoll vom 28. 11. 1966.

wurden Wolfgang Abendroth, Heinz Maus, Georg Benz (IG Metall), Werner Vitt (IG Chemie), Kurt Georgi (Gewerkschaft Holz), William Borm (Landesvorsitzender der Berliner FDP), Oberkirchenrat Heinz Kloppenburg DD gewählt; Helmut Ridder übernahm den Vorsitz des Ausschusses.[961] Der Arbeitsausschuss verstand sich gegenüber den lokalen Notstandsausschüssen nicht als Dachverband, sondern als Dienstleister zur Förderung ihrer Arbeit vor Ort mit Material und Referenten.[962] Man setzte ganz bewusst auf eine dezentrale Organisation und Informationsverbreitung in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften. Dies gestaltete sich jedoch als ausgesprochen schwieriger Balanceakt, da das Kuratorium ein allgemeinpolitisches Mandat beanspruchte.

Allgemeinpoltische Forderungen

So hatte das Kuratorium auf besagter Sitzung einstimmig eine Resolution gegen die Bildung der Großen Koalition und deren Projekt der Notstandsgesetze von Helmut Ridder verabschiedet. Diese enthielt noch zahlreiche weitergehender Forderungen nach einer Außenpolitik des Ausgleichs, Verzicht auf Mitverfügung auf Atomwaffen und Grenzrevision, Sanierung der Staatsfinanzen durch drastische Kürzung des Rüstungshaushalts, Wirtschaftspolitik der Sicherung der Arbeitsplätze und des sozialen Besitzstandes der Arbeiter, Angestellten und Beamten. Dies führte umgehend zu einer Pressemeldung Ende November 1966, dass die IG Metall überlege, ihre finanzielle Unterstützung zurückzuziehen – was kurz danach wieder dementiert wurde.[963]

Korrespondenz mit Brandler

Als Mitglied des Arbeitsausschusses wirkte Abendroth bei Stellungnahmen des Kuratoriums, etwa zu Gesetzänderungsvorschlägen in der SPD, mit.[964] Und er war Teilnehmer bei den Treffen der gewerkschaftlichen Kommission »Notstandsverfassung« und dem Kuratorium »Notstand der Demokratie.[965] In einen Brief an den erkrankten Heinrich Brandler vom 23. 12. 1966 klagte Abendroth über die Schwierigkeiten mit den Gewerkschaften in der Anti-Notstands-Opposition:

> Meine Aktivität verzettelt sich im Kampf gegen die Notstandsgesetze und die Verfassungsänderungen, die das Kabinett des Pg. [Parteigenosse der

---

961 Der Kreis hat sich offenbar später erweitert. Protokolle finden sich u. a. in IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 741 und 742.

962 IISG Nachlass Abendroth, Nr. 741, Protokoll des Arbeitsausschusstreffens vom 22. 12. 1966.

963 Sperrt Brenner die Zuschüsse?, in: Frankfurter Neue Presse vom 30. 11. 66. IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 742, Brief von Schauer vom 2. 12. 1966.

964 IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 743, Protokoll der Arbeitsausschuß-Sitzung am 22. 9. 1967.

965 Vgl. AdsD, 5/IGMA 090897.

> NSDAP, RH] Kiesinger und seines Schönheitspflästerchens Brandt vorbereitet. Du wirst wissen, daß wir am 28. Oktober [gemeint ist wahrscheinlich der 30. Oktober, RH] mit der Demonstration in Frankfurt dabei großen Erfolg hatten, daß es jetzt aber schwierig ist, die Vorstände von IG Metall, IG Chemie und IG Druck und Papier bei der Stange zu halten. Noch gestern habe ich darum einen ganzen Tag mit X Vorstandsmitgliedern dieser Gewerkschaften herumdiskutiert, auch, um sie bei der beginnenden Rezession lohnpolitischen und im Kampf gegen die Kurzarbeit zu aktivieren.
> So stellen sich viele Probleme neu, die wir schon einmal nach 1929 kennen gelernt haben, nur in neuer Form und ohne den Rückhalt an irgendeiner politischen Organisation, die noch Reste von Klassenbewußtsein verkörpern. Denn mit den Studenten des SDS allein kann man wenig machen, so gut es ist, daß man wenigstens ein paar Intellektuelle auf Lager hat.[966]

Abendroth zog also die historischen Parallelen zu Zeit vor den Weimarer Präsidialkabinetten und nicht zum 30. Januar 1933. Diese Unterscheidung war für die politische Strategiebildung wichtig; auch um einzuschätzen, welche Folgen die bevorstehende politische Niederlage für die politische Linke haben würde.

Brandler: Spanne des Kapitalismus zu kurz bemessen

Brandler antwortet nach den Feiertagen mit einem längeren Schreiben, in dem er seine Bewertung der historischen Situation darlegt, die großen historischen Dimensionen in Erinnerung ruft und Abendroths Aufklärungsoptimismus bremsen wollte.[967] Wenn man die Gesamtperspektive betrachte, so Brandler, müsse man im Auge behalten, dass sie Anfang der Endkrise des Kapitalismus sei. Aber der Kapitalismus, so Brandler weiter, sei noch nicht am Ende. »Wir haben die Spanne des Kapitalismus bis zu seine Auflösung durch den Sozialismus zu kurz bemessen.«[968] Der Kapitalismus, so Brandler weiter, sei imstande, die entscheidenden Arbeitermassen zu ernähren. Man wisse nun, dass die neueste kapitalistische Periode nach dem Zweiten Weltkrieg eine Periode einleitete, die zum ersten Mal in der Geschichte des Kapitalismus in den entwickelten Ländern den Massen kleinbürgerliche Existenzmöglichkeiten verschaffen konnte, mit denen sich die Massen abfänden. Auf dieser Tatsache beruhe die Politik der BRD, die reformistische Zusammenarbeit der Gewerkschaften mit den Unternehmerorganisationen zur gemeinsamen Vereinbarung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, fast ohne Kämpfe. Brandler rechnete nun damit, dass die Entwicklung vom Kapitalismus zum Sozialismus eine ganze Periode von Generationen dauern werde, über deren Zeitmaß man heute noch nicht einmal spekulieren könne:

---

966 IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 28, Brief an Heinrich Brandler vom 23. 12. 1966.
967 IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 28, Brief von Brandler vom 1. 1. 1967.
968 Ebd.

> Die Schlussfolgerung aus der historischen Entwicklung […] ist, daß die breiten Massen erst dann in entscheidendem Maße zu kämpfen bereit sind, wenn ihr revolutionärer Wille in einer Explosion zum Durchbruch kommt. Das ist sehr wichtig, um sich Klarheit darüber zu verschaffen über die Bedeutung der politischen Propaganda. Ob man sie negativ oder positiv beurteilt, sie hat eine viel geringere Bedeutung als angenommen wird.[969]

Brandler bringt hier die Generationserfahrung zum Ausdruck, dass die Stabilität der Verhältnisse auch von den Mitgliedern der KPO immer unterschätzt worden war.

b) Parlament und Hearings als öffentliche Bühne

Erste Lesung der Gesetze

Die Große Koalition erhöhte ab 1967 das Tempo und setzte die Notstandsopposition unter Zugzwang. Die Erste Lesung des neuen Gesetzes wurde wider Erwarten noch vor der parlamentarischen Sommerpause 1967 anberaumt. Der Arbeitsausschuss wollte die Parlamentsdebatte wenigstens als Chance nutzen, die eigenen Positionen der breiten Öffentlichkeit zu präsentieren. Dazu sollten nun Sprecher gefunden und aufeinander abgestimmt werden. Abendroth schrieb am 29. 5. 1967 an Helmut Schauer:

> Es ist ein Unglück, daß die erste Lesung nun am 28. Juni doch stattfindet. Sprich doch bitte sofort mit Fritz Opel und Benz, evtl. auch mit Dürrbeck, ob es möglich ist, auf dem Umwege über Otto auch Michel dazu zu bewegen, in der ersten Lesung im Plenum grundsätzlich gegen den Entwurf Stellung zu nehmen. Ich würde es für sehr ungünstig halten, wenn tatsächlich nur Borm – also nur ein Abgeordneter der FDP – sich öffentlich äußern würde. Versuche doch, den Leuten der IG Metall klarzumachen, wie wichtig es wäre, daß auch ein gewerkschaftlich engagierter Abgeordneter der SPD sich äußert. Natürlich muß [William, RH] Borm unbedingt sprechen.[970]

Balanceakte

Um nun aber das Verhältnis zu den Gewerkschaften nicht unnötig zu belasten, wurden von Seiten des Arbeitsausschusses zentralen DGB-Veranstaltungen der Vorrang eingeräumt, auch um Parallelveranstaltungen zu vermeiden. Der Arbeitsausschuss verzichtete beispielsweise auf eine eigene Veranstaltung zu Gunsten einer zentralen Gewerkschaftskundgebung

---

969 Ebd.

970 IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 742, Brief Abendroth an Helmut Schauer vom 29. 5. 1967.

im Herbst 1967.[971] Ende September beschloss der Arbeitsausschuss die Unterstützung aller gewerkschaftlichen Kundgebungen im Winter:

> Das gilt besonders für die Kundgebungen, die von den Landesbezirken des DGB vorbereitet werden, das gilt ebenso für die sie ergänzenden oder damit korrespondierenden Aktionen der lokalen und regionalen Kuratorien.[972]

Ebenso kam es zu mindestens einem koordinierenden Gespräch zwischen dem Arbeitsausschuss des Kuratoriums und Notstandskommission des DGB-Bundesvorstands am 12. 5. 1967.[973]

Gegendruck erhöht sich

Auch der Gegendruck der Notstandsopposition erhöhte sich im Herbst 1967. Sie hoffte, dass die Koalition in letzter Minute doch noch die verfassungsändernde Zweidrittelmehrheit verfehlte. Nicht ganz ohne Grund vermittelte die Einladung des Kuratoriums zur Vollsitzung am 24. 10. 1967 Zuversicht:

> Unsere Anstrengungen zur Aufklärung über die Notstandspläne der Regierung tragen Früchte. Die FDP legt einen Gesetzentwurf vor, der keine Grundrechtseingriffe für den »inneren Notstand« enthält und sich ganz auf den Verteidigungsfall beschränkt. In die SPD hat die außerparlamentarische Kritik soviel Opposition hineingetragen, daß ein Teil der sozialdemokratischen Fraktion umfangreiche Änderungen des vorliegenden Entwurfs verlangt und selbst Hauptbefürworter an einzelnen Bestimmungen zu zweifeln beginnen. [...] Die für November angesetzten »Hearings« des Rechtsausschusses werden von einem Teil ministerieller und parlamentarischer Kräfte offensichtlich als Versuch verstanden, die außerparlamentarische Opposition zu befriedigen und insbesondere die Gewerkschaften von wirksamen Aktionen politischer Kraftentfaltung abzuhalten.[974]

Außerdem mobilisierte der DGB zu einer Großkundgebung gegen die Notstandsgesetze in Bonn zum 2. 11. 1967.

Öffentliche Hearings

Um der Notstandsopposition den Wind aus den Segeln zu nehmen, griff die Bundesregierung im Kampf um die Zustimmung in der Öffentlichkeit zu einem Novum in der deutschen Medienpolitik: Sie veranstaltete öffentliche

---

971 IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 742, Protokoll des Arbeitsausschusses vom 5. 8. 1967.

972 IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 743, Protokoll des Arbeitsausschusses vom 22. 9. 1967.

973 IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 742, Sitzungsprotokoll des Arbeitsausschusses vom 12. 5. 1967.

974 IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 743, Einladung zur Vollsitzung des Kuratoriums am 24. 10. 1967 nach Bonn vom 1. 10. 1967.

Hearings, die in Rundfunk und Fernsehen ausgestrahlt wurden. Die Hearings des Rechts- und des Innenausschusses des Bundestages, an die die neuen Gesetzesentwürfe im Juni 1967 verwiesen worden waren, zielten darauf, wachsende Zweifel in der Öffentlichkeit und in Teilen des Parlaments zu zerstreuen. Die Notwendigkeit der Notstandsgesetze sollte dabei natürlich nicht in Frage gestellt werden. Dass es bei diesen Hearings nicht darum ging, die Notstandsgesetze offen zu diskutieren, ließ sich schon daran erkennen, dass die Gewerkschaften und die Professoren des Kuratoriums ursprünglich gar nicht angehört werden sollten. Erst sehr spät wurden von den Gewerkschaften schließlich Ludwig Rosenberg, Otto Brenner, Heinz Kluncker, Werner Vitt und letztlich von den kritischen Professoren Helmut Ridder, Wolfgang Abendroth und Eugen Kogon eingeladen. Sehr kurzfristig bekamen die Professoren die aktuellen Gesetzesentwürfe zugesandt. Die *Frankfurter Rundschau* vom 11. 11. 1967 berichtete von den Hearings, dass Ridder so platziert gewesen sei, dass er nicht mehr im Fernsehen übertragen wurde.[975]

Die Mitglieder des Arbeitsausschusses nahmen nach eingehender Diskussion schließlich unter dem Vorbehalt teil, dass die Gesamtproblematik in den Hearings nur unzureichend behandelt werden kann.[976] Die Stellungnahmen von Bracher, Kogon, Ridder und Abendroth wurden im Vorfeld koordiniert, um Überschneidungen zu vermeiden. Sie wollten jedoch wieder die Möglichkeit des öffentlichen Raums nutzen, um die Legitimität ihrer Forderungen zu unterstreichen.

Die Anhörung von Abendroth und Ridder vor dem Rechts- und Innenausschuss erfolgte am 9. 11. 1967.[977] In seinen Ausführungen legte Abendroth noch einmal vor dem Ausschuss und dem Fernseh- und Rundfunkpublikum dar, dass es sich bei den Gesetzen nicht um eine verfassungsrechtliche, sondern um eine verfassungspolitische Frage handele. Zunächst verwies Abendroth unverblümt auf die Missbrauchsmöglichkeiten der Gesetze und darauf, dass Mentalitäten aus der Zeit vor 1945 in großen Teilen der höheren Schichten der Bürokratie noch fortwirkten. Weiter vertrat er die Auffassung, dass akute Gefahren eines in Mitteleuropa stattfindenden Angriffskrieges der

---

975 IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 744: Zugang der Gesetzesentwürfe 27. 10. 1967 und Nr. 750: Artikel in der FR.

976 IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 743, Protokoll des Arbeitsausschusses vom 12. 10. 1967.

977 Vgl. Deutscher Bundestag (Hg. 1967): Protokoll 1. Öffentliche Informationssitzung des Rechtsausschusses und des Innenausschusses am 9. November 1967, Deutscher Bundestag, 5. Wahlperiode, Rechtsausschuss, Innenausschuss, Protokoll Nr. 55 und 71, Bonn.

so genannten sozialistischen Staatenwelt nicht mehr bestanden. Die größeren Gefahren lägen seiner Meinung nach vor, wenn in der außerordentlich komplizierten und politisch-soziologisch sehr negativ vorbestimmten Situation Aufweichungsmöglichkeiten irgendwelcher Art geschaffen würden.[978]

Sprengung des technokratischen Diskussionsrahmens

Diese Einführung der politischen Dimension durch Abendroth und Ridder sprengte bewusst den für die Hearings anvisierten Rahmen. Beide Beiträge führten in der Anhörung zu sehr lebhaften Diskussionen, in der unter anderem der parlamentarische Staatssekretär Benda vom Bundesinnenministerium und – subtiler – der Sitzungsleiter Schmitt-Vockenhausen versuchten, die Thesen Abendroths als abwegig und sachfremd darzustellen. In der weiteren sehr angeregten Debatte nahmen nun andere Ausschussmitglieder den Faden auf, so dass der Sitzungsleiter immer wieder versuchte zum Thema zurückzukehren. Abendroth nutzte jedoch die Möglichkeit, Einzelaspekte seiner Interpretation und Lösungsvorschläge auszuführen und ausführlich zu begründen. Seiner Ansicht nach reichten die bestehenden Regelungen des Grundgesetzes für alle denkbaren Krisenfälle völlig aus. So seien für den Fall von Versorgungsschwierigkeiten gesetzliche Regelungen möglich, die sich jedoch im Rahmen des Grundgesetzes bewegten, und nicht, wie die vorliegenden Notstandsgesetze, das Grundgesetzschema durchbrechen.[979]

c) Sternmarsch nach Bonn

Ziele

Höhepunkt und zugleich Ende der Antinotstandsbewegung war der Sternmarsch nach Bonn im Sommer 1968. Mit dem Marsch vereinigten sich noch einmal symbolisch die drei großen außerparlamentarischen Bewegungen, die Friedensbewegung (Ostermarsch), die Studentenbewegung und die Anti-Notstandsbewegung mit ihren gewerkschaftlichen Querverbindungen. Das Organisationskomitee des Sternmarsches bestand aus Vertretern aller drei Bewegungen: Helmut Schauer (Kuratorium), Christoph Ehmann (Vorsitzender des VDS), Klaus Vack (Geschäftsführer der *Kampagne für Demokratie und Abrüstung*), Gunnar Matthiesen (KfDA, Nordrhein-Westfalen). Der Zweite Aktionsbrief vom 30. 4. 1968 machte das Ziel des Sternmarsches deutlich:

> Es ist unser Kampfziel, für den 11. Mai in Bonn praktisch nachzuweisen, daß der demokratische Widerstand auch nach einer Verabschiedung der Notstandsgesetze sich nicht beruhigen, sondern verschärfen würde, und daß dieser Widerstand schlagkräftig und differenziert arbeiten und sich entwi-

978 Vgl. Deutscher Bundestag (Hg.) 1967, 48.
979 Vgl. Deutscher Bundestag (Hg.) 1967, 45ff.

> ckeln kann. Nur wenn den SPD-Abgeordneten klar würde, daß ihnen die Zustimmung zu den Notstandsvorlagen für die nächste Wahl nichts nützt, sondern schadet, könnte noch eine Wende herbeigeführt und die Verabschiedung verhindert werden.[980]

Eskalationen

Weiter sei es das Ziel, zu verhindern, dass der Faschismus noch einmal demokratisch an die Macht käme. Der Aktionsbrief spiegelt die aufgeheizte Situation dieser Tage wider. Auf dem SPD-Parteitag am 18. 3. 1968 kam es zu heftigen Auseinandersetzungen mit Notstandsgegnern, die von einer Protestkundgebung des Kuratoriums gegen die Notstandsgesetze eine Gruppe in das Tagungslokal der SPD gezogen waren. Die antiautoritäre Revolte erreichte im Frühjahr 1968 ihren Höhepunkt und die Ereignisse überschlugen sich. Am 21. 4. 1968 fielen Schüsse auf Rudi Dutschke, sie waren die Auslöser der bekannten Osterunruhen mit der Blockade der Zeitungsauslieferung des Springer-Verlags. Aber auch internationale Entwicklungen hatten das Bedrohungsgefühl vor allem bei den kritisch gewordenen Studentinnen und Studenten geschürt. In Griechenland hatte ein Jahr zuvor das Militär geputscht und den Staatsstreich als Notstandsaktion deklariert. Die Putschisten rechtfertigten ihren Staatsstreich mit einer angeblichen Gefahr für die öffentliche Sicherheit des Landes durch innere Feinde. Isolierung und Verschärfung des außerparlamentarischen Protests, mangelnde Erfolge, Einlenken der SPD und Gewerkschaften und Protest verstärken sich gegenseitig.[981]

Bruch mit den Gewerkschaften

Der Sternmarsch am 11. 5. 1968 zeigte aber auch den Bruch zwischen Kuratorium und Gewerkschaften. Am Sternmarsch nach Bonn beteiligten sich 70.000 Menschen. Der DGB hatte jedoch am gleichen Tag eine eigene Veranstaltung in Dortmund mit 20.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer organisiert. Die Gewerkschaften richteten sich auf ein Ende der Notstandsbewegung ein. Der IG Metall-Vorstand erhielt zwar anlässlich der Verabschiedung der Notstandsgesetze zahlreich Schreiben und Resolutionen von Basis, die sich für einen politischen Streik aussprachen. Doch in den Gewerkschaftsspitzen war mit Beginn der Rezession 1966 die Abwehrbereitschaft gesunken. Das Streikrecht schien ihnen mit den neuen Gesetzentwürfen ausreichend gesichert – die IG Metall stieg mit Streichung der Dienstverpflichtung aus den Notstandsgesetzen aus. Ein politischer Streik war wenig aussichtsreich und stand für die Gewerkschaftsführungen auch nicht auf der Tagesordnung. Die Osterunruhen förderten zudem die Entfremdung mit der Studentenbewegung.

---

[980] IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 746, 2. Aktionsbrief vom 30. 4. 1968.
[981] Vgl. Schneider 1986, 240.

Offizieller Anlass für die demonstrative Distanz des DGB waren die Vorkommnisse auf dem SPD-Parteitag und die Osterunruhen, doch dürften die Bundestagswahlen von 1969 ihren Schatten voraus geworfen haben. Allerdings wollten sich die Gewerkschaften auch dem Druck der nichtgewerkschaftlichen Notstandsopposition entziehen. Diese hatte die Gewerkschaften zu Streiks aufgefordert. Abendroth, Düker, Hofmann und Ridder hatten erfolgreich eine Schweigeminute in allen Betrieben vorgeschlagen.[982] Der Druck aus der radikalen demokratischen Notstandsopposition hatte auch seine Ursache in der Haltung der Gewerkschaften selbst und der nichtgewerkschaftlichen Notstandsopposition blieben dazu strategisch auch keine Alternativen. Der sozialpartnerschaftliche Flügel konnte nun aber diesen Druck als Argument für sich verwenden.

Verhinderung einer Wahlalternative?

Nach der Verabschiedung sollte die Koalition mit dem Kuratorium aufgelöst werden, auch um keine organisatorischen Zentren für eine Wahlalternative zur Bundestagswahl 1969 zu fördern. Den Gewerkschaften waren die Planung eines Sozialistischen Zentrums und die Vorbereitungen einer Wahlalternative, wie sie seit 1967 auch im Umfeld des SDS und des SB angestellt wurden, kaum entgangen.[983] Darin dürfte ein weiteres Motiv der Gewerkschaften gelegen haben. Mit der Sozialistischen Arbeitskonferenz (17. 6. 1967), der dortigen Gründung des *Sozialistischen Büros* und, der Sozialistischen Februarkonferenz 1968 waren bereits Schritte zu einer neuen organisatorischen Einheit gemacht worden, die eine Kooperation mit den illegalen Kommunisten aber auch mit den Gewerkschaften suchten. Das Kuratorium erschien hier als eine mögliche Plattform, die ähnliche Ziele verfolgte. Schon vor der Verabschiedung der Notstandsgesetze hatten die Gewerkschaften begonnen, sich aus dem Kuratorium zurückzuziehen. Die endgültige Trennung verlief sehr unfreundlich.

Der IG Metall-Vorstand weigerte sich, den Sternmarsch finanziell zu unterstützen. Das Kuratorium sollte auf seinen Schulden sitzen bleiben. Dagegen wandte sich Ridder in einem Schreiben an Otto Brenner.[984] Darin drückt er sein Bedauern aus, dass sich der DGB veranlasst sah, am 11. 5. 1968 mit einer eigenen Veranstaltung in die Öffentlichkeit zu treten, die der Distanzierung vom Sternmarsch dienen sollte.

> Dabei erinnere ich daran, daß die mit seinem Namen nicht in Einklang stehende Beschränkung der Tätigkeit des Kuratoriums auf das Thema der Notstandsgesetzgebung ein permanenter Kontroverspunkt gewesen ist. Der Ar-

[982] AdsD, 5/IGMA091453. Vgl. Schneider 1986, 246f.
[983] Siehe unten Abschnitt D.
[984] IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 747, Schreiben Ridder an Brenner vom 21. Mai 1968.

> beitsausschuß ist anläßlich seiner Verlautbarung zur Bildung der Bundesregierung der Großen Koalition u. a. vom Pressesprecher der IG Metall öffentlich desavouiert worden; eine Korrektur ist nie erfolgt. Das hindert mich nicht, mit Dankbarkeit zu verzeichnen, daß desungeachtet tatsächlich gerade mit den Herren Ihrer Gewerkschaft in besonders harmonischer Weise weiter zusammengearbeitet werden konnte.[985]

Rückzug der Gewerkschaften

Das Kuratorium hatte sich aber auch von innen aufgelöst. Bereits im März 1968 kündigte Ridder seinen Rückzug aus dem Arbeitsausschuss aus persönlichen, familiären Gründen an.[986] Am 28. 6. 1968 stellte das von IG Metall in Frankfurt bereitgestellte Büro des Kuratoriums die Arbeit ein. Auch der Hauptvorstand der IG Chemie-Papier-Keramik beschloss zum 30. 6. 1968 die materielle Unterstützung für das Sekretariat einzustellen. Am 17. 7. 1968 teilte Helmut Schauer allen Mitgliedern des Arbeitsausschusses mit, dass es die einhellige Meinung aller Kuratoren sei, das Kuratorium aufzulösen.[987] Vom Sternmarsch bestünden noch Schulden in Höhe von 35.000.- DM, die hoffentlich durch gewerkschaftliche Spenden gedeckt werden können. Das würde sich Ende des Monats entscheiden. So habe unter anderem der Kurator Kloppenburg zu verstehen gegeben, dass eine Fortführung des Kuratoriums ohne die Gewerkschaften keinen Sinn mehr habe.

Perspektiven trotz Niederlage

Am 30. 5. 1968 hatte der Deutsche Bundestag die zwischenzeitlich etwas modifizierten Notstandsgesetze verabschiedet. Neben 46 Abgeordneten der oppositionellen FDP lehnten auch 54 Abgeordnete aus den Parteien der Großen Koalition – vor allem von der SPD – die Notstandsgesetze ab.

Am selben Tag äußert sich Abendroth in einer Antwort auf ein Solidaritätsschreiben einer Studentin über die Zukunft des Widerstandes. Er wies darauf hin, dass das *Sozialistische Zentrum* – auf das gleich näher eingegangen wird – als Koordinierungszentrum reale Bewegungen nicht ersetzen kann und soll. Allerdings verwies er auch auf die erreichten Erfolge. Der SDS sei keine Sekte mehr und die Linke reiche in die Schule und in die junge Arbeiterschaft.

> Bitte betrachten Sie angesichts dieser Tatsachen die Anwürfe reaktionärer Nußknacker gegen mich und uns als das, was sie sind: Als ein – auf die Dauer gesehen – ohnmächtiges Wutgeheul darüber, daß es uns noch gibt. Die Zeit der Stagnation ist vorbei, so sehr vorbei, daß sich diese bisherige

---

985 Ebd.

986 IISG, Nachlass Abendroth, N. 745, Protokoll der Arbeitstagung des Arbeitsausschusses vom 31. 3. 1968.

987 IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 747, Rundschreiben Helmut Schauer an die Mitglieder des Arbeitsausschusses vom 17. 7. 1968.

> Stagnation nur noch durch Ausnahmegesetze retten zu können glaubt. Heute soll die Notstandsverfassung verabschiedet werden. Die Polarisierung zwischen den Herrschenden, die diese Gesetze anwenden wollen, und uns – Sie und ich und die abhängiger Arbeit stehenden – wird auf die Dauer selbst dem blödesten Auge sichtbar werden. So liegt selbst in diesem Produkt der Reaktion eine Chance für uns. Organisieren wir uns. Sind Sie eigentlich schon im SDS?[988]

Der Brief bringt Abendroths Umgang mit politischen Niederlagen zum Ausdruck. Abendroth forderte damit ein Denken in politischen Konjunkturen und ein Engagement über einzelne politische Projekte hinaus. Bei absehbaren politischen Rückschlägen sollten die Ausgangslage und die Kräfteverhältnisse neu analysiert werden, um mit der Neuorganisation der demokratischen Opposition beginnen zu können.

D. Parteigründung oder »Stabilisierendes Zentrum«

1. Gründe für eine organisatorische Festigung

In meiner Darstellung der Notstandsopposition blieb bis jetzt Parteifrage ausgeklammert, obwohl sich innerhalb der sozialen Bewegungen entsprechende Diskussionen und Aktivitäten entfalteten. Viele Linke sahen die Gründung einer sozialistischen Partei in den 1960er Jahren immer wieder geboten. Gerade im Assistenten- und Schülerkreis um Abendroth wurden ab 1966 lange über die Perspektiven einer Neugründung beraten und konkret auf eine neue Organisation hingearbeitet. Nach Verabschiedung der Notstandsgesetze 1968 und angesichts der Bundestagswahlen 1969 entbrannte innerhalb der Linken eine umfassendere Debatte über Inhalt und Chancen einer »Parlamentarischen Aktion«. Dabei wurde grundsätzlich nach der Funktion parlamentarischer Demokratie im so genannten Spätkapitalismus gefragt.

Vorwurf der SED-Unterwanderung

Abendroth galt vielen als Strippenzieher im Hintergrund. Im Frühjahr 1998 wurde von Wolfgang Kraushaar und Jochen Staadt der Vorwurf erhoben, die Gruppe um den Marburger Politikwissenschaftler Professor Wolfgang Abendroth habe bei dem Versuch der SED, die APO für ihre Zwecke zu benutzen, eine »besondere Rolle« gespielt.[989] Laut Staadt habe Abend-

---

[988] IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 42, Brief Abendroth an Birgit Friedrich vom 30. 5. 1968.

[989] Kraushaar, Wolfgang (1998): Unsere unterwanderten Jahre – Die barbarische und gar nicht schöne Infiltration der Studentenbewegung durch die Organe der Staatssi-

roth spätestens seit Herbst 1967 innerhalb der westdeutschen Linken auf der Grundlage konkreter Absprachen mit dem SED-Politbüro agiert.[990] Die Thesen konnte zwischenzeitlich über eine Quellenkritik widerlegt werden.[991] Mit der der Gründung der DDR-nahen DKP wurde vielmehr eine autonome linkssozialistische, nicht marxistisch-leninistischen Partei gezielt verhindert.

Abendroths Distanz zur Parteigründung

Wer dagegen die Aktenlage kennt, weiß, dass Abendroth zu diesem Zeitpunkt einer Parteigründung eher reserviert gegenüber stand. Dem Selbstverständnis der KPO und der linkssozialistischen Strömung nach war es nicht vordringlich, eine eigene Partei zu bilden, sondern aufklärerisch und reformerisch in den bestehenden Organisationen zu wirken. Abendroth sah seine Funktion eher in der »Reform des Bewusstseins« (Max Adler).[992] Ebenso musste für Abendroth jede parteiförmige Organisation aus einer breiten sozialistischen Aufklärungsbewegung hervorgehen. Auch Arno Klönne erklärte, dass der angeblich auf Parteien fixierte Abendroth nicht bereit gewesen sei, sich als Gründer einer neuen linkssozialistischen Partei zu betätigen.[993] Eine Parteibildung sei historisch nur als Resultat einer sozialen Bewegung und Ausdruck politischer Bedürfnisse einer sozialen Klasse sinnvoll. Klönne spekuliert, Abendroth könnte sich Ende der 1960er Jahre einen Moment die Frage gestellt haben, ob nicht eine neue parteiförmige Formation der Linken möglich würde. Einer Studentenpartei habe Abendroth keine Chance gegeben. Die Einbindung der illegalen Kommunisten unter Fortschreibung des stalinistischen Politikverständnisses war für Abendroth völlig unakzeptabel.

Abwehr der NPD

Die Quellen zeigen, dass nicht die SED, sondern zwei andere Gründe das Projekt einer spezifisch westdeutschen Wahlalternative bei der Bundestagswahl 1969 nahe legten: zum einen organisatorische Sicherung der politischen Mobilisierung durch die 1968er-Bewegungen und zum anderen die Abwehr der NPD. Ryschkowsky schreibt:

---

cherheit, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7. 4. 1998. Es handelt sich um Gespräche in Marburg vom 12. – 15. Juli 1967. Vgl. zum Fortbestand dieses Gerüchts: Fülberth, Georg (2006): Zu Wolfgang Abendroths angeblichen DDR-Kontakten, in: Sozial.Geschichte, 3/2006, 78ff.

990 Vgl. Staadt, Jochen (1998): Teilchenbeschleunigung Die Westarbeit der SED am Beispiel der Universität Münster, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20. 5. 1998.

991 Vgl. Deppe, Frank (1998a): Die »Methode Gauck« - Zur Diskussion um Wolfgang Abendroth, in: Sozialismus 7-8 (1998), 19-21; Georg Fülberth in: Hecker/Klein/Rupp (Hg.) 2001, 194f.; Perels, Joachim (1998): Die neue Herrschaft des Verdachts, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 10/1998, 1170-1175.

992 Vgl. Franzke/Rempe (Hg.) 1998, XIII.

993 Vgl. Klönne, Arno (1985): Ein Leben in der westdeutschen Linken, in: Redaktion Sozialismus (Hg.), 18.

> Anfang Dezember 1966 beschlossen Vorstandsmitglieder des SB und des SDS in gemeinsamer Konferenz, eine »klare Alternative zur Großen Koalition zu erarbeiten und dadurch die Gefahr auszuschalten, dass die neofaschistische NPD als einzige Opposition gegen die Große Koalition erscheint«.[994]

Mit dem Eintritt der SPD in die Große Koalition begann man in SDS und SB verstärkt zu überlegen, wie die außerparlamentarische Opposition zu sammeln und zu organisieren sei. Burkhardt machte deutlich:

> Wollten die beiden Organisationen eine Sammlung und Vernetzung schon seit 1961 vorantreiben, stellte sich nun für viele die ernsthafte Frage nach der Organisation eines linkssozialistischen Projekts, welches über die bisherigen Strukturen des SDS und SB hinausgehen und diese mit der Bewegung gegen die Notstandsgesetze, also Gewerkschafter, Intellektuellen und Studierenden sowie der Ostermarschkampagne vernetzen konnte.[995]

Lageeinschätzung von Lamm und Abendroth

Der Wille, der NPD eine demokratisch-sozialistische Systemalternative gegenüberzustellen, geht bereits aus einem Briefwechsel zwischen Abendroth und Fritz Lamm um die Jahreswende 1966/67 hervor.[996] Der gegenüber Parteiformen skeptische Lamm hielt die Zeit für Neugründungen zwar objektiv für günstig, aber es fehlten wie immer Leute mit Zeit, Auto, Telefon, Portokasse, Beharrlichkeit und Organisationsvermögen. Abendroth antwortet Lamm kurz darauf in einem längeren Schreiben und spricht von der Notwendigkeit eines »organisatorischen Zentrums« außerhalb der SPD:

> Im großen und ganzen habe ich die Dinge schon damals nicht anders eingeschätzt als Du. Allerdings mit einer Einschränkung, einfach weil ich die Hintergründe genauer kannte: Zu einer Organisation der Kräfte auch auf Landes- und Lokal-Ebene vom »Arbeitsausschuß« »Notstand der Demokratie« aus fehlt uns die Spucke, weil vorläufig der große Zauderer Otto [Brenner, RH] so etwas nicht toleriert. Trotzdem muß man diesen Verein zusammenhalten, auch die kleinste Chance muß genutzt werden.[997]

Abendroth erwartete, dass die Rezensionswelle mindestens bis zum Frühsommer fortschreitet.

---

994 Ryschkowsky 1968, 57.
995 Burkhardt 1993, 114.
996 IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 738, Brief von Fritz Lamm an Abendroth vom 7./8. 12. 1966; Brief Abendroth an Fritz Lamm vom 16. 1. 1967.
997 IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 738, Brief Abendroth an Fritz Lamm vom 16. 1. 1967.

> Das Stabilitätsbewußtsein schwindet erstaunlich rasch; aber der Nutznießer ist, weil es keinen organisierten Kern links gibt, im Wesentlichen die NPD, leider nicht nur bei Angestellten. Da auch die Industriearbeiter keine Reste von Klassenbewußtsein mehr haben, ist der NPD auch hier der Einbruch durchaus möglich, solange keine Stabilisierung einer Linksopposition möglich ist. Eine theoretische Zeitschrift der Linken würde uns dabei verteufelt wenig helfen. Die kritischen Wellen in der SPD kommen und gehen in regelmäßigem Abstand ohne einen brauchbaren Rest zu hinterlassen, solange kein stabilisierendes Zentrum außerhalb der SPD entsteht. Nur kann man es natürlich nicht in der Retorte fabrizieren. In Rheinland-Pfalz, Niedersachsen und Schleswig-Holstein wird die DFU mit ihrem Experiment total auf die Nase fallen und die NPD aufsteigen. In Norddeutschland wird sie, wie ich fürchte, auch die FDP überholen, wenn nicht aus den Landtagen vertreiben. Aber bestünde nicht in Bremen eine Kombinationschance? Dort hätten wir Zeit bis zum September. Und dort müßte man über die DFU hinausgehen. Hätte man irgendwo einen derartigen Anfangserfolg, könnte das Handycap der Angst vor der sicheren Niederlage, das sehr viele der mittleren Gewerkschaftsführer von selbständigem Auftreten abhält, eingeschränkt werden. Von dort aus könnte man den Haken gewinnen, an dem man künftiges selbständiges Auftreten anhängt und dann auch die Situation leicht verändern kann – auch bei den linken Sozialdemokraten. Wenn durch die Schillerei [Anspielung auf Bundeswirtschaftsminister Karl Schiller, RH] im Herbst die Rezession eingeschränkt wird (ohne daß das Grundübel der Strukturkrise im Ruhrgebiet und der Überlastung durch den Wehretat aufhebbar wäre), wird sich die Restabilisierung auf erheblich eingeschränktem Lebensniveau für Arbeiter und Angestellte vollziehen; daher wird die Chance für eine selbständige Linke bestehen bleiben, falls sie sich während der Rezession einen organisatorischen Kern schafft.[998]

Abendroth trat nun für die Gründung eines »stabilisierenden Zentrums« ein. Und auch der Bundesausschuss des SB sah in seiner Sitzung vom 21. 1. 1967 Handlungsbedarf. Wenn es jetzt der Linken nicht gelinge, eine Alternative zu bilden und sich mit Erfolg zu konstituieren, werde sie für lange Zeit ausgespielt haben.[999] Trotz der ersten Erfolge ging es für Abendroth Ende 1966 um die Abwehr der NPD und immer noch um den Erhalt einer sozialistischen Linken in der Bundsrepublik an sich. Die Schritte hin zu einem sozialistischen Aktionszentrum und die internen Diskussionen sollen im Folgenden nachgezeichnet werden.

---

[998] Ebd.

[999] Informationen des Sozialistischen Bundes, Nr. 2, Februar 1967, 2.

2. Ein Aktionszentrum?

ASO Marburg

Gleich nach Bildung der Großen Koalition am 15. 12. 1966 hatte sich in Marburg mit der *Arbeitsgemeinschaft Sozialistische Opposition* (ASO) ein informeller Diskussionskreis zur Organisations- und Parteienfrage gegründet. In diesem Kreis um Kurt Steinhaus, Rüdiger Griepenburg, Frank Werkmeister, Frank Deppe, Eberhard Dähne und Helmut Schauer brachte Schauer im Dezember 1966 den Vorschlag ein, zur Gründung eines »Aktionszentrums für Sozialismus und Demokratie« aufzurufen.[1000] In Marburg und Frankfurt entwickelte sich daraufhin eine längere Diskussion über Charakter, Inhalt und Beteiligte dieses Projekts. Einigkeit bestand von Beginn an im Aufbau eines Zentrums links von der SPD mit parteiförmiger Perspektive.[1001] Schauer intendierte zu einer regional organisierten sozialistischen Opposition, die sich beispielsweise durch Teilnahme an den Regionalwahlen in Bremen, ggf. in Richtung einer »Sozialistischen Volkspartei« transformieren konnte, die dann in Konkurrenz zur DFU stehen sollte. Allerdings erwies sich eine kurzfristige Teilnahme an den Bremer Wahlen für nicht realisierbar und Schauer zog zunächst die Gründung eines »Aktionszentrums für Sozialismus und Demokratie« vor.[1002] Über die Frage, ob ein Aktionszentrum oder eine Partei anzustreben sei, bestand jedoch keine Einigkeit. Offen blieben zunächst die Frage nach der politischen Verbindlichkeit und die Arbeitsperspektive dessen, was man organisatorisch schaffen wollte. Schauer tendierte nun zu einem Aktionszentrum, während Deppe und Dähne stärker zu einer Partei neigten. Vorbilder sahen sie im europäischen Ausland in der von der PSI abgespaltenen PSIUP um Lelio Basso, in der französischen PSU (Michel Rocard) oder in der dänischen sozialistischen Volkspartei (Axel Larsen), zu denen bereits Kontakte bestanden.[1003] Die Marburger ASO suchte den Kontakte zu verschiedenen Akteuren in der Bundesrepublik: zum SB, zur VUS, zu linken Gewerkschaftern und Sozialdemokraten. Sie prüfte Möglichkeiten, lokale Arbeitsgemeinschaften der sozialistischen Opposition zu gründen. Doch schon die Auswahl erhärtet den Eindruck, dass man sich

---

[1000] Vgl. Burkhardt 1993, 115. Vgl. dazu die daraus hervorgegangene »Erklärung der Arbeitsgemeinschaft Sozialistische Opposition – Die gegenwärtige Situation und die Aufgaben der Sozialisten« vom Januar 1967, in: Ryschkowsky 1968, 146-151.

[1001] Vgl. Privatarchiv Hecker, Sozialistisches Zentrum 1968, Gesprächsnotiz Schauer-Dähne (Verf.: Eberhard Dähne) vom 23. 12. 1966.

[1002] Privatarchiv Hecker, Sozialistisches Zentrum 1968, Gesprächsnotiz Frank Deppe vom 1. 2. 1967 (Frankfurt. Diskussionsteilnehmer: H. Schauer, H. Dabrowski, R. Reiche, P. Gäng, H. Stemmler, Fritz Strarr, Egon Becker, Herbert Stubenrauch, U. Schmiederer, R. Schmiederer, F. Deppe).

[1003] Vgl. Burkhardt 1993, 115.

bei den möglichen Bündnis- und Ansprechpartnern gedanklich in sehr traditionellen Bahnen bewegte.

Wachsender Abstand zur Studentenbewegung

In der Parteienfrage ergaben Differenzen zu den zunehmend autoritär orientierten SDS-Bundesvorständen. Der Bundesvorstand stellte zwar Ende April 1967 fest, dass eine Verstärkung der Arbeit in den radikaldemokratischen Single-Purpose-Movements nicht genüge, andererseits sei der theoretisch ausmachbare Zusammenhang zwischen den verschiedenen partikulären linken Bewegungen nicht durch das Ausrufen einer sozialistischen Partei praktisch gemacht worden.[1004]

Einbindung der Kommunisten

Konfliktreich war die Diskussion mit SDS und KFA über die Einbeziehung der illegalen Kommunisten. »Die Vertreter der ASO und des späteren sozialistischen Zentrums waren für die Einbeziehung aller Kräfte der Opposition, also auch der Kommunisten, und traten stärker als die Vertreter des SDS und der KfA für die perspektivische Etablierung einer Partei ein«, schreibt Burkhard.[1005]

3. Auf dem Weg zum Sozialistischen Zentrum

a) Sozialistische Arbeitskonferenz

Am 17. 6. 1967 – in der aufgeheizten Stimmung nach dem Tod des Studenten Benno Ohnesorg und dem anschließenden Kongress in Hannover – trafen sich auf Einladung des SB in Frankfurt Mitglieder der VUS, DFU, SDS, ADS, ASO und Vertreter der sozialistischen Opposition aus 26 Städten der Bundesrepublik, um politische und organisatorische Alternativen zur Großen Koalition zu diskutieren. Die »Sozialistische Arbeitskonferenz« diente der vorläufigen Bestandsaufnahme. Ossip K. Flechtheim sprach sich dafür aus, möglichst bald eine enge Zusammenarbeit mit der KfA, der Antinotstandsbewegung, der *Humanistischen Union*, der Studentenbewegung, der Gewerkschaftsjugend, den *Falken*, den pazifistischen Organisationen DFS, VK und IdK der *Demokratischen Aktion* und dem linken FDP-Flügel zu organisieren.[1006] Reimut Reiche (Bundesvorsitzender des SDS ab 1966) äußerte sich dagegen skeptisch über die Entfaltungsmöglichkeiten jeder neuen Organisation der sozialistischen Opposition außerhalb der Hochschulen.[1007] Die Opposition der Studierenden habe ihre Grenzen, sie sei bereits rückläufig.

[1004] Vgl. Burkhardt 1993, 123.
[1005] Burkhardt 1993, 116.
[1006] Privatarchiv Diers, Sozialistischer Bund, Informationen & Erklärungen: Presseerklärung des Sozialistischen Bundes im Namen des Arbeitsausschusses der Sozialistischen Opposition, Juni 1967.
[1007] IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 738.

Zudem war keinerlei nennenswerte oppositionelle Resonanz in Masse der Arbeitnehmer sichtbar.

Rede Abendroths

Abendroths Rede auf der Arbeitskonferenz »Über die Notwendigkeit sozialistischer Kooperation« gibt einen wichtigen Einblick in die Interpretation der tagesaktuellen politischen Situation.[1008] Abendroth ging darin vom Ende der Hochkonjunktur und einer politischen und wirtschaftlichen Krise des kapitalistischen Systems in Westdeutschland aus. Lediglich der Vietnam-Boom habe eine noch größere Arbeitslosenquote verhindert. Gleichzeitig habe die DDR ihre Aufbauschwierigkeiten weitgehend überwunden. Das zwinge die politischen Machthaber in der BRD die Existenz eines zweiten, sozialistischen Staates auf deutschem Boden faktisch anzuerkennen. Die Ideologie des Antikommunismus verliere mit Verschlechterung des Lebensstandards im Westen und Anhebung des Lebensstandards in der DDR ihre eigentliche Basis. Abendroth beobachtet die Unruhe an den Hochschulen, aber auch Unruhen in vielen Betrieben. Erstmals seit der Geschichte des westdeutschen Kapitalismus reiche die Verfügungsgewalt über alle Mittel der Bewusstseinsmanipulierung nicht mehr aus, um die Stabilität des Systems zu garantieren. Erstmalig müsse zur unmittelbaren Vorbereitung der Anwendung von offener Gewalt [wie im Fall Ohnesorg und den Notstandsgesetzen] gegriffen werden. Abendroth beurteilt die Situation günstig und fordert die Verstärkung der lokalen Arbeit, sowie die Koordination der Diskussion und Organisation:

> Je mehr Arbeiterklasse und Intelligenz in offene Konflikte mit der herrschenden Klasse und ihren Repräsentanten geraten, um so realer wird die politische Möglichkeit, dass die sozialistische Opposition programmatisch und organisatorisch als vorwärtsweisende Kraft wirken kann. Es kommt jetzt vor allem darauf an, dass wir durch ein Programm aktueller Tageslosungen eine einsichtige Alternative zur Regierungspraxis der Konzertierung und der Notstandsformierung schaffen. Diese Alternative kann nur in ständiger Diskussion alle wirklich sozialistischen Kräfte – so schwach sie heute noch sind – entstehen. Dazu bedarf es der Mitwirkung aller, in langen Jahren des sozialistischen Kampfes erfahrener Genossen und der jungen Kräfte, die in Intelligenz und Arbeiterjugend durch die bisher isolierten Protestbewegungen zu sozialistischem Bewußtsein gelangt sind, also eines sozialistischen Zentrums.[1009]

[1008] Privatarchiv Hecker, Sozialistisches Zentrum 1968, Informationen der sozialistischen Opposition, O-Nummer; ebenso in: Informationen der sozialistischen Opposition, extra 1/67, [verantwortlich: H. Halberstadt], Frankfurt, 3-12.

[1009] Ebd., 3.

Man könnte sagen, Abendroth fordert einen Ort, an dem die lokalen und überregionalen Diskussionen der sozialistischen Linken – in diesem Fall ohne die linksbürgerlichen – zusammengeführt werden. Abendroth dachte an einen kollektiven Brain-Trust, der zugleich Koordinationsstelle für politische Aktionen sein sollte.

b) Sozialistisches Zentrum: Konzeptionalisierung eines Brain-Trusts

Gründung des Sozialistischen Büros

Von der Arbeitskonferenz aus wurde nun zielstrebig am Aufbau einer solchen linken Institution gearbeitet. Das Ergebnis der Arbeitskonferenz war eine neuerliche Analyse der tagespolitischen Situation.[1010] Unter anderem wurde ein Übergang vom System der »unvollkommenen Konkurrenz« zum Plankapitalismus konstatiert. Die Notstandsgesetze würden den Weg ebnen, legal zu einer autoritären Diktatur überzugehen. Die Arbeitskonferenz beschloss die Bildung eines sozialistischen Zentrums, um damit die demokratische und sozialistische Opposition, die oppositionellen Ansätze innerhalb der SPD sowie die vorhandenen Ein-Punktbewegungen zu stärken. Hierzu wurde ein »Arbeitsausschuss der sozialistischen Opposition« (nicht mit der Marburger ASO zu verwechseln) konstituiert und ein ständiges *Sozialistisches Büro* in Frankfurt eingerichtet.

Aktionsprogramm und Konferenz

Außerdem wurde ein eigener »Informationsdienst« aufgelegt und die Formulierung eines Aktionsprogramms der sozialistischen Opposition (»Sozialistische Alternativen zur Politik der Großen Koalition«) in Angriff genommen. Abendroth, der Mitglied im Programmausschuss war, legte bald zusammen mit Theodor Bergmann, Frank Deppe und Gerhard Gleißberg den Entwurf eines Aktionsprogramms vor.[1011] Der Arbeitsausschuss der sozialistischen Opposition bereitete nun eine möglichst repräsentative, zentrale und öffentliche Konferenz der sozialistischen Opposition noch für das Jahr 1967 vor – die spätere Sozialistische Februarkonferenz von 1968.

Vorschläge Abendroths zum *Sozialistischen Zentrum*

Nach Burkhardt sollte das *Sozialistische Zentrum* keine Partei sein, versuchte aber die Voraussetzungen für eine solche zu schaffen.[1012] Noch 1967 skizzierte Abendroth das mögliche Konzept und Ziel eines solchen Zentrums

---

[1010] Privatarchiv Hecker, Sozialistisches Zentrum 1968, Schlußerklärung der Sozialistischen Arbeitskonferenz in: Sozialistischer Bund. Informationen und Erklärungen. Erstunterzeichner: Wolfgang Abendroth, Heinrich Düker, Ossip Flechtheim, Gerhard Zwerenz.

[1011] Vgl. Burkhardt 1993, 123: Wolfgang Abendroth, Theodor Bergmann, Frank Deppe und Gerhard Gleißberg als verantwortliche Vertreter des Programmausschusses legen das Aktionsprogramm vor: »Aktionsprogramm der Sozialistischen Opposition«, in: Informationen des Sozialistischen Opposition, 3/1967, 2-16.

[1012] Burkhardt 1993, 124.

in seinem Beitrag »Zu den Problemen des Sozialistischen Zentrums und sozialistischer Strategie in der Bundesrepublik«.[1013] Dieses Konzept setze sich auch mit der Transformationsstrategie des antiautoritären Flügels auseinander. Die Bedeutung des Konzepts liegt jedoch darin, dass Abendroth mit Übertragung seiner Parteitheorie das Konzept eines sozialistischen Brain Trusts entwarf.

Analyse und Kritik des Spontaneismus

Die BRD, in der der Antikommunismus besonders wirksam werden konnte, teile bei allen unterschiedlichen sozialgeschichtlichen Grundlagen mit den USA Gemeinsamkeiten: Keine Partei artikuliere die Klasseninteressen der Abhängigen. Und daraus ergebe sich die Beschränkung der wirklichen Opposition auf Ein-Punkt-Bewegungen ohne gesamtgesellschaftliches Konzept. Hieraus erklärt sich Abendroth die Tendenz auf der Linken, die in den USA entstandenen Konzepte wie die Herbert Marcuses, der die Disziplinierung der Subjektivität thematisiert hatte und die Wiederherstellung des Subjektiven als politischen Faktor forderte, relativ unkritisch zu übernehmen. Der damit im Zusammenhang stehenden spontaneistischen Strategie stand er auf Grund ihrer kurzfristigen Perspektive skeptisch gegenüber:

> Dauerhaftes politisches Klassenbewußtsein von Unterklassen kann niemals lediglich spontan entstehen, und es ist niemals nur spontan entstanden. Proletarisches Klassenbewußtsein bedarf der Formulierung durch kritische intellektuelle Arbeit, der Organisierung durch ein ZENTRUM und der Vermittlung zu wachsenden Minoritäten der eigenen Klasse durch politische Aktionen, in denen diese Klasse lernt, aus den Erfahrungen eigener politischer und sozialer Kämpfe sich ihrer Interessen bewußt zu werden und ihre geistige Unterwerfung unter die Ideologie der herrschenden Klasse zu überwinden.[1014]

Stärkung der Ein-Punkt-Bewegungen

Organisation und »Planung« sah Abendroth als Voraussetzung für die Wiedergewinnung der Initiative. Das *Sozialistische Zentrum* sollte nach seinen Vorstellungen einerseits die vorhandenen Einpunktbewegungen stärken und andererseits den gewerkschaftlichen Kampf um Verteidigung und Erweiterung der Lebensbedingungen der arbeitenden Menschen durch die Formulierung einer Strategie und Aktionen dieses Zentrums unterstützen. Ohne die Hilfe eines solchen Zentrums konnte für Abendroth die Politik der Ein-Punkt-Bewegungen nur reaktiv bleiben.

> Sie vermögen auf sich gestellt und ohne dauerhaft wirksames Gewicht der Unterklassen nicht die für den Spätkapitalismus charakteristischen Formen

[1013] Abendroth 1967b.
[1014] Abendroth 1967b, 5.

> der Verschleuderung des Sozialproduktes bei ständigen Wiederholungen von Rezessionen, die immer wieder auf dem Rücken der Unterklassen überwunden werden, und den Prozeß der Entdemokratisierung des politischen Herrschaftssystems, ernstlich zu behindern oder gar dauerhaft aufzuhalten.[1015]

Stärkung der Gewerkschaften

Auch zu den Gewerkschaften und deren Institutionen sah er im Zentrum eine notwendige Ergänzung, da in der gegenwärtigen Periode auch die Führungen der Gewerkschaften auf die politische Hilfe eines solchen Zentrums stärker noch angewiesen seien als in der Zeit vor der Rezession:

> Der Kampf um Arbeitsbedingungen, Lebenshaltung und soziale Sicherheit der arbeitenden Menschen wird in immer stärkerem Maße politisch geführt. Die unmittelbaren Tarifauseinandersetzungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmern treten demgegenüber in ihrer Bedeutung zurück. Sie sind ferner zunehmenden Druck der Staatsmacht – z. B. durch die »konzertierte Aktion« – und dem der manipulierten »öffentlichen Meinung« ausgesetzt; auch die liberalen Zeitungen und Zeitschriften verstehen keinen Spaß, wenn es um die Geldbeutel ihrer Inserenten geht. Die Gewerkschaftsführungen sind einfach überfordert, wenn man von ihnen verlangt, allein aufgrund der Erfahrungen ihrer eigenen gewerkschaftlichen Arbeit ein alternatives Konzept zur Politik des Klassengegners zu entwickeln.[1016]

Vermittlung von Erfahrungen

In diesem *Sozialistischen Zentrum* ist für Abendroth schon deshalb eine möglichst vielfältige Linke notwendig, da man auf Erfahrungen aus den unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen, vor allem der Arbeitnehmer angewiesen sei. Es bedürfe auch der Vermittlung der neuen Erfahrungen der jungen Generation, besonders ihrer aktiven Teile in der Ostermarschbewegung, der Studenten und Schülerschaft mit den Erfahrungen aus früheren Perioden der Kämpfe der Arbeiterbewegung. Deshalb könne bei der Vorbereitung der Konstituierung eines wirksamen *Sozialistischen Zentrums* auf keine Gruppierung verzichtet werden, die bereit ist, seine Ziele anzuerkennen.

Parteibegriff

Wieder betont er, das Ergebnis müsse nicht zwingend in eine Konkurrenzpartei münden: Würde ein wirksames *Sozialistisches Zentrum* außerhalb der SPD alle Kräfte der sozialistische Linken vereinen und sich öffentlich Gehör verschaffen, hielt es Abendroth für denkbar, die Politik der SPD – durch Bündnisse mit linken Gruppierungen in der SPD – in ähnlicher Weise (allerdings auch mit ähnlichen Schranken) zu verändern, wie sich in Frankreich die SFIO unter dem Druck der PSU und PCF in den letzten Jahren ge-

---

[1015] Abendroth 1967b, 5.
[1016] Abendroth 1967b, 6.

wandelt habe.[1017] Zur Partei werden, heiße für Sozialisten zunächst etwas anderes. Durch die kontinuierliche Anleitung zur Aktion und Diskussion würde das *Sozialistische Zentrum*, soweit es Erfolg hat und qualitativ und quantitativ wachsende Kader zusammenschließen kann, zur Partei werden.

> Denn politische Partei im Sinne der sozialistischen Tradition ist nicht ein Wahlverein oder eine mehr oder weniger zufällige Wahlkombination, sondern eine Gruppierung, die politisches Selbstbewußtsein in den unterdrückten Klassen entwickeln, in Aktionen geltend machen und dadurch erweitern kann. Die Teilnahme an Wahlkämpfen und die Tätigkeit in Parlamenten (wie die Verteidigung der Rechte des Parlaments gegen die Exekutive) ist nur e i n Mittel der Arbeit einer sozialistischen Partei, nicht aber ihre Hauptaufgabe.[1018]

Wieder wandte sich damit Abendroth gegen eine zu kurzfristige angelegte und engstirnige Politik, die Politik mit Parteipolitik verwechselte, die nur den nächsten Wahltermin im Blick hatte und am Ende bei möglichen Wahlschlappen resignierte. Dahinter verbarg sich für Abendroth nach wie vor die überholte Vorstellung, Gesellschaften seien über Wahlen und Regierungsbeteiligungen allein zu verändern. Ob ein *Sozialistisches Zentrum* Partei wird oder ist, sei ein Problem der Praxis, nicht des Namens und der abstrakten Debatte. Die organisatorischen Formen eines *Sozialistischen Zentrums* seien Fragen der Erfahrung, die sich aus den jeweiligen Möglichkeiten lokaler und zentraler Formen der Aktion ergeben müssen, nicht aber ein Problem, das auf Grund vorgegebener Prinzipien entschieden werden könne.[1019] Ähnlich äußerte sich Abendroth im Gespräch mit Georg Lukács 1967: Auf dessen Rückfragen, ob organisiert nicht unbedingt etwas Parteimäßiges sei, antwortete er:

> Nicht unbedingt, wir haben die konkreten Formen bis jetzt zwar noch nicht gefunden, die konkreten Formen sind zunächst, wenn Sie so wollen, noch immer normale ideologische Formen der permanenten Diskussion.[1020]

Und er betont, die konkreten Formen ergäben sich immer aus den nationalen Gegebenheiten.[1021]

[1017] Vgl. Abendroth 1967b, 7.
[1018] Abendroth 1967b, 9.
[1019] Abendroth 1975b, 25.
[1020] Pinkus (Hg.) 1967, 76.
[1021] Vgl. Pinkus (Hg.) 1967, 77.

c) Sozialistische Februarkonferenz 1968: Gründung des SoZ

Die Sozialistische Februarkonferenz am 3. 2. 1968 in Offenbach diente nun dem offiziellen Zusammenschluss der sozialistischen Opposition im *Sozialistischen Zentrum* (SoZ). Auf ihr versammelten sich rund 1.100 aktive Teilnehmer.[1022] Laut Ryschkowsky zeigte die Gründungsversammlung ein buntes Bild:

> […] sie spannte ihren Bogen von Professoren, Theoretikern und Publizisten über gutwillig-biedere Mitkämpfer aus der örtlichen Grundorganisation, linkssozialistische und auch kommunistische Veteranen bis hin zu den jungen studentischen Rebellen, die schon im äußerlichen Auftreten erkenntlich, eher Protestinstinkten ihrer Sturm- und Drangmentalität folgten, denn ernstlich geneigt waren, sich einer sozialistischen Organisation in der nötigen programmatischen und organisatorischen Disziplin einzuordnen.[1023]

So machte auch der antiautoritäre Bundesvorstand des SDS in seinem Grußwort klar, dass er das Aufzeigen einer politischen Alternative zur herrschenden Regierung begrüße, sich aber gegen »alte Organisationsformen« und die Beteiligung an Wahlen wandte.[1024]

Hauptreferat Abendroths

Abendroth hielt das Hauptreferat zum Thema »Gesellschaftliche Bedingungen für ein sozialistisches Aktionsprogramm und Aufgabe eines Sozialistischen Zentrums«.[1025] Das Aktionsprogramm sollte die einzelnen isolierten Kämpfe in eine Gesamtrichtung weisen und sie in ein strategisches Konzept einzuordnen. Hier warnte er die antiautoritäre Studentenbewegung davor, ihre ersten Erfolge zu überschätzen, denn damit hätten sie die Arbeiterschaft noch nicht mobilisieren können.[1026] Der Lernprozess der Arbeiterklasse wie auch der jungen Intelligenz, der sie befähige, in der ersten Stufe der Entwicklung zur wirksamen Macht zu werden, müsse in Gang gesetzt werden:

> Dieser Lernprozess vollzieht sich vor allem in lebendigen Aktionen, nicht durch bloße Propagierung des Marxismus allein. Aktionen, für die uns gegenwärtig die Studenten zweifellos manches wirksames Beispiel geliefert haben.[1027]

[1022] Vgl. Ryschkowsky 1968, 54.
[1023] Ryschkowsky 1968, 54.
[1024] Vgl. Burkhardt 1993, 125.
[1025] Ein Transkript findet sich in: Privatarchiv Hecker, Sozialistisches Zentrum 1968, Gesellschaftliche Bedingungen für ein sozialistisches Aktionsprogramm und Aufgabe eines Sozialistischen Zentrums.
[1026] Ebd., 13.
[1027] Ebd., 14.

Der Lernprozess sei aber nur dann kontinuierlich, wenn er ständige und systematische Politik ermögliche, wenn aus solchen Aktionen eine permanente Kraft konstituiert werde. Auch im *Sozialistischen Zentrum* würden im Übrigen Diskussionen und Auseinandersetzungen nicht ausbleiben. Abendroth sprach sich zudem für eine Beteiligung am Wahlkampf aus, um den Wählern immer wieder die wirklichen Alternativen vor Augen zu führen und forderte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer dazu auf, die Diskussionen mit den Antiautoritären weiterzuführen.
Die Konferenz verabschiedete das Aktionsprogramm und kündigt in der Abschlusserklärung an, in die Bundestagswahl 1969 eingreifen zu wollen.[1028] Klönne fasst die Stimmung zusammen:

> Eine linkssozialistische, die Kommunisten möglichst integrierende Organisation, eine neue linke Partei vielleicht gar – das schien der richtige Weg, um die Gunst der Stunde zu nutzen und zugleich das Risiko der Stunde auszuräumen.[1029]

Verhältnis zur illegalen KP

Die Gründung einer eigenen Partei oder eines Wahlbündnisses des SoZ scheiterten unter anderem an der Politik der illegalen Kommunisten, deren Beteiligung aus Sicht der Bündnispartner des *Sozialistischen Zentrums* wegen ihrer Verankerung in den Betrieben notwendig war. Zwar bestand der eigentliche Führungskreis des SoZ aus Mitgliedern des SB, der VUS und der ASO, die illegale KP galt aber als besonders interessanter Partner, da sie mit ihren vielen Gruppen, ihrer betrieblichen Verankerung und Einzelpersonen als bedeutendste Organisation der »alten Linken« eingeschätzt wurde. Das Verhältnis zwischen SoZ und den Mitgliedern der illegalen KPD blieb von Anfang an problematisch. Nur fünf Tage nach der Februarkonferenz wurde aus Kreisen der illegalen KPD die linkssozialistische Initiative konterkariert, als auf einer Pressekonferenz vom 8. 2. 1968 der Entwurf eines Parteiprogramms der KPD vorgestellt wurde.[1030]

Da damit jeder nicht-kommunistischen Parteigründung von vornherein das Wasser abgegraben werden sollte, kam es innerhalb des *Sozialistischen*

[1028] Privatarchiv Hecker, Sozialistisches Zentrum 1968, Macht die Linke stark. Aufruf des Sozialistischen Zentrums zum Abschluss der Sozialistischen Februarkonferenz am 3. 2. 1968 in Offenbach/Main. Und Informationen des Sozialistischen Büros: Die wichtigsten von der Sozialistischen Februarkonferenz beschlossenen Änderungen des Aktionsprogrammentwurfs, 5. 2. 1968.

[1029] Klönne 1982, 167.

[1030] Vgl. Fülberth, Georg (1990): KPD und DKP 1945 – 1990. Zwei kommunistische Parteien in der vierten Periode kapitalistischer Entwicklung, Heilbronn, 110f.

Zentrums zum Eklat.[1031] Auch im SB wurde auf der Jahreshauptversammlung am 24. 3. 1968 über die Zusammenarbeit mit den Kommunisten im SoZ debattiert.[1032] Im Mittelpunkt stand die Frage, ob diese stalinismuskritische Positionen entwickeln würden. Man kam offenbar überein, dass hier langfristig und mit Geduld gearbeitet werden müsse. Der Prozess der Entstalinisierung sei nicht mehr rückgängig zu machen. Die ASO reagiert mit einer Stellungnahme, in der sie sich kritisch mit dem Programmentwurf und der darin enthaltenen zum Teil grobschlächtigen Gesellschaftsanalyse auseinander setzte.[1033] Gleichzeitig wandte sich der Arbeitsausschuss in einem offenen Brief an den Bundesinnenminister Ernst Benda, in dem die unbehinderte Verbreitung und Diskussion des Programmentwurfs und die Wiederzulassung der KPD gefordert wurde.[1034]

Einmarsch in die CSSR: Zerbrechen des Sozialistischen Zentrums

Der Einmarsch der Warschauer-Pakt-Staaten in die CSSR am 20. 8. 1968 beendeten nicht nur den »Prager Frühling«, sondern auch endgültig die Hoffnungen auf eine linkssozialistische Organisation unter Einbeziehung der westdeutschen Kommunisten. Repräsentanten der illegalen KP rechtfertigten den Einmarsch. Nun setzte das SoZ in einem offenen Brief der illegalen KP am 22. 8. 1968 das Messer auf die Brust und forderte eine eindeutige Entscheidung. Das Eintreten für eine demokratische Mitarbeit der westdeutschen Kommunisten durch das SoZ setze voraus, dass diese bereit sind, die UdSSR von sozialistischen Prinzipien aus unter Kritik zu nehmen: »Insofern entscheidet das Verhalten der westdeutschen Kommunisten jetzt über die Möglichkeit weiterer Zusammenarbeit in der außerparlamentarischen Opposition.«[1035] Den Brief unterschrieben Andreas Buro, Heiner Halberstadt, Arno Klönne, Philipp Pleß MdL, Rudolf Segall, Herbert Stubenrauch, Klaus Vack und Wolfgang Abendroth. Als Repräsentanten der westdeutschen Kommunisten den Einmarsch weiter als unvermeidlich bezeichneten, kam es zum Bruch im *Sozialistischen Zentrum*.[1036] Die nur einen Monat später verfasste »Erklärung zur Neukonstituierung einer kommunistischen Partei« am 26. 9. 1968, im kleinen Kreis vorbereitet, überraschte laut Burkhardt die Mitarbeiter im *Sozialistischen Zentrum*, aber auch viele Funktionäre der il-

---

[1031] Wolfgang Hecker (Interview).
[1032] IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 738, Protokoll vom 24. 3. 1968.
[1033] IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 766.
[1034] Privatarchiv Hecker, »SZ«, Pressemitteilung des Sozialistischen Zentrums vom 11. 4. 1968. Unterzeichnet von Abendroth, Dähne, Deppe, Gleißberg, Halberstadt, Hauss, Knorr und Otto.
[1035] Ryschkowsky 1968, 216: Offener Brief an die westdeutschen Kommunisten vom 22. 8. 1968.
[1036] Vgl. Fülberth 1990, 114.

legalen KPD.[1037] Die Gründung der DKP erfolgte handstreichartig. Allerdings war Abendroth über diese Pläne vorab informiert. Lisa Abendroth erinnert sich, dass Bundesjustizminister Gustav Heinemann im Mai/Juni dieses Jahres die Abendroths besuchte, um sie über die geplante Parteigründung in Kenntnis zu setzen.[1038] Abendroth war über dieses Vorhaben alles andere als erfreut. Ohne die Beteiligung der Kommunisten war eine linkssozialistische Partei undenkbar. Insofern brachte Joachim Perels in der Auseinandersetzung mit Kraushaar und Staadt auf den Punkt: »Abendroth ist nicht von der SED instrumentalisiert worden, sondern die SED hat seine Konzeption durch den schon erwähnten Gründungsakt der DKP durchkreuzt.«[1039] Die verbliebenen Bündnispartner des *Sozialistischen Zentrums* arbeiteten später im *Sozialistischen Büro* Offenbach zusammen.

Rückfall in den Stalinismus

Die Bedeutung der militärischen Niederschlagung des Prager Frühlings in der CSSR kann für die weitere Entwicklung der Neuen Linken nicht unterschätzt werden. Die westliche Linke betrachtete dies überwiegend als einen Rückfall in den Stalinismus. Die Hoffungen auf eine Demokratisierung des Ostblocksystems, die u. a. nach dem XX. Parteitag der KPdSU entstanden, war enttäuscht worden. Zudem sah man, dass die Staatssozialismen jede eigenständige Entwicklung zum Sozialismus blockierten; vor allem wurde moniert, dass sie mit ihrer Politik dem politischen Gegner in die Hände spielten. Niels Kadritzke vom SHB und der APO Berlin brachte diese Sichtweise zum Ausdruck: »Das Beispiel CSSR fordert uns heute auf, die Tradition des sozialistischen Internationalismus in der Sowjetunion als für lange Zeit beendet zu erkennen.«[1040]

Fast alle wichtigen Gruppierungen der APO vom SDS, über den SHB, die HSU, den LSD, die Mehrzahl der Republikanischen Clubs, der VK und die IdK/DFG, KfDA sprachen sich gegen die Intervention aus. Auch die antiautoritäre Strömung lehnt zwar die Reformen Alexander Dubceks als revisionistisch ab, verurteilte aber die Niederschlagung des Prager Frühlings als konterrevolutionär.[1041] Auch in Marburg prallten die Meinungen zwischen Werner Hofmann und Abendroth aufeinander.[1042] Abendroth lehnt den Einmarsch in CSSR entschieden ab, verwies aber zugleich auf die Intervention in Vietnam, die von der breiten Öffentlichkeit nicht verurteilt wurde.[1043]

[1037] Burkhardt 1993, 130.
[1038] Schreiben Lisa Abendroth an den Autor vom 24. 10. 2006.
[1039] Perels 1998, 1173.
[1040] Ryschkowsky 1968, 215.
[1041] Vgl. Ryschkowsky 1968, 111.
[1042] Vgl. Claas/Hofmann-Götting/Käpernick/Limbers (Hg.) 1999, 32.
[1043] Die Haltung Abendroths zu den Vorgängen in der CSSR 1968 ist u. a. dokumentiert

Trotz seiner ablehnenden Haltung wird Abendroth den Kontakt zu den Kommunisten nicht abbrechen, sondern verwandte sich immer wieder für das Gespräch mit Kommunisten, weil er den Prozess der Entstalinisierung für letztlich unvermeidlich hielt und auf Grund seiner persönlichen Erfahrungen mit Kommunisten auch ihnen eine die grundsätzliche Fähigkeit, den eigenen Kurs zu korrigieren, nicht absprach. Das und auch seine spätere Gesprächsbereitschaft mit der DKP war anderen westlichen Linken, die durch diese Ereignisse nun definitiv nicht mehr mit Kommunisten arbeiten wollten, nicht mehr nachvollziehbar.

E. »Parlamentarische Aktion« 1969

1. Antiautoritäre Parlamentarismuskritik

Parlamentarismusdiskusssion im SDS

Das linkssozialistische Parteienprojekt scheiterte aber *auch* an der antiautoritären Bewegung, die sich in diesem Projekt als außerparlamentarische Bewegung nicht wieder fand. Innerhalb des SDS entbrannte eine leidenschaftliche Parlamentarismusdebatte.[1044] Doch anders als in anderen Ländern drifteten der linkssozialistische und der antiautoritäre Flügel in dieser Frage völlig auseinander. Im SDS wurden die Organisationsfrage und das Verhältnis zum Parlamentarismus in einer außerordentlichen Delegiertenkonferenz vom 29. – 31. 3.1968 debattiert, die am Ende die Beteiligung an den »scheindemokratischen« Bundestagswahlen mehrheitlich zurückwies. Während das antiautoritäre Lager den Parlamentarismus als Teil gesellschaftlicher Verschleierungstaktik begriff, warf Frank Deppe Rudi Dutschke vor, sein Organisationsbegriff sei von einem »diffusen antiorganisatorischen Affekt« bestimmt.[1045]

Rätedemokratie

In der Aufbruchsphase der antiautoritären Studentenbewegung lehnte beispielsweise Hans-Jürgen Krahl »nicht die Legalität, wohl aber jede Mitarbeit in den traditionellen Institutionalisierungen des Politischen ab, weil diese ei-

---

in: Abendroth, Wolfgang (1968g): Das marxistische Menschenbild im wissenschaftlichen Zeitalter, in: Darmstädter Gespräch, Mensch und Menschenbilder, Darmstadt, 69 und 98.

[1044] Vgl. Büro des Sozialistischen Zentrums (Hg. 1968): Informationen des Sozialistischen Zentrums, Extra, Nr. 7/68, Diskussionsmaterial zur Frage Parlamentarismus und Bundestagswahl 1969. Vgl. weiter die Parlamentarismusdebatte in der Zeitschrift *neuen kritik*. Die a. o. DK des SDS vom 29.-31. 4. 68 ist dokumentiert: APO-Archiv, SDS-BV a. o. DK 1968. Hier findet sich eine gute Zusammenfassung der einzelnen Fraktionen durch einen unbekannten Autor.

[1045] Lönnendonker/Rabehl/Staadt 2002, 387.

ne alle emanzipatorische Selbsttätigkeit erstickende Funktion haben.«[1046] Für die antiautoritäre Linke blieb das entscheidende Ziel revolutionärer Praxis in den Metropolen der autoritäre Staatsapparat, da er Träger der gesamtkapitalistischen Produktion sei.

Rätedemokratie als Alternative?

Aus der Sicht der antiautoritären Linken war auch wenig gewonnen, wenn das Gleichgewicht der Klassenkräfte wiederhergestellt und der Verfassungskompromiss des Grundgesetzes verteidigt würde, wie es Abendroth vorschlug; denn »die Rückkehr zur Reinheit des Grundgesetzes wäre Rückkehr zu den Anfangsbedingungen der Transformation selbst«, schreibt Agnoli.[1047] Und auch Bernhard Blanke sah im Grundgesetz keinen Ausgangspunkt für Sozialismus.[1048] Als Alternative zur Institutionenwelt der bürgerlichen Gesellschaft und dem staatsozialistischen Parteikommunismus diskutierte die antiautoritäre Linke die Perspektiven direkter Demokratie und rätedemokratischer Systeme.[1049] Abendroth, der in der Weimarer Republik selbst die Auflösung der parlamentarischen Demokratie zugunsten der Rätedemokratie vertreten hatte, erteilte nun der Absolutsetzung des Rätegedankens eine Absage. Dies wird unter anderem in einer Stellungnahme von 1970 deutlich:

> Ich bin natürlich nicht gegen die Räteorganisation. Eine Räteorganisation ist jedoch in einer hochtechnisierten Gesellschaft ohne das Korrelat einer zentral übergeordneten und damit die Kommunikation vermittelnden politischen und ökonomischen Institutionswelt undenkbar. Daran besteht kein Zweifel. Mit dem revolutionären Demokratismus der SDS-Vorstellungswelt von vor zwei, drei Jahren allein können Sie weder eine Gesellschaft umstürzen noch die umgestürzte Gesellschaft organisieren.[1050]

Parlamentarismus als Übergangsform

Der Parlamentarismus blieb für Abendroth eine historische Übergangsform. Seifert meinte, Abendroths Verfassungstheorie habe keinen »sozialistischen« oder »rätemäßigen« Staat vorgesehen, sondern nach Marx eine klassen- und staatenlose »Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden

---

[1046] Zit. nach Wolf 1996, 323.

[1047] Agnoli, Johannes (1968): Thesen zur Transformation der Demokratie und zur außerparlamentarischen Opposition, in: neue kritik 47 (1968), 29f.

[1048] Vgl. Lönnendonker/Rabehl/Staadt 2002, 146.

[1049] Vgl. Karl 2003, 111. Auch Dutschkes Parole vom Marsch durch die Institutionen hat die subversiv-kritische Vertiefung der Widersprüche zum Ziel, blieb aber letztlich spontaneistisch-aktivistisch und sollte diese Institutionenwelt als Herrschaftsapparat aufsprengen und nicht transformieren.

[1050] Abendroth, Wolfgang (1970): Leninismus. »Auch heute führt die Unterklasse den Klassenkampf, wenn auch mit falschem Bewusstsein« (Interview), in: Der Volkswirt/Wirtschaftswoche, 16/1970, 17. 4. 1970, 38.

die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.«[1051] Dabei sei die Verfassung der demokratischen Republik, in der es demokratische und soziale Teilhabe gibt, auch die Verfassung einer sozialistischen Gesellschaft, solange diese »Staat« noch benötige. Aber Abendroth wandte sich sowohl gegen die Absolutsetzung von Organisation und Partei als auch gegen die Absolutsetzung der außerparlamentarischen Aktionen und den Verzicht auf Diskussion mit Parlament und Parteiensystem durch Vertreter der studentischen Opposition wie Rudi Dutschke.[1052]

Agnoli: »Transformation der Demokratie«

In der Frage von Staat, Verfassung und Parlament redeten Linkssozialisten und antiautoritäre Linke aneinander vorbei, nahmen sich entweder nur verkürzt oder gar nicht wahr.[1053] Das zeigt sich, wenn man die *Thesen zur Transformation der Demokratie* (1968) von Johannes Agnoli mit Abendroths Verfassungsinterpretation konfrontiert.[1054] Die klassische parlamentarische Demokratie des Industriezeitalters, die Engels noch als Austragungsort des Klassenkampfs betrachtete, existierte für Agnoli nicht mehr.[1055] »Mit einem solchen Staat kann unsere Gesellschaft, die Atomkraft produziert und mit Atomkraft produzieren wird, sehr wenig anfangen.«[1056] Die von Friedrich Engels entwickelte Perspektive habe sich umgedreht. Die »bürgerliche Republik«, nach Engels die beste Form für die offene, unter Umständen sogar friedliche Austragung des Klassenkampfes und des Herrschaftskonflikts, transformiere sich zur besten Form, die abhängige Klasse in das kapitalistische System der Produktion und in das bürgerliche System der Herrschaft zu integrieren. Die Parteien im demokratischen Pluralismus hätten aufgehört, konkrete gruppen- oder klassengebundene Interessen zu vertreten und seien zu staatspolitischen Einrichtungen geworden, in der das Volk zur bloßen Manövriermasse im Konkurrenzstreit politischer Führungsgruppen geworden sei.[1057] Die (schein)konkurrierenden Parteien bildeten die plurale Fassung einer Einheitspartei. Die fundamentaloppositionellen Parteien, die sich auf das »parlamentarische Spiel« einließen und den außerparlamentarischen Kampf nicht mehr als das wesentliche Mittel des Herrschaftskonfliktes praktizierten, drohten ihre emanzipatorische Qualität zu verlieren und sich in bü-

---

[1051] Vgl. Seifert 2001, 80.

[1052] Vgl. Wilfert, Otto (1968): Lästige Linke. Ein Überblick über die außerparlamentarische Opposition der Intellektuellen, Studenten und Gewerkschaften, Mainz, 18.

[1053] Agnoli und Abendroth nahmen nicht direkt aufeinander Bezug, obwohl sie beide Schlüsselfiguren für die Parlamentarismusdebatte waren.

[1054] Vgl. Agnoli 1968. Das einflussreiche Standardwerk blieb: Agnoli, Johannes/Brückner, Peter (1968): Die Transformation der Demokratie, Frankfurt.

[1055] Vgl. Agnoli 1968, 24.

[1056] Agnoli 1968, 24.

[1057] Vgl. Agnoli 1968, 26.

rokratische Integrationsapparate zu verwandeln.[1058] Dadurch werden, so Agnoli, die demokratischen Kräfte durchaus gewollt neutralisiert.

Außerparlamentarische Opposition ist für Agnoli nicht grundsätzlich antiparlamentarisch. Sofern jedoch Parlamente trotz demokratischer Wahlakte, aus denen sie hervorgehen, antidemokratisch funktionierten, müsse der Kampf für die Demokratie in antiparlamentarischer Praxis geführt werden.[1059] Dabei ließ Agnoli offen, ob der Prozess der Transformation der Demokratie wieder rückgängig gemacht werden könne. Agnoli beobachtete die Funktionalisierung des parlamentarischen Systems für einen organisierten Kapitalismus und thematisierte neue Formen der Einbindung durch Sozialstaat und Verteilungspolitik.

Diesen Modernisierungsprozess beschrieb Agnoli wesentlich genauer als Abendroth. Doch im Unterschied zu Abendroth waren nicht die konkreten Klassenkämpfe Ausgangspunkt seiner Analyse, sondern Agnoli argumentierte ausgehend von der kapitalistischen Systemlogik. So konnte er den dialektischen Zusammenhang von formalem Recht und herrschaftsförmigem Inhalt herausarbeiten und beschrieb davon ausgehend die dem Spätkapitalismus immanente Tendenz zur Involution: einen komplexen politischen, gesellschaftlichen und ideologischen Prozess der Rückbildung demokratischer Staaten, Parteien, Theorien in vor- oder antidemokratische Formen.[1060] Das parlamentarische System blieb in seiner Sicht nur Instrument der Herrschenden. Die Transformation der Demokratie betrachtete er lediglich als Modernisierung des bürgerlichen Staates und Verbesserung im Sinne einer Modernisierung von Herrschaftsmitteln.[1061] So blieben auch die politischen Rezepte Agnolis die alten: »Nicht Brot und Spiele noch Wahlzettel, sondern die Gewalt hat im Laufe der bisherigen Geschichte soziale Kräfte der Manipulation entzogen und Freiheit verwirklicht.«[1062] Nur die Fundamentalopposition sei daran interessiert, politische und gesellschaftliche Missstände schonungslos aufzudecken.[1063] Dagegen sah Abendroth, lange bevor der Begriff der Zivilgesellschaft Konjunktur hatte, dass die Kämpfe um Hegemonie unter den transformierten politischen Verhältnisse auch zivilere Formen der politischen Auseinandersetzung forderten.

[1058] Vgl. Agnoli 1968, 29.
[1059] Agnoli 1968, 31.
[1060] Vgl. Jünke, Christoph (2003a): Ein Zyniker war er nie. Zum Tode des Politikwissenschaftlers und Sozialisten Johannes Agnoli, in: SoZ - Sozialistische Zeitung, 6/ 2003, 18.
[1061] Vgl. Agnoli/Brückner 1968, 10.
[1062] Agnoli/Brückner 1968, 30.
[1063] Vgl. Agnoli/Brückner 1968, 81.

Eine wesentliche Diskrepanz zwischen den beiden Ansätzen wird auch in einem Diskussionsbeitrag Agnolis erkennbar.[1064] Agnoli charakterisiert im Jahr 1988 die Politik von Abendroth, dessen Empörung

> eigentlich im wesentlichen daraus resultierte, daß er sagte, jetzt ist durch die Große Koalition, durch die Notstandsgesetzgebung, durch die Politik der Restauration ist im Grunde genommen, der Pakt, der Kompromiß, der Waffenstillstand zwischen Bürgertum und den Organisation der Arbeiterbewegung aufgekündigt worden.[1065]

Die ironisierende Darstellung macht kenntlich, dass Agnoli Abendroths historisch-materialistische Herangehensweise zumindest ignoriert. Für Agnoli musste diesen Verhältnissen ein Alternativentwurf entgegengehalten werden. Der historische Materialist Abendroth hingegen gewann die Alternative aus den Widersprüchen der Gesellschaft selbst. Sein Pochen auf den Normengehalt des Grundgesetzes war nicht einfach moralische Empörung, sondern als Zwischenergebnis der konkreten historischen Kämpfe das einzige, worauf sich eine Emanzipationsbewegung berufen konnte, wenn sie nicht einfach nur mit utopischen Idealvorstellungen hantieren wollte. Waren im Grundgesetz bereits Freiheitsrechte festgeschrieben, die noch nicht verwirklicht waren oder unterlaufen wurden, mussten diese eingeklagt werden, auch um das System damit über sich hinaus zu treiben.

Integrationstendenzen

Für Abendroth wichen politische Intellektuelle wie Agnoli den Problemen nur aus. Die Einbindung in die Arbeit im Parlament konnte, so Abendroth auf der Sozialistischen Februarkonferenz, natürlich zu opportunistischem »parlamentarischen Kretinismus« im Sinne Rosa Luxemburgs führen.[1066] Aber es gäbe keinen Schritt in der Arbeiterbewegung, der nicht auch diese Gefahren enthalte. Jede Kampforganisation brächte Verselbständigungs- und Entfremdungsgefahren in Richtung eines bürokratischen Bewusstseins hervor. Diesen Entwicklungen könnte aber laut Abendroth durch ständige Aktualisierung der Demokratie entgegengewirkt werden. Deshalb müsse die junge kritische Intelligenz für eine permanente demokratische Diskussion

---

[1064] FU Berlin (1988a): Verfassungskritik der Außerparlamentarischen Opposition. Diskussion mit Johannes Agnoli und Ulrich K. Preuß (Diskussionsleitung: Werner Süß) vom 25. 5. 1988, Ringvorlesung »1968. Vorgeschichte und Konsequenzen«, Internet: http://www.glasnost.de/hist/apo/ apo885.html (Stand: 28. 4. 2004).

[1065] Ebd.

[1066] Abendroth, Wolfgang (1968f): Gesellschaftliche Bedingungen für ein sozialistisches Aktionsprogramm und Aufgabe eines Sozialistischen Zentrums, Transkript des Referats auf der Sozialistischen Februarkonferenz am 3. 2. 1968 in Offenbach, 17.

sorgen. Sie dürfe aber nicht aus Furcht vor diesen Gefahren der Notwendigkeit ausweichen, solche Organisationsformen zu schaffen.[1067]

Wahlbeteiligung

Ähnlich argumentiert Abendroth zur Beteiligung bei Parlamentswahlen. Rabehl kritisierte etwa die Disfunktionalität des Parlaments, das nur noch außerparlamentarischen »Pressure Groups« zu applaudieren habe.[1068] Radikaldemokratische Linksparteien, die sich dem Mechanismus dieser praktizierten Realpolitik anvertrauten, übernähmen Hilfsfunktionen für die etablierten Parteien, indem sie die Unzufriedenen wieder in diesen Manipulationszusammenhang zurückführten und gleichzeitig Illusionen für den parlamentarischen Kampf schürten. Dagegen könnten allein Aktionen der direkten Entlarvung und der Verweigerung diesen spätkapitalistischen Herrschaftsapparat stören oder gar blockieren.[1069] Rabehl macht hier einen Unterschied zwischen der Politik des SDS und der Kommunistischen Partei aus:

> Nur die Provokation dieses Staatsapparates durch die Aktion, die Überraschungsangriffe und die blindwütigen Reaktionen des Polizeiapparates und der Administration schufen in den verschiedenen Bereichen eine vorrevolutionäre Situation und zerstörten gerade die Identifizierungen der Arbeiter mit den gesellschaftlichen Strukturen, die die soziale Sicherheit versprachen und das Vertrauen in die Gewerkschaftsbürokratie.[1070]

Die Antiautoritären sahen in einer Wahlbeteiligung die Teilnahme an dem »manipulativen Zusammenhang der westdeutschen Scheindemokratie«[1071] Auch das Argument der Abwehr der NPD wurde in Frage gestellt: Dutschke bezeichnete 1968 die NPD als Mythos der Herrschenden. Der heutige Faschismus stecke in den autoritären Institutionen und im Staatsapparat.[1072] Andere sahen durch die neuartigen internationalen Koordinationsformen einen Funktionsverlust der Parlamente, deren Rolle als Tribüne des Klassenkampfs entfalle.[1073]

Abendroth wehrt sich gegen die eindimensionale Betrachtung des Wahlvolks als manipulierte Manövriermasse. Er hielt sich hier an Engels, der im

---

[1067] Vgl. Abendroth 1968a, 125f.
[1068] Rabehl, Bernd (1968): Der SDS und die Strategie der direkten Aktionen in Westeuropa, in: neue kritik 50 (1968), 26-53.
[1069] Vgl. Rabehl 1968, 33.
[1070] Rabehl, 1968, 45.
[1071] Vgl. Ryschkowsky 1968, 200.
[1072] Vgl. Dutschke, Rudi (1980): Geschichte ist machbar. Texte über das herrschende Falsche und die Radikalität des Friedens, hg. v. Jürgen Miermeister, Berlin, 115.
[1073] Vgl. Ryschkowsky 1968, 200.

allgemeinen Wahlrecht im parlamentarischen System nicht »nur« ein Mittel der besitzenden Klassen, die besitzlosen Massen zu täuschen, sondern »auch« eine kräftige Waffe der Demokratie und Emanzipation sah.[1074] An diesem dialektischen Verhältnis hatte sich für ihn nichts Grundsätzliches geändert. Der Wahlkampf sollte den Bürgerinnen und Bürgern systematisch eine Alternative vor Augen führen. Mit Provokation und Eskalation wollte man die Verhältnisse nur entlarven, notwendig waren nach seinem Verständnis immer auch konkrete alternative Politikangebote mit Zwischenschritten.

Außerparlamentarische Bewegung und Parlament

Abendroth waren die Bedenken gegen das parlamentarische System keineswegs fremd. In einem Schreiben an das SDS-Mitglied Böhme von 1959 erklärte er, es sei undifferenziert, die parlamentarische Demokratie (auch in der Form des Bonner Grundgesetzes) nur als Instrument der herrschenden Klasse zu begreifen.[1075] Hier könne es keine dogmatischen Rezepte geben. Vielmehr war dies für ihn eine Frage der politischen Praxis. Im Gegensatz zur Sprengung des bürgerlichen Staates, versteht Abendroth den demokratischen Kampf um die Kommandostellen der Republik bereits als Teil der Transformation. Die Zusammensetzung des Parlaments und der Zustand der Oppositionsparteien ist für ihn durchaus Spiegelung der realen Kräfteverhältnisse in der Gesellschaft. Parlamentarische Arbeit von Sozialisten könne entsprechend der Analysen von Marx und Engels über diese Form des proletarischen Klassenkampfes nur Ausdruck ihrer außerparlamentarischen Tätigkeit in Verbindung mit der Mobilisierung des Volkes sein.

> Die Aufgabe der parlamentarischen Beteiligung, des parlamentarischen Kampfes der Arbeiterbewegung kann nur dann sinnvoll gelöst werden, wenn immer die Tätigkeit in den Parlamenten ein Mittel zur Aktivierung der Tätigkeit außerhalb der Parlamente bleibt und mit dem außerparlamentarischen Kampf verbunden bleibt. Sozialistische Parlamentsfraktionen haben nicht soviel Machtanteil im Parlament, wie sie Mitglieder haben, sondern soviel, wie der Aktionswille und die Aktionsbereitschaft der Arbeiterklasse ihnen verleiht, deren Steigerung sie dienen.[1076]

Abendroth macht das in einer Vorlesung 1969 deutlich.[1077] Seit Beginn des modernen Parlamentarismus vollziehe das Parlament seine Willensbildung

---

[1074] Vgl. Abendroth 1975b, 27.
[1075] IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 61, Brief an R. Böhme vom 13. 10. 1959.
[1076] Ebd.
[1077] IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 393, Vorlesung Sommersemester 1969: Die Außerparlamentarische Opposition (APO) und ihre Bündnispolitik. Protokoll von Kolloquium und Vorlesung (6. Mai – 20. Juni 1969).

als Spiegelung realer Willensbildung der Kräfte in der Nation, der verschiedenen sozialen Schichten und Klassen, die ihre Repräsentanten zwar ins Parlament entsenden mit dem theoretischen Hintergrund, sie mögen doch selbstständig den Willen des Staates für sie bilden, in Wirklichkeit aber mit dem Auftrag, ihre Interessen im Parlament wiederzugeben, ihre Kompromisse zu realisieren.

Unterklassen im Parlament

Mit der Demokratisierung des Wahlrechts seien mit der Sozialdemokratie soziale Unterklassen in den Raum des Parlaments eingedrungen, »obwohl sie zunächst ja nur als Akklamatoren gewünscht werden«.[1078] Diese Unterklassen und ihre Parteienwelt wie ihre sonstige Organisationswelt seien sich dieser Oppositionsrolle bewusst gewesen und hätten genau gewusst, dass ihre Organisationswelt dabei die außerparlamentarische Opposition repräsentierte, die auf das Parlament und gleichzeitig ihre Parlamentsfraktionen im Parlament drückt. Während des Ersten Weltkriegs hätte sich die außerparlamentarischen Aktivitäten einer prinzipiellen Opposition, die sich bis dahin ihre außerparlamentarische Aktivität im Wesentlichen doch darauf richtet, von der parlamentarischen Aktivität ihrer Vertreter im Parlament dann ergänzt zu werden, völlig verselbständigt. Doch Abendroth endete mit der rhetorischen Frage, ob sich damit das Grundprinzip der Differenz zwischen außerparlamentarischer Aktivität und Rückspiegelung ins Parlament in der heutigen Periode wirklich verschwunden sei.

In der besagten Vorlesung machte Abendroth deutlich, dass mit der Verabschiedung der Notstandsgesetzgebung diese Opposition zerfallen und wirkungslos werden musste, wenn sie inzwischen nicht gelernt hatte, auf längerfristige politische Perspektiven hin zu kombinieren.[1079] Doch genau das hätte sie eben nicht gelernt, schon wegen des Widerspruches besonderer gewerkschaftsbürokratischer Interessen, relativ utopischer studentischer Interessen, die sich bald wieder in den inneruniversitären Kampf zurückzogen, und den Mangel einer integrierenden politischen Spitze im Ganzen.

Eigendynamik der APO

Folgt man Abendroth, fehlte die angesprochen Spitze spätestens seit der Verabschiedung des Godesberger Grundsatzprogramms der SPD. Die systematische Aufbauarbeit eines stabilisierenden sozialistischen Zentrums, das sich auch die Option einer späteren linkssozialistischen Parteigründung vorbehielt, wurde von der antiautoritären Revolte überrollt. Die Eigendynamik der antiautoritären Revolte traf die linkssozialistische Neue Linke völlig unvorbereitet.

Eberhard Dähne, der zusammen mit Frank Deppe die Gründung einer Partei favorisierte, zog in einem informellen Strategiepapier vor der Bundestags-

[1078] Ebd.
[1079] Ebd.

wahl 1969 Bilanz.[1080] Die machtvolle Entwicklung sei über die Ansätze des *Sozialistischen Zentrums* einfach hinweggegangen. Unmittelbar nach der Großen Koalition wäre eine Organisation wie das *Sozialistische Zentrum* von einiger Bedeutung gewesen. Nach den Aktionen gegen die Verkehrspreiserhöhungen in Bremen, nach den Osterunruhen, dem 1. Mai in Berlin und der Schlussphase der Notstandskampagne sei das SoZ als organisatorischer Ansatzpunkt und als Angebot an linkssozialdemokratische und sozialistische Kräfte bedeutungslos geworden. Zwischen der Arbeitskonferenz und der Februarkonferenz sei man auch zu schematisch vorgegangen. Der Kontakt zur außerparlamentarischen Opposition sei nicht so eng gewesen, wie er hätte sein können und hätte sein müssen. Man habe dort die Prozesse nicht wahrgenommen oder unterschätzt: »Mir selbst ist so einiges erst im Verlauf der Osterereignisse und auf den nachfolgenden teach-ins klargeworden«.[1081] Hätte man die Struktur und Sozialpsychologie der Neuen Linken richtig eingeschätzt, so Dähne rückblickend, hätte man die Februarkonferenz nicht mehr initiiert. Diese Konferenz sei im Nachhinein schlecht vorbereitet und langweilig gewesen. Überhaupt betrachtete sie Dähne nun grundsätzlich als Fehler, da dadurch sehr viel Energie gebunden worden sei. Dähne verabschiedete sich von den großen Plänen und wollte nun entsprechend den Kräften weiterarbeiten und eine Debatte über das weitere Vorgehen anstoßen.

2. Scheitern des Wahlbündnisses

Demokratische Linke

Auch alle weiteren Wahlalternativen und Parteiprojekte scheiterten, da sie nicht breit genug in der Linken verankert waren. So zum Beispiel die *Demokratische Linke* (DL), zu deren Wahl das SoZ im April 1968 mit der Unterstützung Abendroths aufrief.[1082] Doch hinter den Kulissen legte Abendroth gegenüber Eugen Eberle von der *Demokratischen Linken* in einem ausführlichen Schreiben seine Sicht der Dinge offen.[1083] Er habe Bedenken mit einer in den Bundestagswahlen 1969 zweifellos erforderlichen Gruppierung von links in den Landtagswahlen in Baden-Württemberg aufzutreten, da die Linke zur Bundestagswahl 1969 nicht durch Misserfolge und Niederlagen belastet antreten sollte. Man sollte sich in den Wahlen bis zur Bundestagswahl

[1080] Privatarchiv Hecker, »SZ«, Einige vorläufige Überlegungen zur gegenwärtigen Arbeit des Sozialistischen Zentrums und des Sozialistischen Büros, ohne Datierung, wahrscheinlich Anfang 1969. Dähne teilt im Kern diese Einschätzung bis heute.
[1081] Ebd., 2.
[1082] Ebd. Das Wahlprogramm der DL 1967 findet sich in: Ryschkowsky 1968, 169ff.
[1083] IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 777, Brief an Eugen Eberle vom 14.3.1968.

die gegenwärtig jeweils günstigsten Möglichkeiten aussuchen, in denen die Chance besteht, die Schranken der Fünf-Prozent-Klausel zu überspringen. Er rechnet sich aber für die DL keine Wahlchancen aus. »Alles das ändert nichts daran, daß nun die Würfel gefallen sind und also alles darauf ankommt, einen möglichst großen Wahlerfolg der DL sicherzustellen.«[1084] Der zweite Teil des Briefs enthielt Passagen, die die DL veröffentlichen konnte, und in der er sich Abendroth mit der DL solidarisch erklärte und die Verdienste der DL hervorhob.[1085]

Gießener Kreis

Ganz ähnlich war Abendroths Haltung zum Wahlbündnis *Aktion demokratische Front* (ADF), das vor allem von Werner Hofmann forciert wurde. Die Wahlalternative trat zur Bundestagswahl 1969 an und hatte zunächst strukturell einen neuartigen dezentralen Charakter.

Die ADF hatte sich aus dem von Werner Hofmann angeregten Gießener Kreis entwickelt.[1086] Aus dem Gießener Kreis hatte sich rasch eine Initiative zu einem Aktions- und Wahlbündnis der APO entwickelt. Durch das Scheitern der linkssozialistischen Wahlalternative des *Sozialistischen Zentrums* verblieb der Gießener Kreis als einziges Projekt der demokratischen Opposition zur Bundestagswahl. Im Juli 1968 veröffentlichte der Kreis 1968 einen Aufruf zu einem Wahlbündnis.[1087] Der Aufruf war unter anderem von Ernst Bloch, Ossip K. Flechtheim, Heinrich Hannover, Martin Walser, Günther Wallraff und Wolfgang Abendroth unterzeichnet.

Polyzentrisches Wahl- und Aktionsbündnis

Ziel der ADF war ein Wahlbündnis ohne KPD- und DFU-Hypotheken. Ein Grundgedanke war früh die »Gleichberechtigung aller Teile«, die »Vielfalt« und ein »Koordinierter Polyzentrismus«.[1088] Nach Vorstellungen der Initiatoren sollte das Wahlbündnis den Charakter einer radikaldemokratischen Plattform haben, das Minimalforderungen stellte, aber auch offen blieb, um weiter wachsen zu können. Ansatzpunkte wollte man so Sozialisten, aber auch Leuten jenseits der APO bieten. Der Wahlkampf sollte nicht auf den Wahlakt hin orientiert sein, sondern kritisches Bewusstsein für grundsätzliche gesellschaftliche Veränderungen schaffen. Auf der Pressekonferenz wies Abendroth darauf hin, dass eine Repolitisierung der Bevölkerung angestrebt werde.[1089] Entscheidend sie nicht der Wahlerfolg von

---

[1084] Ebd.

[1085] Ebd.

[1086] Vgl. Ryschkowsky 1968, 65. IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 812, Schreiben von Werner Hofmann vom 23. 2. 1968: Hofmann lädt Abendroth zu Gesprächen des Gießener Kreises ein.

[1087] Vgl. Ryschkowsky 1968, 174f.

[1088] IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 778, Grundgedanken zum Aufruf zur Bildung eines Wahlbündnisses. Erarbeitet in der Sitzung des Gießener Kreises vom 4. 5. 1968.

[1089] Vgl. Frankfurter Rundschau, 2. 7. 1968.

1969, sondern die Aktivierung des demokratischen Potentials als Gegenfront insbesondere zur NPD und Bündelung der Kräfte der Demokratie, die sich

> über alle Unterschiede im einzelnen hinweg zu gemeinsamem Handeln finden und ihrem Widerspruch im Bundestagswahlkampf durch eine überzeugende politische Alternative Ausdruck geben sollten.[1090]

Die Absicht, eine feste Partei zu gründen, bestand zunächst nicht. Das Bündnis sollte netzwerkartig durch flache Hierarchien charakterisiert sein. Jede der mitwirkenden Gruppen solle in dem Bündnis, das gleichzeitig als Aktionsgemeinschaft gedacht sei, die sich selbst gestellte Aufgabe weiter verfolgen. Auch sollte keine einzelne Gruppe einen praktischen Führungsanspruch vertreten können.

Wegfall der Studenten- und Ostermarsch-bewegung

Doch das Wahlbündnis stand ebenfalls unter einem schlechten Stern. Der VDS verweigerte sich der Anti-Notstandspartei und wollte sich nach einigen Rückschlägen wieder mehr mit Hochschulpolitik beschäftigen.[1091] Auch die *Kampagne für Demokratie und Abrüstung* (KfDA) verweigerte im September die weitere Mitarbeit. Bereits im August hatte sich Klaus Vack von der KfDA vom Gießener Kreis distanziert. Gegenüber Abendroth gab er zu verstehen, dass die Kampagne nicht mit dem Kreis identifiziert werden wollte.[1092] Weitere gemeinsame Aktionen schloss Vack nicht aus, wohl aber die Beteiligung an einem Wahlbündnis. Ein solches Wahlbündnis war seiner Meinung nach nicht effektiv und ein Teil der von der Kampagne repräsentierten Opposition lehnte unter den gegenwärtigen Bedingungen ohnehin jedes parlamentarische Auftreten ab. Nicht zuletzt verwies Vack darauf, dass einige Anhänger und Sympathisanten der Kampagne Mitglieder der SPD und FDP waren.[1093] Offenbar aus Sorge um die Einheit der KfDA beschloss ihr Zentraler Ausschuss 14./15. 9. 1968, sich nicht an einem Wahlbündnis oder einer Partei zu beteiligen.[1094]

Nun fehlte Hofmann auch das diplomatische Geschick. Nach persönlichen Differenzen zwischen Hofmann und Schauer blieben auch die linkssozialistischen Vertreter des SDS fern; der antiautoritäre Flügel des SDS war grund-

---

[1090] IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 738, Sozialistischer Bund, Informationen & Erklärungen, 18. 6. 1968.

[1091] IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 812, Schreiben des VDS, o. D.

[1092] IISG, Nachlass, Abendroth, Nr. 760, Brief von Klaus Vack an Abendroth vom 17. 8. 1968 und vom 24. 9. 1968.

[1093] Ebd.

[1094] IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 760, Brief der Kampagne für Demokratie und Abrüstung (Klaus Vack) an Abendroth 24. 9. 1968.

sätzlich antiparlamentarisch gestimmt. In der Organisationsfrage zog sich ein Riss quer durch die demokratische Opposition.

Heinrich Böll

Die Distanz zur Wahlalternative erklärt sich auch aus der insgesamt deprimierten Stimmung in der demokratischen Opposition im Sommer 1968. Das zeigt ein Brief von Heinrich Böll an Abendroth vom 30.6.1968:

> Wenn ich trotzdem den Aufruf zu einem Wahlbündnis nicht unterschrieben habe: ich bin mir nicht sicher, ob es einen Sinn hat, in einer Scheindemokratie, die ihre Scheinbarkeit so unangefochten etabliert hat, noch mit einem wirklich demokratischen Mittel, wie es ein solches Wahlbündnis wäre, zu operieren. Bitte lassen Sie mich weiter informieren. Ich brauche noch Zeit, um zu einem Entschluss zu kommen. In Ihrem Brief haben sie die Lage nach der Dritten Lesung sehr genau und richtig analysiert, aber ich zweifle daran, ob die BRD von i n n e n noch zu retten ist.[1095]

Abendroth antwortete am 2. 7. 1968:

> [...] es freut mich, daß wir nach wie vor in der Bewertung der Gesamtlage durchaus übereinstimmen. Ihr Zögern verstehe ich nur zu gut und vor allem den Pessimismus, auf dem er beruht. In Ihrer Funktion – als Dichter – halte ich im Grunde Ihre Verhaltensweise auch für völlig vertretbar. Natürlich werde ich Sie über den Weitergang informieren und wenn Sie einmal wieder das Minimum einer Chance sehen, einzugreifen, daß es auch Ihnen gerechtfertigt erscheinen läßt, öffentlich Eingriff zu riskieren, werde ich extrem glücklich sein. Wir anderen müssen halt immer wieder predigen, auch um eine Chance von 0,1 Prozent zu kämpfen, schon damit Reste einer demokratischen Tradition jede Durstperiode überstehen können, auch in diesem Deutschland.[1096]

ADF und Kommunisten

Der Wegfall vieler unorthodoxer Linker hatte Konsequenzen. Ryschkowsky schreibt:

> Mit dem Wegfallen organisatorischer Starthilfen für eine neue Wahlkampagne durch den SDS, das SZ oder die KDA, die ihre eingespielten Apparate dafür nicht einsetzen würden, fehlte dem *Giessener Kreis* eine brauchbare, relativ unabhängige Operationsbasis. Sollten die Professoren nicht auf die Realisierung ihrer Konzepte verzichten, mußten sie wohl oder übel von der Partnerschaft jener Kräfte gebrauch machen, deren Mitarbeit ihnen zu-

[1095] IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 41, Brief von Heinrich Böll vom 30. 6. 1968.
[1096] IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 41, Brief an Heinrich Böll vom 2. 7. 1968.

> nächst unzuträglich erschienen war: der erprobten Funktionäre und Apparate der DFU und des Bundes der Deutschen (BdD).[1097]

Am 2. 11. 1968 ging aus dem Gießener Kreis schließlich das Wahlbündnis *Aktion Demokratischer Fortschritt* (ADF) hervor. Diesem gehörten nun die DFU, der Bund der Deutschen, die DKP und nichtorganisierte Intellektuelle an.[1098] Seit dem Einmarsch der Warschauer-Pakt-Staaten in die CSSR Ende August war die Beteiligung der DKP eine Hypothek, die jeden Wahlerfolg aussichtslos machte.

Distanz Abendroths

Auch wenn Abendroth die ADF nach außen unterstützte, so war sie von Beginn an ein Projekt Werner Hofmanns.[1099] Abendroth blieb solidarisch beteiligt, übernahm jedoch keine Ämter. Burkhardt gewinnt den Eindruck, dass sich Abendroth gegenüber dem Kreis zurückgehalten habe.[1100] Diesen Eindruck verstärken auch die Quellen im Nachlass. Die innere Distanz Abendroths zu dem Projekt wird bereits im Juni/Juli 1968 in einem Brief an Peter C. Walther sichtbar, der sich vor der überraschenden Gründung der DKP am 26. 9. 1968, auch mit den Perspektiven einer kommunistischen Partei beschäftigt:

> Man soll die Gießener Geschichte in einem unterstützten Vorprall, sich überhaupt zu beteiligen und von unten anlaufen zu lassen, auslaufen lassen, dann hat sie eine nützliche Funktion. Dann sollten wir vom Zentrum aus für die verschiedenen Gruppierungen ein knappes Programm von Mindestlosungen entwerfen, die in der Akzentuierung über den Bündnischarakter bereits hinausgehen und im Bündnis, aber geschlossen und selbständig auch im Wahlkampf vertreten werden können. Daß der Parteigründungsantrag im Augenblick unsinnig wäre, weil jede Basis dafür fehlt, leuchtet ein. Die Diskussion des KPD-Programmentwurfs ist vorläufig theoretisch und soll theoretisch bleiben und dabei soll man natürlich kritisch verfahren und freundlich aber sachlich klar analysieren. Das braucht das Bündnis in keiner Weise zu sprengen und darf es nicht sprengen. Manipulationsversuche von einigen Kreisen kann man geschickt einfach abfangen und unwirklich ma-

---

[1097] Ryschkowsky 1968, 65. Ryschkowsky (1968, 67f) weist auf die Ähnlichkeiten von Organisation, politischer Strategie und Taktik von BdD (Vorläufer von DFU), DFU und kommunistischen Konzepten hin. Zu Dr. med. Hans Brender, Krefeld (BdD) bestand bereits seit Mai Kontakt. Er wurde zum Koordinator des Gießener Kreises.

[1098] Vgl. Claas/Hofmann-Götting/Käpernick/Limbers (Hg.) 1999, 33.

[1099] IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 48, Brief an Peters vom 9. 1. 69: Abendroth bestätigt, dass der Schwerpunkt der ADF bei Hofmann lag.

[1100] Vgl. Burkhardt 1993, 131. Das gesichtete Material im Nachlass spricht für diese These.

> chen. Reproduzieren werden sie sich immer wieder – aber man muß sie eben freundlich auffangen.[1101]

Abendroth im Visier

Nach außen macht Abendroth auf die Notwendigkeit des Bündnisses aufmerksam. Er erhoffte sich, dem Antikommunismus entgegenzuwirken und Druck auf die SPD auszuüben.[1102] Damit stieß nun Abendroth zunehmend auf Befremden. Der SB Freiburg bedauerte in einem Brief vom 9. 12. 1968, dass Abendroth bei der ADF mitarbeite. Er ließe sich von den Initiatoren aus der DKP einspannen.[1103] Abendroth meinte, man sei sich über die Intervention in der CSSR ebenso einig, wie in der Einschätzung der anarchistischen Strömungen im SDS. Allerdings dürfe man sich kein abstraktes Bündnisverbot gegenüber anderen politischen Organisationen auferlegen. Das würde unter anderem der kommunistischen Parteibürokratie nutzen.

> Langfristig sind wir, so glaube ich, auf die Kooperation mit den Kommunisten angewiesen und das bedeutet für uns die Notwendigkeit, ständig von außen zu versuchen, auf die Entwicklung der DKP Einfluß zu nehmen. Lehnen wir das strikt und für immer ab, isolieren wir nicht uns selbst, sondern auch die kritischen Kräfte unter den Kommunisten in ihrer eigenen Organisation. Diese Kooperationsbereitschaft bedeutet für mich nicht – und das habt ihr möglicherweise in eurer Kritik übersehen – die uneingeschränkte Zustimmung zu der offiziellen KP-Politik, sondern setzt im Gegenteil die Kritik an ihr voraus. […] Wir könne uns auch bei den Bundestagswahlen nicht einfach tot stellen, weil das nicht nur ein Eingeständnis unserer völligen Ohnmacht wäre, sondern vor allem den anarchistischen und antiparlamentarischen Stimmungen weiteren Auftrieb geben würde.[1104]

Abendroth macht in einem Brief an Dr. Hans Brender am 4. 3. 1969 allerdings deutlich, dass die Gesamtaussichten der ADF durch die Fehler der Kommunisten (u. a. CSSR, DKP-Gründung) verspielt seien und ihre Erfolgsaussichten keinesfalls über die drei Prozent hinausreichen.[1105] Er halte schon zwei Prozent für einen Erfolg. Der Schwung einer wirksamen Bündnisbewegung sei dadurch gebrochen worden. Das Wahlergebnis war für die ADF letztlich niederschmetternd: Sie konnte die APO nicht für sich mobilisieren und erreichte lediglich 0,6% der Stimmen.

[1101] IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 766, Brief an Peter C. Walther, Juni/Juli 1968.
[1102] Vgl. Burkhardt 1993, 131f.
[1103] IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 739, Brief vom SB Freiburg vom 9. 12. 1968
[1104] IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 739, Brief vom 5. 3. 1969.
[1105] IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 41, Brief an Hans Brender vom 4. 3. 1969.

VII. »Marburger« und »Frankfurter« Schule

Das Frankfurter *Institut für Sozialforschung* (IfS) und das Marburger *Institut für wissenschaftliche Politik* (IwP) waren die einzigen Standorte dialektisch-kritischer Wissenschaft in der Bundesrepublik der 1950er und 1960er Jahre. Auf kritische linke Studentinnen und Studenten übten beide Institute eine große Anziehungskraft aus, weil hier wissenschaftlich und erkenntnistheoretisch ein anspruchsvolles Alternativprogramm zu den wenig selbstkritischen anderen Instituten zu erwarten war. Hans Manfred Bock hat sehr zutreffend die Deutungsangebote von Adorno und Abendroth zur kritischen Analyse der Bundesrepublik der sechziger Jahre als »Spannungs- oder Komplementärverhältnis« charakterisiert.[1106] Kritische Theorie und Reformmarxismus definierten in spezifischer Weise Themen und Selbstverständnis politischer Intellektueller. Die Neue Linke entwickelte nicht zuletzt mit Bezug auf ihre Deutungs- und Handlungsmuster eigene politischen Positionen und Aktivitäten. Das Verhältnis zwischen »Marburg« und »Frankfurt« soll daher näher beleuchtet werden. Ausgehend vom wissenschaftspolitischen Verhältnis der beiden Institute zueinander, stehen die Besonderheiten der »Marburger Schule« im Mittelpunkt des Interesses. Die Marburger Sozialwissenschaften – mit dem Institut Abendroths im Zentrum – boten der Neuen Linken ein politisch wie theoretisch attraktives wissenschaftliches Umfeld.

A. Kooperationen für eine demokratische Wissenschaft und Bildung

1. Aufbau von Demokratiewissenschaften

Die Etablierung von Politikwissenschaft und Soziologie an den westdeutschen Hochschulen war Bestandteil der Politik der »Reeducation« und einer mit ihr korrespondierenden Wissenschaftspolitik der westdeutschen Regierungen in Bund und Länder.[1107] Die Demokratisierung des Bildungs- und Wissenschaftsapparates sollte vorangetrieben werden. Im Zuge dieser Bemühungen kehrte 1950 das *Institut für Sozialforschung* (IfS) aus der Emigration nach Frankfurt zurück. An der Universität Marburg wurde ein Lehrstuhl für wissenschaftliche Politik eingerichtet, der 1951 mit Wolfgang A-

[1106] Bock 2001, 237.

[1107] Vgl. zur Geschichte der Politikwissenschaft: Bleek, Wilhelm (2001): Geschichte der Politikwissenschaft in Deutschland, München.

bendroth besetzt wurde. Damit fand die dialektisch-kritische Theorie in der Bundesrepublik eine universitäre Verankerung.[1108] Die zwei methodologisch an Marx orientierten Institute wirkten jedoch an den bundesdeutschen Hochschulen der 1950er Jahre wie ein Fremdkörper.

Wilhelmshaven-Rüstersiel

Eine Professur in seiner eigentlichen Disziplin, dem Staatsrecht, war für Abendroth aussichtslos, da die juristischen Fachkollegen die Berufung eines Marxisten blockierten. Abendroth übernahm 1949 nach Vermittlung von Kultusminister Adolf Grimme eine Stelle als kommissarischer Rektor der *Hochschule für Arbeit, Politik und Wirtschaft. Hochschule für Sozialwissenschaften* in Wilhelmshaven-Rüstersiel. Diese Hochschule war ein Reformprojekt, mit dem die sozialen Schranken des Hochschulsystems ein Stück weit abgebaut und die Reproduktion gesellschaftlicher Hierarchien bildungspolitisch abgefedert werden sollte. In Fortführung des Konzepts der früheren *Akademie der Arbeit* in Frankfurt konnten Beschäftigte ohne Abitur ein sozialwissenschaftliches Studium absolvieren. Die neue Einrichtung in Wilhelmshaven-Rüstersiel sollte diese befähigen, gehobene Funktionsstellen im Wirtschafts- und Sozialleben – beispielsweise in Gewerkschaften oder im Öffentlichen Dienst – wahrzunehmen.[1109]

Berufung Abendroths

Die im Jahr 1950 erfolgte Berufung Abendroths auf den politikwissenschaftlichen Lehrstuhl in Marburg war ein Politikum.[1110] Der Marburger Psychologe Heinrich Düker, ein ehemaliges ISK-Mitglied, hatte Abendroth für die Besetzung des Lehrstuhls ins Gespräch gebracht. In der Fakultät war Abendroth jedoch nicht willkommen. Auf der Berufungsliste erschien Abendroths Name auf der dritten Position, obwohl aus der Sicht von Hans Karl Rupp die höher platzierten Mitbewerber schon aus fachlichen Gründen ausschieden.[1111] Trotzdem berief das hessische Kabinett Abendroth auf den neugeschaffenen Lehrstuhl gegen den Widerstand der Juristischen und Tei-

---

[1108] Zu den schwierigen Umständen der Rückkehr des IfS vgl. Demirović 1999, 108ff.

[1109] Abendroth wurde zum 1. 1. 1949 vom niedersächsischen Kultusminister Adolf Grimme nach Wilhelmshaven berufen. Vgl. zu Wilhelmshaven: Abendroth 1976, 206ff.; Diers, Gerd (1972): Die Hochschule für Arbeit, Politik und Wirtschaft (Hochschule für Sozialwissenschaften) in Wilhelmshaven-Rüstersiel, Diss., Göttingen; Solms-Roedelheim, Max Graf zu (1983): Ein Hochschulexperiment der frühen Nachkriegsjahre: Sozialwissenschaften in Wilhelmshaven-Rüstersiel 1949-1962, in: Baethge, Martin/Eßbach, Wolfgang (Hg.): Soziologie: Entdeckungen im Alltäglichen. Hans Paul Bahrdt. Festschrift zu seinem 65. Geburtstag, Frankfurt/New York, 455-476.

[1110] Zum Folgenden vgl. Hecker/Klein/Rupp (Hg.) 2001.

[1111] Vgl. Rupp, Hans Karl (2001a): Die Berufung Wolfgang Abendroths nach Marburg. Politische Wissenschaft als politische Erziehung, in: Hecker/Klein/Rupp (Hg.), 70f.; Abendroth 1976, 214.

len der Philosophischen Fakultät, gegen den Willen des Universitätssenats und über den Kopf des Kultusministers hinweg.[1112] Rupp vermutete, die Wahl sei auf Abendroth gefallen, weil man eine Persönlichkeit mit einer klaren demokratiewissenschaftlichen Ausrichtung haben wollte.[1113] Es gibt weiter Hinweise, dass letztlich koalitionspolitische Gründe den Ausschlag zur Berufung Abendroths gaben: Als Zugeständnis gegenüber dem Koalitionspartner SPD sollte der dritte hessische politikwissenschaftliche Lehrstuhl nicht mit einem weiteren CDU-nahen Kandidaten besetzt werden.[1114]

Konstellationen in der Fakultät

Damit geriet Abendroth in Marburg in ein ausgesprochen problematisches akademisches Arbeitsumfeld. Er selbst empfand das Klima in den 1950er Jahren erdrückend:

> Die schlimmste Belastung, welche man an der Universität und unter Intellektuellen in jener Zeit mit sich herumtrug, war die, gegen den Faschismus gekämpft zu haben. Es wurde heimgezahlt, dass die wenigen Antifaschisten in der gerade vorangegangenen Zeit als Aushängeschilder gegenüber den Besatzungsmächten und als »Persilschein«-Schreiber im Entnazifizierungsverfahren benutzt werden mussten.[1115]

Aus seiner Sicht hatte er sich in den 1950er Jahren nicht nur durch sein Engagement für die Gewerkschaften isoliert, sondern vor allem durch seine völkerrechtliche Position, die DDR sei als gleichberechtigtes politisches Gebilde anzuerkennen.[1116] Im Jahr 1951 wurde zudem mit dem nationalkonservative Adolf Grabowsky als Honorarprofessor für Politikwissenschaften ein politisches Gegengewicht bestellt.[1117] Doch über die inhaltlichen Differenzen hinweg entwickelte sich zwischen Abendroth und Grabowsky ein sachliches Verhältnis.[1118] In den fakultätsinternen Machtkämpfen kam Abendroth unter anderem Konflikt zwischen der Philosophischen und der Ju-

---

[1112] Vgl. Klein, Joachim (2001): Eine schwere Geburt. Die Gründung des Instituts für Wissenschaftliche Politik, in: Hecker/Klein/Rupp (Hg.) 2001, 38-50; Rupp 2001a; Abendroth 1976, 214.

[1113] Vgl. Rupp 2001a.

[1114] Vgl. Rupp 2001a, 70. Die beiden anderen Lehrstühle waren mit Eugen Kogon (Darmstadt) und Ernst Wilhelm Meyer (Frankfurt) besetzt.

[1115] Abendroth 1976, 216.

[1116] Vgl. Abendroth, Wolfgang (1972a): Ein Glied in der Kette marxistischer Forschung, Interview, in: marburger blätter 148, 4/1972, 13.

[1117] Grabowsky – in der Weimarer Republik ein Demokratiegegner – übernahm von Juni 1950 bis Ende März 1950 die Lehrstuhlvertretung.

[1118] Vgl. Klein, Joachim (2001a): »Ich habe mich in Marburg sehr wohl gefühlt«. Adolf Grabowsky (1880-1969) – ein vergessener Politikwissenschaftler?, in: Hecker/Klein/Rupp (Hg.) 2001, 50-64.

ristischen Fakultät zu Hilfe.[1119] Hier konnte er als eine Art »Hausjurist« seine innerfakultäre Position verbessern. Außerdem war es für Abendroth in den 1950er Jahren hilfreich, dass in der Fakultät auch Nicht-Geisteswissenschaftler arbeiteten, mit denen bei Abstimmungen Allianzen möglich waren. Auch Heinrich Düker konnte so Abendroth in den Hochschulgremien unterstützen.[1120]

Grundlegung einer marxistischen Politikwissenschaft

Aus dieser Konstellation heraus begann Abendroth mit dem Aufbau einer marxistischen Politikwissenschaft. Neben Ossip K. Flechtheim und Richard Löwenthal stand Abendroth in einem politikwissenschaftlichen Diskussionszusammenhang ehemaliger Mitglieder der KPD, der sich vom normativ-ontologischen und dem empirisch-analytischen Theoriestrang unterschied.[1121] Christoph Hüttig und Lutz Raphael sehen die 25-jährige wissenschaftliche Tätigkeit Abendroths »aufs engste verknüpft mit der Herausbildung eines gesellschaftskritischen ›linken‹ Flügels der westdeutschen Politikwissenschaft mit deutlichen Ausstrahlungseffekten auf die gesamte Disziplin.«[1122] Als einziger westdeutscher Professor warb Abendroth ganz offen für eine marxistisch-sozialistische Wissenschaftskultur, denn

> sozialistische Probleme wurden unter dem Vorzeichen jener linksliberalen und sozialliberalen Tendenzen diskutiert, die von den Professoren vermittelt wurden, die das Dritte Reich überdauert hatten. Marxistisch denkende sozialistische Professoren gab es an den westdeutschen Universitäten nicht mehr.[1123]

Damit hatte Abendroths Lehrstuhl in der frühen Bundesrepublik eine ähnliche Sonderstellung wie Carl Grünbergs *Institut für Sozialforschung* in der Weimarer Republik.

Kritik am Positivismus

Die dialektisch-kritische Theorietradition verband das Frankfurter IfS und das Marburger IwP. Auch wenn Abendroth im späteren Positivismusstreit der deutschen Soziologie ab 1961, in dem die Frankfurter Philosophen Adorno und Habermas eine der Streitparteien vertraten, nicht unmittelbar ein-

---

[1119] Vgl. Abendroth 1972a, 13.

[1120] Vgl. Abendroth 1972a, 13f.

[1121] Vgl. Rupp, Hans Karl (2001): Die (Wieder)Gründung der Politikwissenschaft als Demokratiewissenschaft im Nachkriegsdeutschland, in: Hecker/Klein/Rupp (Hg.), 8; zu den Theorietraditionen: Nassmacher, Hiltrud (2002): Politikwissenschaft, 4. Auflage, München/Wien.

[1122] Hüttig, Christoph/Raphael, Lutz (1999): Die »Marburger Schule(n)« im Umfeld der westdeutschen Politikwissenschaft 1951-1975, in: Bleek, Wilhelm/Lietzmann, Hans J. (Hg.): Schulen der deutschen Politikwissenschaft, Opladen, 294.

[1123] IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 72, Brief Abendroth an G. Faravelli (Mailand) vom 23. 1. 1962.

griff, waren sich die beide Institute in ihrer Distanz zum Positivismus und zum Kritischen Rationalismus einig.[1124] Gegenüber den objektivistischen Positionen des in den 1950er und 1960er Jahren fast hegemonialen Positivismus breitete Abendroth in der Einleitung seines Sammelbands *Antagonistische Gesellschaft* (1968) die Grundannahmen seines Wissenschaftsverständnisses aus.[1125] Die vom Positivismus postulierte Objektivität war für Abendroth immer nur annäherungsweise zu erreichen, weil das erkennende Subjekt immer Teil der zu erkennenden Verhältnisse sei. Voraussetzung für Objektivität bleibe daher die permanente kritische Überprüfung des eigenen gesellschaftspolitischen Standorts. Gegenüber dem ahistorischen Positivismus hielt er fest:

> Bloße Photographie aller Einzelheiten, zudem von einem Standort, der nicht kritisch bestimmt wird, *schlechter*, d. h. heißt nicht auf konkrete Klärung konkreter Probleme gerichteter *Empirismus*, kann in den Gesellschaftswissenschaften kein sinnvolles Resultat liefern. […] Nur auf der Grundlage sinnvoller Fragestellung, die sich der *Geschichtlichkeit* aller sozialen Vorgänge bewußt ist, werden die *Techniken* der formalen und der neopositivistischen Soziologie fruchtbar.[1126]

Politische Wissenschaft, oder in den Worten Abendroth »Politische Soziologie«, blieb für Abendroth immer praxisbezogen, weil sie durch die Analyse politischen Handelns oder mit der Ausarbeitung politischer Theorie, der politischen Praxis dient und sie verändert.[1127] Will sie Objektivität anstreben, müsse sie ihre unaufhebbare Subjektrolle kennen und anerkennen.

> Verzichtet sie [politische Wissenschaft, RH] auf diese Überlegung, lehnt sie die Analyse des sozialgeschichtlichen Prozesses in seiner Totalität und politischen Zielsetzungen, die über das Existente hinausführen, als angeblich rationaler Bestimmung unzugänglich ab, beschränkt sie sich auf zweckrationale Bestimmung von Teilproblemen, so verbannt sie die menschliche Vernunft aus der Planung der Zukunft und leitet zu der schlechten Alternative über, entweder konservativ für die Erhaltung ungeprüft akzeptierter

[1124] Abendroth nahm u. a. 1964 in einer Rundfunksendung zum Problem Stellung: IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 713, Manuskript der Sendung des WDR »Politiker und Wissenschaftler, Freunde oder Feinde?«, 1964.

[1125] Vgl. Abendroth, Wolfgang (1972): Antagonistische Gesellschaft und Politische Demokratie. Aufsätze zur politischen Soziologie, 2. Aufl., Neuwied/Berlin, 9ff.

[1126] Abendroth 1972, 10.

[1127] Vgl. Abendroth 1972, 11.

> Machtverhältnisse der Gegenwart Partei zu ergreifen oder irrationalem Dezisionismus Argumente zu liefern.[1128]

Interdisziplinarität

Mit diesem Wissenschaftsverständnis, das die gesellschaftliche Rolle von Wissenschaft reflektierte und ihr eine emanzipatorische Rolle zuwies, blieb Abendroth an der Marburger Universität isoliert. Dabei erwies sich schon der Konstitutionsprozess der Politikwissenschaften als eigenständiges Studienfach als generell steiniger Weg.[1129] Die junge und von den etablierten Wissenschaften missgünstig beäugte Disziplin musste sich die Anerkennung als eigenständiger Diplomstudiengang erstreiten. In Marburg beunruhigte die Vertreter der Fachdiziplinen nicht nur Abendroths politisches Wissenschaftsverständnis, sondern auch sein interdisziplinärer politikwissenschaftlicher Ansatz. Abendroth sah nach Bock die Möglichkeit, an traditionelle Wissenschaftsgebiete anzuknüpfen, die den Bereich des Politischen erschließen: öffentliches Recht, Sozialrecht, Wirtschaftswissenschaften, neuere Geschichte, Soziologie und Sozialpsychologie. In der konkreten Aufbausituation des Marburger Instituts, so Bock weiter, habe sich das auf die Komponenten der politischen Soziologie, der neuesten Geschichte und des öffentlichen Rechts reduziert, obwohl der ursprüngliche Anspruch grundsätzlich aufrechterhalten worden sei.[1130] Die Juristische Fakultät in Marburg befürchtete hier nicht ohne Grund Kritik, Konkurrenz und den Verlust von Zuständigkeitsbereichen.[1131]

Kooperation der Politikwissenschaftler

Unterstützung fand Abendroth bei den politikwissenschaftlichen Kollegen an anderen Hochschulen. Auch wenn sich die Politikwissenschaftler aus Marburg wissenschaftstheoretisch von ihren Kollegen aus Frankfurt, Berlin, Tübingen und Konstanz unterschieden, war das Verhältnis zwischen ihnen zumindest während der Etablierung des Fachs kooperativ. Abendroth stützte sich bei Auseinandersetzungen innerhalb der Fakultät gelegentlich auf seine Fachkollegen Eugen Kogon in Darmstadt und Ernst Wilhelm Meyer in Frankfurt.[1132] Diese Zusammenarbeit wurde bald institutionalisiert. Laut Rupp ging von Abendroth die Initiative zur Gründung der *Deutschen Verei-*

[1128] Abendroth 1972, 11f.

[1129] Allgemein zur Entwicklung der Marburger Politikwissenschaft und der Rolle Abendroths vgl. Hecker/Klein/Rupp (Hg.) 2001/2003, Kramer, Dieter (Hg. 1977): Universität und demokratische Bewegung. Ein Lesebuch zur 450-Jahrfeier der Philipps-Universität Marburg, Marburg.

[1130] Vgl. Bock, Hans Manfred (2001b): Akademische Innovation an der Ordinarien-Universität. Elemente einer Gruppenbiographie der Abendroth-Doktoranden, in: Balzer/Bock/Schöler (Hg.), 273.

[1131] Vgl. Klein 2001, 44.

[1132] Vgl. Abendroth 1976, 214.

nigung für Politikwissenschaft (DVPW), dem Fachverband der Politikwissenschaft, aus.[1133] Die Vereinigung belebte die Kommunikation zwischen den Instituten.[1134] Abendroth selbst war seit ihrer Gründung 1951 Mitglied des Vorstands.[1135] Voll reformerischen Elans wurde Abendroth auch Mitglied des Staatsrechtslehrerverbandes und der *Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien*.

Aufbrechen des Rekrutierungssystems

Die Stärkung der Politikwissenschaft verband Abendroth mit der Auflösung des bestehenden gesellschaftlich-wissenschaftlichen Rekrutierungssystems.[1136] Abendroth hielt ein eigenes Diplom der Politikwissenschaft für notwendig, um sich, so Demirović, »in die Diskussion des Beamtengesetzes einzumischen und das Juristenmonopol in der Verwaltung zu brechen.«[1137] Die Aufhebung des Bildungsmonopols bestimmter Klassen und eine Demokratisierung des Bildungswesens bestimmten seine hochschul- und wissenschaftpolitischen Vorstellungen. Abendroth forderte unter anderem wissenschaftliche Zentren der politischen Wissenschaft, in denen die Disziplinen Recht, Wirtschaft, Sozialpsychologie und Geschichte zusammengeführt werden, um von dort aus die Etablierung der Sozialwissenschaften an den deutschen Hochschulen zu fördern.[1138]

Kooperationen IfS – IwP

Die Kooperation mit dem Frankfurter IfS war für Abendroth letztlich eine unter vielen. Beide Institute verband auch das Ziel, ein sozialwissenschaftliches Studium in Hessen aufzubauen, und es gab Überlegungen, wie dem Korporationswesen als zentralen Mechanismus der Eliterekrutierung zu begegnen sei.[1139] Es gab vereinzelt gegenseitige theoretische Bezugnahmen, wie etwa in der bekannten Studie *Student und Politik* (1961), die Wissensformen der jungen Politikwissenschaft und der Soziologie verband. In der Einleitung der Frankfurter Studie wird die Verbindung zu einem speziellen politiktheoretischen Diskussionsstrang hergestellt, die vor allem von Wolfgang Abendroth vertreten wurde. »Schließlich machte die Studie […] mit dem theoretischen Rückgriff auf Überlegungen Abendroths die Beziehungen des Instituts zu Abendroth gleichsam offiziell«, meinte Demirović.[1140] Um-

[1133] Vgl. Rupp 2001, 27.
[1134] Vgl. Bock 2001a, 103f.
[1135] Vgl. Demirović 1999, 348.
[1136] Vgl. Rupp 2001, 13.
[1137] Demirović 1999, 350.
[1138] Vgl. Abendroth, Wolfgang (1950): Das Problem der politischen Wissenschaft, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 5/1950, 224ff.
[1139] Vgl. Demirović 1999, 238f. Demirović (1999, 196) notiert eine Unterredung Abendroths mit Karl Sardemann am 11. 4. 1951 über das Problem der Burschenschaften.
[1140] Demirović 1999, 238.

gekehrt schlug auch Abendroth bewusst eine Brücke zur Soziologie, wenn er die politische Wissenschaft als »politische Soziologie« fasste.[1141]

Abendroth wurde zweimal zu Vorträgen im IfS eingeladen und Adorno bat Abendroth 1954 überschwänglich um Mitarbeit in der vom IfS geplanten Zeitschrift, einer Fortsetzung der *Zeitschrift für Sozialforschung*: »Daß wir uns nicht regelmäßiger sehen, gehört ohnehin zu den Traumata. […] Ich glaube, dass unsere Zeitschrift den konkreten Boden abgeben wird, auf dem sich unsere wissenschaftlichen Beziehungen am fruchtbarsten entfalten können.«[1142]

Distanzierungen

Doch das Verhältnis zwischen den Instituten in Frankfurt und Marburg blieb ambivalent.[1143] Bekanntermaßen war der Kontakt des IfS mit Marxisten wie Ernst Bloch, Hans Mayer, Wolfgang Abendroth oder Leo Kofler eher spärlich. Das IfS suchte nach Horkheimer eher »Freunde an hoher Stelle«.[1144] Adorno und Horkheimer wollten in jedem Fall vermeiden, dem stalinistischem Lager und dessen »offiziellem« Marxismus zugerechnet zu werden. Demirović erklärt daraus die Distanz zu Intellektuellen wie Bertolt Brecht, Ernst Bloch, Hans Mayer, Georg Lukács und Leo Kofler, welche die Entwicklungsmöglichkeiten des Staatssozialismus positiver bewertet hatten.[1145] Abendroth berichtet, dass zwischen dem IwP in Marburg und dem IfS Frankfurt zwar fortwährend eine gewisse Kommunikation bestand, »zwischen den Professoren allerdings nur hinter den Kulissen. Adorno und Horkheimer wünschten nicht mit einem Outcast […] in eins gesetzt zu werden.«[1146] Der engste Kontakt bestand mit dem politischeren Adorno. Mit Horkheimer scheint Abendroth nur in wissenschaftspolitischen Belangen, etwa 1960 bei der Berufung von Heinz Maus auf den Soziologielehrstuhl nach Marburg, korrespondiert zu haben.[1147]

[1141] Laut Hüttig/Raphael (1999, 297) traten auch Otto Stammer und Arkadij Gurland für eine politische Soziologie ein; Abendroth intendierte u. a., die Soziologie und die Politologie durch ein gemeinsames Diplomexamen zu binden: vgl. Demirović 1999, 399.

[1142] Schreiben Adorno an Abendroth vom 6. 11. 1954, zit. n. Demirović 1999, 238.

[1143] Vgl. Demirović 1999, 239ff. Demirović verweist auf ein Schreiben, in dem Adorno gegenüber Horkheimer als »furchtbar langweilig« aber »wenigstens zuverlässig« charakterisiert. Er notiert zwei Einladungen: am 6. 6. 1955 und Anfang Dezember 1957. Vgl. ebenso Bock 2001a, 105. Abendroth (1976, 240) erinnerte sich nur an einen einzigen Vortrag in Frankfurt nach dem Agartz-Prozess 1957.

[1144] Vgl. Wiggershaus 1997, 479; Albrecht, Clemens/Behrmann, Günther C./Bock, Michael/Homann, Harald/Tenbruck, Friedrich H. (1999): Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik. Eine Wirkungsgeschichte der Frankfurter Schule, Frankfurt/New York, 137.

[1145] Demirović 1999, 685. Vgl. zu Kofler: Demirović 1999a.

[1146] Abendroth 1976, 239f.

[1147] Zum Beispiel in der Bitte im Berufungsverfahren von Heinz Maus 1959 bei Frau Dr.

2. Personalpolitik und Personaltransfer

Restauration an den Hochschulen

Hinter den Kulissen korrespondierten das IfS und das IwP vor allem in personalpolitischen Fragen. Hochschulpolitisch galt es, die Rückkehr ehemaliger NSDAP-Mitglieder oder antidemokratisch eingestellte Wissenschaftler zu verhindern.[1148] Abendroth bemühte sich um die Integration von gesellschaftskritischen Sozialwissenschaftlern wie Arkadij Gurland in den akademischen Betrieb und setzte sich unter anderem für einen Ruf Theodor W. Adornos auf einen philosophischen Lehrstuhl in Frankfurt ein.[1149] Durch sein wissenschaftspolitisches Engagement wurde Abendroth zur verlässlichen Anlaufstelle sozialdemokratischer und sozialistischer Wissenschaftler – unter ihnen nicht wenige, die wie er aus Ostdeutschland geflohen waren. Doch konnte in den Jahren 1950 und 1951 gegen die alten Seilschaften und die Rückkehr ehemaliger Parteimitglieder an die Hochschulen nur noch wenig ausgerichtet werden. In einem Schreiben an den ostdeutschen Reformpädagogen Max Gustav Lange, der sich nach seiner Flucht aus der DDR an Abendroth wandte, meinte Abendroth allerdings polemisch: »Wie die Dinge heute stehen, haben ja im allgemeinen nur diejenigen Hochschullehrer, die aus der Ostzone weggehen, Chancen, die die erforderlichen Cliquen-Beziehungen aus dem Dritten Reich verfügen.«[1150]

Ein persönliches Schreiben vom 14. 12. 1951 an den Ministerialrat Dr. Helmut Neumann illustriert die Situation:

---

v. Bila, Regierungsdirektorin im Hessischen Ministerium für Erziehung und Volksbildung zu Gunsten von Maus zu intervenieren: MHA, III, 17, 1, Brief Abendroth an Max Horkheimer vom 22. 11. 1959. Schon vorher bat er Adorno und Horkheimer über Thönnessen um ein wohlwollendes Gutachten über Heinz Maus, den er lancieren wollte: TWAA, Korrespondenz Abendroth, Nr. 1/9, Brief Werner Thönnessen an Adorno vom 23. 7. 1957.

[1148] Vgl. Demirović 1999, 77. Intervention Abendroths gegen die Berufung Ludwig Freunds auf den Lehrstuhl für politische Wissenschaften in Frankfurt: IISG Nachlass Abendroth, Nr. 56, Persönliches Schreiben Abendroths an Ministerialrat im Hessischen Kultusministerium Dr. Helmut Neumann vom 19. 2. 1952 (zu Freund vgl. Rupp 2001a, 68.); Schreiben Abendroth an Max Horkheimer vom 19. 2. 1952. MHA, XII, 1, 19 Berufungsliste Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät Lehrstuhl für wissenschaftliche Politik. Entwurf eines Sondervotums der Philosophischen Fakultät.

[1149] Lisa Abendroth (Interview). Überlegungen, ob Langerhans für das einzurichtende politikwissenschaftliche Extraordinariat in Marburg in Frage käme: MHA, XXIII, 1, 1-2, Brief Abendroth an Pollock vom 30. 8. 1960. IISG. Nachlass Abendroth, Nr. 56, Schreiben Abendroth an Ministerialrat [Dr. Helmut] Neumann vom 19. 11. 1956.

[1150] IISG Nachlass Abendroth, Nr. 56, Schreiben Abendroth an Prof. Dr. Max Gustav Lange vom 11. 4. 1951.

> Lieber Genosse Neumann!
> In Sachen Berger (apl. Professur für Literaturgeschichte) habe ich, da ich ihn nicht kenne, mich bei den hiesigen Genossen durchgefragt. Gravierende Momente außer der bekannten Belastung haben sich dabei als jedenfalls im Ernstfall nicht nachweisbar erwiesen. Es bleibt gegen ihn deshalb eigentlich nicht mehr übrig als gegen die meisten ehemaligen Pgs. Dass mir persönlich das Ausmaß der Renazifizierung zu weit geht, muss dann wohl sachlich zurückstehen.[1151]

Die in diesen Jahren zurückgenommene Entnazifizierung der westdeutschen Hochschulen wurde zu einer Triebfeder der späteren antiautoritären Hochschulrevolte.

Beispiel Kofler

Die Schwierigkeiten, mit denen gesellschaftskritische und vor allem marxistische Wissenschaftler konfrontiert waren, illustriert der Fall Leo Kofler. Der Austromarxist Kofler hatte in Halle eine Professur für Philosophie und Geschichte inne und geriet als Kritiker des Stalinismus ins Visier der SED. Von den offiziellen Stellen zum »ideologischen Schädling« und »Trotzkisten« erklärt, floh Kofler 1950 aus der DDR. Im Mai 1951 wurde Abendroth von der SPD Köln gebeten, Kofler als Hochschullehrer in Wilhelmshafen-Rüstersiel ins Gespräch zu bringen.[1152] Zwischen Abendroth und Kofler entwickelte sich schnell ein guter Kontakt.[1153] Auch wenn er die Aussichten für gering einschätzte, war für Abendroth der Versuch, Kofler in den westdeutschen Hochschulbetrieb einzubringen, vordringlich.[1154] Es wurde überlegt, Kofler über Wilhelmshaven oder über eine Technische Hochschule in den akademischen Betrieb zu integrieren. Im letzten Quartal des Jahres 1951 schlug Abendroth dem Kulturministerium für die Besetzung des Frankfurter Lehrstuhls für Politik Karl Korsch, Herbert Marcuse, Ernst Fraenkel, Martin Drath, Gerhard Leibholz, Arkadij Gurland und Leo Kofler vor.[1155] Gegenüber dem Kultusministerium betont er die Bedeutung der Besetzung:

[1151] IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 56, Schreiben an Ministerialrat Dr. Helmut Neumann vom 14. 12. 1951.

[1152] IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 56, Schreiben von Hein Hamacher (SPD Kreisverband Köln-Stadt) an Abendroth vom 2. 5. 1951.

[1153] Vgl. die Korrespondenz zwischen Kofler und Abendroth 1958/1959: IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 65.

[1154] IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 56, Schreiben Abendroth an Leo Kofler vom 8. 5. 1951. Noch am selben Tag verfasste Abendroth ein Empfehlungsschreiben an den Rektor der Hochschule Wilhelmshafen-Rüstersiel, Prof. Dr. Walter Bogs, sowie an den Regierungsdirektor Müller im Kultusministerium Hannover. Ebenso Brief an Prof. Lenz, Wilhelmshaven vom 11. 10. 1951.

[1155] IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 56, Persönliches Schreiben Abendroth an Willy Viehweg (Kultusministerium) vom 19. 11. 1951.

> Ich bitte aber daran festzuhalten, den Frankfurter Lehrstuhl, der nach meiner Meinung der wichtigste der drei hessischen Lehrstühle für Politik ist, nicht auch noch durch unzulänglichen Vertretungsauftrag unnötig zu schwächen und damit die Besetzungschancen zu verringern. Der Lehrstuhl könnte, um das noch einmal zu betonen, bei richtiger Besetzung durch die Zusammenarbeit mit dem Institut für Sozialforschung weitgehend das Gesicht der ganzen Universität in fortschrittlichem, demokratischem und sozialem Sinne bestimmen.[1156]

Bei der Eröffnung des Frankfurter *Instituts für Sozialforschung* sprach Abendroth Max Horkheimer bezüglich der Zukunft Koflers an.[1157] Ein weiteres Treffen mit Adorno 1952 endete schließlich mit einer Absichtserklärung, Kofler einen Forschungsauftrag zu geben, der jedoch offiziell aus finanziellen Gründen nicht verwirklicht wurde.[1158] Die wirklichen Umstände lassen sich nicht mehr rekonstruieren. Das IfS hielt wohl aus inhaltlichen und politischen Gründen den streitbaren Kofler auf Distanz. [1159] Die offenere Haltung des Antistalinisten Kofler zum Staatssozialismus und seine Kritik an der Entwicklung der »Kritischen Theorie« verschlechterten das Verhältnis zwischen Kofler und der Frankfurter Schule in den 1950er Jahren. Abendroth blieb Kofler verbunden, lud ihn zu Vorträgen nach Marburg ein und brachte ihn immer wieder ins Gespräch. Kofler bedankte sich einmal bei Abendroth in einem Brief für sein »unentwegtes Interesse« an seinem Schicksal.[1160] Doch konnte auch Abendroth keine Stelle für Kofler beschaffen.

Transfers: Habermas und Lenk

Für die Gestaltung der wissenschaftlichen Karriere einiger Linksintellektueller blieb Abendroth eine verlässliche Alternative zum IfS. Bekannt geworden ist der Wechsel von Jürgen Habermas nach Marburg. Habermas hatte sich nach einem Konflikt mit Horkheimer nicht ohne inneruniversitären Widerstand mit seinem Werk *Strukturwandel der Öffentlichkeit* 1965 in Marburg bei Abendroth habilitiert. »Leute von der Qualität eines Habermas«, schrieb Abendroth 1962 an Norman Birnbaum »gibt es nur in sehr großen zeitlichen Abständen und in geringer Zahl.«[1161] Auch andere Wis-

---

[1156] Ebd.

[1157] IISG Nachlass Abendroth, Nr. 56, Schreiben Abendroth an Leo Kofler vom 24. 11. 1951.

[1158] Vgl. Demirović 1999, 868.

[1159] Vgl. Seppmann, Werner (2000): Was ist ein »nonkonformistischer Intellektueller«? Leo Kofler und die linke Kritik an der »Frankfurter Schule«, in: Hintergrund. Marxistische Zeitschrift für Gesellschaftstheorie und Politik IV – 2000, 25.

[1160] IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 56, Brief Kofler an Abendroth vom 26. 11. 1951.

[1161] IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 71, Brief an Birnbaum vom 7. 12. 1962.

senschaftler wechselten im Zuge des üblichen Personaltransfers von Frankfurt nach Marburg. Nur wenige Jahre später habilitierte in Marburg mit Kurt Lenk ein weiterer Wissenschaftler aus Frankfurt, mit einer Arbeit über *Marx in der Wissenssoziologie* und übernahm dort ab 1967 Lehraufträge. Bock meint, dessen explizit theoretischen und theoriegeschichtlichen Forschungen hätten in die Marburger Politikwissenschaft eine sozialphilosophische Komponente eingeführt und eine epistemologische Lücke gefüllt, die in Abendroths Schriften in den 1950er Jahren nicht zu verkennen sei.[1162]

Heinz Maus und Werner Hofmann

Zur Stärkung der dialekisch-kritischen Wissenschaftskonzeption in Marburg unterstützte Abendroth den Soziologen, IfS-Mitarbeiter und Horkheimer-Assistent Heinz Maus bei seiner akademischen Karriere, der schließlich 1960 einen Ruf nach an das IwP Marburg bekam.[1163] Zu dieser Lehrstuhlbesetzung in der Marburger Soziologie ergab sich ein freundlicher und kollegialer Briefwechsel zwischen Abendroth und Adorno. Auch bei der Besetzung der zweiten Marburger Soziologie-Professur mit Werner Hofmann wurde Theodor W. Adorno von Abendroth in den Entscheidungsprozess eingebunden.[1164]

Extraordinariat

Ergänzend sei darauf hingewiesen, dass im Verlauf der 1960er Jahre die steigenden Studierendenzahlen im Fach Politikwissenschaft zur Einrichtung eines Extraordinariats führten. Auf dieser Stelle bereicherten zuerst der sozialdemokratische Zeitgeschichtler Erich Matthias (1961-1965) und anschließend Ernst-Otto Czempiel (1967-1971) mit dem Schwerpunkt Internationale Beziehungen die Marburger Politologie.

Diese Präsenz sozialliberaler und sozialistischer Gelehrter erhöhte die Attraktivität für politisch interessierte Studentinnen und Studenten und Abendroth war in den 1960er Jahren nicht mehr der einzige Magnet. Das Fach Soziologie selbst übte streckenweise sogar die größere Anziehungskraft aus. Der Jurist und Politologe geriet vielen Soziologiestudenten schon aus fachlichen Gründen zunächst gar nicht in den Blick.[1165]

[1162] Bock 2001a, 106.

[1163] Maus war nicht die erste Wahl. Adorno und Abendroth dachten zunächst eher an Arnold Hauser oder Arkadij Gurland: TWAA, Korrespondenz Abendroth, Nr. 1/5 sowie 1/6-7 und 1/10-11. Vgl. ebenso Demirović 1999, 238f; zum »Marburger Dreigestirn« Maus, Hofmann, Abendroth vgl Schäfer 2006

[1164] TWAA, Korrespondenz Abendroth, 1/36, Brief Abendroth an Adorno vom 19. 2. 1965. Abendroth fragt vertraulich nach Adornos Vorstellungen. Maus und Abendroth denken an Werner Hofmann oder Norman Birnbaum.

[1165] Während Georg Fülberth wegen Abendroth nach Marburg kam, meinen Deppe (2000, 6), Gerhard Schäfer (Interview) und Rainer Rilling (Interview), sie seien an Hofmann und Maus zunächst viel mehr interessiert gewesen. Vgl. zu Deppe und Fülberth: Hecker/Klein/Rupp (Hg.) 2001, 172ff.

Assistenten

Eine Beurteilung des IwP in Marburg in den 1960er Jahren muss diese Gesamtkonstellation verschiedener Einzelpersönlichkeiten berücksichtigen und ebenso den für die Institutskultur prägenden Assistentenkreis. Auch hier profitierten die Marburger Gesellschaftswissenschaften von einem Personaltransfer aus Frankfurt. Die Fluktuation von Studierenden zwischen beiden Wissenschaftsstandorten ist bislang noch nicht erforscht, doch es ist bekannt, dass die Assistenten Georg Fülberth, Frank Deppe, Karl Hermann Tjaden aus Frankfurt bewusst nach Marburg wechselten. Aus dem Marburger Assistentenkreis entstand eine von Kurt Lenk und Wolfgang Abendroth herausgegebene *Einführung in die politische Wissenschaft* (1968). Sie fand laut Kammler durch Studentenbewegung, Hochschulausbau und Expansion des Fachs Politikwissenschaft eine unerwartet große Verbreitung. Die Einführung zeigte, dass der Aufbau der Politikwissenschaft und Soziologie in Marburg mit einem offenen, linkspluralistischen Diskussionsklima einherging, in dem auch die beiden dialektisch-kritischen Strömungen, Horkheimers Kritische Theorie und Abendroths Reformmarxismus, miteinander korrespondierten.[1166]

B. Reformmarxismus und Kritische Theorie

1. Zweimal »Westlicher Marxismus«

Abendroths Reformmarxismus und die Frankfurter Kritische Theorie standen für unterschiedliche Auffassungen über Funktion von Wissenschaft und Theoriearbeit und blieben sich auch über die Perspektiven des Engagements von politischen Intellektuellen in sozialen Bewegungen uneinig. Um die Ansätze in Marburg und Frankfurt zu charakterisieren, eignet sich Perry Andersons Schrift *Über den westlichen Marxismus* (1978) als Ausgangspunkt, die versuchte, die Geschichte des marxistischen Denkens zu periodisieren.[1167] Anderson fragte darin nach den Gemeinsamkeiten von so unterschiedlichen Theoretikern wie Georg Lukács, Karl Korsch, Antonio Gramsci, Walter Benjamin, Max Horkheimer, Galvano Della Volpe, Herbert Marcuse, Henri Lefebvre, Theodor W. Adorno, Jean-Paul Sartre, Lucien Goldmann, Louis Althusser und Lucio Colletti.[1168] Sie seien, so Anderson, Vertreter eines »westlichen Marxismus« und er stellt dem Leser Horkheimers Kritische

[1166] Vgl. Kammler, Jörg (2001): Abendroth, Abendroth-Schule und die Marburger »Einführung in die Politische Wissenschaft«, in: Balzer/Bock/Schöler (Hg.), 144-156.
[1167] Anderson 1978.
[1168] Vgl. Anderson 1978, 46ff.

Theorie als wichtigste Repräsentantin dieser Strömung vor. Historisch setzte Anderson den »westlichen Marxismus« in den Kontext mit dem aufkommenden Faschismus, den Niederlagen, Fehlentwicklungen und der Spaltung der Arbeiterbewegung. Laut Demirović hatten Max Horkheimer und Theodor W. Adorno auf Grund ihrer Erfahrung und theoretischen Beobachtungen über die Zerschlagung der Arbeiterbewegung, die Integration ihrer verbliebenen Führer, den verbreiteten Antisemitismus, die Veränderung des Bürgertums im Monopolkapitalismus und die Deformierung des sozialistischen Projekts in der Sowjetunion, die »Sprengung« der Verhältnisse in eine unabsehbare Zukunft gerückt.[1169] In dieser Situation hatte Gramsci den Schluss gezogen, dass »das Problem der Beziehungen zwischen Struktur und Superstrukturen [...] genau gestellt und gelöst werden [muss,], um zu einer richtigen Analyse der Kräfte zu gelangen, die in der Geschichte einer bestimmten Periode wirken.«[1170]

Marx' frühe Schriften

So war die Reartikulation der dialektischen Philosophie ein erster Schritt der westlichen Marxisten. Hegel wurde neu rezipiert und man wandte sich wieder Marx Frühschriften zu. Die Arbeiten von Karl Korsch, *Marxismus und Philosophie* und Georg Lukács, *Geschichte und Klassenbewusstsein*, beide aus dem Jahr 1923, wurden zu Schlüsseltexten dieser politischen Intellektuellen der Zwischenkriegszeit. Und auch die Entdeckung der »Pariser Manuskripte« von 1844, in denen Marx die Verbindung seiner philosophischen Anschauung mit den ökonomischen aufzeigte, förderte eine neue Wahrnehmung des Marxismus.

Herkunft und Themenspektrum

Soziologisch waren fast alle Vertreter des »westlichen Marxismus« Gelehrte aus gehobenen bürgerlichen Familien. So war es kein Zufall, dass die Aufmerksamkeit des »westlichen Marxismus« vor allem der bürgerliche Kultur und ihrer ideologischen Reproduktion galt. In dieser Tradition dominierten erkenntnistheoretische Arbeiten, die sich im Wesentlichen auf Methodenfragen konzentrierten. Für den »westlichen Marxismus« konstatierte Perry Anderson ein geflissentliches Schweigen zu jenen Gebieten, die im Zentrum der klassischen Traditionen des historischen Materialismus standen: die »Untersuchung der ökonomischen Bewegungsgesetze der kapitalistischen Produktionsweise, Analyse des bürgerlichen Staatsapparats, Strategien des zu seinem Sturz erforderlichen Klassenkampfes.«[1171] Gleichzeitig ist die Erweiterung des Themenspektrums der dialektisch-kritischen Theorie durch den »westlichen Marxismus« nicht zu übersehen. Die Auseinandersetzung mit der Psychoanalyse Freuds, mit Ideologiebildung, mit Fragen der

[1169] Vgl. Demirović 1999, 44.
[1170] Bollinger, Stefan (2001): Geschichtlicher Block, in: HKWM, Bd. 5, 440.
[1171] Anderson 1978, 71.

Ästhetik, Literatur-, Kunst- und Medientheorie, Kunstsoziologie und Strukturen des kulturellen Überbaus, und schließlich der Versuch, andere Denksysteme für die dialektisch-kritische Theorie fruchtbar zu machen, erwies sich als ausgesprochen produktiv. Anderson hat zu Recht darauf hingewiesen, dass hier die kollektive Leistung dieser Generation zu sehen sei.[1172]

Der von Anderson beschriebene »westliche Marxismus« erreichte auf den gewählten Gebieten eine Verfeinerung des Arguments und der Analyse gegenüber früheren Phasen des historischen Materialismus. Die Spezialisierung fand auch ihren Ausdruck in einer immer schwieriger werdenden Sprache, die Ergebnis und zugleich Ursache der Entfernung von der klassischen Arbeiterbewegung war.[1173]

Trennung von Theorie und Praxis

Grundsätzlich bewertete auch der »westliche Marxismus« die Oktoberrevolution als entscheidendes, welthistorisches Ereignis. Aber die zunehmende Spaltung zwischen Theoriearbeit und der politischen Praxis sozialer Bewegungen, namentlich der Arbeiterbewegung, wurde laut Anderson zu seinem wichtigsten Charakteristikum.[1174] Damit habe sich, in der Sicht Andersons, die organische Einheit von Theorie und Praxis, die in der klassischen Generation der Marxisten vor dem Ersten Weltkrieg innerhalb der Parteien verwirklicht war, von 1918 bis 1968 zusehends aufgelöst.[1175] »Das Ergebnis war die Isolierung der Theoretiker in den Universitäten fernab vom Leben des Proletariats ihrer jeweiligen Länder und ein Rückzug der Theorie von Ökonomie und Politik hin zur Philosophie.«[1176]

Diese Akademisierung des Marxismus setzte sich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts fort und hatte zur Konsequenz, dass der Marxismus weitgehend zu einer Sache von Berufsphilosophen wurde und die marxistische Theorie nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges »im Grunde ausnahmslos an die Universitäten übergesiedelt [...]« war.[1177] Wie heterogen nun die Philosophen dieser Tradition unter manchen Gesichtspunkten auch gewesen sein mögen, so war ihnen nach Anderson ein allgemeiner, latenter Pessimismus gemeinsam.[1178] Aber »trotz allem blieben ihre bedeutenden Denker gegenüber dem Reformismus immun.«[1179]

[1172] Vgl. Anderson 1978, 116.
[1173] Vgl. Anderson 1978, 137.
[1174] Vgl. Anderson 1978, 50f.
[1175] Anderson 1978, 68.
[1176] Anderson 1978, 136.
[1177] Anderson 1978, 77f.
[1178] Anderson 1978, 130.
[1179] Anderson 1978, 137.

Reform-marxismus

Anderson hat sichtbar Schwierigkeiten, Antonio Gramsci in die Gruppenbiographie der von ihm beschriebenen westlichen Marxisten einzufügen. Aber er verfolgte dieses Problem nicht weiter. Dabei lässt sich Gramsci soziologisch und konzeptionell eher jenem ebenso »westlichen« Reformmarxismus zuordnen, der bereits oben skizziert wurde.[1180] Gemeint ist das partei-übergreifende aber sehr heterogene Reform-Umfeld von Linkssozialisten, Austromarxisten oder den Kommunisten der KPO, das sich in den 1920er und 1930er Jahren mit Theoretikern wie Max Adler, Otto Bauer, August Thalheimer oder Heinrich Brandler neu formierte, und das organisatorisch in den »Zwischengruppen« der Weimarer Republik – SAP, KPO, *Neu Beginnen* – zusammenfand.[1181] Auch sie entdeckten für sich die Hegelsche Dialektik und die Marxschen Frühschriften. Aber die Vertreter dieser marxistischen Linie blieben zumindest dem Selbstverständnis nach Intellektuelle der Arbeiterbewegung und aktualisierten ausgehend von ihren tagespolitischen Anforderungen die klassischen Themen des Marxismus. Auch soziokulturell lassen sich Unterschiede zu Andersons Intellektuellen ausmachen. Der soziale und politische Hintergrund Gramscis blieb die revolutionäre Arbeiterbewegung, bei der es sich soziologisch betrachtet überwiegend um erfahrene Aktivisten der europäischen Arbeiterbewegung und Dissidenten der dogmatischen sozialdemokratischen und kommunistischen Massenparteien handelte. Ihre kollektive Leistung war die Theoretisierung des Faschismus, die Weiterentwicklung der Staats- und Verfassungstheorie sowie Überlegungen zur Demokratietheorie. Nicht zuletzt wurden etwa mit der Einheitsfrontpolitik, Fragen der politischen Pädagogik und des kollektiven Lernens neu behandelt.[1182]

Revolution - Reform

Die Überwindung der Spaltung in der Arbeiterbewegung wurde zum Thema dieser Strömung und mit ihr auch die Frage des Verhältnisses von Revolution und Reform in den entwickelten westlichen Gesellschaften. Die Reformmarxisten fassten Reform und Revolution mit Rosa Luxemburg dialektisch als »revolutionäre Realpolitik«.[1183] Ähnlich dem eher akademischen »westlichen Marxismus« betrachteten sie die Transformation der kapitalistischen Gesellschaft nach den gescheiterten Revolutionen wieder als langfristige Zukunftsaufgabe. Auch sie wiesen deterministische Zukunftserwartungen und den Ökonomismus in der Arbeiterbewegung zurück. Doch blieben Reformmarxisten hinsichtlich der Realisierbarkeit sozialen Fortschritts mit

---

[1180] Vgl. Kap. III, B, 2.

[1181] Auch der ISK gehörte zu den Zwischengruppen. Dieser war jedoch neukantianisch und antimarxistisch orientiert.

[1182] Vgl. Bergmann 2001, 72.

[1183] Vgl. Luxemburg, Rosa: Karl Marx, in Luxemburg, GW, 1.2, 373.

Hilfe der Arbeiterbewegung optimistischer. Gramsci bezeichnet den unverkürzten historischen Materialismus als eine »Philosophie der Praxis«, in dem der Mensch eben unter den vorgefundenen Bedingungen entscheiden kann.

> Man muß eine Lehre erarbeiten, in der all diese Verhältnisse tätig und in Bewegung sind, wobei ganz deutlich festgestellt wird, daß der Sitz dieser Tätigkeit das Bewußtsein des Einzelmenschen ist, der erkennt, will, bewundert, schafft, insofern er bereits erkennt, will, bewundert, schafft usw. und sich nicht als isoliert, sondern als voller Möglichkeiten begreift, die ihm von anderen Menschen und von der Gesellschaft der Dinge geboten werden, wovon er unvermeidlich eine gewisse Kenntnis hat. Wie jeder Mensch Philosoph ist, so ist jeder Mensch Wissenschaftler.[1184]

In dieser Perspektive gab es für die Reformmarxisten gar keine Alternative, als die gesellschaftlichen Verhältnisse zu verändern, indem das Individuum in Bewegung gesetzt wurde, um die von ihm produzierten Verhältnisse zu erkennen und zu verändern. Abendroth und Adorno sind beinahe idealtypische Repräsentanten dieser beiden gesellschaftstheoretischen Strömungen, die der politischen Kultur der Neuen Linken auch ganz unterschiedliche Impulse gaben.

2. Erkenntnistheoretische Differenzen

a) Grenzen der Manipulation

Blockaden der Selbsterkenntnis

Die erkenntnistheoretischen Unterschiede zwischen Adorno und Abendroth waren für die Konzeptionalisierung »eingreifender Wissenschaft« konstitutiv. Die spezifische Gesellschaftskritik der »Frankfurter Schule« vertiefte sich in Ausformung und Konsequenzen einer verwalteten Welt und widmete sich der Perfektionierung der Manipulations- und Herrschaftstechniken, die in ihren Augen eine Emanzipationsbewegung nicht mehr zuließen. Das Durchschauen des Verblendungszusammenhangs wurde für Adorno durch die Einrichtung des Lebens und nicht zuletzt durch die zur Totalität aufgeblähte Kulturindustrie behindert, und die Selbsterkenntnis als Subjekt blockiert.[1185] Die Kritische Theorie selbst verstand sich als Geste, »die vor der Gefahr einer Gesellschaft warnt, in der grundlegende Gesellschaftskritik verstummt sein wird.«[1186] Ihre Vertreter sahen sich durch einen Antiintellek-

[1184] Gramsci, Gef., Bd. 6, 1349.
[1185] Vgl. Adorno, GS, Bd. 10.2, 567.
[1186] Demirović 1999, 36.

tualismus einerseits und einem reflexionslosen politischen Aktivismus andererseits bedroht.

Rückzug auf »Kritik« und Theorie

Insofern entschied sich der Horkheimer-Adorno-Kreis für eine Strategie des Überwinterns. Die Theorie galt ihm als Statthalterin der Emanzipation in einer Welt ohne Emanzipationsbewegung. Aus ihrer Sicht blieb nur die »Rettung der Vernunft« und der emanzipatorischen Theorie, die es gegenüber jeden Antiintellektualismus, Praktizismus und Aktionismus zu verteidigen galt. Die Aufgabe des Theoretikers wurde von Horkheimer und Adorno darauf beschränkt, der »schlechten Faktizität die bessere Möglichkeit vorzuhalten«.[1187] Das Theorie-Praxis-Problem erhielt dadurch eine Akzentuierung der Theorie. Die Theoriearbeit wurde bereits als soziale Praxis verstanden:[1188] »Theorie wirft genauso Scheiben ein wie die unsublimierte Aggression.«[1189] Von dieser Position aus hatte sich jede demokratische Pädagogik der Ausbildung kritischer Subjekte zu widmen, wobei ihr nur übrig blieb, im Bildungssystem und in der Öffentlichkeit kritische Positionen zu vertreten.

Abschied von der Arbeiterbewegung

Der Rückzug auf die Theorie ging mit dem Abschied von der Arbeiterbewegung als historischem Subjekt der Systemveränderung einher. Symptomatisch war das Hauptreferat Herbert Marcuses auf dem Kongress »Vietnam – Analyse eines Exempels« (1966), in dem er die Arbeiterklasse als Opposition ausschloss.[1190] Zwar hielt Marcuse – wie auch Habermas, Adorno oder Horkheimer – daran fest, dass die Klassengegensätze objektiv fortbestehen, allerdings sei es nur der kritischen Intelligenz und der noch nicht in die Gesellschaft integrierten Intellektuellen möglich, den Schein der allgemeinen Befriedigung von Konsuminteressen zu durchbrechen. Das sei, so Marcuse in seiner Schrift *Der eindimensionale Mensch* (1964) ansonsten nur noch Randgruppen, dem »Substrat der Geächteten und Außenseiter« der Gesellschaft möglich: die Ausgebeuteten und den Verfolgten anderer Rassen und anderer Farben, den Arbeitslosen und Arbeitsunfähigen.[1191] Ihre Opposition, so Marcuse, treffe das System von außen und werde deshalb nicht durch das System abgelenkt. Sie sei eine elementare Kraft, die die Regeln des Spiels verletze und damit als ein »aufgetakeltes Spiel« entlarve.[1192]

[1187] Vgl. Gilcher-Holtey 1998, 173.
[1188] Demirović 1999, 44.
[1189] Horkheimer, GS, 14, 224.
[1190] Vgl. Marcuse, Herbert (1966): Vietnam – Analyse eines Exempels, in: neue kritik 36/37 (1966), 30-38.
[1191] Marcuse, Herbert (1994): Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft, München, 267.
[1192] Ebd.

Neue Qualität der Manipulation

Diese Auffassung stießen auf den Widerspruch Abendroths, den er auch innerhalb der Studenten- und Intellektuellenbewegung äußerte. Abendroth war sich mit der Frankfurter Schule einig, dass in den westlichen Kapitalismen eine neue Qualität der Manipulation zu beobachten war:

> Die Überlegung, dass es notwendig sei, die Gesellschaft umzustrukturieren, setzt aber geistige Selbständigkeit voraus. Es unterliegt kaum einem Zweifel, dass etwa der Arbeiter zur Zeit des Endes des vorigen Jahrhunderts und des Beginns unseres Jahrhunderts diesem Druck einer Konsumgüterindustrie noch nicht soweit erlegen war. Er hatte deshalb – trotz schlechterer schulischer Bildung – größere Chancen zu selbständigem Denken als der Arbeiter von heute.[1193]

Der Marburger Politologe Abendroth sah die erheblichen sozialpsychologischen Folgen für die geistige Selbstständigkeit durch die Hebung des Konsumniveaus und die Verschiebung der sozialen Differenzierung etwa zugunsten der Angestellten- und Beamtengruppen:

> Solange das Problem des Klassenkampfes fast ausschließlich auf der Basis des Klassenkampfes um den absoluten Mehrwert stand, war in fast unmittelbarer Erfahrung die Identität der Interessen der Arbeiterklasse mit den Interessen des Kampfes gegen den Kapitalismus und der Umstrukturierung des Kapitalismus in eine neue Gesellschaft für jedermann sichtbar gegeben. In der neuen Situation ist diese Unmittelbarkeit der Identität dem Scheine nach nicht mehr gegeben und die Konstituierung von Klassenbewußtsein ungeheuer erschwert. Sie wird besonders erschwert dadurch, daß die Manipulation der Freizeit, die Konsumgüterindustrie, zum Beispiel auf dem Gebiet der Literatur, zu ständiger Reduktion der geistigen Möglichkeiten der großen Majorität der Bevölkerung führt.[1194]

Dies hatte Konsequenzen für die Vorgehensweise der demokratischen und sozialistischen Opposition. Und Abendroth nahm daher die Fragestellung der Kritischen Theorie ernst: »Gibt es zur Zeit [1958, RH] eine mit adäquaterer Fragestellung angelegte Untersuchung, die sich dieser Erscheinung annimmt, als die ›Dialektik der Aufklärung‹ der insoweit damals noch durchaus marxistischen Autoren *Horkheimer* und *Adorno*?«[1195]

Historische Erfahrungen

Doch dann hielt Abendroth den philosophischen Erwägungen der Kritischen Theorie konkrete historische Erfahrungen und tagespolitische Beobachtungen entgegen. Schon in früheren Entwicklungsstadien der europäi-

[1193] Pinkus (Hg.) 1967, 67.
[1194] Pinkus (Hg.) 1967, 66f.
[1195] Abendroth 1972i, 350.

schen Arbeiterbewegung habe sich gezeigt, dass ein relativ hohes Lebenshaltungsniveau der Entwicklung eines politischen Selbstbewusstseins nicht notwendig entgegenstehe.[1196] Die Entwicklung sozialistischer Parteien sei durch den ökonomischen Aufschwung und die Steigerung des Lebensstandards der Arbeitnehmer nicht per se behindert, sondern auch gefördert worden. Abendroth warnte daher vor einem Rückfall in eine deterministische Weltsicht:

> Es wäre jedoch verfehlt anzunehmen, dies aktive Klassenbewußtsein sei in früheren Perioden – wenn man von revolutionären Krisensituationen absieht – jemals quasi automatisch aus der Situation erwachsenes Bewußtsein der Arbeitermassen gewesen. Soweit die moderne soziologische Literatur mit dieser Hypothese operiert, geht sie an den geschichtlichen Tatsachen vorbei. Klassenbewusstsein im ***Marx***schen Sinne war stets das Ergebnis langen geistigen Ringens (selbstverständlich in Anknüpfung an die soziale Lage der Massen) und in ***entwickelter*** Form auf kleinere Kader der Funktionäre der Arbeiterorganisationen beschränkt, die sich zudem – im Gegensatz zu ***Lenins*** These von der Arbeiteraristokratie – vor allem aus hochqualifizierten und gutbezahlten Arbeitergruppen rekrutierten. Schon dadurch wird deutlich, dass die Hebung des sozialen Standards der Arbeitermassen an sich nicht notwendig ein Hindernis für die Wiederherstellung eines auf gesellschaftliche Veränderung gerichteten Klassenbewusstseins in diesem Sinne (und in diesen Grenzen) zu sein braucht, das die rationale Anleitung und Entwicklung der Arbeitnehmerschichten zu selbständigem Handeln als Aufgabe betrachtet.[1197]

Zeitgenössische Erfahrungen

Weiter verwies Abendroth damals tagesaktuell auf die europäischen Nachbarländer Italien, Frankreich, Belgien oder auf Finnland: Auch dort gehe klassenbewusstes Denken von Arbeitnehmergruppen mit relativ hohem Lebensstandard aus. Die Zweifel Adornos, dass sich die Unterdrückten, eine übergroße Mehrheit der Menschen, nicht mehr als Klasse erfahren könne, wies Abendroth nicht grundsätzlich zurück.[1198] Aber die Manipulation greife nicht völlig, auch nicht im Zeitalter des »Eindimensionalen Menschen«. Für Abendroth war erzwungene Fremdbestimmtheit ein objektiver, aber deshalb noch nicht unbedingt bewusstseinsbestimmender Faktor.[1199] Nach seinen konkreten Erfahrungen etwa in der Notstandsopposition, in den Gewerk-

---

[1196] Vgl. Abendroth, Wolfgang (1967c): Zum Problem der Rolle der Studenten und der Intellektuellen in den Klassenauseinandersetzungen der spätkapitalistischen Gesellschaft, in: Das Argument 45 (1967), 413.
[1197] Abendroth 1972p, 33.
[1198] Vgl. Adorno, Theodor W.: Reflexionen zur Klassentheorie, in: Adorno, GS, 8, 377.
[1199] Vgl. Abendroth 1972p, 25f.

schaften oder den immer wieder auftretenden Streiks zeigte sich für ihn, dass auch in diesen sozialen Gruppen immer wieder mit Widerstand zu rechnen war.

Krisenanfälligkeit des Systems

Dieser Widerstand fand trotz aller Manipulationen weiterhin seinen Nährboden in der kapitalistischen Produktionsweise. Denn in den prosperierenden wohlfahrtsstaatlichen und hochindustrialisierten Gesellschaften hatte sich für Abendroth an der Widersprüchlichkeit und Krisenanfälligkeit des Kapitalismus nichts geändert.[1200] Das System könne in Ruhelagen den Unterklassen einen verhältnismäßig hohen Lebensstandard gewähren. Das Denken sozialer Unterschichten tendiere in diesen Zeiten meist dahin, von den Ideologien der Oberschichten bestimmt und überlagert zu werden, »wenn es nicht durch die Vermittlung bewusster politischer Gegenkräfte zu einem eigenen Sozialbewußtsein entwickelt werden kann«.[1201] Doch Annahmen, dass sich die Klassenproblematik »ökonomisch« auflöse oder dass sich die ökonomische Situation dauerhaft stabilisieren könne, waren für Abendroth eine gefährliche Fehleinschätzung.[1202] Das »meinungsbildende Instrumentarium der nachfaschistischen Gesellschaft« habe es in einer Periode des ständigen Wachstums der Produktivität leicht gehabt, die Thesen vom Pluralismus und der Sozialpartnerschaft zu verbreiten:[1203]

> Die Folge war, daß die Mehrheit der abhängigen »Sozialpartner« blind daran glaubte, steigender Wohlstand und soziale Sicherheit seien für immer garantiert. Im Stadium der wirtschaftlichen Rezession würde die Aufrechterhaltung von dem, was im Unternehmerjargon zynisch »Sozialklimbim« heißt, erhebliche Profitverluste mit sich bringen. Da das kapitalistische System nicht vernünftig operieren kann, sondern Zwängen unterworfen ist, und zwar vor allem dem Profitzwang, kann es nicht flexibel regieren. Es baut ab, was es eigentlich erhält: die materiellen Leistungen, die bisher die ideologische Verschleierung ermöglichten. [...][1204]

Bedrohung durch den Rüstungskapitalismus

Aus den Widerspruchserfahrungen ergab sich für Abendroth auch immer wieder die Motivationsgrundlage für gesellschaftliche Veränderung. Adornos Einschätzung von 1942, dass die »Pseudomorphose der Klassengesellschaft an die klassenlose« so gelungen sei, dass zwar die Unterdrückten aufgesaugt, alle Unterdrückung aber manifest überflüssig geworden sei, teilte

[1200] Vgl. Abendroth 1985e, 210f.
[1201] Abendroth 1972p, 26.
[1202] Abendroth mit Bezug auf Habermas: Abendroth 1972r, 478.
[1203] Vgl. Abendroth 1967b, 2.
[1204] Abendroth 1967b, 2.

Abendroth nicht.[1205] Die Widersprüche blieben erkennbar, da zum Beispiel Vollbeschäftigung und konsumexpansive Wohlstandsgesellschaft in der Gegenwart nur durch den gemeinsamen Nenner des Rüstungskapitalismus und der Rüstungsplanung gewährleistet werden könnten. In einer Antwort an Herbert Marcuse führte Abendroth im Jahr 1967 aus:

> Die Individuen in diesen [spätkapitalistischen, RH] Gesellschaften werden nicht nur durch irrationalen Konsumzwang entfremdet und verkrüppelt, sondern bleiben gleichzeitig ständig durch gesellschaftliche Katastrophen bedroht, zumal auch die planification des Spätkapitalismus Rezessionen nicht ausschließen kann. Deshalb bleibt es auch möglich, diesen Individuen diesen Widerspruch bewußt zu machen und sie in solchen Situationen, in denen diese Bedrohung augenfällig wird, in den Kampf um strukturelle Veränderungen der Gesellschaft zu führen.[1206]

Gerade nach der wirtschaftlichen Rezession von 1966 und angesichts des Vietnamkriegs sah sich Abendroth in dieser Einschätzung bestätigt. Die ökonomischen Schwierigkeiten des amerikanischen Kapitalismus, die der Vietnamkrieg erzeugt habe, vor allem die internationale Währungskrise, könne dieser schließlich nur auf Kosten der Lebenshaltung der Arbeiterklasse auflösen.[1207] Klassenbewusstsein, das man nicht voraussetzen könne, sei nun stetig aus der Bewegung und aus den konkreten Klassengegensätzen zu reproduzieren.[1208]

b) Praxis und Erkenntnis

Technischer Schleier?

Die Kritische Theorie fragte schließlich auch nach den bewusstseinsverändernden Wirkungen der neuen Technologien und nicht zuletzt der Konsequenzen der Automation in den Betrieben.[1209] Adorno und Abendroth waren sich einig, dass gesellschaftliche Emanzipation und technischer Fortschritt nicht gleich zu setzen waren. Adorno sprach etwa von einem »technischen Schleier« des Arbeitsprozesses:

[1205] Adorno, Theodor W.: Reflexionen zur Klassentheorie, in: Adorno, GS, 8, 391.
[1206] Abendroth 1967c, 411.
[1207] Vgl. Abendroth 1968a, 122.
[1208] Abendroth, Wolfgang/Kammler, Jörg/Vega, Raphael de la/Ahrweiler, Georg (1978): Die Bedeutung Lukács' für Theorie und Praxis der Arbeiterbewegung. Ein Gespräch, in: Ahrweiler, Georg (Hg.): Betr.: Lukács. Dialektik zwischen Idealismus und Proletariat, Köln, 40.
[1209] Vgl. Marcuse 1994, 42ff.

> Die hellen Mechaniker von heute sind so wenig Individuen geworden wie die dumpfen Insassen der working houses vor hundert Jahren es waren, und freilich ist unwahrscheinlich, daß ihre Individualität die Revolution beschleunigt.[1210]

Ausklammern der Veränderungsmöglichkeiten

Abendroth opponierte jedoch, wenn die Kritik des »technischen« Fortschritts selbst ins Mechanistische umzuschlagen drohte. Er stellte zum Beispiel die theoretischen Annahmen von Habermas und Marcuse zu den Zwängen einer abstrakten technologischen Rationalität in Frage. Sie seien wenig überzeugend, denn selbst die modernste und automatisierte Gesellschaft könne ohne menschliche Arbeitskraft nicht funktionieren. Damit entfalle auch die Überzeugungskraft der Behauptung von Habermas, dass Unterprivilegierung nicht mehr mit Ausbeutung zusammenfalle.

> Die Kapitalakkumulation, die den Monopolen und Oligopolen die jeweilige Erweiterung ihres Produktionsapparates und seine Modernisierung ermöglicht, beruht vielmehr noch immer auf der Aneignung des Mehrwerts, der durch die Arbeit der Arbeitnehmer erzeugt wird, durch die Inhaber des Produktionsapparates, wie andererseits diese Arbeitnehmer in jeder Form unterprivilegiert, nämlich (wie Habermas stets wiederholt) von der Beherrschung des Produktionsapparates wie der öffentlichen Gewalt, von der Beteiligung an den Kommunikationsmitteln, vom Zugang zu zutreffenden Informationen ausgeschlossen bleiben, auch wenn sie gut bezahlt sind und erhebliche Freizeit (in Vergleich zu vergangenen Perioden) gewonnen haben.[1211]

So widersprach Abendroth auch der These von Habermas und Marcuse, dass die moderne Entwicklung der Technik und Wissenschaft die Studierenden in eine Produktivkraft verwandelt hätten, die es erlaube, die gegenwärtigen industriellen Gesellschaftssysteme stärker durch die Zwänge einer abstrakten technologischen Rationalität als durch ihren Klassencharakter bestimmt zu begreifen.[1212] Dies suggerierte für ihn Handlungsunfähigkeit. Werner Seppmann hat den verschiedentlich vorgebrachten Einwand gegen die Kritische Theorie ausgeführt:

[1210] Adorno, GS, 8, 390.

[1211] Abendroth, Wolfgang (1968d): Demokratisch-liberale oder revolutionärsozialistische Kritik? Zum Konflikt zwischen den studentischen Oppositionen und Jürgen Habermas, in: Negt, Oskar (Hg.): Die Linke antwortet Jürgen Habermas, Frankfurt, 136.

[1212] Vgl. Abendroth 1968d, 134.

> Sie thematisieren dann das Statische nur als Statisches, den Zerfall nur als Zerfall! Sie befinden sich dann im Einvernehmen mit dem Alltagsdenken, das die Welt in seiner unreflektierten Unmittelbarkeit hinnimmt und sie nur noch als gegebene Zustandsform reflektiert, ohne ihre realen Veränderungsmöglichkeiten mitzudenken.[1213]

Und das hieß, in der Dialektik von Theorie und Praxis letztere herauszunehmen. Der im Widerstandskampf sozialisierte Abendroth begriff die destruktiven Tendenzen nicht als Begründung für Tatenlosigkeit, sondern als Anlass zum Eingreifen, indem noch so kleine Ansatzpunkte genutzt werden:

> Theorien der Hoffnungslosigkeit sind immer verfehlt. Auswege hat es in noch so katastrophalen Lagen der Weltgeschichte immer gegeben und kann es auch heute geben. Natürlich hat heute die Theorie der Hoffnungslosigkeit eine reale Grundlage, weil nämlich im Fall eines Krieges jede Zivilisation ausgelöscht werden kann. Das macht es aber für die Bevölkerung umso dringlicher, gegen diese Gefahr zu kämpfen. Und aussichtslos ist dieser Kampf nicht.[1214]

Handlungsmöglichkeiten aufzeigen

Damit befürwortete Abendroth keinen Aktionismus, sondern kritisierte an der »Frankfurter Schule« ihre pessimistischen und zur Inaktivität erziehenden Konsequenzen.[1215] Abendroth stand damit nicht alleine. Die Distanz der Kritischen Theorie zur praktischen politischen Arbeit missbilligten auch Vertreter der antiautoritären Studentenbewegung wie Hans-Jürgen Krahl und Sozialisten wie Theo Pirker oder Leo Kofler.[1216] Kofler bemängelte, dass die Kritische Theorie die auftretenden Tendenzen der Verdinglichung und Fetischisierung zum negativen Schicksal von gleichsam unentrinnbarer Gestalt mythologisierten.[1217]

> Wenn ich ins Konkrete gehe, bekomme ich einen anderen Begriff vom historischen Fortschritt, weil ich Widersprüche und Entwicklungen sehe, die stets Neues, oft überraschendes und keineswegs das »Immergleiche«, wie Adorno sagt, implizieren.[1218]

[1213] Seppmann 2000, 29.

[1214] Zit. n. Brokmeier-Lohfing, Peter (1986): Wolfgang Abendroth und das marxistische Denken, in: Dialektik 11 (1986): Wahrheiten und Geschichten – Philosophie nach ’45, 236.

[1215] Pinkus (Hg.) 1967, 74.

[1216] Vgl. Jünke, Christoph (2003): Pseudonatur und Pseudokritik. Krahl, Kofler und die Kritik der Frankfurter Schule in praktischer Absicht, in: Sozialistische Hefte 4 (2003), 15-23.

[1217] Vgl. Seppmann 2000, 28.

[1218] Kofler zit. nach Seppmann 2000, 29.

Erkenntnis durch Veränderung

Damit verwies Kofler auf ein wesentliches erkenntnistheoretisches Problem, das sich aus dem Rückzug auf die Theoriearbeit ergab. Gegenüber der »Frankfurter Schule« war kaum der Vorwurf zu erheben, sich mit den Verhältnissen abgefunden zu haben. Theoriebildung war auch für Kofler eine soziale Praxis, nur musste ein Theoretizismus, die Trennung von Theorie und konkreter politischer Aktion, letztlich auch die Qualität der Theorie selbst beeinträchtigen. Das Problem klingt bei Bertolt Brecht an, der mit Bezug auf Kants »Ding an sich« notiert: »Sollten wir nicht einfach sagen, dass wir nichts erkennen können, was wir nicht verändern können, noch das, was uns nicht verändert?«[1219] Für Abendroth konnten und mussten eingreifende Wissenschaftler mehr tun, als nur beschreiben und Position beziehen. Sie mussten auch in den täglichen Kämpfen beitragen, die Verhältnisse zu verändern, um daraus wieder Rückschlüsse für ihre wissenschaftliche Arbeit ziehen zu können. Dies sah Abendroth ganz in Sinne Gramscis: die Philosophie müsse den Alltagsverstand und der Alltagsverstand die Philosophie kritisieren.[1220] Grundsätzlich war für Abendroth immer aus der konkreten historischen Realität heraus theoretisch zu analysieren.[1221] In der Studentenzeitschrift ***marburger blätter*** erläuterte Abendroth im Jahr 1972:

> Die Sonderentwicklung der »Frankfurter Schule« z. B. beruht – auch schon am Ende der Weimarer Republik – [...] vor allem auf diesem Missverständnis des Ausklammerns der gesellschaftlichen und politischen Praxis. Marxismus bleibt auch im Geiste von Marx und Engels immer Theorie des realen Klassenkampfes. Im realen Klassenkampf kommt man nicht darum herum, dass man auch theoretische und methodologische Grundprobleme diskutieren muß. Läßt man diese methodologische Diskussion allein und verliert die Verbindung mit der Praxis, dann entwertet man sie zum lediglich esoterischen Spiel. So sehr ich diese methodologische Grunddiskussion für notwendig halte, so erforderlich ist es nach meiner Meinung, vor allem auch die realhistorische und real-soziologische wissenschaftliche Arbeit weiterzutreiben.[1222]

Die nachvollziehbare Rückbindung an die Wirklichkeit, der Rückgriff auf die Resultate fachwissenschaftlicher Forschung war für eine wissenschaftliche Politik unabdingbar.[1223] Diese zielte darauf ab,

---

[1219] Brecht, Bertolt: Kants unerkennbares Ding an sich, in: Brecht, GA, Bd. 20, 140.
[1220] Vgl. Gramsci 1967, 136.
[1221] Vgl. dazu Abendroth 1981, 157f.
[1222] Abendroth 1972a, 15.
[1223] Vgl. Abendroth 1981, 147. Vgl. auch unten Kapitel VII, B, 3, a: Abendroths Forde-

> dass der rationale Kern, dass das jeweilige historische Bewusstsein, dass also, philosophisch gesprochen, das Wahrheitsmoment in jedem Gedankengang, in jeder gesellschaftlich relevanten Handlung für alle erkennbar ans Tageslicht kam.[1224]

Theorie für die politische Praxis

Und Theorie ist laut Abendroth für die Praxis da.[1225] Marxistische Theorie ist ihm »Hilfsmittel zum Verständnis und zur Leitung einer politisch-sozialen Praxis, die den unterdrückten Schichten in der gegenwärtigen Gesellschaft deren Überleitung in eine Gesellschaft der Zukunft möglich macht«.[1226] Man könne den sozialen Bewegungen nicht Fehlentwicklungen, Anpassung und Ausbleiben von politischem Bewusstsein vorhalten, und sich gleichzeitig selbst aus dem politischen Alltagsgeschehen zurückziehen.

> Rationale Analyse der Klassenlage ist für die Unterklassen nur mit Hilfe theoretisch denkender Menschen, also von Intellektuellen möglich, von Intellektuellen, die das Instrument kritischer Gesellschaftstheorie zu handhaben und die Konsequenzen aus der kritischen Gesellschaftstheorie in aktuelle politische und gesellschaftspolitische Tätigkeit mit Hilfe von Teilen der Unterklasse umzusetzen wissen.[1227]

Auch wenn keine physische Gewalt mehr damit verbunden sein muss, führten die Menschen in der kapitalistischen Gesellschaft immer einen Klassenkampf, wenn auch mit »falschem« Bewusstsein.[1228]

c) Organische Intellektuelle

Aufgabe intellektueller Arbeit

Abendroth vermittelte somit seinen Studentinnen und Studenten ein anderes Wissenschaftsverständnis und auch ein anderes Intellektuellenkonzept als der Horkheimer-Adorno-Kreis. Adorno schreibt in seinen Überlegungen über eine »Erziehung nach Auschwitz«, Erziehung wäre überhaupt nur im Sinne kritischer Selbstreflexion sinnvoll.[1229] »Die einzig wahrhafte Kraft gegen das Prinzip von Auschwitz wäre Autonomie, wenn ich den Kantischen

---

rung an die Geschichtsschreibung, einen einheitlichen, alle seine Vereinzelungen und Besonderheiten umfassenden und in sich einordnenden Prozess darzustellen.

[1224] Brockmeier-Lohfing 1985, 241.

[1225] Vgl. Abendroth 1981.

[1226] Abendroth 1972i, 360f.

[1227] Abendroth 1963b, 10.

[1228] So Abendroth 1970, 42.

[1229] Adorno, Theodor W.: Erziehung nach Auschwitz, in: Adorno, GS, 10.2, 676.

Ausdruck verwenden darf; die Kraft zur Reflexion, zur Selbstbestimmung, zum Nicht-Mitmachen.«[1230]

Lehrer-Schüler-Verhältnis

Abendroth legte dagegen den Eingriff in die politische Willensbildung durch Politikberatung und Engagement in Gewerkschaften, Parteien, gesellschaftlichen Organisationen und sozialen Bewegungen nahe, denn Angestellte und Arbeiter bedürften »der kritischen Hilfe und aktiven Tätigkeit von Intellektuellen, die dies eigene Sozialbewußtsein formulieren und propagieren.«[1231] Ob und zu welchen Bedingungen sich die Arbeitnehmer tatsächlich in die Gesellschaft integrierten, war für Abendroth auch theoretisches Problem, sondern letztlich eine Frage, ob der Einzelne es zuließ oder nicht. Die politischen Intellektuellen standen demnach in der Pflicht, Hilfe zu leisten, ohne die sozialen Bewegungen zu schulmeistern. Abendroth sah politische Intellektuelle und soziale Bewegungen in einem engen Lehr-Lernverhältnis, worin, nach den Worten Gramscis, »jeder Lehrer immer Schüler und jeder Schüler zugleich Lehrer« sei.[1232] Sie sollten auf Widersprüche, Gegentendenzen und Handlungsmöglichkeiten hinweisen.

Adressat

Schon die Arbeitsweisen Adornos und Abendroths boten den Studentinnen und Studenten ein völlig unterschiedliches Bild. Wie Demirović erinnert, war die Arbeiterbewegung nicht mehr unmittelbarer Adressat der Kritischen Theorie, »sondern wurde zum Gegenstand empirischer Untersuchungen und gesellschaftstheoretischer Kritik«.[1233] Horkheimer und Adorno strebten eine führende Rolle in der Philosophie an.[1234] Sie betrieben ihre theoretische Arbeit möglichst unabhängig und individualistisch, ausschließlich innerhalb eines akademischen Umfeldes und auf eine ausgeprägte Briefkultur gestützt. Abendroth hingegen war der Idealtypus eines »politischen Professors«, wie man ihm auch in der Spätaufklärung begegnet. Seine Schriften richteten sich vorzugsweise an die organischen Intellektuellen der außerparlamentarischen Bewegungen. Ihm ging es um die Stabilisierung und Förderung von Mittlergruppen, welche die Theorie in die Sprache und das kulturelle Umfeld der jeweiligen Adressaten übersetzen und mit Praxis verbinden konnten. Würde die gesellschaftskritische Wissenschaft nur noch »über« und nicht »für« Emanzipationsbewegungen arbeiten, ließ sie in seiner Sicht die Menschen im Stich. Auch aus diesem Grund konnte er dem »Café Marx«, wie er es ironisierend nannte, unter der Leitung von Horkheimer wenig abgewinnen.[1235]

[1230] Adorno, GS 10.2, 679.
[1231] Abendroth 1972p, 26. Vgl. Abendroth 1985e, 210.
[1232] Gramsci 1967 (Anm. 1), 152.
[1233] Demirović 1999, 29.
[1234] Demirović 1999, 27.
[1235] Vgl. Lisa Abendroth in: Burkhardt 1993, 16.

Gegenbeispiele: Bebel, Liebknecht, Brandler, Bleicher

So kann es kaum verwundern, dass Abendroth seinen Lesern und Zuhörern immer wieder organische Intellektuelle der revolutionären Arbeiterbewegung als Vorbilder präsentierte. Ausführlich behandelte er das Wirken von August Bebel, Wilhelm Liebknecht, Heinrich Brandler, August Thalheimer oder Willi Bleicher.[1236] Oder er erinnerte mit Ferdinand Lasalle und Kurt Schumacher verschiedentlich an die populären »Volkstribune« der Sozialdemokratie, die aus der Arbeiterbewegung selbst kamen. Bebel beschrieb er als einen Autodidakten, dessen Arbeiten nicht frei von vielen Mängeln in der Anwendung marxistischer Methoden waren, aber zeigten,

> daß die Sozialdemokratie Führer aus der Arbeiterklasse hervorbringen konnte, deren wissenschaftliche Leistung diejenige der meisten beamteten sozialwissenschaftlichen Professoren weit in den Schatten stellte, und daß es durch diese Methode möglich wurde, ein Problem zu bewältigen, mit dem keine der bürgerlichen Parteien fertig geworden ist, bevor der Sieg der Revolution im November 1918 sie dazu gezwungen hat.[1237]

Seinen Zeitgenossen Willi Bleicher zeichnete er als charakterfesten Gewerkschaftsaktivisten, der durch die seine Erfahrungen aus der Weimarer Arbeiterbewegung und dem Faschismus zum anerkannten Streikführer im Baden-Württemberger Arbeitskampf von 1963 geworden sei.[1238] Und Abendroth legte auch dar, dass die politische Sozialisation und der Weg zur Gesellschaftstheorie bei diesem Typus des politischen Intellektuellen gänzlich anders verliefen als beispielsweise bei den kritischen Theoretikern. Abendroths politischer Lehrer Heinrich Brandler unterstrich in einem Brief an Abendroth die sinnliche Erfahrung:

> Sozialistischer Kämpfer wird man durch das Erleben. Der Arbeiter kommt zum Sozialismus meist ohne jede Kenntnis der verschiedenen Ideologien und deren objektiven Ursachen. Subjektiv gefärbte Vorstellungen von Sozialismus, oft utopisch und konfus, bilden den ideologisch gefühlsmäßigen Ausdruck für ihre Klassenbedürfnisse in den bestimmten Phasen und Aktionen der Werktätigen. Als qualifizierte Klassenkämpfer müssen sie sich allerdings ein bestimmtes Wissen vom Sozialismus aneignen.[1239]

[1236] Vgl. zu Bebel: Abendroth 1972q; ders. 1997: Einführung in die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Von den Anfängen bis 1933. Vorlesungen, bearbeitet von Heinz-Gerd Hofschen, Heilbronn, 121f.; Vgl. zu Thalheimer: ders. 1985b: August Thalheimer, in: Abendroth 1985, 159-170; zu Bleicher: ders. 1985h.

[1237] Abendroth 1978f, 26.

[1238] Vgl. Abendroth 1985h, 157.

[1239] IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 28, Brief Heinrich Brandler an Abendroth vom 14. 7. 1964.

Für die Reformmarxisten war dies eine allgemeingültige Beobachtung. Für sie konnte die Masse der Arbeitenden aus praktischen Erfahrungen in gemeinsamen großen Aktionen ein politisches Bewusstsein entwickeln, nicht aber durch politische Agitatoren lernen, ihre eigenen Interessen zu vertreten.[1240] Das galt auch für die akademische Intellektuellenbewegung selbst.

Große Weigerung?

Von daher griff für Abendroth die Strategie des Nicht-Mitmachens, der »großen Weigerung«, die Marcuse mit dem Ziel vorschlug, um sich den Zwängen des Massenkonsums und der fremdbestimmten Vergemeinschaftung zu entziehen, zu kurz. Und im Rückblick stellte er die Frage nach den gesellschaftspolitischen Konsequenzen:

> […] konnte diese Weigerung nicht auch gleichsam private Flucht aus der wirklichen Geschichte, aus dem gesellschaftlichen Kampf werden, die »repressive Toleranz« des Widersinns der bestehenden gesellschaftlichen Machtverhältnisse eher stärken als durchbrechen?[1241]

d) Kritische Theorie oder Marxismus?

Theoretische Differenzen

Die Differenzen zwischen Adornos Kritischer Theorie und Abendroths Reformmarxismus wurden von beiden Seiten nie systematisch ausdiskutiert. Wie die bisherigen Ausführungen schon andeuten, stellte sich dieses Problem nicht als Auseinandersetzung um unterschiedliche Lesarten klassischer Texte. Vielmehr ging es um die Frage, ob sich in den Nachkriegsgesellschaften ein völlig neuer Kapitalismus formierte und welche Eingriffsmöglichkeiten sich daraus für politische Intellektuelle ergaben.

Der Bezug zur dialektisch-kritischen Theorie als wissenschaftliche Methode gehörte sowohl zum Selbstverständnis des Marburger Politologen als auch der »Frankfurter Schule«. Die Theorie von Marx galt laut Demirović im IfS immer als Maßstab zur Bewertung anderer soziologischer Theorien.[1242] Aber Helmut Dubiel stellte in seiner Studie über das Frankfurter IfS fest, dass Horkheimer, Adorno, Pollock und Löwenthal aus der marxistischen Theorietradition ausscherten, indem die Gesellschaftstheorie zur Geschichtsphilosophie geworden sei.[1243] Auch Abendroth verstand die »Frankfurter Schule« als wenig marxistisch und warf ihren Vertretern 1978 auch

---

[1240] Vgl. Abendroth 1985h, 139.

[1241] Abendroth 1985f: Herbert Marcuse, in: Abendroth 1985, 195f.

[1242] Vgl. Demirović 1999, 477.

[1243] Vgl. Dubiel, Helmut (1978): Wissenschaftsorganisation und politische Erfahrung. Studien zur frühen Kritischen Theorie, Frankfurt, 124.

einen »Scheinmarxismus« vor.[1244] Abendroth wies auch auf die phänomenologischen und existenzialistischen Bindungen der Theorie von Marcuse wie auch bei Habermas hin.[1245] Doch bewertete er Herbert Marcuse positiver, da dieser an der Annahme festhalte, dass das positive Wesen der negativen Erscheinung innewohne: die Kritische Theorie könne in Aktion umschlagen.[1246]

Politik nach außen

Der Vorwurf, sich unpolitisch und unsolidarisch gegenüber den außerparlamentarischen Protestbewegung zu verhalten, der vor allem im Rahmen der Studierendenbewegung und im Umgang mit dem SDS gegenüber der »Frankfurter Schule« erhoben wurde, relativiert sich bei einer genaueren Untersuchung.[1247] Zumindest bot sich Abendroth aus dem Kontakt mit Adorno ein etwas differenzierteres Bild.[1248] So dachte Adorno häufiger über öffentliche politische Interventionen nach, etwa 1966 über eine Kritik des sieben Jahre alten Godesberger Programms. Allerdings riet Horkheimer dem unsicheren Adorno davon ab.[1249]

Sozialistische Zielsetzung

Abendroth sprach den »Frankfurtern« nicht ab, weiter an der sozialistischen Zielsetzung festzuhalten, doch galt es auch, diese offen zu vertreten. Zwar wollte die »Frankfurter Schule«, laut Demirović, den Marxismus nicht entwerten, aber man betrachtete die Terminologie als nicht mehr ohne weiteres zu gebrauchen.[1250] Die Unterschiedlichkeit der beiden Institutspolitiken wird auch in einem Gespräch zwischen Lisa und Wolfgang Abendroth und Adorno nach dem Agartz-Prozess deutlich.[1251] Laut Lisa Abendroth hielt Adorno ihrem Mann vor, er mache einen Fehler. Abendroth werde deswegen so angefeindet, weil er offen ausspreche, was er meine. Adorno riet ihm, Tarnsprache zu verwenden. Auch Demirović kommt in seiner Analyse zu dem Schluss, dass selbst in unmittelbar politischen Zusammenhängen Ador-

---

[1244] Vgl. Abendroth/Kammler/Vega/Ahrweiler 1978, 37; Abendroth 1972a, 14.

[1245] Abendroth 1968d, 140; Vgl. auch den Nachruf Abendroths (1985f, 193-198) auf Herbert Marcuse.

[1246] Vgl. Abendroth 1967c und 1968a; Gilcher-Holtey 1998, 176.

[1247] Vgl. Demirović 1999, 870f. und 917ff.

[1248] Vgl. z. B. Adorno an Günther Grass vom 4. 11. 1968, in: Frankfurter Adorno Blätter 6 (1992), hg. im Auftr. d. Theodor-W.-Adorno-Archivs, München, 78ff. Das Schreiben zeigt die taktischen politischen Überlegungen Adornos zu einer Kritik des Godesberger Programms und warum ein offeneres Auftreten zum Beispiel bei der Studentenrevolte unterblieb.

[1249] Vgl. Bentz, Ralf (1998): Protest! Literatur um 1968 (=Marbacher Kataloge 51), Marbach, 36ff.

[1250] Vgl. Demirović 1999, 686.

[1251] Lisa Abendroth (Interview).

no nicht für Politisierung und politisches Engagement, sondern für Bildung und Geist plädiert habe.[1252]

Durchgangsstation

Umgekehrt würdigte Abendroth das Frankfurter IfS als Schule, die dialektisches Denken vermittle, und hob ihre Bedeutung für die Entwicklung einer kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik hervor:

> Es war eines der wenigen Institute, die überhaupt zum kritischen Denken anleiteten, obwohl seine Leiter die Tradition des Instituts, die Geschichte der Arbeiterbewegung zu erforschen und die Theorie des Marxismus weiterzuentwickeln, bewusst nicht fortgeführt haben.[1253]

Für eine ganze Reihe von sozialistischen Studentinnen und Studenten sei es einer der allerwichtigsten Durchgangspunkte gewesen.[1254] Anhand von Lukács und seiner Rezeption verdeutlicht er die Bedeutung dieser Durchgangsstationen für die Entwicklung politischer Intellektueller:

> Marxistisches Bewusstsein existiert nie rein, sondern existiert, weil es in einer konkreten historischen Totalität entsteht, immer beeinflusst durch die Umgebung und als Element in dieser realen sozialen Umgebung. […] Deshalb können wir aber diese Durchgangspunkte so wenig entbehren wie die jeweilige kritische Auflösung der Durchgangspunkte.[1255]

Das Verhältnis Abendroths zu Horkheimer und Adorno blieb jedoch pragmatisch. Auf die Frage seiner Frau Lisa, ob es ihn nicht störe, dass Adorno und Horkheimer bei den Protesten gegen die Notstandsgesetze plötzlich wieder im Rampenlicht stünden, während er seit zehn Jahren an dem Thema arbeite, antwortete, das sei nicht wichtig, »wenn sie nur den Laden voll kriegen«.[1256] Auch die Entwicklung der Frankfurter Kollegen betrachtete er nicht als abgeschlossen. Bei einer Rundfunkansprache Adornos wies er seine Frau darauf hin: »der Teddy wird wieder marxistisch.«[1257]

[1252] Vgl. Demirović 1999, 317.
[1253] Abendroth 1976, 239.
[1254] Vgl. Pinkus (Hg.) 1967, 80.
[1255] Abendroth/Kammler/Vega/Ahrweiler 1978, 25.
[1256] Lisa Abendroth (Interview).
[1257] Lisa Abendroth (Interview); Möglicherweise handelt es sich um eine Rundfunksendung mit Arnold Gehlen und Theodor W. Adorno im Jahre 1964: TWAA, Korrespondenz Abendroth, 1/35, Gratulation Abendroths an Adorno zu besagter Sendung.

C. »Marburger Schule«

Problem der Eingrenzung

Abendroth betrachtete das Marburger *Institut für politische Wissenschaft* bescheiden als »ein Glied in der Kette marxistischer Forschung«.[1258] Trotzdem wurde in der Vergangenheit immer wieder die Spezifik der Marburger Gesellschaftswissenschaften der 1950er bis 1970er Jahre hervorgehoben und als »Marburger Schule« bzw. als »Abendroth-Schule« bezeichnet.[1259] Die inhaltliche Bestimmung einer »Marburger« oder »Abendroth-Schule« bereitet allerdings Schwierigkeiten.[1260] Will man von einer »Marburger Schule« sprechen, so haben Gerhard Schäfer und Lothar Peter zu Recht darauf Aufmerksam gemacht, die Marburger Gesellschaftswissenschaften als Ganzes in den Blick zu nehmen und nach der Spezifik des »Marburger Dreigestirns« Werner Hofmann, Heinz Maus und Wolfgang Abendroth zu fragen.[1261] Dies unterstützt die oben erhobene Forderung, für die Beurteilung des IwP, die Gesamtkonstellation der Marburger Einzelpersönlichkeiten im Blick zu behalten.

Die folgenden Ausführungen konzentrieren sich jedoch auf das von Abendroth und das von ihm geleitete Institut. Und hierbei unterschieden Christoph Hüttig und Lutz Raphael mehrere Generationen und verschiedene Entwicklungsphasen.[1262] Mögliche Schüler Abendroths gruppieren sich in unterschiedlichen Disziplinen (Politologie, Rechtswissenschaften), Arbeitsfelder (Wissenschaft, Politik, Politische Bildung, Lehramt) und Regionen

---

[1258] Vgl. Abendroth 1972a.

[1259] Vgl. Jung, Heinz (1996): Abendroth-Schule, in: HKWM, Bd. 1, 2. Aufl.. 21-29; Hüttig/Raphael 1999; Kammler 2001; Demirović, Alex (2006): Theorie, Praxis und Demokratie. Zum Verhältnis von Wolfgang Abendroth und Kritischer Theorie, in: Urban/Buckmiller/Deppe (Hg.), 27-46. Peter, Lothar (2007): Konsens oder Dissens? Vergleichende Reflexionen über die Frankfurter und Marburger Schule, in: Das Argument 269 [im Druck]

[1260] Den Begriff Schule zurückweisend: Bock 2001b, 288 und Abendroth-Gruppe 2006.

[1261] Vgl. Schäfer 2006, Peter 2007.

[1262] Hüttig/Raphael (1999, 294) sprechen von drei deutlich unterscheidbaren Entwicklungsphasen; Jung (1996, 27ff.) sieht die erste Generation u. a. in Werner Link, Hanno Drechsler und Karl-Heinz Tjaden, die in den 1950er und 1960er Jahren bedeutende Arbeiten zu den »Zwischengruppen« schrieben, vertreten; parallel dazu eine Generation von Juristen (Jürgen Seifert, Norman Paech, Peter Römer, Gerhard Stuby). Die zweite Generation bilden für Jung die »68«er (u. a. Frank Deppe, Dieter Boris, Georg Fülberth, Reinhard Kühnl, Kurt Steinhaus, Eberhard Dähne, Hans-Jürgen Harrer, Gert Meyer, Lothar Peter, Hellmuth Lange). Zur Diskussion der Schülergenerationen vgl. Burkhardt 1993, 43ff, der vier Generationen ausmacht und auf Frauen wie Ermenhild Neusüß-Hunkel oder Vera Rüdiger hinweist.

(Gießen, Kassel, Hannover, Bremen, Marburg). Abendroth selbst äußerte sich auf die Frage von Studierenden in der Zeitschrift *marburger blätter*, ob es eine »Marburger Schule« gebe, entsprechend zurückhaltend.[1263] Man könne davon sprechen, als es in den Jahren vor der Studierendenbewegung kein anderes Zentrum in der BRD gegeben habe, das Ansatzpunkte »realsoziologisch-politischer Forschung« vermittelt hätte. Allein in Marburg seien in der BRD eine ganze Reihe von historisch-soziologischen und politologischen Untersuchungen zur Weimarer Republik sowie zur Problematik von Sondergruppen, die sich damals von den etablierten Arbeiterparteien abgesplittert hatten, unternommen worden. Die Marburger Forschung hätte sich aber, und das sprach für Abendroth gegen den Begriff einer »Schule«, nicht von anderen marxistischen Untersuchungen unterschieden.

Methode

Geht man von Abendroths Methode aus, so standen die Theorie des sozialistischen und demokratischen Humanismus und ein kritisch erneuerter Marxismus im Zentrum seiner Arbeit.[1264] Jörg Kammler meinte, diese Positionsbestimmung kennzeichne auch den allgemeinen Orientierungsrahmen für das Selbstverständnis des Schülerkreises, aus dem die *Einführung in die Politische Wissenschaft* (1968) hervorging, die verschiedentlich im Zusammenhang mit der Entwicklung einer wissenschaftlichen Schulidentität genannt wird.[1265] Doch lag, das macht Kammler deutlich, trotz der »teils expliziten Orientierung der Abendrothschen Analysen an marxistischen Kategorien und Positionen der Arbeiterbewegung seinerseits ein unmittelbar anschlußfähiges, systematisch strukturiertes und politikwissenschaftlich operationalisierbares Paradigma marxistischer Theorie« nicht vor.[1266]

Standardwerke

Sein umfangreiches wissenschaftliches und politisches Wirken dokumentiert eine Bibliographie mit 1057 Titeln. Allerdings finden sich darunter nur wenige Monographien. Lisa Abendroth erinnert sich, dass ihr Mann ein Buch zur Rechtssoziologie schreiben wollte, das schließlich ein Schüler, Wolf Rosenbaum, verfasst habe.[1267] Mit seiner Frau zusammen plante Abendroth zwei Projekte: In den 1950er Jahren eine Geschichte des Widerstands und später eine Geschichte der Bundesrepublik, die aber auch aus Zeitgründen nicht realisiert wurden.[1268] Der Ausschluss aus der SPD entlastete Abendroth nach eigenen Aussagen von vielen Terminen, so dass er nun

[1263] Vgl. Abendroth 1972a, 14.
[1264] Vgl. Abendroth 1972, 12.
[1265] Kammler 2001, 147. Vgl. auch Hüttig/Raphael 1999, 295.
[1266] Kammler 2001, 151.
[1267] Lisa Abendroth (Interview).
[1268] Lisa Abendroth (Interview).

eher Zeit zum Schreiben fand.[1269] In den 1960er Jahren verfasst Abendroth dann drei »schulbildende« Arbeiten:

- Die *Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung* (1965), die schon vorausweisend die nationalgeschichtliche Verengung der deutschen Geschichtswissenschaft überwand und zur Standardliteratur der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit avancierte.
- *Das Grundgesetz. Eine Einführung in seine politischen Probleme* (1966), die Grundzüge der Verfassungstheorie Abendroths aufzeigte.
- Der Sammelband *Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie* (1967), der wichtige politikwissenschaftliche Beiträge Abendroths bündelte.

1. Forschung

Inhalte

Die in den 1950er Jahren bestimmende Forschungsthemen des IwP waren, wenn man die die eingereichten Dissertationen betrachtet, die politische Soziologie des Dritten Reichs, die lokale und regionale Wahlforschung, die Widerstandsforschung und die historisch-soziologische Erforschung der Arbeiterbewegung; wobei letztere in den 1950er Jahren noch weitgehend Programm blieben.[1270] Hans Manfred Bock fand es bemerkenswert,

> dass die Themenverbünde »NS-Herrschaft«, »NS-Arbeiterwiderstand« und »Arbeiterbewegung« bereits vor 1965 mit 13 Dissertationen stark vertreten waren, d. h. bevor die politische Schubkraft der beginnenden Studentenbewegung diesen Forschungsthemen zu einer breiteren Konjunktur verhalfen.[1271]

Die Marburger Politologie leistete hier Pionierarbeit und entwickelte mit 74 Dissertationen, die Abendroth von 1951 bis 1975 als Erstgutachter betreute, eine enorme Forschungsleistung.[1272] Die Doktorarbeiten von Arno Klönne zur Hitlerjugend, Hanno Drechsler über die SAPD oder Karl Hermann Tjaden zur KPO wurden zu Standardwerken.[1273] Die Etablierung eigener Publi-

---

[1269] Vgl. Abendroth 1976, 255.
[1270] Vgl. Burkhardt 1993, 33ff; Hüttig/Raphael 1999, 297f.; Bock 2001a, 107.
[1271] Bock 2001b, 277.
[1272] Zahlen nach Bock 2001b, 271. Vgl. auch Burkhardt 1993, 32; Bock 2001a, 106.
[1273] Klönne, Arno (1956): Hitlerjugend. Die Jugend und ihre Organisation im Dritten Reich, Hannover/Frankfurt; Drechsler, Hanno (1965): Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD). Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik, Meisenheim/Glan; Tjaden, Karl Hermann

kationsreihen, die *Schriftenreihe des Instituts für wissenschaftliche Politik Marburg Lahn* und den *Marburger Abhandlungen zur wissenschaftlichen Politik* das eigene Forschungsprofil des Marburger Instituts.

Hindernisse

Für eine Bewertung der Forschungsleistung und ihrer Methodik ist aber auch die schwache finanzielle Ausstattung des Instituts in den 1950er Jahren zu berücksichtigen und auch der Widerstand, auf den Abendroth innerhalb der Fakultät stieß. Er machte klar, dass er zwar Dissertationen durchfechten konnte, die nicht in das Schema der zeitgenössischen Wissenschaftslandschaft passten und die das geltende Geschichtsbild von der Weimarer Republik in Frage stellten, diese enthielten aber nur Ansätze marxistischer wissenschaftlicher Theorie mit zum Teil gründlicher historischer Aufarbeitung einzelner sozialistischer Gruppen. »Darüber hinaus konnte ich nicht gehen. Hätte ich das versucht, so wäre ich in der Fakultät gescheitert.«[1274] Allein dies hemmte die Entfaltung eines dialektisch-kritischen Wissenschaftsansatzes. Probleme bereitete auch das Wissenschaftsmanagement. Zumindest meinte Peter Römer, langjähriger Assistent Abendroths, dass Abendroth Einzelarbeiter blieb:

> So konnte er wunderbar von der Notwendigkeit der Planung und den Alternativen der Planung sprechen und schreiben, produzierte aber im Institut oft Chaos, das mühsam nur von den Mitarbeitern wieder beseitigt werden konnte und ohne Mithilfe von Lisa Abendroth ging meist gar nichts. Er konnte viel anregen und in Bewegung setzen und auch von hoher Warte aus den Kurs vorgeben, aber langfristige wissenschaftliche Zusammenarbeit, die über Einzelaktivitäten hinausging, zu organisieren, war seine Sache nicht.[1275]

Anregungsfunktion Abendroths

Zumal schon auf Grund seiner politischen Aktivitäten wenig Zeit für eine umfassende Institutspolitik blieb. Bock sieht daher zwar keine »Abendroth-Schule«, aber seine Doktoranden hätten dem Marburger Politikwissenschaftler entscheidende intellektuelle Anstöße zu verdanken.[1276] Der Beitrag des IwP zur Bildung der Neuen Linken bestand in der Anregung zu Themen und im Anstoß, die gesellschaftlichen Verhältnisse gedanklich neu zu fassen.[1277]

(1964): Struktur und Funktion der KPD-Opposition (KPO). Eine organisationssoziologische Untersuchung zur Rechtsopposition im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik, Hannover.

[1274] Abendroth 1972a, 14.

[1275] Römer in: Hecker/Klein/Rupp (Hg.) 2001, 231.

[1276] Bock 2001b, 288.

[1277] Ein Beispiel einer solchen Anregung liefert u. a. Götze, Karl Heinz (1985): Erinnerung an Wolfgang Abendroth, in: Das Argument 154 (1985), 794ff.

Bock meint daher zu Recht, Abendroth habe Forschungsfelder vor allem nach demokratiepädagogischen und nicht wissenschaftstheoretischen Prioritäten definiert.[1278] Die Geschichte des antifaschistischen Widerstands kann dies illustrieren.

Geschichtspolitische Intervention: Widerstandsgeschichte

Abendroth nutzte seine Möglichkeiten als Ordinarius, um bewusst in die Geschichtskultur der frühen Bundesrepublik einzugreifen, indem er die Bearbeitung tabuisierter Themen anregte – nicht zuletzt die systematische Erforschung der Geschichte von Widerstand, NS-System und Arbeiterbewegung.[1279] Dabei ging es ihm in der Frage des Widerstands in erster Linie um eine geschichtspolitische Korrektur bestehender Geschichtsbilder der jungen Bundesrepublik. Hier nahm er vor allem an der Reduktion der Widerstandserinnerung auf die Gruppe des 20. Juli 1944 Anstoß.[1280] In einem aus dem IwP verschickten Rundbrief zum Forschungsprojekt zur Soziologie und zur Geschichte der Widerstandsbewegung gegen das Dritte Reich (1955) heißt es, das besondere Anliegen der Untersuchungen sei es,

> die bisherige deutsche geschichtliche Literatur zur Widerstandsbewegung in einem entscheidenden Punkt zu ergänzen: während die bisher verbreiteten Bücher sich vor allem der Geschehnisse um den 20. Juli 1944 annehmen – das Buch Gerhard Ritters über Goerdeler stellt den Höhepunkt derartiger Bestrebungen dar – ist die Darstellung jener viel breiteren Widerstandskräfte aus den breiten Massen des deutschen Volkes völlig zu kurz gekommen, die seit den ersten Tagen des Dritten Reiches gegen die Hitlerdiktatur Stellung genommen haben.[1281]

Die Erforschung des Widerstands sollte diesen in seiner ganzen Breite in den Blick nehmen.[1282] In einem Brief an Walter Hammer aus Hamburg

---

[1278] Vgl. Bock 2001b, 279.

[1279] Die inhaltlichen Schwerpunkte des IwP sind verschiedentlich herausgearbeitet worden. Vgl. Hüttig/Raphael 1999; Burkhardt 1993, 32-38; für die 1950er Jahre Bock 2001a, 102-113. Eine erste Gruppenbiographie der Doktoranden legt Bock (2001b) im selben Band vor. Ebenso eine zusammen mit Joachim Klein erarbeitete Erfassung von Karrieremuster und Praxisfelder der politikwissenschaftlichen Doktoranden: Bock, Hans Manfred/Klein, Joachim (2001): Karrieremuster und Praxisfelder der von Wolfgang Abendroth promovierten Politikwissenschaftler, in: Hecker/Klein/Rupp (Hg.), 289-319.

[1280] Vgl. Jahnke 1996, 121: Anspielung Abendroths auf die Darstellung Carl Goerdelers durch Gerhard Ritter.

[1281] TWAA, Korrespondenz Abendroth, Nr. 1/1-2, Rundbrief zum Forschungsprojekt zur Soziologie und zur Geschichte der Widerstandsbewegung gegen das Dritte Reich, 1955.

[1282] Z. B. Abendroth, Wolfgang (1960): Das Problem der Widerstandstätigkeit der »Schwarzen Front«, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 2/1960, 181-187; ders.

machte Abendroth 1957 die mehrfache geschichtspolitische Frontstellung deutlich:

> Deine Kritik der neuerdings erschienenen Widerstandsliteratur ist nur berechtigt: Aber man kann der Ersetzung ernsthafter wissenschaftlicher Arbeit durch Legendenbildung à la Ritter und Harzburger Front im Westen und linientreues Geschwafel im Osten nur dadurch erfolgreich Widerstand leisten, daß man selbst etwas schreibt und publiziert. Von Kritik lassen sich weder saturierte westdeutsche Professoren noch hartgesottene stalinistische Sünder imponieren. Durch belletristisches Spiel à la Annedore kommt man auch nicht weiter. Ernsthafte Arbeiten können aber nur aus Deinem Archiv oder aus unserem Institut hier hervorgehen.[1283]

Das Marburger Institut bemühte sich nun um Kontakte zu unterschiedlichsten europäischen Forschungsstellen.[1284] Im Jahr 1965 ergab sich eine sporadische Zusammenarbeit mit Karl-Heinz Jahnke von der ostdeutschen Universität Greifswald.[1285]

Quellensammlung

Zur Erforschung der Widerstandsgeschichte setzte Abendroth jedoch nicht nur auf quellenkritische Auswertung von Primärquellen wie Gestapo- und Gerichtsakten, Sekundärüberlieferungen wie Haftentschädigungsakten, sondern er forderte auch die Auswertung der Emigrantenliteratur und Zeitzeugenberichte von aktiven Teilnehmern des Widerstandskampfes.[1286] Die wirklichkeitsgetreue Erarbeitung von Widerstandsgeschichte bedurfte für Abendroth der Mitarbeit der früheren Akteure. Doch waren solche Methoden waren in der zeitgenössischen Geschichtswissenschaft noch nicht etabliert. Daher fing das Institut an, die verstreuten Informationen zu sammeln und ein eigenes Widerstandsarchiv aufzubauen, das von Abendroths Doktorand Kurt Kliem betreut wurde. In diesem Archiv wurden Publikationen, Nachlässe, Organisationsinterna und Prozessmaterialien gesammelt. Grund-

---

(1972b): Der deutsche politische Widerstand gegen das »Dritte Reich«, in: Abendroth 1972, 518-534. [Erstveröffentlichung: Stimme der Gemeinde, 14-15/1964, Sp. 425-433].

[1283] IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 19, Brief an Walter Hammer vom 10. 10. 1957. Wahrscheinlich in Anspielung an: Leber, Annedore (1954): Das Gewissen steht auf, Berlin/Frankfurt.

[1284] Vgl. Jahnke, Karl-Heinz (1996): Prof. Dr. Wolfgang Abendroth, in: ders.: Antifaschisten. Unbequeme Zeugen des 20. Jahrhunderts, Bd. 2, Bonn, 123: Wiener Library in London, IISG Amsterdam, Institut für Kriegsgeschichte Amsterdam, Arbeiterbibliothek in Stockholm, Kopenhagen und Zürich, Institut für Zeitgeschichte in München, Archiv Walter Hammer und weitere Universitätsinstitute.

[1285] Vgl. Jahnke 1996.

[1286] Vgl. Jahnke 1996, 122.

stock wurden Fragebögen, die an die ehemaligen Widerstandkämpfer verschickt worden waren. Außerdem sicherte sich Abendroth bereits in der Zeit zwischen 1958 und 1961 den Nachlass von Heinrich Brandler.[1287] Der Versuch, ehemalige Widerstandkämpfer zur Mitarbeit zu gewinnen, erwies sich jedoch als schwierig. Mit Blick auf ihre beruflichen Perspektiven, der Gefährdung Angehöriger im Osten aber auch aus Zweifel über die Stabilität der zweiten deutschen Republik waren zahlreiche ehemalige Widerstandskämpfer nicht bereit, wissenschaftlichen Instituten umfassende Informationen über ihr früheres Wirken mitzuteilen.[1288]

2. Lehre

Oberseminar

Seine Wirkung auf die Neue Linke verdankte das IwP nicht zuletzt den Lehrveranstaltungen. Seit 1957 veranstaltete Abendroth regelmäßig ein Oberseminar zu dem persönlich eingeladen wurden. Im Seminar selbst gab es für die damalige Zeit moderne Ansätze, um Gesprächshierarchien abzubauen. So erinnert sich Jürgen Habermas daran, dass eine Diskussionsleitung gewählt wurde, der sich auch die Professoren zu fügen hatten.[1289] Der Reiz des Oberseminars lag in den vortragenden Persönlichkeiten, da es Abendroth gelang, politische Größen wie Ernst Bloch, Ernest Mandel oder Norman Birnbaum für Vorträge zu gewinnen.[1290] Es war eines der vielen Diskussionsforen von Assistenten, Doktoranden, Hilfskräften sowie älteren Studierenden Abendroths und den Nachbarfächern.[1291] Wolfram Burkhardt nahm an, dass das Oberseminar auf die Teilnehmer primär keine politisierende Wirkung hatte, allerdings sei die Bedeutung der Praxis eines solchen

---

[1287] IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 61, div. Briefe mit Heinrich Brandler. Nach dem Tod Brandlers 1967 kam dieser Nachlass zum größten Teil nach Marburg und später nach Kopenhagen.

[1288] Vgl. Jahnke 1996, 123. Vgl. auch die Appelle Abendroths: Abendroth, Wolfgang (1957a): Die Erforschung der deutschen Widerstandes gegen das Dritte Reich als wissenschaftliches Problem, in: Zehn Jahre Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN), IV. Bundeskongress München vom 17. – 19. Mai 1957, Stuttgart, 28-31; ders. (1959c): Forschungen über die Widerstandsbewegung in der Deutschen Bundesrepublik, in: Internationale Hefte der Widerstandsbewegung, 1/1959, 62-64.

[1289] Vgl. Bock 2001b, 281.

[1290] Vgl. Peter Römer im Interview mit Burkhardt (1993, 38): »Interessant war das Oberseminar vor allen Dingen, weil interessante Leute eingeladen waren.«; vgl. IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 19, Einladung Abendroth an Ruth Fischer zum Oberseminar 1958. Ob und wann dieser Vortrag stattfand, konnte noch nicht ermittelt werden.

[1291] Vgl. Burkhardt 1993, 38f.

Kreises für die Inhalte und die Methode der politischen Diskussion sowie der wissenschaftlichen Arbeit auf keinen Fall zu unterschätzen.[1292]

Akademische Lehrveranstaltung

Die normalen akademischen Lehrveranstaltungen boten inhaltlich ein ähnliches Programm, wie das Forschungsprofil. Themen der Lehrveranstaltungen waren politische Soziologie, staats- und verfassungsrechtliche Probleme beziehungsweise Fragen der politischen Parteien, Verbände und Bewegungen.[1293] Ergänzt wurde dies durch die Behandlung theoretischer Probleme und internationaler Politik. Bock wies zu Recht auf die für die westdeutsche akademische Nachkriegszeit außergewöhnlichen Inhalte der Marburger Politologie hin:

> Als Spezifikum der Marburger politikwissenschaftlichen Lehre tritt in den ersten zehn Jahren der Tätigkeit von Wolfgang Abendroth keineswegs die Vermittlung einer ideologisch oder parteilich eingeengten Doktrin hervor, sondern die Heranführung einer nachwachsenden Akademikergeneration an politische deutsche Traditionsbestände, die in der Geschichtskultur und in der politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland der fünfziger Jahre zunehmend ausgegrenzt wurde.[1294]

Unter den Bedingungen der 1960er Jahre beobachtet Bock eine neue Akzentuierung, in der die klassentheoretische Konzeptualisierung deutlicher hervortrat.[1295] Die Vermittlung von Erfahrung, Bildung und kritischem Denken betrieb Abendroth, der zudem als guter und charismatischer Redner wahrgenommen wurde, permanent. Ein ehemaliger Student erinnert sich:

> Während meiner Examensprüfung war er nur zeitweilig durch hartnäckige Intervention des Prüfungsvorsitzenden dazu zu bewegen, mir das Wort zu lassen, um meine Kenntnisse unter Beweis zu stellen. Er hatte gelernt, auch die widrigsten Umstände für die Verbreitung von Wissen zu nutzen.[1296]

Lehramtsausbildung

Auch in der Lehramtsausbildung versuchte Abendroth demokratiepädagogisch zu wirken. Sein langjähriger Mitstreiter bei der Bewegung gegen die Notstandsgesetze, Helmut Ridder, bescheinigte Abendroth, dass er die Wichtigkeit der Lehrerfortbildung richtig eingeschätzt habe und sie ihm deswegen besonders am Herzen gelegen sei.[1297] Abendroth beteiligte sich an

---

[1292] Vgl. Burkhardt 1993, 38.
[1293] Vgl. Burkhardt 1993, 29ff. Vgl. für die 1950er Jahre detaillierter: Bock 2001a, 118ff.
[1294] Vgl. Bock 2001a, 126.
[1295] Bock 2001a, 127f.
[1296] Götze 1985, 796.
[1297] Vgl. Ridder, Helmut (1985): Der Jurist Wolfgang Abendroth, in: Düsseldorfer Debatte 12/1985, 72.

den Reformdiskussionen zur Reform des Curriculums der hessischen Lehrerausbildung. Von 1965 bis 1976 war er in die Entwicklung der hessischen Lehrerweiterbildung für Gemeinschaftskunde eingebunden.[1298] Die fachliche Ausbildung der Sozialkundelehrer wurden ab 1967 – nach Gesprächen zwischen Eugen Kogon, dem hessischen Kultusminister Schütte und Abendroth – Weiterbildungslehrgänge für Studienräte in Bad Wildungen.[1299] In diesen Seminaren traten auch Wolfgang Abendroth und Werner Hofmann als Dozenten auf.

Georg Fülberth sieht in der Lehrerbildung sogar die eigentliche Wirkung Abendroths.[1300] Schließlich war ein Großteil der Studierenden Lehramtsstudenten, die im Rahmen ihrer Ausbildung eine bestimmte Zahl an Semesterwochenstunden ein »P-Fach« (Politikwissenschaft, Pädagogik, Psychologie, Philosophie) zu absolvieren hatten. Die Einführung der Schulfächer Sozialkunde/Gemeinschaftskunde an den hessischen Gymnasien in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre führten zu einem enormen Anstieg der Studierenden und zu einem entsprechenden Arbeitsdruck im Institut, der durch die große Anzahl an Examensarbeiten dokumentiert wird.[1301]

Politische Bildung

Ein Charakteristikum des Instituts blieb jedoch das Engagement in der politischen Erwachsenenbildung.[1302] Laut Bock erreichten die Mitarbeiter ein nicht unwesentliches Publikum. Institutsmitarbeiter und Doktoranden wirkten in den 1950er Jahren außeruniversitär als Lehrende im Rahmen der politischen Fortbildungsmaßnahmen in Parteien, Gewerkschaften und der Erwachsenenbildung.[1303]

Kommunikationsraum

Ein möglicherweise entscheidendes Charakteristikum der Marburger »Abendroth-Schule« wird bislang noch wenig beachtet. Die Marburger Verhältnisse waren offenbar nicht nur von einer linkspolitischen Breite geprägt, sondern auch von einer Diskussionskultur mit flachen Hierarchien. Hier wurden in jeder Hinsicht offene Räume geschaffen, in der stetige Diskussion möglich war. Deppe erinnert sich, dass es im Rahmen der politischen Engagements zwar immer taktische Besprechungen gab, letztlich habe aber immer jeder alles gewusst.[1304] Viele Besprechungen konkreter Politik wurden in Abendroths Büro oder bei ihm zu Hause durchgeführt. Die Besonderheit

---

[1298] Vgl. Mück, Josef Franz (2001): Der Beitrag von Wolfgang Abendroth zur Theorie und Praxis der politischen Bildung, in: Hecker/Klein/Rupp (Hg.) 2001, 153-162.
[1299] Vgl. Mück 2001, 155.
[1300] Georg Fülberth (Interview).
[1301] Vgl. für die 1950er Jahre die Auswertung von Bock 2001a, 121ff.
[1302] Zur Verbindung von SDS und gewerkschaftlicher Bildungsarbeit vgl. Kap V, C, 3.
[1303] Vgl. Bock 2001a, 114.
[1304] Frank Deppe (Interview).

wird deutlich, wenn man sie der Briefkultur der Frankfurter Gelehrten gegenüberstellt, in der Adorno und Horkheimer mit unpersönlicher Anrede korrespondierten und eine eher förmliche Atmosphäre herrschte.

Wissenschaftlich-politisches Milieu

So ist das »offene Diskursklima« in den 1960 Jahren, wie es Hüttig und Raphael dem Institut bescheinigten, nicht nur wissenschaftspolitisch zu sehen.[1305] Ein undogmatischer, wissenschaftlicher und auf konkrete Politik gerichteter Kommunikationsraum mit vergleichsweise flachen Hierarchien war Grundvoraussetzung für die Eigendynamik an den Marburger Instituten. In diesem keineswegs konfliktfreien aber doch eher kooperativen Umfeld, verzahnten sich wissenschaftliche Lehre und Forschung mit Politik. Diesen Eindruck gewinnt man zumindest mit Kammlers Darstellungen zum Buchprojekt *Einführung in die Politikwissenschaft*:

> Insgesamt bleibt festzuhalten, dass die Marburger Einführung – vermittelt über die unorthodoxe Lehre und Forschung Abendroths und die dementsprechende offene Debatte über das Projekt und die einzelnen Beiträge im größeren Kreis – aus einem Geist der linkspluralistischen Öffnung hin zu marxistisch orientierter Demokratie- und Kapitalismuskritik verfasst wurde, dabei im Gefolge Abendroths eher geprägt durch kritisch-historische, institutionenbezogene und verfassungsrechtliche analytische Ansätze als durch Theoriemodelle. Dieses Grundmuster ließe sich als das wesentliche Kennzeichen der »Abendroth-Schule« oder »Marburger Schule« begreifen, so wie sie sich bis Mitte der 1960er Jahre entwickelt hat.[1306]

3. Geschichte und Oppositionspolitik

a) Diskussion von Oppositionspolitik

Aufklärung historischer Fehler

Abendroths Geschichtspolitik beschränkte sich nicht auf das Benennen verdrängter Themen. Abendroth präsentierte der jungen Generation mit der Geschichte der gesamten Arbeiterbewegung nicht nur thematisches Neuland, sondern auch einen außergewöhnlichen geschichtspolitischen Zugriff. Während Adorno mit Freuds Psychoanalyse nach den Tätern und dem Ausbleiben der Zivilisation fragte, interessierte sich Abendroth für die sozialistische Opposition und das Ausbleiben des gemeinsamen Widerstands der Arbeiter-

---

[1305] Vgl. Hüttig/Raphael 1999, 303. Wobei ihre Kontrastierung gegenüber angeblich den ideologisch verengten 1970er Jahren in der Marburger Politikwissenschaft stark überzeichnet ist und eher eine Außenzuschreibung darstellt. Vgl. dazu die Einschätzungen der Kollegen zu den damals umstrittenen Professoren Deppe, Fülberth und Kühnl in: Hecker/Klein/Rupp (Hg. 2001/2003).

[1306] Kammler 2001, 153.

bewegung. Geschichtspolitisch konzentrierte sich Abendroth auf die Diskussion der gescheiterten Oppositionspolitik. Er vertrat eine Tradition sozialistischer Geschichtsbetrachtung, die Peter Weiss 1977 in einer bekannten programmatischen Notiz zu seinem Buch »Ästhetik des Widerstands« zusammenfasste:

> […] – Abwesenheit von Zwang und Dogmatismus – Linie Luxemburg-Gramsci – Voraussetzung: Aufklärung der historischen Fehler – die lebendige kritische Wissenschaft –, Ablehnung jeglicher Illusionsbildungen, Idealismen, Mystifikationen.[1307]

Die geschichtspolitische Konzeption, die Abendroths Schriften bestimmte, hat er in den 1970er Jahren noch einmal formuliert.[1308] Für den Dialektiker Abendroth stand der Einzelmensch immer in einem gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang, aus dem er nicht herausspringen kann.[1309] Und diese Gesellschaft entwickelt nun gesellschaftliche Gesamtvorstellungen, die sie braucht, um ihre Prozesse zu organisieren. Geht es um die Emanzipation einzelner Gruppen, müssten sich diese, so Abendroth, aus den alten herrschenden Vorstellungen loslösen, die aber immer wieder, solange sie ökonomische Macht haben, auf diese einwirkten. Organisationsprozess und Meinungsbildung gehen hier Hand in Hand. Für Abendroth war es Aufgabe von Gesellschaftstheorie und Praxis, dass sich der moderne Mensch der gesellschaftlichen und geschichtlichen Situation bewusst und befähigt wird, diese Strukturen praktisch und theoretisch zu durchbrechen. Hierzu bedurfte es einer eigenen Geschichte der Arbeiterbewegung, die in ständiger Diskussion die bisherigen Strategien aufarbeitet.

Gegenstand historischer Analyse

In der Zeitschrift *Das Argument* betonte Abendroth 1978 den Sonderstatus der historischen Wissenschaften für die sozialistische Politik:

> Ohne Bestimmung des eigenen historischen Standorts und der geschichtlichen Entwicklungsformen, die die Klassenbewegung der abhängigen Arbeit hervorgebracht haben und immer neu hervorbringen, lassen sich strategisch angemessene Anweisungen für ihre Praxis nicht fixieren. Deshalb muss sich

---

[1307] Zit. n. Haug, Wolfgang Fritz (1989): Notizen über Peter Weiss und die »Linie Luxemburg-Gramsci« in einer »Epoche der Ambivalenz«, in: Die »Linie Luxemburg-Gramsci«. Zur Aktualität marxistischen Denkens (=Argument Sonderband 159), Berlin/Hamburg, 7.

[1308] Vgl. Abendroth, Wolfgang (1978): Zur Auseinandersetzung um das Verhältnis von Spontaneität und Organisationsentwicklung in der Geschichte der Arbeiterbewegung, in: Das Argument 108 (1978), 222-229; Privatarchiv Diers, Abendroth, Vorlesung Geschichte.

[1309] Vgl. für das Folgende: Abendroth, Vorlesung Geschichte.

> die Wissenschaft von der Geschichte der Arbeiterbewegung stets darüber im klaren bleiben, dass sie einen einheitlichen, alle seine Vereinzelungen und Besonderheiten umfassenden und in sich einordnenden Prozeß darzustellen hat, der hilft, die gleichsam durch die divergenten technischen Produktionsbedingungen und Produktionsmethoden des kapitalistischen Produktionsprozesses vorgegebene Schichtendifferenzierungen innerhalb der eigenen Klasse gerade auch in ihren geschichtlichen Veränderungen erkennbar zu machen, ihre jeweiligen Schranken zu thematisieren und dadurch beizutragen, sie im gemeinsamen Klassenbewusstsein aufzuheben.[1310]

Die historische Analyse wird damit völlig in einen kooperativ-kollektiven und dynamischen Lernprozess eingebunden: »Geschichte der Arbeiterbewegung ist also im Grunde gar nichts anderes als die Geschichte der Produktion und Reproduktion von Klassenbewußtsein, seiner Entfaltung und seiner Rückschläge.«[1311] In diese ideologiekritisch angelegten Forschungen und Darstellungen sind nach Abendroth einzubeziehen:

- die Entwicklung der Produktivkräfte und der ökonomisch-sozialen Situation (einschließlich ihrer technischen Voraussetzungen)
- das selbstständige Auftreten verschiedener Schichten der abhängig arbeitenden Klasse gegenüber dem Kapital und der politischen Gewalt
- die Aneignung von Bewusstsein über diesen Verlauf in ihren gleichsam »spontanen« Reaktionen und Aktionen, ihrer ideologischen Formen (höchste Stufe: gewerkschaftliches und politisches Klassenbewusstsein)
- die theoretischen Diskussionen, die sich dabei ergeben
- die organisatorischen Versuche, diesen Prozess permanent zu erhalten[1312]

Geschichte »von unten«

Abendroths bei Suhrkamp erschienene *Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung* ist ein Beispiel für diese Konzeption. Sie richtet sich nicht an ein unbestimmtes Publikum, sondern soll der Selbstaufklärung und Selbstverständigung der Arbeiterbewegung dienen. Dazu drehte Abendroth die Perspektive und schrieb eine Geschichte »von unten«. Schließlich forderte er, in der Geschichte der Arbeiterbewegung mit sozialpsychologischen Methoden insbesondere das Verhalten der Parteibasis zu erforschen.

[1310] Abendroth 1978, 223.
[1311] Abendroth 1978, 223.
[1312] Abendroth 1978, 222.

> In Wirklichkeit sind ja die Darstellungen von bürgerlichen Historikern und die selbstbestätigenden Parteilegenden der verschiedenen Kommunistischen Parteien nur zwei Seiten ein und derselben Medaille: Sie alle gehen an der Realität vorbei, weil sie immer nur vom Standpunkt der Spitzenfunktionäre ausgehen, nie aber die Basis analysieren.[1313]

Oppositionswissenschaft

Abendroths Perspektivwechsel folgt auch hier dem Interesse an den Emanzipationsbestrebungen der Basis, die sich auch im Interesse aller gegen Bevormundung, gegen Bürokratisierungs- und Entdemokratisierungstendenzen in den eigenen Reihen durchsetzen muss. Marxistische Wissenschaft vor allem auch hinsichtlich der Erforschung und Darstellung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung unterlag nach Abendroth einem Handicap.[1314] Sie sei notwendigerweise »Oppositionswissenschaft gegen die herrschende Ideologie«.[1315] Oppositionspolitik wird durch Geschichtsschreibung vermittelt, ist immer subjektive und operative Handlungsanleitung für die gegenwärtigen Auseinandersetzungen. Also gegen Prozesse der Entfremdung und Verdinglichung, die Herrschaft und Ausbeutung überhaupt ermöglichen. »Wir müssen«, so äußert sich Abendroth gegenüber Georg Lukács, »ein Geschichtsbewußtsein der Identität in der Nicht-Identität schaffen.«[1316]

Sonder- und Lokalgeschichten

Dabei vermied es Abendroth, eine Geschichtsphilosophie oder eine »historische Mission« der Arbeiterbewegung zu postulieren. Deppe erinnerte sich, dass es bei Abendroth wichtig war »hier einen nicht metaphysischen Bezug, so will ich das einmal nennen, zur Geschichte der Arbeiterbewegung zu bekommen«.[1317] Um von den konkreten historischen Verhältnissen aus zu analysieren, regte Abendroth immer wieder zu lokalgeschichtlichen Untersuchungen an. Bei einer Einführung in die Geschichte der Arbeiterbewegung, die Abendroth vermutlich an der Frankfurter *Akademie der Arbeit* hielt, machte er deutlich, dass es keine Gesamtgeschichte einer Bewegung geben könne, die nicht teils voraussetzt, teils erforderlich mache, dass man die Probleme, die man darin verhandelt, zunächst an lokalen Entwicklungen untersucht.[1318] Und es sei erforderlich, die Sondergeschichten der einzelnen Verbände oder Richtungen der deutschen Arbeiterbewegungen zu bearbeiten. Hieraus ergäben sich immer wieder Sonderfragen, die lokal gänzlich

---

[1313] Abendroth 1976, 73.
[1314] Vgl. Abendroth 1978, 224.
[1315] Abendroth 1978, 224.
[1316] Pinkus (Hg.) 1967, 94.
[1317] FU Berlin 1988.
[1318] Privatarchiv Diers, Abendroth, Vorlesung Geschichte. Vgl. auch Abendroth 1981, 149.

anders gelaufen seien als anderswo. Hierzu gäbe es interessante vergleichende Untersuchungen.

Historische Einordnung

Wichtig bleibe, die Lokaluntersuchungen immer wieder in den allgemeinen historischen Kontext zu stellen, um das Allgemeine herauszuarbeiten. Gegen die Auffassung des Positivismus macht er geltend, dass es trotz der vielfältigen Einzelerscheinungen möglich bleibe, eine Gesamtgeschichte zu schreiben. Der Zusammenhang ergibt sich für Abendroth aus der Sache selbst: »In der Realität bestehe kein lokaler Zusammenhang außerhalb großer geschichtlicher Zusammenhänge«.[1319] Dabei müsse sich jede wissenschaftliche Darstellung um eine möglichst objektive Darstellung bemühen, sie bleibe aber beeinflusst vom Standpunkt desjenigen, der sie schreibt. Dessen muss sich jeder Geschichtsschreiber bewusst sein. Man könne Geschichte nicht sinnvoll schreiben, wenn man nicht einen Standpunkt hat. Diese Aufarbeitung der Geschichte sei »Grundlage für Bildbestimmungsprozesse im lebendigen tagtäglichen gewerkschaftlichen [Tun].«[1320]

b) Vermittlung zwischen den Akteuren

Kommunismus und Sozialdemokratie

Es sind die alten Dilematta linker Politik, die Abendroths Geschichtsschreibung zum Inhalt hat. Die Grenzen der Toleranz innerhalb der Bewegung, die fruchtlose Gegenüberstellung von Antithesen, die fehlende Einheit, Partei- und Apparatepolitik. Abendroth beschäftigte sich mit dem Entwicklungsprozess der Arbeiterbewegung, deren objektiven Grundlagen und ihren subjektiven Momenten. Die Arbeiterbewegung als Einheit zu betrachten, Kommunisten und Sozialdemokraten gleichermaßen zu analysieren, stand gerade in den 1950er und 1960er Jahren quer zu allen geltenden Geschichtsbildern in Ost und West. Abendroth band ganz selbstverständlich wissenschaftliche Arbeiten der DDR in seine Darstellungen ein. Und er begrüßte die Weitung des Blickwinkels durch Intellektuelle wie Sebastian Haffner, dem er am 15.11.1967 schreibt:

> Ich wollte Ihnen seit ewigen Zeiten schreiben und zu Ihren Aufsätzen zum Problem der Anerkennung der DDR, aber auch zu den Notstandsgesetzen im »Stern« gratulieren. Ihre Aufsatzfolge zu den Fragen der Russischen Revolution halte ich trotz der Entrüstung drüben auch für nützlich, in allen wesentlichen Tendenzen für historisch richtig und vor allen Dingen ein glänzendes Beispiel dafür, wie man Historie in eine Story verwandeln und dadurch popularisieren und Jugendlichen zugänglich machen kann. [...] Ganz ausgezeichnet war Ihr kritischer Aufsatz in bezug auf das Verschwin-

[1319] Privatarchiv Diers, Abendroth, Vorlesung Geschichte.
[1320] Privatarchiv Diers, Abendroth, Vorlesung Geschichte.

> denlassen aller großen Namen der Revolutionsgeschichte in der letzten Nummer des Stern. Wir haben früher oft divergiert – seit zwei Jahren gibt es zwischen uns noch kaum Differenzen. Also sollte man besser in Fühlung bleiben. Was halten Sie davon?[1321]

Vermittlung der Strömungen

Abendroths Historiographie, wie sie uns in der *Sozialgeschichte* begegnet, sollte zur Vermittlung zwischen den Strömungen der gespaltenen Arbeiterbewegung beitragen, indem Fehleinschätzungen und ihre wechselseitigen Bedingungen erklärt wurden. Letzteres ist von großer Bedeutung um bewusst die jeweilige Hausgeschichtsschreibung zu überwinden.

Oben wurde bereits die geschichtliche Darstellung der Sozialdemokratie bei Abendroth angesprochen. Natürlich richtete sich seine Geschichtsschreibung immer an die einzig verbliebene linke Partei, die SPD, der Abendroth vor allem nach dem Ausschluss aus der SPD den Spiegel vorhält.[1322] Seine Geschichtspolitik wandte sich nach Godesberg gegen Versuche, »die Geschichte der deutschen Arbeiterpartei den gegenwärtigen Auffassungen der Führung der SPD anzupassen« und wollte zeigen, wie sie zum Objekt der Geschichte, nicht zum gestaltenden Subjekt der Ereignisse wurde und dadurch ihre führende Rolle verlor.[1323] Abendroth schrieb gegen Apologien in Parteien und Gewerkschaften.[1324] Dies führte immer wieder zu Kontroversen, wie etwa 1954 in den *Gewerkschaftlichen Monatsheften*. In seiner Rezension verwarf Franz Spliedt Abendroths Schrift *Die deutschen Gewerkschaften* (1954).[1325] Darin hatte Abendroth Fehler der Gewerkschaftsführungen kritisiert, vor allem dass sie 1914 und 1933 aus Angst um die Legalität der Organisation auf politische Massenstreiks verzichtet hatten. Abendroth, so Spliedt, habe dabei jede historische Objektivität vermissen lassen. Er sah in seinem Werk eine Diskreditierung der Gewerkschaftsleitungen, die »den jungen Gewerkschafter mit Mißtrauen« erfüllen müsse.[1326] Wolfgang Abendroth provozierte dies zu einer Antwort unter der polemischen Über-

---

[1321] IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 32, Brief an Sebastian Haffner vom 15. 11. 1967.

[1322] Zum Beispiel anlässlich des 100. Gründungsjubiläums der SPD: Vgl. Abendroth 1985d.

[1323] Vgl. das Vorwort in: Abendroth 1978f.

[1324] Ähnlich beschreibt Abendroth seinen Standpunkt in seinem autobiographischen Gesprächsband: Memoiren der Arbeiterbewegung seien fast ausschließlich aus der Perspektive der Spitze geschrieben und so würden Memoiren zur Apologie der Politik der Spitze irgendeiner Partei oder Gewerkschaft: Vgl. Abendroth 1976, 12.

[1325] Vgl. Abendroth 1954b; Spliedt, Franz (1955): Wolfgang Abendroth, Die deutschen Gewerkschaften (Rezension), in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 3/1955, 195ff.

[1326] Spliedt 1955, 195.

schrift »Gewerkschaftsgeschichte. Apologie vergangener Fehler oder kritische Analyse?«.[1327]

Differenzierte Betrachtung der Sozialdemokratie

Bei aller Kritik an Sozialdemokratie und Gewerkschaften, ihrem Legalismus, den Kompromissen der SPD zu Lasten der Arbeiterbewegung zeigte er auch ihre historischen Leistungen und ging ebenso scharf mit Mythen und Methoden des stalinisierten Parteikommunismus ins Gericht. So stellte er sich auch den Sozialfaschismustheorien der KPD entgegen, und der undifferenzierten Sicht auf Kapitalismus und Sozialdemokratie. Die Fehler die sie machten, »geschahen nicht bösen Willens, sondern wegen falscher Analyse der Lage und mangelnder Kampffähigkeit, aber keineswegs, um die Positionen der Bourgeoisie bewusst zu stärken.«[1328]

Helga Grebing hat darauf hingewiesen, dass persönliche Vorwürfe in Abendroths historischer Darstellung völlig fehlten: »Er sieht sie [die Reformisten, RH] eingeschweißt in Strukturen und gebunden an Funktionen, aus denen subjektiv schwer auszubrechen war, obwohl Abendroth auch dafür Beispiele kennt.«[1329] Die vermittelnde Methode Abendroths verdeutlicht eine Erinnerung an ein Ereignis in dessen Oberseminar:

> In einem seiner Seminare verklagte ein Teilnehmer Friedrich Engels, dieser sei für die damals wenig geschätzte Idee verantwortlich, in der Natur gehe es gleichfalls dialektisch zu. Somit trage Engels auch große Verantwortung für die stalinistische Deformation des Marxismus. Wie er, Abendroth, sich zu dieser Engelschen Theorie verhalte. Abendroth lobte umständlich die Frage, erläuterte Engels' Schrift über die Lage der arbeitenden Klassen in England, streifte seine Verdienste in der Revolution von 1848 und für die Entwicklung des Marxismus generell, um schließlich für die nächste Sitzung Auskunft über Engels' Rolle bei der Verbreitung des Marxismus in der frühen deutschen Sozialdemokratie zu versprechen.
> Der Frager beschwerte sich später, er habe keine Antwort erhalten. Damals gab ich ihm recht.[1330]

Die historisch-kritische Analyse der Bewusstseinsentwicklung ist für ihn eine Voraussetzung, um überhaupt wieder gemeinsames Handeln zu ermöglichen und verlorene Handlungsspielräume zurückzugewinnen. Abendroth nahm in seinen historischen Einführungen immer wieder eine Haltung ein,

---

[1327] Abendroth, Wolfgang (1955d): Gewerkschaftsgeschichte. Apologie vergangener Fehler oder kritische Analyse?, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 4/1955, 260ff.
[1328] Abendroth 1997, 244.
[1329] Grebing, Helga (2001): Wolfgang Abendroth als Historiker der deutschen Arbeiterbewegung, in: Hecker/Klein/Rupp (Hg.), 162.
[1330] Götze 1985, 796.

die bei aller Subjektivität und Polemik nicht den Stab über andere brechen will, sondern versucht, die Position und die Gründe der Akteure zu verstehen und realistisch zu bewerten.[1331]

Darstellungsform

Diese historischen Ausführungen erreichten ihre Zielgruppe mittels einer leichtverständlichen, nicht-theoretischen Sprache. Die *Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung* wurde innerhalb der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit zum Standardwerk und erlebte in zwanzig Jahren eine Auflage von über 80.000 Stück.[1332] Impulse zu dieser Darstellungsform empfing Abendroth von den marxistischen Klassikern Marx und Engels sowie von Franz Mehring. Engels imponierte Abendroth als Theoretiker, Historiker und Popularisierer der Marxschen Ideen.[1333]

Defizite

Dabei machte Rudi Dutschke in einer Rezension der *Sozialgeschichte* auch auf Defizite aufmerksam.[1334] Dutschke vermisste den Zusammenhang mit den jeweiligen Produktionsverhältnissen und bemängelte, dass sich Abendroth auf die Deskription und das Zusammentragen von Fakten beschränke. Abendroth könne, so Dutschke weiter, keine Antwort auf die aufgeworfene Frage nach der Stagnation der Arbeiterbewegung in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern finden, »um so mehr, als er die möglicherweise revolutionären Folgen der Automation unberücksichtigt läßt.«[1335]

Tatsächlich ist damit ein Defizit der Abendrothschen Geschichtsschreibung benannt, insoweit die Produktivkraftentwicklung die Konsequenzen des technologischen Wandels ausklammert. Und hier zeigten sich auch Grenzen des Abendrothschen Wirkens. Der Jurist und Politologe Abendroth füllte mit der Geschichtsschreibung ja eigentlich nur eine personelle Lücke in einer Disziplin, die er nicht gewählt hatte. Zum Entstehungshintergrund der *Sozialgeschichte* erläuterte Lisa Abendroth, dass diese unter enormen Zeitdruck und in enger Zusammenarbeit mit ihr, den Assistenten und der Sekretärin des IwP innerhalb von 14 Tagen geschrieben worden sei.[1336] Konzeptionelle Innovationen und Reflexionen waren unter diesen Umständen nicht mehr zu leisten.

[1331] Vgl. Gramsci 1967, 146f.

[1332] Von der *Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung* (1965) wurden bis 1981 83.000 Exemplare gedruckt, sie erlebte in Deutschland über 14 Auflagen und wurde in 14 Sprachen übersetzt

[1333] Vgl. Deppe, Frank (1985): Ein Leben in der Arbeiterbewegung, in: Redaktion Sozialismus (Hg.), 14.

[1334] Vgl. Dutschke, Rudi (1966): Abendroth, Wolfgang: Sozialgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung (Rezension), in: Das Argument 39 (1966), 346f.

[1335] Vgl. Dutschke 1966, 347.

[1336] Lisa Abendroth (Interview).

Versteckte Dialektik

Betrachtet man Abendroths *Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung*, so fällt tatsächlich auf, dass auf gesellschaftstheoretische Passagen verzichtet wurde. Doch auch Dutschke übersah, dass in Abendroths scheinbar nur politikgeschichtlicher Ausführung die Dialektik selbst am Werk war. Entlang der oben genannten fünf Gesichtspunkte diskutiert er Entstehung und Verfall politischen Bewusstseins in der Arbeiterbewegung. Die Dialektik des Prozesses versucht Abendroth anhand der konkreten politischen Ereignisse zu zeigen. So wird sie anschaulich durch Praxis vermittelt. Auf sehr spezifische Weise verknüpft Abendroth historische Information, Argumentation und politischen Kommentar.

Wechselwirkung der Oppositionspolitiken

Dutschke entging auch eine andere Neuerung in Abendroths Darstellung. Da die Einheit der Arbeiterbewegung nicht gegeben war, beobachtet Abendroth die Wechselwirkungen der jeweiligen Oppositionspolitiken der beiden Hauptströmungen genau. Keine Aktion der KPD blieb ohne Wirkung bei der SPD und umgekehrt. Die politische Arbeit beider Parteien wurde nicht nur gegenüber gestellt, sondern zueinander ins Verhältnis gesetzt, um den gegenseitigen Entfremdungsprozess besser erklären zu können. Geschichtsschreibung ist ihm dabei eine Form der Vermittlung zwischen den Kontrahenten, indem der Konflikt rationalisiert wird. Die Dialektik ist sein entscheidendes Hilfsmittel im Sinne Brechts: »Die Dialektik ist die Möglichkeit, beide Seiten zu Wort kommen zu lassen, ohne Parteilichkeit aufzugeben.«[1337] Auf diese Weise versuchte Abendroth Einsicht in die Wirkungsweise der jeweiligen Strategien vermitteln.

Für die Identifizierung einer akademische Schule haben Hüttig und Raphael verschiedenste Indikatoren benannt: ein spezifische Methodik, Ausbau institutioneller Arbeitszusammenhänge, Bildung stabiler Forschungsgruppen, Karrieremuster, Arbeitsfelder und Forschungsergebnisse. Nach den bisherigen Ausführungen scheint Marburg noch etwas geboten zu haben, was von diesen Indikatoren nicht erfasst werden kann: ein plurales Arbeitsklima, das Wissenschaft und Politik praktisch zusammenführte und die Vermittlung einer bestimmten Haltung. Das Selbstverständnis, Wissenschaft für politische Bewegungen, namentlich die Arbeiterbewegung betreiben, der methodologische Bezug auf den historischen Materialismus, der Schwerpunkt auf der Geschichte der Arbeiterbewegung, der hohe Stellenwert der Ideologiekritik und der historisch-sozialen Analyse, legt den Schluss nahe, dass das Marburger IwP die Tradition des alten *Frankfurter Instituts für Sozialforschung* unter der Leitung von Carl Grünberg fortgesetzt und weiterentwickelt hat.

1337 Brecht, GA, 22.1, 446.

VIII. Herausforderung durch die antiautoritäre Linke (1965-1970)

»Eines der konstitutiven Probleme marxistischer Politik«, schrieb Frieder Otto Wolf, »ist ihr Ringen um die Hegemonie in der sich organisierenden politischen Arbeiterbewegung im Umgang mit den antiautoritären, libertären Strömungen.«[1338] Auch die Epochenwende von 1968 stand ganz im Zeichen dieses Konflikts. Mit Aufkommen der antiautoritären Neuen Linken setzten sich in der westdeutschen Studentenbewegung politische Konzeptionen durch, die denen der Linkssozialisten in vielem entgegenstanden. Im Zusammenhang mit der Bewegung gegen die Notstandsverfassung und der Gründung des *Sozialistischen Zentrums* sind bereits unterschiedliche Positionen in der Bewertung des Parlamentarismus deutlich geworden.[1339] Die folgenden Ausführungen beschränken sich daher auf die Themen Rolle revolutionärer Gewalt, historisches Subjekt, sowie und politische Kommunikations- und Organisationsformen. Hier lieferte die antiautoriäre Studentenbewegung Antworten, die wiederum die Arbeit und die Erfahrungen älterer Linkssozialisten wie Abendroth radikal in Frage stellten.

A. Provokation als Politik

1. Hegemonieverlust der Linkssozialisten im SDS

Studentenbewegung

Mitte der 1960er kündigte sich ein Stimmungsumschwung an den westdeutschen Hochschulen an. Studentinnen und Studenten distanzierten sich zunehmend von gesellschaftlichen Autoritäten, allen voran von ihren akademischen Lehrern. Sie forderten Aufklärung über ihre Rolle während des 3. Reichs. Die Bildung der Großen Koalition im Jahr 1966 wurde schließlich zum Auslöser einer studentischen Massenbewegung. Die Mitgliederzahl SDS, der noch um 1965 noch eine verschwindende Minderheit der Studentenschaft repräsentierte, stieg explosionsartig an. Diese breite linke Strömung an den westdeutschen Hochschulen Mitte der 1960er Jahre kam für alle Zeitgenossen überraschend.

Antiautoritäre Wende in Berlin

Ein Moment der Studentenbewegung war die Herausbildung einer antiautoritären Strömung, die 1964 vom Berliner Landesverband des SDS ihren Ausgang nahm. Seit der Demonstration gegen den Besuch des kongolesischen Staatspräsidenten Moise Tschombe im Herbst 1964 hatten dort die

[1338] Wolf 1996, 321.
[1339] Vgl. Kap. VI, D und E.

Erfolge provokativer Aktionsstrategien die sozialistischen Studenten beflügelt.[1340] Mit einer spezifischen Kombination von Themen, Theorie und offensiven, direkten Aktionsformen konnte sich der antiautoritäre Flügel im SDS durchsetzen und die Hegemonie der Linkssozialisten im SDS auflösen.

Direkte Aktionen

Die antiautoritäre Theorie ging davon aus, dass die Intellektuellen die Verhältnisse selbst verändern mussten: »Kritik muss in Aktion umschlagen. Aktion entlarvt die Herrschaft der Unterdrückung.«[1341] In den Zentren der hochindustrialisierten Gesellschaften sollte mit der Strategie der begrenzten Regelverletzung und gezielten direkten Aktionen das falsche Bewusstsein durchbrochen werden. In seinem wegweisenden Beitrag in der *neuen kritik* hatte Michael Vester die Strategie der »direkten Aktion« in die sozialistische Streiktradition gestellt:[1342] »Vorbild jeder direkten Aktion ist der Streik und ihr Vorläufer, der Anarchismus und der Syndikalismus.«[1343] Im Sommersemester 1965 und im anschließenden »Vietnam-Semester« 1965/66 entdeckten die Berliner Studentinnen die Hochschule zunehmend als politischen Handlungsraum. Streiks und Protestveranstaltungen förderten das politische Selbstbewusstsein der Beteiligten.

Konflikt mit dem Bundesvorstand

Im Februar 1966 kam es zwischen dem linkssozialistischen Bundesvorstand und dem Westberliner SDS zur offenen Konfrontation nach einer Plakataktion Berliner SDSler. Das Plakat hatte den Titel »Erhard und die Bonner Parteien unterstützen Mord« und forderte »Amis raus aus Vietnam«. Zuvor hatte der West-Berliner SDS bei einer Vietnamausstellung Geld für das Rote Kreuz Nordvietnams und den *Viet Cong* gesammelt. Damit setzte sich der antiautoritäre Flügel gezielt von der bisherigen Politik des SDS-Bundesvorstandes ab, indem bewusst keine Rücksicht darauf genommen wurde, ob Gewerkschaftsmitglieder in der SPD brüskiert wurden. Dagegen wollte Helmut Schauer als Bundsvorsitzender die bestehenden Kooperationen zwischen Gewerkschaftlern und Akademikern vertiefen.[1344] Zu diesem Zweck waren in Frankfurt für den 22. 5 1966 ein Kongress »Vietnam – Analyse eines Exempels« sowie der Kongress »Notstand der Demokratie« für den 30. 10. 1966 geplant. Die Linkssozialisten sahen mit zunehmender Mili-

---

[1340] Studenten hatten den »Lumumba-Mörder« in München mit Rauch- und Stinkbomben beworfen. In Berlin gelang es ihnen, die Polizeikette am Flughafen zu durchbrechen und innerhalb der Bannmeile des Schöneberger Rathauses Tschombe bei seiner Abfahrt mit Tomaten zu bewerfen.

[1341] Vgl. Unverbindliche Richtlinien Nr. 2, in: Böckelmann, Frank/Nagel, Herbert (Hg.) 1976: Subversive Aktion. Der Sinn der Organisation ist ihr Scheitern, Frankfurt,115.

[1342] Vgl. Vester, Michael (1965): Die Strategie der direkten Aktion, neue kritik 30 (1965), 12-20.

[1343] Vester 1965, 14.

[1344] Vgl. Schauer 1965. Vgl. Kap. VI, B, 2, b.

tanz des SDS Berlin den Erfolg dieser Kongresse, die eben überwundene gesellschaftliche Isolation und die mühevoll hergestellte Vertrauensbasis zu den Gewerkschaften bedroht.

Sinnliche Erfahrung der Verhältnisse

Dagegen monierte der antiautoritäre Flügel des SDS diese »dogmatisch fixierte Volksfrontlinie« und wandte sich damit gegen die bisherige politische Strategie, ihre Adressaten und das Selbstverständnis des SDS.[1345] Aus seiner Sicht war es notwendig, ein antiautoritäres Revolutionskonzept »revolutionärer Spontaneität« herauszuarbeiten.[1346] Gegen die Vollendung des Monopolkapitalismus des »integralen Etatismus« sollte eine bewusstseinsbildende »Agitation in der Aktion, die sinnliche Erfahrung der organisierten Einzelkämpfer in der Auseinandersetzung mit der staatlichen Exekutivgewalt« durchbrechen.[1347] Eine Strategie, die von Beginn an in einem globalen Kontext stand. »›Die Propaganda der Schüsse‹ (Che) in der ›Dritten Welt‹ muß durch die ›Propaganda der Tat‹ in den Metropolen vervollständigt werden.«[1348] Die Aktionen sollten aber nicht nur aufrütteln sondern das Individuum sollte sich dabei spielerisch neu definieren, und in diesem Prozess die wirklichen Grenzen der Gesellschaft erkennen.

Das Moment der Vergemeinschaftung bei politischen Aktionen wurde in der antiautoritären Neuen Linken betont, um die gesellschaftliche Überindividualisierung zu überwinden. Geschichte sollte als machbar, als gemeinsamer Prozess von handelnden Subjekten in der subversiv-anarchistischen Aktion erlebt werden können.[1349] Der revolutionäre Gehalt des »subjektiven Faktors« rückte in den Vordergrund. Dabei sollten die direkten Aktionen nicht nur eine Gemeinschaft herstellen, sondern laut Vester immer auch zur Reflexion anregen.[1350] Allerdings trat im Zuge dieser Politisierung und Radikalisierung die Aufklärungsfunktion vielfach hinter den einfachen »Angriff auf den Staatsapparat« zurück.[1351] Die Teilnehmer der direkten Aktionen – nicht zuletzt der populären Agitationsformen Sit-in, Teach-in und Go-in – erlebten diese als befreiend und konnten sich selbst unmittelbar als aktiv Handelnde wahrnehmen.

Themen

Die antiautoritäre Neue Linke popularisierte aber nicht nur neue Protest- und Ausdrucksformen, sondern griff nun auch Themenstränge auf, die in der sozialistischen Debatte vernachlässigt worden waren. Unter dem Eindruck

---

[1345] Vgl. Ryschkowsky 1968, 198.
[1346] Vgl. Ryschkowsky 1968, 198ff.
[1347] Vgl. Gilcher-Holtey 1998, 183; Dutschke/Krahl 1980, 9.
[1348] Dutschke/Krahl 1980, 9.
[1349] Vgl. Kunzelmann in: Martin 1970, 23.
[1350] Vgl. Vester 1965, 17.
[1351] Das zeigt sich u. a. bei Rabehl 1968, 43.

der alltagsrevolutionären Kommunebewegung (Amerikanische subkulturelle Bewegung, Amsterdamer Provos, Beat, Hippies, Kommune I) kombinierte sie jugendlich antiautoritäre und »lebensreformerische« Motive mit sozialistischen. Die sexualpolitischen Themen sprachen dabei besonders Schüler, Lehrlinge und Studenten an, in deren Alltagsleben die Beseitigung jeder Disziplinierung durch eine repressive Sexualmoral zunächst einen besonders hohen Stellenwert einnahm.

Randgruppen als Adressaten

Aus der Sicht der antiautoritären Linken war daher auch nicht mehr die Arbeiterbewegung das historische Subjekt, sondern die Randgruppen der Gesellschaft. Bernd Rabehl schreibt:

> Für Dutschke war das Zeitalter der proletarischen Revolution vorbei. Es wurde ersetzt durch neuartige »Volksrevolutionen«, die in Gang gesetzt wurden von den Erniedrigten und Beleidigten, von den Aussteigern und Unzufriedenen, die aus allen Volksschichten kamen, primär jedoch aus der dissidenten Intelligenz.[1352]

Zu Fragen der langfristigen Organisation und zu den Adressaten, schwieg die antiautoritäre Linke bewusst oder blieb vage. Michael Vester sprach im Zusammenhang mit der »direkten Aktion« vorsichtig von »Aktivbürgern«.[1353]

Antiautoritärer Marxismus?

Frieder-Otto Wolf hat darauf hingewiesen, dass die antiautoritäre Neue Linke auch Grundzüge eines »antiautoritären Marxismus« entwarf, »der in und gegenüber der ungelösten Krise der zerfallenden kommunistischen Weltbewegung eine eigenständige radikale Position begründen sollte.«[1354] Auch das historische Interesse der antiautoritären Linken hatte deswegen für Bock nicht das Ziel, die anarchistische Theorie pauschal zu rehabilitieren,

> sondern angesichts bürokratisch verfestigter Strukturen in den kapitalistischen und sozialistischen Ländern die libertären Elemente anarchistischen Denkens in die Ausarbeitung einer neuen Strategie einzubeziehen, ohne hinter den Erkenntnisstand der marxistischen Diskussion zurückzufallen.[1355]

Keine Einigung der Flügel

Damit waren wesentliche Elemente des verbandsinternen Konsenses im SDS, den sich der Studentenverband seit den 1950er Jahren erarbeitet und erstritten hatte, in Frage gestellt. Von 12. bis 20. 3. 1966 wurden in einem SDS-Seminar unter dem Thema »Zur Geschichte der Arbeiterbewegung« im

---

[1352] Rabehl 1998.
[1353] Vester 1965.
[1354] Wolf 1996, 322.
[1355] Bock 1976, 19.

Naturfreundehaus von Oberreifenberg/Taunus die unterschiedlichen Positionen zwischen Linkssozialisten und Antiautoritären diskutiert. Doch Rudi Dutschke ließ sich weder kooptieren noch ließen sich seine theoretischen Ansätze entschärfen.[1356] Alle weiteren Versuche des SDS-Bundesvorstands – Helmut Schauer, Hartmut Dambrowski und Frank Deppe –, den antiautoritären Berliner Landesverband einzubinden, misslangen. Die linkssozialistische Neue Linke stand vor der zunächst unlösbaren Aufgabe, eine Gruppe zu integrieren, die sich bewusst jeder Organisationslogik und Organisationsdisziplin entziehen wollte. Die Erhöhung des organisatorischen Drucks, wie die Drohung des SDS-Bundesvorstandes, einzelne Mitglieder aus dem Verband auszuschließen, beschleunigte die Formierung der antiautoritären Strömung zusätzlich, die sich immer stärker vom Führungsanspruch der von ihnen als »Traditionalisten« bezeichneten Gruppen in Marburg und Frankfurt – und von Mentoren wie Abendroth – abgrenzte. Die systematische, gewerkschaftsorientierte Bündnispolitik des an Abendroth orientierten SDS-Bundesvorsitzenden Helmut Schauer wirkte für die Antiautoritären als zu zahm, altbacken und aussichtslos.[1357] Die antiautoritären SDSler stellten langfristige und auf die klassische Arbeiterbewegung orientierte Konzepte in Frage, weil diese ihrer Meinung nach die Selbstbefreiung blockierten.

Einziger Weg zur Weckung politischen Bewusstseins

Der Erfolg der »Aufklärung durch Aktion« bestätigte die antiautoritäre Linke in ihrer Vorgehensweise: Das erste Sit-in 1966 gegen das Raumverbot für politische Veranstaltungen an der FU Berlin mit mehr als 3.000 Studenten wurde für die Teilnehmer zum kollektiven Schlüsselerlebnis.[1358] Der Kampf um die Demokratisierung der Hochschule könne, so die Hoffnung viele Antiautoritärer, Ausgangspunkt für die Demokratisierung der Gesellschaft insgesamt werden und die antiinstitutionelle Hochschulrevolte als Vorbild für künftige Klassenkämpfe dienen.[1359] Die neuen Protest- und Ausdrucksformen erschienen daher schnell als einziger Weg in den Verhältnissen einer manipulierten Öffentlichkeit politisches Bewusstsein zu wecken. Und so übte der West-Berliner Landesverband des SDS bald einen starken Einfluss auf Inhalt und Aktionsformen des SDS insgesamt aus.[1360]

Wissenschaftlicher Sozialismus

Umgekehrt sahen die Linkssozialisten im SDS wenig Veranlassung, ihre bisherige Strategie zu verändern. Die bisherige systematische Theorie- und

---

[1356] Vgl. Rabehl 1998.

[1357] Diese Entwicklung des Verbandes ist bereits vielfach beschrieben worden. Zuletzt: Lönnendonker/ Rabehl/Staadt 2002.

[1358] Vgl. Lönndonker/Rabehl/Staadt 2002, 143f.

[1359] Vgl. die These III der Hochschulresolution auf der XXII. DK, in: neue kritik 44 (1967), 21; Lönnendonker/Rabehl/Staadt 2002, 385f.

[1360] Vgl. Fichter/Lönnendonker 1977, 81.

Bildungsarbeit sollte fortgesetzt und der Anschluss an die internationale westlich-marxistische Diskussion gefunden werden. So arbeitete die linkssozialistische Neue Linke die in Deutschland unbekannten Texte von Paul Baran, Frantz Fanon, Ernest Mandel, Maurice Dobb oder Lelio Basso auf und machte sie der allgemeinen Diskussion zugänglich.[1361] Die Verbandszeitschrift *neue kritik* sollte 1966 nach den Vorstellungen von Helmut Schauer und Frank Deppe und mit Beratung von Wolfgang Abendroth zu einer breiten, über den Verband hinausgehenden theoretischen Plattform ausgebaut und in die deutsche Ausgabe des von Lelio Basso in Rom herausgegebenen *International Socialist Register* umgewandelt werden.[1362] Die antiautoritären Linken hatten dahingegen den Eindruck, dass die Älteren ihre akademischen Karrieren vorbereiteten und kein großes Interesse mehr hätten, politisch einzugreifen.[1363]

Bildungsarbeit des SDS

Abendroth griff nicht unmittelbar in diese Diskussionen ein. Vielmehr führten zunächst viele Angehörige des Marburger Assistentenkreises die Kontroverse mit der antiautoritären Linken. Die Auseinandersetzung zwischen den unterschiedlichen Fraktionen und ihren Fragestellungen kollidierten schließlich bei der Diskussion um die zukünftige Bildungsarbeit des Verbandes. Die XXI. Delegiertenkonferenz des SDS von 1966 hatte Kurt Steinhaus und Frank Deppe mit der Entwicklung eines Schulungsprogramms beauftragt.[1364] Deppe und Steinhaus sahen in der Fortsetzung der bisherigen Politik und den Mobilisierungserfolgen in Westberlin und anderswo keinen Widerspruch. In der *neuen kritik* schreiben sie 1966:

> Erfolgreiche politische Aktionen des SDS haben immer wieder das Problem der Kontinuität seiner politischen Arbeit aufgeworfen. Dies heißt konkret, daß er zwar in der Lage ist, Opposition zu mobilisieren, aber außerstande, sie kontinuierlich zu organisieren. Indem der SDS zwar einerseits Funktionen einer fehlenden sozialistischen Organisation über den Rahmen der Hochschule hinaus erfüllt, aber über zwei wesentliche Funktionsvoraussetzungen einer sozialistischen Partei – nämlich der Kontinuität und hohe Verbindlichkeit ihrer Arbeit – de facto nicht verfügt, gerät er der Tendenz nach in einen politischen circulus vitiosus, der die objektiven Hindernisse seiner Arbeit permanent reproduziert.[1365]

[1361] Vgl. Deppe in: FU Berlin 1988.
[1362] Vgl. Burkhardt 1993, 101.
[1363] Vgl. Rabehl 1988, 91; Lönnendonker/Rabehl/Staadt 2002, 140.
[1364] Vgl. Deppe, Frank/Steinhaus, Kurt (1966): Politische Praxis und Schulung im SDS, in: neue kritik 38/39 (1966), 31-40.
[1365] Deppe/Steinhaus 1966, 35.

Dutschkes alternatives Selbst-Schulungs-programm

Tatsächlich blieb der Entwurf von Deppe und Steinhaus sehr systematisch und auf klassische marxistische Fragestellungen beschränkt. Auf Kritik stieß, dass es sich bei den Schulungen um Kapital-Arbeitskreise handelt, in denen die Geschichte der Klassenkämpfe »einseitig und eindimensional« aus der Entwicklung der Produktivkräfte abgeleitet werde.[1366] Demonstrativ wandte sich Rudi Dutschke mit seiner »Ausgewählte[n] und kommentierte[n] Bibliographie des revolutionären Sozialismus von Karl Marx bis in die Gegenwart« gegen den Entwurf von Deppe und Steinhaus und setzte ihm im Oktober 1966 provozierend ein alternatives (Selbst-) Schulungsprogramm entgegen.[1367] Dutschke fächerte die linke Literatur in ihrer ganzen Breite auf; anstatt fester Antworten wollte seine Bibliographie nur »wesentliche Prozeßpunkte der Entstehung, der Entfaltung, der Rezeption und Weiterentwicklung der marxistischen Theorie literaturgeschichtlich kennzeichnen.«[1368] Historische Alternativen und »Weiterentwicklungen« der Marxschen Formung des Sozialismus (namentlich die utopischen Sozialisten, Proudhon, Blanqui, Bakunin, die deutschen Revisionisten, die französischen Sozialisten und russischen Bolschewisten) wurden in seiner Bibliographie mit Korsch »nicht als Abweichler und Verräter der ›reinen Lehre‹, sondern als ambivalente Antworten auf die jeweiligen Veränderungen der geschichtlichen Wirklichkeit« verstanden.[1369] Der Entwurf von Deppe und Steinhaus scheiterte kurz darauf an der antiautoritären Fraktion.

Wechsel im SDS-Bundes-vorstand

Auf derselben Delegiertenkonferenz Anfang September 1966 war mit der Wahl Reimut Reiches und Peter Gängs zum SDS-Bundesvorstand im Übrigen eine entscheidende Weichenstellung erfolgt. Abendroth, der auf der Delegiertenkonferenz ein Referat zum Thema »Sozialistische Studentenpolitik in der BRD – Zwanzig Jahre SDS« hielt, hatte vergeblich gegen die Wahl von Reiche und Gäng opponiert. Die linkssozialistische Phase des SDS war vorüber und damit hatte auch Abendroth keine Einflussmöglichkeiten mehr auf den SDS-Bundesvorstand.

Emanzipation von den Links-sozialisten

Beide Strömungen beharrten auf ihren Konzepten und nahmen die Stärken in den Ansätzen der Gegenseite kaum oder nur verzerrt wahr. Die Antiautoritären verstanden ihre Vorgehensweise als Emanzipation von den linkssozialistischen Politikkonzepten und der älteren SDS-Generation, für die Helmut Schauer oder Jürgen Seifert standen. Diese Ablehnung richtete sich auch gegen Abendroth, der im Bundesverband auch personalpolitisch immer wieder

---

[1366] Vgl. Fichter/Lönnendonker 1977, 114.
[1367] Vgl. Dutschke 1980a.
[1368] Dutschke 1980a, 47.
[1369] Dutschke, Rudi (1980a): Ausgewählte und kommentierte Bibliographie des revolutionären Sozialismus von Karl Marx bis in die Gegenwart, in: Dutschke 1980, 50.

Einfluss genommen hatte. Diese Kritik wird beim damaligen Berliner SDS-Mitglied und Historiker Lönnendonker sichtbar:

> Bisher war es beim SDS so gewesen, dass jeder neue Bundesvorstand faktisch »bei den Abendroths« oder »bei Seiferts« [Monika und Jürgen Seifert] auf dem Sofa gemacht wurde und sich nach der Wahl bei ihnen zum Richtlinienempfang zu melden hatte. Letztlich konnte man beim Frankfurter SDS nur dann politisch einflussreich tätig sein, wenn man jeden Schritt mit der Seifert-Gruppe absprach.[1370]

Unterschiedliche politische Kulturen

Lönnendonker zeichnet hier ein Bild autoritärer Kaderstrukturen und informeller Seilschaften, die im Widerspruch zum linkssozialistischen Selbstverständnis standen. Er fragt damit zu Recht nach den Hierarchien, zwischen den Generationen der politischen Linken, die noch einmal eigens zu untersuchen wären, sobald noch mehr Mosaikteile ein genaueres Gesamtbild erlauben. Dabei wäre zu berücksichtigen, dass Abendroth für Marburger Studenten zur Autorität wurde, von der sie politisch und wissenschaftlich viel lernen konnten und *wollten*. Die Linkssozialisten im SDS waren durch Solidaritätserfahrungen gebunden, die sich mit dem gemeinsamen Ausschluss aus der SPD 1961 ergeben hatte.[1371] Diesen Ausschluss hatte man gemeinsam verarbeitet, ein gemeinsames marxistisches Deutungsmuster und auch eine politische Integrationsstrategie entwickelt, die Erfolge verbuchen konnte, gerade weil sie keine autoritären Führungsstrukturen aufwies. Der Durchbruch der antiautoritären Linken hatte im Übrigen gezeigt, dass man im Frankfurter SDS auch ohne Absprache mit diesem informellen Personenkreis politisch tätig werden konnte. Nun stießen aber mit beiden Strömungen zwei erfahrungsgeschichtlich unterschiedliche politische Kulturen aufeinander.

Gewerkschaften

Die antiautoritäre Linke fühlte sich an die linkssozialistischen Mentoren nicht gebunden. Und auch zu den Gewerkschaften wurde die Distanz gesucht. Lönnendonker berichtet, dass der neue Bundesvorstand mit Reimut Reiche und Peter Gäng wenig Wert auf die bisher üblichen Kontakte zu Abendroth oder Otto Brenner legte – er spricht von »Anstandsbesuchen«.[1372] Tolomelli beobachtete, dass der antiautoritäre Flügel in der Anfangsphase die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften verweigerte sowie vorhandene

---

[1370] Lönnendonker/Rabehl/Staadt 2002, 125. Auch Eberhard Dähne (Interview) berichtet, dass sich SDS-Vorsitzende immer erst bei Lisa und Wolfgang Abendroth vorstellen mussten.

[1371] Vgl. oben Kapitel V, A, 2.

[1372] Vgl. Lönnendonker/Rabehl/Staadt 2002, 157.

Kontakte und Bündnisstrukturen schrittweise unterminiert wurden.[1373] Tolomelli schreibt weiter:

> […] trotz der Anstrengungen der linkssozialistischen Trägergruppen, die sich im Rahmen der Kampagne gegen die Notstandsgesetze um den Aufbau von Kooperationsverhältnissen mit den Gewerkschaften bemüht hatten, hatte sich die Studentenbewegung im Wintersemester 1967/68 hauptsächlich über andere inhaltliche Schwerpunkte entfaltet: Die Demokratisierung des Hochschulwesens (Kritische Universität), Entmystifizierung der Manipulation der öffentlichen Meinung (Anti-Springer-Kampagne) und der Kampf gegen den Imperialismus (Protestaktionen gegen den Krieg in Vietnam).[1374]

Gerade in der Zeit der Mobilisierung der Studentenbewegung ab 1966 empfanden die eben politisierten Studentinnen und Studenten diese Strategie als zu langsam.

2. Kritik Abendroths an der autoritär-spontaneistischen Studentenbewegung

Steigende Popularität Abendroths

Abendroth war um 1965 und 1966 in zahlreiche politische Projekte eingebunden, so dass für eine gezielte Auseinandersetzung mit der sehr dynamischen spontaneistischen Studentenbewegung kaum Zeit blieb. Doch kann von einem Einflussverlust Abendroths auf die Studentenbewegung als Ganzes keine Rede sein, denn im Rahmen der allgemeinen Politisierung, die Abendroth aktiv mit betrieb, stiegen auch seine Popularität und sein Bekanntheitsgrad seit Mitte der 1960er Jahre. Für Fülberth weist der Lebensabschnitt Abendroths zwischen 1950 und 1965 zahlreiche Merkmale eines intellektuell und moralisch bewältigten Bruchs und einer von Abendroth produktiv verarbeiteten Isolation auf, aus der ihn die Studentenbewegung herausgeholt habe.[1375] Dies war zumindest die Sicht, die man in Marburg gewinnen konnte. Als Indiz gilt Fülberth ein Vortrag Abendroths am 17. 6. 1965 im Marburger Audimax.[1376] Abendroth sprach auf Einladung des Marburger AStA, der damals noch von Korporierten gestellt wurde, vor über 1200 Teilnehmern zu Fragen der deutschen Wiedervereinigung. Dies zeigte, dass Abendroth nun unter den Studentinnen und Studenten der Marburger Universität eine Basis hatte. Das steigende Interesse an Abendroth – nicht

[1373] Vgl. Tolomelli 2001, 192f.
[1374] Tolomelli 2001, 193.
[1375] Vgl. Fülberth, Georg (1985): Schwieriger Übergang, in: Redaktion Sozialismus (Hg.) 1985, 29.
[1376] Georg Fülberth (Interview). Vgl. Abendroth 1976, 260f.

nur unter Studenten – bezeugen auch die ab 1964 ansteigende Anzahl der Einladungen zu Vorträgen.[1377] In den Jahren 1966 und 1967 erreichten Abendroth fast täglich Anfragen aus der ganzen Republik. Meist sollte er als prominenter Redner bei Neugründungen lokaler Gruppierungen Starthilfe leisten. In vielen Fällen übernahmen schließlich die wissenschaftlichen Assistenten die Referate des überlasteten Politologen.

Quellen zur grundsätzlichen Haltung Abendroths

Bei diesen Veranstaltungen, bei Vorträgen, aber auch bei politischen Kongressen, war Abendroth auch mit den Fragen der antiautoritären Studentenbewegung konfrontiert. Seine Einschätzung dieser Bewegung erschließt sich aus den wenigen publizierten Interventionen. Am Vorabend der Revolte – im September 1966 – nahm er von Rowohlt veröffentlichte Gespräch mit Georg Lukács, Leo Kofler und Hans Heinz Holz zu den veränderten Rahmenbedingungen linker Politik Stellung.[1378] Ebenso gibt eine Replik Abendroths auf einen Beitrag Herbert Marcuses im Dezemberheft 1967 der Zeitschrift *Das Argument* Aufschluss über Abendroths Haltung zur antiautoritären Studentenrevolte und zu Herbert Marcuse als einem ihrer wichtigen Ideengeber. Marcuse hatte im Juli im überfüllten Audimax der FU Berlin einen Vortrag gehalten, der unter den Studenten auf große Resonanz gestoßen war. *Das Argument* hatte diese Rede dokumentiert und Abendroths Stellungnahme zur Diskussion daneben gestellt.[1379] Außerdem enthalten die politisch-strategischen Überlegungen Abendroths in der Diskussion um das *Sozialistische Zentrum* wertvolle Hinweise.

Spontaneismus und ultralinke Politik in der Geschichte

Ganz in der Tradition marxistischer Geschichtsschreibung distanzierte sich Abendroth generell von anarchistisch-syndikalistischen Politikansätzen, vom Proudhonismus, vom Blanquismus und Bakunins Putschismus, die in der antiautoritären Neuen Linken wieder entdeckt wurden.[1380] Auch an Rosa Luxemburg, auf die er sich oft positiv oft bezog, kritisiert er die durch sie herbeigeführte Wendung der deutschen marxistischen Linken zur Vernach-

---

[1377] IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 804, Brief von SDS Freiburg vom 1. 6. 1966 über ein gehaltenes Referat (Thema: »Das Grundgesetz in der BRD«); Programm der XXI. Delegiertenkonferenz des SDS: Referat Abendroths zu »Sozialistische Studentenpolitik in der BRD – Zwanzig Jahre SDS«.

[1378] Vgl. Pinkus (Hg.) 1967. Die Gespräche wurden vom 12. – 16. 9. 1966 vom SFB in Budapest aufgenommen.

[1379] Vgl. Marcuse, Herbert (1967): Ziele, Formen und Aussichten der Studentenopposition, in: Das Argument 45, 398-407. Die folgenden Ausführungen stützen sich auf die beiden teilidentischen Aufsätze Abendroth 1967c und Abendroth 1968a. Marcuses Buch *The one-dimensional man* (1964) erschien erst 1967 in deutscher Übersetzung. Das war aber laut Gilcher-Holtey (2001, 39) bereits im SDS rezipiert worden.

[1380] Vgl. Abendroth 1965b, 24ff, 49f. und 56ff; Abendroth 1997, 46.

lässigung des Organisationsdenkens durch die Spontaneitätstheorie.[1381] Abendroth schilderte verschiedentlich, wie diese Politikformen immer wieder zu Niederlagen und Rückschlägen geführt haben, langwierige Aufbauarbeit konterkarierten und die bestehenden Verhältnisse letztlich bestätigten und verschärften. Als drastisches Beispiel für linksradikale Fehleinschätzungen galten ihm vor allem die ultralinke Offensivtheorie, die RGO-Politik und der revolutionäre Voluntarismus des Linkskommunismus der Weimarer Republik.[1382] Abendroth fürchtete die enormen Gefahren, die sich aus dem Spontaneismus ergaben, da er die zentrifugalen Kräfte bewusst förderte, die demokratische Opposition zersplittern konnte, da sie keine Verbindlichkeiten herstellten. Randgruppentheorien betrachtete er als historisch widerlegt:

> Eine kleine Gruppe kann jedoch niemals etwas bewirken. Diese Vorstellung gehört zu den Illusionen aller anarchistischen Weltbewegungen und aller sagen wir mal demokratisch revolutionärer Bewegungen – denken Sie an das 19. Jahrhundert –, die sich immer wieder reproduzieren.[1383]

Abendroth argumentiert vor dem Hintergrund seiner Erinnerungen an die Folgen der ultralinken Politik der KPD in den 1920er Jahren und der damit verbundenen Überschätzung der politischen Macht. Ebenso ergaben sich gewisse Parallelen zum Avantgardismus der ultralinken Strömung, zu ihrer simplifizierenden Dogmatik und des pauschalen Zurückweisung der erfahrenen Marxisten durch überwiegend unerfahrene Revolutionäre.[1384] Deshalb erinnerte Abendroth immer wieder an die Ansätze der Weimarer Reformmarxismus und argumentierte in der Frage des Spontaneismus und des Anarchismus oft mit historischen Verweisen. Das bot ihm auch in den Diskussionen die Möglichkeit, die gegenwärtigen Entwicklungen indirekt zu kritisieren und mit Blick in die Geschichte die eigene Situation rational zu erfassen und diskutierbar zu machen.

Doch die antiautoritäre Neue Linke fand ihre Vorbilder mehr in der philosophischen Opposition der frühen III. Internationale (Georg Lukács, Karl Korsch), der rätekommunistischen Theoretiker der »Holländischen Marxistischen Schule« (Anton Pannekoek, Herman Gorter) sowie Otto Rühle und den Theoretiker der »Sex-Pol-Bewegung« Wilhelm Reich.[1385] Auch die verdrängten Traditionsbestände der anarchosyndikalistischen und spontaneisti-

---

[1381] Vgl. Abendroth 1972h, 373f.
[1382] Vgl. z. B. Abendroth 1976, 34ff., 47ff. und 133ff.
[1383] Abendroth 1970, 38.
[1384] Zur sozialen Zusammensetzung der KPD am Ende der Weimarer Republik vgl. Wirsching 2002, 112.
[1385] Vgl. Bock 1976, 230f. Vgl. auch Wolf 1996, 322.

schen Linien der deutschsprachigen Arbeiter- und Emanzipationsbewegungen stießen bei der antiautoritären Neuen Linken auf große Resonanz und wurden so in die sozialistischen Diskussion eingebracht. Sie sahen in diesen Ansätzen Emanzipationspotenziale enthalten, die darauf abzielten, Entfremdung zu überwinden, und die neu aktiviert werden mussten.

Bedeutung der neuen Intellektuellenbewegung

Abendroth war dabei nicht entgangen, dass die antiautoritäre Studentenbewegung nicht mit dem historischen Anarchismus gleichgesetzt werden konnte. Im Jahr 1967 konstatierte er die wachsende Bedeutung selbstständiger Intellektuellenbewegungen in den fortgeschrittenen Industrieländern,

> die in kritischer Auseinandersetzung mit der ständig autoritärer werdenden Staatsgewalt und der imperialistischen und neokolonialistischen Politik der Regierung, vor allem aber auch mit der Manipulation des geistigen Lebens versuchen, demokratische und humanitäre Traditionen zu schützen.[1386]

Die Mobilisation der jungen Generation in der zweiten Hälfte der 1960er erklärte sich Abendroth als Reaktion auf eine Krisenerfahrung:

> Zum ersten Mal seit 1848 ist es in Deutschland zu einer starken demokratischen und linken Studentenbewegung gekommen. Jürgen Habermas hat gewiss recht, wenn er darauf hinweist, daß sie dadurch möglich wurde, daß der Informationsgrad der Studenten wesentlich größer ist, als der der übrigen Gesellschaftsschichten, der »Bild«-lesenden Bundesrepublik. Andererseits ist die Bereitschaft einer erstaunlich großen und aktiven Minorität der Studenten (und Oberschüler) darauf zurückzuführen, daß dem akademischen Nachwuchs seine reale Klassenposition nach der Eingliederung in das nachuniversitäre Erwerbsleben und das völlige Versagen der Generation seiner Eltern und Lehrer im Dritten Reich (noch eher unbewußt als bewußt) deutlich geworden ist.[1387]

Ein weiteres Moment sah er in der

> Überführung der akademisch gebildeten Intelligenz und der dieser akademisch gebildeten Intelligenz ideologisch folgenden höheren Angestelltenschichten in eine gesellschaftliche Situation, die der Arbeiterklassensituation entspricht.[1388]

[1386] Pinkus (Hg.) 1967, 68.
[1387] Abendroth 1967b, 12.
[1388] Pinkus (Hg.) 1967, 73.

Fehlende gesellschaftliche Macht

Allerdings blieb der klassenanalytisch argumentierende Abendroth eine genauere Ausführung seiner Klassenanalyse schuldig. Abendroth legte den Akzent auf die selbstkritische Auseinandersetzung mit der Euphorie durch die Massenmobilisierung. Ihm war es wichtiger, dass sich die akademisch gebildete Intelligenz der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse bewusst wird, denn realpolitisch konnte Abendroth in der antiautoritären Politik keinen Zugewinn an Stärke erkennen. Vielmehr sah er darin den Ausdruck fehlender gesellschaftlicher Macht:

> Anarchoide Züge im Verhalten wie in der Theorie der Intellektuellenbewegungen in der Bundesrepublik und in den USA beruhen im wesentlichen darauf, daß hier die Tradition einer revolutionären Arbeiterbewegung nicht besteht oder – wie in Deutschland durch den Faschismus – unterbrochen wurde, das heißt aufgrund der Isolierung der kritischen Intelligenz die konkrete Negation von Entartungen der Gesellschaft und ihres politischen Apparates und die aus der Bekämpfung dieser Entartungen gefolgerte praktische Politik der herrschenden Klassen eine praktikable, den Massen einleuchtende Alternative entgegenzustellen. So reproduzieren sich in bestimmten Verhaltensweisen dieser Studenten- und Intellektuellenzirkel ideologische Tendenzen, die im Verlauf der Entstehung der modernen Arbeiterbewegung in allen industriellen Ländern aufgetreten sind, solange diese Arbeiterbewegung noch keinerlei gesellschaftliche Macht darstellte. Die Konkretisierung und damit auch Rationalisierung dieses Denkens kann selbst nur in der Weise erfolgen, daß diese Intellektuellengruppen durch die Mobilisierung des Bewußtseins breiter Bevölkerungsschichten praktische Erfahrungen sammeln. Und dabei zugleich lernen, erfolgreich zu handeln.[1389]

Gefahr der Selbstüberschätzung

Wieder deutet Abendroth vieles an, das noch einer Ausführung bedürfte. So zum Beispiel die politischen, ökonomischen und kulturellen Ursachen der parallelen Entwicklung in den USA und Westdeutschland. Doch er blieb bei seiner Warnung, die eigenen Kräfte realistisch zu bewerten. Die realen gesellschaftspolitischen Wirkungen der Proteste würden nicht nur von der Studentenschaft, sondern auch von mehreren der »tendenziell sozialistischen Professoren und Schriftsteller« überschätzt.[1390]

> In Teilen der Studentenschaft entstand angesichts der Isolierung der Proteste auf junge Intellektuelle die Illusion, das einzige »revolutionäre Subjekt« unserer Periode sei in den hochindustriellen Ländern die junge akademische Generation, ohne zu begreifen, daß die Jungakademiker eine kleine Minorität sind, deren Meinungsbildung und deren Proteste die Machtverhältnisse

[1389] Abendroth 1968a, 124f.
[1390] Vgl. Abendroth 1967b, 12f.

> in der Gesellschaft nicht ändern können, solange sie allein stehen. Zudem werden sie nach ihren Examina fast unvermeidlich von der Gesellschaft absorbiert und integriert. […]
> Aber das Überlegenheitsgefühl, das der gegenwärtige [1967, RH], bei Aufrechterhaltung der Isolierung wahrscheinlich nur vorübergehende, Erfolg der studentischen Opposition und der Führung des SDS gegenüber den Restgruppen der alten Arbeiterbewegung verleiht, die noch kaum aktuelle parallele Erfolge aufweisen können, verleitet sogar die noch amtierenden Vorsitzenden des SDS [Reimut Reiche und Peter Gäng, RH] zu einer Überheblichkeit gegenüber Ansätzen zur Regeneration politisch radikaler Arbeiterbewegung, die jede objektive Diskussion auf das äußerste erschweren muß. Besonders auch, weil sie in der Form auf grobe Entstellungen und eine nur ihnen verständliche soziologisierende Fachsprache nicht verzichten können.[1391]

Zentrifugale oder integrative Strategie?

Die zitierten Passagen belegen erhebliche Differenzen zwischen Abendroth und den Vertretern der antiautoritären Strömung. Die nach Autonomie strebende antiautoritäre Neue Linke musste umgekehrt die väterliche Redeweise über »isolierte Intellektuelle«, die erst über die »genaue Analyse der Situation« zur »geistigen Reife«, der historische Erfahrung aber auch eine eindeutige Hierarchie zu Grunde lag, gelinde gesagt befremden. Die neue antiautoritäre Linke distanzierte sich dezidiert von historischen Traditionen, weil sie darin eine Möglichkeit sah, eigene Wege zu gehen.

Abendroth hingegen wollte nicht mehr hinter historische Erfahrungen und bestimmte theoretische Errungenschaften zurückfallen. Er kritisierte daher auch nicht die Autonomiebestrebungen der antiautoritären Neuen Linken. Nur musste aus seiner Sicht linke Politik nicht mehr die Gesellschaft aufsprengen und zentrifugale Kräfte stärken, sondern den Kampf um die demokratische Integration in die Gesellschaft führen und dabei die Gesellschaft unter Beibehaltung der revolutionären Perspektive transformieren.

Arbeitnehmerorientierung

Die Integration in die Gesellschaft und der demokratische Zusammenschluss der progressiven Kräfte bedingten einander und waren über die gemeinsame Politik vermittelt. Solange die gesellschaftlichen (Kräfte-) Verhältnisse keine anderen waren, gab es zur demokratischen Mobilisierung der Arbeiterbewegung keine Alternative

> Aber die Vermittlung zu der einzigen Klasse, die die Potenz hätte, die Lage wirklich zu verändern, zu den Arbeitnehmern, ist dabei weitgehend entfallen. [...] Die Arbeiterklasse der USA und der Bundesrepublik ist vielfach noch lethargisch, ihr Bewußtsein manipuliert. [...] Die isolierten Intellektu-

[1391] Abendroth 1967b, 12f.

> ellen drohen deshalb allzu häufig, ungeduldig zu werden und sich durch scheinradikalen Subjektivismus völlig zu isolieren, bevor ihnen genaue Analyse der Situation die geistige Reife und Veränderungen der ökonomischen Lage die geschichtliche Chance verschaffen, um die Arbeiter wieder zum Kampf für ihre historische Aufgabe gewinnen zu können.[1392]

Wahrnehmung gegenläufiger Tendenzen

Die Interessen der lohnabhängigen Arbeitenden waren aus Abendroths Sicht sogar objektiv mit den Zielen der außerhalb des gesellschaftlichen Produktionsprozesses stehenden politisierten Studentengruppen verbunden, auch wenn sie für deren Majorität subjektiv unerkennbar geworden seien.[1393] Die Situation sei aber nicht hoffnungslos. Abendroth verwies immer wieder auf Ansätze einer politisierten Arbeiterbewegung, indem er beispielsweise 1967 an die Stimmung bei damals aktuellen Arbeiterdemonstrationen im Ruhrgebiet und in Württemberg-Baden erinnerte. Die Demonstrationen, auf denen wieder alte Arbeiterlieder gesungen worden waren, hätten gezeigt, dass auch bei den Arbeiterfunktionären die Kritik an der Gesamtlage der Bundesrepublik nicht mehr auf die bloße Vertretung unmittelbarer Tagesinteressen beschränkt sei.[1394] Statt einer pauschalen Absage an die Arbeiterbewegung forderte er ein dialektisches Sehen, das in widersprüchlichen Verhältnissen gegenläufigen Tendenzen und den darin enthaltenen progressiven Potenziale erkennt.

Provokative Aktionsformen und Kommunikation

Die Massenkommunikationsmittel hätten jedoch die Studentenaktionen und insbesondere ihre provokativen Formen hochgespielt und dadurch den Eindruck verstärkt, dass ein grundsätzlicher Wandlungsprozess nur noch in dieser Form existiere.[1395] Die Puddingbomben der Kommune 1 kritisierte er als »lächerliche und beschämende Fantasien eines kleinen Teils von Studenten«.[1396] Abendroth lehnte provokative Mittel nicht grundsätzlich ab, hielt aber die Aktionen für zum Teil verfehlt, weil nicht darauf geachtet wurde, ob damit noch fern stehende Studenten zur Identifikation mit der Bewegung geführt werden konnten oder ob man damit die Arbeiterklasse abstoße.[1397] Abendroth formulierte es als zentrale Aufgabe,

> strategisches Bewußtsein aus marxistischer Analyse zu entwickeln, und hier erstens diejenigen Kräfte, die dumpf aufbegehren gegen Manipulation, auch

---

[1392] Pinkus (Hg.) 1967, 68.
[1393] Vgl. Abendroth 1968a, 122f.
[1394] Vgl. Abendroth 1967c, 408
[1395] Vgl. Abendroth 1967c und 1968a.
[1396] Vgl. Bergmann, Uwe (Bearb. 1967): Bedingungen und Organisation des Widerstandes. Der Kongreß in Hannover, 33.
[1397] Vgl. Negt, Oskar (Hg. 1968): Die Linke antwortet Jürgen Habermas, Frankfurt, 133.

> wenn sie von ganz anderen Ausgangspunkten ausgehen, als Bundesgenossen zu akzeptieren, aber sie zweitens dabei durchaus freundschaftlich zu kritisieren.[1398]

Seiner Meinung nach musste man auch wesentlich sensibler mit den Gewerkschaftern umgehen, denen ein linksradikaler Antiinstitutionalismus und Illegalitätsvorstellungen völlig fern lagen:

> Die Aufklärungsarbeit der Studenten und Schriftsteller muß deshalb darauf gerichtet werden, Zentren realen politischen Selbstbewußtseins auch außerhalb der Intellektuellenschichten bei den Massen der lohnabhängigen Arbeitenden zu schaffen. Um dieser Zielsetzung willen müssen die Studenten lernen, bisher im Bereich der Hochschule außerordentlich erfolgreiche provokative Methoden und Aktionsformen zu diskutieren, zu überprüfen und nur dort anzuwenden, wo sie der Entwicklung von politischem Bewußtsein auch außerhalb der Universitäten, innerhalb der Arbeiterbewegung dienen.[1399]

Die Vermittlung zwischen Arbeiterbewegung alten Stils, gewerkschaftlicher Arbeiterbewegung und antimanipulatorischen Stimmungen, die zu Bewegungen anwachsen, habe gegenwärtig, also im Jahr 1967, noch nicht ihren Weg gefunden.[1400] Die Herstellung des Gesprächs zwischen diesen Gruppen war für ihn jedoch zentral: »Nur im Falle der Lösung dieses Kommunikationsproblems wird es möglich sein, die Situation zu verändern.«[1401]

»Problem des Herantragens an die Massen«

Die Antwort der Linkssozialisten auf dieses Problem war die Einrichtung übergreifender und integrierender Koordinations- und Planungszentren, wie der von Abendroth forcierte Aufbau eines Brain Trusts, den er 1967 als »entscheidenden Schlüssel zur Lösung des Problems« betrachtete.[1402]

> Hier entsteht das Problem des Herantragens des richtigen Bewußtseins an die Massen. Zum Herantragen gehört ein Kern, der sich zwar in der konkreten bundesrepublikanischen Situation sicherlich vorerst noch nicht parteimäßig organisieren läßt. Aber ein Kern, der sich doch als Einheit weiß. Und sein einheitliches Bewußtsein in ständiger Diskussion entwickelt, und das heißt ein tendenziell organisierter Kern.[1403]

[1398] Pinkus (Hg.) 1967, 75.
[1399] Abendroth 1968a, 125.
[1400] Pinkus (Hg.) 1967, 78.
[1401] Pinkus (Hg.) 1967, 78.
[1402] Vgl. Pinkus (Hg.) 1967, 79ff. Vgl. oben Kap. VI, D, 3, b.
[1403] Pinkus (Hg.) 1967, 76.

Voluntarismus und Existenzialismus

Die gezielte Desintegration der Linken durch die spontaneistische Strategie betrachtete er dagegen als aussichtlosen Fluchtversuch:

> Denn weder die gesamte arbeitende Klasse noch die zur Einsicht in die Notwendigkeit der sozialistischen Revolution (die unvermeidlich ihrem Inhalt nach *qualitative* Revolution, nicht bloß *quantitative* Reform bleibt, welche *Form – physisch* gewaltsame oder gewaltlose, *äußerlich* legale oder illegale Umwandlung der politischen und sozialen Struktur sie auch immer haben mag) gekommene Minorität industrieller Arbeiter noch ihre intellektuellen Ideologen konnten oder können (entsprechend existenzialistisch-anarchistische Utopien, wie sie in den Frühformen dieses Weges immer wieder vertreten wurden und wie sie in der Gegenwart *Herbert Marcuse* und seine geistigen Nachfahren vertreten) durch »große Weigerung« aus der bestehenden Gesellschaft austreten, in deren Gesamtzusammenhang (nämlich deren ökonomischen, politischem und kulturellem Reproduktionsprozeß) sie existieren (und allein existieren können).[1404]

Das hieß für ihn konkret, dass der Aufbau des politischen und sozialen Selbstbewusstseins in sozialen Bewegungen nur innerhalb der bestehenden Gesellschaft mit den vorhandenen Menschen möglich war. Von daher war es schon aus dieser gesellschaftstheoretischen Überlegung heraus für ihn alternativlos, das Gespräch mit der Arbeiterbewegung immer wieder zu suchen. Verlangt war in den Worten Brechts ein »Operierenkönnen mit den Antinomien«.[1405] Das spontane Moment sah Abendroth in der dialektisch-kritischen Theorie bereits aufgehoben, wenn auch nicht ausformuliert.

B. Grenzen der Gewalt

1. Der Tod von Benno Ohnesorg und der Kongress in Hannover im Juni 1967

Diffamierung Abendroths

Die Kritik an bestimmten Tendenzen in der Studentenbewegung zeigt das Bemühen Abendroths, dem politischen Gegner keine Argumente zu liefern. Nach außen verteidigte Abendroth die studentischen Aktionen. Den so genannten »Vätern« der Revolte wurde von Beginn an unterstellt, sie würden physische Gewalt in Kauf nehmen, oder schlimmer noch bewusst oder unbewusst provoziert. So erklärte beispielsweise der Marburger Professor Heuß in einem Leserbrief an die *Oberhessische Presse* vom 27. 4. 1968, der

---

[1404] Abendroth, Wolfgang (1975i): Die Stellung der Sozialisten zu bürgerlicher Demokratie, autoritärem Staat und Faschismus, in: Abendroth 1975, 234.

[1405] Vgl. Brecht, GA, Bd. 21, 578.

Ausdruck »Schreibtischmörder« für Abendroth sei »eher noch ein understatement«. Heuß verwies in Zusammenhang mit Abendroths politischer Arbeit auf Adolf Eichmann, Joseph Goebbels und Alfred Rosenberg.[1406] Derartige Diffamierungen von Linksintellektuellen waren in der aufgeheizten Stimmung in den Jahren der Studentenbewegung 1967 und 1968 an der Tagesordnung und lenkten von den weiterhin existierenden gesellschaftlichen Gewaltverhältnissen ab.

Tatsächlich stellte sich die Frage der politischen Gewalt als Mittel der Oppositionspolitik neu.[1407] Der Tod des Studenten Benno Ohnesorg am 2. 6. 1967 während des Schahbesuchs und das Attentat auf Rudi Dutschke waren symbolträchtige Wendepunkte der außerparlamentarischen Bewegung. Sie wirkten als Katalysatoren, mit denen die bisherige Protestbewegung zur Massenbewegung wurde. Mit den tödlichen Schüssen war die Geltung der demokratischen Grundrechte in Frage gestellt. Doch war umgekehrt eine Emanzipationsbewegung in der Wahl ihrer Mittel nicht frei, da sie auf die Realisierung der Demokratie angewiesen ist. Bei der Meinungsbildung in der Gewaltfrage fragte die Neue Linke durchaus nach den Erfahrungen der älteren Generation, die sich schon mit der Gewalt-Problematik auseinanderzusetzen hatte.[1408]

Kongress in Hannover

Nur wenige Tage nach dem Schah-Besuch, am 9. 6. 1967, diskutierten die unterschiedlichen Strömungen der Neuen Linken in Hannover die »Bedingungen und Organisation des Widerstands«.[1409] In der aufgeheizten Stimmung meldete neben Rudi Dutschke, Hans-Jürgen Krahl, Jürgen Habermas, Helmut Schauer auch Wolfgang Abendroth zu Wort. Abendroth kritisierte auf dem Kongress den »Polizeiterror« und das »unglaubliche Verhalten von Führern einer Partei, die einstmals für Demokratie eintrat«. Er fragte nach den Bedingungen für diese Erscheinung, die über die lokalen Fragen in Berlin hinausgehen.[1410]

> An ihnen, den Berlinern, ist der Notstand probiert worden. Das gestörte Verhältnis, um es sehr höflich auszudrücken, des Berliner Innensenators und des Berliner Regierenden Bürgermeisters zu rechtsstaatlichem Denken, dies gestörte Verhältnis hat sie zu Maßnahmen geführt – […] –, die offen-

[1406] Vgl. Balzer 2001, 331 (Fußnote 14).
[1407] Zu den unmittelbar anschließenden Diskussionen vgl. Tolomelli 2001, 194. Burkhardt (1993, 121) verweist z. B. auf die Diskussionen in der Zeitschrift *marburger blätter* 7/1967.
[1408] Einen umfassenden Überblick verschafft: Balibar, Ètienne (2001): Gewalt, in: HKWM, Bd. 5, 693ff.
[1409] Bergmann (Bearb.) 1967.
[1410] Vgl. Bergmann (Bearb.) 1967, 31ff.

> kundig (jetzt ganz abgesehen von dem barbarischen Vorgehen der Polizei gegen die Studenten, das sie provoziert und gedeckt haben) mit rechtsstaatlichem und vor allen Dingen mit verfassungsrechtlichem Denken im Widerspruch steht. Und insofern wurde hier vorweggenommen, was wir alle in der Bundesrepublik Deutschland dann erleben werden, wenn es dem Kabinett der Großen Koalition gelingt, das Werk zu vollenden, das Herr Schröder vor langen Jahren begonnen hat, nämlich die Notstandsverfassung, die derartige Dinge dann möglich machen soll.[1411]

Abendroth verwies nicht nur auf die Erfahrungen mit der Weimarer Verfassung und auf die personellen Kontinuitäten in der BRD, sondern erinnerte auch an die aktuellen Vorgänge in Griechenland, das im April einen Militärputsch erlebt hatte. Dabei betonte er gegenüber den Anwesenden, dass dies alles nicht nur die Studenten allein träfe, sondern auch die breite Masse der Bevölkerung, die Arbeiter. Notstandsermächtigungen, »die man dazu missbrauchen könnte, aus einem Erschossenen notfalls Tausende Erschossene zu machen, würden uns alle und die deutsche Demokratie umbringen.«[1412] Für Abendroth stellte sich eine gesellschaftliche Machtfrage. Das Establishment der Bundesrepublik und Westberlins sei weder durch die Intellektuellen, noch durch Argumente zum Rückzug zu zwingen – Gustav Noske sei auch nicht durch Argumente zu stürzen gewesen. Er erinnerte an die »Lügen der Bundesregierung« im Zusammenhang mit den Schubladen-Gesetzen. Auch die Puddingbomben der Kommune 1 auf den amerikanischen Vizepräsidenten Hubert H. Humphrey, seien bewusst in Sprengstoffattentate verfälscht worden. Daher bedürfe es einer demokratischen Gegenmacht.[1413]

Rationale Aufklärung und kritische Diskussion mit allen Bündnispartnern

Daher sollten Wege gefunden werden, Intellektuelle und Teile der Arbeiterschaft durch rationale Aufklärung zu einer Kraft zusammenzuführen, »die die Demokratie in Deutschland bewahrt und uns von der Schande unserer Vergangenheit befreit«.[1414] Hierzu war die Diskussion mit allen Kräften notwendig, die sich bereit fanden, Rechtstaatlichkeit und Demokratie zu verteidigen. Für Habermas und Abendroth hieß das im konkreten Fall auch die Diskussion mit dem anwesenden RCDS zu führen, dessen Vertreter von

---

[1411] Bergmann (Bearb.) 1967, 31f.

[1412] Bergmann (Bearb.) 1967, 32.

[1413] Am 5. 4. 1967, einen Tag vor vom Besuch des amerikanischen Vizepräsidenten Hubert H. Humphrey, nahm die Berliner Polizei elf Studenten, überwiegend Mitglieder der Kommune I, mit der Begründung der Vorbereitung von Anschlägen auf Leben und Gesundheit des Vizepräsidenten fest. Zum »Attentat« hochstilisiert, handelte es sich bei den Gegenständen um Rauchkerzen, Plastikbeutel mit Farbstoff, Pudding und Mehl. Vgl. Lönnendonker/Rabehl/Staadt 2002, 319ff.

[1414] Bergmann (Bearb.) 1967, 33.

Kongressteilnehmern gehindert wurden, ihre Redebeiträge auszuführen.[1415] Inhaltliche Differenzen änderten für Abendroth nichts an der Tatsache, dass der RCDS in dieser Frage ein Bundesgenosse war. Das konnte aber nicht heißen, die theoretischen Diskussionen untereinander einzustellen, genau im Gegenteil setzten Bündnisse zur Verteidigung konkreter Freiheiten die Kritik der Bündnispartner untereinander geradezu voraus. »Aber man soll die Diskussionen, die dabei geführt werden müssen, nicht notwendig mit Emotionen austragen, sondern eben rational, denn dann bleiben sie Diskussionen.«[1416]

Illegalität-Legalität

In der Frage der Legalität des Widerstands forderte Abendroth von den Studentinnen und Studenten einen radikalen Perspektivenwechsel. Viele von ihnen sahen den Rechtsstaat entweder außer Kraft gesetzt oder als Ausdruck des Repressionssystems in der bürgerlichen Gesellschaft, die nur solange tolerant sei, solange es zu keiner Änderung des Gesamtsystems komme. Dutschke hatte aus ähnlichen Überlegungen heraus die KPO kritisiert, da sie kein Gegenmilieu für Illegale entwickelt habe.[1417] Abendroth warb dagegen in einem weiteren Redebeitrag dafür, den Rechtstaat zu verteidigen und ihn nicht aufzugeben.[1418] Man solle die Formel »Recht auf Illegalität« nicht strapazieren. Vielmehr gehe es jetzt darum, mit allen Mitteln die Legalität der Demokratie wieder herzustellen, womit er auch Dutschkes Auffassung, genehmigte Demonstrationen in die Illegalität zu überführen, entgegentrat.[1419] In Wirklichkeit seien nämlich die Maßnahmen, die gegen die Studenten angebracht wurden, formell nach dem Recht der Bundesrepublik Deutschland wie nach dem Recht des Landes Berlin illegale Maßnahmen gewesen: »Die Illegalität liegt nicht auf der Seite der Studenten zur Zeit, sondern auf der Seite der etablierten Macht, die ihre eigene Legalität zerreißt.«[1420]

Dem politischen Gegner dürfe man keine Möglichkeit geben, von der eigenen Illegalität abzulenken. Bestimmte Kampfformen und bestimmte Formeln, die an sich theoretisch und soziologisch richtig interpretiert sein mögen, könnten vom Gegner demagogisch missbraucht werden:

> Albertz [der Regierende Bürgermeister von Berlin, RH] könnte sich über bestimmte Flugblätter, etwa der Kommunegruppe in Berlin, geradezu freuen, und in früheren Zeiten gab es Geheimpolizei genug, ich will nicht kontrollieren was heute hier in der Bundesrepublik passiert, die, wenn es erfor-

[1415] Vgl. Wolff/Windhaus (Hg.) 1977, 76; Bergmann (Bearb.) 1967, 67f.
[1416] Bergmann (Bearb.) 1967, 68.
[1417] Vgl. Lönnendonker/Rabehl/Staadt 2002, 395.
[1418] Vgl. Bergmann (Bearb.) 1967, 67.
[1419] Vgl. Dutschke, Rudi: Genehmigte Demonstrationen müssen in die Illegalität überführt werden, in: ders. 1980, 33.
[1420] Bergmann (Bearb.) 1967, 67.

> derlich war, entsprechendes Material produzierte und als Material derer, die sie bekämpfte hingestellt hat. Ich glaube nicht, dass es in diesem Fall so war, aber es wäre immerhin theoretisch möglich. Wir sollten den Kampfboden den wir haben, sehr genau ausnützen und nicht unnötig verlassen.[1421]

Bei Betrachtung dieser Aussagen kann also keine Rede davon sein, dass Abendroth die außerparlamentarische Opposition zur offensiven Anwendung von Gewalt aufrief. Er machte aber immer wieder deutlich, dass er nicht damit rechne, dass sich die Staatsorgane in einer Krise an die Prinzipien der Legalität und der Rechtstaatlichkeit hielten.[1422] In diesem Fall könnte eine Konfliktsituation entstehen, die einen Massenstreik notwendig machen würden. »Dabei werde es nicht um die Beseitigung des Verfassungsrechts gehen, sondern – im Gegenteil – um seinen Schutz gegen illegal gebrauchte Gewalt.«[1423]

Faschismusgefahr?

Mit Blick auf die historische Erfahrung des Erstarkens des Faschismus vertrat Abendroth ein demokratisches Widerstandsrecht als ultima ratio: »Jeder Marxist weiß, daß ein faschistisches System nur durch Gewalt beseitigt werden kann und würde in einem solchen Regime dessen Beseitigung durch Gewalt anstreben.«[1424] Umso notwendiger war eine möglichst präzise Bestimmung der politischen Situation. Während mit den 1968er-Bewegungen der Faschismus-Begriff als tabu-brechende Formel sehr undifferenziert Anwendung fand, bestand Abendroth auf die wissenschaftliche präzise Unterscheidung zwischen parlamentarischer Demokratie, autoritärer Diktatur und Faschismus. Zwar erzeugte die spätkapitalistische Gesellschaftsstruktur auch für Abendroth immer wieder die Tendenz zu faschistischer Diktatur, in den 1960er Jahren sah er jedoch nicht die Gefahr des Übergangs zum Faschismus, sondern zu einer autoritären Herrschaft gegeben.[1425]

Katastrophen verhindern

Aus den Erfahrungen der Weimarer Jahre aber auch aus der atomaren Bedrohungssituation zog Abendroth den Schluss, dass von Emanzipationsbewegungen keine willentliche Zuspitzung der Situation mehr ausgehen dür-

---

[1421] Bergmann (Bearb.) 1967, 67.

[1422] Vgl. Moneta, Jakob (1985): Ein marxistischer Intellektueller verwurzelt in der Arbeiterbewegung, in: Redaktion Sozialismus (Hg.), 7.

[1423] Moneta 1985, 7. Lisa Abendroth (Interview); Eine solche Situation sei nach Abendroth (1976, 59) trotz der aussichtslosen militärischen Situation die Absetzung der gewählten Regierungen in Thüringen und Sachsen 1923 gewesen. Abendroth (1976, 116) meint, die Arbeiterbewegung hätte am 20. 7. 1932 (Entmachtung der Preußischen Regierung) kämpfen können. Trotz einer Niederlage wäre die Situation verändert worden, da Kampfwillen und Klassenbewusstsein erhalten geblieben wären.

[1424] Abendroth, Wolfgang (1972): Marxisten an den Hochschulen einer bürgerlichen Demokratie?, in: Stimme der Gemeinde, 9/1972, 150, zit. n. Perels 1975, 18.

[1425] Vgl. Abendroth 1972j, 413.

fe. Bereits 1958 notiert er, die Arbeiter in der hochentwickelten und differenzierten spätkapitalistischen Wirtschaftsgesellschaft der Bundesrepublik hätten durch Katastrophen – ökonomisch oder politisch-militärisch – unendlich viel zu verlieren, so dass

> jede rationale Erziehung von Arbeitern und Arbeiterkader zu sinnvoller Vertretung ihrer Interessen darauf gerichtet sein müßte, ihre soziale Kraft dazu einzusetzen, Katastrophen zu *verhüten*, nicht aber Katastrophen herbeizuführen.[1426]

Die Entscheidung hier und jetzt zu suchen, ohne die Kräfteverhältnisse real einzuschätzen, konnte im Atomzeitalter zur endgültigen Niederlage und zur Barbarei führen. Jede präventive Form der Gewalt, beziehungsweise eine Strategie, in Teilen der antiautoritären Neuen Linken oder der späteren RAF, den »latenten Faschismus« zu provozieren, kam für Abendroth – darauf hat auch Seifert hingewiesen – nicht in Frage.[1427] Schon von daher mussten alle Überlegungen, wie die Dutschkes, die Offensivtheorie von Lukács aus den 1920er Jahren in die Gegenwart zu übertragen, oder die zeitweilige Idee der Situationisten, eine revolutionäre Situation »herzustellen«, auf die politische Generation Abendroths mehr als beunruhigend wirken.[1428]

»Linksfaschismus«

Das zeigte die berühmte Kontroverse zwischen Jürgen Habermas und Rudi Dutschke auf dem Kongress in Hannover Anfang Juni 1967. Dort hatte Dutschke Habermas vorgeworfen, sein begriffsloser Objektivismus erschlage das zu emanzipierende Subjekt und er machte deutlich, dass seiner Meinung nach die »Spielregeln dieser unvernünftigen Demokratie nicht unsere Spielregeln sind«.[1429] Habermas wies umgekehrt die »voluntaristische Ideologie« Dutschkes zurück.[1430] Er forderte eine Klärung, ob Dutschke willentlich die Gewalt herausfordern wollte und ob er dabei das Risiko von Menschenverletzungen einschließe oder nicht. Habermas unterstellte Dutschke einen »linken Faschismus«, einen Vorwurf, den er später zurücknahm, der

---

[1426] Abendroth 1972p, 36.

[1427] Vgl. hierzu Seifert, Jürgen (1985): Soziale Kampffront oder Freund-Feind-Linie?, in: Redaktion Sozialismus (Hg)., 49ff. Seifert unterscheidet darin den Unterschied zwischen der gesellschaftlichen Frontstellung im »Kampf« der Arbeiterbewegung und die Freund-Feind Konzeption von Carl Schmitt.

[1428] Vgl. Böckelmann/Nagel (Hg.) 1976, 35; Rabehl, Bernd (1998): Subjektiver Faktor – Zur Offensivtheorie von Rudi Dutschke. Vortrag in Bad Boll, 6. Februar 1998, Internet: http://www.linke-buecher.de/texte/diverses/ subjektiver-faktor-zur%20 offensivtheorie-von-rudi-dutschke.htm (Stand: 5. 1. 2005).

[1429] Vgl. Wolff/Windhaus (Hg.) 1977, 74.

[1430] Vgl. Wolff/Windhaus (Hg.) 1977, 76.

jedoch von Presse und Politik aufgenommen und gegen die Studentenrevolte verwandt wurde.[1431]

Wolfgang Lefèvre wehrt sich gegen die Gleichsetzung dieser Aktionsformen mit der Gewalttätigkeit als Selbstzweck des Faschismus durch Habermas.

> Es zeigt sich zudem, dass die eigene Ohnmacht ausdrückende Karikatur von Gewalt in Form von Eiern und Tomaten, den sich tolerant gebenden Gewaltapparat dazu provoziert, die demokratischen und rechtstaatlichen Umschweife beiseite zu lassen und ungeschminkt »zur Sache zu kommen«, eben zur Gewalt über Menschen. So leistet diese provozierende Irrationalität offenbar mehr an politischer Aufklärung als die meisten politischen Podiumsdiskussionen.[1432]

Werben um Verständnis

Abendroth teilte Habermas' Einschätzung hinsichtlich des Aktionismus der Studentenbewegung, nicht aber seine Form der Auseinandersetzung, in der ein überzogener Faschismus-Vorwurf zum Totschlagargument wurde. Und er warb 1967 in den *Informationen der sozialistischen Opposition* darum, die Verwirrungen bei Studenten zu verstehen und geduldig daran zu arbeiten, sie zu überwinden.

> Sie sollten trotz aller Entstellungen und Schimpfereien, mit denen sie sich gelegentlich auseinander zu setzen haben, erkennen, daß erstens die junge Generation der zum Sozialismus tendierenden Genossen in der Studentenbewegung durch ihre unmittelbaren Erfahrungen in den Aktionen nach dem Totschlag von Ohnesorg zu jener Überheblichkeit geradezu verleitet wird. Sie konnten zweitens in ihrer akademischen Ausbildung auch von der Majorität ihrer progressiven akademischen Lehrer zwar wesentliche Hilfsmittel zur Analyse der ideologischen Formen ihrer Manipulation durch die spätkapitalistische Gesellschaft, in geringerem Maße auch zur aktuellen Überprüfung der ökonomischen und politischen Machtstrukturen dieser Gesellschaft, aber kaum zur Geschichte der Arbeiterbewegung, zu den historischen Kontinuitäten und Veränderungen ihrer Kampfformen und zur Entwicklung der sozialistischen Staaten erlernen.[1433]

Vorbereitung auf militanten Widerstand?

Die Diskussion wurde in den darauf folgenden Monaten innerhalb und außerhalb der antiautoritären Linken fortgeführt. Im *Oberbaumblatt* tendierte Dutschke im Juni 1967 zu einer Form passiven Widerstands:

[1431] Vgl. Dutschkes Beitrag in Bergmann (Bearb.) 1967, 78ff. und Habermas: 101.

[1432] Lefèvre, Wolfgang: Ursachen und Konsequenzen des 2. Juni, in: neue kritik, 42/43 (1967), 9. Zit. n. Tolomelli 2001, 194.

[1433] Abendroth 1967b, 13f.

> Unsere Gewalt gegen die unmenschliche Staatsmaschine, gegen die Manipulationsinstrumente ist die organisierte Weigerung. Wir stellen uns mit unseren unbewaffneten Leibern, mit unserem ausgebildeten Verstand den unmenschlichen Teilen der Maschinerie entgegen, machen Spielregeln nicht mehr mit, greifen vielmehr bewusst und direkt in unsere eigene Geschichte ein.[1434]

Bahman Nirumands anonymer Beitrag im ***Kursbuch*** vom August 1967 forderte, die Opposition müsse in jede ihrer Aktionen den bevorstehenden Umschlag der versteckten Gewalt in die offene miteinbeziehen, indem sie Aufklärung vervollständige durch Vorbereitung zu gewaltsamen Widerstand.[1435] Nirumand erwartete mit Ende der Ausbeutung der »Entwicklungsländer« das Ende der Blütezeit des Westens und dass sich die unsichtbare Unterdrückung dann nach außen kehre. Er rechnete mit einer Stärkung der rechtsradikalen Kräfte durch Zulauf zur NPD. Die Opposition müsse auf Umsturz drängen und auf Gewaltanwendung vorbereitet sein; in allen anderen Formen – den gegenwärtig praktizierten – diene sie dem eigenen Gegner.

2. Die Unruhen von 1968

a) Das Attentat auf Rudi Dutschke

Eskalationen

Im ersten Quartal des Jahres 1968 spitzte sich die Situation zwischen den staatlichen Sicherheitsorganen und den mobilisierten Protestbewegungen erneut dramatisch zu. Am 2. 2. 1968 flogen Steine auf die Berliner Filialen des Springer-Konzerns. Im März 1968 kam es im Anschluss an eine Anti-Notstandsdemonstration zu Rangeleien auf dem SPD-Parteitag in Nürnberg. Die späteren RAF-Terroristen Baader und Ensslin legten am 3. 4. 1968 Feuer in einem Frankfurter Kaufhaus. Diese gewaltförmigen Konflikte fügten sich in einen internationalen Kontext gewaltsamer politischer und sozialer Konflikte. Die offenen Drohungen von Seiten des Staates, der sich eben daran machte, Notstandsgesetze zu verabschieden, verstärkten das Bedrohungsgefühl bei Teilen der Protestierenden.

Osterunruhen

Das Attentat auf Rudi Dutschke am 11. 4. 1968, Karfreitag, führte in Berlin zu gewaltsamen Eskalationen, mit Blockadeaktionen gegen Einrichtungen des Springer-Konzerns, der in publizistischen Kampagnen die Stimmung

---

[1434] Dutschke, Rudi (1970): Zum Verhältnis von Organisation und Emanzipationsbewegung. Zum Besuch von Herbert Marcuse, in: Martin (Hg.) 1970, 43.

[1435] Vgl. Nirumand, Bahman (1967): Zur Kritik der progressiven Intelligenz in Deutschland. Eine Stimme aus der Dritten Welt, in: Kursbuch 9 (1967), 199.

gegen die Studierendenbewegung angeheizt hatte. Auch in anderen bundesdeutschen Städten kam es folgenden Tag zu großen Protestdemonstrationen. Bei gewaltsamen Auseinandersetzungen in München starben am 15. 4. 1968 ein Photograph und ein Student. Die Debatten des Bundestages am 9. 2. und am 30. 4. 1968 über die außerparlamentarischen Bewegungen dokumentieren auch die ideologische Befangenheit und das Unverständnis der Parlamentarier gegenüber der außerparlamentarischen Opposition.[1436]

Neuorientierung abgebrochen

Auf Grund der Eskalationen scheiterte auch der Versuch des SDS-Bundesvorstands, mit einer Grundsatzerklärung am 14. 4. 1968 zur Enteignung Springers eine Brücke zur Bevölkerung und den Springer-Beschäftigten schlagen und die Notstands-Bewegung in die Anti-Springer-Kampagne überführen.[1437] Die Kampagne scheiterte, weil sie auf Grund der Militanz der Studentenbewegung kaum mehr Unterstützer fand. Zum Zeitpunkt des Dutschke-Attentats zeigte der SDS in den Augen Alexander Mitscherlichs bereits seine Zersplitterung in politischen und taktischen Fragen.

> Der SDS befand sich, als der Anschlag auf Dutschke verübt wurde, gerade in einer Phase der Neuorientierung. Es gab viele Anzeichen dafür, dass man die Taktik der dosierten Provokationen und Gewaltanwendungen kritischer zu beurteilen begann. In diese Periode der Neubesinnung platzte die Nachricht vom Attentat auf Rudi Dutschke. Es ist verständlich, dass jetzt von behutsamer Taktik nicht mehr die Rede war.[1438]

Die nun folgende Gewaltanwendung durch Studenten stieß bei Mitscherlich und anderen Sympathisanten der Protestbewegung auf Widerspruch. Man habe die Chance verspielt, so Mitscherlich, Verständnis für die Studenten zu wecken: »Springer steht als Märtyrer da, nicht Dutschke!«[1439] Und er forderte ein Umdenken in der Form der Agitation.

Ostermontagstreffen im *Club Voltaire*

Nach den Schüssen auf Rudi Dutschke, trafen sich am Ostermontag, den 14. 4. 1968, im Frankfurter *Club Voltaire* Repräsentanten der außerparlamentarischen Opposition zu einer dringenden Lagebesprechung, in der die weitere Entwicklung und mögliche Zerschlagung der außerparla-

---

[1436] Vgl. Deutscher Bundestag (Hg. 1968): Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 5. Wahlperiode, Stenographische Berichte, Bd. 66, Bonn 1968, 7869 ff. und Bd. 67, 8989 ff.

[1437] Vgl. Bundesvorstand des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes: Grundsatzerklärung des SDS zur Kampagne für die Enteignung des Springer-Konzerns, in: neue kritik 47 (1968), 7ff. Diese Kampagne wurde seit der XXII. DK im September 1967 geplant.

[1438] Wilfert 1968, 57.

[1439] Wilfert 1968, 58.

mentarischen Opposition besprochen werden sollte.[1440] Heiner Halberstadt erinnert sich, dass an diesem Treffen neben Wolfgang Abendroth Mitglieder des SDS-Bundesvorstandes, des *Sozialistischen Bundes* und auch einige führende Gewerkschaftsmitglieder teilnahmen.[1441]

In der heftig geführten Diskussion argumentierte Abendroth wiederum gegen eine offensive Konfrontation mit der Staatsgewalt.

> Wolfgang Abendroth plädierte stattdessen für ein weiteres manifestes Vorgehen einschließlich passiver Blockaden (gegen die Auslieferung der Springer-Erzeugnisse), aber auch für Selbstkontrolle, um eigenständig darüber Hinausgehendes zu verhindern.[1442]

Halberstadt fasste Abendroths Position zusammen:

> Wenn die Neue Linke [...] sich zwar aus verständlichem Zorn, aber sich selbst täuschend über das eigene und das tatsächliche Kräftepotential in der Bundesrepublik verselbständige, würde sie auflaufen, sich isolieren und zerschlagen werden, oder sich selbst zerstören... Und, so fügte er mit klarer und ruhiger Stimme, trotz aller um ihn herum immer wieder aufkommenden verbalen Turbulenzen beharrlich hinzu: Dies sei nun beileibe keine theoretische, sondern eine höchst praktische Erkenntnis- und Entscheidungsfrage.[1443]

Nach Aussage von Halberstadt gelang es halbwegs, das Demonstrationskonzept des nächsten Tages im Sinne von Abendroths Empfehlungen festzulegen und flexibel-passiv vorzugehen.

Aufruf des Sozialistischen Zentrums an die Gewerkschaften

Das *Sozialistische Zentrum* wandte sich unter dem Eindruck der weiteren Eskalation und einer möglichen Zerschlagung der außerparlamentarischen Opposition an die Gewerkschaften und rief zur aktiven Verteidigung des Grundgesetzes und zum Bündnis mit der Studierendenbewegung auf. Zwei Tage nach dem Treffen im *Club Voltaire*, am 16. 4. 1968, ging ein von Lorenz Knorr und Wolfgang Abendroth – in ihrer Funktion als Mitglieder des politischen Büros – unterzeichnetes Telegramm an den Bundesvorstand des DGB, an den Vorstand der IG Metall und weitere Gewerkschaftsvorstände. Darin fordern sie die Gewerkschaften zu Protestaktionen gegen Springer mit der Perspektive der Vergesellschaftung des Konzerns auf. Der Ton verdeut-

[1440] IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 759, Telegramm von Klaus Vack vom 14. 4. 1968.
[1441] Vgl. Halberstadt 1985, 3.
[1442] Halberstadt 1985, 3.
[1443] Halberstadt 1985, 3.

licht das Klima der Konfrontationen während und unmittelbar nach den Osterunruhen:

> Kollegen, laßt nicht zu, daß führende Nazipropagandisten wie Kiesinger und andere Nutznießer des Dritten Reiches die Arbeiter gegen rebellierende Studenten aufhetzen. Springers Eigentum, das seit Jahren gegen Frieden und Demokratie, zur Volksverhetzung und zum politischen Rufmord gegen die Linke mißbraucht wird, hat nach dem Grundgesetz keinen Anspruch auf Schutz durch die staatliche Gewalt. Wer die im Grundgesetz garantierten Rechte ständig mißbraucht, verwirkt sie. Widerstand gegen verfassungswidrig ausgeübte Staatsgewalt ist jedermanns Recht und Pflicht. Helft mit, die Arbeiter über Springers Rolle als Totengräber der Demokratie aufzuklären und leitet eigene Protestaktionen gegen Springer ein.[1444]

b) Auseinandersetzungen an der Marburger Hochschule

Auch an der Marburger Philipps-Universität war es schon 1967 anlässlich der Kürzung des hessischen Bildungsetats zu Protesten der Studentenschaft gekommen.[1445] Das eingeleitete Verfahren zum Hessischen Hochschulgesetz förderte den studentischen Protest wie auch die Auseinandersetzung mit den Ordinarien in der Frage der paritätischen Besetzung der Hochschulgremien. Im Dezember 1967 hatten sich 23 Professoren in einem Memorandum gegen jede Demokratisierung der Hochschule ausgesprochen, was den Unmut unter den Studierenden anheizte.[1446] Im Zuge der Politisierung durch Notstandsgesetzgebung protestierten Marburger Studenten mit Verkehrsblockaden, Rathausbegehungen und (Hunger-) Streiks.[1447] Abendroth hielt auf einem Teach-in am 21. 5. 1968 eine Rede über die möglichen Perspektiven des Linksprotests. Zwei Tage vor dem Sternmarsch gegen die Notstandsgesetze nach Bonn, am 9. 5. 1968 veranstaltete der SDS und der die das ASO ein Teach-in zum Thema »Die Notstandsgesetze vom Tisch« mit Werner Hofmann und Wolfgang Abendroth, an dem 1200 Menschen teilnahmen.[1448]

Offener Brief in MSZ

Die Präsenz Abendroths in der Studentenbewegung und seine Solidarisierung etwa mit der »Enteignet-Springer-Kampagne« führten zu schweren öffentlichen Diffamierungen und Angriffen gegen ihn und andere ältere politi-

---

[1444] IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 764, Pressemitteilung und Materialien des Sozialistischen Zentrums: Telegramm an Gewerkschaftsvorstände vom 16. April 68

[1445] Vgl. Burkhardt 1993, 147ff.

[1446] Vgl. Burkhardt 1993, 147.

[1447] Vgl. Burkhardt 1993, 86. Eberhard Dähne (Interview) berichtet von einem Hungerstreik am 20./21.5.1968.

[1448] Vgl. Burkhardt 1993, 86.

sche Intellektuelle. Neben dem oben schon erwähnten Marburger Professor Heuß wurden Vorwürfe in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* im April erhoben, die ihn laut Uli Schöler nach einer Rede auf einer Anti-Springer-Demonstration zum Anstifter von Gewalthandlungen stempelten.[1449]: »Zwei Tage später wurden er und Ernst Bloch im gleichen Blatt als ›versagende Wegweiser‹ physischer Gewaltsamkeit bezeichnet«.[1450]

Auch in Marburg musste sich Abendroth gegen entsprechende Vorwürfe gegen ihn und die Studentenbewegung zur Wehr setzen. Fünf Studenten hatten am 18. 4. 1968 in einem Flugblatt Abendroth attackiert und ihm »das Predigen von Umsturz und direkter Aktion«, »Aufruf zum Terror« und »Anstiftung zu Vergehen und Verbrechen« unterstellt.[1451] Abendroth kontert umgehend mit einem offenen Brief in den *Marburger Studenten-Zeitung*, um den aufkommenden Zweifeln an der Rechtmäßigkeit und Notwendigkeit der studentischen Aktionen »sofort wirkungsvoll entgegenzutreten«.[1452] In diesem Leserbrief verteidigt Abendroth die Demonstrationen auch in der Form der »direkten Aktion« und fragt danach, wer wirklich zum Terror verleite:

> Derjenige, der wie Rudi Dutschke (auch nach meiner Meinung) gelegentlich irrige Argumente durch Demonstrationen vertritt (aber jedermann, auch ich und auch Sie, wird häufig irren), oder derjenige, der wie der Regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Schütz [SPD, RH], davon spricht, »man solle sich die Typen nur einmal ansehen« oder wie die Springer-Zeitung »BZ« vom »studentischen Mob« redet? Wer hat die Atmosphäre geschaffen, in der das Attentat auf Dutschke möglich wurde?[1453]

Die Professoren und auch er hätten immer wieder betont, dass physische Gewalt gegen Menschen Barbarei und kein Argument sei und Abendroth stellte die rhetorische Frage: »Soll es wieder so kommen, wie nach 1918, dass trotz hunderter politischer Morde, die von den Rechten begangen wurden, gleichzeitig die Presse dem Volk einreden konnte, die Linke predige den Terror?«

[1449] Vgl. Schöler 1985, 431. Mit Bezug auf die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 17. 5. 1968.

[1450] Schöler 1985, 435. Mit Bezug auf die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 19. 5. 1968.

[1451] IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 811, Flugblatt »So nicht, Herr Prof. Abendroth!« vom 18. 4. 1968.

[1452] IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 811, Schreiben an den AStA-Vorsitzenden der Philipps-Universität vom 22. 4. 1968. Vgl. Abendroth, Wolfgang (1968e): Leserbrief, in: Marburger Studenten-Zeitung, 6/1968, 30. 4. 1968, 6.

[1453] Abendroth 1968e.

»In die Luft sprengen«

In seiner Rede auf der besagten Anti-Springer-Demonstration hatte Abendroth jedoch den Ausdruck »in die Luft sprengen« verwandt, die vom politischen Gegner, wenn auch aus dem Kontext gerissen, leicht aufgegriffen werden konnte. In einem Leserbrief rechtfertigt er sich: Er habe die Behinderung der Auslieferung gegenüber dem Springer-Konzern als demonstrativen Akt für zulässig und sinnvoll gehalten. Die von ihm gemachte Aussage, den mit der Demokratie unvereinbare monopolistische Springer-Konzern durch Enteignung »in die Luft zu sprengen«, sei als Metapher erkennbar gewesen, zumal, er auf der Kundgebung darauf hingewiesen habe, dass man sich nicht auf den kleinsten Konflikt mit der Polizei einlassen dürfe, um das Demonstrationsziel nicht zu gefährden.[1454]

Rechtfertigung Abendroths gegenüber dem Rektor

Die Berichterstattung in der Presse führte auch innerhalb der Universität zu heftigen Anschuldigungen und drängte die Linke und speziell Abendroth in die Defensive. Auf Grund von Zeitungsmeldungen in der *Süddeutschen Zeitung* über eine Rede Abendroths vor Marburger Studenten im Zusammenhang mit dem Attentat auf Rudi Dutschke beantragten die Professoren Kollegen Scheibert und Schlesinger, der kleine Senat möge seine Erklärung über dessen Verfassungstreue vom 4. 5. 1968 zurückziehen.[1455] Gegenüber dem Rektor rechtfertigt sich Wolfgang Abendroth noch einmal schriftlich mit dem Hinweis, die Zitate in der *Süddeutschen Zeitung* seien nicht wörtlich wiedergegeben und aus dem Zusammenhang gerissen.

> Aber bereits die immanente Interpretation des ersten Satzes, den sie zitieren, ergibt sehr deutlich, daß ich von einem Recht auf physische Gewalt und der Notwendigkeit der physischen Gewalt für den Fall geredet habe, daß die Demokratie illegal geworden sei. Daß es sich heute um die Verteidigung der Legalität der Demokratie handelt, habe ich natürlich ebenso deutlich bemerkt. Daß aber gegen illegal ausgeübte öffentliche Gewalt ein Recht auf physische Antwort im Falle physischer Formen dieser illegalen Gewalt [handschriftliche Einfügung: auch heute, RH] bestünde, ergeben schon die einfachen Normen des Strafrechts über das Problem der Notwehr. Gleichwohl habe ich angeregt, selbst in dieser – auf nur gelegentliche illegale Verwendung öffentlicher Gewalt beschränkten – Problemlage aus taktischen Gründen auf diese Form der an sich legitimen Antwort zu verzichten.[1456]

[1454] Vgl. Schöler 1985, 435.
[1455] Vgl. Balzer 2001, 331 (Fußnote 14).
[1456] IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 287, Brief an den Rektor der Philipps-Universität Marburg vom 16. 5. 1968.

Abendroths solidarische Haltung zur antiautoritären Studentenbewegung konnte die Differenzen zwischen ihm und der Bewegung nicht überdecken.

Konflikt mit antiautoritärer Studenten-bewegung

Einer der aktionistischen Höhepunkte der Rebellion Marburger Studenten war laut Burkhardt ein Teach-in in der Philosophischen Fakultät am 18. 12. 1968.[1457] Am 13. 1. 1969 wurde von der *Fachschaft Politologie/ Soziologie* ein Streik ausgerufen, mit dem Ziel, das Studium in kollektiver Arbeit selbst zu organisieren.[1458]

Diese spontanen Aktionen betrafen auch die links-orientierten Professoren Hofmann, Maus und Abendroth. Kritik erfuhren Lehrinhalt wie politische Positionen. Abendroth erinnert sich:

> In Marburg verlangten die Studenten von mir, ich sollte ihnen das Rezept für die Revolution von morgen früh sagen. Weil ich nicht dazu in der Lage war, meinten sie, ich sei ein Verräter am Sozialismus. Ich musste tagelang mit ihnen diskutieren, um ihnen klarzumachen, dass es dieses Rezept nicht geben kann.[1459]

Er habe, so Abendroth weiter, in dieser Situation auf seine praktischen Erfahrungen mit den ultralinken Bewegungen der Weimarer Jahre zurückgegriffen und es sei gelungen, mit den Studenten ins Gespräch zu kommen und sie zu rationalerem Handeln zu bewegen.[1460] Gegenüber den antiautoritären Studierenden bemühte sich Abendroth um eine kooperative Haltung und machte seiner Verärgerung nur gegenüber den Assistenten Luft.[1461] Aber auch hier wurde Abendroths Haltung von manchen Studentinnen und Studenten als Bevormundung wahrgenommen.[1462]

Letztlich gingen Abendroth und Ernst-Otto Czempiel auf Forderungen der Studierenden ein. Czempiel monierte später, er habe die 14-tägige Besetzung des Instituts alleine durchstehen müssen.[1463] Erreicht wurde die Annahme eines Katalogs von Streikforderungen, die faktische Zusammenlegung der Institute, Öffentlichkeit aller Leistungskontrollen, Strukturveränderungen wie Abschaffung der Vorlesungen und Halbparität, durch die Ordinarien sowie halbparitätische Themenplan- und Satzungskommissionen.[1464]

[1457] Vgl. Burkhardt 1993, 148.
[1458] Vgl. Burkhardt 1993, 148.
[1459] Abendroth 1976, 271f.
[1460] Vgl. Abendroth 1976, 272.
[1461] Vgl. Burkhardt 1993, 149.
[1462] IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 491, Belegexemplar der *marburger blätter*.
[1463] Vgl. Rupp, Hans Karl (2001b): Interview mit Ernst-Otto Czempiel, Marburg am 8. Januar 2001, in: Hecker/Klein/Rupp (Hg.), 164.
[1464] IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 491.

Kritik an Habermas

Trotz aller Differenzen verteidigte Abendroth den SDS nach außen als »bewusstesten Kern der studentischen Opposition«.[1465] Dies geschah auch gegenüber Jürgen Habermas, der nach dem Vorwurf des »Linksfaschismus« die Studierenden auf dem Frankfurter VDS-Kongress vom 1. 6. 1968 erneut attackiert hatte.[1466] Habermas bezeichnet die neuen Demonstrationstechniken als »ritualisierte Form der Erpressung und des Trotzes von Heranwachsenden gegenüber unaufmerksamen, aber relativ nachsichtigen Eltern«.[1467] Die Studenten- und Schülerbewegung gehe auf Grund ihrer privilegierten Stellung aus einem Potenzial hervor, das keine ökonomische, sondern eine sozialpsychologische Erklärung verlange. Die Studenten- und Schülerproteste folgten vielfach ungewissen oder nachweislich falschen Interpretationen, die in jedem Fall ungeeignet sind, um daraus Handlungsmaximen abzuleiten. Dass der staatlich geregelte Kapitalismus vor unlösbaren Problemen der Kapitalverwertung stehe, sei nicht bewiesen, ebenso sei nicht bewiesen, dass aus dem Klassengegensatz noch Konflikte zu entfachen seien. Die nordamerikanischen Schwarzen seien ein Beispiel dafür, dass Unterprivilegierung nicht mehr mit Ausbeutung einhergehe. Auch die dekolonisierten Staaten würden entrechtet, aber nicht mehr ausgebeutet. Eine revolutionäre Situation sei nicht vorhanden. »Wer unter diesen Umständen eine revolutionäre Umwälzung taktisch ins Auge fasst und agitatorisch betreibt, verfällt schlicht einem Wahn.«[1468] Aus der falschen Situationseinschätzung folge eine verhängnisvolle Strategie, die Studenten und Schüler nicht nur auf Dauer isoliere, sondern auch die demokratischen Kräfte schwächen muss.

Den Besetzern der Frankfurter Universität bescheinigt Habermas, dass ihre Verwechslung von Symbol und Wirklichkeit im klinischen Bereich den Tatbestand der Wahnvorstellung erfülle. Habermas spricht von »Infantilismus« der revolutionären Studenten. Die Agitation nehme den Platz der Diskussion ein. Die Taktik der Scheinrevolution müsse einer langfristigen Strategie der massenhaften Aufklärung weichen.

Abwehr des Irrationalismus: Beispiel Pirker

Die ältere Generation, nicht nur Habermas, reagierte auf Unsystematik, Überbetonung der Praxis und des Subjektiven, linksradikalen Dogmatismus und Irrationalität empfindlich. Hier fanden sich ganz unterschiedliche Intellektuelle, wie die »Frankfurter Schule«, Abendroth oder auch Theo Pirker

---

[1465] Pinkus (Hg.) 1967, 76.

[1466] Habermas, Jürgen (1968): Die Scheinrevolution und ihre Kinder. Sechs Thesen über Taktik, Ziele und Situationsanalysen der oppositionellen Jugend, in: Negt (Hg. 1968), 5-15.

[1467] Habermas 1968, 7.

[1468] Habermas 1968, 11.

zusammen. Pirker erklärte im Rückblick, er sei sogar ein Gegner des SDS gewesen:

> Ich war irritiert durch eine Sache, die in der europäischen Tradition steht und die ich gelernt habe. […] Wenn ich an Debatten und Sitzungen des SDS teilnahm, da war eine ungeheure Unkontrollierbarkeit von Reflexionen. Was gestern rezipiert wurde, war übermorgen schon nicht mehr da. Das war eine Geschwindigkeit, die einen Menschen, der durch den Faschismus und durch den Stalinismus gegangen ist, nur schaudern konnte, wegen der Unkontrollierbarkeit der Diskussionen. […] Das sind Sachen, die für eine Generation, die einen extremen Irrationalismus in der deutschen Geschichte immer bekämpft hat und bekämpft – ich rede von Teilen der Arbeiterbewegung aus der ich stamme –, eine ungeheure Erschütterung waren.[1469]

Eines der schrecklichsten Dinge, die hier passieren konnte, so Pirker weiter, war die Ritualisierung von Demonstrationen und Debatten. Für die politische Generation Pirkers blieb Aufklärung, systematische wissenschaftliche Arbeit und Diskussion unverrückbare Grundlage jeder Opposition gegenüber »irrationalen«, gegenaufklärerischen Regimen.

Praktizismus

Adorno sah im Praktizismus die Gefahr des Hervortretens eines neuen Stalinismus:

> Ich glaube, daß gerade in dieser Voreiligkeit, des ›Was tun?‹, was soll ich jetzt hier unmittelbar tun, bereits ein Moment liegt, das die Erkenntnis selber sabotiert und dadurch eine wirklich vernünftige Praxis unmöglich macht. Es geht davon eine Art von Terror aus; im Grunde bedeutet diese stetige Frage: »Was tun? «, wenn man sie übersetzt, soviel wie: Du sollst Dich, Du mußt Dich jetzt hier unmittelbar, und zwar natürlich für uns entscheiden, die Gedanken, die Du über die Situation, über das objektiv Mögliche oder überhaupt über eine richtige Einrichtung der Gesellschaft beizubringen hast, das ist kalter Kaffee, sondern wenn Du nicht jetzt zu uns Dich bekennst, indem Du Dich der Praxis einreihst, dann bist Du eigentlich ein Verräter.[1470]

[1469] Vgl. Lönnendonker (Hg.) 1998, 118f.

[1470] Vgl. Schmidt, Andreas Christoph (2003): Was war links?, Dokumentarfilm in 4 Folgen, im Auftrag von SWR und SFB, Internet: http://www.waswarlinks.de/folge2/kommentar2c.html (Stand: 22. 2. 2006)

Irrationalismus rationalisieren

Auch Abendroth sah im spontaneistischen Subjektivismus antiaufklärerische Gefahren: »So muß das Prinzip der Aufklärung sich auch gegen den heutigen Bewußtseinsstand dieser Studentenbewegung selbst wenden.«[1471] Aber man müsse damit rechnen, dass es in bestimmten Perioden zu utopischen, ultralinken Ausbrüchen komme. »Man muß aber wissen, dass auch in ihnen ein zu entwickelndes Moment enthalten ist, auf dessen Rationalität man insistieren muß.«[1472] Die Kritik von Jürgen Habermas ließ für ihn hierzu keinen Raum.

Und obwohl viele seiner Kritikpunkte von älteren politischen Intellektuellen geteilt wurden, stießen Form und Aussage der Attacke auf breite Ablehnung. Oskar Negt, der die Einwände in einem Sammelband »Die Linke antwortet Jürgen Habermas« publizierte, bat auch Abendroth inständig um einen Artikel: »Ich betone das, weil nach meiner Auffassung eine ganze Reihe von SDS-Genossen in der letzten Zeit Deiner Position wieder näher gekommen sind.«[1473]

Kritik und ihre Grenzen

Abendroths Beitrag war schließlich ein Paradebeispiel der politischen Publizistik des Marburger Politologen.[1474] Nach kurzen Hinweisen auf Habermas' Verdienste widmet er sich der Funktion strategischer und taktischer Diskussion. Sie könne Ausdruck der Verarbeitung von Erfahrung und eine Wachstumshilfe sein. Es gäbe keine revolutionäre Emanzipationsbewegung, die ohne eine solche Debatte ausgekommen wäre und es wäre auch falsch, auf harte Formulierungen der jeweiligen Gegensätze zu verzichten.

Die gegenseitige Kritik habe jedoch ihre Grenze, wenn diese zu Thesen führt, die allzu leicht in Argumente des gemeinsamen Feindes gegen Teile der eigenen Bewegung zu verwandeln sind und seinen Repressionsmaßnahmen Scheinbegründungen liefern. Das decke möglicherweise auch tieferliegende Differenzen auf. So sehr Habermas in der Kritik mancher Aktionsformen recht gehabt haben mag, so wenig ließe sich die Terminologie (»Linksfaschismus«) verteidigen, zumal von einem Sozialwissenschaftler wie Habermas. Sein jüngster Beitrag sei keine lapsus linguae. Und es bestünden Zweifel, »ob Habermas zur Zeit nicht mehr im Rahmen sozialistischer und demokratischer, sondern trotz seiner Radikalität in systemimmanent-liberaler Kritik« denke.[1475] Gegen Ende schlug Abendroth versöhnlichere Töne an. Er meinte, Habermas drohe, kein Bundesgenosse der studentischen Opposition mehr zu sein. »Aber Gefahren können dadurch gebannt

[1471] Abendroth 1967c, 413.
[1472] Abendroth 1976, 272.
[1473] IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 48, Brief von Oskar Negt am 20. 6. 1968.
[1474] Vgl. Abendroth 1968d.
[1475] Abendroth 1968d, 133.

werden, dass man sie rational analysiert, statt durch verfehlte Terminologie psychologisch ein Freund-Feind-Verhältnis zu schaffen.«[1476] Bei der Diskussion um das Hessische Hochschulgesetz habe er seinen ungebrochenen Mut bewiesen.

Abendroth forderte daher gegenüber den Studentinnen und Studenten aber auch gegenüber ihren Kritikern ein, in der Kritik genau zu differenzieren. Differenzierung war dann auch in der politischen Bewertung der internationalen Beziehungen und der revolutionären Gewalt der kolonialen Befreiungsbewegungen gefordert.

C. Vietnam und Internationalismus

1. Zentrum und Peripherie

a) Neuer Internationalismus

Verschiebung der Systemauseinandersetzung

Die Dekolonisation und die Verlagerung der Systemauseinandersetzung in die Peripherie nach dem Zweiten Weltkrieg beeinflusste nicht nur die Kräfteverhältnisse in den internationalen Beziehungen. Sie zwangen die revolutionäre Linke in den westlichen Industrienationen auch das Verhältnis von Zentrum und Peripherie für historische Transformationsprozesse neu zu bestimmen. Dies lag mit Auftreten der blockfreien und dekolonisierten Länder (China, Kuba, die Befreiungsbewegungen in Indien und Algerien) und der Zementierung der Verhältnisse in den Zentren während der Phase des Kalten Krieges nahe. Die wachsende politische Bedeutung der Entwicklung in den ehemaligen Kolonien ergab sich bereits aus dem geostrategischen Stellenwert, der diesen Entwicklungen von den Regierungen der westlichen Industrienationen beigemessen wurde. Die nach 1945 geschaffene Situation in Europa wurde unter US-Präsident John F. Kennedy 1960 als historische Tatsache akzeptiert und das Konzept des »roll back« und der »flexible response« zu Gunsten der Koexistenzpolitik verworfen. Präsident Kennedy ging davon aus,

> daß die Hauptkampflinie des weltpolitischen Ringens zwischen Kapitalismus und Sozialismus nicht mehr in Europa verlaufe, sondern in der Dritten Welt. (Zu dieser Zeit begannen die USA ihr verstärktes Engagement in Vietnam). Die Atomkriegsgefahr in Europa müsse durch Entspannung gemindert werden.[1477]

[1476] Abendroth 1968d, 141.
[1477] Fülberth 1991, 36.

Die neue politisch-militärische Strategie verfolgte daher nun die »Eindämmung« der kommunistischen Weltbewegung; in den entkolonisierten Staaten sollte kein Land dem Kommunismus preisgegeben werden, da nach der so genannten »Dominotheorie«, ein befreites Land dazu führte, dass auch die anderen nach und nach vom Westen abfielen. So wurden die antikolonialen und antiimperialistischen Befreiungskämpfe auch zum Bezugspunkt der Neuen Linken und Vietnam zum Symbol, zum »Spanien unserer Zeit«. Und folgerichtig hatte für Rudi Dutschke der Krieg in Vietnam eine welthistorische und exemplarische Bedeutung für die folgenden Klassenkämpfe.[1478]

Algerien und Vietnam im SDS

Politisch hatten sich Studenten des SDS schon vor dem Vietnamkrieg international engagiert und organisierten Solidaritätsaktionen für die algerische Befreiungsbewegung FLN. Hier leistete der SDS sehr intensive – zum Teil illegale – Solidaritätsarbeit.[1479] Auf der SDS-Delegiertenkonferenz von 1959 erklärte der neue Bundesvorstand die Solidaritätsarbeit mit der algerischen FLN neben der Kampagne »Ungesühnte Nazijustiz« zum Schwerpunkt des Verbandes.[1480] Ebenso startete der SDS 1963 eine Kampagne für den in Südafrika inhaftierten SDSler Dr. Nevil Alexander. Die Kritik am Algerien-Krieg und die Wahrnehmung außereuropäischer Bewegungen blieb Anfang der 1960er Jahre auf eine kleine Gruppe von Sozialisten beschränkt. Erst der Vietnamkrieg belebte die Internationalismus-Debatte neu. Allerdings blieb Vietnam ein originäres Thema der Intellektuellenbewegung; die Gewerkschaften schotteten sich in den Augen Theo Pirkers gegen dieses Thema ab.[1481]

Dritte-Welt-Analysen in Marburg

Im Marburger SDS wurde die theoretische Aufarbeitung der Dritten-Welt-Problematik schon frühzeitig in Angriff genommen.[1482] In der Rückschau unterstreicht Deppe, dass die Dritte-Welt-Analysen für ihn und andere zum politischen und wissenschaftlichen Arbeitsschwerpunkt zwischen 1964 und 1968 geworden waren.[1483] Die Dritte-Welt-Analysen hatten allgemein

---

[1478] Vgl. Dutschke, Rudi (1968): Die geschichtlichen Bedingungen für den internationalen Emanzipationskampf, in: Bergmann/Dutschke/Lefèvre/Rabehl 1968, 86.

[1479] Vgl. Leggewie, Claus (1984). Kofferträger: Das Algerien-Projekt der Linken im Adenauer-Deutschland. Berlin.

[1480] Vgl. Burkhardt 1993, 92.

[1481] Vgl. Rabehl, Bernd (1988): Der Sozialistische Deutsche Studentenbund, in: Haus der Gewerkschaftsjugend Oberursel (Hg.), 108.

[1482] Vgl. die Beiträge von Frank Deppe, Kurt Steinhaus, Georg Büchner, Rüdiger Griepenburg und Karl Hermann Tjaden im Argument 34 (1965) und 36 (1966); Steinhaus, Kurt (1969): Zur Theorie des internationalen Klassenkampfes, Frankfurt.

[1483] Vgl. FU Berlin 1988.

für die Entwicklung des Politik-Verständnisses im SDS große Bedeutung, wurden aber auch Gegenstand von Kontroversen.[1484]

Drehung des Zentrum-Peripherie-Verhältnisses

Die Neue Linke im SDS musste das Verhältnis von Zentrum und Peripherie für ihre sozialistische Strategie neu bestimmen. Dabei ging es auch um die Einschätzung imperialistischer Politikformen der Sowjetunion. Wolfgang Küttler hat daran erinnert, das sich nach der Oktoberrevolution mit dem Leninismus als »Marxismus unserer Epoche« eine Umkehrung des Zentrum-Peripherie-Verhältnisses in der Revolutionstheorie des »offiziellen« Marxismus vollzogen hatte, wobei die Sowjetunion und ihre Verbündeten als weltgeschichtliches Fortschrittszentrum festgeschrieben wurden.[1485] Die Annahmen der marxistischen Klassiker, dass die Revolution von den kapitalistischen Zentren ausgehen werde, war durch die Oktoberrevolution widerlegt worden. Das Ausbleiben der Revolution in den entwickelten Industrienationen hatte den Führungsanspruch des einzigen sozialistischen Landes und der KPdSU zur Folge.

Antikolonialistische Befreiungsbewegungen

Etwas phasenverschoben hatten auch die revolutionären, antiimperialistischen Bewegungen in den kolonialen Gebieten an Dynamik gewonnen. In Folge des Ersten Weltkrieges und durch das Vorbild der Oktoberrevolution wuchsen sie an Umfang und Bedeutung. Die chinesische Revolution Mitte der 1920er Jahre lenkte das Interesse der deutschen Kommunisten auch auf China.[1486] Lenin hatte versucht, die antikolonialistischen Befreiungskriege in die Konzeption der *Kommunistischen Internationale* einzubeziehen.

Rolle der Befreiungsbewegungen

Mit 1968 setzte sich ein nicht-proletarischer Internationalismus gegen seinen proletarischen Vorläufer durch. Nun wurden die Bewegung in der so genannten Dritten Welt zum Subjekt der Geschichte erklärt. Die beiden SDS-Bundesvorsitzenden von 1966 bis 1967, Reimut Reich und Peter Gäng, betrachten 1967 den Widerspruch zwischen Dritter Welt und den hochin-

---

[1484] Vgl. zum Verlauf Fichter/Lönnendonker 1977, 95ff; Lönnendonker/Rabehl/Staadt 2002, 291.

[1485] Vgl. Küttler, Wolfgang (1999): Formationstheorie, in: HKWM, Bd. 4, 672.

[1486] Vgl. Abendroth, Wolfgang (1978a): 15 Thesen zum Problem Sozialismus und Entwicklungsländer [Ms. des Vortrages auf der internationalen Konferenz über das »Verhältnis von Sozialismus und Dritter Welt« in Cavtat bei Dubrovnik /Jugoslawien im September 1978, IISG], publiziert als: 15 Thèses sur le problème du socialisme et les pays en voie de développement, in: Socialism in The World, International Journal of Marxist und Socialist Thought, 15 (1979), 59-69. Auf den von der »Liga gegen den Imperialismus und koloniale Unterdrückung« organisierten internationalen Kongresse in Brüssel und Frankfurt 1926 und 1927, diskutierten Parteiführer der kolonialen Befreiungsbewegung mit denjenigen kommunistischer und linkssozialistischer Gruppierungen über Einheits- und Volksfront-Konzeptionen.

dustrialisierten Ländern als »entscheidender revolutionärer Faktor«.[1487] Auch für Rudi Dutschke hatte sich »in der Zeit des Sieges von Stalinismus und Faschismus« das revolutionäre Zentrum immer mehr »in die durch Kolonialherrschaft ökonomisch zurückgehaltenen Länder« verlagert. Er sprach 1968 von einer tief greifenden Verschiebung des revolutionären Zentrums in der Welt in den vierziger Jahren.[1488] Auf dem internationalen Vietnam-Kongress in West-Berlin vom 17. bis 18. 2. 1968 sah er die »Globalisierung der revolutionären Kräfte« als wichtigste Aufgabe der ganzen historischen Periode betrachtete die »Unterprivilegierten der ganzen Welt« die realgeschichtliche Massenbasis der Befreiungsbewegungen.[1489] Nicht nur die Randgruppen, sondern auch die kolonialen Befreiungsbewegungen hätten das Proletariat als revolutionäres Subjekt abgelöst. Entsprechend prüfte die antiautoritäre Neue Linke auch die Guerilla-Strategien der Befreiungsbewegungen des Trikonts (Che Guevara, Franz Fanon oder Amilcar Cabral) auf ihre Übertragbarkeit auf die Verhältnisse vor Ort.[1490] Die anti-kolonialen Bewegungen wurden so zu Hoffnungsträgern und Vorbildern einer politischen Generation. So heißt es in der antiautoritären Fraktion des SDS 1968:

> Erst wenn die revolutionären Kommunisten der Metropolen es ihnen [den Völkern in der 3. Welt] in ihrem Bereich – auf der Basis der dort herrschenden strukturellen Bedingungen – gleichtun, können sie zu ihren Bündnispartnern werden.[1491]

Theoretisch stützte sich dieser neue Internationalismus auch auf Herbert Marcuse, der die Arbeiterklasse nicht mehr zur Opposition rechnete und die Opposition in den Entwicklungsländern als entscheidende Gegenkraft bezeichnete.[1492]

»Vietnam-Analyse eines Exempels« (1966)

Der Vietnamkrieg war entsprechend Gegenstand mehrerer Tagungen: Auf dem Frankfurter Kongress »Vietnam – Analyse eines Exempels« (1966) und in der Diskussionsveranstaltung »Vietnam – Die Dritte Welt und die Oppo-

---

[1487] Gäng, Peter/Reiche, Reimut (1967): Modelle der kolonialen Revolution. Beschreibung und Dokumente, Frankfurt, 7.

[1488] Vgl. Dutschke 1968a, 57f.

[1489] Vgl. Dutschke 1968, 85.

[1490] Dutschke (1980, 58) nennt 1966 als bedeutendsten Theoretiker der kolonialen Revolution: Che Guevara (Der Partisanenkrieg, Berlin 1962), Frantz Fanon (Die Verdammten dieser Erde (F/M. 1966) und Mao Tse-Tung (Theorie des Guerillakrieges, Hamburg 1966). Vgl. auch Juchler 1996.

[1491] Ryschkowsky 1968, 202.

[1492] Vgl. die Zusammenfassung des Hauptreferats bei Lönnendonker/Rabehl/Staadt 2002, 278.

sition in den Metropolen« im Audimax der FU Berlin am 13. 7. 1967 wurde dieses Thema eingehend behandelt.[1493]

In Frankfurt trafen sich Professoren, Studenten und Gewerkschafter sowie Repräsentanten der internationalen Links-Intelligenz: Norman Birnbaum, Bo Gustafsson, Jürgen Habermas, Oskar Negt, Theo Pirker, Konny Zilliacus, Claude Bourdet und Heinz Brandt. Insgesamt besuchten 2.200 Teilnehmer den Kongress.

Wolfgang Abendroth hielt am 22. 5. 1966 zusammen mit Conrad Ahlers im Arbeitskreis »Politische und juristische Probleme des Vietnam-Krieges« das Hauptreferat. Gegen diese Themenstellung erhob der Berliner Landesverband schon im Vorfeld Einspruch, da vom wesentlichen Prozess des Befreiungskampfes der Völker in der Dritten Welt nur abgelenkt werde.[1494] Aufgabe des Kongresses sei, die politisch diffuse Opposition in der Bundesrepublik auf den Stand der Theorie und der militanten Praxis von der Opposition in anderen Ländern (besonders Frankreich, Italien und USA) gegen den internationalen Kapitalismus in Gang gebrachten Formierungsprozess zu bringen. Auch hier zeigt sich, wie wenig die sozialistische Linke voneinander wusste, da zum Beispiel die revolutionäre Dimension der Befreiungsbewegungen durchaus ein Thema des Weimarer Reformmarximus war.

b) Politische Perspektiven Abendroths

Weimarer Zeit

Seit seiner Zeit als politischer Aktivist der kommunistischen Arbeiterjugendbewegung war Abendroth mit der Problematik der Rolle kolonialer Befreiungsbewegungen konfrontiert. Der junge Abendroth gehörte nun als Mitglied der KPO zu einer politischen Strömung, die den Führungsanspruch der KPdSU wieder zurückwiesen und auch ihre Strategie für die westlichen Gesellschaften für ungeeignet hielten. Sie betrachteten das Verhältnis der jeweiligen kommunistischen Bewegungen zu einander eher als gegenseitige Partnerschaft.

Abendroth nahm unter anderem an der von Willy Münzenberg organisierten Konferenz der *Internationalen Arbeiterhilfe* (IAH) 1926 in Brüssel und an der Frankfurter Antiimperialistischen Konferenz 1928 teil.[1495] Im August 1927 trat Abendroth beim Weltjugendtreffen auf der Freusburg auf. Dieses stellte den wohl einmaligen Versuch dar, alle deutschen Jugendbewegungen für eine gemeinsame Friedensarbeit zu gewinnen.[1496]

[1493] Vgl. Protest! 1998, 140.

[1494] Vgl. Fichter/Lönnendonker 1977, 95; Lönnendonker/Rabehl/Staadt 2002, 276.

[1495] Vgl. Abendroth 1976, 104f.

[1496] Vgl. Diers 2006, 117f. Vertreten waren von Kommunisten und Sozialisten über Pazi-

Nach dem 2. Weltkrieg

Im Jahr 1954 betonte Abendroth die wachsende Bedeutung der kolonialen Befreiungsbewegungen. Mit ihnen entstehe seit dem ersten Weltkrieg eine zweite antiimperialistische Kraft, die neben den sozialistischen Teilen des Proletariats den bestehenden Herrschaftsverhältnissen entgegentrat.

> Aber diese antiimperialistischen Kräfte Asiens sind andererseits der wichtigste Bundesgenosse der sozialistischen Bewegung der hochindustrialisierten Welt und der stärkste Ordnungsfaktor im Kampfe gegen die Gefahr eines dritten imperialistischen Weltkriegs im gegenwärtigen internationalen Machtgefüge.[1497]

Mit der Emanzipation dieser Völker hatte für Abendroth eine völlig neue Periode der Weltgeschichte begonnen, »in der die Fremdbeherrschung von Nationen – die weltpolitische Voraussetzung der imperialistischen Phase der kapitalistischen Entwicklung – immer schwieriger geworden ist.«[1498]

Grundlage des Internationalismus

Abendroth formulierte, dass es nach 1945 im globalen Rahmen keine wesentliche innenpolitische Machtverschiebung in einem Staat gibt,

> die nicht durch das Gesamtgefüge der internationalen Beziehungen zwischen den Weltmächten und den übrigen Staaten, meist auch durch die Sonderinteressen irgendeiner Weltmacht bzw. einer konkret feststellbaren Staatengruppierung, sei es in dieser, sei es in jener Weise, mitbestimmt wäre.[1499]

Und umgekehrt werde das Verhalten der Staaten bei den Internationalen Beziehungen sowohl gegenüber den anderen Staaten, als auch zu den wichtigen allgemeinen Problematiken der Fortentwicklung der internationalen Beziehungen, durch deren jeweilige innenpolitische Machtstrukturen bestimmt. Daraus schlussfolgerte Abendroth,

> daß diese Verschränkung von innenpolitischer Struktur der einzelnen Staaten und Strukturen der International Relations *objektiv* [...] nicht auf ein mechanistisches Ursache-Wirkung-Verhältnis reduziert werden kann, sondern eine allseitige *dialektische* Beziehung darstellt, die sich *geschichtlich* – in ständiger Bewegung ihrer Komponenten wie des Ganzen, die sich beide

---

fisten bis hin zu extrem nationalistischen Jugendverbänden der Konservativen Revolution alle politischen Sparten der Weimarer Republik.

[1497] Abendroth 1954a, 5.

[1498] Abendroth 1956, 288.

[1499] Abendroth, Wolfgang (1973a): International Relations, Völkerrecht und Außenpolitik als Teildisziplinen der politischen Wissenschaft – ein Disput mit Ernst Otto Czempiel, in: Krippendorf, Ekkehard (Hg.): Internationale Beziehungen, Köln, 13.

> widersprüchlich entwickeln und durch diese Entfaltung ihrer Widersprüche weitergetrieben werden – fortbewegt.[1500]

Zentrum-Peripherie

Die antiimperialistischen Bündnispartner sind in Abendroths Denken gleichberechtigt, aber eben nicht gleich stark. In seinen Gegenentwurf zum Godesberger Programm aktualisierte Abendroth seine Überzeugungen aus den Weimarer Jahren:

> Der Sieg des Sozialismus in einem industriell hochentwickelten Lande wäre der wichtigste Beitrag zur Erhaltung des Weltfriedens, der geleistet werden kann. Eine sozialistische Gesellschaft auf der Grundlage einer leistungsfähigen Industrie könnte helfen, die Aufbauschwierigkeiten der unterentwickelten Länder ohne Profitwillen und Ausbeutungsabsichten zu mindern, und dadurch die Tendenz zur bürokratischen Diktatur schwächen, die in allen wirtschaftlich zurückgebliebenen Ländern unvermeidlich entsteht, solange der niedrige Bildungsstand der Bevölkerung und primitive Produktionsmethoden fortbestehen.[1501]

Aus dieser Perspektive war Abendroths Antwort auf die Frage der Neuen Linken nach Vietnam eindeutig. Wenn die Neue Linke in den peripheren Entwicklungsländern einen friedlichen und eigenständigen Übergang zum Sozialismus möchte, musste sie seiner Meinung nach zu Hause den Umbau der Gesellschaft in eine sozialistische vorantreiben. Im Sommer 1966 führte er diesen Gedanken in der Schweizer Zeitschrift *der neue bund* aus:

> Nur der breite Widerstand der nichtimperialistischen Unterklassen der USA und der anderen bürgerlichen Staaten, die an sich in ihren Ländern auf friedlichem Wege zu demokratisch-sozialistischen Lebensverhältnissen gelangen konnten, nämlich der Intelligenz und der Arbeitnehmer, war und ist in der Lage, eine derartig unsinnige Politik reaktionärer Gewalt zu verhindern.[1502]

Warnung vor falschen Identifikationen

Die Erklärung der Dekolonisationsbewegungen zum neuen historischen Subjekt durch die antiautoritäre Linke erteilte damit Abendroth eine Absage. Gegenüber Georg Lukács befürchtete Abendroth, dass die Stagnation in den entwickelten Ländern und der Aktivismus schnell zu falschen Identifikationen führe, bei der die eigene Subjektrolle vergessen würde.[1503]

[1500] Abendroth 1973a, 13.
[1501] Abendroth 1972j, 428.
[1502] Abendroth 1966a, 74.
[1503] Vgl. Pinkus (Hg.) 1967, 118 und 120.

> Das Handeln in diesen Kolonialländern, oder besser Neokolonialländern, ist unbedingt erforderlich, auch die Solidarität damit ist unerlässlich, aber die wichtigste Aufgabe der jungen kritischen Intellektuellen muß in ihrem eigenen Land gelöst werden. […]
> Die bloße Akklamation der Kolonialrevolution durch die jungen Intellektuellen in den kapitalistischen Staaten ist noch keine eigene Praxis, sondern, wenn sie dort die Machtverhältnisse nicht verändert oder die Intervention imperialistischer Staaten nicht wirksam behindert, objektiv nur Resignation in der Form der Schein-Aktivität. Darauf beruht die negative Seite der großen Wirkung Fanons auf die junge Generation in den USA und in der Bundesrepublik, die wir jetzt erleben.[1504]

Polyzentrismus

Ganz in der Tradition der KPO und der linkssozialistischen Strömung fordert Abendroth einen pluralen Marxismus.[1505] Insofern stand er auch jeder Übertragung der Strategien der Trikont-Marxismen auf die konkreten deutschen Verhältnisse mit Distanz gegenüber. In Abendroths Beitrag in dem von Werner Hofmann publizierten Band *Ideengeschichte der sozialen Bewegung* (1968) begrüßte er die Trikont-Marxismen als Rückkehr zu öffentlichen und eigenständigen marxistischen Strategie- und Theoriedebatten:

> Der Eintritt des von Fidel Castro geleiteten revolutionären Cuba, dessen politische Theorie von Che Guevara entwickelt wurde, und das nur durch das Eingreifen der UdSSR vor der gewaltsamen Intervention der USA geschützt werden konnte [Kuba-Krise], in das sozialistische Lager und vor allem die Sonderentwicklung des chinesischen Kommunismus unter Mao Tse Tung und des von Ho Tschi Minh geleiteten vietnamesischen Kommunismus haben den Dezentralisierungsprozeß im Weltkommunismus jedoch weiter beschleunigt. Diese Veränderungen machen neue theoretische Auseinandersetzungen unvermeidlich und bieten dem Polyzentrismus auch machtsoziologisch gesehen eine Basis.[1506]

Maoismus

Das Aufbrechen des unergiebigen monolithischen Systems Stalins und dessen eklektisch wendbaren Dogmatismus zu einer neuen Form kritisch-theoretischer Diskussion hieß er für gut. Der Weltkommunismus müsse wieder lernen, selbstständige wissenschaftliche Leistungen in sein Denken einzubeziehen. Jedoch musste jede sozialistische Bewegung auf Grundlage der jeweils spezifischen gesellschaftlichen Gesamtsituation ihre Strategien entwickeln. So äußerte er sich im Jahr 1965 im Rahmen der Vietnam-Frage,

---

[1504] Pinkus (Hg.) 1967, 118 und 120.
[1505] Vgl. Franzke/Rempe (Hg.) 1998, VIII.
[1506] Hofmann, Werner (1971): Ideengeschichte der sozialen Bewegungen des 19. und 20. Jahrhunderts, 4. Aufl., Berlin/New York, 265.

dass der Maoismus natürlich falsche und lediglich ideologische Seiten enthalte.

> Aber diese ideologischen Seiten sind Nebenprodukte eines insgesamt äußerst positiven geschichtlichen Prozesses in China und begründen keineswegs – wie die »westliche« Ideologie und auch die sowjetische Beurteilung der Dinge behauptet – die Gefahr der Vorbereitung eines Angriffskrieges Chinas im großen Maßstabe gegen andere Länder.[1507]

In einem Interview in der *Wirtschaftswoche* zog Abendroth 1970 Parallelen zwischen den maoistischen Gruppierungen und den Prozessen nach 1918/19 mit der Gründung der rätekommunistischen KAP. Im Unterschied zu damals glaubten die maoistischen Gruppierungen, mit der VR China ein internationales Zentrum zu besitzen, an das sie sich anlehnen könnten.[1508]

> Abgesehen von scholastisch hin und her wendbaren Zitaten aus der kleinen Mao-Bibel […] können die theoretische Arbeit Maos und seine praktische Politik kaum ein unvermittelt verwertbares Vorbild für die sozialistisch-revolutionäre Strategie in den industriekapitalistisch entwickelten Ländern bieten.[1509]

Mao würdigte er als großen Denker und politischen Praktiker, der einen wichtigen Beitrag zur generellen Untersuchung der Möglichkeiten der Emanzipation vorindustrieller Gesellschaften geliefert habe und ohne den der Aufstieg des modernen China kaum vorstellbar sei. Jedoch wirke der Maoismus, der als Theorie und Praxis in China entstanden und für eine Reihe von sozialen Systemen praktikabel und wirksam sei, vor allem in den hochindustriellen kapitalistischen Staaten »lediglich als falsche Ideologie, als zudem noch inkohärente Ansammlung von Schlagwörtern.«[1510] Er könne nur vorübergehend in schmalen Schichten größeren Einfluss gewinnen.

Insofern war Abendroths Botschaft an die neuen internationalistischen und antiimperialistischen Gruppierungen klar. In einer am 15. 3. 1968 auf einer Vietnam-Kundgebung in München vor 4.000 Zuhörern verlesenen Erklärung machte er deutlich, dass die drohende Eskalation des Vietnam-Krieges nur aufgehalten werden könne, indem der Johnson-Administration

---

[1507] Abendroth, Wolfgang (1966a): Vietnam. Diskussion der 6 Thesen von Eugen Steinemann über Vietnam, in: der neue bund. Zeitschrift für Freiheit und Gemeinschaft, 3/1966, 67f.

[1508] Vgl. Abendroth, Wolfgang (1970b): Ist der Maoismus ein Schlagwort oder Politik? in: Wirtschaftswoche, 23. 12. 1970, 48-52.

[1509] Abendroth 1970b, 50.

[1510] Abendroth 1970b, 52.

mit jeder mörderischen Maßnahme die wachsende moralische Isolierung verständlich gemacht wird. Er empfahl daher eine Doppelstrategie:

> Umso deutlicher ist die Verpflichtung des deutschen Volkes, gerade durch energischen Kampf gegen diese unmenschliche Politik zu beweisen, daß es mit der Vergangenheit der Verbrechen des Dritten Reiches wirklich gebrochen hat und nun mit den anderen Völkern der Welt für Frieden und Humanität eintritt. Deshalb muß die Unterstützung des Freiheitskampfes der FLN in Südvietnam und des völkerrechtswidrig angegriffenen nordvietnamesischen Staates die Hauptpflicht aller demokratischen und friedensliebenden Kräfte in der Bundesrepublik bleiben.[1511]

Dies sei mit dem Ringen um Demokratie in der BRD zu verbinden. Es gelte, die Massen zu mobilisieren, um die Notstandsgesetze abzuwehren.

2. Dekolonisationsbewegungen und Völkerrecht

Übertragung der Verfassungstheorie

Für den wissenschaftlichen Politiker und Juristen Abendroth blieb Vietnam nicht zuletzt eine Frage des Völkerrechts. Bisher dem Völkerrecht nur als Objekt unterworfene Bevölkerungsgruppen wandelten sich nun zu Völkerrechtssubjekten; daraus ergaben sich für die völkerrechtliche Ordnung Konsequenzen.[1512] Konnte das Völkerrechtssystem durch die koloniale Revolution in eine ähnliche Krise geraten, wie durch den Ansturm der amerikanischen und französischen Revolution und der Oktoberrevolution?[1513] Mit dieser Frage begann Abendroth seine klassenanalytische Verfassungstheorie auf die internationale, völkerrechtliche Ebene zu transferieren, führte aber diese Übertragung nicht weiter aus.[1514] Auch am *Institut für wissenschaftliche Politik* konnten die internationalen Beziehungen als Thema von Forschung und Lehre aus personellen Gründen nur eine Nebenrolle spielen.[1515]

[1511] IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 759, Dankschreiben von KfA München vom 20. 3. 1968.

[1512] Vgl. die historische Skizze der Geschichte des Völkerrechts: Abendroth, Wolfgang (1971b): Vorwort, in: Weiler, Heinrich: Vietnam. Eine völkerrechtliche Analyse des amerikanischen Krieges und seiner Vorgeschichte (=Marburger Abhandlungen zur politischen Wissenschaft 25), 2. erw. Aufl., Meisenheim am Glan.

[1513] Vgl. Abendroth 1971b.

[1514] Eine Skizze der Völkerrechtskonzeption Abendroths liefert Stuby, Gerhard (2006): Abendroths These des »transformatorischen« Charakters von Verfassungs- und Völkerrecht, in: Urban/Buckmiller/Perels (Hg.), 125-137.

[1515] Vgl. Bock 2001a, 120f.

Russel-Tribunal

Abendroths Handlungsmöglichkeiten blieben begrenzt. Abendroth wirkte, soweit es ihm die Zeit erlaubte als Mitglied im so genannte *Russell-Tribunal*, dem neben Bertrand Russell Persönlichkeiten wie Jean-Paul Sartre, Günther Anders, Stockeley Carmichael und Peter Weiss angehörten. Das Tribunal erwarb sich nach Meinung Abendroths ein ebenso großes Verdienst für die Verteidigung der Rechtsordnung und der Zivilisation wie einst das internationale Tribunal, das dem Reichstagsbrandprozess des Reichsgerichts von Hitlers Gnaden entgegentrat.[1516] Da die USA als vetoberechtige Großmacht im Sicherheitsrat vertreten sei, könne die UNO aber nicht gegen sie tätig werden. »Umso wichtiger ist es, die öffentliche Meinung der Welt mit dem Ziel der Aufrechterhaltung unserer völkerrechtlichen Ordnung zu mobilisieren.«[1517]

Verletzung des Völkerrechts

In Leserbriefen, oder in Interviews und Reden brachte er seine völkerrechtliche Argumentation in die Öffentlichkeit. Die Attacken der USA und der westlichen Staaten auf Nordvietnam charakterisierte er dabei als eindeutigen Völkerrechtsbruch.[1518] Die USA verletze in unzulässiger Weise die staatliche Integrität Nordvietnams. Detailliert legte er in der *Frankfurter Rundschau* vom 20. 2. 1965 die Rechtslage dar und zog den Schluss:

> Objektiv handelt es sich vielmehr bei den amerikanischen Luftangriffen um durch das Landkriegsrecht verbotene militärische Gewaltakte bei Gefährdung und Vernichtung von menschlichen Leben ohne vorherige Kriegserklärung und um gewollte und bewußte Verletzung der Hoheitsrechte und des Hoheitsgebiets eines anderen Staates. Dabei ist es rechtlich gleichgültig, ob die USA Nordvietnam oder seine Regierung anerkannt haben: denn an der Staatsqualität und der selbständigen völkerrechtlichen Rechtpersönlichkeit Nordvietnams besteht kein Zweifel.[1519]

Die gezielten Angriffe auf die Zivilbevölkerung hielt er für justiziabel. An anderer Stelle führt Abendroth aus, die Kampfweise der amerikanischen Truppen im südvietnamesischen Bürgerkrieg entspräche den Kampfformen, die im vorigen Jahrhundert und zu Beginn dieses Jahrhunderts gelegentlich von Kolonialmächten gegenüber der aufständischen Kolonialbevölkerung

---

[1516] Vgl. Abendroth, Wolfgang (1968): Vietnam und das Völkerrecht, in: Bräunig, Werner u. a. (Hg.): Vietnam in dieser Stunde. Künstlerische Dokumentation, Halle/Zürich, 17ff; ders. (1967a): Das Arbeitsergebnis der ersten Session des Russell-Tribunals in Stockholm, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 6/1967, 589-592.

[1517] Abendroth 1968.

[1518] Vgl. Abendroth, Wolfgang (1965c): Verletzung des Völkerrechts (Leserbrief), in: Frankfurter Rundschau, 20. 2. 1965, 2; ders. 1966a und 1968.

[1519] Abendroth 1965c.

Verwendung gefunden haben und die das Dritte Reich dann im Kriege zwischen souveränen Staaten im europäischen Osten erneut angewendet hat.

> Das Nürnberger Urteil hat keinen Zweifel daran gelassen, dass die Terrorisierung und Ausrottung der Zivilbevölkerung des Gegners generell völkerrechtswidrig und vom Standpunkt des Völkerrechts aus strafbar ist.[1520]

Abendroth forderte den sofortigen Rückzug der US-Streitkräfte, auch wenn dadurch in Vietnam innenpolitisch die Gewalt noch einmal aufflackern konnte.[1521]

Ungleiche Gewalt

Diese Haltung wird nur verständlich, wenn man berücksichtigt, dass für den Marxisten Abendroth die Gewalt der jeweiligen Akteure nicht mit gleichen Maßstäben zu messen war. Vielmehr, so Abendroth 1966 in der Züricher Zeitschrift *der neue bund*, müsse man deutlich zeigen, dass jede Intervention westlicher Staaten an Seiten der dort herrschenden Klassen ein gewaltsamer Kampf gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker sei.[1522] Umgekehrt dienten die gewaltsame Revolution des Volkes gegen seine Ausbeuterschichten in diesen Ländern und der gewaltsame Freiheitskampf gegen Aufrechterhaltung der Kolonialherrschaft dem Selbstbestimmungsrecht der Völker und bereite die endgültige – spätere – Beseitigung der Notwendigkeit von Gewalt vor.[1523] Dabei verstand Abendroth unter Kolonialherrschaft auch neokoloniale Verhältnisse, in denen Staaten nur über juristisch-formeller Souveränität verfügten.

Gewaltförmige Verhältnisse nach innen und außen

Die menschliche Natur stehe einer friedlichen Konfliktbeilegung nicht entgegen. Vielmehr sei die Entfremdung von dieser menschlichen Natur das Problem:

[1520] Abendroth 1968, 18.

[1521] Abendroth (1966a, 79) forderte den Abzug der US-Streitkräfte. »Dabei müsste man natürlich einkalkulieren, dass nach diesem Abzug auch einige formell ungerechte Gewalthandlungen des erbitterten, geschundenen und zur Verzweiflung getriebenen vietnamesischen Volkes passieren; um der Humanität willen muß man im geschichtlichen Prozeß leider in solchen Lagen auch einige Verletzungen der Humanität bewusst hinnehmen. Sie sind in Wirklichkeit die Schuld der Gewalt des Imperialismus und der früheren herrschenden Klasse. Aber es ist entscheidend, dass eine derartige Lösung einerseits die Gefahr paralleler Gewaltentwicklung in anderen Ländern wesentlich einschränken und vor allem die Gefahr eines dritten Weltkrieges erheblich mindern würde, wie sie auf der anderen Seite auch in Vietnam selbst die Hoffnung auf eine vernünftige Entwicklung anbahnen würde.«

[1522] Vgl. Abendroth 1966a, 70.

[1523] Vgl. Abendroth 1966a, 70.

> Der Rüstungskapitalismus der Gegenwart setzt diese aus den Produktionsverhältnissen und ihren Widersprüchen bei der heutigen Entfaltung der Produktivkräfte folgenden negativen Tendenzen verstärkt fort. Denn der Vietnam-Krieg der USA und seine barbarischen Formen wurzeln, wie der westdeutsche Marxist Kurt Steinhaus gezeigt hat, nicht zuletzt in der Notwendigkeit der Verwertung überschüssiger Produktivkräfte unter Vermittlung der Staatsmacht durch Rüstung, als zu für die Individuen der Gesellschaft weder produktiv sinnvollen noch konsumierbaren Zwecken, praktisch wie massenpsychologisch möglich zu machen. Aber die Folge dieses Widersinns für die Entwicklung des Menschen und seiner Natur unter solchen Bedingungen zeigt sich dann bald auch in den Widersprüchen der Innenpolitik einer derartigen Gesellschaft, wie sie sich – bei teilweise anderen Vermittlungen – einst durch die Entwicklung des Aufstiegs des Nationalsozialismus und seiner barbarischen Mentalität erwiesen hat.«[1524]

Wieder speist sich für Abendroth die Gewalt der kolonialen Befreiungsbewegungen aus gewaltförmigen Verhältnissen. Er schreibt 1969 in der Festschrift für Adolf Arndt:

> […] solange der Prozeß der Entwicklung der verschiedenen Gesellschaften, die der Mensch nebeneinander auf der Erde geschaffen hat zu ihrer Einheit und zu ihrer einheitlichen Organisation noch nicht beendet ist, der nur innerhalb einer sozialistischen Weltgesellschaft vollendet werden könnte, gilt die These aus der Einleitung von *Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie* jetzt in der dreifachen Bedeutung des innenpolitischen Kampfes in den kapitalistischen Staaten, der Befreiungskämpfe der kolonial oder neokolonial unterdrückten Völker und des Widerspruchs zwischen kapitalistischen und sozialistischen Systemen: »Die Waffe der Kritik kann die Kritik der Waffen nicht ersetzen; die materielle Gewalt muß gestürzt werden durch materielle Gewalt…« Die Kritik der Waffen wird jedoch stets mit der Gefahr des Ideologisierens ihres Gebrauchs verbunden sein, vor allem wenn sie von Staaten gebraucht wird, auch falls diese sozialistisch sind – so erforderlich sie noch für einige Zeit bleiben wird.[1525]

Abendroth wollte damit auch die Gewalt des *Viet Cong* nicht rechtfertigen, sondern, wenngleich aus einer parteilichen Sicht heraus, erklären, warum sie auftrat. Die Befreiungsbewegungen, so ist Abendroth verstehen, können ihr proklamiertes Ziel erst dann erreichen, wenn sich ihr Selbstbestimmungsrecht nicht durch soziale und ökonomische Erpressbarkeit unterlaufen werden kann, sonst reproduziert sich auf internationaler Ebene derselbe Wider-

[1524] Abendroth 1985e, 212.
[1525] Abendroth 1985e, 222.

spruch zwischen formaler politischer Freiheit und sozialer Unfreiheit. Der Verteidigung verfassungsimmanenter Freiheitsrechte entsprechen die Verteidigung und der Ausbau des Völkerrechts auf der internationalen Ebene.[1526]

Fehler der Befreiungsbewegungen

Die Emanzipation kolonial unterdrückter Nationen, die nun vor der Aufgabe einer nicht-kapitalistischen Industrialisierung stünden, und die durch die wegen der dort herrschenden Klassen zu keiner wesentlichen Hebung des Bildungsniveaus oder zur Aufhebung der Hungersituation gelangten, setzen eine soziale Revolution voraus, die bei den Realitäten des Klassenkampfes in diesen Ländern kaum anders als gewaltsam sein könne.[1527] Gegenüber Lukács machte Abendroth deutlich:

> Daß wir diese Fehler, die sozialistisch geführte Revolutionen in Entwicklungsländern machen, hinnehmen müssen und nicht verketzern dürfen und auch Unmenschlichkeiten, die in derartigen revolutionären Prozessen entstehen, zwar kritisieren müssen, aber nicht zum Anlaß der Diffamierung nehmen dürfen, scheint mir die notwendige Konsequenz dieser Lage zu sein.[1528]

Das Pochen auf Selbstbefreiung und Selbstbestimmungsrecht, die Tatsache, dass jede Gesellschaft ihren Weg zum Sozialismus finden müsse, ist wiederum eine an Marx orientierte Politik, wie sie in der KPO reformuliert wurde. Problematisch ist auch hier die Frage der Legitimität von Gewalt, die ähnlich aus den Umständen heraus erklärt wird und in Rechtfertigung – wegen der Unterentwicklung – umschlagen kann.[1529] Wenige Jahre später erläutert Abendroth in einem Interview, dass – wenn man so will – der Zweck die Mittel heiligt, »aber nur der Zweck kann das Mittel heiligen, der immerhin noch im Mittel Reste des Zweckes bewahrt.«[1530] Die öffentliche Diskussion zum Vietnam nahm allerdings auch automatisch in Kauf, dass die westlichen Länder Gewalt als Mittel der Politik einsetzten.

Rolle der sozialistischen Länder

Den sozialistischen Ländern schrieb Abendroth in den 1950er Jahren bei der Entwicklung der postkolonialen Länder eine unterstützende, aber konsequent nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker keine führende Rolle zu. Zumal auch hier die Entwicklung einer demokratischen Gesellschaft nur

---

[1526] Vgl. Abendroth 1971b und 1978a.
[1527] Vgl. Abendroth 1966a, 69.
[1528] Pinkus (Hg.) 1967, 116.
[1529] Zur Problematik der »Unvermeidlichkeit« vgl. die Ausführungen zum Stalinismus im Kap. IV, C, 1.
[1530] Abendroth 1970, 37.

durch eigenständige Lernprozesse verwirklicht werden konnte.[1531] Das Ausbleiben einer Unterstützung – nicht als Oktroi, sondern als gegenseitiges Wechselverhältnis begriffen – führt, so seine Annahme, zu Machtkonstellationen, die eine friedliche Entwicklung in den Ländern eher blockieren.

> Solange keine sozialistische Wirtschaft der führenden Industriegesellschaft rationale und geplante systematische Hilfe für einen durchgeplanten sozialistischen Aufbau dieser Länder bieten kann, werden diese Prozesse also, so bedauerlich das ist, häufig gewaltsam verlaufen und auch zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit der an Seiten der früheren herrschenden Klassen intervenierenden imperialistischen Staaten führen.[1532]

Für die Neue Linke boten Abendroths Ansätze zu einer marxistischen Interpretation des Völkerrechts, die regionale und internationale Beziehungen als dialektisches Verhältnis begriff.

Die Reichweite dieser und anderer Anregungen blieb begrenzt. Sie mussten erst rezipiert und schrittweise verarbeitet werden. Doch auf Grund des neu angestoßenen, umfassenden Lernprozesses in der Bundesrepublik zog Abendroth auch hinsichtlich der Studentenbewegung eine insgesamt positive Bilanz. Man sollte, so Abendroth, die dauerhaften Fortschritte nicht unterschätzen, die durch diese Rebellion erkämpft worden seien, auch hinsichtlich der Dimension der Ausbeutung der Dritten Welt.[1533] Von der Politik forderte er Geduld im Umgang mit den Studentinnen und Studenten. In einem Gratulationsbrief an den neuen Bundespräsidenten Gustav Heinemann schrieb Abendroth:

> Dafür gebührt Ihnen Dank und Respekt, auch wenn die ungeduldige Kritik der jungen Studentengeneration natürlich auch zutreffende Kerne enthält, trotz aller pubertären Übersteigerungen, die für sie zur Zeit charakteristisch ist. Nur: Können wir von jungen Studenten Rationalität in ihren Äußerungen und ihrem Verhalten erwarten, wenn ein Großteil ihrer Professoren so irrational reagiert, wie ich das seit langen Jahren tagtäglich beobachten muß, und wenn die Länderbürokratie ihnen in den Hochschulgesetzentwürfen bei allen Konzessionen, die sie enthalten, gleichzeitig das Ordnungsrecht als der Weisheit letzten Schluß präsentiert? Zu Gesprächen mit dieser Studentengeneration gehört nicht nur unendliche Geduld (und ohne pädagogische Geduld kann man bekanntlich nie etwas erreichen), sondern auch die Bereitschaft, die Gründe von Fehlhaltungen zu verstehen. Dabei wird es für Sie unglaublich schwer sein, zwischen der Notwendigkeit, diese Gründe an-

[1531] Vgl. Abendroth 1956, 289.
[1532] Abendroth 1966a, 69f.
[1533] Vgl. Abendroth (1985f), 197.

zuerkennen und den objektiven Erfordernissen des Amtes (nämlich den Beschränkungen offener politischer Äußerungen, die es auferlegt) durchzujonglieren. Damit will ich keineswegs behaupten, diese Aufgabe sei unlösbar; nur sind bei allen Experimenten dieser Art gelegentliche Fehler unvermeidbar. Man muß diese Fehlerquelle halt bewußt einkalkulieren.[1534]

[1534] IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 284, Brief Abendroth an Gustav Heinemann vom 7. 7. 1969.

IX. Zusammenfassende Schlussbetrachtungen

A. Wissenschaftliche Politik als Aufgabe

Wandel der antiautoritären Bewegung

Das Spektrum der politischen Linken reichte Anfang der 1970er Jahre von der Kinderladenbewegung bis hin zum *Marxistischen Studentenbund Spartakus*.[1535] Betriebsbasisgruppen wurden gegründet. Die Stadtteilbewegung legte den Grundstock für eine kulturlinke Alternativszene. Eine kleine Gruppe sah im Terrorismus eine Antwort auf die Erfahrung der politischen Ohnmacht. Bei anderen aus der antiautoritären Studentenbewegung führte die Enttäuschung über die Ineffizienz der 1968er-Revolte zu in die neu gegründeten maoistischen und marxistisch-leninistische Kaderparteien, die so genannten K-Gruppen, mit ihren zentralistischen Politikkonzepten.

In weiten Teilen der antiautoritären Bewegung zogen die wilden Septemberstreiks von 1969 mit einer Beteiligung von mehr als 100.000 Kohle- und Stahlarbeitern im Ruhrgebiet eine »proletarische Wende« nach sich, mit der die antiautoritäre Linke die Arbeiterbewegung als eigenständigen Akteur wahrnahm.[1536] Die Impulse der 1968er-Bewegungen wurden also in den nun folgenden Jahren ganz unterschiedlich verarbeitet.

Die Abkehr von der antiautoritären Bewegung bedingte nach Hinrich Oetjen auch eine verstärkte Hinwendung zu den klassischen Organisationen.[1537] Der *Marxistische Studentenbund* und der *Sozialistische Hochschulbund* wurden in den 1970er Jahren mit ihrer Politik der »gewerkschaftlichen Orientierung« zur stärksten Strömung der Studentenbewegung.[1538] Die intensive Kooperation zwischen Studenten und Gewerkschaftern führte in den Augen Oetjens dazu, dass nun immer mehr akademisch ausgebildete Personen in die hauptamtliche gewerkschaftliche Arbeit drängten.[1539]

So endeten die »1968er« nicht in einer Massenorganisation, auch weil das Verhältnis von Organisation und Autonomie weiter ungeklärt blieb. Aber Oetjen berichtet aus eigenen Erfahrungen in der Gewerkschaftsarbeit, dass sich das Verhältnis der Gewerkschaften zur Beschäftigung akademisch ausgebildeten Personals gewandelt habe.[1540] Zum einen wurden Aktionsformen

---

[1535] Vgl. Langguth, Gerd (1983): Protestbewegung. Entwicklung, Niedergang, Renaissance. Die Neue Linke seit 1968, Köln, ders. 1976.

[1536] Vgl. Müller-Jentsch, Walther (1978): Die Neue Linke und die Gewerkschaften, in: Das Argument 107 (1978), 17-28.

[1537] Vgl. Oetjen 1978, 40f..

[1538] Vgl. Deppe 1998b, 127.

[1539] Vgl. Oetjen 1978, 40f.

[1540] Vgl. Oetjen 1978, 44.

und Themen der antiautoritären Studentenbewegung in der Arbeiterbewegung übernommen, zum anderen entwickelte sich auch selbstständig eine andere, radikaldemokratische Arbeiterbewegung.[1541]

Nachholbedarf der sozialistischen Diskussion

Den Nachholbedarf in der theoretischen sozialistischen Diskussion dokumentiert beispielsweise das Themenspektrum der Zeitschrift *Das Argument* in den 1970er Jahren: Es umfasste Entwicklungsländer und neuer Imperialismus, Schule und Erziehung, Faschismustheorien und Ideologietheorie, das Verhältnis von Wissenschaft und Politik, Sexualität und Herrschaft, Wissenschaftliche Methodik und marxistische Theorie, Kritik der Sozialwissenschaften, Aufarbeitung der deutschen Geschichte und Geschichte der Arbeiterbewegung. Die Zeitschrift, in der Abendroth ab 1974 als ständiger Mitarbeiter wirkte, versuchte so mit einer möglichst pluralistischen Plattform die dialektisch-kritische Wissenschaft, in der sich erhebliche Defizite gezeigt haben, weiterzuentwickeln. In vorangegangenen Perioden hatte vor allem der sozialpsychologische, anthropologische Faktor in der Sozialtheorie zu wenig Beachtung gefunden.

BdWI

Abendroths Arbeitsschwerpunkt lag Anfang der 1970er Jahre weiterhin in der Vernetzung und Sicherung marxistischer Wissenschaft im westdeutschen Bildungs- und Hochschulsystem. So griff er auch aktiv in die Auseinandersetzung um die Berufsverbote ein.[1542] Im Jahr 1968 initiierte er zusammen mit Werner Hofmann 1968 den *Bund demokratischer Wissenschaftler* (BdW, dann BdWi), der sich als Widerpart gegen die Notstandsgesetze und die bevorstehende Hessische Hochschulgesetzgebung verstand. Im Jahr 1972 wurde der BdWi für Aktionen gegen die Berufsverbote reaktiviert und wurde zum politischen Gegenspieler des ebenfalls 1968 gegründeten *Bund Freiheit der Wissenschaften*, der sich vehement gegen die Berufung marxistischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an die Hochschulen wandte.[1543]

Integration gesellschaftskritischer Wissenschaft

Die Integration kritischer Wissenschaftler in den verschiedensten Institutionen der Gesellschaft hatte für Abendroth grundsätzlich einen hohen Stellenwert. Der praktische Aspekt dabei war die existenzielle Sicherung seiner Studentinnen und Studenten. Wichtiger war aber für Abendroth der Aspekt der Förderung politischen wissenschaftlichen Denkens: Jede demokratische Oppositionspolitik musste eine eigenständige wissenschaftliche Arbeit zur Basis haben, mit der überhaupt erst eine Gegenhegemonie begründet werden

---

[1541] Vgl. Oetjen 1978, 30.

[1542] Vgl. Abendroth, Wolfgang (1975j): Kritik der Beschlüsse über das Berufsverbot, in: Abendroth 1975, 243-249.

[1543] Vgl. Redaktion Forum Wissenschaft: 30 Jahre BdWi. Anmerkungen zu einer widerständigen Organisation, Dossier, in: Forum Wissenschaft, 3/1998, I-XVI.

konnte. Um einen demokratischen Systemwandel zu ermöglichen, war es für ihn unabdingbar, die Grundlagen des Marxismus als Wissenschaft zu lehren, anzuwenden und zu verbessern. Daher war den Marxisten erst einmal Wege an die Hochschule zu bahnen und offen zu halten.

Marburg: Hochburg der Linken

Allerdings trafen marxistischen Hochschullehrer auf ein universitäres Klima, in dem sie auch nach der Wende von 1968 nicht akzeptiert waren. Die Marburger Gesellschaftswissenschaften wurden zum Brennpunkt hochschulpolitischer, wissenschaftlicher, parteipolitischer und gewerkschaftspolitischer Kontroversen.[1544] Öffentliches Aufsehen erregten die Habilitations- und Berufungsverfahren des Philosophen Hans Heinz Holz, der Politikwissenschaftler Frank Deppe, Reinhard Kühnl, Georg Fülberth sowie des Juristen Peter Römer und des Soziologen Dieter Boris aus dem SDS-Umfeld. Ihnen wurde letztlich ihre DKP-Mitgliedschaft oder –Nähe zum Vorwurf gemacht. Der Marburger Historiker Ernst Nolte kritisierte dies als Bildung einer »Parteihochschule«.[1545] Betrachtet man das Gesamtbild, so engagierte sich im Übrigen nur ein Teil der Schüler Abendroths in der DKP, und nicht wenige von ihnen, um nach dem Scheitern der linkssozialistischen Parteigründung 1968 Einfluss auf die DKP zu nehmen.

Aber so sind die Vorgänge an der Universität Marburg in den 1970er Jahren auch ein Beispiel für die wechselseitigen Verhärtungen und Zuspitzungen, die sich aus den wissenschaftspolitischen Konflikten jener Jahre ergaben. Diese Debatten blieben von politischen Machtkämpfen durchzogen, die sich unter den Bedingungen einer neuen Phase des Kalten Kriegs an den bekannten Freund-Feind-Linien orientierte. Eine wissenschaftliche Prüfung und Diskussion der jeweiligen Inhalte und Argumente trat unter diesen Bedingungen zurück. Es charakterisiert die Figur Abendroth, dass er sich in diesen Berufungsverfahren für seine Schüler einsetzte, ohne immer mit ihnen in allen Punkten einer Meinung zu sein.

So zog auch seine Emeritierung im Jahr 1972 keinen Bruch seiner Arbeit nach sich. Er blieb ein parteilicher, aber unabhängiger politischer Pädagoge und politischer Wissenschaftler. Davon zeugt, dass er die Entwicklung der DKP, den Aufstieg der Ökologie- und die Neuformierung der Friedensbe-

---

[1544] Vgl. Luther, W. N. (1976): Vom Missbrauch der politischen Wissenschaft, in: Die politische Meinung, 21/1976, 81-94; BdWI (Hg. 1977): Sozialwissenschaft und Arbeitnehmerinteresse. Die Auseinandersetzungen um den Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Marburg, Köln; Vilmar, Fritz (1975): Parteihochschule in der Marburger Universität? Die Unterwanderungspolitik der Deutschen Kommunistischen Partei, in: Frankfurter Rundschau, 24. 5. 1975; Flechtheim/Rudzio/Vilmar/Wilke 1980.

[1545] Vgl. Nolte, Ernst (1971): Universitätsinstitut oder Parteihochschule? Dokumentation zum Habilitationsverfahren Kühnl, Köln.

wegung als wichtige »neue« soziale Massenbewegungen und die Gründung der Grünen gleichermaßen kritisch begleitete.[1546] Auch als Dozent an der Frankfurter *Akademie der Arbeit* betrieb er bis zu seinem Lebensende 1985 eine »zivilgesellschaftliche Praxis zur Erlangung kultureller Hegemonie«, wie sie Demirović für die Vertreter der Kritischen Theorie behauptet.[1547] Das Ziel war, eine marxistische Wissenschaft in Westdeutschland zu etablieren, die in Abgrenzung zu den staatssozialistischen Systemen als Herrschaftsideologie unbrauchbar blieb. Eine kritische Bewertung des Wirkens Abendroths muss sich daher an diesem wissenschaftlichen Anspruch orientieren und nicht an der kruden Einordnung in eine Parteienlandschaft, die die linkssozialistische Strömung immer aufbrechen und demokratisch aufheben wollte.

B. Alte und Neue Linke

Diese Studie rekonstruierte nun die theoretischen und praktischen Beiträge Wolfgang Abendroths als die eines der wichtigsten Vertreter der linkssozialistischen Strömung in den Anfangsjahrzehnten der Bundesrepublik. Dabei wurde von der These ausgegangen, dass die Neue Linke in ihrem linkssozialistischen Flügel über eine kohärente politische Theorie verfügte. Um die Politik der Linkssozialisten genauer zu bestimmen, ist Wolfgang Abendroth ein sehr gutes Beispiel, weil er die politische Theorie in der Praxis prüfte.

Das beispielhafte Aufzeigen linkssozialistischer Theorie und Praxis hatte nicht das Ziel, ihre Ansätze etwa der antiautoritären Theorie als überlegen darzustellen. Vielmehr sollte ein Beitrag geleistet werden, die Überlagerung verschiedener politischer Generationen, Theorien und Handlungsmuster und ihre erfahrungs- und sozialgeschichtlichen Hintergründe plastischer zu machen. Dabei zeigt sich auch, dass durch die Konfrontation der verschiedenen Generationen und Strömungen der Charakter der Epochenwende von 1968 und das »Neue« an der Neuen Linken besser erkennbar werden.

Neue Linke

Die Neue Linke thematisierte Fragen, an denen die revolutionäre Arbeiterbewegung gescheitert war: das Verhältnis von Reform und Revolution, die Frage nach dem historischen Subjekt und der Rolle von Randgruppen, überhaupt das Verhältnis von Zentrum und Peripherie, die Entwicklung des Kapitalismus und der bürgerlichen Gesellschaft im Zeichen von Konsum und

---

[1546] Vgl. Abendroth, Wolfgang (1978g): Kritische Bemerkungen zum Programmentwurf der DKP, in: rote blätter, 7-8/1978, 33; ders. (1983): Die »Grünen« und die Arbeiterbewegung, in: Nicht links, nicht rechts? Über die Zukunft der Grünen, Hamburg, 17-24.

[1547] Demirović 1999, 28.

Rüstung, die Bedeutung revolutionärer Gewalt und nicht zuletzt das Verhältnis von Organisation und Autonomie. Dabei griff die ganze Neue Linke Ansätze der dissidenten Traditionen der sozialistischen Arbeiterbewegung in den 1920er Jahren auf, popularisierte und interpretierte sie neu.

Überlagerung der Generationen

In Westdeutschland wurde der Weimarer Reformmarxismus für die erste, linkssozialistische Generation der Neuen Linken prägend. Unter der Sammelbezeichnung »Linkssozialisten« hatte sich nach dem Krieg der marxistischen Flügel in Sozialdemokratie und Gewerkschaften zusammengefunden. Die Linkssozialisten der frühen Bundesrepublik entstammten größtenteils den Splittergruppen der Weimarer Arbeiterbewegung (KPO, SAP, *Neu Beginnen*, ISK). Insofern blieb dieser Flügel sehr heterogen. Unter ihnen befanden sich so unterschiedliche Persönlichkeiten wie Fritz Lamm, Willy Huhn, Leo Kofler, Heinz Brakemeier, Helmut Ridder, Ossip K. Flechtheim oder Wolfgang Abendroth.[1548] Diese Sozialisten, die in den 1930er und 1940er Jahren im antifaschistischen Widerstand der klassischen Arbeiterbewegung sozialisiert wurden, hatten es Ende der 1950er Jahre mit einer Neuen Linken zu tun, die erfahrungsgeschichtlich von der Prosperitätsphase des von Eric Hobsbawm so genannten »Goldenen Zeitalters« geprägt waren.[1549] Die sich daraus ergebende Generationenkonstellation können auch bei der britischen New Left beobachtet werden.

Gemeinsamkeiten der politischen Generationen

Beide politische Generationen, linkssozialistische Reformmarxisten und Neue Linke, einte die Kritik an autoritären und undemokratischen Formen der bürokratisierten Arbeiterbewegung. Und beide versuchten sozialistische Politik unter den polarisierenden Bedingungen des Kalten Krieges und der Entwicklung der westlichen Wohlfahrtsstaaten neu zu bestimmen. Gesellschaftlich entstanden neue Regulationsformen, Ordnungs- und Steuerungsmodelle. Die Neue Linke musste sich mit der Auflösung der Milieus der klassischen Arbeiterbewegung, dem Auftreten neuartiger Single-Purpose-Movements und der kolonialen Befreiungsbewegungen auseinandersetzen. Dazu hatte sich innerhalb und außerhalb der Arbeiterbewegungsorganisationen ein Potenzial kritisch denkender Menschen entwickelt, die sich den Imperativen der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Integration in »Ost« und »West« widersetzten. Dieser Zusammenschluss verschiedener Generationen mit ihren unterschiedlichen Geltungsansprüchen, Sozialisationen und Erfahrungen war gleichermaßen gesucht wie von den Umständen erzwungen. Die Neue Linke wäre ohne die Unterstützung und die langfristig orientierte Politik der älteren Generation kaum möglich gewe-

[1548] Die Feststellung von Oertzens (1998, 88), dass die Wirkungsgeschichte dieser Linken bis heute nicht geschrieben worden ist, gilt bis heute.

[1549] Vgl. Jünke 2001, 180.

sen, doch führte das Kooperations- und Spannungsverhältnis auch zu zahlreichen Reibungspunkten.
Die Neue Linke wurde so Teil eines globalen, kollektiven Politisierungs- und Lernprozesses, der zumindest streckenweise soziale und nationale Grenzen überwand. Die politischen Intellektuellen der Neuen Linken, aber auch die ältere, linkssozialistische Generation gestalteten diesen Lern- und Politisierungsprozesse aktiv mit und waren ihnen gleichzeitig ausgesetzt.

C. Auf dem Weg zum politischen Pädagogen und wissenschaftlichen Politiker

Welche Erfahrungen in diesen Prozess von den älteren Reformmarxisten einflossen, zeigt das Beispiel Abendroth. Aufgewachsen in einer sozialistischen Pädagogenfamilie hatte Abendroth unmittelbaren Zugang zur revolutionären Arbeiterbewegung, aber auch zu einer höheren Schulbildung, die ihm den Weg an die Universität erlaubte. Der junge Abendroth war zunächst gegenüber ultralinken Politikmustern aufgeschlossen und forderte statt des bürgerlichen Parlamentarismus die Räterepublik. Allerdings erlebte er die Weimarer Republik als »Schauplatz der politischen Ohnmacht der deutschen Linken«.[1550]

Reformmarxismus

Nach dem endgültigen Scheitern der deutschen Revolution, der anhaltenden Spaltung der Arbeiterbewegung und angesichts des aufkommenden Faschismus bildete sich zwischen den Fronten von SPD und KPD eine marxistische Intelligenz, die eine Revision der bisherigen Politik in den Massenparteien und ihrer theoretischen Grundlagen einforderte. Diese reformmarxistischen Gruppen erneuerten die dialektisch-kritische Gesellschaftstheorie durch Rückgriff auf die Schriften des jungen Marx und Rücknahme der vulgärmaterialistischen Verkürzungen. Diese Entwicklung verlief parallel zur philosophischen Aktualisierung der dialektischen Gesellschaftstheorie des »westlichen Marxismus«. Der Reformmarxismus der Weimarer Republik betonte die Bedeutung der Entwicklung der Produktivkräfte. Damit kam wie im »westlichen Marxismus« durch die Theorie der Wille in den historischen Prozess.[1551] Weiter entwickelten diese Gruppen Neuansätze für die Interpretation der bürgerlichen Gesellschaft, formulierten Staats- und Demokratietheorien (z. B. der Austromarxismus) sowie eine erste Faschismusanalyse. In diesem Umfeld erwarb sich Abendroth ein tieferes gesellschaftstheoretisches Verständnis.

[1550] Vgl. Abendroth 1963a, 135.
[1551] Vgl. Demirović 1999a, 35.

Einheitsfront

Die reformmarxistischen Neuansätze in seiner politischen Pädagogik werden dabei häufig übersehen. Zur Überwindung der Spaltung in der Arbeiterbewegung diente eine konsequente und langfristig angelegte Einheitsfrontpolitik. Der altmodische Begriff verdeckt, dass mit diesem Ansatz eine tragfähige Theorie systematischen kollektiven Lernens und der Vermittlung politischer Inhalte durch demokratische Mobilisierung zur Verfügung stand. Auf Grund seines partiellen Erfolgs übernahm Abendroth schrittweise das Einheitsfrontdenken und seine konsequente Bündnispolitik auch bei der Bildung der Neuen Linken. Insoweit trug das Konzept der Einheitsfrontpolitik nicht unwesentlich zur Herausbildung der Neuen Linken, aber auch der außerparlamentarischen Opposition bei.

Begeisterung für die Lehre

In den ersten Lebensjahrzehnten entdeckte Abendroth auch seine Begeisterung für die Wissensvermittlung und sein Talent, Netzwerke aufzubauen. Abendroths Beiträge zum Verhältnis von Religion und Sozialismus sind ein in der polarisierten Arbeiterbewegung seltenes Beispiel für eine Form vermittelnder Kritik, die das Gegenüber als vernunftbegabtes Wesen betrachtet. Schon sehr früh hatte seine politische Pädagogik nicht nur die klassische Arbeiterbewegung als Adressaten. In der Zeit des Widerstands gegen den Faschismus wurde Lehren auch Teil einer Hoffnungsstrategie. Lehren und Lernen half, die gefährlichen und erdrückenden Verhältnisse zu bewältigen. Selbst unter den schwierigsten Umständen – im Zuchthaus oder in der Kriegsgefangenschaft – war Lehren als Vorbereitung für eine Zeit nach Hitler gesellschaftskritische und demokratische Bildungsarbeit. Abendroth entwickelte ein taktisches Gespür und wurde gleichzeitig kompromisslos: Keine errungene Position durfte kampflos aufgegeben werden. Ebenso typisch für diese Gruppe der im Faschismus sozialisierten Marxisten war das Aufzeigen noch so kleiner Risse im System, die Wahrnehmung kleinster Machtverschiebungen und emanzipatorischer Potenziale.

Autorität

Abendroths Wirkung auf die Neue Linke beruhte nicht zuletzt auf der Autorität, die er aus seiner Lebensgeschichte und seiner Integrität heraus gewann.[1552] Diese »Ausstrahlungskraft dieser Persönlichkeiten des Manifests von Buchenwald«, so Frank Deppe, teilte er mit anderen Zeitgenossen des antifaschistischen Widerstands.[1553] Auch Hans Manfred Bock erinnert an Abendroths Charisma, das gerade auf junge Leute einen großen Eindruck machte.[1554] Ein Redakteur der Zeitschrift *Sozialismus* beschreibt seine erste Begegnung mit Abendroth:

[1552] Vgl. zu Abendroths Autorität Habermas 1985, 56f.

[1553] Vgl. Deppe, Frank (1985a): Nachruf auf Wolfgang Abendroth (1906-1985): Wirtschaftswissenschaftliche Mitteilungen, 38/1985, 634.

[1554] Vgl. Bock 2001a, 116.

> Der Mittzwanziger versteht vom Gesagten zwar wiederum fast nichts, sieht aber in der Erscheinung dieses Alten einen, wie er ihn gesucht hat: einer, der rebellisch ist, der klug ist, der sich nicht duckt.[1555]

Kammler meinte, Abendroths Analysen und Engagement hätten weniger ein theoretisch-methodisch ausgearbeitetes, kohärentes Bezugssystem geliefert.[1556] Vielmehr sei er ein faszinierendes, persönliches Exempel für die Verbindung von unangepasster kritischer Wissenschaft und mutigem, nicht-opportunistischem praktischem Engagement. Beglaubigt sei diese Haltung auf eine unter bundesdeutschen Wissenschaftlern höchst seltene Weise, nämlich durch Widerstand und Haft im »Dritten Reich«.

D. Marxistisches Denken zwischen Restauration und Stalinisierung

Generell lag der Akzent der Linkssozialisten nach der Zerstörung der reformmarxistischen Tradition durch den Faschismus auf der Verbreitung marxistischen Denkens und der Anwendung des Reformmarxismus auf die neuen Verhältnisse. Dennoch entwickelten sie im Kampf gegen die Wiederbewaffnung und gegen die Atomrüstung, in der Auseinandersetzung um das politische Streikrecht, im Zuge der Auseinandersetzung um die Montanmitbestimmung und das Betriebsverfassungsgesetz sowie im Rahmen der SPD-Programmdebatte Grundlagen einer radikaldemokratisch-sozialistischen Politik. Ende der 1950er Jahre schien sich sogar zeitweise ein alternativer Weg zu einer neuen Gesellschaft zu eröffnen. Nicht hinter Marx zurück, wie Flechtheim schreibt, sondern über ihn hinaus.[1557]

Modernisierungsdruck

Dabei waren die linkssozialistische Strömung wie auch der »neue Reformismus« in Sozialdemokratie und Gewerkschaften zwei Antworten auf ein und denselben Modernisierungsdruck. Beide Richtungen verarbeiteten eine neuerliche Krise des Marxismus. Das Scheitern der Erneuerung der sozialistischen Arbeiterbewegung führt Bock auf die Polarisierungszwänge des Kalten Krieges zurück, verweist aber auch auf die »immanenten Schwächen seiner Protagonisten im politischen Organisationsfeld«.[1558] Im Zusammenwirken dieser Faktoren konnte der sozialpartnerschaftliche Flügel schließlich den Modernisierungsbegriff für sich beanspruchen.

[1555] Redaktion Sozialismus (Hg.), Editorial, 1.
[1556] Vgl. Kammler 2001, 147.
[1557] Vgl. Flechtheim (Hg.) 1969, Bd. 7, XVI.
[1558] Vgl. Bock 2001, 231.

Reformulierung einer Streik-, Partei- und Gewerkschaftstheorie

Abendroth griff in der Gewerkschafts- und Parteidiskussionen der 1950er eines der Hauptprobleme in der Strategie der Arbeiterbewegung auf: die Frage, ob autoritäre und bürokratisch zentralisierte Massenparteien noch angemessene Organe des Klassenkampfes sein können. Er verneinte diese Frage und seine Beiträgen zeigen die Grundzüge einer umfassenden Streik-, Partei- und Gewerkschaftstheorie. Parteien und Gewerkschaften verstand er vielmehr als Lern- und Planungsorganisationen, die selbstständige kollektive Lernprozesse langfristig und systematisch organisieren sollen. Die Gewerkschaften beschrieb er als »Schulen demokratischer Selbstverwaltung«.[1559]

Dabei vertrat Abendroth ein Bildungskonzept, das konzeptionell mit den Ansätzen Paulo Freires, Antonio Gramscis und Rosa Luxemburgs verwandt ist, die politisch-pädagogische Positionen repräsentierten, die, wie Armin Bernhard schreibt, »den Gedanken der autoritären Führung, der Organisation von oben nach unten und Hierarchisierung der befreienden Kräfte grundsätzlich ablehnend gegenüberstanden«.[1560] Sein radikal-demokratischer Bildungsansatz weiß, dass Aufklärung nicht von oben erfolgen kann, sondern nur mittels der Selbstentfaltungs- und Selbstbefreiungspotenziale der Akteure.

Organisationen wie Gewerkschaften oder Parteien sollten gemeinsame Diskussionsräume für sozialistische Politik schaffen und Menschen systematisch und selbstreflexiv in politische Prozesse demokratisch integrieren. Parteien und Gewerkschaften stellte er damit in eine historische Emanzipations- und Aufklärungsbewegung, in der sich die Arbeiterbewegung die Welt aneignet. Gewerkschaften waren in diesem Denken keineswegs auf tarifpolitische Auseinandersetzung zu reduzieren und Parteien weit mehr als parlamentarische Akteure. Parteien müssten als Emanzipationsorganisationen zwischen der außerparlamentarischen und parlamentarischen Sphäre vermitteln, um die Strukturen des bürgerlichen Staates zu transformieren und die Klassengesellschaft aufzuheben.

Das Grundgesetz: Verfassungstheorie

Der vielleicht bedeutendste Beitrag Abendroths zur sozialistischen Diskussion war aber seine am Grundgesetz konkretisierte klassenanalytische Staats- und Verfassungstheorie. Abendroth analysierte das Grundgesetz historisch-soziologisch und interpretierte es als Klassenkompromiss. Zwar wusste er um die sozialpolitischen Mängel des Grundgesetzes, sah aber in der vom Grundgesetz festgeschriebenen Kombination des demokratischen-sozialen Rechtsstaats einen historischen Fortschritt, da damit ein friedlicher

[1559] Vgl. Abendroth 1954b, 50.

[1560] Bernhard, Armin (1992): »Wir hatten stammelnd begonnen«. Die ›Ästhetik des Widerstands‹ als Bildungsgeschichte der Arbeiterbewegung, in: Das Argument 192 (1992), 191f.

Wechsel zum Sozialismus möglich gemacht werde und konsequent zu Ende gedacht bereits darin angelegt sei. Die Aufgabe von Gewerkschaften und Parteien, aber auch der kritischen Wissenschaften sei es nun, den Weg zum Sozialismus offen zu halten und dazu ein Klassengleichgewicht zu sichern, damit diese Errungenschaft nicht wieder rückgängig gemacht würden. Die Arbeiterbewegung war für ihn als Hüterin der Demokratie mit der Verfassung verbunden – eine Funktion, die ihr seit dem Kapp-Putsch zukomme.

Immanente Kritik

Joachim Perels hat außerdem daran erinnert, dass Abendroths Interpretationsansatz dem Verfahren der immanenten Kritik folgt, »das nach Hegel das einzig wissenschaftliche ist, weil es sich dem Gegner auf seinen eigenen Boden stellt.«[1561] Die dialektische Methode erlaubte ihm und verpflichtete ihn, sich immer wieder zu korrigieren. Immanente Kritik ist Selbstkritik, die von den inneren Widersprüchen ausgeht. Diese Widersprüche sind Antrieb für die Bewegung des Gedankens und für jede Entwicklung.

Die Form der »immanenten Kritik« und Abendroths Staats- und Politikverständnis stand ganz im Gegensatz zu den Auffassungen der antiautoritären Linken Ende der 1960er Jahre, die den bürgerlichen Staat für unreformierbar erklärten und den sie »sprengen« wollten. Mit Marx und Luxemburg wies Abendroth dagegen auf die dialektische Einheit von Reform und Revolution hin. Eine Gesellschaftsordnung aufzuheben bedeutete für ihn Erreichtes zu bewahren und umzuarbeiten. Die Kampfbereitschaft der Arbeiterbewegung betrachtete er weiterhin als unerlässliche Bedingung für eine friedliche Transformation, da nur ein Kräftegleichgewicht die Voraussetzung für die Durchsetzung des besseren Arguments schaffe. Abendroth insistierte gerade mit Blick auf die internationale atomare Bedrohungslage auf die gewaltlosen Transformationschancen.

Haltung zum Stalinismus

Jenseits von Stereotypen und Feindbilder machte er auch auf Veränderungspotenziale innerhalb der Sowjetunion aufmerksam und forderte den Dialog – durchaus eine Vorwegnahme der späteren Ostpolitik. Abendroths Hoffnung Anfang der 1950er Jahre, dass sich mit der Wiedervereinigung Chancen für einen sozialistischen Neuanfang in ganz Deutschland ergäben, erscheint nach dem Zusammenbruch des Ostblocks und dem Ende des Staatssozialismus 1989, eher illusionär. Wie stark die sozialistischen Reformkräfte in Osteuropa in den 1950er Jahren wirklich waren, kann vielleicht die weitere Forschung genauer beantworten. Allerdings wird Abendroths Auffassung bestätigt, dass die auf Zwang beruhenden und konfrontativen internationalen Beziehungen des Kalten Krieges den Stalinismus konservierten und damit auch die Weiterentwicklung der sozialistischen Linken

[1561] Vgl. Perels in der Einleitung zu Abendroth 1975, 13.

in Westeuropa blockiert wurde. Schon deshalb durchbrach Abendroth bewusst die Freund-Feind-Linien des Kalten Krieges. Seine Haltung blieb von der Solidarität gegenüber den Ideen der Oktoberrevolution und von einem unzerstörbaren Optimismus bezüglich der Lernfähigkeit der osteuropäischen Gesellschaften geprägt, während er den Stalinismus grundlegend ablehnte. Dabei wird deutlich, dass auch er um Antworten rang, die als Erklärung, nicht aber als Rechtfertigung geeignet waren und dem politischen Gegner keine Argumente lieferte. Eine eingehendere Stalinismusanalyse legte Abendroth nicht vor, sondern konzentrierte sich ganz in der KPO-Tradition auf die Entwicklung einer selbstständigen sozialistischen Bewegung in Deutschland. Die Ansätze Abendroths wiesen aber Wege aus ideologischen Sackgassen und halfen der Neuen Linken, ihren eigenen Weg zu gehen.

E. Die Entwicklung der Neuen Linken

Keine Freund-Feind-Linie

Die linkssozialistische Neue Linke stützte sich auf die politischen Netzwerke und die theoretischen Arbeiten der 1950er Jahre. Peter von Oertzen charakterisierte diese Netzwerke und ihre Zeitschriften als »Behelfsbrücken«.[1562] Abendroth nahm in diesem Netzwerk durch die konsequente Anwendung seiner Theorie in der Praxis eine Sonderstellung ein. Er sah seine Aufgabe nicht wie Ernst Bloch darin, die theoretischen Grundlagen des wissenschaftlichen Sozialismus neu zu vermessen.[1563] Die Grundannahmen des Reformmarxismus und seine Einheitsfrontpolitik wurden von Abendroth nicht theoretisch, sondern in der Praxis ausgelotet. Dies bedeutete konkret Basisarbeit zu leisten.

Seit Beginn seiner Lehrtätigkeit in Marburg ab dem Sommersemester 1951 kümmerte er sich intensiv um die wissenschaftlich-politische Entwicklung der Studierenden im Allgemeinen und des SDS im Besonderen. Er sprach auch andere Jugendverbände wie die *Falken*, die Naturfreundejugend oder die Jungsozialisten an, die ebenfalls zur Bildung einer nonkonformistischen und undogmatischen Linken beitrugen.[1564] Seine Überzeugung von der aufklärerischen Wirkung einer wissenschaftlichen Diskussion ging soweit, dass er seine Theorien auch bei Studentenverbindungen darlegte.

[1562] Vgl. Oertzen 1998.

[1563] Vgl. Albers, Detlev (1985): Sozialist und (nicht ausschließbarer) Sozialdemokrat, in: Redaktion Sozialismus (Hg.), 25.

[1564] Eine Bezeichnung, die sich auch schon bei Abendroth (1978c, 72) findet, als er sich gegen Lohmars »konformistischen Dogmatismus« wandte.

Diskussionsräume sichern

Im Wesentlichen galt es für Abendroth, Diskussionsräume zu sichern. Der SDS bot durch seine föderale, dezentrale Struktur gute Bedingungen für einen, in den Worten Sigwart Lönnendonkers, »diskutierenden SDS«. Abendroth half wesentlich mit, einen plural angelegten sozialistischen Diskussionsraum für die SDS-Mitglieder zu schaffen, indem er ihn gegen autoritäre und manipulative Zugriffe abschirmte. Dieser Diskussionsraum blieb von Beginn an umkämpft und bedroht. Seit Mitte der 1950er Jahre setzte sich aber mit der Unterstützung von Fritz Lamm, Wolfgang Abendroth und anderen im SDS eine linkssozialistische Strömung durch. Antistalinismus und Stalinismuskritik wurden ebenso zum Grundkonsens der linkssozialistischen Linken, wie die Trennung vom sozialdemokratischen Antikommunismus. Man distanzierte sich von der der Herrschaft der Apparate in Ost und West, ihren Etatismen, ihren verkürzten Gesellschaftstheorien, die zu Integrationsideologien gerannen. Der SDS wurde zu einer Anlaufstelle für unorthodoxe und nonkonformistische Linke.

Vermittlung mit der SPD: Alternative aufzeigen

Abendroths Vermittlungsversuche zwischen SPD-Parteivorstand und SDS-Bundesvorstand blieben aussichtslos. Seine Interventionen waren die Fortsetzung seiner Einheitsfrontpolitik, die ernsthaft um Ausgleich bemüht war; sie wurden allerdings von der SPD als ein Versuch der Parteispaltung missinterpretiert. Oskar Negt bestätigt, »es gab keinen, der die Einheitsfront so nachdrücklich vertreten hätte wie Abendroth«.[1565] Das galt grundsätzlich auch gegenüber den Mitgliedern der SPD. Alle Quellen und Artikel Abendroths deuten darauf hin, dass die linkssozialistischen Neuen Linken im SDS eine andere Partei nicht durch Spaltung, sondern in erster Linie durch Diskussion erreichen wollten. Daher suchte Abendroth die Situation zwischen SPD und SDS nicht zuzuspitzen, wich aber auch Konfrontationen nicht aus, wenn es galt, das Scheitern von Haltungen auszustellen. Dabei war er Taktiker genug, um die mobilisierende Wirkung der Konfrontationen zu erkennen. Seine publizierten Briefe an den Vorstand gaben der Neuen Linken bereits Orientierung, indem dem Handeln des SPD-Parteivorstands konkret eine Alternative gegenüberstellt wurde. Diese Strategie konnte nur aufgehen, wenn die Linkssozialisten glaubwürdig blieben, selbst nicht manipulieren wollten und auch nicht in Abhängigkeit von den Staatssozialismen gerieten.

Konsequente Parteinahme für den SDS

Abendroth hatte sich wie einige andere Linkssozialisten nach dem Unvereinbarkeitsbeschluss 1961 für den SDS entschieden, um den einzigen marxistischen organisatorischen Verband nicht weiter zu isolieren und um seine Glaubwürdigkeit gegenüber den Studenten zu erhalten. Außerdem sollte der SDS nicht in die Hände der Stalinisten oder der DFU getrieben werden. A-

[1565] Vgl. Negt 1985, 31.

bendroth war zudem in den 1950er Jahren zur Integrationsgestalt der linkssozialistischen Linken geworden; er verfügte über eine große Deutungsmacht und seine Handlungen führten zu Initiativen.[1566] Sein Rückzug hätte eine enorme politische Signalwirkung gehabt. Auch dessen war sich Abendroth offenbar bewusst.

Seine Ablehnung der bürokratischen Tendenzen in den Massenorganisationen und die Behauptung der eigenen Autonomie wiesen viele Gemeinsamkeiten mit der Haltung der Neuen Linken auf. Schon in der Weimarer Republik hatte Abendroth eine Entscheidung gefällt, an der er letztlich festhielt:

> Ich war zu jener Zeit unterer Funktionär und wollte auch keine andere Rolle spielen. Zwar veröffentlichte ich gelegentlich einen Aufsatz, aber ich wollte auf keinen Fall in der Partei in höhere oder gar hauptberufliche Funktionen aufsteigen.[1567]

Abendroth sah als kritischer Wissenschaftler größere Handlungsmöglichkeiten.

Generationenkonflikt

Nach dem Parteiausschluss bemühte er sich um Integration der ausgeschlossenen Linkssozialisten nach innen und nach außen. Er vermittelte zwischen den Generationen und Gruppen, SB und SDS, Studenten und Gewerkschaften. Zwischen den verschiedenen Generationen und Gruppen entstanden so durchaus konfliktbeladene Solidaritäts- und Abhängigkeitsverhältnisse. Die älteren Linkssozialisten hatte Formen gefunden, mit Rückschlägen und Stagnationsphasen umzugehen, beispielsweise, indem immer wieder praktische Aufbauarbeit geleistet wurde. Diese Beharrlichkeit der älteren Generation in der Umbruch- und Selbstdefinitionsphase der Neuen Linken wurde auch zur Belastung, da bereits unmittelbar nach dem Parteiausschluss des SDS die junge Generation die Frage nach alternativen Politik-, Ausdrucks- und Interventionsformen gerade für die Intellektuellenbewegung in einer Konsumgesellschaft stellte. Es fehlten politische Praxisformen für Konfliktlinien, die nicht entlang des Unterschieds von Kapital und Arbeit verliefen. In den Kontroversen zwischen SB und SDS wurde dieses zentrale Problem der Neuen Linken sichtbar, doch konzentrierte sich die linkssozialistische Neue Linke im SDS Anfang der 1960er Jahre zunächst auf die Reartikulation marxistischen Denkens.

Vernetzung

Dabei bemühten sich Abendroth und die anderen Linkssozialisten, Studenten und Gewerkschaften zu verbinden. Zum einen durch die gewerkschaftliche Bildungsarbeit und zum anderen über die Anti-Notstands-

---

[1566] Vgl. Bock 2001, 227.
[1567] Abendroth 1976, 111f.

bewegung. Außerdem stellten sie Kontakte zu anderen europäischen linkssozialistischen Parteien wie der PSU und PSIUP her und ermöglichten so den Studentinnen und Studenten im SDS den Anschluss an die internationale Diskussion.

F. Organisation kollektiver Lernprozesse
Die Bewegung gegen die Notstandsgesetze

Staat und Demokratie

Für die Konstituierung der Neuen Linken blieb die Bewegung gegen die Notstandsgesetze ein zentrales politisches Projekt. Für Abendroth wurde es zur wichtigsten politischen Aufgabe in den 1960er Jahren. Die Notstandsgesetze bedeuteten für ihn die Aufkündigung des Klassenkompromisses im Grundgesetz. Er befürchtete einen schleichenden Übergang zu diktatorischen Herrschaftsformen und die Auslieferung der Republik, wie in der Zeit der Weimarer Präsidialkabinette. Die wenigen sozialistischen Staatsrechtler, allen voran eben Jürgen Seifert, Helmuth Ridder und Abendroth, trieben nun eine Diskussion voran, die gerade in der jungen Generation das Staats- und Demokratieverständnis, die Bedeutung des Rechtsstaats in der politischen Auseinandersetzung vertiefte.

Zivilgesellschaftliche Auseinandersetzung

Obwohl die Verhinderung der Notstandsgesetze von Beginn an unwahrscheinlich war, wollte Abendroth dennoch der »psychologischen Vorbereitung« des Bundesinnenministers Höcherl mit einer demokratischen Mobilisierung begegnen. Das primäre politische Ziel blieb die Formierung einer Gegenhegemonie, die Abendroth als Wiederherstellung des Klassengleichgewichts verstand, um Rückschläge zu verhindern, solange ein sozialistischer Wandel nicht möglich war. Der Vorwurf des linken Radikalismus, Abendroth betreibe eine überwiegend »formaljuristische« Argumentation, übersah nicht nur den historisch-materialistischen Kern der Abendrothschen Rechtspolitik, sondern auch die von ihm beabsichtigte klassenkämpferische Dimension.[1568] Seine Strategie war auf eine zivilgesellschaftliche Auseinandersetzung sehr gut zugeschnitten. Dabei erkannte er, dass Intellektuellen und im Besonderen Rechtswissenschaftlern in entwickelten Staaten eine wachsende Bedeutung für die Absicherung einer Hegemonie bzw. für deren demokratische Auflösung zukam. In der neuen globalen Gleichgewichtslage nach 1945 sprach Abendroth vom potentiell transformatorischen Charakter der Rechtswissenschaft und des Rechtssystems der Bundesrepublik Deutschland.[1569] Die Kombination von internationalen Beziehungen, lokalen

[1568] Vgl. Fichter/Lönnendonker 1977, 74.
[1569] Vgl. Abendroth 1981, 153.

Klassenkämpfen und Verfassungsentwicklung ist für Abendroths Staats- und Verfassungstheorie charakteristisch. Letztere fußte für ihn auf den nationalen politischen und sozialen Kräfteverhältnissen und Aushandlungsprozessen, wurde jedoch zunehmend von der globalen Gesamtkonstellation abhängig.

Rechtspolitik und die Gefahr der Entpolitisierung

Daher stellte Jürgen Seifert noch einmal klar: »Verfassungstheorie ist für Abendroth nie Selbstzweck. Verfassungstheorie und Verfassungsauslegung tragen dazu bei, der Arbeiterklasse und ihren Organisationen Bewegungsfreiheit zu sichern.«[1570] Die Gefahr der Entpolitisierung durch den Prozess der gesellschaftlichen Verrechtlichung war Abendroth zwar bewusst, doch betrachtete er es wiederum als Aufgabe sozialistischer Politik, deutlich zu machen, dass eine demokratische Verfassungsentwicklung das Ergebnis von Klassenkämpfen blieb, auch wenn diese in Folge dieser Entwicklungen zivilere Formen annahmen. Eine eingehendere Diskussion mit der antiautoritären Neuen Linken, und ihrer Staatsauffassung, wie sie beispielsweise Agnoli formulierte, fand letztlich unter den Bedingungen der Massenmobilisierung nicht statt.

Linkssozialistische Politik

Blieb die 1968er Studentenbewegung von der antiautoritären Linken bestimmt, so war die Bewegung gegen die Notstandsgesetze ein Beispiel für die Prinzipien linkssozialistischer Politik. Abendroth trug aktiv dazu bei, hier eine politische Bewegung anzuschieben. Dazu lieferten Intellektuelle wie er Argumente, die sich nicht in allgemeinen Betrachtungen über die bürgerliche Gesellschaft verloren, sondern auch in der täglichen politischen Diskussion und Auseinandersetzung verwendbar blieben. Abendroth engagierte sich daher im Kuratorium »Notstand der Demokratie«, hielt unzählige Vorträge und publizierte Artikel – eine enorme Leistung, die nur mit Unterstützung seiner Frau Lisa Abendroth möglich wurde. Diese hatte eine typische Rolle als Frau eines politischen Intellektuellen, da ihr die finanziellen, familiären und organisatorischen Aufgaben zufielen. Lisa hielt die privaten Kontakte und war eine wichtige Ratgeberin.[1571]

Die Anti-Notstands-Bewegung zeigte, dass zumindest zeitweilig und lokal Bündnisse zwischen sehr unterschiedlichen Gruppen erreicht und die Hürden zwischen sozialen Gruppen, vor allem der Arbeiterbewegung und der akademischen Intellektuellen in einem gemeinsamen politischen Projekt aufgehoben werden konnten.

[1570] Seifert 1977, 246.

[1571] Vgl. Abendroth, Lisa 1990, 24: »Es gab keine Aktion, keine Publikation, die nicht unter uns diskutiert worden war. Zeitweise war ich sein einziger politischer Gesprächspartner.«

Organisationsfragen

Die Notstandsopposition war dabei mit dem Problem konfrontiert, zwei völlig unterschiedliche Organisationsformen, wie sie in den Gewerkschaften und in den Ein-Punkt-Bewegungen aufeinander trafen, zu kombinieren. Das Kuratorium »Notstand der Demokratie« erfüllte hier eine Doppelfunktion: es leistete den lokalen Notstandsausschüsse Hilfe, war aber auch Anlaufstelle für die bestehende gesellschaftlichen Institutionen.

Partei und Parlamentarismus

Im Anschluss an die Anti-Notstands-Bewegung diskutierte die demokratische Opposition den Sinn und die Perspektiven einer Wahlalternative bei der Bundestagswahl 1969. Die organisatorische Festigung bis hin zur Gründung einer linkssozialistischen Partei war schon einige Zeit Thema der außerparlamentarischen Opposition. Die Wahlalternative hatte zumindest für Abendroth den Sinn, einen Wahlerfolg der NPD zu verhindern.

Oskar Negt meinte, für Abendroth sei sozialistische Politik an den Parteigedanken gebunden geblieben, er sei neueren politischen Organisationsformen mit äußerster Skepsis entgegengetreten.[1572] Abendroth, so Negt weiter, betrachtete sie als Vorfeld-Organisationen, »günstigstenfalls mit der Aufgabe, zur politischen und theoretischen Selbsterziehung beizutragen«.[1573] Diese verbreitete Ansicht über eine Parteifixierung Abendroths wird von den hier untersuchten Quellen und Schriften weitgehend widerlegt. In den 1960er Jahren verhielt sich Abendroth in Fragen einer Parteigründung eher bremsend. Vor der Gründung einer Partei stand für Abendroth die Notwendigkeit, Partei zu werden. Und ohne Aussicht auf eine breite Basis bei den Beschäftigten, blieb für ihn eine Partei sinnlos, da sie tendenziell Niederlagen produzierte.

Brain Trust

Aufschlussreich ist hierzu die Diskussion um das *Sozialistische Zentrum.* Im Ringen um politische Organisationsformen, die der bundesrepublikanischen Wirklichkeit gerecht werden, schlug Abendroth 1967 den Aufbau eines Brain Trust vor. Er sollte als stabilisierendes Zentrum der Opposition dienen, theoretische Diskussion und politisches Tagesgeschäft in einem Denk- und Arbeitskollektiv zusammenführen. Nach dem Scheitern des *Sozialistischen Zentrums* fand das Projekt im lose organisierten *Sozialistischen Büro* in Offenbach eine Fortsetzung.

[1572] Vgl. Negt 1985, 31.
[1573] Negt 1985, 31.

G. Der Marburger Reformmarxismus und die Frankfurter Kritische Theorie

Die spezifische Kombination von Wissenschaft und Politik war für Abendroth ebenso charakteristisch wie für das von ihm geführte *Institut für wissenschaftliche Politik* an der Universität Marburg. Die Marburger Gesellschaftswissenschaften mit diesem Institut im Zentrum waren für die Formierung der Neuen Linken von herausragender Bedeutung. Neben dem Frankfurter *Institut für Sozialforschung* blieb das Marburger IwP die einzige Anlaufstelle für Studentinnen und Studenten, die sich in den 1950er und 1960er Jahren im Rahmen ihrer universitären Ausbildung mit dialektisch-kritischer Gesellschaftstheorie beschäftigen wollten.

Das IwP als politischer Akteur

Beide Institute standen in einem Spannungs- und Komplementärverhältnis zueinander. Zwischen ihnen ergaben sich beim Aufbau der Soziologie und der Politologie als Demokratiewissenschaften vereinzelt bildungs- und wissenschaftspolitische Allianzen. Doch die Studentinnen und Studenten trafen in Frankfurt und in Marburg auf vollkommen unterschiedliche politische Kulturen, Themen und Auffassungen über die gesellschaftliche Rolle des politischen Intellektuellen. Während sich das Frankfurter IfS angesichts der Verhältnisse in den hochindustrialisierten Gesellschaften keine andere Möglichkeit sah, als sich auf Theoriearbeit zu beschränken, ging das Marburger Institut gerade den umgekehrten Weg. Das Marburger IwP entwickelte sich in den 1950er und 1960er Jahren, auch im Zusammenspiel mit den Soziologen Maus und Hofmann, zu einem wissenschaftlichen und politischen Akteur der außerparlamentarischen Bewegung. Die Marburger Gesellschaftswissenschaften gewährten dazu ein im Verhältnis zur westdeutschen Hochschulrealität der 1950er und 1960er Jahre offenes Arbeits- und Diskussionsklima mit verhältnismäßig flachen Hierarchien.

Kritische Juristen

Von daher gab das Institut auch Impulse für eine neue Generation »linker«, vor allem staatsrechtlicher Juristen, die sich in den Auseinandersetzungen um das Notstandsgesetz, und auch in Fragen des Streikrechts, der Verfassung, der politische Strafprozesse und der Berufsverbote bildete.[1574] Zu nennen wären u. a. Jürgen Seifert, Norman Paech, Peter Römer oder Gerhard Stuby, die Gründung der unter anderem von Wolfgang Abendroth und Peter Römer herausgegebenen Zeitschrift *Kritische Justiz* sowie der *Verband demokratischer Juristen* und die Zeitschrift *Demokratie und Recht*.

[1574] Vgl. den Sammelband der *Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen*, dessen Autoren Abendroth tendenziell zustimmend rezipierten: Hensche, Detlef/Kutscha, Martin (Hg. 1987): Recht und Arbeiterbewegung. Zum Gedenken an Wolfgang Abendroth, Köln.

Wissenschaftliche Impulse

Dabei trat die wissenschaftliche Arbeit nicht hinter das politische Engagement zurück. Die 25-jährige Tätigkeit Abendroths in Marburg wird heute allgemein mit der Herausbildung eines gesellschaftskritischen »linken« Flügels der westdeutschen Politikwissenschaft »mit deutlichen Ausstrahlungseffekten auf die gesamte Disziplin« verbunden.[1575] Konzeptionell fasste Abendroth Politikwissenschaft als »politische Soziologie« auf, die Politikwissenschaft, Rechtswissenschaft, Sozialpsychologie und Geschichtswissenschaft kombinieren sollte. Die Themenschwerpunkte bildeten die politische Soziologie der westdeutschen Demokratie, das gesellschaftliche System der NS-Zeit, die Wahl- und Parteiensoziologie, die Geschichte der Arbeiterbewegung, speziell des Widerstands, und am Rande die Internationalen Beziehungen. Hierzu entstanden in den 1950er und 1960er Jahren zahlreiche Standard- und Pionierarbeiten. Abendroths verwies die jungen Akademiker auf tabuisierte und verdrängte Problemstellungen und Theorieansätze. Das Marburger Institut konnte auch unter schwierigen Bedingungen durchaus eigene Akzente setzen.

Geschichtsschreibung

Ein Beispiel ist die von Abendroth angeregte Geschichtsschreibung, die sich als Überwindung der Hausgeschichtsschreibung in Sozialdemokratie und Kommunismus verstand und damit oft auf Widerspruch in Gewerkschaften und Sozialdemokratie stieß. Denn erstmals in der westdeutschen Geschichte wurden beide Hauptströmungen der Arbeiterbewegung gleichberechtigt nebeneinander gestellt. In seiner *Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung* zeigte Abendroth als einer der ersten die Wechselwirkungen zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten auf. Er fragte nach der Entfaltung eines gemeinsamen Klassenbewusstseins und ihrer Rückschläge und versuchte so durch die Analyse der allseitigen Entfremdungstendenzen auf beide Seiten aufklärend zu wirken. Damit lieferte er ein Beispiel für eine Geschichtsschreibung, die Identität nicht durch Abgrenzung des Anderen, sondern durch die Benennung der Fehler herstellen sollte

Gesellschaftstheorie und empirische Forschung

Abendroths Versuch, Gesellschaftstheorie mit empirischer Forschung zu verbinden, ist eine weitere Besonderheit gegenüber der Kritischen Theorie, bei der empirische Sozialforschung und Gesellschaftstheorie auseinander liefen. Reine Theoriearbeit, die den Bezug zum historisch Konkreten verliert, macht den Schritt des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft rückgängig. Kritik hatte sich für Abendroth an konkreten Problemen zu orientieren, damit die Aussagen überprüfbar und diskutierbar blieben.

Von daher legte er Wert auf realsoziologisch und realhistorische Untersuchungen und regte immer wieder Sonder- und Regionalstudien an, in denen

[1575] Vgl. Hüttig/Raphael 1999, 294.

es darum ging, »einen einheitlichen, alle seine Vereinzelungen und Besonderheiten umfassenden und in sich einordnenden Prozeß« zu beschreiben.[1576] Sein Anspruch war es, in seiner historischen Analyse die in der qualitativen Besonderheit verallgemeinerbaren Momente zu erfassen. Sein Festhalten am historischen Materialismus gab ihm die erkenntnistheoretische Basis dazu, denn der von ihm vertretene historische Materialismus ist individualisierend und verallgemeinernd zugleich. Abendroths Ziel war es nicht nur, einzelne Momente in ihren historischen und sozialen Kontext zu stellen, sondern gleichzeitig immer auch spezifische Sonderentwicklungen von der abstrakt beschriebenen Wirklichkeit kenntlich zu machen.

Die Bedeutung dieses Denkens zeigt sich in Abendroths Differenz zur Gesellschaftsanalyse der Kritischen Theorie. Er war sich mit den Frankfurter Philosophen einig, dass im Gegensatz zu früheren Perioden die Entwicklung politischen und sozialen Bewusstseins erschwert war. Ihnen gegenüber argumentiert er, dass weiterhin die Menschen ihre Geschichte selbst machen und sie nie völlig den Manipulationsapparaten ausgesetzt sind. Vielmehr provoziert die kapitalistische Gesellschaft auch unter den veränderten und komplexeren Bedingungen des Rüstungs- und Konsumkapitalismus immer wieder Verhältnisse, die Widerspruch hervorriefen. Diesen Tatbestand bewies er durch konkrete historische und zeitgenössische Beispiele, die von der Theorie abwichen. Ein Rückzug auf die Theoriebildung hätte die erkenntnistheoretische Konsequenz, dass gegenläufige Tendenzen nicht mehr wahrgenommen wurden. Abendroth würdigte die Beiträge des Horkheimer- und Adorno-Kreises, betrachtete aber die Kritische Theorie in Frankfurt als Rückfall in ein idealistisches Denken.[1577]

Rolle der Intellektuellen

Im Theorie-Praxis-Verständnis ergaben sich zwischen IfS und IwP erhebliche Differenzen. Abendroth sah trotz der Enttäuschungen durch die Arbeiterbewegung keinen Anlass, die Trennung von Theorieentwicklung und konkreter politischer Praxis der »Frankfurter Schule« nachzuvollziehen. Theoriearbeit war für Abendroth durchaus eine soziale Praxis, aber Theorie sei für die Praxis da. Dagegen sah er hinter Adornos Aussage, »Das Ziel richtiger Praxis wäre ihre eigene Abschaffung« eine existenzialistische Utopie.[1578] Man konnte sich für Abendroth der gesellschaftlichen Totalität nicht entziehen; die Intellektuellen standen für ihn in der Pflicht, da sich nach seinem Verständnis politisches und soziales Selbstbewusstsein nicht von alleine entwickeln konnte. Intellektuelle hatten immer wieder neu zu Politisierungs- und Lernprozessen beizutragen. Und entsprechend präsentierte er

[1576] Vgl. Abendroth 1978, 223.
[1577] Vgl. die in dieser Frage zentrale Stelle: Abendroth 1981, 157f.
[1578] Vgl. Adorno, GS, 10.2, 769.

Bebel, Liebknecht, Brandler, Bleicher, Schumacher als vorbildliche politische Intellektuelle. Sozialforschung hatte für und nicht über soziale Bewegungen zu erfolgen. Insofern orientierte sich das Marburger Institut konzeptionell am ursprünglichen *Institut für Sozialforschung* unter Carl Grünberg.

In der Gegenüberstellung des Frankfurter IfS und des Marburger IwP werden die Stärken beider Einrichtungen ebenso deutlich wie ihre Schwächen. Die Kritische Theorie erschloss der politischen Linken neue Themen und auch methodisch ging sie in der sozialpsychologischen Aufarbeitung des Faschismus und im Kampf gegen den latenten Antisemitismus durch die Rezeption der Psychoanalyse als Methode völlig neue Wege. Dies begründet zum Teil die hohe Aufmerksamkeit, die ihr zuteil wurde.

Begrenzte Rezeption

Demirović, der ebenfalls nach den Gründen der begrenzten Rezeption Abendroths fragt, vermutet, dass Adornos Wirkung auf der Emphase beruhte, die auf die theoretische Arbeit an einer kritischen Gesellschaftstheorie gelegt wurde.[1579] Abendroth sei, so Demirović, mehr tagespolitisch engagiert gewesen, »trennte offensichtlich seine eigene politisch-theoretische Position stärker von seiner akademischen Arbeit, diese blieb eher theoriefern und deskriptiv.«[1580] Hüttig und Raphael erinnerten daran, dass in der Politikwissenschaft erst einmal wissenschaftliche Standards gesetzt werden mussten und in Marburg ein Grundstock von Wissens- und Dokumentationsbeständen für Forschung und Lehre aufgebaut wurde.[1581]

Abendroth betrat methodisch tatsächlich kein Neuland, indem er etwa Methodenprobleme der empirischen Sozialforschung behandelte oder zur Integrierbarkeit von Psychoanalyse und Marxismus Stellung nahm. Damit war er für gewisse Akademikerschichten weniger »sichtbar«. Er betrieb vielmehr die konsequente Übertragung seiner marxistischen Gesellschaftstheorie auf neue Gebiete und die Probleme seiner Gegenwart. Die klassenanalytische Interpretation der Verfassung, oder die Geschichtsschreibung von Sozialdemokratie und Kommunismus waren durchaus wissenschaftliche Neuerungen. Mit seiner *Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung* wies Abendroth über die nationalgeschichtliche Verengung der zeitgenössischen Historiographie hinaus, auch wenn er zeitweise hinter seinen Ansprüchen selbst zurückbleiben musste und Einzelfragen nicht weiterverfolgen konnte.

Verborgene Theorie

Tatsächlich fehlten theoretische Zusammenführungen und Erläuterungen. Eine Rechtssoziologie und eine Geschichte der Bundesrepublik blieben in der Planungsphase stecken. Dennoch war Abendroth enorm produktiv. Davon zeugt allein die bibliographische Auflistung der Abendrothschen Schrif-

[1579] Vgl. Demirović 1999, 478.
[1580] Demirović 1999, 478.
[1581] Vgl. Hüttig/Raphael 1999, 299.

ten mit über 1057 Titeln. Obwohl er sehr wohl über ein kohärentes, theoretisch-methodisches Bezugssystem verfügte, wurde er weniger als Wissenschaftler wahrgenommen. Das liegt auch daran, dass seine Theorie mühsam aus seinen tagespolitischen Beiträgen rekonstruiert werden muss.

Die begrenzte Wahrnehmung Abendroths ist aber auch auf ideologische Sichtweisen zurückzuführen, die Grenzen zwischen Reformmarxismus und Staatssozialismus verwischen. Dies zeigt exemplarisch die Einschätzung von Hüttig und Raphael, wenn sie erklären: »Insgesamt setzte Abendroth auf ein breites demokratiewissenschaftliches Wissenschaftskonzept, das durchaus in gewissem Kontrast [!] zu seinem marxistischen Hintergrund stand.«[1582]

Als einziger Marxist auf einem westdeutschen Lehrstuhl in den 1950er und 1960er Jahren fand er keine Zeit, umfassende Monographien zu verfassen, die auch von der Scientific Community wahrgenommen werden konnten und wollten. Sein Anspruch war Theoriebildung in der ständigen Wechselwirkung mit der Praxis. Von daher wäre zu fragen, ob der klassische akademische Referenzrahmen für die Einordnung des Abendrothschen Wissenschaftskonzepts und zur Bewertung seiner Wirkung überhaupt der geeignete ist.

Zweifel meldet Georg Fülberth an, der allein an die große Zahl an Lehrerinnen und Lehrer erinnert, die während ihres Studiums in Marburg geprägt wurden.[1583] Zu erwähnen wären auch die zahlreichen Funktionäre der Gewerkschaftsbewegung. Allein die *Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung* galt über Jahrzehnte als Standardwerk der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit. Aber welches wissenschaftspolitische Bewertungskriterium fragt nach der Rezeption in demokratischen Bewegungen – jenseits der akademischen Zirkel?

Wirkung

Fragt man nach der wissenschaftlichen Wirkung Abendroths, so wäre seine Personalpolitik zu erwähnen, die darauf abzielte, soziale Grenzen im Wissenschafts- und Bildungsbetrieb zu überwinden und gesellschaftskritische Wissenschaft zu fördern. Die mittelfristige Sicherung der neuen linken Generation – für Abendroth weniger ein Marsch durch als in die Institutionen. Betrachtet man nur die akademischen Karrieren, ist festzuhalten, dass allein bei Abendroths beruflicher und politischer Auslastung 74 Studentinnen und Studenten ihr Promotionsverfahren abschlossen.[1584] Diffusion und Dispersion der Doktoranden, die im Zuge der Hochschulexpansion ihre

[1582] Hüttig/Raphael 1999, 297.
[1583] Georg Fülberth (Interview)
[1584] Vgl. Balzer/Bock/Schöler (Hg.) 2001, 289ff.

Hochschulkarriere fortsetzen konnten, hat Bock in der schon mehrfach erwähnten Untersuchung skizziert.[1585]

Nicht zuletzt wurden Abendroths klassische Themen Geschichte der Arbeiterbewegung, Rechtsstaatsentwicklung, Verfassungs- und Demokratiefragen von neuen Gesichtspunkten und Zugriffen überlagert. Die »Frankfurter Schule« war hier gerade für das kulturlinke und bildungsbürgerliche Milieu wesentlich attraktiver. Sie passten mit ihrem soziologischen und psychoanalytischen Ansatz besser zu vielen Fragen der Zeit.

H. Die Herausforderungen durch die antiautoritäre Neue Linke

Abendroths Haltung zur antiautoritären Neuen Linken war von Distanz geprägt. Sie erinnerten Marxisten wie ihn an die Politik des linken Radikalismus, der in ihren Augen durch ein Anrennen gegen den Staat Spaltungen und Niederlagen produzierte.

Dagegen suchte die antiautoritäre Studentenbewegung nach Protest- und Ausdrucksformen, die Unmittelbarkeit herstellte und ihrem außerbetrieblichen Randgruppenstatus angepasst waren. Die antiautoritäre Strategie zielte darauf, die gesellschaftlichen Verhältnisse, den Verblendungszusammenhang, aufzusprengen und durch gezielte Regelverletzung, durch bewusste Überschreitung von Konventionen und Gesetzen zu entlarven. Der Erfolg gab den Beteiligten Selbstvertrauen und sie sahen darin die Form der Klassenkämpfe im 20. Jahrhundert.

Integration nicht Desintegration

Das linkssozialistische Politikverständnis verlangte hingegen eine Transformation durch demokratische Integration, mit Ausdehnung des demokratischen und sozialen Rechtsstaats auf die Gesamtgesellschaft. Letztere zog aus der Zwischenkriegszeit die Lehre, dass nicht ein Anrennen gegen und Zerstören der bürgerlichen Gesellschaft, sondern ihre systematische Transformation und der Umbau ihrer Institutionen anzustreben sei. Rechtstaatlichkeit durfte nicht vernichtet werden, sondern die darin enthaltenen Privilegien mussten in allgemeine Teilhaberechte umgewandelt werden. Die Verletzung der Rechtsstaatlichkeit durch bestimmte direkte Aktionen stieß daher auf den Einspruch Abendroths. Spontaneismus und Voluntarismus kollidierten mit seiner revolutionären Realpolitik.

Spontaneität und Organisation

Rückblickend charakterisierte Abendroth 1981 die Situation um 1968 damit, dass in Schichten, die vorher nicht in Bewegung gewesen seien oder rein konservativ waren, immer utopische Illusionen entstünden, auf deren Hintergrund die Funktion der Rechtssysteme nicht mehr begriffen werden

[1585] Vgl. Bock 2001b, 285ff.

könne.[1586] Das heiße nicht, dass er, Abendroth, damit gewisse progressive Seiten eines solchen spontaneistischen Aufschwungs bestreiten wollte, er habe aber ihren utopischen Verrenkungen entgegentreten müssen, weil sie von da aus ins Nichts laufen mussten.[1587]

Gewalt

Entsprechend versuchte Abendroth in der Hochphase der 1968er-Bewegungen mäßigend zu wirken, auch um den langfristigen Aufbau der schwachen demokratischen Kräfte nicht zu gefährden. In dieser Phase war seiner Meinung nach zu zeigen, dass der politische Gegenspieler das Recht verletzt. Abendroth schloss damit Gewalt als letztes politisches Mittel nicht aus, jedoch nur defensiv gegenüber einer faschistischen Machtübernahme. Eine solche Entscheidungssituation lag für ihn nicht vor. Diese langfristig angelegte Strategie war für eine mobilisierte junge Generation wenig attraktiv. Die Strategie, die auf Marx und Engels Empfehlung geduldiger Organisierung und Akkumulation der Kräfte beruhte, erschien in diesem Kontext unerträglich langsam und wirkungsgslos.

Neue soziale Basis und neue politische Kultur

Die nach links gewendeten Akademikerschichten, die durch ihre Arbeits- und Lebensweisen stärker an selbstorganisierte, selbstständige und projektorientierte Arbeitspraxis gewöhnt waren, stellten Ansprüche an die politische Kultur und Organisation, die weder von den bestehenden Massenorganisationen, noch von der linkssozialistischen Opposition bedient wurden. Die langfristige Bindung an eine Partei war nicht mehr vermittelbar. Immanuel Wallerstein sieht die Ursache für die neueren Formen fundamentalen kulturellen Widerstands darin, dass die weltweiten »systemfeindlichen« Bewegungen im Laufe der Zeit immer mehr Elemente rekrutiert haben, die für das Funktionieren des Systems ökonomisch und politisch marginal waren.[1588] Anders gesagt war die Trägerschaft systemoppositioneller Emanzipationsbewegung überwiegend »Minderheiten« und Randgruppen zugefallen. »Solch eine Verlagerung der sozialen Basis musste die kulturell-ideologischen Vorlieben der weltweiten systemfeindlichen Bewegungen verwandeln.«[1589]

Nicht mehr auf eine andere Klasse warten

Die antiautoritäre Linke warf einen neuen Blick auf die historischen Subjekte. Die »historische Mission der Arbeiterklasse« und die Konzentration auf den männlichen Industriearbeiter wurden ebenso in Frage gestellt wie auch die Vorreiterrolle der kapitalistischen Zentren der gesellschaftlichen Transformationen auf globaler Ebene. »Minderheiten« oder andere benach-

---

[1586] Vgl. Abendroth 1981, 156.
[1587] Vgl. Abendroth 1981, 156.
[1588] Vgl. Wallerstein, Immanuel (1989): Der historische Kapitalismus, 2. Aufl., Berlin/Hamburg, 78f.
[1589] Wallerstein 1989, 79.

teiligte Schichten brauchten sich, so Wallerstein, nun nicht mehr hinter revolutionäre Bewegungen zu stellen, die angeblich »Mehrheiten« repräsentieren.[1590]

Subjektfrage: Betonung der Arbeiterbewegung durch Abendroth

Für Abendroth sprach nichts gegen eine neue Bewertung nichtproletarischer Gruppen als Träger sozialistischer Politik. Die Angestelltenschichten – White-Collar-Workers – waren als wachsende gesellschaftliche Gruppe schon seit den 1930er Jahren im Blick der Marxisten. Ebenso nahm Abendroth die neue Bedeutung akademisch gebildeter Intellektueller wahr.[1591] Aber er erinnerte daran, dass die Intellektuellenbewegungen allein weiterhin machtlos blieben. Damit klammerte sich Abendroth nicht blind an einen traditionellen Arbeitermarxismus. Doch für ihn waren die akademischen Intellektuellen weit davon entfernt, ein gesellschaftspolitisch relevanter Machtfaktor zu sein. Außerdem warnte er vor jeder Überheblichkeit gegenüber den Ansätzen zur Regeneration politisch-radikaler Arbeiterbewegung.[1592] Die Intellektuellen blieben für ihn Dienstleister, die den Emanzipationsprozess der abhängig Beschäftigten fördern müssten. Sein Vertrauen in das weiterhin bestehende revolutionäre Potenzial in der sich soziokulturell verändernden Arbeiterschaft speiste sich aus seinem historischen Wissen über die Konjunkturen sozialistischer Politik und aus seinen täglichen Erfahrungen in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit.

Zentrum-Peripherie

Ganz in der Tradition des Reformmarxismus begrüßte Abendroth den Polyzentrismus in der marxistischen Diskussion. Allerdings lehnte er die kritiklose Übernahme von politischen Konzepten aus dem Trikont ebenso ab, wie die Aufwertung der kolonialen Befreiungsbewegungen zum neuen revolutionären Subjekt der Weltgeschichte. Die unterschiedlichen antikapitalistischen Bewegungen waren für Abendroth grundsätzlich gleichberechtigt, aber in den internationalen Beziehungen nicht gleich mächtig. Und jede Gesellschaft müsse ihren Weg zum Sozialismus finden und könne politische Konzepte nur aus den Widersprüchen der jeweiligen Gesellschaft selbst entwickeln. Insofern blieb Abendroth zu Maoismus und Marxismus-Leninismus auf kritischer Distanz.

Irrationalismus

Abendroth und die linkssozialistische Neue Linke wollten den wissenschaftlichen Sozialismus erneuern und weiterentwickeln. Der dezidiert in der Tradition der Aufklärung stehende Abendroth sah im Spontaneismus und Voluntarismus, nicht zuletzt in der Abkopplung der Theorie von der empirischen Wissenschaft und die Überprüfung der Thesen in der konkreten Gesellschaft, eine Bedrohung aller erkenntnistheoretischen Grundlagen. In die-

[1590] Vgl. Wallerstein 1997, 24.
[1591] Vgl. Abendroth 1964, 54.
[1592] Vgl. Abendroth 1967b, 13; Burkhardt 1993, 122.

ser Studie wurde gezeigt, dass dies in seiner Generation Erinnerungen an totalitäre Herrschaftsformen weckte. Der versuchte Sprung aus Geschichte und Gesellschaft, Putschismus, Aktionismus, Überbetonung der Tat, der Aktion, das waren für Reformmarxisten wie für die Vertreter der Kritischen Theorie Schritte weg von einer vorausschauenden Reflexion der eigenen Praxis.

Wissenschaftlicher Sozialismus oder subjektiver Faktor?

Die antiautoritäre Neue Linke wandte sich allerdings gegen eine rein wissenschaftlich-technische Weltaneignung und einen Verblendungszusammenhang, in dem Aufklärung durch eine absolut gesetzte Zweckrationalität wieder in Mythologie umschlägt. Die antiautoritäre Linke betonte unter anderem unter Berufung auf Herbert Marcuse, dass Menschenvernunft *und* Menschentrieb politisch wirksam waren. Politische und soziale Gruppen vergesellschafteten sich nicht nur durch rationale Übereinkunft, sondern schlossen sich auch als Gemeinschaft zusammen. Die Integration in die Gesellschaft erfolgte nicht nur durch sichtbaren Zwang, sondern durch irrationale Identifikation mit dem System. Der Umgang mit dem »subjektiven Faktor«, den Bedürfnissen jenseits der politischen und sozialen Freiheit, Selbstentfaltung und Kreativität wurden von der antiautoritären Neuen Linken in den Mittelpunkt gestellt.

Auf der Suche nach einem zeitgemäßen integrierenden Theorie- und Politikmodell stellte sich für die politische Linke die Frage der (Selbst-) Disziplin, nach Formen und Grenzen bewusster demokratischer »Erziehung« neu. Eine politische Strategie hatte die Rolle nicht-ökonomischer Bedürfnisse, die etwa von Marcuse immer als veränderliche Größen gesehen wurden, zu berücksichtigen und neu zu bestimmen.[1593] Ebenso blieb die Frage zum Verhältnis von Organisation und Autonomie, von den Bedingungen von Vergesellschaftung und Vergemeinschaftung, den dazugehörenden Aushandlungsprozessen, nicht nur eine Frage der Taktik, sondern gab Auskunft über mögliche Formen einer Übergangsgesellschaft. Für die antiautoritäre Linke war weiter zu fragen, wie eine Gesellschaft die Triebstruktur manipulierte. Sie thematisierte die Folgen der Automation und des Scientific Managements. Letztlich forderte sie damit eine Neubewertung des Erbes der Aufklärung.

Aktuelle Abendroth-Diskussion

Bleibt die Frage, wieweit Abendroth in die 1960er Jahre passte und wieweit die marxistischen Antworten der 1920er und 30er Jahre angesichts des aufkommenden fordistisch-keynesianistischen Gesellschaftstypus überholt waren. Andreas Wirsching fragt in seinem Gutachten zur vorliegenden Arbeit, inwieweit Abendroth in der sich entfaltenden bundesrepublikanischen Wohlstandsgesellschaft nicht auch an seine intellektuell-theoretischen Gren-

[1593] Vgl. Marcuse, Herbert (1978): Gespräche mit Herbert Marcuse, Frankfurt, 24.

zen stieß. Schränkte das Festhalten an der Arbeiterschaft als hauptsächlichem Träger des Klassenkampfes die epistemologischen Möglichkeiten der »Marburger« nicht erheblich ein, während die Arbeiterschaft ihren »Abschied von der Proletarität« (Josef Mooser) vollzog? Was ist, könnte man weiter fragen, mit Abendroth noch zu gewinnen, zumal sich mit Ende des Kalten Krieges 1989 und der Staatssozialismen nocheinmal Rahmenbedingungen seines Denkens weggefallen sind? Die globale Gleichgewichtslage zwischen den Blöcken existiert heute nicht mehr, wie zu Zeiten der Bonner Republik.[1594] Was bleibt vom Völkerrechtler und Politologen Abendroth?

Diese und ähnliche Probleme wurden auch anlässlich des 100. Geburtstags Abendroths im Sommer 2006 zu Recht neu aufgeworfen. Und es wird kritischer hingesehen. So meinte Alex Demirović, Abendroths These, die Situation dränge entweder zur sozialen Demokratie oder zum autoritären Staat hin, hätte sich als falsch erwiesen.[1595] Karl Hermann Tjaden und Lothar Peter sehen in Abendroths Vorstellungen von der Produktivkraftentwicklung zumindest teilweise in einem Diskurs des »technischen Determinismus« befangen.[1596]

Gefahren waren 1945 nicht gebannt

Richtig ist, dass das Epochenjahr 1968 zu einem Wendepunkt wurde, den die sozialistische Linke nur schwer verarbeiten konnte; auch weil sie die Last der Geschichte der Arbeiterbewegung nach 1917 mit sich trug. Allerdings wäre ohne die linkssozialistische Strömung der Wandel von 1968 kaum denkbar. Die Verhinderung eines Rückfalls in autoritäre Strukturen war nicht zuletzt Ergebnis der sozialistischen Politik der 1950er und 1960er Jahre. Anders gesagt hat das, was uns heute überholt erscheint, nicht unwesentlich dazu beigetragen, dass wir es als überholt begreifen. Und natürlich spiegelten sich in Abendroths Marxismus zunächst die Erfahrungen der 1920er und 1930er Jahre. Ihm, wie Fritz Lamm und anderen, fiel es auch sichtlich schwer, den rasanten Veränderungen immer Rechnung zu tragen.[1597] Die Gefahren, auf die ihr Marxismus in der Zwischenkriegszeit antworten musste, waren aber, und darauf war aus Abendroths Sicht hinzuweisen, nach 1945 nicht gebannt. Und dies wurde zum Motor der linkssozialistischen Politik in den 1950er und 1960er Jahren.

Rettung der Klassiker

Nun ist aber gerade Abendroth gerade im Vergleich mit den westlichen Marxisten der Vertreter eines sehr klassischen Marxismus. Er verwies auf die marxistischen Klassiker, weil es ihm wichtiger erschien, die Grundaus-

[1594] Vgl. zur Veränderung der Rahmenbedingungen seiner Verfassungs- und Völkerrechtsinterpretation: Stuby 2006
[1595] Vgl. Demirović 2006, 42.
[1596] Vgl. Tjaden/Peter 2006, 38.
[1597] Vgl. Benz 2007, 375 u. 381.

sagen des historischen Materialismus, den praxisphilosophischen Kern, nicht zuletzt gegenüber dem Vulgärmarxismus zu retten, damit der historische Materialismus offen für Weiterentwicklungen blieb. Die Durchsetzung eines solchen, unorthodoxen Marxismus war angesichts der westdeutschen Wissenschaft und der sozialistischen Linken eine nachzuholende Innovation – Bis heute sind die Grundlagen marxistischen Denkens an deutschen Hochschulen bestenfalls in ihren Verkürzungen bekannt.

Kampf gegen Abhängigkeit

Der Jurist und Politologe Abendroth formulierte daher keine systematische Klassenanalyse oder entwickelte diese gar weiter. Dennoch finden sich in seinem Denken Ansätze für eine marxistische Sozialanalyse, die sich vom traditionellen Arbeiterverständnis lösen kann und auch löst. Gegenüber den strukturalistischen Lesarten des Marxismus blieb Abendroths Blick konsequent sozialhistorisch-analytisch: Die korporatistische Einbindung der Beschäftigten war nicht einfach Ergebnis einer abstrakten Systemlogik, sondern *immer auch* den vorausgegangenen Konflikten geschuldet. In der konkreten Situation der Bundesrepublik reichte es vom Standpunkt eines marxistischen Staatsrechtlers aus, immer wieder festzuhalten, dass sich drei Viertel der Beschäftigten auch in der westdeutschen Wohlstandsgesellschaft in abhängiger Beschäftigung befanden, und sie damit ganz unabhängig von ihrer Selbstsicht über keine entscheidenden Mitwirkungsmöglichkeiten in der Sphäre der materiellen gesellschaftlichen Reproduktion verfügten. Diese Ungleichheit galt es schon aus demokratiepolitischen Gründen aufzuheben. Es gab weiterhin Klassen und Klassenkämpfe, und auch eine veränderte Arbeiterschaft blieb ein zentraler gesellschaftlicher Faktor, um ein Gegengewicht herzustellen.

Nicht hintergehbare Lernprozesse

In Abendroths Schriften spiegelt sich auch die Erfahrung einer marxistischen Generation, die zur Kenntnis nehmen musste, dass individuelle und kollektive Lernprozesse nicht hintergangen werden können. Und daraus ergibt sich eine Betonung der Produktivkraftentwickung. Die in Abendroths Schriften oft zu findende Unterscheidung zwischen entwickelten und weniger entwickelten Gesellschaften, enthält sicher eine problematische Tendenz zum technischen Determinismus. Doch begegnet uns heute dieses Problem wieder in der Diskussion über Pfadabhängigkeiten. In jedem Fall insistierte Abendroth darauf, dass trotz der Verschiebungen in den internationalen Beziehungen immer auch die Frage nach den realen Machtzentren zu stellen ist, in denen aus seiner Sicht letztlich die Systemfrage entschieden wird.

Themen

Offenkundig bleiben die thematischen Defizite. Es fehlen Aussagen über die Politik des Kulturellen, das Mensch-Natur-Verhältnis und den subjektiven Faktor. Und hier ist Abendroth bei allen Parallelen eben nicht Gramsci. Die linkssozialistische Neue Linke hatte den subjektiven Faktor nicht ignoriert, aber auch in ihrer wissenschaftlichen und politischen Arbeit nicht ent-

wickelt. Das lässt sich nicht auf ihre Theorie zurückführen, da Theoretiker wie Ernst Bloch und Leo Kofler zeigen konnten, dass der subjektive Faktor in der marxistischen Gesellschaftstheorie bereits enthalten ist. Die Politik des Kulturellen, Sexualität, Familie, Antisemitismus, Kulturindustrie, Ideologiekritik, waren nicht Abendroths Themen. Die Forderung nach einer spielerisch-kreativen Aneignung der Welt, die verstärkte Auseinandersetzung mit sich selbst, die in der Linken seit den 1960er Jahren zu beobachten ist, setzte auch andere erfahrungs- und sozialgeschichtlicher Hintergründe voraus, als sie sich Abendroth boten. Hier zeigen sich aber auch die Ergebnisse von politischen Situationen, in denen bestimmte kreative und schöpferische Elemente der menschlichen Persönlichkeit tendenziell zurückgedrängt werden. Die antiautoritäre Neue Linke repräsentierte eine neue gesellschaftliche Schicht mit anderen Bedürfnissen und kulturellen Hintergründen als die der Kriegsgeneration der sozialistischen Arbeiterbewegung.

Haltung und Handlungsmuster

Abendroth betrieb als Jurist und Politologe Wissenschaft. Er vermittelte eine Haltung und ein Handlungsmuster, das den politischen Intellektuellen der Neuen Linken Orientierung gab. Und gleichzeitig werden an ihm auch die Grenzen des Individuums sichtbar. Abendroths Ziel war, maßgeblich zur Umformung der bestehenden politischen und sozialen zu einer neuartigen historischen Aufklärungsbewegung beizutragen.

Dieser emanzipatorische Anspruch führte ihn zu einem gänzlich anderen Wissenschaftsbegriff. Mit Abendroth wurde der marxistische Anspruch der Einheit von Theorie und Praxis so weitgehend wie noch nie zuvor an einer deutschen Hochschule verwirklicht. Darin ist die historische Leistung Abendroths zu sehen. Er war kein Kathedermarxist, wie sein Vorbild und Vorläufer Carl Grünberg, sondern kombinierte den pluralen Marxismus von Grünberg mit der politischen Praxis Heinrich Brandlers.

Wissenschaft im Atomzeitalter

Lässt man die Themen und das Wirken Abendroths Revue passieren, so erhärtet sich der Eindruck, dass Abendroth als maßgeblicher Exponent eines »radikaldemokratischen« Marxismus im Atomzeitalter zu betrachten ist. Abendroth trieb weniger die Konsumgesellschaft und ihr Einfluss auf die Arbeits- und Lebensweisen um als vielmehr der Rüstungskapitalismus. Seine Generation hatten im Krieg und während des Faschismus die gesellschaftlichen Destruktionspotenziale erlebt, die in den 1950er Jahren auf Grund der nuklearen Rüstung und ihrer Kopplung an privatwirtschaftliche Verwertungsinteressen die Selbstzerstörung der Menschheit immer wahrscheinlicher machten. Angesichts der Ausbildung des militärisch-industriellen Komplexes, der wehrwirtschaftlichen Formierung der ganzen Gesellschaft und der Unterordnung großer Teile des Wissenschaftsapparates sah er nur den Ausweg über ein wissenschaftlich-politisches Handeln, das den

Mensch als gesellschaftliches Wesen wieder zum selbstkritischen Subjekt seiner Geschichte machte.

Concerned Scientists waren immer in der Minderheit. Aber mit Blick auf Abendroths Wirken wäre vielleicht zu fragen, ob mit dem von ihm vorgestellten Wissenschaftsverständnis einer aktiven, eingreifenden Wissenschaft, die sich ständig in der Praxis beweisen muss, die ihre Theorien durch Rückbindung an die Lebenswelt ständig kontrolliert und verbessert, den heutigen Sozialwissenschaften nicht ein ganz anderer gesellschaftlicher Status zukommen würde. Indem sie auf das Bewusstsein der Menschen wirkt und ihnen ihre emanzipatorischen Perspektiven aufzeigt, wäre sie wahrscheinlich eine weitaus »gefährlichere« Wissenschaft, die sich aber gegen die Selbstgefährdung des Menschen wendet. Eine solche Wissenschaft könnte sicher nicht bei Abendroth stehen bleiben, findet jedoch bei ihm entscheidende Anregungen.

Quellenverzeichnis

Internationales Institut für Sozialgeschichte (IISG), Amsterdam

19, 20	Allgemeiner Schriftverkehr, 1957-1962
23, 26	Allgemeiner Schriftverkehr, 1959-1965
28, 31, 32, 37	Allgemeiner Schriftverkehr, 1964-1967
41-43, 46, 48	Allgemeiner Schriftverkehr, 1968-1972
56	Allgemeiner Schriftverkehr »Privat«, 1951-1953
60-61, 64, 65-68	Allgemeiner Schriftverkehr »Privat«, 1957-1961
71-74	Allgemeiner Schriftverkehr »Privat«, 1961-1963
153	Erinnerungen von Herbert Komm zur Gefangenschaft in Ägypten
196	Abschriften eines Bewerbungsbriefes von W. Abendroth um eine Stellung im juristischen Dienst der Stadt Frankfurt
287	Schriftverkehr, geführt als Direktor des Instituts für wissenschaftliche Politik 1966-1972
393	Vorlesung. Die außerparlamentarische Opposition und ihre Bündnispolitik, Sommersemester 1969
491	Dokumente zum Streik der Studenten des Instituts für wissenschaftliche Politik und des Instituts für Soziologie im Januar 1969
713	Manuskript der Sendung des WDR »Politiker und Wissenschaftler, Freunde oder Feinde?«, 1964
714	Manuskript eines Interviews über die Kriegsgefangenschaft, 1964
736-739	Eingänge und Abschriften von Ausgängen erhalten und verfasst als Mitglied und als Vorsitzender des Geschäftsführenden Vorstandes des Sozialistischen Bundes
740-747	Eingänge und Abschriften von Ausgängen erhalten und verfasst als Mitglied des Kuratoriums Notstand der der Demokratie
759, 760, 763	Eingänge und Abschriften von Ausgängen erhalten und verfasst als Sympathisant und Mitglied des Kuratoriums der Kampagne für Demokratie und Abrüstung
764, 766	Korrespondenz mit dem Arbeitsausschuss des Sozialistischen Zentrums – Sozialistisches Büro, der Arbeitsgemeinschaft Sozialistische Opposition und anderen sozialistischen Gruppen
777	Brief mit Anlage von Eugen Eberle, Landesvorsitzenden der Demokratischen Linken und Abschrift eines Briefes von Wolfgang Abendroth, 1968
778	Dokumente zur Teilnahme des Gießener Kreises und zur Gründung des Aktionsbündnisses für die Bundestagswahl 1969, 1968
802, 804	Korrespondenz mit dem Sozialistischen Deutschen Studentenbund und der Redaktion der neuen kritik, 1959, 1963-1968
805	Dokumente zum Verhältnis des SDS zur SPD. Unterlagen zum Prozess Abendroths gegen Erich Ollenhauer
806	Eingänge und Satzung der Sozialistischen Förderergesellschaft. Mit Abschriften von Briefen von Wolfgang Abendroth an Erich Ollenhauer und anderen Dokumenten
807, 811, 812	Korrespondenz mit verschiedenen studentischen Gruppen, 1964-1972
815	Korrespondenz mit der Humanistischen Union

820 Eingänge und Abschriften von Ausgängen erhalten und verfasst als Mitglied des International War Crimes Tribunal und andren an den Aktionen gegen den Vietnam-Krieg beteiligten Organisationen, 1966-1972

APO-Archiv, Berlin

SDS-BV 14. – 17. DK 1959-62
SDS-BV WS 1962/63
SDS BV I F intern 1964
SDS-BV 1964 I Teil I A-E
SDS BV II Gruppen Teil I 1964/65
SDS-BV a. o. DK 1968

Archiv der sozialen Demokratie (AdsD)

IG Metall (Vorstand)
5/IGMA072315a
5/IGMA072323
5/IGMA090897
5/IGMA091453
5/IGMA53480003

SPD Parteivorstand – Referat Bildungsarbeit
0702A Sozialistischer Deutscher Studentenbund Deutschlands (SDS) (1962-1964)
0743B NK Wolfgang Abendroth (1949-1963)

Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt am Main

Heinz-Joachim Heydorn-Archiv
13.11 SDS 1946-1958-1964
13.22 Sozialistischer Bund

Max-Horkheimer-Archiv
III, 17
XII, 1
XXIII, 1

Theodor W. Adorno Archiv (TWAA), Frankfurt

Korrespondenz Abendroth

Universitätsbibliothek Marburg

Nachlass Ludwig Bergsträsser[1598]: Mappe mit Aufdruck »Der Niedersächsische Ministerpräsident«

Privatarchiv Wolfgang Hecker, Marburg

Sozialistisches Zentrum 1968
Soz. Opp., Soz. Büro, Korrespondenz
SZ

Privatarchiv Andreas Diers, Bremen

Zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Mitschnitt einer Vorlesung, o. J. [nach 1977], CD-Rom. (=Abendroth, Vorlesung Geschichte)

Interviews

Dr. Eberhard Dähne, Frankfurt, 4. 11. 2002
Dr. Lisa Abendroth, Frankfurt, 4. 11. 2002
Prof. Dr. Frank Deppe, Marburg, 13. 8. 2002
Dr. Wolfgang Hecker 13. 8. 2002
Prof. Dr. Georg Fülberth, 13. 8. 2002
Prof. Dr. Rainer Rilling, 21. 7. 2005

[1598] Die irrtümliche in den Nachlass Bergsträsser geratenen Dokumente aus dem Nachlass Abendroths befinden sich jetzt im IISG.

Literaturverzeichnis

EV=Erstveröffentlichung

Schriften von Wolfgang Abendroth

(1950) Das Problem der politischen Wissenschaft, in. Gewerkschaftliche Monatshefte, 5/1950, 224ff.

(1951) Entwurf eines Gesetzes über die freie Wahl einer Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung des Verfassungsausschusses des Königsteiner Kreises, Vereinigung der Juristen und Beamten aus der Sowjetischen Besatzungszone, Einführung und Anmerkungen von Prof. Wolfgang Abendroth, in: Europa-Archiv, 6. Jg., 4393-4396.

(1951a) Verfassungsrechtliche Grenzen des Streikrechts, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 2/1951, 57-61.

(1952) Der Kampf um das Streikrecht, in: Der Gewerkschafter 2/1952, 9ff.

(1953) Streikrecht und Demokratie, in: Geist und Tat, 1953, 357-359.

(1954) Zum Begriff des demokratischen und sozialen Rechtsstaates im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, in: Alfred Hermann (Hg.), Aus Geschichte und Politik. Festschrift zum 70. Geburtstag von Ludwig Bergsträsser (hg. im Auftrag der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien von Alfred Hermann), Düsseldorf, 279-300. [u. a. auch in: Abendroth/Sultan 1955, 81-102 und Abendroth 1968, 109-138].

(1954a) Sozialistische Außenpolitik in der Bundesrepublik. Eine klare Linie finden, in: Links. Monatsschrift für demokratischen Sozialismus 26 (1954), 5-8.

(1954b) Die deutschen Gewerkschaften. Weg demokratischer Integration, Heidelberg.

(1954c) Die Grenzen der Legalität des Streiks, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 19/1954, 634f.

(1954d) Das Recht auf Streikposten und Streikdemonstration, in: Der Gewerkschafter, 6-7/1954, 5ff.

(1954e) Der politische Streik und das Recht, in: Hessische Zeitung, Nr. 19, 8. 5. 1954, 3.

(1954f) Koalitionsfreiheit oder »gesetzliche Regelung der Streikabstimmung«?, in: Metall 16, 18. 8. 1954, 2.

(1954g) Das Grundgesetz garantiert das Recht auf Streikposten, Notwendige Feststellungen zu einem unhaltbaren Urteil, in: Metall 21, 3. 9. 1954, 1f.

(1955) Staatsverfassung und Betriebsverfassung, in: Abendroth/Sultan 1955, 103-110. [EV: Der Betriebsrat, 1955, 235ff.]

(1955a) Bundesverfassungsgericht und Widerstandsrecht, in: Abendroth/Sultan 1955, 121-127. [EV: Die Andere Zeitung 5/1955, 1ff.]

(1955b) Thesen zur Wiedervereinigung Deutschlands, in: Die Andere Zeitung 10 (1955), 5.

(1955c) Muß Deutschland wiederaufrüsten? Das Problem der Wiederbewaffnung Deutschlands und die Politik der deutschen sozialistischen Bewegung, in: der neue bund, 2/1955, 17-24.

(1955d) Gewerkschaftsgeschichte. Apologie vergangener Fehler oder kritische Analyse?, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 4/1955, 260ff.

(1955e) Streik und Verfassungsrecht in der modernen Demokratie, in: Abendroth/Sultan 1955, 69-76. [EV: Der Gewerkschafter, 1/1954, 8ff.]

(1955f) Der politische Streik – wissenschaftliche Diskussion oder politische Treibjagd?, in: Abendroth/Sultan 1955, 77-80. [EV: Gewerkschaftliche Monatshefte, 1954, 259ff.]
(1956) Warum Parteiprogramm?, in: Die Neue Gesellschaft, 4/1956, 283-291.
(1956a) Stalinistische Kader-Erziehung, Zu Wolfgang Leonhards Buch (Rezension), in: Die Andere Zeitung, 5/1956, 4.
(1956b) Nach Genf, in: Funken, 1/1956, lf.
(1957) Das Atomwaffenproblem, Londoner Verhandlungen und deutscher Wahlkampf, in: Sozialistische Politik, 8/1957, 1f.
(1957a) Die Erforschung der deutschen Widerstandes gegen das Dritte Reich als wissenschaftliches Problem, in: Zehn Jahre Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN), IV. Bundeskongress München vom 17. – 19. Mai 1957, Stuttgart, 28-31.
(1958) Die westdeutsche Atombewaffnung. Ein Angriff auf die Demokratie, in: Funken, 6/1958, 81ff.
(1959) Programm der Anpassung und der Resignation, in: Standpunkt 3-4/1959, 6ff.
(1959a) Die verfassungsrechtlichen Grundlagen zum Schutz der öffentlichen Sicherheit, in: Hauptvorstand der ÖTV (Hg.): Öffentliche Sicherheit, Vorträge im Rahmen der Arbeitstagung »Woche der Polizei«, veranstaltet von der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr im September/Oktober 1958, Stuttgart 1959, 29-45.
(1959b) Obrigkeitsstaat oder soziale Demokratie? »Öffentliche Sicherheit«, Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 6/1959, 343-351.
(1959c) Forschungen über die Widerstandsbewegung in der Deutschen Bundesrepublik, in: Internationale Hefte der Widerstandsbewegung, 1/1959, 62-64.
(1960) Das Problem der Widerstandstätigkeit der »Schwarzen Front«, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 2/1960, 181-187.
(1961a) Notdienstgesetz und freiheitlich-demokratische Grundordnung, in: neue kritik 6 (1961), 13-22.
(1961b) Das Ringen um die Verteidigung des Grundgesetzes, in: neue kritik 8 (1961), 16ff.
(1961c) Leber greift Abendroth an (Leserbrief), in: Frankfurter Rundschau, 13. 4. 1961, 2.
(1961d) 2. Antwort an Georg Leber (Leserbrief), in: Oberhessische Presse, 15. 4. 1961, 27.
(1961e) Notdienstgesetz und freiheitlich-demokratische Grundordnung, in: neue kritik 6 (1961), 13-22.
(1961f) Das Ringen um die Verteidigung des Grundgesetzes [Referat auf der Gründungskonferenz der SDS-Förderergesellschaft am 8. 10. 1961, Auszug], neue kritik 8 (1961), 16ff.
(1962) Der Kölner Parteitag der SPD, in: neue kritik 12 (1962), 15-18.
(1963) Nach der Bundestagsdebatte über die Notstandsgesetze, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 3/1963, 198-202.
(1963a) Aufgaben einer deutschen Linken, in: Krüger, Horst (Hg.): Was ist heute links? Thesen und Theorien zu einer politischen Position, München, 130-157.
(1963b) Die Aufgaben der jungen Intelligenz im Klassenkampf, in: neue kritik 18 (1963), 9-12.
(1963c) »Alte« und »neue« Linke, in: neue kritik 15 (1963), 8-11.

(1964) Neue Linke. Kuh und Klasse [Gesprächsbericht], in: Der Spiegel, 46/1964, 54ff.
(1965a) Rede zum 8. Mai 1965, in: neue kritik 30 (1965), 3ff.
(1965b) Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung, Frankfurt.
(1965c) Verletzung des Völkerrechts (Leserbrief), in: Frankfurter Rundschau, 20. 2. 1965, 2.
(1966) Das Grundgesetz. Eine Einführung in seine politischen Probleme, Pfullingen.
(1966a) Vietnam. Diskussion der 6 Thesen von Eugen Steinemann über Vietnam, in: der neue bund. Zeitschrift für Freiheit und Gemeinschaft, 3/1966, 64-79.
(1966b) Ein Veteran des revolutionären Flügels der deutschen Arbeiterbewegung. Heinrich Brandler wurde fünfundachtzig, in: Die Andere Zeitung, 27/1966, 3.
(1966c) Gewerkschaftliche Theorie und Praxis heute (Rezension zu Otto Brenner: Gewerkschaftliche Dynamik in unserer Zeit), in: neue kritik 36/37 (1966), 50-52.
(1967) Notstandsverfassung – ein innenpolitisches Machtinstrument? [Gespräch mit Gerhard Jahn], in: Hofmann/Maus (Hg.), 105-124.
(1967a) Das Arbeitsergebnis der ersten Session des Russell-Tribunals in Stockholm, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 6/1967, 589-592.
(1967b) Zu den Problemen des Sozialistischen Zentrums und sozialistischer Strategie in der Bundesrepublik, in: Informationen des Sozialistischen Opposition, Extra 3/67, 3-14.
(1967c) Zum Problem der Rolle der Studenten und der Intellektuellen in den Klassenauseinandersetzungen der spätkapitalistischen Gesellschaft, in: Das Argument 45 (1967), 408-413. [Teilidentisch mit Abendroth 1968a]
(1967d) Historische Funktion und Umfang des Widerstandes der Arbeiterbewegung gegen das Dritte Reich; in: Oertzen, Peter von (Hg.), Festschrift für Otto Brenner zum 60. Geburtstag, Frankfurt, 303-321.
(1967e) Ein Leben im Dienste der Arbeiterbewegung. Heinrich Brandler gestorben, in: neue kritik 44 (1967), 3-6
(1968) Vietnam und das Völkerrecht, in: Bräunig, Werner u. a. (Hg.): Vietnam in dieser Stunde. Künstlerische Dokumentation, Halle/Zürich, 17-19.
(1968a) Klassenauseinandersetzungen in der spätkapitalistischen Gesellschaft. Die Rolle der Intelligenz, in: Marxismus in unserer Zeit. Zum 150. Geburtstag von Karl Marx, Marxistische Blätter, 1/1968 (Sonderheft), 118-126. [Teilidentisch mit Abendroth 1967c]
(1968b) Der Widerstandskampf der Arbeiterbewegung, SPD, KPD und Gewerkschaften in der Weimarer Republik und im Dritten Reich [=Auszug aus Festschrift Otto Brenner], in: Die Andere Zeitung, 16/1968, 8 u. 10.
(1968c) Zum 9. November 1918, in: Die Andere Zeitung, 45/1968, 4.
(1968d) Demokratisch-liberale oder revolutionär-sozialistische Kritik? Zum Konflikt zwischen den studentischen Oppositionen und Jürgen Habermas, in: Negt, Oskar (Hg.): Die Linke antwortet Jürgen Habermas, Frankfurt, 131-142.
(1968e) Leserbrief, in: Marburger Studenten-Zeitung, 6/1968, 30. 4. 1968, 6.
(1968f) Gesellschaftliche Bedingungen für ein sozialistisches Aktionsprogramm und Aufgabe eines Sozialistischen Zentrums, Transkript des Referats auf der Sozialistischen Februarkonferenz am 3. 2. 1968 in Offenbach.
(1968g) Das marxistische Menschenbild im wissenschaftlichen Zeitalter, in: Darmstädter Gespräch, Mensch und Menschenbilder, Darmstadt, 58-73 [mit Redebeiträgen in der anschließenden Diskussion].

(1970) Leninismus. »Auch heute führt die Unterklasse den Klassenkampf, wenn auch mit falschem Bewusstsein« (Interview), Der Volkswirt/Wirtschaftswoche, 16/1970, 17. 4. 1970, 36-42.
(1970a) Das Problem der sozialen Funktion und der sozialen Voraussetzungen des Faschismus, in: Das Argument 58 (1970), 251-257.
(1970b) Ist der Maoismus ein Schlagwort oder Politik? in: Wirtschaftswoche, 23. 12. 1970, 48-52.
(1971) Der 13. August 1961, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 8/1971, 776-780.
(1971a) Der theoretische Weltkommunismus, in: Hofmann, Werner: Ideengeschichte der sozialen Bewegung des 19. und 20. Jahrhunderts, 4. Aufl., Berlin, 223-265.
(1971b) Vorwort, in: Weiler, Heinrich: Vietnam. Eine völkerrechtliche Analyse des amerikanischen Krieges und seiner Vorgeschichte (=Marburger Abhandlungen zur politischen Wissenschaft 25), 2. erw. Aufl., Meisenheim am Glan. [EV: 1969]
(1972) Antagonistische Gesellschaft und Politische Demokratie. Aufsätze zur politischen Soziologie (= Soziologische Texte 47), 2. Aufl., Neuwied/Berlin. [EV: 1967]
(1972a) Ein Glied in der Kette marxistischer Forschung, in: marburger blätter 148, 4/1972, 8-15.
(1972b) Der deutsche politische Widerstand gegen das »Dritte Reich«, in: Abendroth 1972, 518-534. [EV: Stimme der Gemeinde, 14-15/1964, Sp. 425-433].
(1972c) Die Berechtigung gewerkschaftlicher Demonstrationen für die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in der Wirtschaft, in: Abendroth 1972, 203-230. [EV: Bundesvorstand des DGB (Hg. 1953): Zwei Rechtsgutachten, erstattet von Wolfgang Abendroth und Ludwig Schnorr von Carolsfeld, Düsseldorf]
(1972d) Das KPD-Verbotsurteil des Bundesverfassungsgerichtes. Ein Beitrag zum Problem der richterlichen Interpretation von Rechtsgrundsätzen der Verfassung im demokratischen Staat, in: Abendroth 1972, 139-174. [EV: Zeitschrift für Politik, N. F., 4/1956, 305-327]
(1972e) Die gegenwärtige völkerrechtliche Stellung Deutschlands, in: Abendroth 1972, 318-346. [EV: Hessische Hochschulwochen 1955, Bd. 12, Bad Homburg u. a., 1956, 63ff.]
(1972f) Die Wende des Stalinismus, in: Abendroth 1972, 62-66. [EV: WISO 2/1956, 16ff.]
(1972g) Die Chancen der deutschen Sozialdemokratie nach dem 15. September 1957, in: Abendroth 1972, 67-81. [EV: Geist und Tat, 11/1957, 366-374]
(1972h) Das Problem der Beziehungen zwischen politischer Theorie und politischer Praxis in Geschichte und Gegenwart der deutschen Arbeiterbewegung, in: Abendroth 1972, 364-392. [EV: Die Neue Gesellschaft, 1958, 466ff.]
(1972i) Ist der Marxismus überholt? in: Abendroth 1972, 347-363. [EV: Junge Kirche 3-4/1958, 65-74]
(1972j) Aufgaben und Ziele der deutschen Sozialdemokratie. Programmentwurf 1959, in: Abendroth 1972, 407-428. [EV: Der Sozialdemokrat 1959, Nr. 5, 10ff. und Nr. 6, 10ff.]
(1972k) Zusätzliche Notstandsermächtigungen? Das Problem der Grundgesetz-Änderung, in: Abendroth 1972, 175-202. [EV: »Vorwärts« vom 29. März 1961]

(1972m) Der ausgebliebene Sieg – Die Bundestagswahlen 1961. Analyse des sozialdemokratischen Wahlkampfes, in: Abendroth 1972, 82-91. [EV: Sozialistische Politik, 9/1961, 9ff.]
(1972n) Bilanz der sozialistischen Idee in der Bundesrepublik Deutschland, in: Abendroth 1972, 429-462. [EV: Richter, H. W. (Hg. 1962): Bestandsaufnahme. Eine deutsche Bilanz, München, 233ff.]
(1972p) Die soziale Struktur der Bundesrepublik und ihre politischen Entwicklungstendenzen, in: Abendroth 1972, 17-47. [EV: Politische Vierteljahresschrift 1963, 150ff.]
(1972q) August Bebel. Der Volkstribun in der Aufstiegsperiode der deutschen Arbeiterbewegung in: Abendroth 1972, 393-406. [EV: Frankfurter Hefte, 10/1963, 668-675.]
(1972r) Die Alternativen der Planung: Planung zur Erhaltung des Spätkapitalismus oder Planung in Richtung auf eine klassenlose Gesellschaft? Einige marxistische Bemerkungen zum Problem der Planung, in: Abendroth 1972, 463-493. [EV: Jungk, Robert/Mundt M. J. (Hg. 1964): Der Griff nach der Zukunft, Planen und Freiheit, München Wien, Basel, 229-261]
(1973) Zur sozialen und politischen Funktion der demokratischen Wochenzeitungen, in: Deutsche Volkszeitung, 10. 5. 1973, 8.
(1973a) International Relations, Völkerrecht und Außenpolitik als Teildisziplinen der politischen Wissenschaft – ein Disput mit Ernst Otto Czempiel, in: Krippendorf, Ekkehard (Hg.): Internationale Beziehungen, Köln, 13-37.
(1974) Zur Rolle des Antikommunismus heute, in: Das Argument 87 (1974), 634-645. [Verbesserte Fassung des in den Marxistischen Blättern, 5/1973, 24-32 erschienenen Aufsatzes]
(1975) Arbeiterklasse, Staat und Verfassung. Materialien zur Verfassungsgeschichte und Verfassungstheorie der Bundesrepublik, hg. v. Joachim Perels, Frankfurt.
(1975a) Zur Funktion der Gewerkschaften in der westdeutschen Demokratie, in: Abendroth 1975, 33-44 [EV: Gewerkschaftliche Monatshefte, 11/1952, 641-648].
(1975b) Demokratie als Institution und Aufgabe, in: Abendroth 1975, 21-32 [EV: Die neue Gesellschaft, 1/1954, 34ff.].
(1975c) Begriff und Wesen des sozialen Rechtsstaates, in: Abendroth 1975, 64-69. [EV: Veröffentlichung der Vereinigung der deutschen Strafrechtslehrer, Berlin, 12/1954, 85ff.]
(1975d) Zum Verbot der KPD, in: Abendroth 1975, 93-99 [EV unter dem Titel »Die bedrohte Koalitionsfreiheit - das Verbot der KPD«: SoPo, 9/1956, 4ff.].
(1975e) Von der bürgerlichen Demokratie zur autoritären Diktatur, in: Abendroth 1975, 135-138 [EV: Sozialistische Politik, 12/1958, 1f.].
(1975f) Arbeiterklasse, Staat und Verfassung, in: Abendroth 1975, 130-134 [EV: Sozialistische Politik, 10-11/1958, 3f].
(1975g) Die Justiz in der Bundesrepublik, in: Abendroth 1975, 154-158 [EV: Sozialistische Politik, 3/1959, 2f.].
(1975h) Vom Notstand zum Notdienst, in: Abendroth 1975, 162-165 [EV: Sozialistische Politik, 8/1960, 1f].
(1975i) Die Stellung der Sozialisten zu bürgerlicher Demokratie, autoritärem Staat und Faschismus, in: Abendroth 1975, 230-242 [EV: Marxistische Blätter, 1/1970, 22ff].
(1975j) Kritik der Beschlüsse über das Berufsverbot, in: Abendroth 1975, 243-249.

(1976) Ein Leben in der Arbeiterbewegung, Gespräche aufgezeichnet und herausgegeben von Barbara Dietrich und Joachim Perels, Frankfurt
(1978) Zur Auseinandersetzung um das Verhältnis von Spontaneität und Organisationsentwicklung in der Geschichte der Arbeiterbewegung, in: Das Argument 108 (1978), 222-229.
(1978a) 15 Thesen zum Problem Sozialismus und Entwicklungsländer [Ms. des Vortrages auf der internationalen Konferenz über das »Verhältnis von Sozialismus und Dritter Welt« in Cavtat bei Dubrovnik /Jugoslawien im September 1978, IISG]. Publiziert als: 15 Thèses sur le problème du socialisme et les pays en voie de développement, in: Socialism in The World, International Journal of Marxist and Socialist Thought 15 (1979), 59-69.
(1978b) Dissidentenprozesse in den sozialistischen Staaten, Protestpropaganda der »westlichen« Staaten und westdeutsche Linke, in: Das Argument 111 (1978), , 716ff.
(1978c) Das Problem der Demokratie in der Parteidebatte. Eine zweite Antwort an Ulrich Lohmar und Gerhard Weißer, in Sozialistisches Büro (Hg.), 69-73. [EV: Funken, 3/1956, 38-41.]
(1978d) Der Entwurf eines Grundsatzprogramms der SPD, in: Lamm 1978, 130-136. [EV: Sozialistische Politik, 6/1958, 5ff.]
(1978e) Ein Schritt vorwärts. Der Deutschlandplan der SPD, in: Lamm1978, 207-211. [EV: Sozialistische Politik, 5/1959, 1ff.
(1978f) Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie. Das Problem der Zweckentfremdung einer politischen Partei durch die Anpassungstendenz von Institutionen an vorgegebene Machtverhältnisse, 4. akt. u. erw. Aufl., Köln.
(1978g) Kritische Bemerkungen zum Programmentwurf der DKP, in: rote blätter, 7-8/1978, 33
(1981) »Die Theorie ist für die Praxis da, weil sie die Praxis anleiten will«. DIALEKTIK im Gespräch mit Wolfgang Abendroth, in: Arbeiterbewegung und Wissenschaftsentwicklung. Wolfgang Abendroth zum 75. Geburtstag (=Dialektik. Beiträge zu Philosophie und Wissenschaften 3), Köln, 147-161.
(1982) Der Kampf um die Meinungsfreiheit. Liberale Demokratie oder autoritärer Verwaltungsstaat? in: Treulieb 1982, II, 53ff. [EV: Sozialistische Politik, 5/1957, 1f.]
(1983) Die »Grünen« und die Arbeiterbewegung, in: Nicht links, nicht rechts? Über die Zukunft der Grünen, Hamburg, 17-24.
(1984) Die Funktion des Politikwissenschaftlers und Staatsrechtslehrers Hermann Heller in der Weimarer Republik und in der Bundesrepublik Deutschland, in: Christoph Müller und Ilse Staff (Hg.): Der soziale Rechtsstaat. Gedächtnisschrift für Hermann Heller 1891-1933, Baden-Baden, 213-233.
(1985) Die Aktualität der Arbeiterbewegung. Beiträge zu ihrer Theorie und Geschichte, hg. v. Joachim Perels, Frankfurt.
(1985a) Vorwort; in: Gegen den Strom. Organ der KPD-Opposition. Vollständiger Nachdruck, Bd. 1, 1928-1929, Hannover, 11f.
(1985b) August Thalheimer, in: Abendroth 1985, 159-170. [EV unter dem Titel »Zum 100. Geburtstag von August Thalheimer«, in: Hans-Ernst Böttcher (Hg. 1985), Recht, Justiz, Kritik, Festschrift für Richard Schmid, Baden-Baden, 61-71.]
(1985c) Der Tag der Kapitulation; in: Filmer, Werner/Schwan, Heribert (Hg.): Mensch, der Krieg ist aus. Zeitzeugen erinnern sich, Düsseldorf und Wien 1985, 14-16.

(1985d) Einhundert Jahre Sozialdemokratie, in: Abendroth 1985, 13-45. [EV in: Die Neue Rundschau, 3/1963, 431-457]
(1985e) Thesen zum Problem des marxistischen Menschenbildes im wissenschaftlichen Zeitalter, in: Abendroth 1985, 201-224. [EV: Ehmke, Horst/Schmid, Carlo/Scharoun, Hans (Hg. 1969), Festschrift für Adolf Arndt zum 65. Geburtstag, Frankfurt, 13-35.]
(1985f) Herbert Marcuse, in: Abendroth 1985, 193-198. [EV unter dem Titel »Kritisch vorgedacht«, in: konkret, 9/1979, 40ff.]
(1985g) Walter Fabian, in: Abendroth 1985, 175-178. [EV unter dem Titel »Walter Fabian wird achtzig«: in: Demokratische Erziehung, 5/1982, 4f.]
(1985h) Die Rolle von Willi Bleicher in der Gewerkschaftsbewegung, in: Abendroth 1985, 137-158. [EV unter dem Titel »Willi Bleicher. Das Vorbild für eine neue Generation der Gewerkschaftsbewegung«, in: Benz, Georg/Georgi, Kurt/Mahlein, Leonhard/Schmidt, Willy (Hg. 1983): Willi Bleicher. Ein Leben für die Gewerkschaften, Frankfurt, 32-55.]
(1997) Einführung in die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Von den Anfängen bis 1933. Vorlesungen, bearbeitet von Heinz-Gerd Hofschen, 3. durchgesehene Aufl., Heilbronn. [EV: 1985]
(2001) Zur Mentalitätsgeschichte akademischer Mittelschichten zwischen den Weltkriegen. Korporationen in der Weimarer Republik unter besonderer Berücksichtigung des Wingolf. Vortrag am 13. 12. 1961 vor dem Clausthaler Wingolf zu Marburg, Balzer (Hg.) 2001, 390-420

Abendroth, Wolfgang (zit. GS) (2006): Gesammelte Schriften, Bd. 1: 1926-1948, hg. v. Michael Buckmiller, Joachim Perels und Uli Schöler, Hannover.
Abendroth, Wolfgang/Sultan, Herbert (1955): Bürokratischer Verwaltungsstaat und soziale Demokratie. Beiträge zu Staatslehre und Staatsrecht in der Bundesrepublik, Hannover/Frankfurt am Main.
Abendroth, Wolfgang/Kammler, Jörg/Vega, Raphael de la/ Ahrweiler, Georg (1978): Die Bedeutung Lukács' für Theorie und Praxis der Arbeiterbewegung. Ein Gespräch, in: Ahrweiler, Georg (Hg.): Betr.: Lukács. Dialektik zwischen Idealismus und Proletariat, Köln, 15-50.

Sekundärliteratur

Abendroth, Lisa (1990): Die Flucht. Warum Wolfgang Abendroth die sowjetische Besatzungszone verließ, in: Sozialismus, 2/1990, 24-27.
Abendroth-Gruppe (2006): Gibt es eine »Abendroth-Schule?«, in: Das Argument 266, 355-364.
Adler, Max (1998): Politische oder soziale Demokratie?, in: Franzke/Rempe (Hg.) 1998, 49-64.
Adorno, Theodor W. (zit. GS) (1977): Gesammelte Schriften, 20 Bde., Frankfurt.
Agnoli, Johannes (1968): Thesen zur Transformation der Demokratie und zur außerparlamentarischen Opposition, in: neue kritik 47 (1968), 24-33.
Agnoli, Johannes/Brückner, Peter (1968): Die Transformation der Demokratie, Frankfurt.
Ahlberg, René (1972): Ursachen der Revolte. Analyse des studentischen Protestes, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz.

Albers, Detlev (1985): Sozialist und (nicht ausschließbarer) Sozialdemokrat, in: Redaktion Sozialismus (Hg.), 24ff.

Albrecht, Clemens/Behrmann, Günther C./Bock, Michael/Homann, Harald/Tenbruck, Friedrich H. (1999): Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik. Eine Wirkungsgeschichte der Frankfurter Schule, Frankfurt/New York.

Albrecht, Willy (1992): »Unter den Talaren…«. Studentenbewegung und Sozialdemokratie bis 1968, in: Dieter Dowe (Hg.): Partei und soziale Bewegung. Kritische Beiträge zur Entwicklung der SPD seit 1945, Bonn, 59-80.

ders. (1994): Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS). Vom parteikonformen Studentenverband zum Repräsentanten der Neuen Linken, Bonn.

Allerbeck, Klaus R. (1973): Soziologie radikaler Studentenbewegungen: Eine vergleichende Untersuchung in der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten, München.

Anderson, Perry (1978): Über den westlichen Marxismus, Frankfurt.

Arndt, Adolf (1962): Demokratie: Wertsystem des Rechts, in: Notstandsgesetz – aber wie? Beiträge von Adolf Arndt und Michael Freund, Köln, 43ff.

Balibar, Ètienne (2001): Gewalt, in: HKWM, Bd. 5, 693ff.

Bauer, Walter (Hg. 1998): 1968: Die APO in Nürnberg. Texte der APO-Presse und Pressenachrichten von und über die APO in Nürnberg, Nürnberg.

Bauer, Philip (1999): Wilton Park 1946-48. Eine Bildungseinrichtung für Deutschland zwischen Selbsterziehung und Umerziehung, Magisterarbeit, München.

Balzer, Friedrich-Martin (2001): Wolfgang Abendroth. Bibliographisch-biographische Anmerkungen, in: Balzer/Bock/Schöler (Hg.), 323-343.

ders. (Hg. 2001): Wolfgang Abendroth. Für Einsteiger und Fortgeschrittene. Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie. Gesamtbibliographie der Veröffentlichungen, CD-ROM, Bonn.

Balzer, Friedrich-Martin/Hübsch, Reinhard (Hg.1994): »Operation Mauerdurchlöcherung«. Robert Neumann und der deutsch-deutsche Dialog, Bonn.

Balzer, Friedrich-Martin/Bock, Hans Manfred/Schöler, Uli (Hg. 2001): Wolfgang Abendroth. Wissenschaftlicher Politiker. Bio-bibliographische Beiträge, Opladen.

Bauß, Gerhard (1977): Die Studentenbewegung der sechziger Jahre in der Bundesrepublik und Westberlin, Köln.

BdWI (Hg. 1977): Sozialwissenschaft und Arbeitnehmerinteresse. Die Auseinandersetzungen um den Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Marburg, Köln.

Becker, Thomas P./Schröder Ute (Hg. 2000): Die Studentenproteste der 60er Jahre. Archivführer – Chronik – Bibliographie, Köln/Weimar/Berlin.

Benjamin, Walter (1991): Über den Begriff der Geschichte, in: ders. Gesammelte Schriften, Bd. I, 693-703.

Bentz, Ralf (1998): Protest! Literatur um 1968 (=Marbacher Kataloge 51), Marbach.

Benz, Michael (2007): Der unbequeme Streiter Fritz Lamm. Jude Linkssozialist Emigrant 1911-1977. Eine politische Biographie, Essen.

Bergmann, Joachim (1967): Konsensus und Konflikt. Zum Verhältnis von Demokratie und industrieller Gesellschaft, in: Das Argument 42, 41-59.

Bergmann, Theodor (2001): »Gegen den Strom«. Die Geschichte der KPD (Opposition), Hamburg.

Bergmann, Uwe (Bearb. 1967): Bedingungen und Organisation des Widerstandes. Der Kongreß in Hannover. Protokoll – Flugblätter – Resolutionen, Berlin.

Bergmann, Uwe/Dutschke, Rudi/Lefèvre, Wolfgang/Rabehl, Bernd (1968): Rebellion der Studenten oder Die neue Opposition, Hamburg.

Bernhard, Armin (1992): »Wir hatten stammelnd begonnen«. Die ›Ästhetik des Widerstands‹ als Bildungsgeschichte der Arbeiterbewegung, in: Das Argument 192 (1992), 191-204.

Birke, Peter (2005): »60 Pfennig zu wenig – muss eine Mark«. Wilde Streiks und Gewerkschaften in der Bundesrepublik 1967-1973, Referat auf der Tagung »1968 und die Arbeiter. Ein europäischer Vergleich«, DGB Bildungszentrum Hattingen 11.2.-13.2.2005, Internet: http://www.hattingen.dgb-bildungswerk.de/doku/2005TGR/PBirke/PBirke.mp3 (Stand: 15.1.2005).

Bleek, Wilhelm (2001): Geschichte der Politikwissenschaft in Deutschland, München.

Bloch, Ernst (zit. GA) (1977): Gesamtausgabe in 16 Bänden (=werkausgabe edition suhrkamp), Frankfurt. [Text- und seitenidentisch mit Ernst Bloch Gesamtausgabe, Frankfurt 1970]

Bock, Hans Manfred (1976): Geschichte des »linken Radikalismus« in Deutschland. Ein Versuch, Frankfurt

ders. (2001): Ein unangepasster Marxist im Kalten Krieg. Zur Stellung Wolfgang Abendroths in der Intellektuellengeschichte der Bundesrepublik, in: Balzer/Bock/Schöler (Hg.), 216-267.

ders. (2001a): Soziale Demokratie und wissenschaftliche Politik. Zu Wolfgang Abendroths Verständnis der Politikwissenschaft in den fünfziger Jahren, in: Hecker/Klein/Rupp (Hg.), 85-131.

ders. (2001b): Akademische Innovation an der Ordinarien-Universität. Elemente einer Gruppenbiographie der Abendroth-Doktoranden, in: Balzer/Bock/Schöler (Hg.), 271-288.

Bock, Hans Manfred/Klein, Joachim (2001): Karrieremuster und Praxisfelder der von Wolfgang Abendroth promovierten Politikwissenschaftler, in: Hecker/Klein/Rupp (Hg.), 289-319.

Böckelmann, Frank/Nagel, Herbert (Hg. 1976): Subversive Aktion. Der Sinn der Organisation ist ihr Scheitern, Frankfurt.

Bollinger, Stefan: Geschichtlicher Block, in: HKWM, Bd. 5, 440-448]

Brakemeier, Heinz (1985): Wolfgang Abendroth. Ein Beitrag zu seiner politischen Biographie, in: Redaktion Sozialismus (Hg.), 19-22.

ders. (2006): Abendroths Gegenprogramm. Wie es zum Godesberger Programm und der SDS-Förderergesellschaft kam, in: Urban/Buckmiller/Deppe (Hg.), 175-187.

Brecht, Bertolt (zit. GA) (1989ff): Große kommentierte Berliner und Frankfurter Ausgabe, Frankfurt.

Briefs, Götz (1955): Das Gewerkschaftsproblem gestern und heute, Frankfurt.

Briem, Jürgen (1976): Der SDS. Die Geschichte des bedeutendsten Studentenverbandes der BRD seit 1945, Frankfurt.

Brokmeier-Lohfing, Peter (1986): Wolfgang Abendroth und das marxistische Denken, in: Dialektik 11 (1986): Wahrheiten und Geschichten – Philosophie nach ´45, 237-242.

Brünneck, Alexander von (1998): Gegenpositionen zur Politischen Justiz 1951 bis 1968 – Der lange Weg zur Liberalität, in: Buckmiller/Perels (Hg.), 69-78.

Buckmiller, Michael/Perels, Joachim (Hg. 1998): Opposition als Triebkraft der Demokratie. Bilanz und Perspektiven der zweiten Republik. Jürgen Seifert zum 70. Geburtstag, Hannover.

Bundesminister des Innern (Hg. 1961): Das Gesetz für die Stunde der Not. Materialien zur Auseinandersetzung über ein Sicherheitserfordernis, Bonn.
Bundesvorstand des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (Hg. 1962): Dokumentation. Unveröffentlichte Dokumente zum Verhältnis des SDS und der Sozialistischen Förderergesellschaft zum Parteivorstand der SPD aus der Zeit vom 1. 8. 1959 bis zum 30. 1. 1962, Frankfurt.
Bundesvorstand des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes: Grundsatzerklärung des SDS zur Kampagne für die Enteignung des Springer-Konzerns, in: neue kritik 47 (1968), 7ff.
Burkhardt, Wolfram (1993): Das politische und wissenschaftliche Wirken Wolfgang Abendroths von 1966 bis 1972, Diplomarbeit, Marburg.
Buro, Andreas (1977): Die Entstehung der Ostermarsch-Bewegung als Beispiel für die Entfaltung von Massenlernprozessen, in: Friedensanalysen 4 (1977), 50-78.
Büro des Sozialistischen Zentrums (Hg. 1968): Informationen des Sozialistischen Zentrums, Extra, Nr. 7/68, Diskussionsmaterial zur Frage Parlamentarismus und Bundestagswahl 1969
Calzavara, Maria u. a. (Autorenkollektiv) (1978): Demokratische Studentenbewegung in den USA, der BRD, Frankreich und Großbritannien: Stand und Probleme, Berlin (Ost).
Candeias, Mario (2004): Neoliberalismus – Hochtechnologie – Hegemonie. Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise. Eine Kritik, Hamburg.
Chun, Lin (1996): Wortgewitter. Die britische Linke nach 1945, Hamburg.
Claas, Herbert,/Hofmann-Götting, Joachim/Käpernick, Ralf/Limbers, Jan (Hg. 1999): Werner Hofmann. Gesellschaftslehre in praktischer Absicht, Marburg.
Dähne, Eberhard (1961): Die grundsätzliche Entscheidung des SDS, in: neue kritik 8 (1961).
Demirović, Alex (1999): Der nonkonformistische Intellektuelle. Die Entwicklung der Kritischen Theorie zur Frankfurter Schule, Frankfurt.
ders. (1999a): Spannungsreiche Nähe. Zum Verhältnis von Frankfurter Schule und Leo Kofler, in: Leo-Kofler-Gesellschaft (Hg.): Mitteilungen 3 (1999), 34-45.
ders. (2006): Theorie, Praxis und Demokratie. Zum Verhältnis von Wolfgang Abendroth und Kritischer Theorie, in: Urban/Buckmiller/Deppe (Hg.), 27-46.
Deppe, Frank (1981): Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) 1949-1965, in: Deppe/Fülberth/Harrer (Hg.), 320-409.
ders. (1985): Ein Leben in der Arbeiterbewegung, in: Redaktion Sozialismus (Hg.), 13-17.
ders. (1985a): Nachruf auf Wolfgang Abendroth (1906-1985): Wirtschaftswissenschaftliche Mitteilungen, 38/1985, 633f.
ders. (1998): Der SDS bis zum Unvereinbarkeitsbeschluss, Referat, in: Lönnendonker (Hg.), 67-73.
ders. (1998a): Die »Methode Gauck« – Zur Diskussion um Wolfgang Abendroth, in: Sozialismus 7-8 (1998), 19-21.
ders. (1998b): Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) – Keimzelle der Bewegung von 1968?, in: Buckmiller/Perels (Hg. 1998), 112-127.
ders. (2000): Die Linke in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 1-2000, Hamburg.
Deppe, Frank/Steinhaus, Kurt (1966): Politische Praxis und Schulung im SDS, in: neue kritik 38/39 (1966), 31-40.

Deppe, Frank/Fülberth, Georg/Harrer Jürgen (Hg. 1981): Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, 3. verb. Aufl., Köln. [EV: 1977].
Deutscher Bundestag (Hg. 1967): Protokoll 1. Öffentliche Informationssitzung des Rechtsausschusses und des Innenausschusses am 9. November 1967, Deutscher Bundestag, 5. Wahlperiode, Rechtsausschuss, Innenausschuss, Protokoll Nr. 55 und 71, Bonn.
Deutscher Bundestag (Hg. 1968): Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 5. Wahlperiode, Stenographische Berichte, Bd. 66 und 67, Bonn.
Diers, Gerd (1972): Die Hochschule für Arbeit, Politik und Wirtschaft (Hochschule für Sozialwissenschaften) in Wilhelmshaven-Rüstersiel, Diss., Göttingen.
Diers, Andreas (2006): Arbeiterbewegung – Demokratie – Staat. Wolfgang Abendroth. Leben und Werk 1906 bis 1948, Hamburg.
Dirks, Walter (1950): Der restaurarive Charakter der Epoche, in: Frankfurter Hefte, 9/1950, 942-954.
Dubiel, Helmut (1978): Wissenschaftsorganisation und politische Erfahrung. Studien zur frühen Kritischen Theorie, Frankfurt.
Dutschke, Rudi (1966): Abendroth, Wolfgang: Sozialgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung (Rezension), in: Das Argument 39 (1966), 346f.
ders. (1968): Die geschichtlichen Bedingungen für den internationalen Emanzipationskampf, in: Bergmann/Dutschke/Lefèvre/Rabehl 1968, 85-93.
ders. (1968a): Die Widersprüche des Spätkapitalismus, die antiautoritären Studenten und ihr Verhältnis zur Dritten Welt, in: Bergmann/Dutschke/Lefèvre/Rabehl 1968, 33-57.
ders. (1970): Zum Verhältnis von Organisation und Emanzipationsbewegung. Zum Besuch von Herbert Marcuse, in: Martin (Hg.), 39-45. [EV: Oberbaumblatt 5 (12. Juni 1967), Berlin]
ders. (1980): Geschichte ist machbar. Texte über das herrschende Falsche und die Radikalität des Friedens, hg. v. Jürgen Miermeister, Berlin.
ders. (1980a): Ausgewählte und kommentierte Bibliographie des revolutionären Sozialismus von Karl Marx bis in die Gegenwart, in: Dutschke 1980, 45-60. [EV: Bundesvorstand des SDS (Hg.): SDS-Korrespondenz, Sondernummer, 1966]
Dutschke, Rudi/Krahl, Hans-Jürgen (1980): Organisationsreferat. Gehalten von Rudi Dutschke auf der 22. Delegiertenkonferenz des SDS 1967, in: Diskus, 30. Jg., Nr. 1/2, Februar 1980, 6-9. [Ebenso in: Dutschke 1980, 89-95]
Etzemüller, Thomas (2005): 1968 – Ein Riss in der Geschichte? Gesellschaftlicher Umbruch und 68er-Bewegungen in Westdeutschland und Schweden, Konstanz.
Fels, Gerhard (1998): Der Aufruhr der 68er. Zu den geistigen Grundlagen der Studentenbewegung und der RAF, Bonn 1998.
Fichter, Tilman (1988): SDS und SPD. Parteilichkeit jenseits der Partei, Opladen.
Fichter, Tilman/Lönnendonker, Siegward (1977): Kleine Geschichte des SDS. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund von 1946 bis zur Selbstauflösung, Berlin. [Überarbeitete Fassung: Macht und Ohnmacht der Studenten. Kleine Geschichte des SDS, Hamburg 1998]
Fietze, Beate (1997): 1968 als Symbol der ersten globalen Generation, in: Berliner Journal für Soziologie, 7. Jg., 365-386.
Flechtheim, Ossip K. (Hg. 1962-1971): Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945, 9 Bände, Berlin.
Flechtheim, Ossip K./Rudzio, Wolfgang/Vilmar, Fritz/Wilke, Manfred (1980): Der Marsch der DKP durch die Institutionen, Sowjetmarxistische. Einflußstrategien und Ideologien, Frankfurt.

Flor, Georg (1954); Fragen des Ausnahme- und Staatsnotrechts, in: Juristische Rundschau, 4/1954, 125-128.
Flor, Georg (1958): Staatsnotstand und rechtliche Bindung, in: Deutsches Verwaltungsblatt, 5/1958, 149-152.
Forsthoff, Ernst/Hueck, Alfred (1952): Die politischen Streikaktionen des Deutschen Gewerkschaftsbundes anläßlich der parlamentarischen Beratung des Betriebsverfassungsgesetzes in ihrer verfassungs- und zivilrechtlichen Bedeutung. 2 Rechtsgutachten, Köln.
Franzke, Michael/Rempe, Uwe (Hg. 1998): Linkssozialismus. Texte zur Theorie und Praxis zwischen Stalinismus und Sozialreformismus, Leipzig.
Friedeburg, Ludwig von (1992): Bildungsreform in Deutschland. Geschichte und gesellschaftlicher Widerspruch, Frankfurt.
Friedrich, Bruno (1961): Eine grundsätzliche Entscheidung, in: SPD-Pressedienst P/XVI/253 vom 9. 11. 1961.
Fritsche, Klaus (Bearb. 1979): Solidarität mit Wolfgang Abendroth, Sinn-Edingen.
FU Berlin (1988): Marxismus und Kritische Theorie. Diskussion mit Frank Deppe und Detlev Claußen (Diskussionsleitung: Klaus Schroeder) vom 11. 5. 1988, Ringvorlesung »1968. Vorgeschichte und Konsequenzen«, Internet: http://www.glasnost.de/hist/apo/apo883.html (Stand: 28. 4. 2004).
FU Berlin (1988a): Verfassungskritik der Außerparlamentarischen Opposition. Diskussion mit Johannes Agnoli und Ulrich K. Preuß (Diskussionsleitung: Werner Süß) vom 25. 5. 1988, Ringvorlesung »1968. Vorgeschichte und Konsequenzen«, Internet: http://www.glasnost.de/hist/apo/apo885.html (Stand: 28. 4. 2004).
Fülberth, Georg (1985): Schwieriger Übergang, in: Redaktion Sozialismus (Hg.) 1985, 29.
ders. (1990): KPD und DKP 1945 – 1990. Zwei kommunistische Parteien in der vierten Periode kapitalistischer Entwicklung, Heilbronn.
ders. (1991): Leitfaden durch die Geschichte der Bundesrepublik, 3. Aufl., Köln.
ders. (2006): Zu Wolfgang Abendroths angeblichen DDR-Kontakten, in: Sozial.Geschichte, 3/2006, 78ff.
Gäng, Peter/Reiche, Reimut (1967): Modelle der kolonialen Revolution. Beschreibung und Dokumente, Frankfurt.
Gilcher-Holtey, Ingrid (1995): »Die Phantasie an die Macht«. Mai 68 in Frankreich, Frankfurt.
dies. (Hg. 1998): 1968. Vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft (=Geschichte und Gesellschaft Sonderheft 17), Göttingen.
dies. (1998): Kritische Theorie und Neue Linke, in: dies. (Hg.), 168-187
dies. (2001): Die 68er-Bewegung: Deutschland – Westeuropa – USA, München.
Glaser, Hermann (1999): Deutsche Kultur. 1945-2000, Berlin.
Gollwitzer, Helmut (1975): Über Entwicklung und Aufgaben der Zeitschrift »Argument«. Nachwort zum Argument-Reprint, in: Das Argument, Reprint Nr. 18-21 (=AS 1/2), Berlin, 295-299.
Götze, Karl Heinz (1985): Erinnerung an Wolfgang Abendroth, in: Das Argument 154 (1985), 794ff.
Graf, William David (1976): The German Left since 1945, New York.
Gramsci, Antonio (zit. Gef.) (1991-1999): Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe, hg. v. deutschen Gramsci Projekt unter wissenschaftlicher Leitung von K. Bochmann und W. F. Haug, 9 Bde., Hamburg.

Gramsci, Antonio (1967): Philosophie der Praxis. Eine Auswahl, hg. und übersetzt von Christian Riechers mit einem Vorwort von Wolfgang Abendroth, Frankfurt.
Grebing, Helga (1993): Der Sozialismus, in: Schildt/Sywottek (Hg. 1993), 646-658.
dies. (2001): Wolfgang Abendroth als Historiker der deutschen Arbeiterbewegung, in: Hecker/Klein/Rupp (Hg.) 2001, 157-164.
Habermas, Jürgen (1968): Die Scheinrevolution und ihre Kinder. Sechs Thesen über Taktik, Ziele und Situationsanalysen der oppositionellen Jugend, in: Negt (Hg.) 1968, 5-15.
ders. (1985): Wolfgang Abendroth in der Bundesrepublik, in: Düsseldorfer Debatte, 12/1985, 54-58.
Halberstadt, Heiner: Orientierungen – auch in schwieriger Zeit; in: Redaktion Sozialismus (Hg.), 3f.
Hall, Stuart (2000): Cultural Studies. Ein politisches Theorieprojekt (=Ausgewählte Schriften 3, hg. v. Nora Räthzel), Hamburg.
Harrer, Jürgen (1981): Die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung 1945-1949, in: Deppe/Fülberth/Harrer (Hg.) 1981, 211-319.
Haug, Frigga (2003): Lernverhältnisse. Selbstbewegungen und Selbstblockierungen, Hamburg.
Haug, Wolfgang Fritz (1978): Westlicher Marxismus? Kritik eines notwendigen Versuchs, die marxistische Theorie zu historisieren, in: Das Argument 110 (1978), 484-502.
ders. (1989): Notizen über Peter Weiss und die »Linie Luxemburg-Gramsci« in einer »Epoche der Ambivalenz«, in: Die »Linie Luxemburg-Gramsci«. Zur Aktualität marxistischen Denkens (=Argument Sonderband 159), Berlin/Hamburg, 6-13.
ders. (2001): Was kommt nach dem fordistischen Marxismus? in: ders.: Dreizehn Versuche marxistisches Denken zu erneuern, Berlin, 43-59.
Haus der Gewerkschaftsjugend Oberursel (Hg. 1988): Zwischen Kooperation und Konfrontation. Beiträge zur Geschichte von außerparlamentarischer Bewegung und Gewerkschaften, Marburg.
Hecker, Wolfgang/Klein, Joachim/Rupp, Hans Karl (Hg. 2001/2003): Politik und Wissenschaft. 50 Jahre Politikwissenschaft in Marburg, 2 Bde., Hamburg/London.
Hensche, Detlef/Kutscha, Martin (Hg. 1987): Recht und Arbeiterbewegung. Zum Gedenken an Wolfgang Abendroth, Köln.
Herbert, Ulrich (2002): Liberalisierung als Lernprozeß. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte – eine Skizze, in: ders. (Hg.): Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945-1980, Göttingen, 7-52.
Hessischer Landtag (Hg. 1955): Drucksachen des Hessischen Landtages. III. Wahlperiode. Abteilung III Stenographische Berichte der Plenarsitzungen, Bd. 1, Nr. 1-19, Wiesbaden, 628-633.
Hierlmeier, Josef (2004) Internationalistische Bewegung, in: HKWM, Bd. 6/II, 1437-1445.
Hochstätter, Matthias (2006): Karl Schiller – Eine wirtschaftspolitische Biografie, Diss., Hannover.
Hofmann, Werner (1967): Stalinismus und Antikommunismus. Zur Soziologie des Ost-West-Konflikts, Frankfurt.
ders. (1971): Ideengeschichte der sozialen Bewegungen des 19. und 20. Jahrhunderts, 4. Aufl., Berlin/New York. [Erstauflage 1968]
Hofmann, Werner/Maus, Heinz (Hg. 1967): Notstandsordnung und Gesellschaft in der Bundesrepublik. Zehn Vorträge, Reinbek.

Horkheimer, Max (zit. GS) (1985-1996): Gesammelte Schriften, hg. v. A. Schmidt und G. Schmid Noerr, 19 Bde., Frankfurt.
Hüttig, Christoph/Raphael, Lutz (1999): Die »Marburger Schule(n)« im Umfeld der westdeutschen Politikwissenschaft 1951-1975, in: Bleek, Wilhelm/Lietzmann, Hans J. (Hg.): Schulen der deutschen Politikwissenschaft, Opladen, 293-318.
Hüttner, Bernd (2003): Archive von unten. Bibliotheken und Archive der neuen sozialen Bewegungen und ihre Bestände, Neu Ulm.
Jahnke, Karl-Heinz (1996): Prof. Dr. Wolfgang Abendroth, in: ders.: Antifaschisten. Unbequeme Zeugen des 20. Jahrhunderts, Bd. 2, Bonn, 98-125.
Jünke, Christoph (2001): Den Ursprung historisieren? Ein Literaturbericht zum 30. Jubiläum der Revolte von 1968, in: 1999, 2/2001, 159-184.
ders. (2003), Pseudonatur und Pseudokritik. Krahl, Kofler und die Kritik der Frankfurter Schule in praktischer Absicht, in: Sozialistische Hefte 4 (2003), 15-23.
ders. (2003a): Ein Zyniker war er nie. Zum Tode des Politikwissenschaftlers und Sozialisten Johannes Agnoli, in: SoZ - Sozialistische Zeitung, 6/ 2003, 18.
ders. (2007): Sozialistisches Strandgut. Leo Kofler – Leben und Werk (1907-1995), Hamburg.
Juchler, Ingo (1996): Die Studentenbewegungen in den Vereinigten Staaten und in der Bundesrepublik Deutschland der sechziger Jahre. Eine Untersuchung hinsichtlich ihrer Beeinflussung durch Befreiungsbewegungen und –theorien aus der Dritten Welt, Berlin.
Jung, Heinz (1996): Abendroth-Schule, in: HKWM, Bd. 1, 2. Aufl., 21-29.
Kaestner, Jürgen (Hg. 1984): Gegen den Strom – KPD-Opposition. Ein Kolloquium zur Politik der KPO (1928-1945), Frankfurt.
Kammler, Jörg (2001): Abendroth, Abendroth-Schule und die Marburger »Einführung in die Politische Wissenschaft«, in: Balzer/Bock/Schöler (Hg.), 144-156.
Kampe, Ruprecht (2001): Erfahrungen während meiner Zeit am Institut für Politikwissenschaft an der Universität Marburg (1966-1974), in: Hecker/Klein/Rupp (Hg.) 2001, 224-230.
Karl, Michaela (2003): Rudi Dutschke. Revolutionär ohne Revolution, Frankfurt.
Kimmel, Michael (1998): Studentenbewegungen der sechziger Jahre: Frankreich, Bundesrepublik und USA im Vergleich, Wien.
Klausch, Hans-Peter (1987): Die Geschichte der Bewährungsbataillone 999 unter besonderer Berücksichtigung des antifaschistischen Widerstandes (=Pahl-Rugenstein Hochschulschriften 245/1+2), 2 Bde., Köln.
Klein, Joachim (2001): Eine schwere Geburt. Die Gründung des Instituts für Wissenschaftliche Politik, in: Hecker/Klein/Rupp (Hg.) 2001, 38-50.
ders. (2001a): »Ich habe mich in Marburg sehr wohl gefühlt«. Adolf Grabowsky (1880-1969) – ein vergessener Politikwissenschaftler?, in: Hecker/Klein/Rupp (Hg.) 2001, 50-64.
Kleßmann, Christoph (1991): Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945-1955 (=Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe Band 298), 5. Aufl., Bonn.
Kliem, Kurt (1957): Der sozialistische Widerstand gegen das Dritte Reich dargestellt an der Gruppe »Neu Beginnen«, Diss., Marburg.
Klönne, Arno (1956): Hitlerjugend. Die Jugend und ihre Organisation im Dritten Reich, Hannover/Frankfurt.

ders. (1982): Linkssozialisten in Westdeutschland, in: Baumgarten, Jürgen (Hg.): Linssozialisten in Europa. Alternativen zu Sozialdemokratie und Kommunistischen Parteien, Hamburg, 159-172.
ders. (1985): Ein Leben in der westdeutschen Linken, in: Redaktion Sozialismus (Hg.), 17ff.
ders. (2005): Bundesrepublik Deutschland: Außerparlamentarische Opposition und Studentenbewegung in der Bundesrepublik um 1968 in ihrem Verhältnis zur Arbeiterbewegung – Traditionen, Milieus, Mentalitäten? Referat auf der Tagung »1968« und die Arbeiter, Hattingen 2005, Internet: http://www.forum-politische-bildung.de/vanst2005/tgr_prgr/dokumentation.html (Stand: 27. 3. 2005).
Koenen, Gerd (2001): Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967 – 1977, Köln.
Kofler, Leo (1970): Stalinismus und Bürokratie. Zwei Aufsätze, Neuwied.
ders. (2000): Über die Freiheit, in: ders.: Zur Kritik bürgerlicher Freiheit. Ausgewählte politisch-philosophische Texte eines marxistischen Einzelgängers, hg. v. Christoph Jünke, Hamburg, 30-39.
ders. (2000a): Die Gesellschaftsauffassung des Historischen Materialismus, in: ders.: Zur Kritik bürgerlicher Freiheit. Ausgewählte politisch-philosophische Texte eines marxistischen Einzelgängers, hg. v. Christoph Jünke, Hamburg, 84-103. [EV: Ziegenfuß, Werner u. a. (Hg.): Handbuch der Soziologie, 1956, 512ff.]
Kössler, Till (2005): Abschied von der Revolution. Kommunisten und Gesellschaft in Westdeutschland 1945-1968, Düsseldorf.
Kozicki, Norbert (1993): Aufbruch im Revier: 1968 und die Folgen, Essen.
Kramer, Dieter (Hg. 1977): Universität und demokratische Bewegung. Ein Lesebuch zur 450-Jahrfeier der Philipps-Universität Marburg, Marburg.
Krämer-Badoni, Rudolf (1970): Anarchismus. Geschichte und Gegenwart einer Utopie, Wien.
Kraushaar, Wolfgang (1996): Die Protest-Chronik 1949-1959. Eine illustrierte Geschichte von Bewegung, Widerstand und Utopie, 4 Bde., Frankfurt
ders. (Hg. 1998): Frankfurter Schule und Studentenbewegung. Von der Flaschenpost zum Molotowcocktail, 3 Bde., Hamburg.
ders. (1998): Unsere unterwanderten Jahre – Die barbarische und gar nicht schöne Infiltration der Studentenbewegung durch die Organe der Staatssicherheit, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7. 4. 1998.
ders. (1998a): 1968. Das Jahr, das alles verändert hat, München/Zürich.
ders. (2000): 1968 als Mythos, Chiffre und Zäsur, Hamburg, 253-347.
ders. (2001): Linke Geisterfahrer – Denkanstöße für eine antitotalitäre Linke, Frankfurt.
ders. (2005): Die Bombe im Jüdischen Gemeindehaus, Hamburg.
Kraushaar, Wolfgang/Wieland, Karin/ Reemtsma, Jan Philip (2005): Rudi Dutschke, Andreas Baader und die RAF, Hamburg.
Kreibich, Rolf (1986): Die Wissenschaftsgesellschaft. Von Galilei zur High-Tech-Revolution, Frankfurt.
Kreisausschuß des DGB (Hg. 1956): Aufrüstung, Aktionsprogramm, allgemeine Wehrpflicht, Was können wir tun? Eine Rede von Professor Wolfgang Abendroth, München, 24 S.
Kreter, Karljo (1986): Sozialisten in der Adenauer-Zeit. Die Zeitschrift »Funken«. Von der heimatlosen Linken zur innerparteilichen Opposition in der SPD, Hamburg.
Krohn, Maren (1981): Die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um die Notstandsgesetze, Köln.

Küsel, Gudrun (1978): APO und Gewerkschaften. Von der Kooperation zum Bruch, Berlin.
Küttler, Wolfgang (1999): Formationstheorie, in: HKWM, Bd. 4, 669-680.
Lamm, Fritz (1978): Sozialistische Linke nach dem Krieg. Auswahl aus der Zeitschrift »funken«. Als Beitrag zu einer kritischen Geschichte der SPD nach 1945. Zur Information über die Entwicklung der sozialistischen Bewegung in der BRD bis 1960, Offenbach.
ders. (1978a): Die Tagung der linken Sozialdemokraten. Betrachtungen zu einem Experiment, in: Lamm 1978, 111-114. [EV: Funken, März 1958]
ders. (1978b): Der Tanz um den Kongress, in: Lamm 1978, 212-218. [EV: Funken, Juli 1959]
Langguth, Gerd (1976): Die Protestbewegung in der Bundesrepublik Deutschland 1968-1976, Köln.
ders. (1983): Protestbewegung. Entwicklung, Niedergang, Renaissance. Die Neue Linke seit 1968, Köln.
ders. (2001): Mythos '68. Die Gewaltphilosophie von Rudi Dutschke. Ursachen und Folgen der Studentenbewegung, München.
Lefèbvre, Henri (1965): Probleme des Marxismus, heute, Frankfurt.
Leggewie, Claus (1984). Kofferträger: Das Algerien-Projekt der Linken im Adenauer-Deutschland. Berlin.
Lönnendonker, Siegward (Hg. 1998): Linksintellektueller Aufbruch zwischen »Kulturrevolution« und »kultureller Zerstörung«. Der SDS in der Nachkriegsgeschichte (1946-1969). Dokumentation eines Symposiums. Opladen/Wiesbaden.
Lönnendonker, Siegward/Fichter, Tilman (1973-1983): Freie Universität Berlin 1948-1973 – Hochschule im Umbruch, Teil I – IV, unter Mitarbeit von Claus Rietzschel, Berlin 1973-75; zusammen mit Jochen Staadt: Teil V, Berlin 1983; Peter Jahn/Annemarie Kleinert, Jochen Staadt: Teil VI
Lönnendonker, Siegward/Rabehl, Bernd/Staadt, Jochen (2002): Die antiautoritäre Revolte. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund nach der Trennung von der SPD, Bd.1: 1960-1967, Wiesbaden.
Löwenthal, Richard (1982): Die Widerstandsgruppe »Neu Beginnen« (=Beiträge zum Thema Widerstand 20), Berlin.
Ludwig, Andrea (1995): Neue oder deutsche Linke. Nation und Nationalismus im Denken von Linken und Grünen, Opladen.
Lübbe, Hermann (1978): Endstation Terror: Rückblick auf lange Märsche, Stuttgart.
Luther, W. N. (1976): Vom Missbrauch der politischen Wissenschaft, in: Die politische Meinung, 21/1976, 81-94.
Luxemburg, Rosa (zit. GW) (1970-1975): Gesammelte Werke, 5 Bde., Berlin (Ost).
Marcuse, Herbert (1966): Vietnam – Analyse eines Exempels, in: neue kritik 36/37 (1966), 30-38.
ders. (1967): Ziele, Formen und Aussichten der Studentenopposition, in: Das Argument 45, 398-407.
ders. (1967a): Das Ende der Utopie, Berlin.
ders. (1978): Gespräche mit Herbert Marcuse, Frankfurt.
ders. (1994): Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft, München. [EV: 1964 (engl.); 1967 (dt.)]
Martin, H. (Hg. 1970): Strategie und Organisationsfrage in der antiautoritären Bewegung. Eine Dokumentation, Darmstadt

Marxistischer Studentenbund Spartakus (Hg. 1986): Intellektuelle in der Arbeiterbewegung. Eine Diskussion mit Wolfgang Abendroth, Hans Brander und Josef Schleifstein. Materialien zur Diskussion über Peter Weiss' »Ästhetik des Widerstands«, Dortmund.
MEW: Marx, Karl/Engels, Friedrich (1957ff.): Werke, hg. beim Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin.
Miermeister, Jürgen (1986); Rudi Dutschke, Reinbek.
ders. (1996): Ernst Bloch, Rudi Dutschke, Hamburg.
Mills, C. Wright (1960): Letter to the New Left, in: New Left Review, No. 5, September-October 1960. zit. n.: Internet: http://www.marxists.org/subject/humanism/mills-c-wright/letter-new-left.htm (Stand: 24. 10. 2004)
Moneta, Jakob (1985): Ein marxistischer Intellektueller verwurzelt in der Arbeiterbewegung, in: Redaktion Sozialismus (Hg.), 4-8.
Mück, Josef Franz (2001): Der Beitrag von Wolfgang Abendroth zur Theorie und Praxis der politischen Bildung, in: Hecker/Klein/Rupp (Hg.) 2001, 153-162.
Müller, Jochen (1978): 1967/1968: Das Ende einer erfolgreichen Kooperation, in: Küsel, Gudrun (Hg.): APO und Gewerkschaften. Von der Kooperation zum Bruch, Berlin 45ff.
Müller-Jentsch, Walther (1978): Die Neue Linke und die Gewerkschaften, in: Das Argument 107 (1978), 17-28.
Müller-Plantenberg, Urs (1961): Zum Beitrag Wolfgang Abendroths zur Theorie der sozialistischen Linken, in: neue kritik 6 (1961), 3-13.
Narr, Wolf-Dieter (Hg. 1977): Auf dem Weg zum Einparteienstaat, Opladen.
Nassmacher, Hiltrud (2002): Politikwissenschaft, 4. Auflage, München/Wien.
Negt, Oskar (Hg. 1968): Die Linke antwortet Jürgen Habermas, Frankfurt
ders. (1985): Sozialist in dürftiger Zeit: Was die Linke von Wolfgang Abendroth lernen könnte! in: Redaktion Sozialismus (Hg.), 30-33.
Neue Deutsche Biographie (1953ff.), hg. v. der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Berlin.
Nirumand, Bahman (1967): Zur Kritik der progressiven Intelligenz in Deutschland. Eine Stimme aus der Dritten Welt, in: Kursbuch 9 (1967), 181-199.
Nolte, Ernst (1971): Universitätsinstitut oder Parteihochschule? Dokumentation zum Habilitationsverfahren Kühnl, Köln.
Oelinger, Josef (1969): Die neue Linke und der SDS. Die politische Theorie der revolutionären Opposition, Köln.
Oertzen, Peter von (1998): Behelfsbrücken. Linkssozialistische Zeitschriften in der Ära der »Restauration« 1950-1962, in: Buckmiller/Perels (Hg.), 87-100.
Oetjen, Hinrich (1978): Die Zusammenarbeit von Studenten und Gewerkschaftern in der Jugendbildung und in der Notstandsbewegung, in: Küsel, Gudrun (Hg.): APO und Gewerkschaften. Von der Kooperation zum Bruch, Berlin, 29-59.
ders. (1989): APO, Gewerkschaften und Intellektuelle, in: Bremes, Hans-Erich/Schumacher, Maria (Hg.): Mit der Vergangenheit in die Zukunft. Felder gewerkschaftlicher Politik seit 1945, Münster, 51-68.
Otto, Karl A. (1977): Vom Ostermarsch zur APO. Geschichte der außerparlamentarischen Opposition in der Bundesrepublik 1960-1970, Frankfurt/New York
ders. (1989): APO. Die außerparlamentarische Opposition in Quellen und Dokumenten (1960-1970), Köln.
Paech, Norman/Stuby, Gerhard (1985): Marxist unter Juristen, in: Redaktion Sozialismus (Hg.), 51f.

Peter, Lothar (2007): Marburger und Frankfurter Schule im Vergleich, in: Das Argument 269, 98-111.
Perels, Joachim (1975): Einleitung, in: Abendroth 1975, 7-20.
ders. (1985): Marxismus in der Restaurationszeit, in: Redaktion Sozialismus (Hg.), 22ff.
ders. (1998): Die neue Herrschaft des Verdachts, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 10/1998, 1170-1175.
ders. (2006): Zur Aktualität der Sozialstaatsinterpretation von Wolfgang Abendroth, in: Urban/Buckmiller/Deppe (Hg.), 101-110.
Pinkus, Theo (Hg. 1967): Gespräche mit Georg Lukács. Hans Heinz Holz, Leo Kofler, Wolfgang Abendroth, Hamburg.
Pirker, Theo (1965): Die SPD nach Hitler. Die Geschichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1945-1964, München.
ders. (1988): Gewerkschaften und Verfassung nach 1945, in: Haus der Gewerkschaftsjugend Oberursel (Hg.), 15-27.
Posser, Diether (1991): Anwalt im Kalten Krieg. Ein Stück deutscher Geschichte in politischen Prozessen. 1951 – 1968, München.
Rabehl, Bernd (1968): Der SDS und die Strategie der direkten Aktionen in Westeuropa, in: neue kritik 50 (1968), 26-53.
ders. (1988): Der Sozialistische Deutsche Studentenbund, in: Haus der Gewerkschaftsjugend Oberursel (Hg.), 83-101.
ders. (1998): Subjektiver Faktor – Zur Offensivtheorie von Rudi Dutschke. Vortrag in Bad Boll, 6. Februar 1998, Internet: http://www.linke-buecher.de/texte/diverses/subjektiver-faktor-zur%20offensivtheorie-von-rudi-dutschke.htm (Stand: 5. 1. 2005).
Rabehl, Bernd (1999): APO und ihre Anstöße – zu Umwelt- und Friedensbewegung, in: Helmut Geiger/Roether, Armin (Hg.): Dutschke und Bloch, Zivilgesellschaft damals und heute, Mössingen-Talheim.
Rabehl, Bernd/Fuhrmann, Frank-Uwe/Koll, Reiner/Lönnendonker, Siegward//Manrique, Matthias/, Schroeder, Klaus (1986): Die Provokationselite. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund und die sozialen Bewegungen in den 50er und 60er Jahren. Vorläufige Ergebnisse, Berlin.
Rajewksy, Xenia (1970): Arbeitskampfrecht in der Bundesrepublik, Frankfurt.
Redaktion Forum Wissenschaft: 30 Jahre BdWi. Anmerkungen zu einer widerständigen Organisation, Dossier, in: Forum Wissenschaft, 3/1998, I-XVI.
Redaktion Sozialismus (Hg. 1985): W. Abendroth, Sonderheft, Hamburg.
Richter, Pavel A. (1998): Die Außerparlamentarische Opposition in der Bundesrepublik Deutschland 1966 bis 1968, in: Gilcher-Holtey, Ingrid (Hg.), 35-55.
Ridder, Helmut (1985): Der Jurist Wolfgang Abendroth, in: Düsseldorfer Debatte 12/1985, 67-73. [Nachdruck: Balzer/Bock/Schöler (Hg. 2001), 85-94.]
Römer, Norbert (1990): Politik sozialer Partnerschaft, Stellungnahme zur gewerkschaftlichen Sozialismus-Debatte, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 4/1990, 217-226.
Römer, Peter (2001): Recht und Politik bei dem Marxisten Wolfgang Abendroth, in: Hecker/Klein/Rupp (Hg.), 131-143.
ders. (2001a): Demokratie als inhaltliches Prinzip der gesamten Gesellschaft. Wolfgang Abendroths Beitrag zur Verteidigung demokratischer Positionen in der Bundesrepublik Deutschland, in: Balzer/Bock/Schöler 2001, 49-72. [EV: Demokratie und Recht 2/1981, 123-136].
Rolke, Lothar (1987): Protestbewegungen in der Bundesrepublik. Eine analytische Sozialgeschichte des politischen Widerspruchs (=Beiträge zur sozialwissenschaftlichen Forschung 97), Opladen.

Rucht, Dieter (1994): Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich, Frankfurt/New York.
Rudel, Gerd (1981): Die Entwicklung der marxistischen Staatstheorie in der Bundesrepublik, Frankfurt/New York.
Rupp, Hans Karl (1970): Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer: Der Kampf gegen die Atombewaffnung in den fünfziger Jahren. Eine Studie zur innenpolitischen Entwicklung der BRD, Köln.
ders. (2001): Die (Wieder)Gründung der Politikwissenschaft als Demokratiewissenschaft im Nachkriegsdeutschland, in: Hecker/Klein/Rupp (Hg.), 6-38.
ders. (2001a): Die Berufung Wolfgang Abendroths nach Marburg. Politische Wissenschaft als politische Erziehung, in: Hecker/Klein/Rupp (Hg.) 2001, 64-76.
ders. (2001b): Interview mit Ernst-Otto Czempiel, Marburg am 8. Januar 2001, in: Hecker/Klein/Rupp (Hg.) 2001, 162-170.
Ryschkowsky, Nikolaus J. (1968): Die linke Linke, München/Wien.
Schäfer, Gerhard (2006): Das Marburger Dreigestirn: Wolfgang Abendroth – Heinz Maus – Werner Hofmann. Zur Vorgeschichte kritischer Gesellschaftswissenschaft in Marburg, in: Stephan Moebius/Gerhard Schäfer (Hg.): Soziologie als Gesellschaftskritik. Wider den Verlust einer aktuellen Tradition, Hamburg, 44-70.
Schaltenbrand, Jürgen (1962): Einige Anmerkungen zum Begriff der Neuen Linken, in: neue kritik 9 (1962), 16-19.
Schauer, Helmut (1965): Einige Kernpunkte der aktuellen Diskussion im SDS, in: neue kritik 33 (1965), 4-12.
ders. (1967): Notstand der Demokratie. Referate, Diskussionsbeiträge und Materialien vom Kongreß am 30. Oktober 1966 in Frankfurt am Main, Frankfurt.
Scheuch, Erwin K. (Hg. 1968): Wiedertäufer der Wohlstandsgesellschaft. Eine kritische Untersuchung der »Neuen Linken« und ihrer Dogmen, 2. Aufl., Köln.
Schildt, Axel (1993): Nachkriegszeit. Möglichkeiten und Probleme einer Periodisierung der westdeutschen Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg und ihrer Einordnung in die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 44. Jg., 567-584.
Schildt, Axel/Sywottek, Arnold (Hg. 1993): Modernisierung und Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre, Bonn.
Schmidt, Andreas Christoph (2003): Was war links?, Dokumentarfilm in 4 Folgen, im Auftrag von SWR und SFB, Internet: http://www.waswarlinks.de/folge2/ kommentar2c.html (Stand: 22. 2. 2006)
Schmidt, Walter (1994): Über Entwicklung und Inhalt des Parteibegriffs von Marx und Engels. Kritisches und Selbstkritisches zu seiner Interpretation, in: Vollgraf, Carl Erich/Sperl, Richard/Hecker, Rolf (Hg.): Quellen und Grenzen von Marx' Wissenschaftsverständnis (=Beiträge zur Marx-Engels-Forschung: N. F. 1994), Hamburg, 117-133.
Schmidtke, Michael (2003): Der Aufbruch der jungen Intelligenz. Die 68er Jahre in der Bundesrepublik und den USA, Frankfurt/New York.
Schneider, Michael (1986): Demokratie in Gefahr? Der Konflikt um die Notstandsgesetze, Bonn.
ders. (2000): Kleine Geschichte der Gewerkschaften. Ihre Entwicklung in Deutschland von den Anfängen bis heute, 2. überarb. u. aktual. Aufl., Bonn.
Schöler, Uli (1985): »Rote Blüte im kapitalistischen Sumpf…«. Abendroth, SPD und Presse in der Nachkriegsära, in: Sozialistische Politik und Wirtschaft 29 (1985), 430-437.

ders. (2001): Wolfgang Abendroth – Fragen an einen politischen Lebensweg, in: Balzer/Bock/Schöler (Hg.), 11-46.
Schöneburg, Karl-Heinz (1987): Wolfgang Abendroth (1906-1985): Kein staats- und rechtstheoretischer Nekrolog, in: Staat und Recht, 7/1987, 571-580.
Schonauer, Karlheinz (1980): Geschichte und Politik der Jungsozialisten in der SPD 1946-1973. Der Wandel der SPD-Jugendorganisation von der braven Parteijugend zur innerparteilichen Opposition, Diss., Berlin.
Schrenck-Notzing, Caspar von (1968): Zukunftsmacher. Die neue Linke in Deutschland und ihre Herkunft, Stuttgart.
Schroeder, Wolfgang (1991): Christliche Sozialpolitik oder Sozialismus. Oswald von Nell-Breuning, Viktor Agartz und der Frankfurter DGB-Kongreß 1954, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 39. Jg., 179-220.
Schröder, Gerhard (1958): Sicherheit heute. Sind unsere Sicherheitseinrichtungen geeignet, auch schwere Belastungsproben auszuhalten?, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 31. 10. 1958, 2017-2022.
Schröder, Friedrich-Christian (1995): Fünfzig Jahre Königsteiner Kreis, in: Deutschland Archiv, 5/1995, 709ff.
Schulenburg, Lutz (Hg. 1998): Das Leben ändern, die Welt verändern! 1968 – Dokumente und Berichte, Hamburg.
Seifert, Jürgen (1963): Die Neue Linke. Abgrenzung und Selbstanalyse, in: Frankfurter Hefte, 1/1963, 30-40.
ders. (1977): Wolfgang Abendroth und die SPD, in: Narr (Hg.) 1977, 242-249.
ders. (1985): Soziale Kampffront oder Freund-Feind-Linie?, in: Redaktion Sozialismus (Hg.), 49ff.
ders. (1988): Die Auseinandersetzung um die Notstandsgesetze, in: Haus der Gewerkschaftsjugend Oberursel (Hg.), 55-71.
ders. (2001): Demokratische Republik und Arbeiterbewegung in der Verfassungstheorie von Wolfgang Abendroth, in: Balzer/Bock/Schöler (Hg.), 73-84. [EV: Kritische Justiz 18 (1985), 458-465.]
Seppmann, Werner (2000): Was ist ein »nonkonformistischer Intellektueller«? Leo Kofler und die linke Kritik an der »Frankfurter Schule«, in: Hintergrund. Marxistische Zeitschrift für Gesellschaftstheorie und Politik IV – 2000, 22-40.
Silver, Beverly J. (2005): Forces of Labor. Arbeiterbewegungen und Globalisierung seit 1870, Berlin/Hamburg.
Solms-Roedelheim, Max Graf zu (1983): Ein Hochschulexperiment der frühen Nachkriegsjahre: Sozialwissenschaften in Wilhelmshaven-Rüstersiel 1949-1962, in: Baethge, Martin/Eßbach, Wolfgang (Hg.): Soziologie: Entdeckungen im Alltäglichen. Hans Paul Bahrdt. Festschrift zu seinem 65. Geburtstag, Frankfurt/New York, 455-476.
Sozialistischer Deutscher Studentenbund (Hg. 1971): Die Strategiediskussion des SDS von 1963 – 66, Berlin.
Sozialistisches Büro (Hg. 1973): Für eine neue sozialistische Linke. Analysen, Strategien, Modelle, Frankfurt.
Spliedt, Franz (1955): Wolfgang Abendroth, Die deutschen Gewerkschaften (Rezension), in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 3/1955, 195ff.
Staadt, Jochen (1998): Teilchenbeschleunigung Die Westarbeit der SED am Beispiel der Universität Münster, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20. 5. 1998.
Steinhaus, Kurt (1969): Zur Theorie des internationalen Klassenkampfes, Frankfurt.
Sterzel, Diether (1962): Nach der Delegiertenkonferenz, in: neue kritik 13 (1962), 6f.

Stolle, Uta (1970): Die Ursachen der Studentenbewegung im Urteil bürgerlicher Öffentlichkeit, in: Das Argument 58 (1970), 375-394.
Stolleis, Michael (Hg. 1995): Juristen ein biographisches Lexikon, München.
Strogies, Lothar (1996): Die Außerparlamentarische Opposition in Nürnberg und Erlangen, Erlangen/Jena.
Stuby, Gerhard (1970): Disziplinierung der Wissenschaft. Zur Rechtmäßigkeit studentischer Kampfmaßnahmen Mit einem Nachwort von Reiner Geulen, Frankfurt.
ders. (2006): Abendroths These des »transformatorischen« Charakters von Verfassungs- und Völkerrecht, in: Urban/Buckmiller/Perels (Hg.), 125-137.
Sullivan, Matthew Barry (1981): Auf der Schwelle zum Frieden. Deutsche Kriegsgefangene in Großbritannien 1944-1948, Wien/Hamburg.
Tanner, Jakob (1999): Fordismus, in: HKWM, Bd. 4, 580-588.
Teppe, Karl (Hg. 1998): Der gesellschaftsgeschichtliche Ort der '68er'-Bewegung, Westfälische Forschungen. Zeitschrift des Westfälischen Instituts für Regionalgeschichte des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe, 48 (1998).
Thränhardt, Dietrich (1996): Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt.
Tjaden, Karl Hermann (1964): Struktur und Funktion der »KPD-Opposition« (KPO). Eine organisationssoziologische Untersuchung zur »Rechts«-Opposition im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik, Meisenheim am Glan.
ders. (1985): Die Bedeutung der »Wissenschaft von der Politik« Wolfgang Abendroths, in: Düsseldorfer Debatte, 12/1985, 59-66.
ders./Peter, Lothar (2006) »Frankfurter Schule« Wolfgang Abendroth heute – kann man von ihm noch was lernen?, in: Sozialismus 6/2006, 33-39.
Tolomelli, Marica (1998): 1968. Formen der Interaktion zwischen Studenten- und Arbeiterbewegung in Italien und der Bundesrepublik, in: Gilcher-Holtey (Hg.), 82-100.
dies. (2001): »Repressiv getrennt« oder »organisch verbündet«. Studenten und Arbeiter 1968 in der Bundesrepublik Deutschland und in Italien, Opladen.
Treulieb, Jürgen (1982): Der Landesverratsprozeß gegen Viktor Agartz. Verlauf und Bedeutung in der innenpolitischen Situation der Bundesrepublik auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges, 2 Bde., Münster.
Urban, Hans-Jürgen (2006): Gewerkschaftspolitik als Demokratiepolitik. Der Beitrag der Abendroth'schen Gewerkschaftskonzeption zu einer – leider (!) – nicht stattfindenden Debatte, in: Urban/Buckmiller/Deppe (Hg.), 80-98.
Urban, Hans-Jürgen/Buckmiller, Michael/Deppe, Frank (Hg. 2006): »Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie«. Zur Aktualität von Wolfgang Abendroth, Hamburg.
Vester, Michael (1963): Falsche Alternativen, in: neue kritik 19/20 (1963)
ders. (1965): Die Strategie der direkten Aktion, neue kritik 30 (1965), 12-20.
Vilmar, Fritz (1975): Parteihochschule in der Marburger Universität? Die Unterwanderungspolitik der Deutschen Kommunistischen Partei, in: Frankfurter Rundschau, 24. 5. 1975
Vring, Thomas von der (1962): Neue Linke – Partei – Staat, in: neue kritik 9 (1962), 19-23.
ders. (1963): Ein Jahr Neue Linke, in: neue kritik 14 (1963), 13-16.
ders. (1964): Probleme einer neuen sozialistischen Strategie, in: neue kritik 21 (1964), 5-15.
Voigt, Lothar (1991): Aktivismus und moralischer Rigorismus: Die politische Romantik der 68er Bewegung, Wiesbaden.

Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hg. 1962): SPD und SDS. Die Vorgänge um den Unvereinbarkeitsbeschluss (= Tatsachen – Argumente 30), Bonn.
Votsos, Theo (2001): Der Begriff der Zivilgesellschaft bei Antonio Gramsci. Ein Beitrag zur Geschichte und Gegenwart politischer Theorie, Hamburg/Berlin.
Wallerstein, Immanuel (1989): Der historische Kapitalismus, 2. Aufl., Berlin/Hamburg.
ders. (1997): 1968 – Revolution im Weltsystem, in: François, Etienne/Middell, Matthias (Hg.): 1968 – ein europäisches Jahr?, Leipzig, 19-36.
WDR (1987): Ein deutsches Schicksal. Wolfgang Abendroth. Ein Film von Manfred Vosz, Tilman Kohlhaase, Rainer Komers, Rolf Neddermann, Herbert Claas, Jutta Schütte-Böhne und Mischa Wurth; Redaktion: Dr. Erhard Klöss, WDR, Sendetermin: 27. 9. 1987, 20.15 Uhr. [Dauer 45 Min.], [Ms. 17 Seiten.]
Weber, Hermann/Mielke, Siegfried (Hg. 1991): Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert, Bd. 7: Gewerkschaften in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft 1945-1949, bearbeitet von Siegfried Mielke und Peter Rütters unter Mitarbeit von Michael Becker, Köln.
Weinzen, Hans Willi (Hg. 1986): Wirtschaft- und Steuerpolitik, expansive Lohnpolitik. Mit der Kontroverse Nell-Breuning SJ contra Agartz, Berlin.
Wiggershaus, Rolf (1997): Die Frankfurter Schule. Geschichte – Theoretische Entwicklung – Politische Bedeutung, 5. Aufl., Frankfurt. [EV: 1988].
Wilfert, Otto (1968): Lästige Linke. Ein Überblick über die außerparlamentarische Opposition der Intellektuellen, Studenten und Gewerkschaften, Mainz.
Winkler, Heinrich August (1993): Weimar 1918-1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, München.
Wirsching, Andreas (2001): Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert (=C. H. Beck Wissen in der Beck'sche reihe 2165), München.
Wirsching, Andreas (2002): »Hauptfeind Sozialdemokratie« oder »Antifaschistische Aktion«? Die Politik der KPD und Komintern in der Endphase der Weimarer Republik, in: Winkler, Heinrich August (Hg.): Weimar im Widerstreit. Deutung der ersten deutschen Republik im geteilten Deutschland (=Schriftenreihe der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte 10), München, 103-130.
Wolf, Frieder Otto (1996): Antiautoritäre Bewegung, in: HKWM, Bd. 1, 2. Aufl., 321-326.
Wolff, Frank/Windhaus, Eberhard (Hg. 1977): Studentenbewegung 1967-69. Protokolle und Materialien, Frankfurt.

LEBENSLAUF

Richard Johannes Heigl wurde am 27. Mai 1971 als Sohn des Einzelhändler-Ehepaars Ruth und Richard Heigl in Garmisch-Partenkirchen geboren.

Schule und Zivildienst

1978 bis 1982	Grundschule Oberammergau
1982 bis 1991	Benediktinergymnasium Ettal, humanistischer Zweig
1991	Zivildienst

Hochschule

1992 bis 1999	Studium Geschichte und Germanistik in Regensburg, München und Stellenbosch / Südafrika
1999	Studienabschluss Magister Artium
2001 bis 2005	Promotion an der Universität Augsburg
	Promotionsstipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin

Beruf

Seit 2004	Freiberuflicher Dozent
Seit 2007	Mitgründer der Hallo Welt! – Medienwerkstatt GmbH, Regensburg